3 1761 05508815 7

Bücherei für Politik und Geschichte
des Drei Masken Verlages

55 5 11

Dr. Rubinstein / Romantischer Sozialismus

Dr. SIGMUND RUBINSTEIN

ROMANTISCHER SOZIALISMUS

EIN VERSUCH ÜBER DIE IDEE DER DEUTSCHEN REVOLUTION

554085
1.12.52

1 9 2 1

DREI MASKEN VERLAG MÜNCHEN

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1920
by Drei Masken Verlag G. m. b. H.
München

DEM ANDENKEN
MEINER GELIEBTEN FRAU

Vorwort

Die inneren Spannungen unausgegorener Massenerregungen drängen auf die Wände des deutschen Gesellschaftsbaues. Noch haben sich die Kräfte, die die Revolution treiben, nicht müde gelaufen. Zuckende Krämpfe lassen nicht ab, da und dort an der Ordnung bürgerlichen Daseins zu rütteln. Der Dämon des Bürgerkrieges lauert. Das bewaffnete Mißtrauen will sich entladen, das vorwärtsziehende und rückwärtsblickende Volksschichten, tatbereit beide, gegeneinander stellt. Die Feindseligkeiten klaffen nicht zwischen den Klassen allein. Auch Bürgertum und Proletariat sind im Gefüge zerrissen. Leidenschaftlich quirlen die Meinungen über die Zukunft in den Parteien. Die Juniwahlen bildeten unbarmherzig scharf die Unfertigkeit eines politischen Werdens ab, das die Menschen im Ringen mit ihrem geschichtlichen Schicksal erleben. Die Entscheidung der Stimmzettel, ein Augenblick im fortschreitenden Zerfall der aus dem Alten übriggebliebenen Gedankenverbindungen, hat selbst neue Zersetzung angeregt. Mehrheit und Regierung, mühevoll ausgeklügelt, sind Vorläufigkeiten. Das Bürgertum, das zu einem großen Teil in den militaristischen Geist des Vorkriegsstaates zurückfiel, die Arbeiterschaft, die in hellen Haufen dem militaristischen Klassenkampfgeist zulief, konnten an den Schwierigkeiten, die der Wahlausgang offen ließ, die praktische Brauchbarkeit ihres politischen Wollens nachmessen. Die Klärung in den Köpfen soll den sozialen Gestaltungen zu Hilfe kommen, die aus der Selbstvernichtung der alten deutschen Gesellschaft herauswachsen.

Es ist eine Wartepause voll dumpfer Ungewißheit. Der blinde Zorn will sich über die ausgleichende Besonnenheit werfen.

Den großen Zug geschichtlicher Notwendigkeiten haben gewalttätige Ausbrüche, die die Ketten der Zeit zu zerbrechen suchen, auf die Dauer nie aus der Richtung geworfen. Aber sie konnten reine Lösungen trüben, gleichsam Beulen in das Antlitz der Geschichte schlagen. Nirgends hat sich aufrecht erhalten, was nicht langsam Ring um Ring Kernholz ansetzte. Was als geiler, lockerzelliger Schößling überhitztem Erdreich entsproß, kommt mit dem Fluch raschen Verderbs ans Licht. Die unzeitigen Schöpfungen sind interessante, leider oft bluterfüllte Episoden geblieben. Wahn ist auch der Glaube, daß das Alte, weil es einmal stark gewesen ist, wiederkehren könne. Niemals haben Restaurationen das ancien régime wieder zu Leben erweckt. Aber verzögert, verdünnt ist im Buch der Völker das Neue wiederholt geworden. Man denke an die Verkümmerungen, die der bürgerlich-liberale Gedanke durch die Zeitläufte von Metternich zu Bismarck erfahren hat. Rückschläge gegen die Tatsachen von 1918, Versuche, die frühere Ordnung wiederzubringen, mit der Intransigenz der im alten Staat herrschenden Mächte und, als ihr Gegenspiel, mit der Rückleitung der Arbeiterpolitik in die oppositionellen, nicht eben sehr fruchtbaren Formen, könnten ähnliche Wirkungen haben wie die Restaurationen am Beginn des 19. Jahrhunderts, die das unerfreuliche, in die Katastrophe der Nation abrutschende Bild politischen und geistigen Verfalls in der wilhelminischen Generation vorbestimmt haben. Die Parteigänger der Vergangenheit hoffen, die Gläubigen einer Erneuerung besorgen, daß mancher geschichtlichen Erfahrung folgend die deutsche Revolution der Sehnsucht nach Ruhe erliegen werde, wie sie auf schwere seelische Erschütterungen in den Massen zu folgen pflegt. Solche Ermattungen haben ihren positiven politischen Wert. Die Gesellschaft strebt, auch über Umwälzungen, mit dem Zwang einer Art sozialen Gravitationsgesetzes nach standhafter Ordnung. Hier liegen aber die psychologischen Bedingungen der „Reaktion". Sie gaukelt den Zeitgenossen, wenn der Lärm des Neuen diese müde machen will, listig die Behaglichkeiten eines Ausruhens in den früheren Ställen vor. Gelingt der Anschlag und suchen die Menschen bei den alten Gewalten den erträumten Frieden, so finden sie sich in der Unsicherheit eines

künstlichen, labilen Gleichgewichts mit seinen moralischen und politischen Schäden. Sie sehen sich schmerzhaft gereizt durch die Gegensätze zwischen dem eigensinnigen Zwang der zu unberechtigter Herrschaft gebrachten Mächte der Beharrung und dem unstillbaren Drängen nach Lebensformen, in denen sich die Bedürfnisse der herangereiften Generation frei auswachsen können. Die „Konservativen" aus der überholten Zeit sind die letzten, die haltbare konservative Zustände heraufführen. Solche werden nur, wenn das Neue alle seine Möglichkeiten entfaltet, wenn es sich aus seiner stürmischen Jugend zu seinen Mannesjahren klärt, wenn die Träger der werdenden Idee die breite Grundlage der werdenden äußeren Ordnung sein können. Der Kapp-Putsch war ein schriller Warnungspfiff gewesen. Er wollte die vorwärts weisenden Kräfte zurückdrängen, um den Platz für die Wiederaufrichtung der innerlich zerbrochenen alten Gewaltverhältnisse freizubekommen. Die Folge war Blut und Zorn, eine bittere Störung in dem schon gemessener einherschreitenden Wachstum der neuen Welt. Die gleiche Wirkung müßten alle Versuche der Restauration auslösen, auch wenn sie klüger und geduldiger angebahnt werden als der Streich der Offiziersverschwörer. Die unterdrückten Energien des jungen sozialen Drängens würden nur zu gesammelteren Gegenstößen ausholen. Das Ergebnis wäre das gleiche: Haß und Tod in der hart geprüften Nation, lang hingedehnte Krisen, in denen das Radikale sich nicht mäßigen, das Maßvolle sich nicht entfalten, das Leichengift abgestorbener Zustände nicht ausgestoßen werden könnte, am Ende der Ausblick auf eine freudlose Verkümmerung des Volkskörpers, wie sie die deutsche Nation auf ihrem steinigen Gange durch die Geschichte so oft erfahren hat.

Die Schicksale der Völker stehen nicht unter den Gesetzen von Statik und Dynamik. Verstand und Wille der Generationen haben Kraft über ihre Geschichte. Fehlwachstum kann vermieden werden, wenn die Leidenschaften von der Einsicht im Zügel gehalten werden. Nationen sind den Individuen gleich, sie vermögen viel durch Selbsterziehung. Die nachfolgenden Blätter sind ein zurückhaltender Versuch, über den inneren Sinn des jüngsten Abschnittes deutscher Geschichte Klarheit zu gewinnen. Ihr Absehen ist, der reinen Linie der neuen nationalen Entwicklungen

nachzuspüren und den Wunsch rege zu machen, daß dem Fortgange zu gesunden sozial-wirtschaftlichen Zuständen Rückschläge und Verfälschungen erspart bleiben. Der Absicht wird entgegengestrebt durch ideengeschichtliche Deutung der wirren Stöße, die vom November 1918 ab auf die Nation eindringen. Das Buch will, nach seinen Kräften, dazu beitragen, der Generation ihre übermäßigen Erlebnisse aus den bisherigen Geschicken der Nation nahezubringen. Die Revolution hat ein besonderes Kapitel deutscher Historie eingeleitet. Es ist die Aufgabe, diesen neuen Abschnitt in den geistigen Ablauf der Jahrhunderte einzureihen, ihn als Teil eines Ideenzusammenhanges zu erfassen. Die Deutung liegt nicht auf der Hand. Würden sonst die Menschen gleicher Zeit über ihre Erlebnisse so verschiedenartiger Meinung sein? Würde es sonst den in ihre Zeit Verstrickten so schwer sein, die Gegenwart jener Stelle in der geschichtlichen Kontinuität anzugliedern, der sie zugehört? Ein Volk kann im Verlauf seines irdischen Wandels Geschlechter hervorbringen, die dem tiefinnersten Zug des nationalen Wachsens entfremdet sind. Die Deutschen unterlagen dieser Verrückung im verflossenen Jahrhundert. Sie sahen die letzten fünfzig Jahre ihrer Geschichte als eine Höhe, auf die die vergangenen Jahrhunderte hingearbeitet hätten. Millionen im Volke sind noch heute in den Fängen dieser Anschauung. Solches Vorurteil ist dem Verständnis der Revolutionsepoche feindlich. Denn was in Trümmern liegt, hat keine Verwandtschaft mit dem, was aufstehen will. Soll der Neubau gelingen, so muß der Gesamtriß der deutschen Jahrhunderte unbefangen nachgeprüft werden. Die Mitbauenden müssen sich, von der jüngsten Vorvergangenheit unberührt, in die nationale Geschichte versenken, die Geschlossenheit der Entwicklung anderswo suchen als die Geister in den Jahrzehnten des neudeutschen Kaisertums.

Dem Deutschen macht es seine Geschichte nicht leicht. Sie windet sich in vielartig gebrochener Linie. Das Mißgeschick, die Zusammengehörigkeiten im historischen Laufe zu verkennen, ist zu entschuldigen. Aber seine Wirkungen bleiben darum nicht minder verhängnisvoll. Volksschichten, die einander verstehen sollten, rennen im Wirrwarr. Die Kreise der Bildung, die zum deutschen Ruhme immer eine starke Stellung innerhalb der

entscheidenden Gruppen hatten, sind in ihrer Masse kühl gegenüber dem Neuen, ja halten sich zum Teil zu seinen Bekämpfern. Ein so ehrliches Herz wie Thomas Mann, der seine Argumente aus der Tiefe des nationalen Geistes holt, präpariert seinen Typus des Zivilisationsliteraten aus einer Verwechslung der neudeutschen, im Schatten der leersten deutschen Jahrzehnte aufgewachsenen Geistesart mit dem innerlichen Zuge nationaler Kultur. Der Irrtum ist vielen Intellektuellen eigen, die sicher waren, des echten nationalen Geistes voll zu sein, und in schmerzlicher Verwunderung nicht fassen können, daß aus dem Volke heraus ein unlöschbares Feuer aufschießt, das den Hausrat der bismarckisch-wilhelminischen Zeit in Asche legt. Scharfe Gewissensprüfung in herber Selbstbeichte müßte die meisten unter den Gebildeten Deutschlands, die jetzt die Revolution hassen, in den Zweifel stürzen. Haben sie wirklich die vielstimmige Volksgeschichte mit musikalischem Ohr gehört? Tönten ihnen nicht Gleichklänge, wo Dissonanzen kreischten? Entging ihnen nicht das edle Hauptthema, das in allem Gegeneinanderbrausen tröstende Melodie deutscher Geschichte ist?

Das halbe Jahrhundert vor dem großen europäischen Krieg war wie niemals zuvor im Leben des deutschen Volkes eine materialistische Zeit. Die Menschen waren als zusammengeballte Massen unter dem Zwang von äußeren Lebensverhältnissen, die den Grund ihrer Entstehung und die Gesetze ihres Verlaufes vom Ringen um die Sachgüter der Erde empfangen haben. Bewußtsein ihrer selbst wurde bei Individuum, Klasse und Nation Bewußtsein von den eigennützigen Antrieben der Seele. Selbst im geistig lautersten Einzelnen hatte sich die Erinnerung verwischt, daß es Jahrhunderte gab, da der Mensch sich in der Welt anders denn als wirtschaftliches Wesen empfand, etwa als heiliger Kämpfer um Reinheit von der Sünde oder als Vollstrecker göttlichen Gebotes, als Erfüller einer persönlich-sittlichen Sendung oder als Mitschaffer an einer sittlich-politischen Gemeinschaft. Die Geschichtsauffassung trägt die Züge jener Grundstimmung, die ihr Licht nicht mehr auf das geistige Wesen im Menschen warf. Das Völkerschicksal wurde als Wirtschaftskampf oder als Machtkampf gesehen. Die Machttheoretiker empfanden letzten Endes Macht als Imperialismus, als Herr-

schaft um der wirtschaftlichen Ausbeutung halber. Die Auffassung war die gleiche in aller weißen Zivilisation. Nur gaben sich ihr die Deutschen mit jener einseitigen Hartnäckigkeit hin, die der mangelnden Harmonie ihres nationalen Wesens eigen ist. Die ideellen Geschichtsauffassungen der Vergangenheit wurden wohl gelehrt, aber ohne rechte Anteilnahme. Im Durchschnittsbewußtsein wurden sie einer Umbiegung in die materialistische Deutung unterworfen. Historische Gesamtanschauungen, die das geschichtliche Schicksal nicht aus einem einzigen der psychologischen Antriebe im irdischen Dasein, sondern aus großen seelischen Gesamthaltungen der einander folgenden Geschlechter ableiteten, lösten sich nicht zu freiem philosophischen Leben, weil sie gleichfalls in der wirtschaftlich und politisch materiellen Zwangsidee stecken blieben. Die folgerichtigste materialistische Geschichtslehre war der historische Materialismus von Marx-Engels, die Grundlehre der Sozialdemokratie. Ihm sind die Formen wirtschaftlicher Produktion Schöpferinnen der gegeneinander aufstehenden politischen Gruppen, politische Macht sieht er als Erzeugnis wirtschaftlicher, den politischen Kampf als Mittel wirtschaftlichen Kampfes. Andere psychische Antriebe zur Entstehung und zum Untergang von Herrschafts- oder Genossenschaftsformen als ökonomisch erklärbare will er nicht kennen. Er führt sogar die Ideen, die geistigen Formen, mittels derer sich Weltbegreifen und Lebenswille von Generationen und Völkern als Baumeister der genossenschaftlichen Daseinsformen verwirklichen, auf die wirtschaftlichen Produktions- und Verteilungszustände zurück. Der ökonomische Materialismus ist eine unwiderlegliche Lösung nur für Geschlechter, deren Selbstbewußtsein von der Unerläßlichkeit der nackt materiellen Bedingungen alles menschlichen Lebens überwältigt ist. Er stellt eine der möglichen Arten dar, wie der seiner selbst inne gewordene Mensch das Zusammenspiel der Gattung in der Führung ihres Erdendaseins anschaut. Er ist selbst eine „Idee". Der Streit aber, ob es „wissenschaftlicher" ist, die Ökonomie aus der Idee oder die Idee aus der Ökonomie abzuleiten, dürfte der Entscheidung von Verstand und Logik entrückt sein. Denn hier stößt man auf letzte Voraussetzungen, wie sie am Grund jedes Erkenntnisversuches liegen, auf Rätsel — die Not nennt

sie Begriffe — die das Fundament jeder Wissenschaft zu unsicherem Sandboden machen. Der bescheidenere Geist gesteht sich zu, daß das Urteil über diese tiefsten Ungewißheiten ein Glaubensakt ist. In diesem Sinne bekennt das nachfolgende Buch, daß in der Geschichte des Menschengeschlechtes die Ideen den gestaltenden Bewegungsquell darstellen.

Die aufgewühlten Jahre im Leben der Völker, da der Boden der Gesellschaft sich um und um schichtet, bringen auch das Geäder der seelischen Kräfte ans Licht, die, geheimnisvoll durch die Geschlechter wirkend, das nationale Schicksal bestimmen. Elementarereignisse toben sich aus, durch die Elementargewalten in den handelnden Menschen und Massen entbunden. Du siehst die Werkmeister des geschichtlichen Werdens nackt durch die Straßen ziehen. Mit Händen magst du das Räderwerk greifen, das Ideenbesessenheit als Antrieb zu den leidenschaftlichen Taten zeigt. Was jagte nach dem Novemberumsturz die Urheber der Blut- und Schreckenschronik der deutschen Revolution, die Spartakisten, daß sie den anscheinend sauber vorgeschriebenen Übergang vom autoritären zum demokratischen Gemeinwesen, den geruhigen Schritt aus der individualistisch-kapitalistisch betriebenen zu einer von körperschaftlichen Beweggründen vorwärts gebrachten Nationalwirtschaft mit wildem Ingrimm störten? Das klar erkannte Wohl der Nation war es nicht, das sie zum Widerstand anfeuerte, auch nicht der Nutzen der Massen. Nützlich im gemeinen Verstande wäre es gewesen, die Einigkeit der Arbeiterklasse zu erhalten, weil diese, von der Geschichte gerufen, nun ihre volle Kraft auswirken und bewähren sollte, was sie auf der Schulbank gelernt hatte. Der Tag der Prüfung aber sieht die Arbeiterklasse in der Raserei der Selbstzerfleischung. Von der anderen Seite will ein Teil des Bürgertums, unter ihnen Höchstintellektuelle, die neue Ordnung zerreißen; die Jugend an den Hochschulen und ihre Lehrer, die gebildeten Stände, erregen sich in feindseliger Leidenschaft gegen die Demokratie, als wäre diese eine verbrecherische Neigung der Massen. In beiden Lagern, links und rechts, wird die Gewalt verhimmelt, das Maschinengewehr als Kulturschöpfer ist Fetisch. Zerstörung, Haß und Unterdrückung soll den Weg zum Heil säumen. Blut fließt, keuchende Verleumdung beschmutzt die Parteien, Fabrik

und Straße beben in Unruhe, die Arbeitslust, die dem deutschen Volke angeboren schien und seine Rettung aus dem Niederbruch werden soll, ist lahm. Was hetzt die Führer und die Massen in einen Bruderkampf? Soll man Moral blasen? Verzweifelt die Schlechtigkeit der Generation bejammern? Oder gar die menschliche Dummheit? Individuen mögen verdorben sein, mit angeborener geistiger Beschränktheit zur Welt kommen. Das breite Volk ist nicht schlecht noch dumm. Die Massen stehen immer irgendwie unter Impulsen, die aus der wechselseitigen Bedingtheit aller menschlichen Gemeinschaft kommen. Die Seele der Massen wird von sittlichen Instinkten bewegt und in ihr auch der auf jedes Einzelindividuum überfließende Bestandteil der Massenpsyche. Diese beugt sich der Idee, die durch sie nach Fleischwerdung ringt. Würden die Menschen, die alle aufeinander angewiesen sind und am Ende doch immer einem Stande gleichmäßiger Ruhe zustreben, in Zeiten der Entfesselung der alten Ordnungen einander zerfleischen, wenn nicht in ihnen übermächtig die Ideen geböten, geistige und sittliche Antriebe, die sich, wenn sie Besitz von den Massen genommen haben, tragisch auswirken müssen. Die deutsche Revolution ist ein Kämpfen von Ideen, die in den Massen fluten. Die Spartakisten, die radikalen Unabhängigen, die Kappisten, die Gebildeten, die die Arme sehnsüchtig in die Vergangenheit strecken, sie alle sind von ihrer Idee erfüllt, übermannt, sie sind Soldaten ihrer Idee. Auch Friedenschluß und Versöhnung kann nur das Werk einer Idee sein.

Die nachfolgende Schrift unternimmt es, die Ideen zu vermuten, die in dieser Zeit einer großen Wende die Nation erschüttern. Sie versucht die Herkunft der Streitideen zu ermitteln, der Klassenkampfidee des Marxismus und der Idee vom Herrschaftsstaat, der beiden scharfen Widersacher, von denen die Wirrungen der Umwälzungszeit erzeugt sind. Sie wagt es, diese Ideen in die geistige Geschichte des Volkes zurückzuverfolgen, um zu zeigen, daß sie im Grunde feindliche Brüder aus dem gemeinsamen Vaterhause des Rationalismus sind, jener tiefliegenden, durch die Neuzeit ziehenden Idee, die den Menschen in der Gesellschaft vereinzelt. Absolutismus, wirtschaftlicher Individualismus, Kapitalismus, endlich die in der Revolution von

1789 wurzelnde bürgerliche Demokratie finden sich in jener Idee. Ihr tritt in der deutschen Geistesentfaltung die Idee der Romantik entgegen, die das Individuum in das genossenschaftliche Empfinden einer gegliederten Gesamtheit einreiht und das Gemeinwesen als Aufbau von Körperschaften sieht. In urwüchsigen Gebilden im Mittelalter verwirklicht, ist diese gesellschaftliche Lebensform vom individualistischen Rationalismus zurückgedrängt worden. Die Romantik hat die Lebensstimmung, die die Vereinzelung des Individuums verabscheut und zum genossenschaftlichen Zusammenschließen drängt, aus ihrer Feindschaft gegen den Rationalismus wiedergeboren. Dieselben haßsprühenden Kohorten links und rechts, die in der deutschen Revolution grimmig gegeneinander gehen, sozialistische Arbeiter und konservatives Bürgertum, sind von der Romantik gezeichnet. Sozialismus, Genossenschaftlichkeit ist romantische Gesellschaftsordnung. Das starre deutsche Staatsgefühl, das den Einzelnen als dienendes Teilchen einem Herrschaftsbereiche unterwirft, ist irregegangene Romantik. Von der echten romantischen Gesamtstimmung aber ziehen jene vielfachen wirtschaftlich-sozialen Knospungen Saft, die aus der deutschen Revolution gemeinschaftliches Wirken von Unternehmern und Arbeitern, Zusammenstreben aller schaffenden Berufe, nationale Wechselseitigkeit der Klassen hervorgehen lassen möchten. Alle die Dränge zum Einklang, diese heranreifenden Formen neuer Schichtungen im Volksganzen wollen als Erbteil der aus dem deutschen Geistesringen geborenen umfassenden Idee der Romantik verstanden, zugleich als Wiederkehr jener Daseinsformen erfaßt sein, in denen die Nation, reich gegliedert, sich selbst in Gebiets- und Berufskörperschaften verwaltend, zu leben begonnen hat, ehe der Absolutismus, der Zeuger des „Staatsgötzen", alle Freiheiten aufsog. Aus solcher Selbstbespiegelung deutschen Geschichts- und Geisteslebens mögen die Neigungen zur Versöhnlichkeit Anregung schöpfen, sollen die Antriebe zum Ausgleich des Hasses, zur Überleitung der Revolution in ein beruhigtes zielstetiges Aufwachsen demokratisch-genossenschaftlichen Daseins Beweisgründe holen. Die deutsche Nation gehört nicht zu den glückbegnadeten, ihr äußeres Schicksal ist ein schroffes Auf und Ab. Da böte es Trost, wenn die Ahnung erhärtet werden könnte, daß durch alle Verschlin-

gungen der nationalen Geschichte unzerstörbar Ideen sich emporarbeiten, deren innere Kraft es ist, ein in Freiheit gefestigtes deutsches Dasein zu schaffen. Diesem Dienste unterordnen sich die nachfolgenden Kapitel.

* * *

Das Buch entstand in unverlöschlicher Erinnerung an eine Tote. Ihr dankt der Verfasser alle Geschenke veredelter Jahre, die nur die unergründliche Güte einer liebenden Frau dem Mann auf seinen Weg mitgeben kann. Das Leben warm liebend, dessen überlegene Meisterin sie war, ist sie in den letzten Wochen vor dem Kriegsende jäh hingerafft worden. Der grübelnde Schmerz wird die Empfindung nicht los, daß auch diese Frau, die von Pflicht zur Freude strebte, durch tückische Verkettungen dem Völkerschlachten zum Opfer fiel. Sie ist zu der Schar der Zahllosen hinzugetreten, deren Begabung und Schaffensfreude, jedes an seinem Orte, an dem Tage gefehlt hat, da aus Trümmern ein Vollkommeneres aufgerichtet werden soll. Diesen Vielen, die im Sturme litten und starben, ehe sie ihren Stein zum Bau herbeitragen durften, schulden die Überlebenden und die Künftigen, die vielleicht wieder im hellen Sonnenlicht stehen werden, wehmütiges Gedenken und den Vorsatz, ins Hohe zu blicken.

Mitte August 1920

I. ABSCHNITT

Klassenkampf und Gemeinschaftsidee

I. Kapitel

Politischer oder sozialer Umsturz

Das Rätsel der deutschen Revolution ist, daß sie am Tage nach ihrem raschen, unblutigen Siege erst begann. Die Geschichte hatte ihr ein klares Ziel gesetzt: die Erlösung der deutschen Volkskraft von der monarchischen Herrschaftsform. Diese Pflicht gegen sich und gegen die Kulturgemeinschaft, in die sie verwoben ist, hatte die deutsche Nation noch nicht erfüllt gehabt. Der deutsche Boden war der letzte quellenden Geisteslebens in Europa, der als Machtbereich einer über dem Volke thronenden Gewalt behandelt werden konnte; die Menschen auf deutscher Erde die einzigen größerer Gesittung, die ihr Schicksal nicht in eigenen Händen wußten. Das eigenständige politische Gebilde des fürstlichen Absolutismus, der das Schicksal der europäischen Nationen durch Jahrhunderte gewesen war, ist in Deutschland am spätesten zur Vollendung gelangt, hat sich aber hier am zähesten eingewurzelt. Nacheinander waren die Tudors und Stuarts in England, die Bourbonen in Frankreich, die Habsburger, zuerst in Spanien, dann in Österreich, die Hohenzollern in Preußen über die urwüchsig freien Bildungen mittelalterlichen Volkslebens emporgestiegen. Das englische Volk raufte das aufschießende Gewächs in einem über Jahrzehnte sich hinziehenden Ringen aus, ehe es noch alle in der sittlichen Kraft des Volkes bereitliegenden politischen Anlagen in sich gesogen hatte; der gegen die Stuarts bewährte Wille zur Selbstregierung hat dann die nachzüglerischen Versuche der Hannoveraner, mittels Verfälschung des Verfassungsbetriebes die Königsmacht doch über die Nation zu stellen, mühelos vereitelt. Das französische

Volk, über das der Absolutismus in seiner, für den Großteil Europas mustergültig gewordenen Ausprägung Gewalt bekommen hatte, stieß die Bourbonen in einer aus der Tiefe kommenden Volksbewegung zur Seite und behauptete die Volksherrschaft über wechselvolle Kämpfe und Rückschläge. Sein Beispiel hatte über den europäischen und südamerikanischen Erdteil hin gewirkt. Im Weltkriege war dann der Zarismus, die sonderbare Kreuzung von Byzantinismus, mongolisch-asiatischer Despotie und europäischem Absolutismus gestürzt. Dem deutschen Volke waren die Anläufe von 1813 und 1848 mißglückt. Die großen Dynastien und ihre kleinen Satelliten übten unter den vom Westen übernommenen Formen verfassungsmäßigen Staatslebens, im innersten Kerne unerschüttert, die alte Herrschaft über die Nation aus. Die Kriege, die Einheit und internationalen Rang gebracht hatten, sind der Machtausübung von oben her günstig gewesen, die kurze liberale Ära war nur eine Runde in der Spielpartie des ersten Kanzlers. Erst in der zweiten Hälfte der Regierung Wilhelms II. war die von Bismarck neugestärkte Fürstengewalt allmählich wieder schärfer berannt worden, nachdem die Sozialdemokratie breite Massen hinter sich zu sammeln vermocht hatte. Preußisches Wahlrecht und Parlamentarismus waren die Kampfziele. Sie haben sich von 1917 ab, als das Kriegsunglück der Hohenzollern nicht mehr zu verhüllen war, unter steigendem Drucke von unten durchgesetzt. Die Botschaft Bethmann-Hollwegs über die preußische Wahlreform, das Kabinett Hertling, die Verfassungsänderung unter Max von Baden waren stets rascher werdende Schritte in der Umwälzung. Der Zusammenbruch des Heeres, das Erwachen der Nation zur entsetzlichen Wirklichkeit ihrer Niederlage schufen dann einen geschichtlichen Augenblick, in dem die Monarchie weggeblasen werden konnte. Geräuschloser als die Stuarts und Bourbonen sanken die Hohenzollern, Habsburger, Wittelsbacher, Wettiner und alle anderen hin. Der 9. November 1918 hat in Deutschland den Schlußpunkt auf die lange Befreiungsgeschichte gesetzt, deren Denksteine 1649, 1688, 1789, 1848, 1905 und 1917 gewesen waren. Die Ideen Miltons, Lockes, der Aufklärer und Rousseaus waren nun auch in Deutschland verwirklicht, die jüngste Entwicklungsform politischen Zusammenlebens auf dem Planeten, die europäisch-amerikanische

Demokratie, auch zur deutschen Nation gekommen. Was auf den 9. November folgen mochte, konnte nur schnell fortschreitender Aufbau nach längst vorgezeichneten Plänen sein: die Nationalversammlung, das demokratische, Frauen und junge Leute mitumfassende Wahlrecht, Volksabstimmung, Umbau der Verwaltung, der Präsident der deutschen Republik Ebert.

Als politische Revolution konnte die deutsche Bewegung von 1918 eine Wiederholung der friedlich vollzogenen „glorreichen" Revolution von 1688 werden. Ihr Verlauf ist ein anderer geworden. Sie wurde eine der fürchterlichsten Bluthochzeiten der neueren Geschichte, von Waffenlärm tosend, von wahnwitzigen Kämpfen der Volksleidenschaft durchschüttelt. Als die Idee der Demokratie ihren triumphalen Sieg errungen hatte, stand hinter ihr eine andere Idee sprungbereit, der Sozialismus, der nun seine Zeit gekommen sah. Träger der demokratischen Erhebung waren die sozialistischen Arbeiter gewesen, so stark auch die bürgerliche Demokratie in ihrer protestantisch-liberalen und katholisch-klerikalen Gestaltung mitgewirkt hatte. Die Arbeiter waren, ungleich den früheren politischen Revolutionen in Europa, in denen sie mehr als Heeresgefolge, stärkstenfalls als gleichzählende Mitstreiter der bürgerlichen Dränger eingegriffen hatten, diesmal allein vorangestürmt. Dazu hatte sie ihre Verbreitung in die Weite und Tiefe der Nation, ihre jahrzehntelange grundsätzliche Gegnerschaft gegen den alten Staat und das im Kriege hochgezogene revolutionäre Ungestüm in ihren Reihen berufen. Das politische Programm der Sozialdemokratie war die Idee der Demokratie in ihren radikalsten Einzelforderungen, eine sozialistische Regierung, wie sie die stürmischen Novembertage gebaren, war in jenem Zeitpunkte die gegebene Vollstreckerin des Willens des ganzen, zur Demokratie entschlossenen Volkes. Allein für die sozialistischen Arbeiter war die Demokratie nach den Lehren ihrer Vorkämpfer nur Mittel zur Förderung und Verwirklichung des Sozialismus. Begreiflich daher, daß die Arbeiter sofort über den Erfolg der demokratischen Idee hinweg weiter nach vorne stürzten, daß besonders die tatbereiten Elemente die „Revolution weitertreiben" wollten, um dem Sozialismus, ihrer Idee, zu dienen. Man sah die Zeit der sozialen Revolution, auf die Schriften und Reden Jahrzehnte

vorbereitet hatten, endlich gekommen. Die gelehrten Köpfe in der Partei erkannten wohl klar und sagten es heraus, daß der Krieg, die letzte Ursache der Umwälzung, mit der inneren Entwicklung des Kapitalismus keinen notwendigen Zusammenhang habe. In der deutschen Revolution hatte sich die Arbeiterschaft nicht gegen die Kapitalistenklasse, sondern gegen die monarchische Staatsgewalt erhoben. Immerhin mochte die anfänglich politische Bewegung zu einer sozialen fortschreiten können. Der gestürzte Staat war eine Stütze der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Diese konnte nun in voller Front angegriffen werden. So hatten es in Rußland die Bolschewiken gehalten und, für den Augenblick wenigstens, mit Erfolg. Auch in den früheren Revolutionen, bis auf das Auftreten der Lelever in der englischen zurück, waren die Zeiten politischer Hochgewitter immer von Versuchen begleitet, soziale Umwälzungen einzuleiten. Jetzt, da das Proletariat zu ausschlaggebender Stärke herangewachsen war, schien das Ziel der Sehnsucht von Jahrzehnten mit den Händen greifbar. Die deutsche Revolution wurde also ein Bürgerkrieg zwischen den kapitalistischen Klassen und der Arbeiterklasse, wie ihn die marxistische Apokalypse vorausgeschildert hatte? Sie wurde ein Bruderkrieg im Schoße des Sozialismus.

In revolutionären Zeiten bildet die seelische Verstörung der Massen den Sprungboden für die gewalttätigen Vorbrüche der radikalen Temperamente. Die Hochspannung eines vierjährigen Krieges, der Groll über die vergeblich gebrachten Opfer, das Elend des Hungersterbens, dem eine beispiellose Ungeniertheit im sittenlosen Geldmachen und im Verprassen des jungen Reichtums das abstoßende Gegenbild bot, haben die Mehrheit des deutschen Volkes in eine Erregung geworfen, die sich steigerte, als das Kriegsende zur hartnäckigen Teuerung noch Arbeitslosigkeit und vielen vorher gefestigten Existenzen Unsicherheit über die Zukunft der Familie brachte. Millionen wurden in den Strom einer gefährlichen Stimmung gerissen, die das Urteil zurückdrängte, zu hemmungsloser Hingabe an den Antrieb des Augenblicks geneigt machte. Die Massenphychose im Deutschland von 1918 hat ihresgleichen vielleicht nur in der großen französischen Revolution von 1789, als der Groll über jahr-

zehntelange Mißwirtschaft, über den Verfall des nationalen Namens, über Teuerung und Erniedrigung reißend emporströmte, nachdem einmal der Damm zerrissen war. Auch die französische Revolution war immer weitergetrieben worden bis zur Diktatur der Bergpartei. Damals war die Entwicklung folgerichtig. Die Gewaltausbrüche waren zuerst ein Kampf der neuen Ideen mit dem, anfangs vielleicht nur eingebildeten, bald aber verwirklichten Bündnis der alten Klassen und der ausländischen Militärmächte; später schöpfte der Wechsel der radikalen Parteien, die Überwindung der Radikaleren durch die Radikalsten, im Grunde nur alle Möglichkeiten aus, die in den Ideen der Aufklärung und Rousseaus eingeschlossen lagen. Der Folgerichtigkeit des vorrevolutionären Schrifttums antwortete die Konsequenz der revolutionären Gestaltungen. Die französische Bewegung lief den Kreis ihrer Lehrgedanken ab. Eine deutsche, vom sozialistischen Proletariat getragene Revolution mußte sonach, wenn sie der französischen innerlich verwandt werden wollte, die Idee des Sozialismus körperhaft machen. Das seelische Chaos der Massen mußte in der voranleuchtenden Idee ihren Nordstern haben, der dem Hin- und Herwogen der Leidenschaften die große Richtung vorschreibt. Die breiten Streikwellen, die die ersten Monate der Revolution durchziehen, die blutigen, mit verbitterter Grausamkeit ausgefochtenen Straßenkämpfe in den Hauptstädten und in den Industriegebieten mußten doch irgendwie zu einem schrittweisen Lebendigmachen der sozialistischen Lehren sich aneinanderreihen, wie sie durch mehr als ein halbes Jahrhundert das geistige Tagesbrot der Arbeiter gewesen waren und in deren Namen nun gestreikt, geschossen und gemordet wurde. Ward dies das geschichtliche Bild der deutschen Revolution?

Die Umwälzung brachte zweifellos der Arbeiterklasse mit einem Ruck gewaltige Erfolge. In Wochen wurden soziale Reformen wirklich, um die ehedem Jahre und Dezennien vergeblich gestritten worden war. Die volle Koalitionsfreiheit, Achtstundentag, Erwerbslosenfürsorge, grundsätzlicher Aufbau des Arbeitsrechtes auf dem Tarifvertrage und dem Einigungsverfahren, Verwirklichung der „konstitutionellen Fabrik“ durch Arbeiterausschüsse waren die großen Neuerungen. Sie fallen in die allererste Zeit nach dem staatlichen Umsturze und haben in

die öffentliche Rechtsordnung die restlose Gleichstellung der Arbeiterschaft bei Regelung des Arbeitsverhältnisses eingefügt. An grundlegender Bedeutung kamen schon diese Ergebnisse der klassischen Deklaration der Grundrechte gleich. Und neben den fundamentalen Erfolgen eine Reihe von Einzelreformen, die Beseitigung der Gesindeordnungen, das freie Recht für den Landarbeiter, Besserungen im Versicherungswesen, Verbreiterung des paritätischen Arbeitsnachweises, Verfeinerung des Arbeiterschutzes, so im Bäckereigewerbe, um das Jahrzehnte gerungen worden war, ernstliche Maßregeln im Kampfe gegen die Volkskrankheiten. Ein stürmisches Tempo in der Erfüllung des Erfurter Programmes. Allein es stillte die Erregung der Arbeiter nicht. Von wohlmeinenden bürgerlichen Gelehrten waren soziale Reformen, Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen vielfach als Ziel des Sozialismus bezeichnet worden. Die Arbeiter waren von anderen Wünschen erfüllt. Was die sozialistische Regierung da schuf, war im Wesen eine Fortbildung von Einrichtungen, die tief im alten Staat angelegt, ja schon zu einem Teile gerade im Namen jener Gewalten begonnen worden war, die jetzt zur grimmigen Genugtuung des Volkes am Boden lagen. Sozialismus war aber das Idealbild einer neuen Welt, die auf den Trümmern der vorangegangenen Gesellschaftsformen auferstehen sollte. Das alte Hemmnis, die kapitalistische Staatsgewalt, war beseitigt. Nun brach die Sehnsucht stürmisch hervor. Freilich, die geistigen Führer der sozialistischen Arbeiter hatten gelehrt, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht das Wunder der Aloeblume sein werde, die über Nacht herrlich erblüht. Die abgeklärte Theorie zeigte besonnen, daß die „soziale Revolution“ keine dramatische Szene, sondern ein lang sich hinziehender geschichtlicher Prozeß sei, ein allmähliches Hineinwachsen sozialistischen Lebens in die überkommene Ordnung, die selbst die Elemente für die neue Produktionsweise liefert. Die Umwandlung werde dort friedlich sein, wo Demokratie herrsche. Darum galt ja die demokratische Republik als das politische Kampfziel, weil ihre Einrichtungen dem werdenden Sozialismus die Notwendigkeit von wilden Kämpfen mit einer feindseligen Staatsgewalt ersparen. Denn wie Kriege nach außen, so seien die Erschütterungen innerer Kriege dem Werden

der sozialistischen Welt hinderlich, die ihre vorbestimmten ökonomisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen habe. Wo die Demokratie erst durch einen politischen Umsturz hergestellt würde, sei der Kampf nicht weiter zu führen, als es der augenblicklichen Klassenschichtung entspreche. Die Waffe des Proletariats sei seine steigende Zahl. Soweit die Mehrheit des selbstregierenden Volkes in der gegebenen geschichtlichen Stunde gehe, soweit werde die soziale Revolution zu dauerhaften Neuerungen führen; ein Mehr fände die objektiven Bedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr vor. Die geschulten Schichten der Arbeiterschaft hatten sich vor dem Kriege diese Lehre eingeprägt. Aber als die Demokratie ihren Sieg ohne Widerstand errungen hatte und nun ihre Wirkung entfalten sollte, riß die Ungeduld des Gefühles die verstandesmäßigen Überzeugungen ein. Das Proletariat ergreift die Macht und begründet die neue Organisation der Arbeit und der Gesellschaft. So hatte doch Karl Marx gelehrt! Nun war die Macht in die Hände der Arbeiterschaft gekommen; diese erwartete ein zielbewußtes Handeln ihrer Führer auf der Regierungsbank.

Hier wurde schon eine Unzulänglichkeit in der sozialistischen Lehre offenbar, die der Theorie der politischen Demokratie nicht zu eigen gewesen war. Freilich, nicht alle Parteianhänger mußten sofort inne werden, warum der in der Seele als groß empfundene Augenblick nicht großzügige sozialistische Schöpferkraft vorgefunden habe. Man gab der Willenlosigkeit der leitenden Männer die Schuld. Personen bieten sich ja immer als die Zielscheibe des Grolles dar, wenn die Sachen den erwarteten Fortgang nicht nehmen wollen. Die persönliche Zuspitzung der Kritik drängte sich den sozialistischen Massen um so selbstverständlicher auf, als auch die bürgerlichen Köpfe, die sich entschlossen auf den Boden der neuen politischen Tatsachen stellten und von hier aus eine Erneuerung der Gesellschaft erwarteten, die Unentschlossenheit der sozialistischen Minister bitter rügten. Auch sie tadelten, daß die sozialdemokratischen Wortführer, zur Tat berufen, es an Zielsicherheit in der Erfassung ihrer sozialistischen Aufgaben fehlen ließen, daß die Enttäuschung der Arbeiter über die geringfügigen Ergebnisse der Revolution berechtigt sei. Das Urteil lautete, daß die Häupter der Sozial-

demokratie, obwohl anfangs im Besitze der ganzen Macht, später nach den Wahlen zur Nationalversammlung ausschlaggebend in der Regierung, versagt haben, weil sie nicht gewußt hätten, was sie eigentlich zu wollen verpflichtet seien.

2. Kapitel

Die Krise der siegenden Sozialdemokratie

Nicht zum ersten Male stößt es dem praktischen Sozialismus zu, daß er in einem Augenblicke Enttäuschungen erlebt und schafft, der anscheinend wie seine geschichtliche Gelegenheit gekommen ist. Die deutsche Novemberrevolution von 1918 weist hier auffallende Gleichheiten mit der französischen Februarrevolution von 1848 auf. Diese erste große Erhebung eines europäischen Proletariats war sogar, deutlicher umschrieben als die deutsche Revolution, als eine politische und soziale Bewegung zugleich aufgetreten. Sie war die gemeinsame Tat des Mittelstandes und des Proletariats. In die provisorische Regierung zogen anerkannte Sozialistenführer wie L. Blanc und Albert ein. Die nächste Aufgabe war der Kampf gegen die wirtschaftliche Not, die den Anstoß zur Erhebung gegeben hatte. Allein den Sozialisten fehlte es an Klarheit im Wollen, obwohl sie einige Jahrzehnte intensiver literarischer und agitatorischer Arbeit hinter sich hatten. Wie 1918 und 1919 das Schlagwort „Sozialisierung", so war 1848 die „Organisation der Arbeit", die Umwandlung der Arbeiter in „Associés", der Ruf der Massen. Die Verwirklichung des Programmes war eine Kette von Ratlosigkeiten. Man verkündete das Recht auf Arbeit, richtete die unfruchtbaren Nationalwerkstätten ein; auf Antrag Blancs traten Kommissionen zusammen, um die Lage der Arbeiter zu untersuchen. Der fieberhaften Erwartung der proletarischen Massen konnte nicht genügt werden. Die Klagen über die Unzulänglichkeit der sozialistischen Minister erfüllten rasch die Öffentlichkeit — wie 1919. Die Krise des Sozialismus erstickte 1848 schon mit den allgemeinen Wahlen,

die, ungleich heute, den sozialistischen Parteien nur eine kleine Minderheit brachten. Der blutige, durch die Putschtaktik Blanquis und Barbès' eingeleitete und in der dreitägigen Straßenschlacht zum Reifen gekommene Ausgang der proletarischen Nachrevolution war eine traurige Episode in der Gesamtgeschichte der französischen Arbeiterbewegung; sie gehört aber innerlich nicht mehr der mit den ersten Monaten der Februarrevolution abgeschlossenen Phase der gesamt-sozialistischen Entwicklung an. Deren historischer Inhalt war gewesen, daß der damals durchgebildetste Sozialismus der Zeit bei der ersten, in Frankreich seither nicht wiederholten Gelegenheit, da eine politische Welle ihn zur Macht trug, in einem Lande wacher sozialer Entwicklung vor seiner Aufgabe ratlos dagestanden hatte.

Der deutsche Sozialismus hatte 1918 — und hier ist ein Unterschied in der geschichtlichen Analogie — auf den ersten Anschein weit günstigere Erfolgsbedingungen. Vor allem unleugbar in der vorgeschrittenen wirtschaftlichen Reife. Das Deutschland von 1918 war ganz anders durchindustrialisiert und sozialisiert, hatte ein weit zahlreicheres, besser organisiertes Proletariat, wie es siebzig Jahre vorher den Franzosen zur Verfügung gestanden hatte. Von weit wirksamerer Vorbedeutung für einen besseren Abschluß der deutschen Phase der sozialistischen Entwicklung schien die innere geistige Reife der Sozialdemokratie. Der französische Sozialismus vor 1848 war eine quillende geistige Bewegung gewesen, lebendig hatten sich theoretische und politische Ideen aneinander gerieben. Man nennt die Namen der Saint-Simonisten, Fourieristen, man nennt Buchez, L. Blanc, Cabet, Proudhon — und eine reiche Fülle von sozialen Erkenntnissen und positiven Reformgedanken drängt sich heran. Vielleicht war die Mannigfaltigkeit das Zeichen tastender Ungeklärtheit der Ideen und war darum, als die Stunde der Tat kam, ein Hindernis des zielsicheren Schaffens gewesen? Obwohl im Grunde die bunte Bewegung der Einzelgedanken irgendwie zu der Gemeinidee der Produktiv-Assoziation hinsteuerte. Die Deutschen waren 1918 theoretisch schlagfertiger, sie hatten eine gewaltige, von einheitlichem Zuge erfüllte sozialistische Lehre. Der Marxismus hatte alle früheren Schulen in sich gesogen; seine Natur war nicht mehr geistreiche, eigenwillige Intuition,

sondern strenge Wissenschaftlichkeit. In Jahrzehnten methodischer Arbeit schien diese nicht bloß ideell gesichert, sondern vor allem im Aufbau einer mächtigen Parteiorganisation und in der musterhaften Aufwärtsführung der Arbeiterschaft zu besseren Lebensverhältnissen praktisch bewährt. Der wissenschaftliche Sozialismus des deutschen Proletariats stellte sonach, wenn dieses erst zur Macht gelangt war, ein uhrwerksicheres Abrollen des sozialistischen Schaffens, der Umschichtung der Gesellschaft, der Umwandlung von konzentriertem Kapitalismus in konzentrierte Gemeinschaft in Aussicht. Gleichwohl wiederholte sich das Schicksal des französischen Sozialismus von 1848. Auch der durchgebildete deutsche Sozialismus hatte, als er schöpferisch werden — besser, nach seiner bescheideneren Lehre, an dem neuen Werden Hebammendienste leisten — sollte, aus seinem Lehrbuche keinen brauchbaren Baugedanken und keine brauchbaren Bauformen beizustellen vermocht. Die sechs Volksbeauftragten, Mehrheitler und Unabhängige, die anfangs ein glücklicher Instinkt zur gemeinsamen Arbeit zusammengeführt hatte, waren tatenlahm. Sie und ihr literarischer Anhang gerieten in bitterbösen Streit darüber, was eigentlich der marxistische Sozialismus sei und wolle, die Einigkeit brach rasch auseinander. Die Massen, die Sozialismus wollten, wurden einem, in wirtschaftliche Zerstörung, in Blut und Morden ausartenden Kampf über die Auslegung des Marxismus zugetrieben. Seit dem Abebben des Revisionistenstreites und der nachfolgenden Abschleifung und Ausgleichung der Tönungen in der Partei hatte sich die kämpfende Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit ihres Weges wieder gewiß gefühlt. Die siegende Partei versank in Hader über Sinn und Tragweite ihres Apostolikums.

Die Krise der siegenden Sozialdemokratie mußte naturnotwendig aus ihrer marxistischen Doktrin und Praxis herauswachsen. Der Sozialismus will eine neue Ordnung der Gesellschaft sein. Sozialistische Denker und Parteien sollten also ein Bild dieses Neuen, dem ihr Streben galt, im Kopfe haben. Der vormarxistische Sozialismus hatte in solchen Konstruktionen gelebt. Marx und Engels sahen ihr Verdienst darin, die Utopie überwunden zu haben. Sie wollten dem Arbeiter Besseres geben. Sie zeigten den Weg, der mit dem Zwange des Naturgeschehens

zur sozialistischen Ordnung führen müsse. Der Zukunftsstaat und seine Einrichtungen hat die Marxisten nicht beschäftigt, sie behandelten die Vorstellungen über ihn als spielerisch und der Sorge nicht weiter bedürftig. Die Größe des Marxismus ist der sichere Aufbau der Lehre vom Klassenkampf. Marx hat alle frühere Kritik einer liberalen Wirtschaftsordnung zu wissenschaftlicher Geschlossenheit vertieft und verdichtet. Er lehrt die Arbeiter die Geschichte der menschlichen Zivilisation als Auf- und Abstieg von Wirtschafts- und Gesellschaftsklassen sehen, zeigt an der Entwicklung der Produktion und der Verteilung der Güter, wie jede Wirtschafts- und Gesellschaftsform sich selbst aufhebt und die spätere aus sich gebiert. Er erfüllt die Arbeiter mit der Zuversicht, daß dieses unentrinnbare Gesetz auch den Kapitalismus auflösen und aus seinem Schoße den Sozialismus hervorbringen werde. Manche Annahmen des Marxismus waren irrig. Marx selbst hat vom „Kommunistischen Manifest" bis zum „Kapital", durch die Erfahrung belehrt, im einzelnen an seinen Auffassungen von den Wegen des Kapitalismus geändert. Auch seine Nachfolger waren nicht starre Doktrinäre. Der Marxismus paßte sich geschmeidig dem wirklichen Gange des kapitalistischen Wirtschaftsgeschehens an. So fiel die Lehre von den Handelskrisen, durch die der Kapitalismus sich selbst zerstöre, so die These von den beiden Polen der Entwicklung: Konzentration der Produktionsmittel in immer wenigeren Händen und Zusammenballung eines immer elenderen Proletariats. Der fatalistische Zug verschwand aus der sozialistischen Tagespolitik. Man lernte, daß der Weg des Proletariats zum Sozialismus nicht über stete Herabdrückung des Lebensfußes führe, sondern umgekehrt über seinen ungehemmten Aufstieg zu einer gesunden, durch Selbstbewußtsein und Organisation kräftigen, politisch einflußstarken Klasse. Man fügte so die erlösungsbedürftigen Massen in die wirtschaftliche Entfaltung ein. Nur eines wurde im Marxismus immer festgehalten: der unversöhnliche Gegensatz von Kapital und Arbeit, die Rolle des Arbeiters als Löhners. Die undoktrinäre praktische Anpassung der Partei an die Wirklichkeit erzeugte vielmehr eine um so schärfere und feinere Auffassung vom Klassenkampf als dem Lebensberuf der Arbeiterschaft. Alle Erfolge der Partei und des Arbeiterindividuums wurden im klassenmäßig

geführten wirtschaftlichen und politischen Ringen gesucht. Man sah auch fortschreitende Ergebnisse, besonders als der Kapitalismus stetige wirtschaftliche Konjunkturen und ein Steigen der allgemeinen Wohlfahrt hervorzubringen begann. Die Sozialdemokratie wuchs mit ihrem Klassenkampf immer tiefer in die kapitalistische Ordnung hinein. Ihre Taktik und ihre Agitationsmethoden verwurzelten immer fester mit der bürgerlichen Gesellschaft. Der Klassenkampf wurde ein Kampf um die Minderung des Mehrwertes, um die Mäßigung im Ausbeuten der Arbeitskraft; er nahm den Arbeiter als Lohnempfänger, als Verkäufer der Ware Arbeit, sein Ziel wurde Steigerung der Lohnquote und Herabsetzung des Arbeitstages. Dem Kampf um Lohn und Arbeitszeit diente die Gewerkschaft mit ihren großartig sich erweiternden Organisationen, ihrer Überlieferung, ihren Arbeitsregeln. Ein Entlastungskampf im Ringen um den Geldlohn war das Genossenschaftswesen. Es erfaßte den Arbeiter als Konsumenten, sein Ziel war Steigerung der Kaufkraft des Lohnes. Der Klassenkampf wurde nach Überwindung des doktrinären Schwankens immer entschlossener auch mit dem Stimmzettel geführt. Die sozialdemokratischen Wählermassen drückten wirksam auf die Gesetzgebung. Weitere Hebung der Arbeiterklasse durch Schutz, Versicherung, Besserung der öffentlichen Verwaltung, namentlich in den Gemeinden, war die erstrebte und erzielte Wirkung. Andere Formen des Klassenkampfes, die dem Geiste der ersten sozialistischen Generationen angemessen waren, traten mehr und mehr zurück. Allerdings lebte etwas von ihnen im Syndikalismus auf, der in Frankreich entstand. Aber er schien mehr, aus der Erbitterung der Arbeiter über die Verfälschung des parlamentarischen Kampfes durch den Millerandismus, gegen die Sorte Sozialismus geriebener Ehrgeizlinge gerichtet, die, emporgekommen, in die Schar der politischen Ausbeuter des allgemeinen Stimmrechtes hinüberwechselten. Wo geduldige gewerkschaftliche Arbeit der nationalen Artung zusagte, wie in Deutschland, auch in England, sonach in den maßgebenden Industriestaaten, schien dem Syndikalismus keine Zukunft beschieden. Wohl hielt er, der vom revolutionären Feuer stark erregt war, die Erinnerung wach, daß die wissenschaftliche Betriebsform nicht die einzige Betätigungsart der Klassenkampf-

idee sein mußte. Allein die von ihm empfohlenen Kampfformen aus der Frühzeit, Straßenkampf, politischer Streik, muteten — trotz ihres Aufscheinens in der Revolution von 1905 — in den westlichen Industriestaaten veraltet an. Hier schien die zunehmende Kraft und Bedeutung der Arbeiterklasse schon ein Stück der Verwirklichung des Sozialismus.

Da stürzten in Deutschland die alten Staatsordnungen nieder. Man hatte am Ende des 19. Jahrhunderts vielerlei vom Kladderadatsch geredet, als die chiliastischen Bedürfnisse der Arbeiter noch reger waren. Aber auch damals hatten sich nur wenige Gedanken gemacht, was eine durch Zusammenbruch der alten Staatsgewalten zur Macht berufene Sozialdemokratie nach dem Siege anfangen werde. Wie der Klassenkampf von einer regierenden Arbeiterklasse zu führen sei, wie die Massen für dieses doch im Plane liegende Ereignis ideell und organisatorisch vorzubereiten seien, darauf verwendete die Theorie Marx' wenig Anstrengung. Nun war der Kladderadatsch früher gekommen, als selbst Engels und Bebel ihn erwartet haben mochten. Die Sozialdemokratie wurde aus der ihr allein vertrauten, von der Lehre gebilligten und gestützten Bahn geschleudert. Für die Bedürfnisse der Kampfzeit war ein demokratisches und sozialreformerisches Programm geprägt. Ein sozialistisches Programm war nicht ersonnen. Dazu hätten fundamentale Teile des Lehrgebäudes umgedacht werden müssen. Aber die Partei war im Klassenkampfe feist geworden. Dieser schien der unerschütterliche Fels, auf dem aller Sozialismus in allen Wechselfällen stark aufruhen könne. Die Partei hatte keine andere strategische Idee, ja kannte keine andere Lebensform als den Klassenkampf. Die Organisationen waren auf den Klassenkampf in der bisherigen Art einexerziert. Um diesen lohte nun der Streit auf. Da es unmittelbar um die Grundidee der marxistischen Sozialdemokratie ging, schieden sich jäh die Geister und Temperamente. Die Mehrheit der Partei sah keine Nötigung, vom gewohnten Wege abzubiegen. Die Demokratie war ja gekommen; nun werde es eben mit der Gegenwartsarbeit schneller voranschreiten. Im gleichen Tritt werde das Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus vor sich gehen. Ein lebhafteres Tempo in der Vergesellschaftung der schon vom Kapitalismus durchorgani-

sierten und konzentrierten Industrien werde natürlich nachhelfen. Die schroffe Klassenkampfstimmung müßte sich freilich mildern, da nun die Partei für Politik und Wirtschaft die Verantwortung trüge. Die Grundidee aber und der Geist der Organisationen wurden auch für die neue Zeit stillschweigend als gültig anerkannt. Auch das Haupt der marxistischen Theoretiker, Karl Kautsky, vertrat diese Meinung, obwohl er sich zu den Unabhängigen hielt. Dagegen rannten die Kommunisten an. Sie hatten die richtige Empfindung, daß die veränderte Zeit eine andere sozialistische Aktion fordere. Die Sozialdemokratie befand sich nicht mehr auf dem Boden des kapitalistischen Klassenstaates, dem allein ihre Methoden des Klassenkampfes angepaßt waren. Eine Partei des Sozialismus mußte in diesem geschichtlichen Augenblicke direktere, zielklarere Formen für die Umwandlung der Wirtschaftsordnung bereit haben oder schaffen. Da aber auch die Kommunisten nur in der Klassenkampfformel dachten, war ihre Taktik gegeben. Marx hatte dem Klassenkampf des siegenden Proletariats eine Erscheinungsform vorgezeichnet, die Diktatur. Diese Idee fiel wohl aus der reiferen Entwicklungsphase des wissenschaftlichen Sozialismus heraus, sie war ein Kind der stürmischen Frühära, ein Abkömmling des Jakobinismus, der Zeit, da man mit Dekreten und Gewehren über die gesellschaftlich notwendigen Entfaltungsformen hinwegsprang. Aber Marx konnte angerufen werden. Das Kommunistische Manifest sprach unzweideutig. Zwischen den beiden Flügelparteien blieben die Unabhängigen stehen. Sie schwankten in ihren Auffassungen, setzten aber im Kerne die politisch-oppositionelle Agitations- und Kampftaktik, die die Gesamtpartei früher gegen die monarchistische Staatsgewalt geübt hatte, nunmehr gegen die in der Regierung sitzenden Mehrheitssozialisten fort. Radikaler in ihrem Empfinden, waren sie am Ende noch bewegungsloser in ihrem Denken als die Mehrheitler. Ihr Ohr war den Äußerungen der Masse zugewendet.

Diese aber war von dem Neuen ganz unvorbereitet überrascht worden. So brachen in ihr zunächst die hochgezüchteten Klassenkampfinstinkte ungehemmt hervor. Sie fühlten ihren Sieg über die Staatsordnung und wußten nun nichts anderes, als daß die Gunst der Stunde wie ihr sozialistisches Bewußtsein sie

anweise, den Lohnkampf, das Um und Auf jahrzehntelangen Klassenlebens, ohne Rücksicht loszulassen. Um so mehr, als die ungeschulten Scharen, die die krankhafte Kriegsindustrie an sich gezogen hatte, und die aus mancherlei Lagern zu Hunderttausenden in die emporgestiegene Partei einströmten, die Obmacht über den alten Stock von gewerkschaftlich erzogenen Arbeitern behielten. Streikfieber und Lohnrausch griffen wie ein Brand um sich. Mit Entsetzen sahen die Führer der Sozialdemokratie, wie erfolgreich ihre Predigt vom Klassenkampf in die Gehirne gedrungen war. Das böse Wort von den „Revolutionsgewinnern", dem Gegenstück zu den zuchtlosen Kriegsgewinnern, kam aus den Reihen der leitenden Parteimänner. Sie hielten den Angestellten und Beamten, die in der Runde dem tollen Tanz um den Lohnstreik verfielen, beschwörend die einfachen wirtschaftlichen und geschäftlichen Wahrheiten vor, daß die Betriebe nicht weiterleben könnten, daß die Arbeiter am Ende auf das Pflaster, die Gesamtheit ins Elend müßte, wenn die Löhne nicht mehr vom Ertrag, sondern vom Kapital und Kredit abgerissen würden. Es frommte nichts. Selbst die Mahnung zur Klassensolidarität versagte. Die Lohnbewegung führte zu allgemeiner Steigerung der Betriebsspesen, zu maßloser Teuerung, somit zur Hemmung der Unternehmerlust und des wirtschaftlichen Neuaufbaues. Die Lohnerhöhung in der einen Berufsschicht schädigte die Arbeitsgenossen in anderen Berufsschichten. „Hat uns denn die Revolution ein Füllhorn geschenkt, aus dem alle billigen und unbilligen Lohnansprüche nach Wunsch gestillt werden?" fragten zaghaft die einen; „es konnte niemand voraussehen, daß die Revolution zu einer einzigen Lohnbewegung führen würde", klagten beweglich die anderen. Es hätte vorausgesehen werden müssen. Wie hätte denn die Masse ihren Sieg anders nützen sollen? Sie hatte es nie anders gehört, als daß Sozialdemokratie Klassenkampf, Kampf gegen den Mehrwert sei. Wohl lag eine bessere Erkenntnis nahe. Der Staat nach der Revolution war nicht mehr der frühere kapitalistische Staat. Er war der Staat der Massen geworden. Gegen ihn mit Streik und Lohnraub zu taten, war das Gegenteil von Sozialismus. Denn dieser ist doch organisierter Gemeinschaftsgeist. Aber das Fieber, das sich im Hinauftreiben der Lohnziffern austobte, machte vor den

öffentlichen Betrieben nicht halt. Die buchhalterisch ehemals blühenden Eisenbahnen waren 1920, wie der Reichsfinanzminister klagte, auf einen Fehlbetrag von 14 Milliarden heruntergewirtschaftet. So klaffende Wunden hatten die Lohnangestellten in den Grundtypus der „sozialisierten", der Gemeinschaft zugeeigneten Betriebe geschlagen. Es fiel ihnen nicht bei, daß ihr unsolidarisches Führen den Sozialismus in Verruf bringen könnte. Von Massen kann jedoch nicht verlangt werden, daß sie im Sturme der Erregung neue Gedankenbahnen suchen. Dazu hätte man sie erziehen müssen. Dann hätten sie, die Sozialismus inbrünstig wollten, es ebenso instinktartig begriffen, wie sie nun, aufgezogen im Gedanken des Klassenkampfes, triebmäßig die Revolution als Erlösung zum ziellosen Lohnkampf begrüßten. Anwendung der Klassenkampflehre waren auch die wilden Sozialisierungen von Fabriken in den ersten Monaten der Revolution. „Expropriation der Expropriateure." Die nach diesem Rezept vorgingen, waren nicht inne oder wollten es nicht Wort haben, daß sie sich ihren Karl Marx auf ihre Weise auslegten. Sie waren zu Klassenkämpfern erzogen, nun stürzten sie sich auf den Klassenfeind, den kapitalistischen Unternehmer, und zogen die Produktionsmittel an sich. Denn nie hatten sie in Versammlungen und in der Agitationspresse erfahren, wie das siegreiche Proletariat den Gesamtbesitz behandeln, wie sich alles zum Gesamtwirken fügen müsse, um der Idee des Sozialismus auf dieser Welt Körper zu geben.

Ein Chaos der Gedanken, geboren aus dem Chaos der Gefühle und ausartend in ein Chaos sinnlosen Wütens gegen den Besitz der Nation an Sachgütern und Menschenleben! Es wäre hereingebrochen, weil es in der Logik der sozialdemokratischen Entwicklung lag. Verstärkt wurde es aber durch die schicksalhaften Vorgänge im russischen Nachbargebiete. Der Bolschewismus und sein äußerlicher Triumph ermutigten die Predigt der deutschen Spartakisten, daß der Kampf der Arbeiterklasse in der Gewaltherrschaft des Proletariats gipfle. Lenin hatte sich ja selbst als den Reiniger des verwässerten Marxismus empfunden. Das berauschende Vorbild einer Diktatur des Proletariats war aufgerichtet. Einmal war auf einem weiten Stück der Erdoberfläche die Bourgeoisie niedergeschmettert, war im großen

Stile enteignet worden. Aber — wie immer der Bolschewismus am Ende Rußland hinterlassen wird: aus allen Ruinen wächst wieder Leben — als Erscheinungsform des revolutionären Sozialismus hat er mit Marx kaum mehr als das revolutionäre Fluidum gemein, das durch die ganze Lebensarbeit des Meisters geht. Der Leninismus greift hinter Marx zurück, auf die blanquistische Methode des revolutionären Kampfes. Der Putsch der den Massen voranstürmenden, sie durch Elan mitreißenden, todesmutigen Schar bewaffneter Kämpfer war in Frankreich geheiligte Überlieferung. Karl Marx, so heiß sein Temperament für die Schläge politischer Erhebung entflammte, bekämpfte und überwand den Blanquismus. Marx blieb auch in der Theorie Sieger, als jene Lehre von Bakunin ihre russische Prägung erhielt. Doch der tote Bakunin ist im Bolschewismus wiedergekommen. Dieser hat — im Namen des Marxismus — alles erfüllt, was der Gegner von Marx verkündet hatte: Zerstörung, gründliche Zerstörung, ehe aus dem rauchenden Gebälke die neue Welt erstehen kann. So war die Lehre Bakunins angepaßt der russischen Seele, die gleich groß und ungebunden ist in der Verneinung wie in der Hingabe. Zerstört haben die Bolschewisten genug. Gewalt haben sie genug ausgeübt. Sie übertrugen die Greuelfieber der Jacquerie auf Industrie und Stadt. Die marxistischen Theoretiker in Deutschland und Rußland konnten leicht nachweisen, daß diese russische Abart des Klassenkampfes den Arbeiter in Hunger stürzte, daß sie die Industriebetriebe dem Tode zuführte, das Proletariat verminderte, somit die Vorbedingung für den dauernden Triumph des Sozialismus, das Anwachsen von Industrie und Arbeiterklasse beseitigte, daß in der Endwirkung Rußland durch den Bolschewismus nicht ein sozialistisches, sondern ein bäuerliches und kleinbürgerliches Gemeinwesen werde. In der erregten Zeit, da nach dem Einsturze der alten, auf die Waffe gestützten Macht die Bahn für kühne Taten offen dazuliegen schien, mußte der Sieg der Bolschewisten, als der Erfolg einer kleinen entschlossenen Minderheit in einem Weltreiche, dem Putschismus unwiderstehliche Gewalt über glühende Hirne verleihen. Man werde eben die Fehler Rußlands vermeiden. So hatte ja auch Bela Kun in Budapest versprochen, als er Ungarn zu verwüsten begann. Das Endziel des russischen Kommunismus schien

übrigens seinen Jüngern auch der Opfer wert. Die verkehrte Idee vom Sozialismus konnte mit durchschlagender Wirkung nur unschädlich gemacht werden, wenn ihr mit werbender Gewalt, gestützt auf blühendes gedankliches und organisatorisches Neuland, eine wahrere Idee vom Sozialismus hätte entgegengestellt werden können. Aber die sozialdemokratischen Gegner des Bolschewismus und Putschismus standen mit jenen auf dem gleichen geistigen Grunde des Klassenkampfes. Ihre behäbigere Form der Lehre blieb stumpf in der Wirkung gegenüber der strahlenden Geste des heroischen Klassenkampfes, dem die Spartakisten zusteuerten. Die vom Kriegskapitalismus erbitterten Massen sahen sich ohne das Kommando einer führenden Idee, das sie, vordem scheinbar zielgewiß, vorwärts geleitet hatte.

Der marxistische Sozialismus erwies sich an der historischen Wende vom Kampf zur Schöpfung als unfruchtbar. Wo Sozialismus versucht wurde, war es in unmarxistischem Geiste geschehen. Wo der Marxismus Führer blieb, vermochten seine Vertreter aus den Grundlehren des Meisters keine Anregung zu gestaltenden Taten zu gewinnen.

3. Kapitel

Gemeinschaftsformen und Gemeinschaftsstimmungen

Indes, der Streit um den Klassenkampf erschöpfte das geistige Geschehen in der deutschen Revolution, das sich hinter dem aufregenden äußeren Trubel abspann, bei weitem nicht. Jenes hitzige Lärmen war mehr das abklingende Thema im Ringen der Ideen, das Vergehen eines Stückes Vergangenheit. Neue zukunftsreiche Formen und Gedanken tauchten aus der sozialen und seelischen Erschütterung hervor, ihrer ideellen Herkunft und ihrem Zielstreben nach anderen Wesens als die Ideologie vom Klassenkampf. Auch sie entfesselten leidenschaftlichen Geisterkrieg. Ja, wie immer machte der Kampf um jene Formen erst den Ideengehalt selbst bewußt, der in ihnen keimte. Das

Werden und Aufwärtswachsen der neuen sozialen und wirtschaftlichen Gestaltungen aus ihrer Ideenwelt war der größere, der schöpferischere Lebensinhalt der revolutionären Zeit.

Das Neue entstand urwüchsig aus dem aufgelockerten gesellschaftlichen Boden, ein Beispiel instinktiver Anpassung der Intellekte und der Willensantriebe an die veränderten Bedingungen sozialen Zusammenseins. Die alten Ideologien, die wie unsichtbare metallische Träger das nationale Gesamtgebäude gehalten hatten, waren abgenützt und entartet, ihre Vertreter wertlos für die Aufgabe, das gesamte Spiel des sozialen Lebens in Zucht zu halten. Das Uhrwerk, das alles in gleichen Klang brachte, verschob sich nach unten. Vielmehr man entdeckte nun, daß sein Platz im weiten Fundament sei. Die Arbeit wurde in ihrem Höchstwerte für die Sozietät erkannt, die Arbeitenden, welcher Tätigkeitsart immer, als gleichzuachtende Mitglieder der Gemeinde. Die Arbeiter selbst sahen sich anders als vordem. Früher fühlten sie nur ihren Gegensatz zu den herrschenden Gewalten und Klassen, ihre geistige Einstellung war Kampf. Nun hörten sie von anderen und in sich den Ruf zu verantwortlichem Schaffen an einer neuen sozialen Maschinerie. Diese Aufgabe forderte vor allem, sich aus dem Gespinst der Klassenkampfidee loszumachen.

Am 15. November 1918 schlossen die Vereinigung der deutschen Arbeitgeber und die Zentralorganisation der Arbeiter und Angestellten ein Abkommen, das den Arbeitnehmern den vollen Sieg aller grundlegenden Rechte im Arbeitsverhältnis brachte, um die sie mit den Arbeitgebern Jahrzehnte gerungen hatten: Anerkennung der Gewerkschaften als berufener Arbeitervertretung, paritätischen Arbeitsnachweis, Ausschließlichkeit der Kollektivverträge und deren Beaufsichtigung in den Betrieben durch Arbeiterausschüsse. Das Übereinkommen wurde in der Revolution abgeschlossen. Es war aber noch geistiges Erzeugnis der Kriegszeit, Niederschlag der Erfahrungen der Kriegswirtschaft. Die lebenswichtige Bedeutung der Arbeit für die Gesamtheit war in der drängenden Kriegsnot von den alten herrschaftlichen Mächten, Regierung und Großunternehmern, anerkannt worden. Die Überganswirtschaft drohte schwere Zeiten, in denen jede Unrast vermieden werden mußte. In dieser Erkenntnis

begannen schon im Frühjahr 1918 Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Die Arbeit war übrigens in allen kriegführenden Staaten mächtig im Range aufgerückt. Abmachungen und Regierungsmaßregeln, die den Arbeiter näher an die Mitgestaltung der nationalen Zukunft heranahmen, waren auch in England in der Entwicklung. Die internationale Erscheinung wuchs überall aus dem gleichen Boden: der Krieg hatte, so mächtig er äußerlich die alten Staatsgewalten, so wirksam er ihre Herrschaftsmittel zeigte, deren seelische Grundbedingungen angefressen. Die instinktive Achtung, der triebartige Gehorsam waren durch die Länge des Krieges erschüttert, die Macht war immer deutlicher in Abhängigkeit von dem durch Desillusion befreiten Selbstwillen der Regierten geraten. In Deutschland führte auf diesem Wege die Niederlage im Felde zum Sturze der früheren Gewalten. Die Entwicklung eilte hier schärfer und rascher den anderen Ländern voraus.

Das deutsche Novemberabkommen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ist noch zwiespältiger Natur. Es steht ideell auf dem Klassengrunde, ist ein Friedensschluß zwischen Kämpfenden. Doch schon kündigt sich ein Hauch neuen Geistes an. Der verabredete paritätische Zentralausschuß soll nicht nur das Abkommen durchführen, sondern auch „zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens" zusammenwirken. Arbeiterschaft und Arbeitgeber wollen sonach in Hinkunft einen Boden gemeinsamen Wirkens im Dienste der Gesamtheit aufsuchen. Am 4. Dezember 1918, schon mitten in der Revolution, bekannten sich beide freier und offener zur wirtschaftlichen Solidarität. Sie einigten sich auf Arbeitsgemeinschaften von Unternehmern und Arbeitern. Die ausführliche Satzung für diese Gemeinschaft verläßt die Idee des Klassenkampfes. Sie läßt sich leiten „von der Erkenntnis und der Verantwortung....., daß die Wiederaufrichtung der deutschen Volkswirtschaft die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte und allseitiges einträchtiges Zusammenarbeiten verlangt". Daher setzt sie sich eine „gemeinsame Lösung aller die Industrie und das Gewerbe Deutschlands berührenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen, sie betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsangelegenheiten vor". Für jede einzelne Industrie soll eine zentrale Fachgruppe tätig sein,

für die gesamte Industrie des Reiches ein Zentralausschuß, beide sind „paritätisch aufgebaute Arbeitsgemeinschaften".

Die Arbeitsgemeinschaften wurden in die Wirrnis der revolutionären Leidenschaften hineingestellt. Die aufgewühlten Instinkte des Klassenkampfes in den nicht geschulten Massen hemmten das würdige Ausreifen ihrer Wirksamkeit. Auch Rückschläge blieben nicht aus, als die Doktrinäre des Klassenkampfes in der Unabhängigkeitspartei große Gewerkschaften an sich rissen. Aber die erste Form, die Arbeiter und Unternehmer nicht gegeneinander, sondern zu einander organisierte, deutete auf entstehende geistige Bereitwilligkeit, die Zeiten der gesellschaftlichen Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital als Vergangenheit zu betrachten. Allenthalben kamen denn auch Gedanken ans Licht, die, wie es in der Idee der Arbeitsgemeinschaft lag, einem Aufbau der Nation zugeneigt waren, in dem Lohnempfänger und Lohngeber nicht mehr schroff geschieden, sondern beide als Mitarbeiter an einer gemeinschaftlichen Aufgabe gesehen würden. Bei Großunternehmern zumal zeigte sich Verständnis für die neue Auffassung der Arbeit. Dort spürte man bald, daß das Streikfieber, das sich bei turbulenten Elementen zum Streikverbrechen an den großen nationalen Produktionszweigen steigerte, nicht restlos erklärt war, wenn man es auf kurzsichtige Geldlohngier, auf radikalen Klassenhaß und auf Machtrausch einschränkte. Es mußten doch neben den negativ gerichteten Antrieben auch — bald dumpfe, bald mehr bewußte — andersartige Willensimpulse angenommen werden. Die Massen strebten auf Irr- und Umwegen alter ideologischer Art zu grundsätzlicher Erneuerung ihrer Stellung in der nationalen Gemeinschaft. Die Arbeitsunlust war auch Unlust, unter den alten Formen weiterzuarbeiten. Auch stark industriell gerichtete Köpfe räumten ein, daß „die geistigen Voraussetzungen für die rein kapitalistische Privatwirtschaft, soweit sie in der Mentalität der Arbeiter liegen, mehr und mehr geschwunden seien". Unternehmerverbände erfaßten ihre Zeit, wenn sie die Idee der Arbeitsgemeinschaften lebhaft aufgriffen, sich zur Zusammenfassung aller wirtschaftenden Kräfte, zur freien Gemeinschaftsarbeit von gewerkschaftlichen und industriellen Verbänden bekannten. Das schaffende und aufgeweckte Bürgertum tastete sich ersichtlich aus dem alten

Gefühlskreise der Sozialistenscheu und des Herrenstandpunktes heraus. Erleuchtetere Ansichten ließen sich vernehmen: im Unternehmen sollen Arbeitgeber und Arbeiter in irgendwelchen Formen gemeinsam an Verbesserungen und Steigerung des Ertrages zusammenwirken. Die Wirtschaft in der Republik solle nicht mehr Sache des einzelnen, sondern der Gesamtheit sein. Man müsse zwischen Individualismus und Sozialismus den Ausgleich finden, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen, dem Gesamtzwecke angemessen, ineinandergefaßt werden. „Unternehmer und Arbeiter sind zwei Diener einer Sache", ließ sich der Dortmunder Generaldirektor Vögler vernehmen. Industrielle verkündeten, sie kennen keine Arbeiter, sondern nur Mitarbeiter. Zum Wiederaufbau der Wirtschaft müsse der Arbeitnehmer unmittelbarer als bisher und mitbestimmend herangezogen werden. Neuaufteilungen der Erträgnisse wurden diskutiert, die vom Grundgedanken ausgingen, daß der Arbeiter seinen Lohn nicht mehr als Teil der Produktionskosten empfangen solle, sondern als Anteil an dem von der Arbeit geschaffenen Überschuß. Vögler faßt die Idee der „Werkgemeinschaften", der Einführung von Kleinaktien, der Veredelung des Lohnsystems. Tieferes Schürfen fand die Erkenntnis, daß die alten kapitalistischen Unternehmungsformen immer mehr Formen des technischen Zusammenwirkens von arbeitsteilig organisierten Menschen und immer weniger Herrschaftswirklichkeit und Bereicherungsgelegenheit würden. Steuerabhebungen und steigende Macht der Allgemeinheit über den Rundlauf des Kapitals würden im Unternehmer mehr und mehr den privaten zugunsten des kollektiven Charakters zurückdrängen. Der Unternehmer werde daher dem Betriebe innerlich anders gegenübertreten. Die Einstellung würde persönlichere Wärme gewinnen, nicht als Kapitalist und Verdiener, sondern als Verwalter und Führer der Arbeiter würde der Unternehmer dem Betriebe vorstehen, der Arbeiter wieder werde sich von seinen Betriebshäuptern gerne führen lassen, wie im politischen Leben die Partei oder eine ganze Nation von dem Leiter, in dessen Führereigenschaften sie Vertrauen haben kann. Beide, Führer und Geführte, werden sich als Arbeiter am Gesamtwohle fühlen müssen. Alle diese durch das Land gehenden Gedanken trugen die Farbe des Sozialismus. Sie mühten sich um eine Neugestaltung der nationalen Gemeinde.

Der soziale Drang, der hier die Arbeiter, dort die Unternehmer zu Genossenschaften vereinigt, sie aber dann, stehenbleibend, als Kampfgenossenschaften gegeneinander gestellt hatte, sollte die Kluft der Klassen überfluten. Arbeiter und Arbeitgeber sollten zu Arbeitsgenossenschaften zusammenwachsen, in der Zelle der Volkswirtschaft, im Betriebe sowohl, wie in der öffentlichen Verwaltung der Gesamtwirtschaft. Es war Sozialismus. Freilich nicht der Parteisozialismus, der, in die Sackgasse des im tiefsten Wesen unsozialen Klassenkampfes geraten, der Pflicht, schöpferisch zu werden, nicht gewachsen war.

4. Kapitel

Die Räteidee

Die Massen hatten Gefühl für die Unzulänglichkeit der überkommenen Ideologien. Als die Revolution da war und die Arbeiter sich Herren ihres Schicksales werden sahen, warf die vulkanisch-brodelnde Massenseele eine Idee aus, die im weiten Schriftgelehrtentum des marxistischen, wissenschaftlichen Sozialismus nicht mit dem leisesten Anklang vorgedacht war: die Räteidee. Sie sprang mit der Gewalt des urtümlichen genialen Einfalles in die Welt. Anfangs wurde sie als Schlagwort gewertet, und im ersten, vom Klassenkampf und Klassenhaß durchglühten Rausch der revolutionären Massen schien die Idee wirklich nichts als ein Modebegriff. Es sah aus, als ob die Menge, phantasievoller als ihre stumpfen Lehrmeister, die Klassenkampfideologie nun in ein modernes Kostüm stecken wollte. Die alten Klassenkämpfer machten scharfe Versuche, den Anhängern der Räteidee weiszumachen, daß sie nur einem Worte nachlaufen, daß alles, was der Klassenkampf brauche, in den alten Organisationsformen schon wirksam genug, geradezu klassisch dargestellt sei. Die Masse hörte nicht und blieb von ihrer Räteidee besessen. Sie hatte die richtige Witterung, spürte, daß die Zeit des klassenkämpferischen Sozialismus vorbei sei, und strebte mittels der Räte

einem Sozialismus tätigen Aufbauens zu. Von der sozialistischen Theorie im Stiche gelassen, erschuf sie sich — das ewige Wunder des Heiltriebes in der Natur wiederholte sich — in rascher Intuition eine zweckmäßige Grundidee, die dem chaotischen Wollen Halt und Ziel zu geben vermochte. Sehr bald griff überall die Erkenntnis durch, daß hier kein flüchtiges Schlagwort seinen Spuk treibe. Der Rätegedanke enthüllte schöpferische Tiefen. Er erwies sich als eine jener originellen, mächtig fruchtbaren Lebensformen, die der neuere Mensch auf der Wanderung nach einer gerechten Ordnung der Gesellschaft gefunden hat. Die Räteidee schlang bald alle Keime positiven sozialistischen Denkens in sich, die die Revolution geboren hatte. Sie zwang sich als Bauform allem Neuschaffen auf. Organisationsgedanken, anders empfangen, wurden im Geleise der Räteidee weiter entwickelt. Der Umsturz hatte die Demokratie gebracht, aber das fatale Wort von der „formalen Demokratie" erklang und zündete. Die reine politische Demokratie hatte sich in großen Staaten sozial unfruchtbar erwiesen. Sie brauchte Erfüllung mit neuem Inhalt. Der Ruf flog auf, die politische sei durch die wirtschaftliche Demokratie zu ergänzen. Hier drang die Räteidee rasch ein, alle Pläne wirtschaftlicher Demokratie kleideten sich in das Rätegewand. Die Abschüttelung der alten Staatsgewalt sollte nach dem Willen aller Teile des Volkes die Beseitigung der Bureaukratie bringen. Noch entsetzte sich alles über die Ausartungen des bureaukratischen Unwesens in den kriegswirtschaftlichen Organisationen. Selbstverwaltung der wirtschaftenden Kreise wurde ersehnt. Auch dieses Stück nationaler Zukunft wurde bald in die Formen des Rätesystems gegossen. Räte und neue Gesellschaft wurden eins in den Köpfen der Arbeiter.

Das Werden der Räteidee ist ein seltsames Stück Geistesgeschichte. Man kennt die Erscheinung des Bedeutungswandels. Im Verlaufe der Geschlechter verliert sich das Verständnis für den ursprünglichen Sinn von sozialen Einrichtungen. Die Institution erhält sich aber, nur wird ihr ein anderer Sinn, ein anderer Rechtfertigungsgrund, ein anderer Zweck unterschoben. Die Räte stammen aus der russischen Revolution und wurden von der deutschen Revolution nachgeahmt. Allein der Prozeß des Bedeutungswandels setzte sofort ein: neuer und alter Sinn, neuer und alter

Rechtfertigungsgrund und Zweck stritten miteinander. In Rußland hatte die Räteidee sich kaum weiter entwickelt. Die Bolschewiken hatten sie als Werkzeug des Umsturzes von der ersten Phase der Revolution übernommen, aber ihr despotischer Militarismus hemmte bald die Entwicklung, ja bildete sie zurück. Erst auf deutschem Boden erfaßten die politisch reiferen Massen die Fruchtbarkeit der neuartigen Form. Die Entfaltung der Räteidee beginnt mit ihrer Überpflanzung in den Boden deutscher Wirtschafts- und Gesellschaftskultur und deutschen Organisationsdenkens.

Die Sowjets waren in der ersten russischen Revolution 1905 spontan als Kampforganisationen der Arbeiterschaft entstanden. Die deutschen Gewerkschaftler behaupteten, als Ersatz für den Mangel an einer gewerkschaftlichen Organisation des russischen Proletariats. Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Die Arbeiterschaft in Rußland entbehrte der Gewerkschaften nicht völlig. Aber wären diese auch so stark und tief verwurzelt gewesen wie im westlichen Europa, zur Entfachung der gewaltigen revolutionären Vorstöße, mit denen die russische Revolution damals die Welt überraschte, waren sie nicht geeignet. Die Gewerkschaften waren das Werkzeug, das die Arbeiter sich geschaffen haben, um auf dem Boden der gegebenen Wirtschaftsordnung ihre Kämpfe um wirtschaftliche und soziale Erhöhung des Lohnarbeiters durchzufechten. Geist und Methode der gewerkschaftlichen Tätigkeit war unpolitisch. Die Kämpfe um die politische Macht führte das westeuropäische Proletariat mit dem Stimmzettel. Die russische Revolution hatte gegen den Zarismus einen politischen Machtkampf zu führen. Sie unternahm ihn, da andere Mittel nicht gegeben waren, mit unmittelbarer Massenaktion. Der Anprall der Massenwucht sollte die Entscheidung erzwingen. Neben Demonstrationen größten Stiles war der politische Generalstreik die natürliche Hauptwaffe, wenn er zustande kam. Die Veranstaltung der drohenden politischen Massenkundgebungen und der wirksamen Massenstreiks war Aufgabe und Werk der Sowjets, der Betrauten der Arbeiterschaft in den einzelnen industriellen Betrieben. Sie stellen die unmittelbare Organisation der unmittelbaren Aktion dar. Das war ihr geschichtlicher Ursprung. Sie lebten daher sofort wieder

auf, als 1917 die zweite russische Revolution abermals zu dem Mittel der direkten Aktion griff. Nur hat das siegreiche Proletariat diese wirksame Organisation sofort umfassend ausgestaltet. Die lokalen Räte dehnten sich über das ganze Reich, bauten sich in hierarchischem Zusammenhang bis zur obersten Spitze, einem Reichssowjetkongreß, aus. Die Bolschewiken kamen innerhalb der Revolution zum Siege, weil sie mit ihren Verbündeten, den linken Sozialrevolutionären, zusammen die Mehrheit in den Sowjets erlangten. Hätten die Bolschewiken den Gang der Revolution nicht gewaltsam unterbrochen, indem sie die aus den breiten Volkswahlen hervorgegangene Konstituante auseinanderjagten, weil sie hier die Mehrheit nicht hatten erreichen können, so wäre wahrscheinlich schon in Rußland die Sowjetidee in die Krise des Bedeutungswandels eingetreten. Als Mittel des Klassenkampfes entstanden, hätten die Sowjets erweisen müssen, ob und wie sie sich organisch in eine gesellschaftliche und staatliche Ordnung einfügen können, die nicht mehr auf dem Willen regierender Minderheiten beruht, sondern Ausdruck des Willens der Volksmehrheit ist und bleiben soll. Allein die Bolschewiken schnitten demokratischer Entfaltung den Weg ab. Sie riefen die Diktatur aus, die im Augenblick der Proklamation die Diktatur einer schwachen Volksminderheit war, einer Partei, hinter der nur ein Teil der Industriearbeiter stand, die selbst wieder nur eine geringe Minorität des allrussischen Volkes darstellen. Von da ab mußte die Räteidee einschrumpfen. Sie ist eine Handhabe des freibeweglichen, in jedem Augenblicke tat- und schaffensbereiten Volkswillens. Diktatur ist Gewalt mit der unwiderstehlichen Lockung, den Willen der Gewalthaber über alle Widerstände zu erheben. Die bolschewikischen Diktatoren gewöhnten sich, ohne Räte zu herrschen. Sie tilgten die Soldatenräte aus, diesen Ausdruck revolutionärer Empörung gegen den selbstherrlichen Militarismus. Die rote Armee wurde auf dieselben Grundlagen unerbittlicher Disziplin gestellt wie das Heer des Zaren. Die Sowjetverfassung der russischen Diktatur wurde bewußt als Klassenherrschaft der Arbeiter aufgerichtet, große Volksteile sonach von der Mitarbeit am Rätegedanken ausgeschlossen. Es war Entrechtung, aber immerhin noch auf scheingesetzlichem Grunde. Bald ging die Diktatur

jedoch in despotische, gesetzlose Gewalttätigkeit über. Aus den Räten wurden auch die anderen sozialistischen Parteien ausgeschlossen. Immer weniger wurde der wahre Wille der Arbeiter beachtet, wo er sich gegen die bolschewikische Diktatur aussprach. Die Sowjetrepublik wurde eine Militärdespotie. Vielleicht war dieser Gang in der politischen Lage des Moskau-Petersburger Bolschewikenstaates vorgezeichnet. Dem Rätegedanken hat das russische Experiment nur eine — negative — Erfahrung zugebracht: die Blüte jener Idee war mit der Obherrschaft des Klassenkampfgedankens nicht vereinbar. Die Räteorganisation hat dem kämpfenden Proletariate Dienste geleistet. Aber ihr Wesen lag nicht im Klassenkampfe beschlossen. Denn sie wuchs nicht, sondern verkümmerte, als die Idee des Klassenkampfes in den Formen einer Klassenherrschaft sich dauernd festsetzte.

Die Revolution hat den Rätegedanken zunächst in seiner unfruchtbaren russischen Erscheinungsform auf den deutschen Boden geführt. Auch der deutsche Umsturz war das Werk einer Massenaktion, in Methode und Mitteln eine Kopie des russischen Vorbildes. Russische Hilfe hat ja erheblich mitgewirkt. Nach dem Siege wurde die Räteeinrichtung ein Problem. Blieb die Bewegung auch weiterhin eine Nachahmung der russischen Vorgänge, so kam man zur Diktatur des Proletariats. Die Spartakisten drängten auf diesen Weg, der dem turbulenten Gefühle großer Brocken in den Massen zusagte, wie sie in den Großstädten und Industriebezirken, von jugendlichen, ungeschulten Elementen stark durchsetzt, zusammengeballt leben. „Alle Macht den Räten", klang es in diese erregten Schichten hinein und aus ihnen wieder heraus. Die Unabhängigen folgten, getrieben von agitatorischem Wachstumverlangen; waren doch hier Massen zu erobern, die nicht durch die Zucht der alten Sozialdemokratie gegangen waren. Der Willenskampf entbrannte vorerst um die Nationalversammlung. Die Bolschewiken hatten sie als die „minderwertige, den Volkswillen verfälschende Form der Demokratie" davongejagt. Ihre deutschen Nachahmer wollten sie erst gar nicht zusammentreten lassen. Eine vermittelnde Formel wollte, daß die rein sozialistische Regierung, gestützt auf die Räteorganisation, die wichtigsten sozialistischen Forderungen ver-

wirklichen solle. Erst in dem diktatorisch so geeinten Deutschland solle die aus demokratischen Wahlen hervorgehende Konstituante die Arbeit fortsetzen. Beide Gedanken, der ganz- und halbrussische, setzten eine Reife der Räteidee voraus, die dieses ungebärdige Kind revolutionären Triebes noch nicht erlangt hatte. Denn so viel Besonnenheit wahrten sich — von den grünen Jungen der Revolution abgesehen — die breiten Massen in dem hochwirtschaftlichen Deutschland doch, daß sie die wahnsinnige Idee der Russen — erst Chaos, dann Aufbau — ablehnten. Die Spuren schreckten. Nun standen aber nur die zwei Ideen zur Verfügung: die alte, von der sozialdemokratischen Lehre eingeprägte und empfohlene parlamentarische Demokratie, Umgestaltung der Gesellschaft mit dem Stimmzettel und nach dessen Entscheidungen — oder die neue der Räte, die den Massen das nähere und frischere Gefühl gab, daß ihr Wille fortgesetzt und in jedem Augenblick die Räder treibe. Die neue Idee war aber nicht durchgearbeitet; die konstruktiven Gedanken schwebten undeutlich vor, aber sie lagen auf dem Felde wie etwa die Bestandteile einer großen, sehr verwickelten Arbeitsmaschine, die nicht aufmontiert, also nicht gangfähig war. Die Russen hatten diese Leistung politischen Denkens und politischer Technik nicht unternommen. In diesem Zwiespalt siegte, wie immer, wenn fertig Vorgedachtes und Unfertiges, das Selbstschaffen erst Forderndes auf den Massenverstand wirken, zunächst der ausgereifte Gedanke. Die alte demokratische Parole war stärker, der Wille der breiten Schichten sprach sich für Wahlen zur Nationalversammlung aus. Diese brachten auch den Verfechtern der Demokratie alten Stiles innerhalb des Proletariats die überwältigende Mehrheit an Stimmen und Mandaten.

Die Führer der Mehrheitssozialisten hielten den Kampf für entschieden. Sie dachten begrenzt. Die Massen hatten wohl die Diktatur abgelehnt, und die nachfolgenden törichten Putsche der blinden Russenschüler, die soviel Blut kosteten, warben nicht für die bolschewikische Auffassung der Revolution. Allein die Entscheidung der Massen hatte nur der Demokratie schlechthin, der geordneten Herrschaft des Mehrheitswillens im Volke gegolten. Die alten sozialdemokratischen Führer kannten aber, der Ideenwelt der Parteidoktrin folgend, nur eine Form der

Demokratie, die von der bürgerlichen Gesellschaft erdachte, die mit Abweichungen von Land zu Land im Großen auf die repräsentative parlamentarische Demokratie hinauslief. In diesem Trab wollten sie, ehrlich und volkseifrig, wirken. Sie sahen nicht, daß die große politische Form der Demokratie auch andere Einrichtungen aus sich heraus setzen kann. Die Demokratie des Stimmzettels war den Arbeitermassen im Kampfe gegen den alten Staat willkommen gewesen, weil sie die Klasse vorwärts brachte. Allein man konnte ihnen nicht verargen, daß sie von den altdemokratischen Formen nichts Tatkräftiges erwarteten. An den westlichen Demokratien, dem Vollendetsten, das dem Staate der bürgerlichen Gesellschaft gelungen war, hatten sie gesehen, daß der sozialistische Wille auf diesem Wege sich nicht durchringe. Demokratie war ihnen das Selbstverständliche, die Luft, die sie atmen wollten; aber in dieser Luft wollte man nun seine Kräfte selbst regen. Die Demokratie hatte man auch für Deutschland erstrebt, aber nicht eine Neuauflage bürgerlicher Demokratie. Diese hatte bisher noch nirgends eine sozialistische Arbeiterschaft in sich gehabt, die zur politisch stärksten Klasse im Staate geworden war. Deutschland — das erste Beispiel — war auf diese Stufe hinaufgesprungen. Es stand jenseits des Grabens. Die Demokratie mußte hier also die bürgerliche Haut abstreifen und sozialistische Gestaltungen herausbilden. Diese Regungen ihrer Arbeiteranhänger verstanden die Führer nicht sofort. Die sozialdemokratische Regierung der ersten Wochen tat nichts, um die Räte, die aus der Revolution da waren, in die Organisation der Gesellschaft einzufügen. Die Massen waren mit ihren Wünschen vorgeprellt.

5. Kapitel

Wachstum des Rätegedankens auf deutschem Boden

So mußte die Räteidee die Tage ihrer Klärung im Kampfe der Masse gegen die leitende Sozialdemokratie durchleben. Ein Ver-

hängnis, weil der Weg verlängert, mit Blut und Zerstörung befleckt wurde. Da die Rufer für die Räte anfangs nur aus den Reihen der Befürworter der russischen Diktatur hervorginger entstand die Täuschung, daß der Rätegedanke wirklich nicht anderes sei als eine revolutionär-energischere Art des Klasser kampfes. Nach den Wahlen in die Nationalversammlung, die ein bürgerlich-sozialistische Regierung hervorbrachten, verloren die revolutionär-sozialistisch abgestimmten Massen vollends das Z trauen, daß sie mit den alten demokratischen Formen zum Sozi lismus hinüberkommen könnten. Ein Sieg der Programm-Demo kratie war noch der Beschluß des Zentralarbeiterrates, nach de Wahlen die Führung der Politik der Nationalversammlung zu überlassen, in der sich der Volkswille nunmehr verkörpere. Aber die Räte blieben und wirkten. Sie wuchsen eben aus den Gestaltungstrieben der werdenden Gesellschaft, was auch das Bürgertum spürte. In den Arbeitern waren sie zum bewußten Formungswillen geworden. Regieren und Verwalten ging inittlerweile neben den Räten her. Diese blieben daher lange im Lichte von Gefäßen des revolutionären Widerstandes gegen die entstehende Ordnung. Das neue Regime wieder erschien den Räteanhängern ein Hemmnis auf dem Vormarsche der Arbeiter zur sozialistischen Zukunft. Ergebnis: neue gewaltige Vorbrüche, Putschversuche in Berlin, in denen der russische Gedanke, die Diktatur einer energischen Minderheit, drängte. Sie waren aussichtslos. Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Idee war das völlige Darniederliegen der Macht im entgegenstehenden Lager. Allein die neue Ordnung hatte in einer zuverlässigen Militärgewalt eine Stütze gegen den Klassenkampf mit Handgranaten errichtet. Von außen her war der demokratische Staat kaum mehr zu überrennen. Gefährlich aber waren die fortwirkenden Gärungen in den Massen; die Lohnbewegung griff noch immer um sich, im Bergbau traten sozialpolitische Forderungen hinzu. Eine internationale Erscheinung übrigens, die im Industriestaat England ungefähr gleichzeitig erschütternde Klassenkämpfe wachrief. Aber in Deutschland kam zu den alten Klassenkampfforderungen nun der Wille, den Neubau der Gesellschaft rascher anzupacken, als die sozialdemokratische Doktrin alter Prägung vorausgesagt hatte. Die gewaltigen Streikwellen

vom Februar in den März 1919 hinein trieben die Gehirne; die Streiks waren unverkennbar abgestellt auf die Forderung nach Sozialisierung, nach Einführung der Arbeiter in die Betriebsverfassungen und in den wirtschaftspolitischen Bau der Berufe wie der Volksgesamtheit. In diesen bangen Sturmwochen klärten sich links und rechts die Auffassungen über die ans Licht drängenden Formen der neuen Demokratie. Die Räteidee verlor ihre russische Enge. Sie wurde deutsch. Es wird ein dauerndes Denkmal der deutschen Geistesarbeit bleiben, daß sie nach dem Wiederbruche der Machtideen, die sich um Militär und Monarchie gerankt hatten, mit energischem Ruck sich auf dem Zukunftsboden zurechtfand. Die erste schöpferische Grundlegung der künftigen politisch-wirtschaftlichen Lebensformen konnte vollzogen werden, die bestimmt erscheinen, die alten, im Westen entsprungenen und durchgebildeten demokratischen Einrichtungen zu ergänzen und zu ersetzen. Daß die Versuche des neuen politisch-wirtschaftlichen Geistes unfertig anmuten, ist natürlich. Wir sind in eine Welt des Wandels erst eingetreten. Aber der Abfall des verdorrten Laubes und das rege Keimen jungen Grüns war unverkennbar.

Im Bürgertum dachte man vielfach die neue Organisationsidee aufrichtig mit. Das bald erwachte Verständnis für die Fruchtbarkeit eines veränderten Zusammenwirkens von Unternehmern und Arbeitern vertiefte sich, als die Betrachtungen sich um die Räteidee kristallisierten. Wortführer der freiheitlich-humanistisch denkenden Bürgerschaft beschrieben den Drang des Arbeiters, in seiner Fabrik aus einem menschlichen Rädchen zum Werkgenossen, in seinem Berufe zum Mitarbeiter, in der Gesamtwirtschaft zum Partner bei den Entscheidungen über das nationale Leben zu werden. Gewürdigt wurde die Ablehnung der repräsentativen Formen, der Wahlfunktion, die den Arbeiter nach Abgabe des Stimmzettels von den Entscheidungen eher entfernt. Über dem bürgerlichen Liberalismus in den konstitutionellen deutschen Monarchien, trotz der kommunalen Selbstverwaltung, abhanden gekommene Sinn für den letzten Kern der Demokratie, für die unmittelbare Mitregierung und Mitverwaltung, die aus dem Untertanen erst den Citoyen macht, schärfte sich. Der Haß der Arbeiter gegen Bureaukratie, ihr brennender Eifer, selbst

zu schaffen, nirgends zwischen sich und ihrem Interessengebiete Mittler zu dulden, weder in den Ämtern, noch in den Stadtverordnetenversammlungen, noch in den Parlamenten, fanden bürgerlichen Widerhall. Man billigte die Grundidee, daß mit der Revolution der alte Staat und die alte Wirtschaftsform Vergangenheit geworden sei, weil diese sich durch Herrschaftseinrichtungen der Auswirkung der freien Persönlichkeit aller Bürger und aller Arbeitenden entledigt hatten. In den Räten erkannte man die Form, die Menschen in einer sich selbst verwaltenden Gemeinschaft zusammenzufassen. In der katholischen Partei, die alte demokratische Überlieferungen besitzt, wenngleich nicht aus den Gedankenkreisen des freiheitlichen Bürgertums heraus, wurde der Rätegedanke nicht so sehr in seiner humanistischen Tiefe, aber dafür konkreter in seiner starken organisatorischen Bedeutung begriffen. Allein das Bürgertum und seine Parteien hatten hier nur die zweite Stimme. Die Führung gehörte den sozialistischen Arbeitern, die in der Gesellschaft und in der Regierung durch den Umsturz zum stärksten, also farbegebenden Faktor geworden waren.

Im Sozialismus hatte sich nun der Rätegedanke gegen die zwei widerstrebenden Ideen des Klassenkampfes und der altartigen Demokratie durchzusetzen. Die Unabhängigen, die ihm am leidenschaftlichsten anhingen, waren in der Entwicklung durch ihr starres Festhalten am Kampfe der Klassen gehindert. Immerhin legten auch sie ein beachtenswertes Stück Weges zurück. Ihr linker Flügel wollte in den Räten das antidemokratische, auf Klassenherrschaft der Arbeiter abzielende Werkzeug nicht aus der Hand geben. Rätesystem nicht als einer der politischen Faktoren, sondern als der herrschende auch in der Gesetzgebung, hieß es ursprünglich. Daneben wäre also für eine Nationalversammlung kein Platz. Allerdings rührten sich später Stimmen, die dem demokratischen Parlament duldsamer gegenüberstanden. Das unter dem Einfluß der Linken aufgebaute Programm der Unabhängigen läßt als Kampfmittel zum Ziele der Rätediktatur hin auch die Parlamente zu. Die gemäßigten Unabhängigen hielten die Demokratie als Grundlage des Staates fest und wollten ihr das Rätesystem eingliedern. Der Klassenwille wurde aber von allen schroff herausgehoben. Die Räte-

organisation sollte helfen, den Sozialismus ohne den Unternehmer aufzubauen. Dieser gehöre in eine Rätekammer nur dann hinein, wenn er sich als Schaffender in den Dienst des Sozialismus stelle, also Arbeiter werde. Dem Rätekongreß soll die Macht über die Gesamtwirtschaft ausgeliefert sein, ebenso wie im Einzelbetriebe der Arbeiter über den Leiter durch den Betriebsrat die Aufsicht führen soll. Das Rätesystem, das den Radikalen in der Unabhängigkeitspartei vorschwebte, sollte zu einer Art latenten Stadiums der Rätediktatur führen, wenngleich die Linksstehenden wie ein Däumig einräumten, daß eine Ausstoßung des Kapitalismus nicht von heute auf morgen möglich sei, und Heinrich Ströbel, der im Lager der Unabhängigen den Diktaturfetisch bekämpfte, den linken Flügelmännern des Rätegedankens treffend nachweisen kann, daß auch ihnen das Rätesystem nicht eine rasch durchführbare Organisation sei, sondern „einstweilen nur eine Idee, eine Tendenz, eine Ideologie". Ersprießlicheres brachten die gemäßigten Unabhängigen, die im wesentlichen auch die theoretischen Köpfe sind, zur Überwindung des alten sozialdemokratischen Denkschemas durch die Räteidee bei. Von ihnen ging frühzeitig der Vorschlag aus, den Gegensatz: Demokratie — Rätediktatur zu überbrücken, indem dem Zentralarbeiterrat neben der Nationalversammlung, die Trägerin der obersten politischen Gewalt bleiben soll, öffentlich-rechtliche Befugnisse eingeräumt werden, etwa Prüfung und Begutachtung der Gesetzentwürfe, selbsttätige Ausarbeitung und Einbringung von Vorlagen, aufschiebendes Veto gegen Beschlüsse des Parlaments und gegen Regierungsverordnungen. Einen Konflikt zwischen Zentralarbeiterrat und Nationalversammlung soll das Volk mittels Referendums entscheiden. Diese Vorschläge verlegten das Schwergewicht der Räte ins Politische, ein Gedanke, der im Kern seine Richtigkeit hat. Ähnliche Auffassungen verfochten die deutschösterreichischen Sozialdemokraten, die den Unabhängigen innerlich sehr nahestehen. Auch sie faßten die Räte als Vertreter des klassenkämpferischen Proletariates. Voraussetzung für die Wahlberechtigung sei das Bekenntnis zum Klassenkampfe. Auch die Österreicher sahen die Räte als politische Körperschaft an, nur daß sie weniger Wert auf die gesetzgeberischen Funktionen als auf das Eindringen der Räte

in alle Gebiete der täglichen Verwaltung legten. Der theoretische Streit über die Räte, der Deutschland erfüllte, wandelte sich in Deutschösterreich mehr in einen Guerillakrieg, indem die lokalen Arbeiterräte den Behörden an den mannigfachsten Stellen schrittweise Boden abzugewinnen suchten. Da diese Form des Kampfes nur die zufällige Folge der Schwäche der österreichischen Regierung und ihres Behördenapparates war, machten die Räte praktisch Fortschritte. Die breite grundsätzliche Auseinandersetzung über den großen Rätegedanken wurde wenig gefördert. Im ganzen klebten die Unabhängigen, auch die gemäßigten unter ihnen, zu sehr am Klassenkampf und an den älteren sozialdemokratischen Ideen, als daß sie sich freier in den neuen Ideenbereich hineinbewegen konnten, den der Rätegedanke umschließt. Dies zeigt selbst Kautsky, der am schärfsten unter seinen Parteigenossen jede Abirrung ins Diktatorische verdammt. Er erweist den Räten die Ehre, sie, die, seinem Gedankenkreise unerwartet, in der Revolution auftauchten und sofort führend waren, als mächtiges Werkzeug des klassenbewußten Proletariats zu werten. Er fügt sie in die Erfurter Formelgänge als die vornehmste und kraftvollste Organisation „in der heutigen historischen Situation Deutschlands" ein, weist ihnen bei Syndizierung der noch nicht sozialisierungsreifen Zweige Mitwirkung mit den Unternehmern zu. Allein, wie er trotz Demokratie und Mehrheitsverhältnis in der Nationalversammlung mit den anderen Unabhängigen für eine rein sozialistische Regierung eintrat, so war auch sein wirtschaftliches Aktionsprogramm noch starr altmarxistisch. Der Sieg der Sozialdemokratie hat den Arbeitern entscheidendes Gewicht in Staat und Gesellschaft, aber nicht die volle Übermacht errungen. Überdies ist — auch nach Auffassung Kautskys — die Zeit für die grundstürzende volle Umgestaltung der Gesellschaft noch nicht gekommen. Der Arbeiterschaft war daher die geschichtliche Aufgabe geworden, ihre überlegene, verantwortungsvolle Stellung zu einer Zusammenschweißung der sozialistischen und der bisher nicht sozialistischen Bestandteile der werktätigen Bevölkerung zu benützen. Diese Folgerung zieht Kautsky nicht. Er bleibt dabei, die Gesellschaft in die zwei Klassen zu scheiden. Daher verkannte er auch die Bedeutung der Räte. Er hielt sie für eine passagere Kampforganisation,

während sie in der Zukunft der sozialistischen Gesellschaft ein tragendes Element darstellen. Positiver sozialistisch denkende unter den Sozialdemokraten haben dort weitergedacht, wo Kautsky und mit ihm alle alten Marxisten stecken geblieben sind.

Am weitesten kam die geistig regsame Gruppe der um die „Sozialistischen Monatshefte" gruppierten Männer. Von ihnen wurde der sozialdemokratischen Lehre, die im Arbeiter, um in der Marx-Hegelschen Sprache zu reden, nur den dialektischen Widerpart des Kapitalisten sieht, die Auffassung entgegengestellt, die in der Arbeiterpersönlichkeit den Produzenten entdeckt. Aus diesem Gedanken heraus wurde von Cohen und Kaliski eine Räteverfassung konzipiert, die auf dem zweiten Rätekongreß im April 1919 Annahme fand. Der Entwurf stellt neben die aus demokratischen Wahlen hervorgehenden politischen Volksvertretungen (Gemeinde bis Nationalversammlung) „Kammern der Arbeit", die nach berufsständischem Gedanken aufgebaut sind. Es ist sonach ein durchgängiges Zweikammersystem erstrebt. Alle Gesetze bedürfen der Zustimmung beider Kammern. Beide können Volksabstimmung verlangen, der Weg zur Entscheidung von Meinungsgegensätzen. Die Arbeitsteilung ist so gedacht, daß der Kammer der Arbeit die wirtschaftlichen, vor allem die Sozialisierungsgesetze, der Volkskammer die politischen und kulturellen Gesetze zuerst zugehen. Die Kammern der Arbeit werden von Produktionsräten gewählt, die ihrerseits Vertreter der einzelnen Gewerbezweige sind. In diesen Produktionsräten haben alle im Gewerbe tätigen Arbeiterkategorien, die Betriebsleiter eingeschlossen, Sitz und Stimme. Die Produktionsräte bauen sich von der Gemeinde nach oben zu einem Zentralproduktionsrat empor. Auf allen Stufen entsenden die Produktionsräte ihre Willensträger in die analoge Kammer der Arbeit. Ein etwas schematischer, aber logisch durchdachter Bau, der die Grundidee der Gruppe Cohen-Kaliski scharf hervorarbeitet: die politische Demokratie bedarf einer Ergänzung durch die Demokratie der schaffenden Volkskräfte. Arbeiter und Unternehmer, die sich in der sozialdemokratischen Theorie bisher nur als Träger von gegensätzlichen Berufsinteressen: Kapitalgewinn — Lohn gegenüberstanden, sollen nun auch gemeinschaftliche Interessen ihres Gewerbezweiges gemeinsam beraten und im

Rahmen der Gesamtwirtschaft verfechten. Der bürgerlich demokratische Gedanke ruht ja gleichfalls auf der Idee der gemeinsamen Arbeit der Klassen und Berufe. Aber er versammelt deren Vertreter erst, nachdem er sie auf den abstrakten „Bürger" reduziert, d. h. isoliert und ihres eigenen Wertes als schöpferische Mitglieder der Gemeinschaft entkleidet hat. Die berufsständischen Organisationen demokratisch-sozialistischer Färbung sollen den im gesellschaftlichen Wirtschaftsprozesse Tätigen als solchen mitregieren lassen. Die nationale Wirtschaft soll nicht vom Bürgerparlament, sondern vom Produzentenparlament vorwärts gebracht werden. Diese Gruppe der Mehrheitssozialisten teilt mit den Unabhängigen die richtige Auffassung, daß die Räteidee eine durchaus politische ist. Demgemäß schiebt sie die Betriebsräte in die Rolle von Berufs-, nicht von Klassenvertretern. Der Betriebsrat kümmert sich um die Berufsinteressen der Arbeiter. Die Tätigkeit der Betriebsräte ende da, wo die der Arbeiterräte beginnt. Sie bringen die Arbeiterschaft als Elemente der Schaffenskraft der Nation zur Geltung. In dieser Auffassung von der Rätefunktion ist jeder Anklang an klassenkämpferische Aufgaben der Räte ausgemerzt. Ein anderer Grundsatz lugt hervor: das genossenschaftliche Zusammenwirken aller arbeitsteilig organisierten Gruppen in den großen Produktionszweigen.

Zögernder als Cohen und Kaliski, die in den Bahnen revisionistischer Kritik am sozialdemokratischen Lehrgebäude weitergedacht hatten, traten andere Teile der Partei der Räteidee näher. Die Gewerkschaften zumal fühlten sich anfangs durch das tumultuarische Gebaren der Arbeiterräte abgestoßen, die sich als Vollstrecker der Revolution gaben und mit dem Heißhunger junger Gebilde alle älteren Organisationen zertrümmern wollten. Räte und Gewerkschaften standen sich in den ersten Wochen nach dem Umsturz feindselig gegenüber. Die Räte waren unter dem Einfluß der Spartakisten und der radikalen Unabhängigen, die sich hitzig als Klassenkämpfer fühlten und in den Gewerkschaften das konservative Element befehdeten, das revolutionärer Taten für die Klasse unfähig sei. In der wilden Lohnbewegung, der die Gewerkschaftsbeamten widerstrebten, wurde der Zorn gegen die alten Berufsorganisationen geschürt, die ehemals mühsam erkämpften Tarifverträge wurden gebrochen

und den opponierenden Gewerkschaften die ganze Tarifpolitik als „staatserhaltend“ und revolutionsfeindlich angekreidet, die gewerkschaftlichen Organisationsformen der Industrie und die Berufsverbände für untauglich zum energischen Klassenkampf gehalten. An ihre Stelle seien die lokal begrenzten, von revolutionärem Feuer erfüllten Organisationen zu setzen. Der größte Erfolg der Gewerkschaften, die Arbeitsgemeinschaften zwischen Unternehmer- und Arbeiterverbänden, wurde geradezu als Unternehmerschutz, darum als Verrat an der Arbeiterklasse verdammt. Der Kampf wurde nicht bloß von außen durch Agitation geführt, sondern auch mit den häßlichen Entlassungen alter verdienter Gewerkschaftsbeamter durch die neu zugezogenen radikalen Elemente im Innern der Gewerkschaftsverbände. Begreiflich, daß die grundsätzlichen Gewerkschafter durch die Angriffe gereizt und in Besorgnis vor der Gefahr, die ihrer Lebensarbeit zu drohen schien, der neu hervordrängenden Organisation zunächst mit mißtrauischer Ratlosigkeit gegenüberstanden. Sie sahen eine Bewegung, die anscheinend die gleichen Ziele verfolgte wie die Gewerkschaftsverbände, aber mit unreifen Mitteln, mit einer Taktik, die in die Frühzeit der Arbeiterbewegung zurückweise, aber durch jahrzehntelange Organisations- und Erziehungsarbeit der Gewerkschaften überholt sei. Die Verwandlung der Revolution in eine Lohnbewegung mußte die Gewerkvereine abstoßen, die gewohnt waren, die Lebensbedingungen des Wirtschaftszweiges zu erwägen. Gar die wilden Sozialisierungen! Die Gewerkschaften setzten sich gegen ihre Angreifer energisch zur Wehr. Neben wohlmeinenden Warnungen an die unter den Bann der Agitation geratenen Arbeitermassen, den segensreichen gewerkschaftlichen Geist nicht preiszugeben, erscholl das wütende Wort, daß die Räte Gewerkschaftsersatz für jene sein sollen, die keine Beiträge zahlen wollen. Gegen die Betriebsräte wurde sachlich eingewendet, daß sie eine überflüssige Nachahmung der Arbeiterausschüsse seien, denen gerade im Kriege und in den ersten Revolutionstagen in vertraglicher Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern rechtliche Anerkennung und Erweiterung ihrer Befugnisse gesichert worden war. Der Widerstand gegen die Betriebsräte erhielt Festigung aus den Erfahrungen des bolschewistischen Rußland,

woselbst gerade die in den Fabriken geübte Kontrolle der Arbeiterkomitees die Industrie zerstört hatte. Die Sowjetregierung hatte diese Fabrikskomitees bald eindämmen und Gewerkschaften an ihrer Statt zur Kontrolle des Wirtschaftslebens einsetzen müssen. Auf diese Anerkennung der Überlegenheit ihrer Organisationsform konnten sich die deutschen Gewerkschaften berufen. Diese Phase der feindlichen Berührung zwischen Gewerkschaften und Räten sah die Vertreter beider Organisationen noch einseitig auf dem Boden des engen Klasseninteresses.

Allzulange wurde jedoch die starre Ablehnung der Räte von den Gewerkschaften nicht aufrechtgehalten. Die klar blickenden Führer erkannten die Fruchtbarkeit der neuen, von den Arbeitern leidenschaftlich erfaßten Idee. Es galt nur, die Befugnisse richtig zu scheiden. Dann mußte freilich eine von der trübenden Agitation freie Überprüfung der beiden Formen des Arbeiterdrängens vorangehen. Diese Prüfung durfte aber an der großen Änderung in der Gesamtstellung der Arbeiterschaft bei dem Sturze des alten Staates nicht vorübersehen. Die Gewerkschaften erwiesen ihre Einsicht in die Struktur der Wirtschaft und ihre Gewandtheit in der Anpassung an die Wirklichkeit. Sie fanden sich nach der Unsicherheit der Übergangszeit bald zurecht. Im alten Staate waren die Gewerkschaften ein Instrument des Klassenkampfes gewesen. Lohnerhöhung und Lohnsicherung, Verkürzung der Arbeitszeit, Anerkennung ihrer Befugnisse, namens der ganzen Berufsarbeiterschaft zu handeln und so den einzelnen Arbeiter unter den Schutz der Gesamtheit zu stellen, das waren damals ihre Kampfziele. Erst nach dem Umsturz gelang es ihnen, sich mit der Abmachung über die paritätischen Arbeitsgemeinschaften auf eine Entwicklungsbahn zu begeben, die ihnen eine, dem Klassenkampfgedanken entgegengesetzte, positive Betätigung in ihrem Betriebszweige an der Seite der Arbeitgeber (Rohstoff-Frage z. B.) anwies. Alte Forderungen der Gewerkschaften hatten schon früher solches Mittun im Wirtschaftsleben erstrebt. Diese Wünsche — sie gingen auf Errichtung von Arbeiterkammern mit einem Reichsarbeitsamt an der Spitze — waren an dem aktiven oder passiven Widerstand der alten Regierungen zerbrochen. Man verkannte den Zug der Arbeiter zu positiver sozialwirtschaftlicher Betätigung. Der

Herrenstaat machte gerade hier Schwierigkeiten und hielt so die Gewerkschaften von seiner Seite aus auf dem Boden des Klassenkampfes zurück. In den Räten erkannten die Gewerkschaften nun ein Widerspiel ihrer im Leeren gebliebenen Entwicklungstendenzen. Sie erfaßten jedoch auch, daß nach Zerstörung der alten Gewalten in der sozial gerichteten Demokratie diese Tendenzen nicht auf dem wirtschaftlichen Boden bleiben können, sondern auch politisch durchgefochten werden müssen. Die Räte waren als politische Gebilde der Revolution entstiegen. Die Gewerkschaften bestanden darauf, daß ihr Platz auch weiterhin die Politik, die öffentlichrechtliche Betätigung sei. Im Gebiete der wirtschaftlichen Vorsorge für die Arbeiterschaft, in der wirtschaftlichen Auseinandersetzung über die Stelle der Arbeiter im Betriebe und im Betriebszweige, über Mitbestimmung und Kontrolle im Wirtschaftskreislauf stünden die Räte dem bewährten, auf intimste Kenntnis der Industrie ruhenden Gewerkschaftsapparat nach. Hier bedürften umgekehrt die Räte, wenn sie ihre öffentlichrechtlichen Aufgaben erfüllen sollten, des Rückgriffes auf die Fachkunde der Gewerkschaften und auf ihre Beihilfe. Auf diesen Gedankengang wurden die „Richtlinien" gestellt, die die Vorständekonferenz der Gewerkschaften im April ausarbeitete und die der Nürnberger Gewerkschaftskongreß im Juli 1919 sich zu eigen machte. Die Richtlinien sind ein lehrreiches Kreuzungsprodukt der überlieferten gewerkschaftlichen Ideen und der neuen Gedanken vom Mittun der Arbeiter in der Organisation des nationalen Wirtschaftslebens. Den Gewerkschaften war die Förderung des Klassenkampfes in der Zeit der privatwirtschaftlichen Warenproduktion als Aufgabe zugewiesen: sie hätten die Stellung der Arbeiter in den Betrieben der Unternehmerwillkür entzogen. Ein Erfolg noch der Klassenabwehr, nicht schon der Teilhabe der Arbeiter am Betriebe. Zu diesem ist der erste Schritt mit den Arbeitsgemeinschaften getan, in denen die Fragen des Wirtschaftslebens gleichberechtigt von Unternehmern und Arbeitern erledigt werden sollen. In dieser Richtung weiterzugehen, dazu hat die Revolution der Arbeiterschaft die politische Macht gegeben. Das Ziel, das auch die Gewerkschaften wollen, ist Gemeinwirtschaft. Doch tritt die Gewerkschaft hier, in dieser Phase des neuen Aufbaues, frei-

willig in die zweite Linie. Die Werkzeuge für die Überwindung der Privatwirtschaft sind Wirtschaftskammern, gemeinsame Kammern der Arbeiter und Unternehmer mit öffentlichrechtlichen Befugnissen, vor allem für die Einleitung und Durchführung der Sozialisierung, Selbstverwaltungsorgane der Volkswirtschaft, Träger der Produktion. Für diese ist der Rätegedanke akzeptiert. Denn in solche Kammern entsenden die Arbeiter ihre Vertreter auf Grund von Urwahlen. Auch in dieser, der Gemeinwirtschaft zusteuernden Phase wird das besondere Interesse der Arbeiter neben ihrer Aufgabe als Träger der Produktion gewahrt werden müssen, wenn nötig durch Ausübung des Streikrechtes. Diese Rolle bleibt dauernd der Gewerkschaft. Ihr Feld ist nach wie vor der Berufszweig. Doch wird sie sich stärker als bisher durch die Werkausschüsse im einzelnen Betriebe verwurzeln, um in dieser Zelle der Gesamtwirtschaft das allgemeine Arbeiterrecht wahrzunehmen. Dieser Seite des Gewerkschaftslebens dienen die Betriebsräte, die Organe der Betriebsdemokratie und des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter im einzelnen Unternehmen. Wie weit der Betriebsrat im Betriebe den Arbeiter als Träger der Produktion zur Geltung bringt, bleibt vom gewerkschaftlichen Denken aus offen. Hier ist Spielraum für freies Schaffen, zumal das Mitbestimmungsrecht im Einzelbetriebe, zum Unterschied von den öffentlichrechtlichen Körperschaften, nicht ins Politische übergreift, sondern im Rahmen rein wirtschaftlicher Betätigung verharren dürfte. Dagegen wird diesen Räten eine gewerkschaftliche, eine Klassenstütze darin gegeben, daß ihre Einrichtung in den Kollektivverträgen, diesem ehernen Fundament gewerkschaftlichen Schaffens, vorgeschrieben wird und daß ihnen die Durchführung der Tarifabmachungen im einzelnen Betriebe übertragen bleibt.

Zusammenfassend: Gewerkschaften und Räte sind nach dem Tätigkeitsplan der Gewerkschaften klar abgegrenzte Organisationsformen. Die Räte werden ein Organ der öffentlichen Gewalt sein, eingefügt in den politischen Mechanismus der neuen sozialen Demokratie. Der Klassenkampfgedanke ist in ihnen überwunden. Die Gewerkschaft nimmt an der Mitregierungsgewalt der Arbeiterschaft nicht teil. Sie bleibt ein unpolitischer, lediglich gesellschaftlicher Faktor. Ihr Daseinsgrund ist die

Untermauerung der privaten Arbeiterexistenz, aus deren Boden erst dauernd die politische Macht der Arbeiterschaft Kräfte zieht. Grundsätzlich ist die gewerkschaftliche Tätigkeit noch Klassenbetätigung. Mit der Entwicklung der Gesellschaft gegen den Sozialismus hin — die gemeinsame große Aufgabe der politischen Demokratie und der ihr eingeordneten Räte — also mit der Verwandlung der Arbeiterklasse in Berufsgruppen wird der Klassenkampf der Gewerkschaften zur Vertretung von Berufsinteressen.

6. Kapitel

Eindringen der Räte ins öffentliche Recht

Die politischen Häupter der alten Sozialdemokratie, vor allem die Mitglieder der Regierung, gewannen es sich am härtesten ab, in die Räteidee einzudringen. Sie räumten die Widerstandslinie erst unter den Stößen der Massenstreiks. Im Politischen mit seinen tiefverzweigten Machtverhältnissen und mit der Vereinfachung alles Gedanklichen auf die weithin gellende Formel leidet der Ideenkampf am hartnäckigsten an den Wirkungen der Verwachsung und Verkalkung, die das Los aller fertigen Ideen wird. Die sozialdemokratischen Führer und Minister stemmten sich anfangs gegen den Rätegedanken im Namen der Demokratie. Sie sahen lange nicht, daß hier nur eine neue Form der Demokratie mit einer älteren ringt. Seelisch ist diese Schwerblütigkeit des Denkens zu verstehen. Die Angriffe der revolutionären Räteverfechter, der Spartakisten und der, unklaren sozialistischen Trieben folgenden Temperamentssozialisten zumal waren wirklich im undemokratischen Geiste unternommen. „Alle Macht den Räten", zielte auf eine Umkehrung der Klassenherrschaft ab, begehrte die Macht für die Proletarier, die Entrechtung der anderen Klassen. Das unmittelbare Kampfziel war überdies der Sturz der Regierung nicht in demokratischen Formen, sondern vermittelst undemokratischer Gewalt. Die Minister sahen ihre

auf legalem demokratischen Wege erworbene Machtstellung, in der sie Ersprießliches für das Volk zu schaffen hofften, zugleich mit der Demokratie selbst gefährdet. Wie konnten Arbeiter die jahrzehntelang ersehnte volle Demokratie in dem Augenblick wegwerfen wollen, in dem sie für die Arbeiterschaft gesichert war? Die sozialdemokratische Publizistik war auf den gleichen Gedanken gestimmt. Wenn die Arbeiterräte dauernd zu Trägern öffentlicher Gewalt gemacht würden, höre die Sozialdemokratie auf, Demokratie zu sein. Die von den Unabhängigen und später auch von der Kaliski-Cohen-Gruppe vorgeschlagene Einrichtung der Räte als politischer Kammern mit Gesetzgebungsrecht wurde mit dem Hinweis auf die bewährten demokratischen Formen bekämpft. Was für die Rätekammern an Gesetzgebungsrecht gefordert werde, leiste die Volksinitiative in simplerer demokratischer Weise.

Gegen alle Anstürme beharrten die sozialistischen Führer in der Regierung bei der Ablehnung des Rätesystems bis in die späten Februartage hinein. Eine Woche darnach hatte sie der große Berliner Massenstreik umgestimmt. In Proklamationen, die den Ausstand abschlossen, wurde die Anerkennung der Räte und ihre „Verankerung" in der Verfassung zugesagt. Ein Teilzugeständnis war allerdings schon vorher zur Beruhigung der Bergarbeiter im Februar gemacht worden, die Organisation der Betriebsräte und der Arbeiterkammern. Allein gerade in den Maßregeln, die den Bergarbeitern angeboten waren, spricht sich aus, daß die Minister noch nicht über den ganzen Umfang der Räteidee klar geworden waren. Die Betriebsräte, wie sie damals noch gemeint waren, verwirklichten den Gedanken der konstitutionellen Fabrik, Mitraten der Arbeiter bei Ordnung des Arbeitsverhältnisses und bei Durchführung der sozialpolitischen Maßregeln; die Arbeiterkammern im ähnlichen Geiste die Zuziehung der Arbeiter zur sozialpolitischen Verwaltung des Berufszweiges. In allgemeiner Form war beiden Einrichtungen Einfluß auf die kommende Sozialisierung zugesagt. Die Räte waren hier sonach auf die wirtschaftliche Betätigung eingeengt. Die weitangelegten politischen Erwartungen, die die Arbeiterschaft mit dem Rätegedanken verband, waren nicht erfüllt.

Mit der politischen Auswirkung der Räteidee befreundeten sich

die alten sozialdemokratischen Führer erst in den Kundgebungen anfangs März 1919. Da wurde das Räteprogramm der Regierung bekanntgegeben: die Arbeiterräte sollen von Verfassungs wegen wirtschaftliche Interessenvertretungen sein, nicht bloß im Betriebe, wo sie bei Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben, sondern auch im öffentlichrechtlichen Leben der Nation, in den Bezirken als Kammern, im Reiche als Zentralarbeitsrat. Diese Körperschaften fassen alle Werktätigen, auch die Arbeitgeber und die Angehörigen der freien Berufe, in sich. Sie sollen alle wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze begutachten und solche beantragen können. Der Deutlichkeit halber, die die Arbeiterstimmung verlangte, wird ihnen bei Durchführung der Sozialisierung und bei Kontrolle der sozialisierten Betriebe Mitwirkungsrecht eingeräumt, obwohl diese Befugnisse schon in dem zugesagten allgemeinen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik inbegriffen waren. Betriebsräte und Kammern sind also zwei Formen des Rätewirkens. Dazu wurde in die Proklamation der Regierung eine dritte Form gefügt: die Arbeitsgemeinschaften, die von Gewerkschaften und Unternehmern in freier Abmachung für einzelne Industrien geschaffen waren, aber nun von Gesetzes wegen verallgemeinert werden sollten, mit der Aufgabe, Produktion und Warenverteilung zu kontrollieren und zu regeln. Der Augenblick hatte dieses Programm geboren, gleichwohl schimmert in ihm schon das Stück Ideenarbeit durch, das die sozialdemokratischen Führer zur Auseinandersetzung über den Rätegedanken beigetragen haben. Das Rätesystem ist nicht mehr Revolution gegen die Demokratie, sondern ein Faktor legitimen Anspruchs innerhalb der Demokratie. Diese bleibt in der überkommenen Form: Das politisch tätige Gesamtvolk, Parlament und Regierung sind ihre allein entscheidenden Machtelemente. Aber innerhalb der Demokratie wird grundsätzlich das Recht der berufstätigen Arbeiter zur Organisation in Körperschaften mit öffentlichrechtlichen Befugnissen anerkannt. Mittels dieser Körperschaften nehmen die Arbeiter nicht mehr allein auf ihre sozialpolitischen Interessen Einfluß, sie werden nicht lediglich als Arbeitnehmer, Lohnempfänger organisiert. Die Organisationen drücken auch das Schwergewicht des Arbeiters als Teilhabers

an den Schöpfungen der nationalen Gesamtwirtschaft aus. Hier sprechen sie von nun ab mit im Vereine mit allen anderen Faktoren der nationalen Wirtschaft, mit den Unternehmern, die den leitenden Willen, und mit den technischen Fachleuten, die die intellektuelle Vorarbeit für das Schaffen der Güter leisten. Öffentlichrechtlichen Berufsorganisationen wird breiter Spielraum in der Beeinflussung von Gesetzgebung und Verwaltung gegeben. Den Arbeitsgemeinschaften ist die Wirtschaft in ihrem gesamten technischen Bereiche, Erzeugung und Verteilung, als Gebiet der Selbstverwaltung überlassen. Aber sie bleiben Vertreter und Selbstverwalter von Interessen, über den Interessenbereich hinaus dringen sie nicht vor. Sie sind aufgestellt, um gegenüber einem Kommando politischer Macht sich zur Wehr zu setzen und zu behaupten. Doch von ihnen geht auch keinerlei Macht über andere aus, wenn nicht durch das Medium der demokratischen Staatsgewalt, in der wieder die Gesamtheit zu ihrer Hoheit kommt.

Eine Gesetzesvorlage über die Betriebsräte und der Entwurf einer allgemeinen Verfassungsklausel über die öffentlichrechtliche Stellung der Arbeiter als Sozial- und Wirtschaftsinteressenten ging zuförderst aus diesem Gedankenkomplex hervor, der die Entscheidungsgewalt der politischen Demokratie festhält und die Räte in den Schranken wirtschaftlichen Schaffens, Kontrollierens und Mitverwaltens sich ausleben läßt. Die öffentliche Erörterung in der Partei und die Entschließungen der Parteiorganisationen hielten sich im allgemeinen in dem von der Regierung vorgezeichneten Rahmen. Das Schema: Betriebsverfassung und öffentliche Wirtschaftsverfassung blieb, ebenso die Trennung zwischen Wahrnehmung der sozialpolitischen Interessen gegen die Betriebsleitungen und gemeinsamen Wirkens mit diesen im Dienste des Gewerbezweiges. Schärfer scheiden sich die Meinungen, ob und inwieweit die Arbeiter, die korporativ mit den Arbeitgebern das Interesse des Betriebszweiges und darüber hinaus die gesamte wirtschaftliche Seite des nationalen Lebens wahrnehmen, als Klasse auftreten sollen. Die Antwort auf diese Frage wird verschieden lauten, je nachdem die alte Klassenideologie im neuen Staat für entbehrlich gehalten wird oder nicht. Wer sich rascher orientiert, wer überzeugt ist,

daß die Arbeiterklasse für alle Zukunft entscheidenden Anteil an der Leitung des Staates gewonnen hat, dem wird die Nötigung, Klassenvertretung zu üben, minder wichtig scheinen als das Hineinwachsen der Arbeiter in das positive Mitschaffen an der nationalen Wirtschaft. Wer das Mißtrauen aus der Vergangenheit des Kampfes gegen den alten Staat und die Sorge vor Rückschlägen in der demokratisch-sozialen Entwicklung des Volkes nicht los wird, drängt darauf, daß die Räte auch Klassenvertretung bleiben. Der ersteren Meinung wird es genügen, wenn die Räte wirtschaftliche und sozialpolitische Beiräte sind, wenn also ihre Rolle als Gutachter neben den Gutachtern aus den anderen schaffenden Ständen durchgebildet wird und der Schwerpunkt der Zukunftsentwicklung sich gegen die gemeinsamen Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber hin verschiebt. Die zweite Meinung wird den gemeinsamen Körperschaften, die produktionsfördernde Arbeit leisten und mitverwalten, die Klassenorganisationen in Räteform mit starken öffentlichen Rechten als Wahrer der sozialpolitischen Klasseninteressen zur Seite stellen. Diese zweite Auffassung gewann in der Partei Oberhand. Sie ist eben der Niederschlag jahrzehntelanger, theoretischer und praktischer Parteiarbeit. Scharf formuliert wurde diese Auffassung von Sinzheimer, der sie dann auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Weimar gegen Cohen verfocht, damit durchdrang und dessen Ideen auch weiterhin auf die Endgestaltung der Regierungsvorschläge von Einfluß waren. Er beharrt darauf, daß die Demokratie durch das allgemeine Volksparlament regiere, verwirft daher die Gleichberechtigung der Kaliski-Cohenschen „Kammer der Arbeit" mit der politischen Kammer. Er will, daß der Arbeiter verantwortlich an der nationalen Produktion mitwirke. Dem dienen die Wirtschaftsräte. Aber er will auch, daß die Arbeiter als Klasse mit neuen Machtmitteln zur Verfechtung ihrer sozialen Rechte ausgestattet werden. Die Arbeiterräte sollen Klassenrechte erhalten, in der sozialen Verwaltung und sozialen Gesetzgebung, in letzterer, indem ihre Abmachungen über Arbeiterrecht öffentliche Rechtskraft erlangen und indem sie die Initiative im legislatorischen Prozesse ergreifen können, in der Verwaltung, indem sie als staatliche Organe, aber zu Eigenrecht die sozialpolitischen Maßnahmen durchführen oder ihre Durchführung kontrollieren.

Eine auch darstellerisch wohlgelungene Formung der Grundideen über die Räte, wie sie in den führenden Köpfen der regierenden Sozialdemokratie in den ersten Monaten der neuen Ära sich durchrangen, spiegelt die Begründung zu dem Verfassungsartikel über die Arbeiterräte wieder. Diese Staatsschrift wird ein Merkstein in der Werdegeschichte der neuen sozialen Organisationsideen bleiben. Die Denkschrift bekennt, daß sich die leitenden Sozialdemokraten schrittweise der stürmischen Bewegung aus der Tiefe der Arbeiterschaft angepaßt haben: so haben sie die Ansätze zu den Organisationen, die künftig ein Pfeiler des Verfassungslebens sein werden, bruchstückartig hervorgebracht, als die großen Jännerstreiks im Ruhrgebiet und die Februarstreiks in Mitteldeutschland, zuletzt die starke Berliner Bewegung im Februar sie vor schöpferische Aufgaben stellte. Die Urwüchsigkeit der die Arbeiter durchwühlenden neuen Lebenstriebe wird nicht geleugnet. Die neue Idee sei, daß der Arbeiter über die Arbeitnehmersphäre hinaus nach Mitwirkung am Produktionsprozesse strebe, der bisher einseitig vom Unternehmer geleitet wurde. Er will mitschaffen, sich als Produzent fühlen. Daneben brachte die Rätesströmung die alten Tendenzen der Arbeiterbewegung, daß dem Arbeiter bei Gestaltung seines Arbeiterschicksals und bei Verfechtung seiner besonderen Interessen ein schärferes Recht gebühre, impulsiver zum Ausdruck. Die Gesetzgebung soll diesen zwei Tendenzen rechtliche Formen zur Verfügung stellen, also Arbeiter- und Wirtschaftsräte. Jene seien die Rechtsform für das unmittelbare Eingreifen der Arbeiter in ihre Arbeitergeschicke, in Lohn, Wohnungs- und Gesundheitspflege. Die Denkschrift öffnet die Aussicht auf ein allseitiges Eindringen der Räte in die Verwaltung der sozialpolitischen Gebiete. Die Wirtschaftsräte würden der rechtliche Rahmen für die Herausmeißelung des Arbeiters als Produzenten im Gesamtwirtschaftsleben sein. Die Lösung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben soll ein gemeinsames Werk der selbständigen und unselbständigen Arbeit werden. Arbeiter und Unternehmer wirken zusammen. Für die Wirtschaftsräte wird auf breiten Straßen Eindringen in die Verwaltung in Aussicht genommen. Lohnempfänger und Produzent zugleich wird der Arbeiter nicht bloß in den öffentlichrechtlichen Körperschaften, sondern auch im Betriebe sein. Die

Gestaltung der Betriebsräte soll die beiden Seiten berücksichtigen. Die politische Grundstellung zur Räteidee kennzeichnet die Denkschrift freier, als dies führende Sozialdemokraten, selbst später noch auf dem Weimarer Parteitag getan haben. Die Souveränität des politischen Parlaments ist natürlich unangetastet. Aber die gesetzgeberische Initiative, die den Wirtschaftsräten eingeräumt werden soll, wird in ihrem politischen Wert stark herausgestrichen. Jene Initiative kann in jedem Augenblick das Parlament vor die wichtigste Lebensfrage der Nation stellen. Die Macht gewinne an Wert dadurch, daß die politischen Parlamente aus sich heraus nicht immer die Neigung und Fähigkeit haben, die gesellschaftlichen Lebensnotwendigkeiten zu erkennen, weil sie oft taktischen Motiven, will sagen Beweggründen der nackten Macht, auf ihre Arbeitsmethode Einfluß geben. Die Denkschrift wahrt auch hier, wie in den Andeutungen über die Verwaltungs- und Selbstverwaltungsbefugnisse der Arbeits- und Wirtschaftsräte, bunten Zukunftsgestaltungen ein Wachstum, das von den eingewurzelten Vorstellungen über Staat und Gesellschaft weithinein in die neuen Ideen und Lebenstriebe führen mag. Der Anfang der Entwicklung konnte schon an den Veränderungen beobachtet werden, die der Betriebsräteentwurf und der Verfassungsartikel über die Räte auf ihrem legislatorischen Werdegang erfuhren. Die Stellung der Betriebsräte wurde nicht bloß bei Entscheidung aller reinen Arbeiterfragen eine stärkere, auch ihre Rolle als Mitrater im Produktionsprozeß wurde umfassender. Die Räte in der endgültigen Verfassung treten als Mitarbeiter an den gesamt-wirtschaftlichen Aufgaben deutlich in Erscheinung. Vorausgenommen ist die künftige verfassungsgemäße Tätigkeit des Arbeiters als Mitgestalters der nationalen Wirtschaft im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, der Kopf- und Handarbeiter, Leiter und Vollführer der produktiven Arbeit auch von dorther zu gemeinsamem Wirken gerufen hat, wo sie sich bereits in freiwillig-gesellschaftlicher Organisation gefunden hatten, von den Zentralarbeitsgemeinschaften. Eine weit ausladende Entwicklung steht noch offen.

7. Kapitel

Politischer Grundwert der Räteidee

Der geistige Kampf um das Wesen der Räteidee ist eine der fesselndsten Erscheinungen der aus ihrer Ruhelage geworfenen Zeit. Er breitet um die Revolutionsepoche, die mit dem Einsturz der alten Staatsgewalten anhub, den Schimmer jugendlichen und ehrlichen Stürmens, besser: er ist eines der kräftigen Anzeichen, daß die Gesellschaft wieder in eine Frühzeit eingetreten zu sein scheint, in der, wie im Reformationszeitalter oder im revolutionären Ausklang des 18. Jahrhunderts, ein Geschlecht der Menschen für die Nachkommen neue Formen des materiellen und gedanklichen Lebens schafft. Die Geschichte breitet sich jedoch nicht wie eine Tapete aus, in der die Muster in die Länge und Breite fortlaufend sich wiederholen. Reformation und große Revolution waren Endergebnisse eines lang vorbereiteten geistigen Ringens, das Stürmischwogende erhielten diese Phasen des europäischen Gesamtlebens in dem Zusammenstoße ihrer tragenden Ideen mit der eingewachsenen Vergangenheit. Jene neuen Ideen, gedanklich abgeschlossen und vom drängenden Massenempfinden und Massenwollen aufgenommen, wurden Körper, indem sie, tappend und polternd, in die gewordenen Zustände einbrachen. Der Rätegedanke war in den Massen mit eins da, keine sichtbare Werdegeschichte ging ihm voraus. Er war plötzlich eine gewaltige Tatsache, die sich unwiderstehlich einwurzelte. Die Bewegung war Masseninstinkt. Der menschliche Witz hat sich nachträglich mit ihr abgefunden. Die Lehrer der Sozialdemokraten hatten vermessen prophezeit, daß in der kommenden sozialistischen Gesellschaft, ungleich allen vorangegangenen geschichtlichen Gebilden, die Menschen die von ihnen erkannten Gesetze der Entwicklung bewußt anwenden würden, anstatt sie unbewußt aus sich heraus zu treiben. Beim ersten Schritte in den Sozialismus ließ diese Theorie die Führer in Stich. Als sie nach dem Siege über den kapitalistischen Staat ans Aufbauen gehen wollten, schoben sich ihnen Ziegelsteine und Mörtel unter, mit denen sie nicht vertraut waren. Der Rohstoff des neuen Baues war ihnen ein Problem. Was

sind diese Räte, an die die Massen Herz und Willen gehängt haben? Sind sie Politik, sind sie Wirtschaft? Sie schillerten verwirrend in beide Gebiete. Sind sie eine Abart des Klassenkampfes oder sein Gegenteil? Die konservativen Feinde der neuen Ordnung schienen Gefallen an der Räteorganisation zu finden. Sind diese also noch revolutionärer Sozialismus oder gar reaktionäre Revenants?

Die Einreihung der Räteidee in die Klassenkampfidee schien das Nächstliegende. Der äußere Anblick sprach dafür. Die Räte waren revolutionäres Sprengmittel gewesen. Der Klassenkampf galt dem sozialdemokratischen Kopf als der klassische revolutionäre Inhalt der Arbeiterbewegung. Vielleicht fühlten die Massen, die ja im gleichen gedanklichen Banne gehalten worden waren, wirklich zunächst nur, daß sie eine neue Kampfmethode verwendeten. Allein die Klassenkampftheorie stand dem Triebe nach den Räten doch bald ratlos gegenüber. Als revolutionäre Kampfform wußten sie die Räte zu werten. Sie schienen für die Massenagitation die handlichere Waffe, besser als Gewerkschaft und Parlamentarismus. Aber konnte die Massenaktion als Dauererscheinung gedacht werden? Dem widersprach das evolutionäre Denken, das allen Marxisten doch im Blute sitzt. Instinktiv fühlten diese, daß in den Räten anderes verborgen war als die Kampfidee, daß sie etwas wie der Drang nach Gestaltung waren, die Form für einen Aufbau der Gesellschaft, in der Solidarität über den Kampf wieder die Oberhand haben soll. Solidarität, das war freilich der Inhalt des Sozialismus. Aber die Marxisten hatten gelernt, daß vor die Solidarität Schlacht und Triumph des Proletariats gestellt seien. Das Proletariat, lehrte Marx, kann sich als Klasse nicht anders befreien, als indem es allen Klassenunterschied aus der Gesellschaft ausrottet. Der Weg hiezu ist Klassenherrschaft des Proletariats. Die Theorie hatte sich die Erringung der Klassenherrschaft wohl anders ausgedacht. Das Proletariat erobert in der Demokratie die Mehrheit und benützt diese, wie früher die Bürgerlichen, zur Aufrichtung einer Herrschaft über die anderen Klassen. Der Umsturz bot dieser Strategie rasche Verwirklichung. Engels war Gewährsmann, daß der Marxismus die Diktatur des Proletariats aus der demokratischen Mehrheitsgewalt hervorgehen lassen könne. Das

war ja das Lästige an den kommunistischen Räteliebhabern, daß sie die Demokratie verachteten. Der Marxist konnte nach dem Siege der Revolution die Räte aus den Waffendepots in die historische Waffensammlung verweisen. Aber die Massen hatten, dem Marxismus unbegreiflich, ein Vorurteil für die Räte. Wie diese rätselhafte Idee unterbringen? Vielleicht wenn man sie als neue Dauerform des Klassenkampfes gestaltet, sie neben die demokratischen Vertretungskörper als Vertretung der klassenkämpferischen, auf das sozialistische Bekenntnis eingeschworenen Arbeiter hinsetzt? Man hat dann freilich zwei Kammern, eine demokratische und eine undemokratische. Welche soll den Vorrang haben? Natürlich die Kammer der Arbeiterräte. Sie ist ja der Embryo der künftigen klassenlosen Gesellschaftsform. In der anderen Kammer sitzen neben den Arbeitern die anderen Klassen. Je mehr Mitglieder der Gesellschaft Sozialisten werden, desto ähnlicher werde die allgemeine Kammer der Rätekammer, bis die eine die andere überflüssig macht. Also der reinste Marx: Der Sieg der Arbeiterklasse hebt die Klassen auf. Aber das glaubten die Marxisten mit der einen Volkskammer erreichen zu können. Wenn die Arbeiter dort die Mehrheit haben, wozu das doppelte Geleise? Und wie dann, wenn eine Rückbildung einträte? Man hat in der Geschichte solche Vorfälle erlebt. Erbitterung gegen das alte Regime hatte nach dem Umsturz der Sozialdemokratie plötzlich Hunderttausende zugeführt. Wenn diese etwa zurückebben? Wird der Arbeiterrat dann seine Macht behaupten können? Muß er sich nicht rückbilden? Der Klassenkampf kann die Räte nicht halten. Er führt ohne sie zum Ziele, wenn es aufwärts geht; stockt es, sind jene wertlos.

Eines haben jene Marxisten, die die Räte nicht anders denn als Klassenkampftruppe sehen, richtig herausgefühlt. Die Räte haben im tiefsten Grunde politisches Wesen. Die ihnen rein wirtschaftliche Aufgaben zuteilen wollen, erfaßten den Grundgedanken nicht in seiner Fülle. So etwa die bürgerliche Demokratie, deren improvisierte Rätevorschläge auf das Sozialreformerische eingeschränkt blieben. Für Bekenner einer aus dem historischen Liberalismus abgeleiteten politischen Demokratie nicht verwunderlich. Denn die Räte sind wohl urtümliche Demokratie, aber eine Demokratie, die in ganz anderem Ideen-

boden heimisch ist. Man hat sie im Wortgebrauche des Tages unter den Begriff „wirtschaftliche Demokratie“ eingereiht. Darin soll ihr Gegensatz zu der in Repräsentation und Parlamentarismus umrissenen „politischen“ Demokratie gekennzeichnet werden. Das Beiwort „wirtschaftlich“ ist jedoch irreführend. Die Arbeiter wollen die Räte nicht auf die Mitwirkung im Wirtschaftsleben beschränken, sie erfaßten sie instinktiv sofort als eine neue politische Lebensform. Sie wollen eine Demokratie, die sich anders auswirkt als die „politische“, die bisher im sozialdemotischen Aktionsprogramm ihren Platz hatte.

Als geschichtliche Erscheinung im Entfaltungsgange der europäischen Gesellschaft ist die Rätedemokratie in derselben Art wirtschaftliche und politische Idee zugleich, wie es der Liberalismus war. Auch dieser hatte eine politische und eine wirtschaftliche Seele, beide gleich fruchtbar in ihrer umwälzenden Kraft. Der politische Liberalismus, der die Völker von der Obmacht der absolutistischen Gewalten befreite, den einzelnen als Bürger zum Teilträger der über den Volksvertretungen sich aufbauenden Regierungsgewalt machte, der wirtschaftliche Liberalismus, der die Volkswirtschaft von der behördlichen Vormundschaft erlöste, den Bürger als wirtschaftliche Persönlichkeit auf sich selbst stellte, sind Zwillingsfrüchte der gleichen Grundidee. Das Brüderpaar entwickelte sich, als es aus der Theorie in die Wirklichkeit trat, anscheinend unabhängig voneinander, es lebte verschiedene Schicksale. Manche der ersten Verfechter des wirtschaftlichen Liberalismus, besonders auf dem Kontinent, blieben politisch im Gedankenkreise des aufgeklärten Absolutismus. Aber die allgemeine historische Erscheinung, daß der politische und wirtschaftliche Liberalismus von den gleichen Gesellschaftsklassen getragen wurden, in die Aktionsprogramme der liberalen Parteien in den Ländern vereint Aufnahme fanden und ungefähr gleichzeitig siegten, verriet ihre Einheit. Der wirtschaftliche Liberalismus scheint nur unpolitischen Wesens. Er ist politisch, wie die vorzüglich politisch benannten staatsbauenden Einrichtungen. Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, allgemeine Tauschfreiheit in beweglichen und unbeweglichen Gütern, diese Hauptforderungen des wirtschaftlichen Liberalismus sind ebensosehr politisches Recht wie das aktive Wahlrecht in Staat,

Provinz und Gemeinde, wie die Gesetzgebungs- und Kontrollbefugnisse der Volksvertretungen, die Autonomie der Kommunen. In der Räteidee das gleiche Bild. Was an ihr rein wirtschaftlich scheint, das Mitwirken der Arbeiter bei Ordnung des Arbeiterrechtes in den Betrieben und in der Gesamtwirtschaft, die Übertragung wirtschafts- und sozialreformerischer Verwaltungsaufgaben an die Arbeiter- und Produktionsräte, ist — handelt es sich doch um gesetzliche Zwangseinrichtungen — genau des gleichen politischen Wesens wie das Recht der Räte, an der Gesetzgebung und politischen Willensbildung teilzuhaben, sei es durch Initiative, sei es durch paritätisches Mitbeschließen. Die Räte wollen sich in Wirtschaft und Staat gleichzeitig durchsetzen. Aber auch in die Wirtschaft hineingetragen, bleibt die Wurzel der Räteidee eine politische.

Unschwer ist erkannt worden, daß die Räte eine Form für die vor ihnen mit Leidenschaft gepredigte „action directe" sind. Der französische Syndikalismus, der die „unmittelbare Aktion" dem mittelbaren Kampfe durch das Parlament vorzog, war eine politische Bewegung. Die Räte in ihrer russischen Form waren im großen Maßstabe die Verwirklichung jener action directe, soweit sie klassenkämpferisch gedacht war. Aber auch aus der deutschen Formung des Rätegedankens leuchtet die Wurzelidee, die „unmittelbare Aktion" unverkennbar hervor. Nur wird diese nicht vorübergehend zur Eroberung der politischen Macht angewendet, sondern als dauernde Form der staatlichen und wirtschaftlichen Neugestaltung nach entschiedenem Kampfe, also in einer Gesellschaft, in der das bisher sogenannte Proletariat in alle Zukunft einen entscheidenden Anteil an der Staatsmacht besitzen wird. Die action directe nicht aufs Zerstörerische, Hemmende gewendet, sondern aufs Schaffen ist nichts anderes als das Grundwesen der Demokratie. Alle urwüchsige Demokratie ruht auf der unmittelbaren politischen Betätigung der Bürger, in der politischen Leitung, in der Rechtsprechung, im Heerwesen. Die repräsentative Demokratie ist nur ein Verlegenheitsmittel. Die vorgeschrittenen Formen der politischen Demokratie nahmen denn auch die Volksabstimmung als die action directe in der Gesetzgebung wieder auf. Aus der leidenschaftlichen Abneigung gegen die Mediatisierung des Volkes auch in

der freiesten politischen Demokratie war die action directe der Syndikalisten, ist auch die Räteidee geboren. Die Massen wollen nicht mehr mediatisiert sein, die einzelnen in der Masse wollen es nicht mehr. Der dritte Stand gab sich nach seinem Siege mit den repräsentativen Formen zufrieden; er hatte als wirtschaftlich Schaffender die Freiheit zur unmittelbaren Handhabung seiner Arbeitskraft und zur Erkämpfung der persönlichen Unabhängigkeit auf dem Umwege über Wohlstand und Reichtum. Der Arbeiter mußte, obwohl auch er politisch frei wurde, um des nackten Lebens willen, seine Persönlichkeit fremdem Gebote opfern. Die Arbeitsteilung entfernte ihn von sich, die kapitalistische Wirtschaftsordnung baute starke Herrschaftsgewalten über ihm auf. Er schuf sich wohl Kompensationen; sie waren wieder ein Stück Mediatisierung. Immerhin, sie erstritten ihm zähe den Eingang zu besserer Lebenshaltung. Das gab ihm einen Teil Unabhängigkeitsgefühles. Nun kam der Krieg mit seiner stumpfen Selbstzerstörung der Wirtschafts- und Staatsordnung alten Stils. Der Arbeiter sah sich wieder in lange überwundene Beschäftigungskrisen und auf einen kümmerlichen Lebensfuß herabgedrückt. Er spürte wieder das Trostlose einer arbeitsteiligen Existenz; er wußte aber auch, nach dem Wegfall der früheren politischen Gewalten, um die Steigerung seiner Macht. Daraus der brennende Durst nach Unmittelbarkeit im öffentlichen Leben und in der Werkstatt. Der Arbeiter will politisch nicht mehr durch Scheidewände von der Formung seines Schicksales getrennt sein, wirtschaftlich will er die Schranken überspringen, die eine von anderen gelenkte Produktions- und Austauschordnung ihm gezogen hat. Er will als Mensch aufwärts, und die europäische Geistesart weist ihn auf die Entbindung der frei regsamen Persönlichkeit. Das ist das Gefühl, das zu den Räten führte. Diese sind die geschichtliche Form, vielleicht nur die erste, in der das stürmische Verlangen nach unmittelbarer Aktion sich eine zur dauernden Wirksamkeit geeignete Organisation gibt.

Rückgriff auf das wahre demokratische Sein in Wirtschaft und Staat, das ist die Idee, die in den Räten Form gewann. Das bedeutet: der Weg biegt ab, die Richtung wird verlassen, welche die Gesellschaft lange gegangen ist. Rückgriff auf das

Wesen der Demokratie heißt Rückgang hinter die in der Demokratie bürgerlicher Prägung gestalteten wirtschaftlichen und sozialen Formen und, sofern diese mit dem Staate alten Stils vermählt waren, hinter diesen Staat und dessen Konstruktionsgedanken. Die Sozialdemokratie hatte dem Kapitalismus und dem Klassenstaat Kampf auf Tod und Leben angesagt. Aber sie regte sich in den von beiden eingerissenen Furchen. Der Kapitalismus erzeugt aus sich den Löhner, stellt die Klasse der Besitzer der Produktionsmittel der Klasse der Proletarier gegenüber. Der Staat der kapitalistischen Zeit atomisiert die Staatsangehörigen, er hütet seine Vollmacht auch gegenüber seinen Bürgern, er kennt nur Rechte der einzelnen, „Freiheitsrechte", wie sie der kämpfende Liberalismus nannte, die die Staatsgewalt einschränken, nicht aber Rechte von Bürgergesamtheiten neben oder in ihm, „Staaten im Staate", wie sie die Staatslehre, die nur den allgewaltigen Staat der europäischen Neuzeit vor sich sah, als wirre Schädlinge, Schmarotzer am Baume des Staates abwies. Der kämpfende Sozialismus nahm die Arbeiter und Löhner hin und organisierte sie als solche, er nahm die Klassen hin und sah seine Aufgabe in der Schärfung des Klassengedankens, er nahm die politischen Ideen und Formen des bürgerlichen Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie hin, deren Staatskonstruktion ausging vom Gewimmel der einzelnen im Staate, von ihrer Isolierung gegenüber dem Staate. Er strebte nach der Staatsgewalt, wie sie historisch gegeben war. Freilich, so ging seine Lehre, das Absehen war auf Zerstörung dieses Staates gerichtet. Aber so sicher der Sozialismus seine Verschiedenheit vom Kapitalismus fühlte, so prophetisch er sich als eine andere Form menschlichen Daseins pries, er dachte sich sein Werden im Banne der Ideen, die in der kapitalistischen Welt Form gewonnen hatten. Die Räte führen in ihren Wurzeln auf einen anderen Ideenboden. Im Wirtschaftlichen und Sozialen wollen sie den Arbeiter nicht als Arbeitnehmer und Löhner, sondern als Mitschaffer, im Politischen greifen sie nach Formen, die, folgerichtig durchgeführt, vom Staate der letzten Jahrhunderte nicht viel mehr als den Namen übriglassen.

Der Arbeiter als Mitschaffer, wie ihn die Betriebs- und Wirtschaftsräteordnungen vorausdenken, ist ein anderer Typus als

der Lohnarbeiter. Der Lohnempfänger mag dem Lohngeber kalt und feindselig gegenüberstehen. Der Mitschaffer, der Produzent sieht sich in eine Gemeinschaft mit dem Produzenten gedrängt. Eine Gesellschaft, die Unternehmer und Arbeiter als Teilhaber an einem der nationalen Produktionszweige organisiert, ist anderes als eine Gesellschaft, die beide als gegensätzliche Klassen in sich faßt. Ist diese Gesellschaft gleichgültig dagegen, ein Gehäufe von einzelnen darzustellen, so ist jene Gesellschaftsform bedacht, sich im Schwunge der beruflich Zusammenarbeitenden eine Gliederung zu geben. Dort scheidet das blind tätige Ferment der kapitalistischen Wirtschaft die rechtlich gleichgestellten Einzelmenschen in übereinander gelagerte Schichten von Menschen ungleicher faktischer Macht- und Wirtschaftskreise aus, hier werden durch die Rechtsordnung alle im selben Betrieb und Beruf Schaffenden als formalrechtlich gleiche, aber auch faktisch gleichgewertete Mitarbeiter zu wirtschaftlichen Korporationen zusammengefaßt, die in der Volkswirtschaft nebeneinander stehen. Die Gesellschaft, die sich in der Linie der Räteidee entwickelt, tilgt die Klassen aus. Sie wird anstatt durch Kampf und Haß der Arbeiter- gegen die Unternehmerklasse durch das Wettspiel von Berufskörperschaften bewegt, in denen Arbeiter und Unternehmer Korporationsgenossen sind. Der Besitz an Produktionsmitteln entscheidet nicht mehr das Maß an wirklicher Gewalt über und das Maß an Einfluß auf die nationale Wirtschaft. Der Anteil am gemeinsamen Arbeitsergebnis wird nicht mehr vom Unternehmer dem Arbeiter aus seinem Privatvermögen zugeteilt, sondern fließt für beide aus einer gemeinsamen Betriebsfondsmasse, deren Aufteilung von allen Betriebsgenossen paritätisch geregelt wird. Diese Umorganisierung der Volksgenossen soll nach der Räteidee aber nicht wirtschaftliche, sondern politische Neugestaltung sein. Es soll nicht dabei bleiben, daß die Einzelbetriebe aus Privatunternehmungen zu Korporationsunternehmungen werden, so daß jede Grube, jedes Werk, jede Fabrik eine Kleingenossenschaft wird. Dann bestünde die Gesellschaft statt aus rechtlich atomisierten Privatbetrieben aus atomisierten Genossenschaftsbetrieben. Der Körperschaftsgedanke tritt vielmehr gerade auf den höheren Stufen der Räteordnung schärfer hervor, in den

lokalen Wirtschaftsräten und im Reichswirtschaftsrat. Hier stehen die Mitarbeiter am Betriebszweige, Handarbeiter, geistige Arbeiter, Werkleiter, losgelöst vom Einzelbetrieb zu öffentlich-rechtlicher Tätigkeit aufgerufen nebeneinander: sie ordnen gemeinsam Berufsfragen und, mit den Vertretern anderer Berufe, das Beste der gemeinsamen nationalen Wirtschaft, beides gewiß häufig im Widerstreite der Interessen, aber mit der Würde Gleichberechtigter und Gleichwertiger. In diesen höheren Räteverbänden steckt das Wesen der neuen Ordnung. Arbeiter und Unternehmer erhalten von oben aus ihre Stellung im Einzelbetriebe zugewiesen. Die politischen Rechte, die der Arbeiter in den umfassenden, mit öffentlichen Aufgaben betrauten Räten erhält, stärken ihn im Betriebsrat. Ohne die Stütze durch die politische Macht der lokalen und Reichsräte würden die Betriebsräte verkümmern oder zu Fechtböden kleinlichen Treibens werden. Es wäre die Räteidee aufs Wirtschaftliche eingegrenzt, aber mit allem Gehässigen des engen Feilschens um den Pfennig. Die großen politischen Rechte, die den in Räteorganisationen zusammengefaßten Berufskörperschaften gegeben werden, heben beide, Unternehmer und Arbeiter, so daß beide im Betriebe unbefangener zusammenwirken. Der Betrieb erfordert Über- und Unterordnung, eine Hierarchie der Arbeitsteilung, die in eine Spitze ausläuft. Aber der Arbeiter wird freiwilliger die Bedeutung des wirtschaftlichen Kopfes für den gemeinsamen Betriebszweck erkennen, der Unternehmer sich weniger eifersüchtig in die Rolle eines fachtechnischen Leiters hineinfinden, wenn die große wirtschaftspolitische Ordnung der Nation auf der demokratischen Gleichstellung beider innerhalb der Gesamtwirtschaft beruht. Die Demokratie, der die Räteidee zustrebt, ist freilich nicht die „formale“ Demokratie der bürgerlichen Gesellschaft. Es ist eine berufsständisch gebaute Demokratie.

8. Kapitel

Räte und körperschaftliche Selbstverwaltung

Action directe" am Ausgang, „Ständeordnung" am Ende des Weges! Welche Wanderung! „Revolution" und „Reaktion" in einem? Der Widerspruch besteht nur, wenn die Idee der bürgerlichen Demokratie zur Norm erhoben wird. Den revolutionären Ursprung teilen die Räte mit allen Ideen, die gegen Altes aufstehen. Auch die liberale, wie es jetzt heißt, die formale Demokratie begann tumultuarisch-revolutionär. Sie sittigte sich später zu repräsentativen Formen. Die Massen wollen heute nun gerade diese nicht Herr über ihr Schicksal werden lassen, weil sie sie als „reaktionär" empfinden. Das Gefühl ist eins mit ihrem Widerspruch gegen die Staatsgewalt, nachdem der Krieg und sein Ausgang ihnen Macht über jene gegeben hatte. Die formale Demokratie hatte gerade in ihrem Verhalten zu dem als Herrschaft aufgerichteten Staat ihre Grenzen erwiesen. Nirgends war sie imstande gewesen, die Idee des Machtstaates auszurotten. Sie hatte sich mit ihren Formen in die Institutionen des Staates eingefügt. Darum gingen die Massen, als sie vor der werdenden Ordnung den Staat alten Stils ausjäten wollten, zu einer anderen Form der Demokratie über. Die Entstehung des Bolschewismus ist hier bezeichnend. Räte und formale Demokratie wirkten in Rußland in den ersten Monaten der Revolution nebeneinander. Das in den Räten organisierte Volk war einverstanden, die Nationalversammlung einzuberufen, wie später in Deutschland. Allein da mußten die Arbeiter, die Träger der Revolution, ersehen, daß die repräsentative Demokratie, die in Kerenski ihr Haupt hatte, sich der früher vom Zarismus gehandhabten Machtstaatsidee anzupassen strebte. Auch Kerenski wollte gleich den Häuptern der verhaßt gewordenen kriegerischen Demokratien des Westens Krieg führen, seine Ziele in der Kriegsideologie verwirklichen. Neben der Konstituante organisierte er eine Armee und trieb sie in den Tod. Seine Sommeroffensive zeugte bei den Massen, die Frieden wollten, wider die formale Demokratie, die sich zu bilden anhub. Da erbrauste der Ruf: „Alle Macht den Räten!" Das bedeutete: kein Stückchen der

Macht jenen Einrichtungen und ihren Nutznießern, die bewußt oder unbewußt, mittelbar oder unmittelbar schon durch ihr Bestehen den Machtstaat wiederbringen. In Rußland waren die Räte dann freilich nur der kurze Übergang zu einem Regime, das jeder Art Demokratie spottete. Aber als die Diktatur die Demokratie erschlug, erschlug sie auch die Räte. Diese hatten weder politisch noch wirtschaftlich im Weitergang der Bolschewikenherrschaft eine Rolle. Politisch kehrte die zaristische Militärdespotie wieder. Hatte der Zar als Fürtuch die Duma, so Lenin die Sowjets. In der Wirtschaft lenkte der Bolschewismus, wieder mit Umgehung der Räte, zu kapitalistischen Methoden zurück. Der Versuch eines Wiederaufbaues der Industrie wurde mit den Mitteln des zentralisierenden Absolutismus russischer Ausprägung eingeleitet. Reaktion, das heißt, die alten, der repräsentativen Demokratie verhaßten Formen, kehrte zurück, weil die Räteidee mit ihren tief demokratischen Wurzeln verlassen worden war. Wird ihnen folgerichtige Auswirkung freigegeben, so gehen die Räte auf Schwächung, wo nicht Beseitigung aller Einrichtungen, die den Machtstaat getragen haben.

Der alte Staat übte seine Macht über die Bürger durch Militär und Beamtenschaft aus. Die Armee hatte der Krieg zerfressen; das Beamtentum war aufrecht geblieben, ja die Kriegswirtschaft hatte der Beamtenherrschaft neue Antriebe gegeben, sie hatte sich in die Wirtschaft ausgebreitet, von der sie bislang nur kleine Gebiete hatte besetzen können. Manche Verfechter des alten Staates hatten die Bureaukratie der mehr und mehr wirtschaftlich und technisch denkenden Generation als ein notwendiges Glied der arbeitsteiligen Gesellschaft empfohlen. Im hochzivilisierten Staate könnten die verwickelten Geschäfte der Verwaltung nicht von den vollauf mit sich beschäftigten Bürgern im Neben- und Ehrenamt versehen werden; sie erforderten fachliches Wissen und Können, das sich am ersprießlichsten in einer Berufsklasse aufsammle. Der Ursprung der Bureaukratie war dies nicht. Diese war als Werkzeug der Macht des Souveräns über dem Staat und seinem Boden heraufgekommen und hatte demzufolge, der Theorie der Arbeitsteilung entgegen, immer Herrschaft und nicht Facharbeit dargestellt. Das Vorbild staatlicher Bureaukratie hatte selbst auf Beamtenkörper gewirkt,

die, wie in den autonomen Gemeinden und in anderen Selbstverwaltungen in der Tat nur als Clerks im englischen Sinne, als fachliche Handlanger der bürgerlichen Herren der Verwaltungsmaschine, ins Leben getreten waren. Stärker noch als durch die repräsentativen Einrichtungen wird der Bürger durch den bureaukratischen Apparat von der Besorgung der gemeinsamen nationalen Angelegenheiten entfernt, die doch ein Stück seines eigenen Lebenskreises sind. Die gärende Rätebewegung warf sich daher, dem Wesen der action directe, der unmittelbaren Demokratie nachgehend, auf die Geschäfte der Bureaukratie. Im Anfang ungebärdig. Ähnlich wie in der Wirtschaft. Den wilden Sozialisierungen, die naiver Syndikalismus waren, entsprachen die Freischützenzüge der wahllos entstandenen Arbeiterräte in die behördliche Tätigkeit. Im Räteprogramm der Reichsregierung und in der Verfassung hat die Idee, die der turbulenten Aufrichtung von Arbeiterratsexekutiven zugrunde liegt, gesetzliche Anerkennung erfahren. In die Verwaltung wird die unmittelbare Demokratie hineingetragen. Jene Interpreten der Räteidee, die ihre grundsätzliche politische Wesensart erkannt haben, deuten den Willen der Massen richtig, wenn sie die Unterscheidung von Gesetzgebung und Verwaltung beiseiteschieben und den Räten die Aufgabe zuteilen, beide staatliche Tätigkeitsbereiche zugleich in sich zu vereinigen. Dem zugreifenden Geist der Demokratie ist es wirklich angemessen, daß das Volk sich überall selbst um die Handhabung der Gesetze kümmert; die Schranke einer Bureaukratie, die ihr Recht in sich trägt, zwischen dem Bürger und der Gemeinde, ist nicht demokratisch. In der Wirtschaft sollen die Betriebsräte und Wirtschaftsräte die mediatisierende Wirkung der Arbeitsteilung aufheben. Der Arbeiter wird, wenn das großzügige Programm der Verfassung Leben wird, als mitschaffender Produzent zum vollberechtigten Gliede einer Betriebsgemeinschaft und, weiter nach oben, einer Gilde werden. So bringen die Rätegesetze die Anfänge einer umwälzenden Verwaltungsreform, die die Mediatisierung des Bürgers durch eine Bureaukratie rückgängig machen soll. Denn was der Wirtschaft als erfrischender Antrieb zugedacht wird, die Selbsttätigkeit des Volkes in der Durchführung und Kontrolle der Gesetze wie in der schöpferischen Verwaltung, gilt auch für

die Geschäfte der Volkskultur, für Gesundheit und Erziehungswesen. Die repräsentativen Demokratien sind Staaten im alten Sinne geblieben, Frankreich ist ein Muster. Die Bürger sind Wahlherde, mit dem Stimmzettel haben sie alles an Macht weggegeben, was die Verfassung ihnen einräumt. Über ihnen baut sich nach eigenen Gesetzen das parlamentarische Getriebe und die Regierungsmaschine auf; wie in den Monarchien schiebt sich eine von oben gelenkte selbstherrliche Bureaukratie zwischen den Bürger und seine Interessen an den Gesamteinrichtungen. Die Demokratie nach der Räteidee ist ein Freiwerk neben- und miteinander lebender Körperschaften, in denen Arbeitsgenossen, Fachgenossen, Interessegenossen unmittelbar ihre Angelegenheiten in der Hand haben. Der Staat, nicht als Organisation von Macht über dem Staatsbürger, ob er Arbeiter, Bauer, Kaufmann, Handwerker, Industrieller ist, sondern als Organisation von Bürgerkörperschaften soll das Werk der Räteidee sein, wenn dieser vergönnt sein wird, sich allseitig wirklich zu machen.

9. Kapitel

„Sozialisierung" als wirtschaftliche Selbstverwaltung

Zerspaltung des zentralisierten Staates, Entmachtung der Bureaukratie durch wirtschaftliche Selbstverwaltung von Berufskörperschaften, dieser Zug der revolutionierten Gesellschaft hat auch mannigfache andere Organisationsideen hervorgetrieben. Ernüchtert blickt das Geschlecht auf die Tyrannei einer Staatsmaschinerie zurück, die die Völker durch vier Jahre über Leichenfelder trieb, das kunstvolle Adergeflecht einer freischwebenden, die Heimat bereichernden, die Welt umfangenden Wirtschaft durch die Verknotungen und Verwachsungen der Zentralen krank machte, die reelle Wirtschaftsnation demoralisierte, indem sie sie statt in Gütern in Papierzetteln von imaginärem Wert denken lehrte. Dieses Ungeheuer von Staat aus seiner usurpierten Ob-

macht wegzustoßen, schien sich — triebartig — als eine der Grundneigungen der werdenden Zukunft anzukündigen. Sie kreuzt sich mit einer alten Idee aus der Kämpferzeit der Sozialdemokratie, die seit der Revolution aus dem Schoße des Proletariats mit leidenschaftlicher Wucht als Ruf nach Sozialisierung hervorbrach. Der auf Klassenkampf abgestellte Sozialismus hatte den Arbeitern die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Überführung des Eigentums an diesen aus der Hand der Kapitalisten in die der Gesamtheit verheißen. Eine neue Welt! lautete die Prophezeiung. Aber der Sybillenspruch war in den Denkformeln der alten Welt niedergeschrieben. Die Beseitigung des Klassengegensatzes durch Enteignung, das blieb in den Gedanken der römischen Juristerei, diesem rechtlichen Unterbau der befehdeten Gesellschaftsordnung. Die Lehrer der Sozialdemokratie hatten sich die Vergesellschaftung immer als einen Rechtsakt gedacht: dem Begriff „Vergesellschaftung", der noch aus der vormarxistischen Phase des Sozialismus stammt, hatte sich im Marxismus die Vorstellung umfassender Verstaatlichung untergeschoben. Allenfalls trat ergänzend die Kommunalisierung hinzu. Nach dem 9. November 1918 standen die Männer der marxistischen Sozialdemokratie vor der Pforte zum Zukunftsstaat. Die Massen, besonders die frisch zugelaufenen, drängten durch Streiks nach Erfüllung. Macht ernst mit dem Sozialisieren! Aber dem Problem Aug' in Aug' gegenüberstehend, entdeckten die Marxisten die Tiefe und Schwierigkeit des Unterfangens. Enteignet, ein Rechtsakt gesetzt, solches ist bald vollzogen. Aber die enteigneten Betriebe sollten ja arbeiten. Wieder macht es der geistigen Regsamkeit der Führer und Theoretiker Ehre, daß sie intuitiv, der eine rascher, der andere zögernder erfaßten, daß Sozialisierung nicht ein Rechtsakt an totem Gut ist, daß ein Betrieb, ein Betriebszweig nicht sozialisiert war, wenn man ihn dem Staate anhängte. Die Eisenbahnen waren lange verstaatlicht, aber die Eisenbahner verlangten gleichwohl ihre „Sozialisierung". Das war kein Widersinn. Man hatte nur früher nicht gesehen, daß der Betrieb nicht Produktionsmittel ist, sondern eine Gruppe an einem Werk schaffender lebendiger Menschen. Die eigentliche Aufgabe war, diese Menschen umzustellen, aus ihnen einen Organismus zu machen, der von

anderen als römischrechtlichen Ideen in Bewegung gehalten wird. Es galt die Kohlengruben zu sozialisieren. Sie gehörten zu den „reifen" Betrieben. Was war reif? Die Formen der Sozialisierung nicht, die waren erst zu finden. Schritt um Schritt. Die schweren Bergarbeiterstreiks im Essener Gebiet zeitigten ein Sozialisierungsversprechen der Reichsregierung, die Verordnung vom 18. Jänner 1919. Sie grenzte im Eingang den Begriff der Sozialisierung ab. „Bis zur gesetzlichen Regelung einer umfassenden Beeinflussung des gesamten Kohlenbergbaues durch das Reich und bis zur Festlegung der Beteiligung der Volksgesamtheit an seinen Erträgen — Sozialisierung — ....." Beeinflussung durch das Reich, Beteiligung der Volksgesamtheit an den Erträgen, nichts von den Definitionen der kanonischen Schriften, vom Kommunistischen Manifest bis zum Erfurter Programm. Enteignung ward nicht mehr das Wesen der Sozialisierung. Die Verordnung wurde unter der Mitwirkung von Theoretikern der Unabhängigen zustande gebracht. Reichsbevollmächtigte wurden eingesetzt, darunter paritätisch Vertreter der Arbeiter und Unternehmer, die alle wirtschaftlichen Vorgänge auf dem Gebiete der Kohlenförderung, des Absatzes und der Verwertung der Kohle fortlaufend überwachen sollen. Den Übergang zur Sozialisierung vermittelte sonach ein Verwaltungsorgan, das wesentliche Berechtigungen in der Handhabung des Bergwerkseigentumes einschränkte, fallweise an sich zog, die bisher dem Besitzer allein zugestanden hatten.

Am 15. Februar 1919 wurden die Berichte der Sozialisierungskommission abgeschlossen. Der Mehrheitsbericht spann die Idee der Verordnung vom 18. Jänner weiter. Majorität und Minorität — in der Majorität saßen Mehrheitssozialisten und Unabhängige — lehnten die Verstaatlichung ab. Der Staat verwalte unökonomisch, solange nicht der Bruch mit den bureaukratischen Überlieferungen in den wirtschaftlichen Staatsbetrieben erfolgt sei. Die Mehrheit lehnt in ihrem Bericht auch den Staats-Kapitalismus ab, das ist, die Pläne gigantischer Zwangsorganisation mit bloß innerer technischer Beweglichkeit; sie seien nicht nur unökonomisch, sondern auch politisch unmöglich. Also Sozialisierung. Nach dem Bericht bedeutet diese: Demokratie in den Betrieben mit einheitlicher Leitung der ganzen Industrie,

Ausschaltung des Kapitals als herrschender Macht, Aufbau der Unternehmungs- und Wirtschaftstätigkeit auf der schaffenden Persönlichkeit — „Sozialisierung" der Gütererzeugung. Die Vergesellschaftung wird also nicht in erster Linie im Eigentumsrecht gesucht, sondern in den Formen der Produktion. Und diese Formen? Der gesamte deutsche Kohlenbergbau soll zu einem einheitlichen, leistungsfähigen Wirtschaftskörper umgeformt werden..... eine große gemeinwirtschaftliche Kohlenorganisation, deren Geschäfte durch Arbeiterschaft, Betriebsleitungen und die Allgemeinheit geführt werden. Die freie Initiative aus dem privatkapitalistischen System soll mit dem Prinzip des Sozialismus, der inneren Anteilnahme des letzten Arbeiters am Erfolge des gemeinsamen Werkes vereinigt werden. Die „Kohlengemeinschaft" ist ihrem wirtschaftlichen Wesen nach eine „Arbeitsgemeinschaft" aller am Bergbau Mitschaffenden. Ausdrücklich wird abgelehnt, die Körperschaft als Eigentumsgenossenschaft — an Stelle des einen Unternehmers einige hundert oder tausend Unternehmer in Gestalt bisheriger Arbeiter — zu sehen. Die Staatsgewalt des Reiches hat die Tarifhoheit, wie sie zum Beispiel gegenüber privaten Verkehrsunternehmungen auch in der bisherigen Ordnung bestand, sonst im wesentlichen nur Befugnisse innerhalb der Organisation. Als Organe der Kohlengemeinschaft werden empfohlen: ein Kohlenrat von hundert Mitgliedern, zusammengesetzt aus Delegierten von Reich, Betriebsleitungen, Arbeiterschaft und Verbrauchern; das Reich soll unter seinen Abgeordneten nur ein Drittel Beamte stellen. Der Kohlenrat ist der oberste Regent im Kohlenbereiche. Die laufende Verwaltung läßt er nach allgemeinen Erzeugungs- und Verteilungsgrundsätzen durch ein nicht aus seiner Mitte entsendetes Direktorium führen. Der Bericht zielt sonach auf eine in den Staat hineingestellte selbstverwaltende Körperschaft der Kohleninteressenten ab. Gemeinwirtschaft soll an Stelle der Privatwirtschaft treten, aber nicht als Aufgabe und Recht der Staatsgewalt. Die Staatsbefugnis, die im alten Staat in den letzten Jahrzehnten gerade in das wirtschaftliche Gebiet erobernd vorgedrungen war, wird, unter sozialistischem Gesichtspunkte, zum ersten Male wieder zurückgedämmt. Die Ideen, die im Schoße der Sozialisierungskommission geschöpft worden waren, durchziehen die

späteren gesetzgeberischen Sozialisierungsmaßregeln. Die Gesetze über die Sozialisierung des Kohlen- und Kalibergbaues übernehmen das oberste Organ der Selbstverwaltung, Kohlen-Kalirat. Die Unternehmungen werden unter Beteiligung der Arbeitnehmer an der Verwaltung zu lokalen und zu einem Gesamtverbande zusammengeschlossen. Also die Gedanken der Arbeitsgenossenschaft. Verwandte wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper bereitete alsbald das Reichswirtschaftsministerium für die Metallindustrie vor. Auch in die Munizipalisierung drang die Idee der wirtschaftlichen Selbstverwaltung vor. Das Rahmengesetz für Kommunalisierung faßt die Übergabe von Gemeindebetrieben an Zwangsgenossenschaften ins Auge. Die deutsch-österreichische Sozialdemokratie, die orthodox-marxistisch ist, hat ähnliche Wege eingeschlagen. Die Sozialisierungsgesetze Otto Bauers, hervorgegangen aus einem durchkonstruierten Sozialisierungssystem, suchen wohl in der Enteignung die Grundlage für den Aufbau der gemeinwirtschaftlichen Organisationen, aber diese lösen sich nicht im Staate auf, sondern richten sich, vom Staate getrennt, als selbstverwaltende Körperschaften, Genossenschaften der am Betriebsbezweige Interessierten auf. Staat, Land und Gemeinde finden in der Selbstverwaltung Platz, sofern sie Interessenten sind.

Den geistigen Untergrund dieser praktischen Gehversuche bot abermals der auch in dieses Terrain sich hineinziehende Streit der neuen und der altmarxistischen Ideen vom Sozialismus und vom Wege zu ihm. Der starre Staatszentralismus, der die Verfügung über alle Mittel und Früchte der Produktion einer politischen Spitze übertrug, die von oben und von einer Mitte her den Gang der Wirtschaft regeln solle, diese militärisch-bureaukratische Vorstellung von der Gestaltung der Gesamtwirtschaft lag dem kämpfenden Sozialismus als nächste Entwicklungsform im Sinn. Sie entsprach dem geschichtlichen Vorbild, an dem er sich politisch orientierte, der rücksichtslosen zentralistischen Diktatur des Wohlfahrtausschusses in der großen französischen Revolution. Daneben konnte die an Marx emporgewachsene Parteidoktrin auch von der Klassenkampfidee nicht loskommen. Das große historische Experiment einer zentralisierten Wirtschaft machten die Bolschewiken in Rußland. Es

war die Diktatur in der klassischen Form eines ökonomischen Jakobinertums. Die Bolschewiken „enteigneten" radikal, zeigten kein Verständnis für die freie Selbstverwaltung der Produzenten und verwirklichten die Herrschaft des Proletariats über die anderen im Erzeugungsprozeß wirkenden Gruppen. Das Bild einer Wirtschaft, die gleich einer Präzisionsmaschine von einer Kraftquelle aus getrieben wird, schwebte auch den Vertretern der „Vollsozialisierung" in Deutschland vor. Als Typ kann Otto Neurath gelten, der die ganze nationale Wirtschaft wie einen einzigen Betrieb nach einem Plan vom politischen Machtzentrum aus lenken will. Bei manchen mengen sich richtige Einsichten von der Notwendigkeit einer Entbureaukratisierung mit dem Festhalten an der Klassenvorherrschaft des Proletariats. Die andere Seite verwirft einen Sozialismus, der auf den Eigentumswechsel hinzielt, da er nichts sei als Übertragung der Produktionsmittel vom Einzelbesitzer an das den Staat beherrschende Gesamtbesitzertum. Sie sieht im Sozialismus Selbstverwaltung der Produktion durch das Volk. Diese kann in bunten nebeneinanderstehenden Formen sich verwirklichen: gemeinwirtschaftlich organisierte Betriebszweige, die von der Produktion aus aufgebaut sind und Genossenschaften, die vom Verbrauch her organisiert werden. Die Vorkämpfer der Genossenschaften im besonderen wissen die triftigsten Beweisgründe gegen die Verstaatlichung beizubringen; sie wollen wirtschaftliche Selbsthilfe auch im sozialisierenden Gemeinwesen. Einwirkungen dieser Ideen zeigt schon das Februaraktionsprogramm Kautskys, des Lehrers der marxistischen Orthodoxie. Er hält zwar als Hauptmittel der Sozialisierung, die an die Stelle des Kapitalisten die „Gesellschaft" als „Besitzer" der Produktionsmittel, als Leiter der Produktion bringen soll, die „Verstaatlichung des Eigentums" fest, will aber den Staatsbetrieb nicht nach der Schablone einer zentralisierten Bureaukratie einrichten. Die Staatsbetriebe sollen dezentralisiert, ihren Leitungen möglichst Selbständigkeit gewährt werden. Dezentralisation und Selbstverwaltung sind allerdings noch immer im Grundsatz verschieden. Große Latifundien in der Hand eines Besitzers können stark dezentralisiert verwaltet werden. Die Selbstverwaltung setzt Eigenrecht voraus. Dezentralisierung kann, wenn die Auffassung über die Verwaltungs-

methode wechselt, durch Zentralisierung abgelöst werden. Selbstverwaltung kann nur im Wege der Entrechtung, der Usurpation und Enteignung beseitigt werden. Die autonomen demokratischen Wirtschaftskörper sind mit einem guten Schlagwort „Wirtschaftsrepubliken" genannt worden. Damit will gesagt sein, daß nicht auf die Form der Verstaatlichung, sondern auf eine neue Organisation hingezielt wird.

Der Widerstreit der Ideen trat am sichtbarsten im Kampfe um die Planwirtschaft Wissell-Möllendorff hervor. Die vielumstrittene Denkschrift des vormaligen Reichswirtschaftsministers ist zweifellos das theoretisch bestdurchgearbeitete System einer dem Sozialismus zulaufenden Nationalwirtschaft. Dieser ist der Leitgedanke: die Wirtschaft des Volkes soll Gemeinwirtschaft sein, darauf fußt die Organisationsarbeit. Alle wirtschaftenden Subjekte werden, und zwar Arbeiter und Unternehmer paritätisch von unten nach oben aufsteigend, in immer umfassendere, regionale und fachliche Körperschaften eingereiht, bis zum Reichswirtschaftsrat als dem obersten Organ der deutschen Gemeinwirtschaft. Die Verbände sind Körperschaften der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, Unternehmer, Arbeiter, Vertreter des Handels und Verbraucher wirken zusammen. Die Wirtschaft wird nach Grundsätzen, die die Reichsgesetzgebung aufstellt, von den Wirtschaftenden selbst geleitet. Wirtschaftsbureaukratie ist verbannt. Die Selbstverwaltung ist Freiheit gegenüber dem politischen Staatsapparat, Zwang gegenüber den einzelnen. Sie ist nicht mehr die freie Wirtschaft des Liberalismus, sondern gebunden. Das Gemeininteresse an der Höchststeigerung der Produktion soll alle vom Einzelinteresse ausgehenden Hemmungen ausschalten. Nach dem Muster von Kohle und Kali sollen nacheinander die Zweige, die der Gesamtwirtschaft dienen, gemeinwirtschaftlich organisiert werden. An den differenzierteren Industrieunternehmungen soll die gemeinwirtschaftliche Beteiligung des Volksganzen durch Vermögens- und Erbschaftssteuer herbeigeführt und allmählich verbreitert werden. Indem das Aktien- und das sonst produktive Kapital in die Hand des Reichs gelangt, soll die Industrie nach und nach gemeinwirtschaftlichen Charakter erhalten. Die Verwendung der beim Reiche sich zusammenballenden Kapitalien soll wieder nicht

politisch-bureaukratisch, sondern durch eine Bank in wirtschaftlicher Selbstverwaltung erfolgen. Steuerliche Beteiligung der Gesamtheit an den Erträgen der Wirtschaft, Mehrung der also dem Volksganzen zuströmenden produktiven Kapitalien durch wirtschaftliche Selbstverwaltung würde allmählich das Privateigentum in Gemeineigentum verwandeln. Am Ende wäre also die Gemeinwirtschaft, die am Anfang als Organisationsprinzip stand, als Sozialismus völlig durchgebrochen. Die „Enteignung", die die marxistische Sozialdemokratie durch politische Machtanwendung an den Anfang der sozialistischen Ordnung stellen will, wird nach jenem System automatisches Ergebnis einer Wirtschaft, die ohne Enteignung die bisherigen Besitzer der Produktionsmittel mit Arbeitern und Konsumenten zu gemeinsamer Erzeugung und Verteilung organisiert. Sozialismus ist auch dem Marxisten eine Produktionsform. Hier soll die neue Produktionsform wirtschaftlichsoziales Ergebnis ihrer selbst werden.

Einwendungen gegen die gebundene Planwirtschaft Wissells kamen von der alten Sozialdemokratie und von den Vertretern der Privatwirtschaft. Beide sind wirtschaftlich und politisch Gegner auf dem Boden des Kapitalismus. Aber die Ideen, die die kapitalistische Ordnung geschaffen haben, sind eine Art gemeinsamen Geistesgutes der Gegenfüßler. So sieht man sie beide einer Organisationsidee entgegenwirken, die grundsätzlich aus einem anderen geistigen Boden kommt. Die Verfechter freier Wirtschaft widerstreben der Gebundenheit. Sie wollen das wirtschaftende Einzelsubjekt ungebunden, weil nur die Freiheit alle Kräfte aus ihm hervortreibe. Den rechtgläubigen Marxisten widersteht die zum leitenden Grundsatz erhobene Solidarität zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Die Überwindung des Klassenkampfes denken sie sich als Ergebnis eines bis zuletzt währenden Klassenkampfes; sie wollen den Enteignungsakt als eine Trophäe der siegenden Arbeiterklasse. Die Gegenschrift des damaligen Reichsernährungsministers Robert Schmidt ruft deshalb gegen Wissell das Erfurter Programm an, das von Gemeinwirtschaft und öffentlicher Kontrolle der Privatbetriebe nicht spreche, sondern von der Enteignung des Privatbesitzes an den Produktionsmitteln. Robert Schmidt wurde Nachfolger

Wissells, und sein Entwurf über die Elektrizitätswirtschaft kehrte zu den Gedanken der Enteignung und Verstaatlichung zurück. Wohl wollte auch Schmidt die behördlich bureaukratische Verwaltung der Unternehmungen nicht, er wollte sie handelsrechtlichen Gesellschaften überlassen, bei denen das Reich mit Kapital beteiligt ist. Aber das ist eine Art Staatskapitalismus und nicht die Selbstverwaltung, die Wissell zum Leitgedanken der sozialistischen Wirtschaft machen will. Neben der in die Tiefe der gegensätzlichen Ideologien führenden Kontrastierung des Erfurter Programms und der Wissellschen Denkschrift stellen andere Einwendungen von sozialdemokratischer Seite, — wie daß die gebundene Planwirtschaft das kapitalistische System fortbestehen lasse, daß die wirtschaftlichen Korporationen die Fülle von Macht, die ihnen gegeben sei, zur Bedrückung der Konsumenten ausnützen könnten — das Grundsätzliche beiseite und bleiben im Praktischen. Diese sozialdemokratischen Einwürfe deckten sich vielfach mit ähnlichen Bedenken von bürgerlicher Seite. Die Erinnerung an die Mißbräuche der Kriegszentralen spielt hier mit. Man befürchtet Korruption, Monopolausbeutung, Unterdrückung der Kleinen, Protektionswirtschaft. Die Besorgnisse waren nicht ungerechtfertigt — wofern man sich nicht an die ethisch-wirtschaftlichen Grundideen hielt, die auf eine Ausschaltung der unlauteren Triebe in einer Gesellschaft abzielen, in der das selbstverwaltende Volk sich für die Wirtschaft voll verantwortlich fühlt. Das Problem, aus der kapitalistischen Welt, die den Eigennutz in seiner kältesten Erscheinungsform gezüchtet hat, in eine sozialistische Welt zu kommen, die den Eigennutz nicht mehr kennen soll, steckt eben in allen Methoden, zum Sozialismus hinzugelangen. Wirklich wurden die wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper rasch von Kinderkrankheiten heimgesucht. Die Zechenunternehmer z. B. wußten vielfach die Arbeiter durch Lohnerhöhungen für ungebührliche, die allgemeine Wirtschaft belastende Preissteigerungen zu gewinnen. Ein „Fachsyndikalismus“ drohte sich einzunisten, der dem gemeinwirtschaftlichen Gedanken jäh zuwider ist. Abhilfe liegt aber nicht im ungeduldigen Aburteilen, sondern in anschmiegsamer Umbildung der neuen Formen, die sie mehr und mehr zu tauglichen Werkzeugen des allgemeinen Wohles macht. So kam das Reichs-

wirtschaftsministerium alsbald zu dem Vorschlag, im Reichskohlenrat das Gewicht der Verbraucher erheblich zu steigern. Erfahrung wird andere Besserungen anregen. Die Idee der wirtschaftlichen Selbstverwaltung ist im Safte so gesund, daß sie an Jugendgebrechen — die übrigens meist Rückfälle in den alten privatwirtschaftlichen Geist darstellen — nicht zu verdorren braucht. Aus grundsätzlichen Erwägungen stammt eine andere Kritik an der Planwirtschaft. Sie rügt die Künstlichkeit des Organisationsbaues, das mechanische Überorganisieren. Hierin liegt Wahrheit. Man soll denn auch die „Idee" der Denkschrift von der Form trennen, die ihre Urheber wollen. Eine „Idee", der Gestaltungsfähigkeit zugetraut wird, soll nicht in die Formen eines gekünstelten, vorbedachten Systems gepreßt werden, sondern sich in freiem historischen Werden entwickeln. Reichskanzler Bauer klang in seiner Programmrede diesen Gedanken an. Er will schrittweise sozialisieren. Im übrigen steht ihm die Fortbildung der Räteidee voran. Für den wertvollen Hauptgedanken in der Denkschrift Wissells verschlägt das nicht viel. Denn wirklich höhlen die Räte die Staatsmacht durch Umsichgreifen der wirtschaftlichen und sozialen Selbstverwaltung in ähnlicher Art aus, wie dies von den wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern erwartet wird.

Und da verdient volle Aufmerksamkeit, daß ähnliche Gedanken demokratischer Selbstverwaltung der Wirtschaft wie in Deutschland auch in England und Amerika sich regen. Dort ist die Ordnung der Elektrizitätswirtschaft als Zusammenwirken der beteiligten Interessen: Gemeinde, Unternehmer, Arbeiter, Konsumenten und Fachleute gedacht. Die Vorschläge der Arbeiter zur nationalen Organisation des Kohlenbergbaues, aber auch die Anträge des Richters Sankey, dem die Regierung die unparteiische Leitung der Erhebungen über das Bergbauproblem anvertraut hatte, wollen den Betrieb der Kohlengruben einem System von Selbstverwaltungskörpern übertragen. Diese Regungen neuer industrieller Organisationsgedanken in England stehen ersichtlich unter dem Einfluß des zukunftreichen Gildensozialismus, der eine vom Marxismus abweichende, aus britisch-politischer Geistesart stammende Lösung des sozialen Problems auf ähnlichen Wegen demokratischer Selbstverwaltung der nationalen Produk-

tionszweige anstrebt, wie sie die deutsche Entwicklung einschlägt. In Amerika haben die Forderungen der Eisenbahnarbeiter eine Art wirtschaftlicher Selbstverwaltung des Bahnwesens der Union im Auge gehabt. Der Trieb, zu neuen Formen in Wirtschaft und Gesellschaft zu kommen, liegt in allen durch den Krieg aufgeackerten Nationen. In Deutschland ist das Wachsen nur am ungestümsten, weil der politische Umsturz das turbulenteste Gefühlschaos hinterlassen hatte. Der Lebensdrang der Nation, aus den alten Gleisen herausgeschüttelt, ist leidenschaftlich auf die Suche nach Formen gegangen, die wieder einem vollen Daseinsgefühl als Behälter dienen können. Daß der erstrebte Lebensinhalt zugleich ein anderer, reinerer und vertiefterer werden soll als jener, den die Katastrophe verschlungen hat, kommt aus der unzerstörbaren Kraft der Menschengeschlechter, die äußerer Verderb nie um die Fähigkeit bringt, sich geistig zu erneuern. Die deutsche Revolution ist in ihren Kämpfen und Greueln, in dem Gegeneinandertoben von Kräften der Zerstörung und des Aufbaues eine Geburtsstätte von geistigen Zukunftswerten. Alte Gemeinideen leben aus, frische streben auf.

10. Kapitel

Romantische Herkunft des neuartigen Sozialismus

Ideen sind erlauchte Gebilde des geschichtlichen Laufes. Sie tauchen nicht wie dunkle Emporkömmlinge von ungefähr auf, sie haben gleich hochgepflegten Geschlechtern ihre Stammbäume. Die Ahnentafel der Ideen, die im revolutionierten Deutschland nach Erfüllung ringen, ist kein Familiengeheimnis. Gegner und Anhänger haben frühzeitig Schlagworte ausgestreut, die die Spuren weisen: Gebundene Wirtschaft, also Rückfall ins Mittelalter, Räte und Wirtschaftskammern, also Wiederkehr der ständischen Gliederung der Nation, Wirtschaftskorporationen, also Neuaufbau der Zünfte. Und all das, was die im geistigen Luftraum des Liberalismus atmenden Geschlechter, die Väter,

Großväter und Urgroßväter, bitter gehaßt haben, sollte gerade jetzt mit Siegertritt heraufziehen, da nach dem Sturze der Monarchie politische Freiheit und Selbstregierung ihr goldenes Zeitalter beginnen sollen? War die deutsche Revolution gemacht worden, um die großen Revolutionen der Vergangenheit, deren Krone sie ist, zu verleugnen? Das schmerzlichste Staunen war anfänglich bei der bürgerlichen Demokratie, die sich als die natürliche Bundesgenossin der Sozialdemokratie fühlte. Vor dem Kriege galt als politisch höchstes Ziel der Block der Linken, die Ehe der Parteien, die nach restloser Erfüllung der politischen Demokratie strebten. Die Geschichte war den Lebenden gnädig gewesen. Die Demokratie war da. Aber auf dem Gipfel drehten sich die sozialdemokratischen Weggenossen ab. Die Güter der Demokratie, in denen der politische Liberalismus sein Gesicht spiegelte, schienen ihnen entwertet. Führer und Massen bereiteten die gleiche geschichtliche Überraschung. Diese hingen, der großen Erfolge der demokratischen Idee nicht achtend, ihrer unklaren Leidenschaft für neue Gedanken nach, von denen die heiligen Bücher der liberalen Demokratie nichts wußten. Die Führer wandten sich, als Genossen für die Regierung zu werben waren, dem katholischen Zentrum zu, das liberalen Menschen als körperhafte Erscheinung niedergekämpfter Ideen galt. Die Demokraten sahen sich in der Weimarer Mehrheit zunächst als der entbehrliche Teil. Es ging ohne sie. Die Parteigestaltung, die Trägerin der politischen Neuschöpfungen werden sollte, schien auf das sozialdemokratisch-katholische Bündnis beschränkt. Und dies nicht etwa äußerlich. Ehrliche Beobachter konnten nicht übersehen, daß die katholischen Politiker und Publizisten reifes Verständnis für die neuen Formen zeigten. Die Zentrumsliteratur weist vortreffliche Darstellungen der inneren Triebfedern der Räteidee auf. Das Sozialistische an den neuen Organisationen wurde von den katholischen Wirtschaftspolitikern fast richtiger aufgefaßt als von Sozialdemokraten. Selbstverständlich, wie aus ureigenstem geistigen Born flossen den Zentrumspublizisten, den Wortführern der katholischen Verbände, Beweisgründe für die Räte, daß der Arbeiter nicht mehr Produktionsmittel, der Lohn nicht mehr eine Post in der Kostenrechnung sein dürfe. Die Persönlichkeit wolle zur Geltung kommen. Der Arbeiter wolle als

Produzent gewertet sein. Der Lohn des Arbeiters solle Einkommen werden, auf dessen Erwirtschaftung der Produktionsprozeß ebensosehr hinzuzielen habe wie auf den, Gewinn genannten Lohn des Unternehmers. Der Genossenschaftsgedanke müsse Leitidee der neuen Zeit sein. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen solidarische Arbeitsgemeinschaften eingehen. Berufsgedanke, Berufsgemeinschaft sollen den Klassengedanken und Klassengegensatz überwinden. Die sterbende Wirtschaft habe das tote Kapital in den Mittelpunkt gestellt. Ziel der Neuordnung aber sei der Mensch. Der soziale Gedanke sei eine Kulturmacht und eine sittliche Macht. Sozialisierung sei weniger eine materiell-wirtschaftliche als eine ethische Forderung. Natürlich fehlt auch der vordem oft ausgesprochene Gedanke nicht, daß die Neigung der modernen Großindustrie zu Kartellen und Trusts schon ein Stück vom Siege des alten Berufsgedankens über die liberalen Grundideen vom frei wirtschaftenden Individuum gewesen sei. Jene Ansätze hochkapitalistischer Zünfte brauchen nur im Geiste der wirtschaftlichen Demokratie umgeformt zu werden und der Berufs- und Ständestaat wachse naturgemäß aus der alten Staats- und Wirtschaftsordnung heraus. Die katholischen Wirtschaftspolitiker konnten mit Fug feststellen, daß die neuen Ideen und Formen Geist vom Geist ihrer ökonomischen und politischen Lehren, daß diese der eigentliche Heimatboden des Werdenden seien. Auch protestantisch-konservative Männer griffen im Einklang mit älteren Parteiideen die neuen Organisationsgedanken auf. So bot sich das Schauspiel, daß die siegreiche Sozialdemokratie, ihrer unbewußt, in eine Ideenbahn einbog, die ihr in der Kampfzeit fremd geworden war. Ihre großen Theoretiker, Marx und Engels, dachten in den wirtschaftlichen Ideen der klassischen liberalen Nationalökonomie. Marx ist ja geradezu ein Fortbildner von Ricardo. In der praktischen Politik war die Partei durchaus Schülerin der liberalen Idee. Ihre Taktik war dem wirtschaftlich-sozialen Bau des Kapitalismus angepaßt. Der Sieg über den Machtstaat preußisch-deutscher Prägung stellte ihr nun die Aufgabe, Neues zu schaffen. Da erwies es sich, daß alle ihre aus einer geschlossenen geschichtlichen Ideenwelt abgeleiteten Parteidoktrinen kein geeignetes gedankliches Rohmaterial hergaben. Gleichwohl hatte sie, wie

es einer gesunden, kraftvollen Bewegung eigen, die Fähigkeit zu schöpferischem Tun. Nur daß, was sie zu bilden begann, sich deutlich und deutlicher einer Ideenwelt zugehörig erweist, von der der deutsche Sozialismus des 19. und der ersten Jahre des 20. Jahrhunderts kaum berührt worden war. In allen diesen Jahrzehnten hatte aber neben dem politisch-wirtschaftlichen Ideenbündel liberaler Herkunft ein anderer Gedankenkomplex gelebt, die romantische Staats- und Wirtschaftslehre. Das geistige Ereignis der deutschen Revolution ist die Durchblutung des Sozialismus mit der romantischen Politik.

II. ABSCHNITT

Romantik und älterer Sozialismus

1. Kapitel

Die romantischen Ideen in der Gesellschaftskritik

Der Sozialismus wäre durch die gemütlichen Bande dankbarer Pietät an die Romantik geknüpft. Aus der romantischen Gedankenwelt sind die ersten Kämpfer gegen den Industrialismus und Kapitalismus hergekommen. Der wirtschaftliche Liberalismus trat eben seinen Eroberungszug durch Europa an: getragen von der leidenschaftlichen Welle der französischen Revolution gewannen nacheinander bei allen Völkern die Ideen gewerblicher Freiheit des Individuums, die eine geistreiche Gedankenarbeit einer Generation von volkswirtschaftlichen Forschern in Formeln gebracht hatte, rasch Gewalt über die Gehirne und die Einrichtungen. Noch atmete der Liberalismus mit den kräftigen Lungen robuster Jugend; eine Welt der Harmonie schien sich aufzutun, wenn erst die Kräfte, die der Polizeistaat niedergehalten hatte, sich regen könnten. Die Fabriken und Maschinen, die steinernen und eisernen Werkzeuge des neuen Industrialismus, dieses berufenen Tummelfeldes der wirtschaftlichen Freiheit des wagemutigen Individuums, verhießen, eine Fülle des Reichtums über alle Völker und Gesellschaftsklassen zu verstreuen. Jedem einzelnen, der da „frei" geworden war oder werden sollte, schienen die Pforten menschlichen Glücks geöffnet. Die tiefen Schäden ihrer Lehre waren den Verkündern des „laissez aller" nicht bewußt geworden. Ihrem trunkenen Blick entzog sich noch, daß die Wirklichkeit aus ihren noblen Ideen etwas ganz anderes machen werde, als ihnen vorgeschwebt hatte. In diese Hochzeit des Liberalismus tönten schon die schneidenden Kritiken von Männern, die ein anderes Lebensgefühl besaßen und anderen

Lebensformen nachgingen. Die Lehren Quesnays und Adam Smiths sind Blüten der Aufklärung, jener Jahrzehnte, da der tiefer angelegte Rationalismus des neuzeitlichen Europäers sich in die Breite entwickelt hatte, da ein tatkräftig aufstrebendes Geschlecht in der Kritik historisch überkommener, die Menschen hemmender und demütigender Einrichtungen sich gelenkig des gesunden Verstandes bediente. Das Individuum fühlte sich im Gebrauche der voraussetzungslosen, nur auf die sicher empfundenen Bedürfnisse der Gegenwart abgestellten Vernunft unfehlbar. Persönlichkeit ging im Vernunftbesitz auf. Das ungebundene Wesen verstandesmäßigen Urteilens und Schließens fühlten die Menschen der Aufklärung als das Um und Auf der Psyche. Sie wollten freie Vernunftgeschöpfe sein. Die selbstherrlich schaltende Vernunft schien die wertvollste Triebkraft auch im Gemeinschaftsleben: lasset jeden nach seinem wohlerwogenen Interesse schalten, so reguliere sich das gesellschaftliche Dasein von selbst. Die sozialen Beziehungen wurden in der so konstruierten Gesellschaft freier Vernunftmenschen abstrakte, rechnerische Verhältnisse. In der Wirtschaft tummeln sich nur geschäftliche Köpfe. Kauf und Verkauf, Angebot und Nachfrage brächten Gleichgewicht und Heil. Die Volkswirtschaft wurde ein großer Betrieb mit dem Zweck, Reinertrag abzuwerfen und zu diesem Ende Waren zu erzeugen. Was der Güterproduktion diente, wurde Bestandteil der großen Rechnung, der eiserne Arbeiter wie der aus Fleisch und Blut. Die Ware Arbeitskraft wurde auf Produktionskosten und Ertrag analysiert. Die liberalen Aufklärer merkten nicht, wie in diesem Vernunftprozeß der freie Mensch zur unfreien Sache wurde — von der Summe menschlichen Elendes abgesehen, das dieses System freier Interessenbewegung erzeugte.

Die dünne, helle Luft des Vernunftzeitalters behagte nur wenigen Generationen. Bald tauchte ein Geschlecht auf, das dem Menschentum in sich Breiteres zumaß, als die Tätigkeit des fürwitzigen Raisoneurs. Man spürte es als Leben, als Kraft, Natur, Unendlichkeit, jedenfalls als eine Welt von geistigem Gut, das reicher machte als die auf schmalem Grate gehende Vernunft. Es war die Fülle des Lebens- und Schaffensdranges, die das deutsche Geistesvolk von Jacobi, Hamman und Herder

an bis zum Kreise der Schlegel und Schelling in sich spürte. Sie führte zwei künstlerische Formungen mit, die Klassik und Romantik, die von fremden Kulturköpfen und von großen deutschen Beschauern mit vollem Fug nicht so weit geschieden werden, als es die traditionelle Literaturgeschichte lange tat. Sie sind vielleicht für die ästhetische Betrachtung ein unähnliches Brüderpaar, aber ihr geistiger Mutterboden ist der gleiche, der große Aufschwung deutschen Gefühls- und Gedankenreichtums, der das europäische Kulturganze über den Rationalismus hinüberhob. Die späteren und darum bewußteren Scharen in diesem langen Zuge aus nahezu sechs Jahrzehnten, jene, die schon auf den Schultern der gereiften Klassiker, daher gleichsam auf der überschauenden Höhe stehen konnten, waren die Romantiker, die Gesellschaft glänzender, von Ideen übersprudelnder Denker und Künstler, deren Worte und Schriften das nachfolgende Jahrhundert durchrieselten. Was in Philosophie, Wissenschaft und Literatur von der Wende des 18. und 19. Jahrhunderts an und seither Neues geschaffen wurde, ist romantisches Erbteil. Die Fruchtbarkeit dieser Geistesart griff weit über den engen Bezirk der schönen Künste und des reinen Gedankens hinaus. Man sieht in der Romantik meist die spielerische Stimmung, die sich von der Wirklichkeit, vom Leben abwendet, die innere Freiheit über alle Erscheinungen der Welt behalten will. Aber die besondere Kunstauffassung ist nur ein Teilchen in der großen Provinz der Romantik. Diese erhärtet sich gerade darin als eine der umfassenden Geistesbewegungen, daß sie sich zum tätigen Leben hingezogen fühlt und ihre Ideen auf den Markt trägt, wo es um Macht, Herrschaft und materielles Gedeihen geht. Die „lebensabgewandten" Romantiker waren nach langer, langer Zeit wieder die ersten deutschen Intellektuellen, die mit beiden Füßen in die Politik sprangen, der noch die Klassiker so fern geblieben waren. Fichte, der Grundmeister romantischen Denkens, lehrt fruchtbar, daß der letzte Zweck der abstraktesten Wissenschaften sei, die ganze menschliche Ordnung der Dinge zu gestalten. Frühzeitig schon gewinnen die literarischen und philosophiegeschichtlichen Bekundungen der romantischen Wortführer Wendungen zur praktischen Politik. In dem Aufsatz von Novalis: „Die Christenheit oder Europa" stecken Ideen für einige der

folgenden Generationen. Die nationale Erhebung gegen Napoleon ist nicht bloß aus romantischem Geiste hervorgegangen, sondern vielfach von den Romantikern geschürt; auch der nationale Drang der späteren Jahrzehnte wird andauernd von der Romantik gespeist, von der romantischen Geschichtschreibung, Sprach- und Rechtsforschung, von politischen Schriftstellern, die Kinder der Romantik sind. So impulsiv sind die nationalpolitisch aufwühlenden Kräfte des romantischen Geistes, daß die völkische Erhebung bei den Nationen des Ostens und Südostens im Zeichen der, mit der benachbarten deutschen Kultur übernommenen Romantik sich vollzieht. Die tiefpflügende katholische Massenbewegung des 19. Jahrhunderts, neben dem Sozialismus seine eigentümlichste politische Erscheinung, ist von Romantikern aus romantischem Geistesgute angeregt. Die Romantik steht an der Wiege der Politik der preußischen Konservativen, die Anfänge der Ideen, die im „Politischen Wochenblatt" von der bedeutenden ersten Generation konservativer Wortführer vorgetragen werden, gehen auf romantische Dichter, auf Arnim und Kleist, auf die „christliche Tischgesellschaft" und auf Kleists „Abendblätter" zurück. Die Brüder Gerlach saßen als junge Leute in einer romantischen Tafelrunde.

Aus romantischer Lebensanschauung heraus ist auch Adam Müller der erste und schärfste Kritiker von Adam Smith auf deutschem Boden geworden. Den zum wirtschaftlichen Egoismus verkleinerten Individualismus, die Zerreibung der Gesellschaft in zusammenhanglose, einander auf dem Waren- und Arbeitsmarkte befehdenden Menschenhaufen, die Umwandlung der nationalen Wirtschaft in eine seelenlose Warenbörse, die der Liberalismus pries und anstrebte, fühlte der romantische Mensch als Schläge gegen seine Seelenart. Darum die grundsätzliche, in die Tiefe dringende Kritik, die sich nicht bei Symptomen aufhält und Wirkungen zu mildern sucht, wie später zaghaftere Widersacher, die, im Banne der großen Entfaltungen von Erzeugung und Verkehr, schon Untertanen des modernen „wirtschaftlichen" Denkens geworden waren. Adam Müller stellt der liberalen eine romantische Wirtschaftslehre gegenüber, die von radikal andersartigen seelischen und sachlichen Voraussetzungen ausgeht und einen radikal andersartigen Zweck des Wirtschaftens

im Auge hat. Die Elemente romantischer Lebensschätzung, so subtil im Literarisch-Ästhetischen, zeigen sich auch fruchtbar, wenn sie sich bei Adam Müller dem Wirtschaftlich-Sozialen zukehren. Der romantische Mensch will eine voll erfüllte Persönlichkeit sein. In der „Freiheit" des aufklärerisch-rationalistischen Liberalismus empfindet er das rein Negative, die leere Form, in die erst das allseitige Leben gegossen werden muß. Seine Freiheit will sich als freies Schalten im weiten Umkreis des Gemütes erkennen. Rodbertus bringt diese romantische Stimmung gegenüber dem liberalen Freiheitsbegriffe zum Ausdruck, wenn er sie ein negatives Gut nennt, die Grundlage erst für all das, was eines Menschen würdig ist, eine leere Sphäre, die sich nach Inhalt sehnt. Die arbeitenden Klassen sagen zum Liberalismus: Ihr habt uns bisher mit der persönlichen Freiheit nur ihre Sorgen geschenkt, laßt uns jetzt ihre Freuden genießen! Und darin, sagt Rodbertus, sei Würde, die Würde des Freien. So spricht auch Adam Müller von der Freiheit: sie solle nicht eine tote, nicht bloße Nichtsklaverei sein, sondern lebendige, deutlich gestaltete, in ihrem Kreise wirklich herrschende Freiheit. Hier ist, ins Soziale gewendet, ein Abglanz des romantisch-künstlerischen Wollens. Diesem gehört das ganze Gefühl, das sich bis in die dämmernden Hintergründe des unbewußten Impulslebens erstreckt, zum menschlichen Dasein auf der Erde. Aus dem Drang, zum Leben in seiner runden Fülle zu gelangen, erwächst der tiefste Gegensatz zwischen Romantik und Rationalismus. Der Romantiker schaut die Vereinzelung des Individuums, er spürt es mit dem Instinkt des Unbewußten in ihm und formuliert es dann als der scharfe und wache Beobachter seiner selbst, daß der Mensch erst voll wird durch Einssein mit der Gesamtheit, der unbelebten wie vor allem der geistigen Welt. Alle Romantiker, angelegt als höchstempfindliche Individualitäten, streben zur Gemeinschaft, zum Aufgehen in einer umfassenden Gesamtheit. „Identität von Subjekt und Objekt", von „Ich und Welt", diese tiefe Urformel romantischen Denkens wendet jenes romantische Urfühlen nur in die subtile Sprache des geistigen Welterfassens. Die Idee der Welt als Organismus ist einer der Keime romantischen Denkens. So zieht es die Romantiker bei Auffassung des menschlichen Lebens überall zu den

großen Gesamtheiten, zur Christenheit, zur Kirche, zur Nation. Ihr Interesse ist immer kollektivistisch gefärbt. Dem Kopfe des schroffen Individualisten Fichte entspringt die Darstellung des „geschlossenen Handelsstaates", eine Konzeption, die wie ein verlorener Block in der sozialistischen Literatur steht und wohl nur deshalb ohne Wirkung bleiben mußte, weil sie noch auf dem, von der entwickelten Romantik verlassenen Boden des erstarrten Naturrechtes erwachsen ist, das nur formales Rechtsschema, Staat und Individuum, noch nicht aber die reichen Bildungen organischen Zusammenlebens von Mensch und Mensch erfassen konnte. In Adam Müller stellte sich die ausgereifte Gemeinschaftsstimmung der Romantik den Lehren des wirtschaftlichen Liberalismus entgegen.

Die Gesamtheit ist in der Nationalökonomie Adam Müllers der Mutterboden alles Wirtschaftens; der einzelne erhält seinen wirtschaftlichen Wert erst als Glied der Nation. „Jede einzelne produktive Kraft kann nur produzieren oder vermitteln, sofern sie selbst wieder von einer höheren Kraft, der bürgerlichen Gesellschaft oder der Nationalkraft, produziert oder vermittelt wird. Hört der Staat auf, sich zu produzieren und zu reproduzieren, so hören alle kleineren Produzenten, aus denen die nationale Produktion, die wir Staat nennen, besteht, von selbst auf." Kräftig wird hier die Taste angeschlagen, die die individualistische Ökonomie übertönen soll. Gegen die Wertlehre des wirtschaftlichen Liberalismus wird eingewendet: „Es kommt die Zeit, wo alle diese Virtuositäten und Seltenheiten (die Maßstäbe des Wertes) nichts mehr bedeuten, aber wo auch in der allgemeinen Meinung nichts mehr gilt, was nicht dem Ganzen dient und wo, anstatt wider Willen einen rohen Tribut hinzuzahlen, jeder das für seinen eigenen und der Dinge höchsten Wert halten wird, daß er und durch sie instand gesetzt wird, dem Staate kräftiger zu dienen. In der Dauer wird sich zeigen, daß aller Wert ein von der Nationalkraft abgeleiteter ist, daß der wahre Gewinn jedes einzelnen auch Gewinn des Staates ist." Produktion und Konservation, das ist Kapitalisierung, sind ihm die gleichwertigen Zwecke der Nationalökonomie; dies annähernd in Übereinstimmung mit der klassischen Volkswirtschaftslehre. Aber, so erweitert der Romantiker den Horizont des Wirtschafts-

denkens, gerundet wird der Zweck der Volkswirtschaft, wenn eine „Verbindung der Produktion und des Geistes der Erhaltung mit dem Leben des bürgerlichen und menschlichen Ganzen“ statthat. Die „politische Idee“, will sagen die Idee der Gemeinschaft sei es, die den ganzen Reichtum erhält. Tief bettet Adam Müller das Individuum in die Gemeinschaft, verwebt er beide zu organischer Wechselseitigkeit. Lebendige Vorstellung von Reichtum umfange eine unendliche Wechselwirkung, daher eine Gemeinschaftlichkeit zwischen Nation und Privaten, zwischen Ganzem und Einzelnen. „Jedes Individuum, sofern es dem Ganzen dient, die Nationalkraft oder den Wert des Ganzen, den echten Nationalreichtum erhöht, insofern erhält es vom Ganzen auch Wert und Kraft zurück.“ Das Volleben der Menschen auch in der Wirtschaft ist Kern der Nationalökonomie Adam Müllers. Der Abscheu vor der Versachlichung, diesem Grundzuge der liberalen Wirtschaftsauffassung, durchzieht seine Lehre vom Reichtum, die er gegen die Sätze der klassischen Ökonomie herausarbeitet. Der Mensch solle, durch den in die Augen fallenden Privatcharakter der Sachen verführt, nicht selbst zur Sache werden. Reichtum sei kein Begriff, er liege nicht in bloßen Sachen, er lasse sich nicht festhalten, indem man die Sachen festhalte oder vermehre, er liege ebensowohl im Gebrauch wie im Besitz. Wirkliche Existenz des Reichtums lasse sich nur im Gebrauch erkennen. Gebrauch ist für Adam Müller das Tor, durch das der Mensch, das Persönliche in der Vollheit seiner Ansprüche in die Wirtschaft eingefügt wird, im Widerspiel zu der abstrahierenden Nationalökonomie Adam Smiths und seiner Schule, die alles, Sachgüter und Menschen, auf den Tausch- und Marktwert reduziere. Voranstellung des Gebrauches bedingt Voranstellung des Menschen und seines Bedürfnisses. „Das ist eben,“ sagt der Romantiker scharf, „das Verderben aller heutigen nationalökonomischen Wissenschaft, daß sie die Personen selbst als Objekte der Ökonomie nicht begreifen wolle; darum versäumt diese Wissenschaft über allen einzelnen Produkten die zu ihrer Existenz unentbehrliche Ausbildung des Produktes aller Produkte, des nationalen Menschen, durch dessen Begehren ja alle Produkte erst ihren Wert erhalten.“ Die Regierung müsse vor allem erkennen, daß beides im Auge

gehalten sein will, die Produktion und das Begehren; für beide müsse die Regierung wechselwirkend sorgen. Sie tue ihr Werk halb, wenn sie die Produktion vermehre, sie solle auch das Bedürfnis erhöhen. „Jeder Bürger ist Begehrer und Produzent zugleich." Die Nationalökonomie habe die Nation als Käufer mit der Nation als Verkäufer ins Gleichgewicht zu bringen. Diese Betrachtung des wirtschaftlichen Romantikers schließt einen direkteren Maßstab für Verteilung des Ertrages der nationalen Wirtschaft in sich, als die liberale Nationalökonomie in ihrer, auch auf menschliche Arbeit und Lohn angewandten Lehre von Angebot und Nachfrage an die Hand gibt. Adam Müller rügt denn auch an der Produktion auf den Marktwert und Profit hin, diesem Kennzeichen der Warenwirtschaft, daß sie nicht Vermehrung der Gebrauchswerte anstrebe, sondern nur jenen Teil des wirtschaftlichen Ertrages steigern wolle, der nach Willkür disponibel sei; dies sei aber nur möglich, wenn das Arbeitsprodukt denen entzogen wird, die zu dessen Hervorbringung am meisten beigetragen haben. Man wundert sich daher nicht, schon bei ihm das bittere Wort der Kritik über den britischen Industrialismus anzutreffen, das später als berühmte Sentenz Disraelis von den „beiden Nationen" in den europäischen Zitatenschatz überging. England zerfalle mehr und mehr in zwei verschiedene Völker, die Arbeiter und die Rentiers. Ein Aperçu aus der innersten romantischen Grundanschauung vom Anspruche aller Menschen auf die Würde vollen Lebens. Es findet sich in ähnlicher Fassung bei einem der echtesten romantischen Denker, bei Baader. In der Kritik der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Tendenz, die Klassen zu scheiden, läßt sich dieser vernehmen: seitdem die Doktrin des Rationalismus öffentliche Autorität gewonnen habe, „sehen wir alle Völker sich in sich selbst gleichsam in zwei Völker scheiden". Aus der romantischen Vorstellung vom menschlichen Individuum, das Anspruch auf allseitiges Dasein habe, verwirft Adam Müller jede materialistische Auffassung von der Arbeitsteilung, die den Arbeiter zum Faktor einer beziehungslosen Gütererzeugung erniedrige. Im Arbeiter dürfe die Persönlichkeit nicht übersehen werden. Seine Theorie von der Arbeitsteilung, die der von ihm „lasterhafter Tendenzen" bezichtigten liberalen Auffassung gegenübersteht, zieht tiefsinnig den im

Nationalkapital ruhenden Schatz an Geist und Arbeit der Vergangenheit als Korrektur der menschlich nachteiligen Wirkungen der Arbeitsteilung heran. Eine Arbeit, meint er, die der Teilung unterworfen werden soll, müsse mechanischer oder handwerksartiger Natur sein. „Und da alle absolut mechanische oder handwerksartige Arbeit dem Menschen unanständig und unnatürlich ist, würde die Teilung einer Fabrik in Menschen und Maschinen oder in lebendige und tote Arbeitsräder nicht gelingen, wenn nicht der Geist früherer wahrhaft persönlicher und menschlicher Arbeit unter der Gestalt des Kapitals diese getrennten Räder wieder belebte, die Arbeiter wieder vereinigte." Das Kapital, das Adam Müller vorschwebt, ist nicht das Kapital der klassischen Nationalökonomie, nämlich lediglich das im Geld und Kredit konservierte Waren- und Sachkapital allein; als gleich-, richtiger überwertig kommt ihm hinzu das geistig-psychische Kapital, das in Religion, Nationalgefühl aufgespeichert sei und durch die Sprache vermittelt werde, das Kapital an Erfahrung, Lebensweisheit, Wissenschaft. Die Wirtschaft teilt sich ihm unter diesem Gesichtswinkel in Landwirtschaft — die Arbeitsteilung nicht als nebeneinanderstehende, sondern als aufeinander folgende Funktionen kenne — Stadtwirtschaft, Bewirtschaftung des physischen Kapitals: Handelschaft, und Bewirtschaftung des geistigen Kapitals: Wissenschaft. Eine solch harmonische Wirtschaft hätten die europäischen Völker im Mittelalter besessen. Sie sei im Zeitalter der Entdeckungen und Erfindungen verloren gegangen. Das physische sei dann vor das geistige Kapital getreten, es blieben nur drei Zweige: Landwirtschaft, Stadtwirtschaft und Handel. Nach dem Handel hätte sich die ganze Wirtschaft orientiert: der Geist der liberalen Ökonomie. Mit der Zerbröckelung des geistigen Kapitals sei das Element geschwunden, das alle Arbeit, die die damalige Industrie geteilt hat, zusammenhielt. Für das geistig-psychische Kapital müsse sonach auch in der modernen, arbeitsteiligen Wirtschaft wieder Platz geschaffen werden.

Adam Müller legt durchaus in die Begriffe Reichtum und Wirtschaft, mit denen die rationalistisch-liberale Ökonomie operiert, einen neuen, universellen und menschlichen Inhalt hinein. Immer kommt er zu einem organischen Zusammenschauen von

Wirtschaft und Gesamtheit. Wie der Mensch außerhalb des Staates nicht denkbar sei, so sei Reichtum nur innerhalb des Volksganzen gesichert. Die Wirtschaft müsse daher nicht bloß die Güter möglichst vervielfältigen, sie müsse auch den ökonomischen und gesellschaftlichen Verband, das nationale Hauswesen erzeugen und verinnigen. Die liberale Ökonomie gebe nur eine „traurige, tote Summe aller einzelnen Privatprodukte". Aber jene organische Ganzheit, die Nationalkraft, gehöre ebensosehr in die Nationalökonomie. Sie erst ist es, die alle anderen Güter garantiere. Und wie die Gesamtheit, so verliert Adam Müller nie den Menschen, das Ethos, aus dem Blick. Die mittelalterliche Ordnung ist ihm so wert, weil ihre Grundidee die Verschmelzung von Person und Sache ist. Diese Vereinigung springt ihm sowohl in der Feudalität wie in der städtischen Korporation hervor. Er ist darum allem abgeneigt, was das wirtschaftende Individuum versachlicht und entseelt, er lehnt die Mobilisierung des Grundbesitzes ab, weil sie persönliche Verhältnisse auslöscht. Der mittelalterlichen Korporation rühmt er das menschliche Band nach, sie konnte nicht in jedem Augenblick nach den Regeln der Gesellschaftsrechnung gelöst werden. Wenn Adam Müller in der Durchdenkung des Persönlichkeitsprinzips für die Landwirtschaft nur zwei denkbare Formen des Daseins erkennt, wechselseitige Lehensabhängigkeit oder römische Schuldknechtschaft, so spricht sich hier gelegentlich eines besonderen Betriebszweiges nur die allgemeine romantische Anschauung des Wirtschaftslebens aus: wo nicht Wechselseitigkeit und genossenschaftliche Produktion, bleibt nur Herrschaft auf der einen, dauernde Abhängigkeit auf der anderen Seite übrig. Daß der Romantiker in Adam Müller sich scharf gegen die Überschätzung des wirtschaftlichen Ertrages, gegen ein Arbeiten lediglich für den Gewinn und das physische Wohlergehen kehrt, zieht die ökonomische Betrachtung in den höheren Kreis sittlichen Gesamtlebens.

2. Kapitel

Wirtschaft, Recht und Staat in romantischem Licht

Adam Müller kann nicht eigentlich als Lehrer der romantischen Nationalökonomie geführt werden, wie etwa Adam Smith für den wirtschaftlichen Liberalismus. Aber er hat nahezu alle Töne angeschlagen, die in der romantischen Wirtschaftslehre und ihren Verzweigungen zusammentönen. Eine geschlossene romantische Nationalökonomie ist nicht geworden. Der große Zug in der Entwicklung ging mit Adam Smith. Die romantische Lehre begleitet aber mit ihren von der vorläufig siegreichen Richtung abwegigen Ideen die Entfaltung des Kapitalismus wie ein Schatten, sie setzt sich in Teilgedanken schärfer durch, je deutlicher die dunklen Seiten des Konkurrenzsystems hervortreten. Ihre großen Persönlichkeiten Rodbertus und Marlo leiten die Gesamtkritik Adam Müllers fort, verfeinern und vertiefen sie; ihre Adepten, die Männer der älteren und jüngeren Historikerschule, die Kathedersozialisten, die Vertreter der Sozialpolitik und des Staatssozialismus, üben fruchtbare Detailforschung, ohne freilich an den entwickelten Kapitalismus mehr die unerbittliche Sonde anzulegen, wie die vollkräftige Romantik an den aufstrebenden. Große praktische Wirkungen vermochten die Lehren der romantischen Volkswirtschaft auch durch die Parteien zu üben, die aus ihrem Geiste hervorgingen, durch die verschieden abgeschatteten Christlichsozialen der beiden Konfessionen. Die romantische Nationalökonomie teilt das Geschick der ganzen Romantik. Diese ist in zahlreiche Kanäle verronnen, die das Kulturganze allerorten befruchtet haben; noch immer aber, obwohl das Leben des 19. und 20. Jahrhunderts vorwiegend in romantischen Ideengängen verläuft, wie das 17. und 18. vorwiegend im Rationalismus, ist sie nicht zum beherrschenden Gipfel aufgestiegen. Sie hat ihre Zeit noch immer vor sich; wenigstens ist — von Kunst und Denken ist hier nicht weiter die Rede — in Recht, Politik, Staatsgestaltung, sozialem Formenbau vorläufig nichts zu sehen, was an ihre Stelle treten könnte. So wird wohl das umfassende praktische Wirken und Hand in Hand damit der volle innere Ausbau der romantischen Wirt-

schafts- und Soziallehre kommen, wenn die Gesellschaft in den neueren Völkern sich zu einer Wirtschafts- und Staatsordnung überleitet, die nicht mehr auf den kapitalistischen Grundlagen, auf Warenerzeugung und freier Konkurrenz steht, also zu Gemeinschaften, die auf Kooperation ruhen.

Alle romantischen oder durch die Romantik gegangenen volkswirtschaftlichen Wortführer und Parteien sind an der Wiederkehr der wirtschaftlich-romantischen Gedanken zu erkennen. Sie wollen auch in der mechanischen Hantierung an der Maschine, im rollenden Betriebe der Verkehrseinrichtungen den Menschen im Arbeiter nicht verlieren. Die Ware Arbeitskraft ist ihnen ein Greuel, wie die Auffassung vom Lohn als Element der Produktionskosten. Am kräftigsten arbeiten Rodbertus und Marlo diese antimanchesterlichen Ideen heraus. Letzterer schildert aus echt romantischer Stimmung, wie gerade die Entwürdigung des Menschen im Arbeiter ihm die Anregung zu kritisch-ökonomischem Denken gegeben hat. Er habe eines Tages die Entdeckung machen müssen, daß sein Blick bisher in den Werkstätten der Industrie nur auf Öfen und Maschinen, nicht auf Menschen, nur auf Produkte des menschlichen Fleißes, nicht auf den Produzenten gerichtet gewesen sei. Rodbertus' große Denkkraft kreist um das Lohnproblem. Die entwürdigende Konstruktion des Manchestertums hat den „notwendigen Arbeitslohn" zur Grundlage, das heißt den Lohn, den der Arbeiter braucht, um sich als Arbeitsmaschine zu erhalten. Der „natürliche Preis", der im Austauschverkehr für die Ware Arbeit gegeben werde, ist die Summe der Güter, die nötig sind, um immer wieder Arbeit zu Markt zu tragen. Rodbertus hält der klassischen Nationalökonomie vor, wie widerspruchsvoll nach ihrer Lehre der Arbeiter behandelt werde. Rechtlich sei er Vollbürger, berufen, über die Geschicke der Gesellschaft mitzuentscheiden. Gleichzeitig werde er in dieser Gesellschaft wirtschaftlich als Stück Ware gewertet. Das Streben des romantischen Sozialisten — Rodbertus ist der geistigen Himmelsrichtung nach ein echter Romantiker, wenn er auch als Forscher sein wissenschaftliches Begriffswerkzeug der klassischen Nationalökonomie entnahm — geht auf Einrichtungen, die dem Einkommen des Arbeiters den Charakter des Individuallohns nehmen, jenes vielmehr zu

einem Anteil am Nationaleinkommen erhöhen. Der Arbeiter habe sonach nicht bloß darum zu schaffen, um sich als Produktionselement zu konservieren. Auch Thünen und List, die zwei bedeutenden deutschen, von romantischem Geist erfüllten Volkswirte, lehnen sich gegen die Herabsetzung der Arbeitskraft zur tauschbaren Ware auf. Thünen sieht, wie Rodbertus, den Widersinn, daß der Arbeiter, der künftighin immer unwiderstehlicher seinen Anteil an der Gestaltung der Gesellschaft und des Staates nehmen werde, von der liberalen Ökonomie einer Maschine gleichgestellt werde, die für ihre Erzeugungskosten, einem Lasttier, das für die Aufzuchtskosten zu haben ist. Die Forderung nach dem „naturgemäßen Arbeitslohn", nach gerechter Entlohnung, wird der Lohntheorie Ricardos entgegengestellt, bei der der Mensch seinem eigenen Produkt untergeordnet werde. Der Arbeitslohn müsse als Unterlage des Lebens für eine wichtige Menschenklasse angesehen werden. Bei List bildet einen der echtesten romantischen Wesenszüge seines Systems, wie er den Materialismus der klassischen Nationalökonomie kräftig ablehnt, die überall nur den Tauschwert der Dinge im Auge habe, die geistigen und politischen, gegenwärtigen und künftigen Interessen der Nation nicht berücksichtige. Von den Romantikern haben die Kathedersozialisten in ihrem Programme das harte Urteil über den Kapitalismus, der nur auf augenblickliche Steigerung der Produktion sehe, nicht aber, welche Wirkung dadurch auf den Menschen erzielt werde. Nur selbstverständlich ist es, daß den Christlichsozialen, vornehmlich den eifrigen Volkswirten der starken katholischen Parteien der Mensch im Arbeiter stets oberster Fürsorge würdig war; schwebt ihnen doch, echt romantisch, die Wiedererweckung der mittelalterlichen Auffassung vor, die die Arbeit als einen Teil der Ehre des Menschen geschirmt hat.

Wenn der Arbeiter Mensch bleiben, nicht als Regiebeitrag im Erzeugungs- und Tauschkreislauf untergehen, wenn das Ergebnis seiner Arbeit ihm nicht entschlüpfen soll, muß der Gesellschaftsbau und die Wirtschaftsweise eine andere sein als die des Kapitalismus. Der Arbeiter muß aus der Löhnerstellung heraustreten, die Gesamtheit der Schaffenden, die der arbeitsteilige Betrieb in Über- und Unterordnung, in Besitz und Nicht-

besitz vereinigt, muß eine Arbeitsgenossenschaft werden. Die genossenschaftliche Idee ist der konstruktive Grundgedanke der volkswirtschaftlichen Romantik. Dem rationalistischen Liberalismus entgegengesetzt, der das Individuum sich selbst überläßt, will die Korporation den Romantikern nicht nur Produktionsform, sondern auch Lebensgemeinschaft sein. Dem einzelnen soll als Glied einer Gemeinschaft Erfüllung und Ausweitung seines menschlichen Gehaltes werden. Marlo, der die Genossenschaft zum Rückgrat seines Systems, des „wirtschaftlichen Föderalismus", macht, spricht die innerste Stimmung aus, die den Körperschaftsgedanken durchflutet. Nächst dem Familienband, bemerkt er, sei der Arbeitsverband jener Verein, der die innigsten persönlichen Beziehungen schaffe. Er sei also mehr als selbst der Staats- oder Gemeindeverband zur Grundlage ethischer Gemeinschaft, wechselseitiger Pflege, Entwicklung und Unterstützung zu machen. Ähnliches schwebte dem Freiherrn von Stein vor, als er in sein Programm der Erneuerung des preußischen Staates die Gewerbefreiheit nicht aufnahm, sondern bei einer Reform des Zunftwesens stehen bleiben wollte. Er hielt es für besser, daß das Leben des Bürgertums auf Einrichtungen stehe, die es durch gemeinschaftliches Interesse, gleichartige Lebensweise und Erziehung, durch die Ehre des Meisters und die Zucht der Jugend binden, als es nur in topographischen Stadtvierteln zusammenzufassen, die dem Nachbarn keine Verbindung zum Nachbarn lassen, wo vielmehr alle einzelnen durch den allgemeinen Egoismus auseinandergerissen seien. Auf den Spuren der romantischen Verfechter der Korporation als Lebensgrundlage ist auch Hegel anzutreffen. Die Korporation ist dem der Gewerbefreiheit abholden Philosophen ein Gegengift gegen den wirtschaftlichen Egoismus, sowie Züchterin der Standesehre. Die geistige Heimat ihrer Ordnung ist den Romantikern bewußtermaßen das Mittelalter mit seinen Gilden und Zünften. Marlos wirtschaftspolitische Schlüsse drehen sich immer um die Zunft. Seine föderale, will sagen genossenschaftliche Gesellschaft soll sich auf die christlichen Grundsätze bauen, die das korporative Leben des Mittelalters ausfüllten. Sie soll allerdings die wirtschaftlich sittlichen Einrichtungen jener Jahrhunderte auf höherer Vollendungsstufe wiederbringen. Seinem genossenschaftlichen

Wirtschaftsbau legt er als Richtschnur unter: Zunftverfassung, Teilung der Gesamtwirtschaft in Erwerbssphären, Sicherung der Arbeit, Beseitigung des unproduktiven Erwerbs — das Merkmal der „heidnischen" kapitalistischen Wirtschaft sei eben Verwechslung von Produktion und Erwerb, Gleichgültigkeit dagegen, ob der Erwerb produktiv oder unproduktiv, redlich oder unredlich sei — Ausdehnung des öffentlichen Betriebs sozial-gemeinnütziger Arbeitszweige, endlich Sicherung der Arbeitsgenossen gegen die Wechselfälle des Lebens. Die Genossenschaft mache den Arbeiter zugleich zum Herrn, im Gegensatz zur herrschaftlichen Stellung des Unternehmers über den Arbeiter; diese werden aus Löhnern zu Gewinnteilhabern. Die Nation zählt nicht mehr Massen abhängiger Lohnexistenzen. Die Arbeit komme in der Genossenschaft zur höchstmöglichen Produktion von Genußwerten. Das heidnische Prinzip falle, das wenigen auf Kosten der Massen Genuß gebe. Das Lebensgefühl der genossenschaftlich arbeitenden Menschen werde durch die Verallgemeinerung des Vermögensgenusses, die gleichbedeutend wird mit Verallgemeinerung des Vermögensbewußtseins, freudig gesteigert.

Die gedankliche Durcharbeitung eines groß erfaßten Genossenschaftsprinzips muß zwei der fundamentalen Einrichtungen der alten Ordnung innerlich umwandeln: Eigentum und Staat. Sie erhalten in der romantischen Auffassung eine neue Struktur, so daß ihnen mit den gleichlautenden Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft kaum mehr als der Name gemeinsam bleibt. Die Romantiker brachten einen Eigentums- und Staatsgedanken ans Licht, der dem Übergang von einer privat-kapitalistischen zu einer sozialisierten Gesellschaft jene Erdbebenstimmung, jene explosiv-revolutionäre Tonart nimmt, die der orthodoxe Marxismus auch in seiner reiferen, über das Kommunistische Manifest hinausgediehenen Form bis zuletzt verkündet hat. Das romantische Sinnen vermählt hier die aus seinem Daseinsgefühl ihm zugeflossene Entscheidung für die Korporation als Produktions- und Lebensform mit der — gleichfalls romantischen — Wiederbelebung des germanisch-mittelalterlichen Rechtsdenkens. Vor dem römischen Eigentums- und Staatsbegriff in das deutsche Recht flüchtend, erweckte die Romantik in der juristischen Formulierung des Lebens die genossenschaftliche Grundart, die die

großen Germanisten seither immer schärfer als den innersten Kern des deutschen Rechtes herausarbeiteten.

Das deutsche Recht hat die Besitzverhältnisse in seiner mittelalterlichen Welt anders geordnet als das römische. Der römische Eigentumsgedanke isolierte die Individuen, der deutsche verbindet sie. In mannigfachsten Formen vereinigt der landwirtschaftliche und gewerblich-städtische Wirtschaftsbetrieb größere oder kleinere Personengruppen um ein Vermögensstück und um Vermögenswerte. Das Lehensrecht, das bäuerliche Güterrecht ist eine Welt von Varianten desselben Grundsatzes, daß der von Gott gegebene Boden und sein Segen nicht von einem einzelnen zu seinem ausschließlichen Gebrauch und Erwerb umhegt werden soll. In ähnlichem Geiste ist das genossenschaftliche Vermögensrecht der Gilden und Zünfte gestaltet. Das Vermögen ist hier der Kern, um den sich die sittlich-rechtlichen Beziehungen der Genossen gruppieren. Dies blickt hell aus allen „zünftlerischen" Beschränkungen hervor, die in der guten Zeit nicht engherzige Vorrechte schaffen, sondern nach dem allgemeinen Rechtsempfinden die Gleichheit der Lebensgrundlage unter den Genossen erhalten, das Hinüberwachsen des einen über die andern hindern sollte. Ganz anders als römisch wird der Eigentumsgedanke verstanden, wenn z. B. bei größeren Einzelkäufen von Rohstoff jeder Zunftgenosse Anspruch auf einen Anteil hat, wenn dem Meister vorgeschrieben ist, wieviel er mit seinem Besitz an Arbeitswerkzeug produzieren darf. Marlo legt Nachdruck auf die Wesensart des germanischen Vermögensrechtes, verbundenes, für ethische Kollektivzwecke gebildetes Gemeineigentum zu sein. Aus einer in Genossenschaften gegliederten Volkswirtschaft wächst diese Art Gemeinbesitz heraus. Eigentum im Sinne der römisch beeinflußten Zivilistik ist das nicht mehr.

Scharf zieht auch Rodbertus aus seiner Lohnreformtheorie die eigentumsrechtliche Folgerung. Seine romantische Geschichtskritik zeigt ihm nach der Ordnung des Eigentums drei Stufenfolgen: die antik-heidnische, die christlich-germanische und die von ihm genannte christlich-soziale der Zukunft. Diese soll kein Grund- und Kapitaleigentum mehr kennen, sondern sich als Ordnung des Arbeitseigentums auszeichnen. Arbeitseigentum muß in einer Gesellschaft herrschen, die, wie Rodbertus ja will, den

Lohn des Arbeiters als Teil des Gesamteinkommens der Nation bemißt. In einer solchen Gesellschaftsordnung, die sich auf reinem Einkommenseigentum aufbaut, denkt sich Rodbertus alle Produkte der Arbeit und alle Produktionsmittel so lange in der Obhut des Staates, bis sie zur Verteilung reif geworden sind. Rodbertus hat für Produktivassoziationen, die damals Lassalle befürwortete, nichts übrig. Seine Ordnung ist eine staatszentralistische. Nur dem Staat will er einen auf das Allgemeine gerichteten Willen zuerkennen. Es wäre Künstelei, den von Rodbertus verfochtenen Staatssozialismus in eine genossenschaftliche Ordnung umzudeuten, etwa daß eben alle Staatsbürger zusamt eine Staatsgenossenschaft bilden. Rodbertus zählt zu jenen Romantikern, die sich eine soziale Ordnung im zentralistischen neuzeitlichen Staat erfüllbar denken. Aber er besitzt die deutliche Erkenntnis, daß die Organisation der Arbeit entscheidend ist für die Ordnung des Eigentums. Die sittliche Fruchtbarkeit der Wirtschaftskorporation sieht er nicht. Er verwirft sie, weil sie zur schlimmsten Eigentumsform, zum Korporationseigentum, führe. Ihm schweben hier die engherzigen Zweckvermögen gewisser Korporationen vor, deren Besitz, der deutschrechtlichen Vergangenheit entkleidet und in die römische Eigentumsform gebannt, nur unverständliches Vorrecht geworden ist, das nach starrem Eigentumsbegriff behandelt wird. Allein genossenschaftliche Arbeits- und Ertragsorganisation führt eben nicht zu römisch gedachtem Eigentum. Die Frage nach dem Eigentümer im kapitalistischen Sinne spielt in der Korporation, wie sie die mittelalterlichen Vorbilder zeigen, nicht die Hauptrolle, sondern die Art der Verteilung des Arbeitsertrages. Der Geist der mittelalterlichen Assoziation will, daß die Sicherung der Existenz, die Gewähr menschlichen Vollebens im Kreise der Genossen gegeben sei, nicht aber die Möglichkeit, unbeschränkt Eigentum zu erwerben. Die Meisterschaft in der Zunft wurde nicht um individuellen Vermögenserwerbes willen angestrebt, sondern weil sie mit der Sicherheit der Nahrung die Ehre und das Recht des Zunftgenossen brachte. Das Eigentum, nach dem zu gieren eine Geldgesellschaft das Individuum erzieht, verliert von selbst seine überragende Bedeutung in einer Gesellschaft, in der die Menschen durch ihre Arbeitskorporationen zu einem Volldasein emporsteigen.

Auch der Staat, den die letzten Jahrhunderte dem Europäer gezeigt haben, wandelt sich in einer Ordnung, wie sie die Romantik in Anlehnung an das Mittelalter verkündet. Dem Staate, der im Absolutismus als grundsätzliche Allmacht entstanden ist und trotz der Theorien des politischen Liberalismus dem durch den wirtschaftlichen Liberalismus atomisierten Individuum gegenüber sich als Inhaber aller Gewalten und als Quelle aller Befugnisse behauptet hat, wird eine Organisation der Bürgerschaft entgegengehalten, in der die staatliche nur eine der verschiedenen Gemeinschaften ist, zu denen die Menschen sich nach gleichen Daseinsbedürfnissen, gleichen sozialen Auffassungen und gleichen sittlichen Lebensgrundlagen zusammenfinden. Anklänge an die in der Romantik ideell verwurzelte Ablehnung eines alles verschlingenden Staates finden sich auch bei dem Schöpfer der romantischen Volkswirtschaft Adam Müller. Der große prinzipielle Gegner des rationalistischen Staatsbegriffes ist Ludwig von Haller. Von ihm haben die Romantiker ihren Anstoß, die eine staatslockere öffentliche Rechtsordnung lehren. Hallers Haß gilt der naturrechtlichen Lehre vom Staate, die rationalistisch für die „Herrschaft" eine Rechtsbasis erklügelt. Ihr setzt er die geschichtlich-realistische entgegen, daß es nicht eine Art Staat, sondern deren mannigfache gäbe, je nach dem Element, bei dem die Macht ruht. Denn Macht sei die Grundlage der Herrschaft. Diese Macht der Herrschenden aber ist nicht Allmacht. Ihr stehen mit gleichem Werte die autonomen Ansprüche der in jenem Herrschaftsbereich Vereinigten entgegen. Die Rechte der Beherrschten sind ebenso unentziehbar wie die der Herrschenden. Haller kleidet die Begrenztheit der Herrscherbefugnisse in ein grelles juristisches Gewand, er stellt sie den Privatrechten gleich. Allein die Darbietung der privatrechtlichen Natur der öffentlichen Rechte ist mehr historisch-zufällige Form in der romantischen Staatslehre Hallers. Ihr Wesen bleibt, daß sie Eigenrechte öffentlicher Art innerhalb des Staates behauptet. Diesem bleibt nur der Spielraum, den die eigenberechtigten Berufe, Stände, Klassen, Korporationen nicht mit eigener Tätigkeit ausfüllen. Die Staatsanschauung Hallers ermöglicht ein reiches korporatives Leben nach Art der reifen mittelalterlichen Gesellschaft. Der Berner Patrizier hat alle roman-

tisch empfindenden Widersacher des bureaukratischen Staates bezaubert. In seinem Geiste war das „Politische Wochenblatt" geschrieben, das sich die romantisch-konservative Opposition gegen den Regierungsabsolutismus Friedrich Wilhelms III. geschaffen hat. Jarcke, einer der Gründer des Wochenblattes, hat die Hallersche Lehre mit den theokratischen Elementen durchsetzt, die ein Teil der romantischen Politiker aus dem religiösen Lebensgefühl der Gesamtromantik ableitete. Er fügt den Grundideen Hallers die Lehre hinzu, daß hinter der Naturerscheinung des Staates die göttliche Vorsehung stehe und daß die Pflichten des Herrschers und der Untertanen religiöse Gebote seien. Auch er verwirft die absolutistische Bureaukratie und will in Modernisierung der alten Ständerechte alles, was Korporationen besorgen können, diesen überlassen. Die im Volke gewachsenen Berufsstände sollen als Träger besonderer Rechte anerkannt und geschützt werden. Aus romantischem Geiste ist die Städtereform des Freiherrn von Stein geboren. Die Belebung der im absolutistischen Staat erstorbenen Selbstverwaltung geht aus den Tiefen einer Staatsauffassung hervor, die der rationalistischen, atomisierenden entgegen ist. Er will nicht ein Volk, das einen unförmlichen Klumpen darstellt. Der Gleichheitsbegriff der Aufklärer und der französischen Revolution scheint ihm nicht geschaffen, korporative Einrichtungen zu ersetzen, weil ein persönliches Individuum an Freiheit und Recht nicht soviel vermöge wie ein moralisches.

Ins Demokratische gewendet, tritt die romantische Anschauung, daß die zur Selbstverwaltung tauglichen öffentlichen Besorgungen aus der Hand des Staates in die organisierter Verbände zurückzunehmen ist, bei Marlo hervor. Er beschränkt seine Grundidee, den genossenschaftlichen Gedanken, nicht auf die innere Organisation des Wirtschaftslebens, sondern will ihn — universell romantisch und in bewußter Anlehnung an die mittelalterliche Welt — über das Gesellschaftsganze ausbreiten. Sein Absehen ist eine föderalistische Demokratie. Aus einer Beschreibung der politischen Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus, die ihre Modelle offenbar in den damals schon ausgebildeten westlichen Demokratien fand, aus der Schilderung, wie der Kapitalismus bald eine konstitutionelle, also altliberale, bald eine

demokratische, bald eine „Partei der Ordnung“ (Frankreich 1850) für sich in Bewegung setzte, wird ihm die Überzeugung, daß wahre Demokratie nur in einer genossenschaftlich gebauten Gesellschaft besteht. Eine solche Demokratie sei zu schaffen aus der Vereinigung von produktivem Besitz und Arbeiterwelt. Plutokratie und Proletariokratie müsse abgestoßen werden. Die Gesellschaft sei als Föderation verschiedenartiger Genossenschaften aufzurichten.

3. Kapitel

Romantische Vorläufer der Räteidee

Genossenschaftliche Arbeit, genossenschaftliche Besorgung öffentlicher Geschäfte aus eigenem Recht der Korporationen unter Eindämmung der Staatsmacht, diese Motive klingen bei allen Männern und Parteien wider, die geistig aus der Romantik herkamen. Sie sind vor allem Bekenntnis der Christlichsozialen in allen Ländern. Der katholische Sozialismus in Deutschland und Österreich in seinen Anregern, Bischof Ketteler und Freiherr von Vogelsang, stellt eine korporative Gliederung der Gesellschaft als Ziel auf. Der geistige Urheber des allerdings viel schwächeren evangelischen Sozialismus, Pastor Todt, weist der Kirche die Aufgabe, den Geist der individualistischen Wirtschaftsordnung zu bekämpfen, eine christliche Ordung sei durchaus mit genossenschaftlicher Produktion zu vereinbaren. Die „Christlichsozialen Blätter“ rufen im März 1871 als ihr Programm aus: „Staatsgesetzlich zu bewirkende Vereinigung der industriellen Arbeiter zu Korporationen, die rechtlich zuständig sein sollen, Arbeits- und Lohnverhältnisse positiv-gesetzlich festzusetllen und hiefür staatliche Exekution zu beanspruchen.“ Der Grundgedanke der Rätegesetzgebung der deutschen Republik 1919! Die Blätter der vom romantischen Wirtschaftsgeiste getragenen konservativen und christlichsozialen Literatur jener Jahre, da der volle Sieg des Manchestertums im werdenden und gewor-

denen Deutschen Reiche die romantische Gegenbewegung frisch belebte, lesen sich an so manchen Stellen wie Vorreden und Vorentwürfe zu den Einrichtungen des heutigen nachrevolutionären Deutschland. In einer Rede Wageners im preußischen Abgeordnetenhaus vom 11. Februar 1865 vergleicht dieser konservative Sozialreformer die modernen Gewerkvereine mit den mittelalterlichen Gewerbekorporationen. Die Arbeiter sollen heute durch ähnliche Einrichtungen zu politischer und idealer Selbständigkeit kommen. Als freiwillige Gebilde entstanden, seien Zünfte und Innungen später in die Verwaltung und Gesetzgebung der Stadtrepubliken eingefügt worden. Auf ähnlichem Wege könne der Arbeiterstand heute die wirtschaftliche Selbständigkeit finden, die er durch die Koalitionsfreiheit erstrebe. In gleichen Gedankengängen schreitet Rudolf Meyer. Die „kapitalliberale" Partei löse auf und führe zu starrer Zentralisation, d. i. zum Cäsarismus. Dem seien Organisationen entgegenzustellen, die ein Selfgovernment ermöglichen. Wie Vorahnungen der „Arbeitsgemeinschaften" von 1918 muten Vorschläge Rudolf Meyers und viel früher Viktor Aimé Hubers an, der aus dem Wichern-Kreise kommt. Huber will Einrichtungen, die „ehrlichen Handel" auf dem Arbeitsmarkte ermöglichen. Organe, in denen Arbeiter und Arbeitgeber vertreten sind, sollen die Löhne festsetzen, nach billiger Verständigung über den Stand des Arbeitsmarktes und den darnach zu regulierenden Preis der Arbeit. Auch andere Arbeitsbedingungen und -verhältnisse sollen jenen Organen zufallen. Rudolf Meyer regt Gewerkvereine als staatliche Institutionen an, ihr Gegengewicht seien Arbeitgeberverbände. Korporationsrechte seien an diese Organisationen unbedenklich zu verleihen, Einigungsämter wären anzuschließen, die für festbestimmte Zeit Lohnsätze und Arbeitsbedingungen regeln, überhaupt alle unter den Klassen der Gewerbetreibenden streitigen Fragen. 1875, erzählt Rudolf Meyer, habe er einen Plan umfassender Sozialreform ausgearbeitet. Die Produktivstände, Grundbesitzer, Großindustrielle, Handwerker, Land- und Industriearbeiter wären darnach mit Repräsentationsrechten auszustatten. So gebildete Spezialparlamente sollen das aus dem allgemeinen Wahlrecht entstehende Parlament entlasten, später ersetzen. Diese Anwendung romantischer Ideen auf den entwickelten

Kapitalismus erinnert doch an die Vorschläge Cohen-Kaliski zum Räteproblem. Rudolf Meyer war nicht der erste Vorgänger jüngster organisatorischer Ideen. Schon 1848 hat es einen Kaliski gegeben. Marlo hat auf dem Vorkongreß deutscher Handwerker im Juni des Revolutionsjahres eine Reihe von Anträgen vorgebracht, die aus seinen Ideen von einer genossenschaftlichen Durchorganisierung der Gesellschaft herrührten. Ein Antrag will, daß die Versammlung sich für eine, alle Industriezweige umfassende Zunftverfassung Deutschlands aussprechen soll. Ein anderer Antrag lautete: Ein soziales Parlament zur Beratung der gesamten sozialen Gesetzgebung; seine Beschlüsse seien der gesetzgebenden Kammer vorzulegen. Marlo zog dann diesen Antrag zurück, weil er erst nach Schaffung der deutschen Verfassung zeitgemäß sein werde. Dem einen Monat später tagenden Frankfurter Gewerbetag lag übrigens ein ähnlicher Gedanke vor. Es sollte eine Innungsverfassung aufgebaut werden. Die Innungsvorstände, dann die Vertreter aller Innungen einer Stadt hätten einen Gewerberat zu bilden. Über beiden stünden neben den gesetzgebenden Ständekammern Spezialgewerbekammern zur Beratung laufender Gewerbeangelegenheiten, endlich eine, jedesmal gleichzeitig mit dem deutschen Parlament versammelte, allgemeine deutsche Gewerbekammer mit dem Rechte, gewerbliche Gesetze allgemeiner Art zu beantragen. Die Analogie geht also bis ins einzelnste. Mehr! Auch die historische Situation, die jene aus der Tiefe romantischen Wirtschaftsdenkens heraufgeholten praktischen Vorschläge gebar, war eine ähnliche. Der Antrag Marlos auf eine deutsche Zunftverfassung war damit begründet, daß diese Schutz sein sollte gegen die Gefahren sozialer Wirren und des Kommunismus. Die Motivierung war bei Marlo kein Ungefähr. Sie stand in engem Einklang mit seiner sozialen Geschichtstheorie: Die Geschichte der Revolution ist nach ihm die Geschichte der Unterwerfung des Monopolismus (Merkantilismus) durch den Liberalismus und Kommunismus; „sie ist die Geschichte des Vernichtungskampfes der letzteren untereinander, ihr Ende der Sieg des Föderalismus". Genauer schilderte er den Verlauf der Revolution so: Entweder gehe die halbliberale Ordnung (die den Liberalismus teilweise schon preisgegeben habe) aus Furcht vor dem Kommunismus in die föderale

über oder der zur Aufrichtung einer eigenen Ordnung unfähige Kommunismus siege und gebe der föderalen Ordnung die Trümmer der alten Gesellschaft als Material... Der Blick eines Propheten auf die Tage, da in Deutschland eine föderale Ordnung im Sinne Marlos aufgerichtet wird, gegen den Kommunismus, um dem deutschen Volke das Schicksal Rußlands zu ersparen, wo der „zur Aufrichtung einer eigenen Ordnung unfähige Kommunismus" einen Trümmerhaufen geschaffen hat.

Die Seele der wirtschaftlichen Romantik ist Gemeinschaft und Wechselseitigkeit. Sie sieht das äußere Wachsen der Menschheit und das innere Wachstum der einzelnen nicht in Kampf und Durchsetzung der Eigensucht. Die Gebundenheit an eine höhere Ordnung, die die neue Zeit kahl wegrasiert habe, müsse wieder hergestellt werden, so fordert Viktor Aimé Huber. Rodbertus begründet seine sozialen Forderungen nicht wie der Individualist und Rationalist mit dem Anspruch jedes Menschen auf Glück und Gleichheit der Lebensgenüsse. Ihm gilt es als Pflicht der Gemeinschaft, die er im Staate verkörpert sieht, Ordnung in das Erwerbsleben zu bringen. Volkswirtschaft will ihm Wirtschaft des als Ganzes gedachten Volkes sein. Innerhalb dieses Ganzen sei jedem Einzelnen und jedem Stand seine wirtschaftliche Funktion von der Gesamtheit zugewiesen. Ein ultrakonservativer Mann, wie Bodz-Reymond, der aus Abneigung gegen das manchesterlich-liberale Wesen schreibt, bekennt, daß alles, was wir besitzen, von der Gesellschaft herrühre, darum von Haus aus der Gesellschaft gehöre. Die Hinneigung der Romantiker zum Glauben hat ihre Wurzel in dem Drang, für die Solidarität und Erhebung über das Individuell-Vereinzelte die Gewähr eines Unendlichen zu finden. In der atomisierten Gesellschaft lassen sich Unternehmer und Arbeiter von egoistischen Trieben leiten, für den altruistischen Zug werden die Kraft religiösen Fühlens und die Gebote der Kirche angerufen. Auf der anderen Seite hat die wirtschaftliche Romantik aus den Kirchen starke soziale Antriebe herausgeholt. Sie klingt eben bewußt oder unbewußt an alle Strömungen an, die in die Volkswirtschaft ethische Anstöße einschalten. In breitester Fläche berührt sie sich, wie in der Kritik so in der Konstruktion einer neuen Gesellschaft, mit dem aus dem Arbeitervolke heraufdringenden Sozialismus.

4. Kapitel

Romantisch-rationalistische Zwiespältigkeit im älteren Sozialismus

Der Sozialismus ist das kühnste Kind der menschlichen Gemeinschaftsidee. Aus dem Lebensgefühl von Millionen geboren, die, keines Stückes Bodens, keines Arbeitswerkzeuges Herren, in ihrer elenden Vereinzelung hilflos die Rettung zum Menschentum nur in dem Wiederaufbau einer Gesellschaft der Wechselseitigkeit sehen, webt seine Phantasie ebenso weitzügig und folgerichtig wie die seines ideellen Gegenfüßlers, des Individualismus, der Lebensempfindung des Bürgers der neueren Zeiten, der gewaltige Kräfte geistigen und wirtschaftlichen Schaffens in sich rumoren spürte und seine Anstrengungen darauf richten mußte, sich von starren Banden zu befreien, die seinen Aufstieg niederhielten. Der Individualismus, der sich als Kampfmittel des Rationalismus, der Vernunftgläubigkeit, bedient, stellt den Menschen auf sich, sieht nur einzelne zum Gebrauche ihrer Kräfte befreite Personen, sieht die Gesellschaft nur als Tummelplatz für die Auswirkung individuellen Dranges. Aus der Entfesselung der freien Kräfte in der Wirtschaft ist der Industrialismus geworden, dem das Proletariat, der Träger des sozialistischen Gedankens entquoll. Unserer staatshistorischen und ideengeschichtlichen Betrachtung gilt das Nebeneinander wirtschaftlichen und politischen Kampfes, das in der großen französischen Revolution zur Höhe kam, als naturgegeben. Wirklich läuft ein dichtes Netz von Fäden zwischen den Gestaltungen des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus im 18. und 19. Jahrhundert. Vielleicht ist es indessen mehr im eigenartigen Gange der Geschichte der neueren europäischen Völker gelegen, als in unentrinnbaren Zusammenhängen, mehr historisch als naturgesetzlich, daß die naturwissenschaftlich-technischen Voraussetzungen für die moderne Großindustrie in demselben 18. Jahrhundert geschaffen wurden, in dem die individualistisch-politischen Ideen entstanden sind, und daß die Hochblüte der Technik und der aus dieser genährten Industrie mit allen ihren sozialen Folgen in dasselbe 19. Jahrhundert fiel, das die Epoche der politischen Bürgerfreiheit in der Demokratie

war. Begonnen hatte der Aufschwung der Naturwissenschaften, Technik und Großindustrie noch in den Zeiten des Absolutismus, also in der politischen Unfreiheit, und die Entwicklung der antiken Welt zeigt, daß auch andere Verschlingungen zwischen der politischen Geschichte und der Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik möglich sind. Die Hochblüte griechischer Naturforschung und Technik geriet in die Epoche, da auf dem hellenistischen Siedelungsgebiete die großen Despotien der Diadochen und ihrer Epigonen sich zusammenballten und die alte griechische Freiheit unterging. Die moderne Geschichte hat es gefügt, daß der Glanz der politischen Befreiungskämpfe und der Ideen, die sie trugen, über jene Jahrzehnte fiel, da Europa sich von Westen nach Osten industrialisierte. Das erwachende Proletariat fand die Ideen der rationalistisch-individualistischen Aufklärung in ungeschwächter Frische vor; fielen doch noch Nachbeben von 1789 in Frankreich und ähnliche politische Erhebungen in anderen Ländern in die Zeit des beginnenden Kampfes um die Neuordnung der Beziehungen von Arbeit und Kapital. Der Sozialismus, die Bewegung zur Bindung, Solidarität und Gemeinschaft, ist erfüllt mit Denkformeln des rationalistischen Individualismus, die Vorkämpfer des Proletariats schauen das Empordringen der Arbeitermassen vorwiegend als Befreiungskampf an, als eine Art Gegenstück und Fortsetzung zum Emanzipationskampf des bürgerlichen Elements. Freilich! Die ureigene Idee des Sozialismus kann nicht verdrängt werden, die sozialistische Gedankenwelt muß sich auch mit Ideen bevölkern, die nicht vom aufklärerischen Individualismus abgeleitet sind. Indes, die sonderartige Erscheinung, eines der vielen Rätsel im eigensinnigen Verlauf der Geschichte, bleibt, daß der Sozialismus, als er sich im Beginne des 19. Jahrhunderts zu seiner Kriegsfahrt in die bestehende Welt anschickte, keine geschlossene Lehre, sondern ein Gemenge zwiespältiger Ideologien war. Er ließ sich von den älteren, individualistisch-rationalistischen Ideen ebensosehr tragen, wie von deren geistigem Widerspiel, den jüngeren romantischen. Dies, obwohl die Romantik, die Schöpferin einer auf organische Gebundenheit und auf Gemeinschaft gestellten Lebensanschauung, dem Sozialismus ein Bruder im Geiste war.

Die Heimat des Sozialismus ist Frankreich. Dort entstanden

die ersten Systeme. Dort stellt die gesprenkelte Wesensart des werdenden Sozialismus die fesselndsten Figuren und Szenen. Die Ideenmischung verliert sich nach rückwärts in die leidenschaftlich durcheinanderwogende Gedankenmasse, die dem fruchtbaren Kopfe eines Mannes entströmt, der für Frankreich am Ende der Aufklärung steht und in dem zugleich die Romantik ihre ersten Atemzüge tut. J. J. Rousseaus „Gesellschaftsvertrag" war die Bibel des politischen Radikalismus, der in der großen Revolution auflohte. Die Lehre von der Souveränität des Volkes, von der geheiligten volonté générale, die sich durch den Willen der Mehrheit ausspreche, hat allen radikal-demokratischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts den Ton gegeben. Dieser große Hieb des oppositionell gewordenen Naturrechtes gegen den Thron des absolutistischen Königs war aber nicht mehr völlig individualistischer Rationalismus. Die Grundauffassung Rousseaus geht nicht vom einzelnen und seinen unveräußerlichen, persönlichen Freiheitsrechten aus, sondern von der Gemeinschaft. Der contrat social löscht die Einzelrechte, aus Individuen macht er einen Kollektivkörper, der einzelne verliert sich mit seinen aus der natürlichen Freiheit mitgebrachten Rechten an die Gesamtheit. Hier ist schon romantisch-sozialer Boden betreten. Rousseaus Eifer für die Gleichheit aller Genossen im ordre social, der Schöpfung des contrat social, deutete im Grunde auf eine Gleichheit der Vermögen. Indes, er selbst hat das Eigentum für geheiligt erklärt. Allerdings will er, daß die äußersten Ungleichheiten, die mit ihm in die Gesellschaft kommen, vermieden werden. Allein seine Lehre war doch auch der Ausgang für die erste sozialistische Bewegung im neueren Europa. Baboeuf, seine Genossen und seine späteren Schüler schöpften aus Rousseau. Sie überlegten die Sätze von der natürlichen Gleichheit aller Menschen auf das wirtschaftliche Zusammenleben. Das Recht aller auf gleichen Besitz an den Erdengütern wurde verkündet und der neuen, von der großen Revolution geschaffenen bürgerlichen Ordnung Krieg angesagt. Von Baboeuf geht durch das französische Proletariat ein breiter Strom sozialistischer Bewegung, der in den Formeln des politischen Radikalismus, ja auch der jakobinischen Putschistentaktik denkt, dieser am weitesten ins Rationalistische abgetriebenen politischen Auffassung mit ihrem

Glauben an die Möglichkeit und das Recht, die Gesellschaft von heute auf morgen durch den revolutionären Willen weniger ändern zu können. Den Männern und Parteien aus diesem rationalistischen Himmelsstriche ist, wie den individualistisch-liberalen Aufklärern des 18. Jahrhunderts, Grund und Zweck der neuen sozialistischen Ordnung das Recht des einzelnen auf Glück und Entfaltung.

Nicht diese sozialistischen Ableger des rationalistischen Individualismus haben jedoch die Gedankenwelt des Sozialismus und damit eine neue Provinz des Kulturdenkens geschaffen, sondern eine durchaus romantische Natur, Saint-Simon. Er und seine Schüler waren auf französischem Boden die ersten Kritiker der kapitalistischen Ordnung. Der Saint-Simonismus als Kritik des Kapitalismus verrät gegenüber der Kritik der deutschen Romantik den Vorzug französischer Formenschärfe des Denkens. Freilich auch den Vorteil der unmittelbaren Anschauung eines vorgeschrittenen, eben darum auf völlig modernem gesellschaftlichen Boden agierenden Industrialismus. Das kritische Auge Saint-Simons durchdrang schon in den Anfängen des Industriekapitalismus die wirtschaftlichen und sozialen Folgeerscheinungen, und sein Urteil war so scharf, daß er die Entwicklung auf mehrere Geschlechterfolgen hin voraussagen konnte. Eine geschlossene Theorie, aus origineller und großzügiger geschichtsphilosophischer Auffassung heraus bestimmte Ziele weisend, ist der Saint-Simonismus von keiner späteren sozialistischen Lehre an innerer Rundung und konstruktiver Phantasie erreicht worden. Im Ideenganzen der Saint-Simonisten ist jedes Element romantisch. Auch die religiöse Färbung des Systems ist es. Das „neue Christentum" Saint-Simons ist eine Gesellschaftsethik, durchaus vom Geist solidarischen Gemeinschaftslebens erfüllt, der der feierliche religiöse Mantel die innere Zugehörigkeit zur umfassenden Lehre von der Brüderlichkeit aller Menschen geben soll. Sie will eine organische Geschichtsperiode einleiten im Gegensatz zu der vorangegangenen kritischen, rationalistischen. Die organischen Perioden in der Geschichte, lehrte er, waren Zeiten, in denen die Menschen einem gemeinsamen Ziel entgegenwandern, soziale Einrichtungen mit der Gewähr innerer Dauer hervorbringen. So solle auch die neue organische Epoche Gemein-

schaftsziele verwirklichen, die die Ausbeutung von Mensch durch Mensch beseitigen, die Glieder der Gesellschaft unter dem Banner der Genossenschaft miteinander verbinden. Die Revolution von 1789 habe das arbeitslose Einkommen und die Ausbeutung in Form der Lohnarbeit bestehen lassen. Sie habe auch das Privilegium des Reichtums nicht angetastet. Dieses habe in einer Ordnung der Brüderlichkeit keinen Platz. Privateigentum darf nur die Folge eigener Arbeit sein, aber nicht vererbt werden. Auf das Erbe hat die Gesellschaft Anspruch. Das Zusammenwirken von Arbeitern und Unternehmern, beide miteinander vereint die Klasse der Industriellen bildend, soll ein System wirtschaftlicher Solidarität darstellen. In der Klasse der Industriellen Saint-Simons, für die das Recht zur Führung der Gesellschaft beansprucht wird, gibt es nicht Fabriksherren und unabhängige Arbeiter, sondern Leiter der Produktion und Mitarbeiter, die unter dieser Leitung schaffen. Die Leiter organisieren die Arbeit im Einzelunternehmen, aber auch in der nationalen Wirtschaft. Sie vereinigen die Arbeiter zu Werken der Zivilisation, die die Gemeinschaft fördern. Die Leiter der Industrie sollen keine „Bourgeois" werden, keine Art Afteradel. Sie sollen ihre Aufgabe im Geiste der Humanität und religiösen Liebe erfüllen. Wie verwandt diese romantischen Ideen mit den Gedanken, die heute für das Zusammenwirken von Unternehmern und Arbeitern ersonnen werden und in den wirtschaftlichen Organisationsgesetzen der deutschen Revolution Fleisch erhalten! Die Grundsätze werktätiger Nächstenliebe, die der Meister predigte, ergaben bei den Schülern Beseitigung aller Klassenunterschiede. Die wirtschaftliche Gesundung ist den Saint-Simonisten nur die Voraussetzung für eine umfassende geistige, politische und moralische Erneuerung der Gesellschaft. Die zerfahrene, unglückstiftende kapitalistische Welt solle durch geistige und sittliche Kräfte umgewandelt werden, die gebundene Lebensordnungen herstellen.

Romantischen Geistes ist auch in seinen Haupttrakten der Gedankenbau Fouriers und seiner Schüler, das zweite sozialistische System, das Frankreich hervorgebracht hat. Fourier hat allerdings auch rationalistische Züge. Seine Lehre, daß die Arbeit als Genuß zu gestalten sei, daß die Triebe zur

Grundlage der Arbeitsverfassung gemacht werden sollen, ist rationalistisch-individualistischer Art. Auch der utopische Zug seiner Konstruktionen einer neuen Gesellschaft weist in die rationalistische Denkart. Denn Utopien sind nur von Rationalisten ersonnen worden, sie bilden geradezu ein Merkmal rationalistischer Epochen. Der Romantiker, der sich in die Geschichte und in die organischen Zusammenhänge der Generationen verliert, irrt nicht in die Klügelwege des Utopisten. Allein die Grundstimmung ist auch bei Fourier romantisches Gemeingefühl mit religiöser Untermalung. Sein Schüler Considerant arbeitete aus dem wirren Ideengestrüpp des Lehrers den „Garantismus", die Wechselseitigkeit im Zusammenleben der Menschen heraus. Auch Fourier und seine Schüler verkünden als Mittel zum Heile der Gesellschaft die Assoziation, und wie bei den Saint-Simonisten wird der Gedanke in seiner realistischesten und geistreichsten Form ergriffen, daß Kapital, Talent und Arbeit in der Genossenschaft versöhnt zusammenwirken sollen.

Von den beiden geistgeborenen Systemen Saint-Simons und Fouriers wurde die praktische Arbeiterbewegung in Frankreich gespeist. Der Gedanke von der Organisation der Arbeit und der Beseitigung der Lohnarbeit durch allmähliche Überführung der Produktion in die Hände von Produktivassoziationen ist allen theoretischen Vorschlägen und den Parteiprogrammen unterlegt. Daß der von Saint-Simons Ideen getragene Zweig der katholischen Demokraten, die Buchez, Lamennais, Pecqueur und ihr Gefolge in den Mittelpunkt ihrer Reformpläne die Produktivassoziation stellen, ihre Gründung aus dem Gefühle für die Solidarität der wirtschaftlichen Interessen heraus befürworten und auch versuchen, ist nicht verwunderlich. Aber auch die vom Rationalismus herkommenden Richtungen verdichten ihre Arbeit auf die Produktivassoziation. Louis Blanc, der aus dem Geiste Baboeufs ist, hat ein wohldurchdachtes System praktischen Sozialismus entworfen. Er will die Konkurrenz, das Triebrad des wirtschaftlichen Liberalismus, durch planmäßige Regelung der Produktion ersetzen. Staatsmittel, die der Betriebsgewinn aus den verstaatlichten großen Betriebszweigen, Bergwerken, Bahnen, Bank- und Versicherungsgeschäften liefern werde, sollen Kapitalien für die Gründung von landwirtschaftlichen und industri-

ellen Arbeiterproduktivgenossenschaften beistellen. Rohstoff und Werkzeug soll zentralistisch beschafft und verteilt werden. Ein oberster Rat soll über allen vergenossenschafteten Betriebszweigen stehen. Praktische Versuche nach den Ideen Louis Blancs und der anderen Befürworter der Assoziation mißlangen. Sie mußten mißlingen, auch wenn man sie nicht, wie vielfach, von oben her aus politischen Gründen zum Scheitern gebracht hätte. Den Genossenschaften fehlte die wirtschaftliche Schulung und der wirtschaftliche Geist, die sie zu ernsthaften Konkurrenten der kapitalistischen Unternehmungsformen hätten machen können. Die Entwicklung des Kapitalismus ging ihren großen Gang. Erst die in den folgenden Jahrzehnten anhebende Phase des reifen Kapitalismus, die Zusammenballungen der Riesenbetriebe, ihr feineres Spiel von Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung, die große nationale Durchorganisation, die Geld- und Industriekapital zu gewaltigen Interessenbünden vereinigte und eine planvolle Regelung der Produktion ermöglichte, all dies erst schuf die Voraussetzungen für die Umwandlung der Wirtschaftsordnung in genossenschaftlichem Geiste. Der Weg der reifen Wirtschaft ist nicht mühseliger Aufbau aus kleinen Arbeiterassoziationen, sondern, wie es die Verfassung der deutschen Republik und ihre wirtschaftlich-soziale Gesetzgebung anbahnt, Durchsetzung der auf kapitalistischem Wege gewordenen Unternehmungen mit genossenschaftlichen Elementen. Allein die Pflege des genossenschaftlichen Gedankens in den ersten Jahrzehnten der Arbeiterbewegung wird stets ein Beweis sein, daß jene Generationen dem tiefsten Gedanken des Sozialismus, der Solidarität, näher standen als die späteren. In diesen frühen Jahrgängen, die nach den Lehrern des nachfolgenden Sozialismus, Marx und Engels, den Weg von der Utopie zur Wissenschaft noch nicht geschritten waren, lohte noch die Glut frischer Gläubigkeit. Sie spürten, daß es mit kalter Analyse des Wirtschaftslebens nicht getan sei, daß sozialistisches Sein sich auch nicht im Heraustreiben des Klassengegensatzes erschöpfen könne, daß der kommende und ersehnte Gemeinschaftsgeist nicht unmittelbar aus den heißen Dämpfen der sozialen Schlachten aufsteigen werde, sondern in positiven sozietären Gebilden sich schulen und heraufzüchten müsse. Die sozialistischen Programme in Frankreich vor 1848

zeigen alle die Vereinigung politischen Kampfes und sozialistischen Aufbaues. „La Réforme“ von Ledru Rollin kündet 1843, daß Gleichheit die Voraussetzung der Freiheit sei. Ohne Gleichheit sei Freiheit eine Lüge. Die notwendige Form der Gleichheit sei die Assoziation. Diese sei das Mittel, um die geistigen und materiellen Bedürfnisse aller durch Anwendung ihrer unterschiedlichen Fähigkeiten und Vereinigung ihrer Anstrengungen zu befriedigen. Der Arbeiter, der früher Sklave, Leibeigener war und jetzt Löhner sei, müsse zum Stande eines Associé erhoben werden. Zu verwirklichen sei dieses Ziel durch eine demokratische Regierung. Die Organisation der Arbeit, die den Arbeiter zum Genossenschafter macht, müsse aus der Initiative des Staates hervorgehen. Auch in den radikalen Kämpfernaturen, die unter den Schlagworten von Freiheit und Gleichheit die Arbeiterbewegung als eine Verbreiterung des rationalistischen Individualismus der großen Revolution empfanden, schwang ein Ton der romantischen Solidaritätsidee empfindlich mit. Die restlose Rationalisierung des Sozialismus war erst ein Ergebnis späterer Entwicklung.

Die Hinneigung zur Genossenschaftsidee durchzieht auch die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung in ihrer ersten Phase. Auch dort kreuzten sich rationalistische mit romantischen Gefühls- und Denkelementen, wenn auch nicht so scharf ausgeprägt wie in Frankreich. Englands Anteil an der sozialen Bewegung war bedeutend in allen praktischen Formen, nicht aber in Theorie und konstruktiver Phantasie. Der Schöpfer des genossenschaftlichen Gedankens in England, Owen, ist ein rationalistischer Philanthrop, den eine technisch-materialistische Lebensauffassung erfüllte. Die werktätigen Förderer der Genossenschaften mit und nach ihm sind die Christlichsozialen, Kingsley und seine Mitstreber, die in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in der sozialen Geschichte Englands sehr wirksam hervortreten. Chartistenbewegung und Gewerkschaftsentwicklung kreuzten die Genossenschaftsbewegung und brachten, eine die andere ablösend, die Arbeiter von der sozialistischen Stimmung ab. Beide sind rationalistisch-individualistisch. Der Kampf um die Charte, im Wesen eine Bewegung für die Fortsetzung der radikalen politischen Reform, eine große Wahl-

rechtscampagne, wollte für die Arbeiter die politische Herrschaft erobern. Diese würden dann die Volkswirtschaft vermittelst der Staatsgewalt im Interesse der Arbeiter organisieren. Der radikale Flügel der Chartisten war ein Feind der wirtschaftlichen und geistigen Hebung der Arbeiter innerhalb der heutigen Ordnung, um den revolutionären Kampfgeist nicht zu hemmen. Es war sonach politischer Radikalismus ohne die französische Ergänzung durch die Assoziationsidee. Als der englische Staat der Chartistenbewegung durch Machtmittel Herr ward, bogen die Arbeiter zum Gewerkschaftsgeist ab. Die politische Note verschwand aus den Arbeiterorganisationen. Die Gewerkvereine blühten als wirtschaftliche Interessenvertreter der gelernten Arbeiterschaft auf. Die Gewerkschaftspolitik wird ein diplomatisches System, um im Geiste des wirtschaftlichen Liberalismus und auf dem Boden des von ihm durchdrungenen industriellen Kapitalismus die Löhne der Arbeiter zu steigern und ihre Lebenshaltung zu bessern. Der romantische Geist der Assoziationsidee trat in der englischen Arbeiterschaft zurück.

Auch der deutsche Sozialismus ging einen ähnlichen Entwicklungsweg. Anfänglich eine Kopie des französischen Sozialismus — führte doch der Lebensgang der meisten deutschen Führer, Flüchtlinge aus ihrem Vaterland, über Paris — trug er politisch-radikale und Assoziationsideen nebeneinander in seinem Schoße. Die deutschen Wandergesellen zeigten an ihrem geistigen Schicksal den Übergang der alten, noch mit dem zünftigen Korporationsgeiste durchsetzten Gesellenverbände in die proletarische Klassenbewegung. Der Schneidergeselle Weitling, Mitglied des „Bundes der Gerechten", eines zum Kommunismus übergegangenen Vereins deutscher Flüchtlinge, der am Blanquistenputsch von 1839 in Paris teilnahm, ist die eigenartigste Figur aus diesem Geschlechte. In der Revolution von 1848 kämpften die Kommunisten an der Seite der bürgerlichen Demokratie, daneben kochen sie sozialreformerische Pläne und versuchen Produktivassoziationen zu propagieren. Klarheit kam in die proletarische Bewegung in Deutschland erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als der starke industrielle Aufschwung anhub. Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins war der erste Schritt zur Zusammenballung der nachmals so gewaltig in

die Breite wachsenden deutschen Sozialdemokratie. Das Programm gab Lassalle den deutschen Arbeitern in seinem Offenen Antwortschreiben. Als Hegelianer war Lassalle romantischen Ideengängen offen. Seine Geschichtsphilosophie ist durchaus romantisch. Er sieht, ein Nachfahr der romantischen Denker, die Historie als Entwicklungskampf zur Freiheit, im Staat erblickt er die Zusammenfassung der vereinzelten Individuen zu sittlicher Einheit. Auf dieser Hegelschen Plattform steht dann die Wendung zum Sozialismus. Der Staatszweck, nämlich die Befreiung des Menschengeschlechts und seine Erziehung zur Freiheit, werde erst erreicht, wenn der vierte Stand die politische Herrschaft erlange und damit die Freiheit aller herstelle. Das praktische Programm, das dieses Endziel herbeibringen soll, stellt die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht voran, das den Arbeitern die Herrschaft im Staate erobern werde. Ihren politischen Einfluß habe die Arbeiterschaft aufzuwenden, um sich vom Lose der Löhnerschaft und von der Fessel des „Ehernen Lohngesetzes" zu befreien. Mittel hiezu sei die Gründung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe; die Arbeiter würden so in Unternehmer verwandelt. Das politisch-wirtschaftliche Programm Lassalles ist sonach eine Wiederholung der französischen Programme und deren Vermischung politisch-rationalistischer und romantischer Elemente. Völlig abgestoßen hat dann der andere große Hegelschüler, Karl Marx, die romantischen Bestandteile des älteren Sozialismus. Das 1847 entworfene „Kommunistische Manifest", das Programm des Kommunistenbundes, in den der aus Paris nach London verlegte „Bund der Gerechten" sich umgewandelt hatte, gibt der sozialistischen Bewegung eine neue geistige Unterlage. Es ist erfüllt von dem Gedanken des historischen Materialismus, der urtümlichen Schöpfung Marxschen Denkens. Der Sozialismus werde darnach mit Naturgesetzlichkeit aus dem Kapitalismus geboren. Alle Geschichte sei Geschichte von Klassenkämpfen gewesen. Das Kapital habe die Gesellschaft in zwei Klassen gespalten, es erzeuge seinen Totengräber, das Proletariat. Diese letzte unterdrückte Klasse der Geschichte werde mit Abschüttelung des Kapitalismus und mit ihrer eigenen Befreiung die Menschheit vom Klassenkampfe endgültig erlösen. Den notwendigen Gang

der Geschichte habe die Arbeiterschaft durch schärfste Führung des Klassenkampfes zu fördern. Der Marxismus verdrängte alle früheren sozialistischen Systeme. Seine Lehre und Taktik hat sich die Arbeiter fast aller Länder erobert. Er hat die praktische sozialistische Bewegung lediglich auf den politischen und wirtschaftlichen Klassenkampf gestellt und damit in der Sozialdemokratie den individualistisch-rationalistischen Geist zur Alleinherrschaft gebracht. Die romantischen Bestandteile starben ab. Sinnfällig ist dieser Gang an den deutschen Parteiprogrammen zu schauen. Die Lassalleaner hielten lange mit Zähigkeit an der Assoziationsidee ihres Führers. Als sich 1869 ein Teil von ihnen mit den marxistischen Arbeitern vereinigte, entstand das Eisenacher Programm. Dieses enthielt im theoretischen Teil noch den Satz, daß der freie Volksstaat der Zukunft die Lohnsysteme der bisherigen Wirtschaft durch genossenschaftliche Arbeit ersetzen werde. 1875 wurde in Gotha die endgültige Einigung beider Zweige der deutschen Arbeiterpartei herbeigeführt. Das Gothaer Programm ist schon wesentlich marxistisch, enthält aber noch Anklänge an Lassalle. So heißt es vom Zukunftsstaat, die Arbeitsmittel müssen Gemeingut der Gesellschaft sein, die Gesamtarbeit genossenschaftlich geregelt werden mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages. Der praktische Teil nennt noch ausdrücklich die Produktivassoziation. Das Erfurter Programm von 1891 ist durchaus marxistisch, sein theoretischer Teil eine Darstellung von Marx' Geschichts- und ökonomischer Lehre, der praktische Teil durchaus radikal-demokratischen Geistes. Klassenkampf, nicht Gemeinschaft ist Sinn und Tat des marxistischen Sozialismus. Das Endziel ist bei Marx wohl eine Welt der Wechselseitigkeit. Allein dieses Endziel ist nur gedacht. Der Weg zu ihm geht nicht über organische Bildungen, sondern über immer schärfere Herauskehrung asozialen Geistes. Das Land der Solidarität alles Menschentums soll über soziale Zerklüftung erreicht werden. Mit Marx ist das Proletariat an der romantischen Wirtschafts- und Gesellschaftslehre vorbeigegangen. Wie war dieses Auseinanderlaufen zweier im Grunde verwandter Ideenströme möglich geworden?

5. Kapitel

Abweg der Romantik in die Restauration

Die Wahrheit ist, daß der Anstoß zur Entfremdung von der Romantik kam. Eine allumfassende auf die letzten Wurzeln menschlichen Seins zurückführende Lebensanschauung, geeignet, alles Weiterblühende, Triebkräftige in der Enfaltung des kulturellen Menschentums aus ihrer eigentümlichen Ideenfülle zu nähren, erlitt die Romantik in ihrem Aufstieg den tragischen Bruch, daß ihre ersten Träger sich in den politischen Gewittern ihrer Zeit einseitig orientierten. Die Romantiker wurden die Herolde der Restauration, der heiligen Allianz, die Europa bei einer überalterten politischen Gestaltung festhalten wollte. Sie liehen sich den Absolutisten als Bekämpfer der Volkswünsche her, treten als literarisch-ästhetische Garanten jenes Scheinbündnisses zwischen Kirche und ancien régime auf, das den alten Regierungsgewalten vorübergehend den Segen heiliger Gottbestimmtheit gab. Dem Wesen der Kirche entsprach der Bund nicht. Sie ist eine im Tiefsten volkstümliche Gemeinschaft; in ihren zeitlichen Trägern mag sie sich ja zuweilen einer Macht von oben verschreiben, aber sie schüttelt den Irrtum immer aus ihrer Bodenwüchsigkeit heraus ab. Auch in der romantischen Idee war es nicht angelegt, daß Friedrich Schlegel, ihr genialster Kopf, und Adam Müller, ihr stärkster politischer Denker, in hofösterreichische Dienste treten mußten, daß noch lange Jahre hin die Wiener Politik ihre eifrigsten Federn aus den Nachfahren romantischen Geistes herholte, daß auch die andere restaurative deutsche Regierung, die preußische Friedrich Wilhelms III., Zulauf aus dem romantischen Lager hatte, und daß die evangelischen Abseiter der politischen Romantik von Arnim über das „Politische Wochenblatt" zu den Gerlachs und Kleists hin der Sehnsucht des deutschen Bürgers, wie Engländer und Franzosen einer aufrechten Nation anzugehören, ihre hantigen Fäuste entgegenballten. Fichte hat seine großen Ideen nicht für die Zwecke der Restauration verkündet. Der romantische Mensch war als freier Geist in das Leben seiner Zeit getreten, die Freiheit war ihm das Sprungbrett zur Vollmenschlichkeit, zur Steigerung über

die brave Trockenheit des aufgeklärten Rationalisten hinaus. Ein submisser Untertan war nicht in ihm vorgezeichnet. Auch als er die Ergänzung des individuellen Ich in dem Meer des Volkstums, im Zusammenhang der Generationen fand, war in diesem Kollektivempfinden nichts, was einem Festhalten des Volkes im Stande einer allzeit beherrschten Menge zusprach. Die Gemeinschaft als der Quell aller geschichtlichen Bildungen, geistiger und anstaltlicher, die Geschichte als die restlos sich fortwälzende Bewegung der Gattung, diese romantischen Ideen waren nicht für einen Metternich erdacht. In ihnen stak ein Drang, der jeder beharrenden Macht feindlich werden mußte. Die Hegelsche Linke war in diesem Sinne gute Romantik, verwandt dem frühlingshaften Keimen der ersten romantischen Jahre. Allein ein Teil der Romantiker, der größere unter den Schöpfern und späterhin ein noch größerer unter den Nachfahrern, verfiel in den Denkirrtum, alles Historische und alles Solidarische in der zufälligen Gestalt des ancien régime zu sehen. Mit diesem war der Romantik die Abneigung gegen die individualistisch-aufklärerischen Ideen der französischen Revolution und gegen den aufstehenden deutschen Liberalismus gemeinsam. Wie die historische Rechtsschule, eine der besten romantischen Früchte, und ihr rechtsgebärender Volksgeist ursprünglich keine Beziehung zu den Staatsgewalten hatte, später aber die ganze Schule in einen politisch-konservativen Zug hineingeriet, weil sie das Geheimnis geschichtlichen Werdens just in dem Augenblick als Frevel empfand, als es über das bis zu ihrer Zeit historisch Gewordene hinweggehen wollte, so war schon vorher Adam Müller dem Fehlurteil verfallen, daß der absolutistische Staat, weil er sich gegen die politischen Doktrinen der Aufklärung verteidigte, diesem „Mechanischen, Unnatürlichen" gegenüber das Echtnatürliche, Geschichtliche wäre. Er hatte übersehen, daß jener Absolutismus selbst eine Schöpfung rationalistischen Geistes war und den Anspruch, die wahre, einzig frommende Form des Gemeinschaftslebens zu gewährleisten, nur vortäuschte. Bei Haller, dessen eindringlicher Kraft die Romantiker sich so begeistert hingaben, hätten sie sich freilich über die wahre Natur des Absolutismus Rats erholen können. Aber hier waren sie blind. Der Absolutismus hatte sich bis zur französischen Revolution einer aufkläreri-

schen Bureaukratie bedient. Adam Müller haßte diese. Als die Träger der absolutistischen Gewalt nach neuen geistigen Stützen ausblickten, um den politischen Liberalismus abzuwehren, bot sich ihm die Romantik dar. Sie verfiel dem Zauber des großen Handlangers der Restauration, Gentzens, in dem die Romantik durchaus in der abwegigen Form des Kampfes gegen die Freiheitsgedanken der französischen Revolution zur Erscheinung kam. Gentz war von dem warmen nationalen Aufwallen der Romantiker gegen die Napoleonsche Fremdherrschaft gerührt worden. Aber er war durch diese Welle trocken hindurchgekommen. Nichts von den romantischen Wünschen nach nationaler Einigung Deutschlands war an ihm haften geblieben, als er nach 1815 seine Geisteskraft der Galvanisierung des ancien régime widmete, der starren Erhaltung unbeschränkter fürstlicher Macht, der Bekämpfung jedes freien politischen Regens. In diese falscheste, ungeistigste Form romantischer Politik zog Gentz die romantischen Schulhäupter hinein. Die Romantiker starben damit dem von ihnen selbst entfachten nationalen Aufstreben ab. Romantik wurde eins mit Restauration und Hemmung. Zuerst wandte ihr das liberale Bürgertum den Rücken. Der ältere deutsche Bürgergeist hatte noch im romantisch-historischen Denken geatmet. er wollte in der romantischen Entwicklungspolitik des Freiherrn von Stein weiterschaffen. Die Walcker und Benzenberg holten ihre Reformgedanken aus dem deutsch-geschichtlichen Rechtsleben. Allein als der deutsche Liberalismus bis 1848, und in diesem Jahre am schmerzlichsten, enttäuscht wurde, schwenkte er geistig in das Lager der radikal-rationalistischen Doktrin hinüber und knüpfte wieder an die Ideen der französischen Aufklärung und Revolution an. Die Arbeiterschaft tat den gleichen Gang. Sie lernte, in den Jahrzehnten ihrer ersten Kämpfe, in der Romantik den „reaktionären Feind" kennen, nahm von deren dem Sozialismus geistig nahen Gemeinschaftsideen keine Kenntnis und geriet, dem einfacheren geradlinigen Denken der Massen entsprechend, vollständig in die Ideenkreise des individualistisch gezeugten demokratischen Radikalismus. Zwischen die Romantik und den Sozialismus hatte sich der „Staat" aufgetürmt.

III. ABSCHNITT

Der „Staat“

1. Kapitel

Der „Staat" eine abendländisch-neuzeitliche Form

Das Land angestrengtesten Nachdenkens über den „Staat" ist der deutsche Boden. Nirgendwo ist an dem Staatsbegriff mit so zähem Eifer, mit so mannigfachem geistigen Bohrwerkzeug herumgearbeitet worden als in Deutschland. Den anderen neueren Völkern ist der Staat lange nicht ein ähnlich würdiger Gegenstand des Forschens und Beschreibens. Die westlichen Völker, in den politischen Formen durch zwei Jahrhunderte die Erfinder, denken und fühlen nicht um den „Staat", sondern um die Nation; ihr Leben und Gedeihen geht ihnen nahe, sie fühlt der Franzose und der Engländer als das Lebendige, die staatliche Form regt ihn nur so weit auf, als sie den einzelnen Staatsbürger in seinem umhegten Privatbezirk stört. Der Deutsche hat ein heißes Volksempfinden wie nur ein lebensstarker Stamm, aber neben der Nation läuft ihm stets der Schatten des Staates, mit ihm muß er sich, wie mit einem Angstgespenst unablässig herumschlagen. Ersichtlich fällt ihm Nation und Staat nicht in eins. Würde er sonst so viel spekulieren? Auch ihm mußte ja das Naturgewachsene, mit den Instinkten Ergreifbare, das Volk, ein Selbstverständliches sein, dawider die der Nation übergeworfene Form, der „Staat", etwas vergleichsweise Unerhebliches. Statt dessen ist der deutsche Mensch stets mit großfragendem Auge dem „Staat" wie einem heiligen Geheimnis zugewandt, in dessen letztes Wesen einzudringen, höchstes Ziel des Denkens ist. Nimmt der gründliche Deutsche allein Rätsel wahr, wo die anderen Völker, doch auch Leute mit hellen Köpfen, nichts sehen als eine Anzahl, wenn man will, ein zusammengestimmtes

System von Einrichtungen, bald praktischer, bald unpraktischer, bald bequemer, bald unbequemer Natur?

Die Vorliebe der deutschen Philosophen und Rechtslehrer für den Staat fließt nicht aus der Beschaffenheit des deutschen Schädels, sondern aus der Eigenart der deutschen Situation. Dem Deutschen sind Staat und Nation wirklich nicht das gleiche, er trug auf seinem nationalen Körper seit Jahrhunderten vielerlei Staaten, sogar in Stockwerken übereinander getürmt. Das kann schon zum Sinieren anregen. Nur geht sonderbarerweise der sonst messerscharfe deutsche Denkapparat vor dem „Staate" regelmäßig in die Irre. Seine Geschichte hätte den Deutschen vorbestimmt, die Natur des „Staates" am vorurteilslosesten zu erschauen. Gerade die deutschen Forscher aber haben ein wissenschaftliches Konterfei des „Staates" geschaffen, das mit dem auf Erden ruhenden massiven Ebenbild wenig Familienähnlichkeit besitzt. Der große europäische Krieg hat einige Staaten zerschlagen, Rußland, das Deutsche Kaiserreich mit seinen Unterstaaten, Österreich-Ungarn, wenn man noch will, die Monarchie Montenegro. Die Hülsen sind gesprungen, das innere Uhrwerk liegt am Tage. Es wäre an der Zeit, daß der Deutsche etwas voraussetzungsloser an das Studium des „Staates" heranträte.

Um im gröbsten zu sprechen, laufen zwei Auffassungen vom Staate im deutschen Volke nebeneinander her: die bürgerliche, staatsbejahende der zahlreichen Staatsphilosophen und Staatslehrer und die marxistische, von der Sozialdemokratie approbierte staatsverneinende. Beide, himmelweit verschieden, feindselig gegeneinander, aber beide ihren Gegenstand unter derselben unscharfen Beleuchtung anschauend. Der Marxismus ist eine großzügige geschichtliche Auffassung. Anscheinend wirkt er auch den Staat in das historische Gesamtbild ein. Allein in Wahrheit faßt er, wie die bürgerlichen Forscher, den „Staat" als einen menschlich-ewigen, in allen Jahrhunderten und Himmelsstrichen, bei allen Rassen und Kulturen gleichen Begriff. Der Staat ist ihm Klassenstaat, die Organisation der herrschenden Klassen zur Niederhaltung der ausgebeuteten, unterdrückten Klassen. Vom Kommunistischen Manifest an, durch alle Parteikundgebungen, in allen theoretischen und politischen Schriften der sozialdemokratischen Literatur wird mit dem einen Klassenstaat operiert,

der im Flusse der ökonomischen Entwicklungen den wechselnd aufstrebenden und untersinkenden Klassen, den Klassenkämpfen mannigfachsten Inhalts als ewig gleiche Kategorie, ewig gleiches Formalprinzip zur Seite geht: Herrschaftsorganisation eines Volksteils gegen den anderen. Der bürgerliche Staatsbegriff steht von vornherein nicht in historischem Lichte, er strebt grundsätzlich ins Dogmatische, er will den Staat erfassen, wie dieser seinem Wesen nach ist, in allen geschichtlichen Einzelerscheinungen, seinen Zwecken und Mitteln nach immer die begrifflich gleiche Form menschlichen Zusammenlebens. Nach dieser Auffassung ist der Staat der Allgewaltige, der Beherrscher aller Kräfte der Bürger, ihres Lebens und ihrer Habe, ohne ihn gäbe es keine geschichtliche Existenz, kein kulturelles Dasein. Alles, was an Formen organisierten menschlichen Zusammenlebens und -wirkens in der Folge von Geschlecht zu Geschlecht aufgetreten ist, wird irgendwie dem Staatsbegriff einverleibt. „Staatlichen" Verbänden wird die Entstehung der Zivilisation, das Werden von Recht und Sitte, Kunst und Religion gutgeschrieben, der Staat wird die Voraussetzung für alles künftige kulturelle Wachsen genannt. Was sich urständlich als Familienverband, Horde, Stamm, Volk bildet, was aus sich die kostbaren Werte der Solidarität, Ehrfurcht vor den Eltern, Hilfsbereitschaft unter den Genossen, Hingabe an das Ganze erzeugt hat, wird für den Staat in Anspruch genommen. Als Kennzeichen wird für ihn aufgestellt, daß er die Beachtung der von ihm geschaffenen Ordnungen erzwinge. Da dieser Staatsbegriff auch alle vorgeschichtlichen Bildungen ergreift, ist es zu verstehen, daß er seinen Deduktionen alles als „Staat" unterwirft, was in historischer Zeit mit oder ohne Territorium größerer oder kleinerer organisierter Menschenverband war, mit dem Zwecke, die Genossen zusammenzuhalten und sich gegen andere Verbände zu behaupten. Der Staatsbegriff gleichen Inhalts und Umfangs umschließt die griechischen Stadtstaaten der Antike, die italischen des Mittelalters und der beginnenden neuen Zeit, alle Arten nomadischer Staaten, die Kaufmannsstaaten, die in verschiedenen Epochen und an verschiedenen Stellen der Erde unter wechselnden Kulturstufen sich bildeten, die hellenistischen Reiche, das römische Imperium, barbarische und Kulturstaaten, die Staaten des Mittelalters und

der Neuzeit, den japanischen Staat, die Reiche der mongolischen Eroberer, den buntgeschlungenen Teppich aller Arten von geschichtlichen Verbänden, spannt diese Auffassung der deutschen Staatsgelehrsamkeit in den gleichen Rahmen ihrer Begriffe. Natürlich sind alle diese Bildungen aus den ungefähr gleichen Grundbedürfnissen jeder menschlichen Gemeinschaft entstanden. Sie sind Gemeinverbände. Aber der „Staat", der zu den Analysen der deutschen Staatslehrer Modell steht, ist nicht dasselbe wie jene. Das Staatsempfinden und Staatsdenken der deutschen Wissenschaft atmet aus der Luft des Gemeinwesens, in dem sie und ihre Väter aufgewachsen sind, der deutschen Monarchie, die wieder eine Abart und zwar die langlebigste der europäischen Monarchie der neueren Zeit darstellt. Diese eigenartige Spezies unter den mannigfachen Formen von Verbänden, die die Erde getragen hat, wird in der Betrachtung unbewußt zum „Staat" schlechtweg. Von Ludwig von Haller aber hätten die deutschen Staatsdenker schon lernen können, daß es wichtig ist, jeden einzelnen Staat auf sein besonderes Wesen hin anzusehen. Der neuere europäische Staatstypus, die am Ausgang des Mittelalters entstandene große, straff zusammengefaßte Monarchie, ist seither unter den Völkern des westlichen Kulturkreises auf dem europäischen und amerikanischen Kontinent von anderen Bildungen überholt worden, in denen ein anderes Staatsfühlen und Staatsdenken heimisch ist. Auch in der Vergangenheit hat es diese Art „Staat" kaum einmal in annähernder Gestaltung gegeben, daher auch nicht eine ähnliche Art des Staatsdenkens.

Die deutschen Staatslehrer übersehen natürlich die beinahe unendliche Abänderlichkeit der Staatsorganisationen in allen Zeiten und an allen Orten nicht. Wie könnten sie auch, da die Verschiedenheit sich dem Blicke aufdrängt? Aber sie begehen in der Erforschung des staatlichen Wesens den Fehler, die Unterschiede der Formen für vergleichsweise äußerlich anzusehen und überall und immer den Angehörigen eines Gemeinwesens die gleiche Stimmung und die gleiche Logik den öffentlichen Dingen gegenüber zuzuschreiben, die sie selbst in der Atmosphäre ihres „Staates" durchdringt. Die Literatur aller Völker, in denen über den Staat gedacht wurde, zeigt das Gegenteil. In den Schriften der Griechen, die starke Beobachter und Liebhaber gründlichen

Nachdenkens waren, ist die Bürgerschaft, die Polis, etwas anderes als der „Staat" in der deutschen Literatur über das öffentliche Wesen. Wie denn nicht? Jene war ja, ihrer Stellung im Bewußtsein eines kultivierten Menschen nach, nicht in einem Faden der neueren europäischen Monarchie gleichgeartet. Selbst die Staatsart, der die europäischen als Monarchien aufgestandenen Staaten der Neuzeit am meisten glichen, ja deren Bildnis sie teilweise nachgezeichnet sind, das römische und byzantinische Kaisertum, ist im Grundgedanken anders konstruiert. Gemeinsam ist der neueren und jener alten Monarchie die militärische, die gewaltmäßige Natur. Allein dort fehlte die für die europäische Monarchie bezeichnendste Eigenschaft, der private patrimoniale Zug in der Staatsspitze und das damit verbundene Prinzip unbedingter Erblichkeit. In Rom und selbst in Byzanz war bei aller Entartung in barbarische Militärdespotie nie die Vorstellung erloschen, daß die Gewalt des Kaisers aus der Übertragung einer ursprünglich der Volksgesamtheit zustehenden Summe von Befugnissen sich herleite. Den neueren europäischen Monarchien wesentlich — und das ist der besonderste Schrei dieser historischen Form eines staatlichen Verbandes — ist der sogenannte monarchische Gedanke. Sowohl bei den Trägern der Staatsgewalt und ihren Helfern wie bei den mit Staatsforschung befaßten Untertanen herrscht die Meinung, daß das Regieren dem Sprößling des allerhöchsten Hauses mit der Geburt als Recht eigener Art zuwachse und daß das Bewußtsein von solchem Urrecht zum innersten Staatsempfinden der Regierten gehöre. Der zweite Bestandteil dieses Staatsdenkens ist die naive Hervorhebung des Machtprinzips. Dieses ist allerdings die Wurzel des Staatstypus, seinem geschichtlichen Werden wie Wachsen entsprechend. Allein die Besonderheit an dem Staatsempfinden der deutschen Staatsgelehrsamkeit ist, sich in einem solchen Verbande, dessen Um und Auf Macht, will sagen Gewalt ist, wohlzufühlen und es den Regierten aus der Seele zu lesen, daß auch sie sich wohlfühlen.

Der kritische Marxismus ist im Banne dieser Machtpsychologie, des Sporrenklirrens gewesen. In seinen Schöpfern und, die späteren Jahrzehnte hindurch, in seinen, das neudeutsche Reich miterlebenden Hunderttausenden von Schülern, den sozialdemo-

kratischen Arbeitern, hat er — die in Frankreich zuerst gemachte Beobachtung, daß das politische Kämpfen und seine Wirren innerhalb der Staaten sich aus dem Zusammenprallen verschiedener Klassen erkläre — zu dem verallgemeinernden Dogma erhoben, alle Staaten der Geschichte seien Gewaltorganisationen von herrschenden Schichten zur Unterdrückung der beherrschten Massen, und alle Revolutionen seien Auflehnungen der unterdrückten gegen die unterdrückenden Klassen. Und doch sind gerade die Revolutionen, aus denen Marx und Engels ihre politischen Ideen ableiteten, die sie zum Teil selbst erlebten und mitfochten, die Revolutionen des neueren Europa, nur zum kleinen Teil Klassenkämpfe im Sinn des historischen Materialismus. Es sind Kämpfe gegen die offen oder vertuscht absolutistische Staatsmacht, die sich in einem Hofe und in den Werkzeugen seiner Herrschsucht und seines Prunkes verdichtet hat. Die englischen Revolutionen des 17. Jahrhunderts haben diesen Absolutismus der Stuarts erwürgt, noch bevor er sich das öffentliche Wesen unterjocht hatte. Die große französische Revolution war eine siegreiche Schlacht gegen den Absolutismus der Bourbonen, die Juli-Revolution ein gelungener Aufstand gegen die restaurierte Macht desselben Hofes. Nur in der Februar-Revolution gegen die Orleans war ein Stück Klassenkampf des Kleinbürgertums und des Proletariats. Die gleichzeitigen Revolutionen des Jahres 1848 auf deutschem Boden waren mißglückte Vorstöße gegen die Macht der Habsburger, Hohenzollern und der anderen deutschen Dynastien. Die erste russische Revolution war der nur zum Schein gelungene Versuch, die absolutistische Monarchie der Romanows zu beseitigen. Die russische Revolution von 1917 und die deutsche von 1918 waren der Ausdruck der historischen Tatsache, daß die ältesten noch bestehenden Monarchien sich in wahnsinniger Verblendung selbst in den Abgrund gestürzt hatten. Der geschichtliche Abriß im Kommunistischen Manifest, der die Entstehung und Entwicklung der Bourgeoisie und des Proletariats zeichnet, sowie alle späteren geschichtlichen Grundlegungen der Sozialdemokratie gehen über den Hauptinhalt der politischen Entwicklung Europas hinweg, über die Aufrichtung, das Riesenwachstum und das zähe Beharren des absolutistischen und im Innersten immer absolutistisch gebliebenen europäischen

„Staates". Marxismus und Sozialdemokratie sehen als ursprüngliche Entwicklungskraft in jenem Europa, in dem wir heute stehen, den Kapitalismus und seinen Träger, die Bourgeoisie. Die wirtschaftlich und gesellschaftlich revoltierende Gewalt dieser Mächte wird nicht leicht überschätzt werden können. Aber zum mindesten von gleicher Eigengewalt und Eigenwirkung ist der militärisch-bureaukratisch unterbaute, fürstliche Absolutismus, die Staatsmacht, der Machtstaat. Ja seine Bedürfnisse haben vielleicht das Entscheidende, mindestens Entscheidendes zur Entstehung und zum Wachstum des Kapitalismus beigetragen. Vom politischen Machtzentrum aus gingen an wichtigen Schnittpunkten der Entwicklung Anstöße für das Aufblühen des neuen wirtschaftlich-sozialen Lebens in Europa, in anderen Lagen wieder Hemmungen und Abbiegungen aus; immer aber kreuzte in den Jahrhunderten, seit er Wirklichkeit und Wirksamkeit war, der „Staat" mit seinem Willen, dem gewaltige materielle und ideelle Kräfte zur Verfügung standen, die Wege der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Mächte. Vor allem war er es, der sich die aus dem Schoße der Nationen herausströmenden Ideen unterwarf. Aus dem Schema des Marxismus, aus dem großartig vereinfachten Gedankengerippe des historischen Materialismus, daß die ökonomische Geschichte die Grundlage bilde für die politische und intellektuelle Geschichte dieser Epoche, läßt sich — die mangelhafte Fruchtbarkeit der Methode sowohl für die politische wie besonders für die Entwicklung des Geisteslebens erhärtet es — über das Schicksal der Ideen, das Wechselspiel zwischen den Tatsächlichkeiten und den inneren Antrieben der Menschen, die diese Tatsächlichkeiten leben, schaffen und ändern, nicht viel lernen. Um den politischen Überbau, um das organisierte Gemeinschaftsleben kreisen vielmehr die schöpferischen Gedanken, die sich den Gehirnen der in der Gemeinschaft vereinigten Menschen entwinden. Die Ideengeschichte des neuen Europa bricht sich an und in dem Staatstypus, den es hervorgebracht hat.

2. Kapitel

Die mittelalterliche Gesellschaft

Wesensart und geschichtliche Besonderheit der europäischen Monarchie der Neuzeit erhellt, wenn man ihr die öffentlichen Zustände gegenüberstellt, die sie vernichtet hat. Vorangegangen ist dem Absolutismus die staatliche Ordnung des Mittelalters, die ureigene Schöpfung der germanisch-romanischen Völkerwelt, der reine Ausdruck der ungebrochenen, freien gesellschaftsbildenden Kraft von Geschlechtern, die aus Barbarei zu hoher Gesittung aufgestiegen sind. Eine urwüchsige und eine fromme Welt, lebensfrisch und überschäumend, gestaltungsreich und eigenwillig, aber vom Gemeinschaftsbewußtsein aller zur heimischen, christlichen Gemeinde Gehörigen erfüllt. Niemals nachher war die europäische Kulturwelt so blühend, so bunt an mannigfaltigem Leben wie in der hohen Zeit des Mittelalters. Mit dem Reichtum der griechischen Städtewelt an den Gestaden des Mittelmeeres ist die Fülle städtischen Daseins bei den deutschen und romanischen Völkern zu vergleichen, im Norden und Süden Frankreichs, in Ober- und Niederdeutschland, auf der italischen Halbinsel. Die Städte aber ragten nur als verdichtete Zentren aus einem saftigen Gewoge von Landschaften, Provinzen, Ständen, die alle ein volles Dasein genossen, ihre eigene Art ausbildeten und zur Schau trugen, ihr Recht, ihre Sitte, ihre Ehre, ihren Anstand hatten. Nirgends stand das Individuum für sich da, jeder war eingereiht in ein genossenschaftliches Leben, in eine Gilde, einen Bund Gleichgestellter, die ihn schützten, seinem Wirken Halt und Inhalt gaben. Niemand brauchte um sein Recht zu bangen, er trug es mit sich, für ihn stand die Gemeinschaft, der er zugehörte. Wie viel Kultur entblühte dieser Gesellschaft, wie viel tüchtige Arbeit, wie viel Lebenskraft? Es war noch überreich viel Roheit da, aber sie fand ihren Ausgleich an den Mächten der Bildung, und sie schliff sich allmählich ab durch die sittliche Kraft, die von den Lebensordnungen selbst ausströmte. Das Zusammenleben der Berufe und Stände war ein Gleichgewicht freier Kräfte. Das System schwankte wohl, weil die aus den Wäldern, aus dem Wander-

und Raubleben der germanischen Zeit mitgebrachte Kraft noch nicht völlig ausgeglichen war. Aber die Organisation der nebeneinanderstehenden Gemeinschaften barg die Möglichkeit, durch ein Messen der Macht und durch Ausgleich zur Ordnung zu gelangen.

Das wirtschaftliche und soziale Leben floß in geregelten Bahnen. Der Überbildung des Eigennutzes, dieses schlechten Erzeugnisses der entfesselten Geldwirtschaft, war vorgebeugt. Die Lehensordnung, die die Gesellschaft durchdrang, schuf strenge Abhängigkeit zwischen Rechten und Pflichten, dem Lehensherrn waren die Grenzen in den Ansprüchen des Lehensmannes gesetzt, die ebensoviel galten wie die seinigen und in einem Gerichte von Standesgenossen geschützt waren. Der Grundherr konnte wohl die Arbeitskraft seiner Bauern nutzen. Aber seine Forderungen waren strenge geregelt, durch Herkommen geheiligt, durch das Recht der Dorfgemeinde gesichert. Das Hochmittelalter war eine Zeit der Bauernwohlhabenheit. Die Städte gar waren der erlesene Sitz freien genossenschaftlichen Lebens. Gilden und Zünfte hegten den Bürger, gewährleisteten sein wirtschaftliches Dasein, seine menschliche Würde. Geheiligt durch inniges Verwachsen religiösen und weltlichen Lebens war die Gilde, das Gefäß veredelten körperschaftlichen Wandels. Sie erfaßte das Mitglied nicht bloß als wirtschaftendes Subjekt, sondern band den Genossen in allen menschlichen Beziehungen an den Genossen. Viele Aufgaben, die später der Staat an sich nahm, versahen Gilde und Gildenverband mit feineren Mitteln, als sie nachher der Staatsgewalt zur Verfügung waren. Der menschliche Gehalt hebt die Gilde über das moderne Vereinswesen, vor allem über die Handelsgesellschaften. Die Zünfte, die Gilden der Handwerker, schufen eine geschlossene wirtschaftlich-soziale Lebensordnung, die für jenen ökonomischen Entwicklungsstand in ihrer Blütezeit Erwerb und Bürgerdasein, die soziale Frage, das Verhältnis von Produktion und Konsum so musterhaft ordnete, wie dies seither nicht wieder möglich war. Die Qualität der Arbeit war geschützt, der Konsument konnte vertrauen. Was in der Zunft stand — und der Weg war in der guten Zeit der Ehrlichkeit und Arbeitsamkeit offen — war in dem Recht auf Arbeit und Existenz gesichert. Gleichstellung der Produktions-

kosten, Festsetzung der Arbeitszeit, gemeinsamer Rohstoffeinkauf, Regelung der Verkaufsbedingungen schufen Gleichheit unter den Genossen. Die Gehilfenschaft hatte ihre Rechte innerhalb der Zunft. Meister und Gesellen umschloß das menschliche Band der Handwerksehre, die Pflege religiösen und geselligen Lebens, die Gemeinschaft der Wehr im Dienste des Stadtschutzes. Nicht so sehr Erwerb — er war geschützt — als Vollkommenheit in der Kunst, war der Inhalt des zünftigen Wirtschaftslebens. Das unerfreuliche Bild des zünftlerischen Daseins hob erst an, als die Autonomie, die innere Freiheit, von der aufstrebenden Fürstengewalt und ihren Behörden gebrochen wurde. Die Zünfte waren in der mittelalterlichen Frühzeit Vereinigungen minderen Rechtes gewesen, sie hatten am Stadtregiment nicht teil. Ihre Kämpfe und Siege über den Rat waren erfolgreiche Schlachten der Arbeit gegen das Kapital, waren ein Stück sozialen Aufschwungs, dessen Früchte festgehalten wurden, solange die Zunft auf gesundem wirtschaftlichen Boden blieb. Im Stadtregiment übernahmen die Zünfte politische Aufgaben. Sie versahen sie musterhaft. Wo sie regierten, zeigte sich das Schauspiel, dem die Räteidee jetzt dunkel nachstrebt, daß Staat und Kommune durch den sozialen Verband aufgesogen werden. Das mittelalterliche Stadtregiment trieb eine wohlgeordnete Ernährungs- und Preispolitik. Die Städte schöpften Recht, ihre Gerichts- und Finanzordnung wurde später von den Beamten der absoluten Fürsten nachgeahmt. Städtebünde und Einigungen der Territorialherren übten aus eigener Kraft Schutzrechte über weite Gebiete des nationalen Bodens.

Der Anblick der hochmittelalterlichen Gesellschaft mit ihrem frischen Durcheinander von körperschaftlichem und bündischem Leben ist für unser, durch die Staatsmonotonie abgestumpftes Auge wohl ein fremdartiger. Aber es war Gesundheit da und die Kraft kulturellen Fortschreitens. Die mittelalterliche Freiheit war nicht ohne Anfechtung entstanden. Die Fürsten, gestützt auf das Schwert, wollten von der Karolingerzeit an das urwüchsigfreie Korporationsleben unterjochen. Die Kaisergewalt — ähnlich in Frankreich die Königsgewalt — zeigte allzeit Neigung zur Unterdrückung der Genossenschaften. Friedrich II., die erste Vorfrucht eines absoluten Regenten, verbot die Handwerker-

verbände in den Städten. Diesen Griff wollte die Staatsgewalt schon zu einer Zeit tun, da sie ganz und gar nicht imstande war, die Aufgaben zu lösen, die das freie Korporationsleben überwand. Machtausübung ging der Staatsgewalt, als sie noch in den Windeln lag, schon über Kulturwerte. Zum Glück für die Nationen kam ihre Zeit erst einige Jahrhunderte später. Dem Korporations- und Ständewesen des Mittelalters wird nachgesagt, daß es den privaten Geist über den öffentlichen stellte. Dieser Irrtum mag dem unterlaufen, der staatliches Fühlen und Denken nur aus dem zentralisierten, absolutistischen Militärstaat ableitet. Das Mittelalter hatte seinen Staat, nur war er eben anders als der „Staat", der mit der Neuzeit über den Europäer hereinbrach. Der mittelalterliche Staat war ein Neben- und Miteinander von Rechten und Pflichten. Freilich Allzwangsrecht brütete nicht darüber. Das Band zwischen dem Monarchen, den Ständen und Körperschaften war unstaatlicher Natur, es stand über der Staatsgewalt, die sich im Fürsten und seinem Bereiche konzentrierte, es floß aus eigenen Berechtigungen. Einem Rechtsdenken, das durch das römische Recht gegangen ist, kommt es schwer, zu erfassen, daß es subjektive Rechte geben soll, ohne daß das objektive Recht, will sagen die Staatsgewalt, sie anerkennen mußte. Aber das Rechtsempfinden, das die germanisch-romanischen Völker mit sich trugen, war nun einmal noch nicht durch den Filter des römischen, richtiger des kaiserlich-römischen Rechts gezogen worden. Das objektive Recht war dieser Gesellschaft nichts als das subjektive Recht des Individuums oder der Korporation, in seinem Zusammenwirken mit anderen subjektiven Rechtsamen, die Rechtsordnung nicht etwas über die Gesellschaft Hingeworfenes, sondern die Summe aller in ihr lebenden Rechte und Freiheiten. Die Rechtsgenossen trugen mit ihrem Recht auch das Gefühl der Verpflichtung gegen den Genossen in sich, so daß sie gar nicht zum Bewußtsein kamen, ihr Recht wäre etwas vom Rechte des andern unabhängig Bestehendes. Subjektives Recht war damals noch nicht subjektives Interesse, weil die Angehörigen der Gesellschaft nicht individualistisch, sondern genossenschaftlich fühlten. Diese Gesellschaft entbehrte gerne die „staatliche" Rechtsordnung, die sich über den einzelnen, die Verbände und Klassen erhebt, ihnen mit der Wohltat des

Rechtsschutzes das brüchige Geschenk gleicher Entrechtung macht.

3. Kapitel

Militärischer Ursprung des fürstlichen Absolutismus

Die mittelalterliche Ordnung ging unter. Sie trug einen Keim der Unruhe in sich, das kriegerische Element. Die ursprünglich führende Oberschichte, das feudal aufgebaute Rittertum, war auf die Waffe gestellt und hielt sich an sie, als neben ihm in Stadt und Bürgertum andere Kulturträger aufwuchsen, die nicht im Fehdehandwerk, sondern im Landfrieden Voraussetzung ihrer Lebensarbeit und darum Ziel ihres politischen Wünschens sahen. Die Städte waren wehrhaft und suchten in Bündnissen und in Abmachungen, hinter denen die gesammelte Kraft reisiger Macht stand, die Ordnung im Lande und auf den Handelsstraßen zu sichern. Vielleicht wäre allmählich, wie die Dinge ja den Anlauf nahmen, durch Ausgleich ein Zustand innerer Befriedung eingetreten. Allein die Waffen hatten eine andere Macht emporgetragen, den großen Feudalherrn, der öffentliche Ämter und Herrschaft über dem Boden vereinigte. Auch die Königsgewalt war in der Feudalzeit nichts als die Häufung von Bodenbesitz und öffentlichen Gerechtsamen in einer Hand. Wenn der König nach Verebben des Wandertriebes und Seßhaftwerden der Volksgemeinsamkeit den Boden, der ihm als Gut der Allgemeinheit zur Verfügung stand, gegen die Verpflichtung, öffentliche Verwaltung und Kriegsdienst zu leisten, nach dem allmählich entstehenden Feudalrecht weitergab, so rang sich in dieser Auseinanderlegung der öffentlichen Macht der dem mittelalterlichen Geist eigene Drang nach Vermeidung zwangsherrlicher Zustände durch, das Streben nach Auflösung der Gesellschaft in lockere Verbände, die Gleiche und Gleiche nach dem Rechte der Genossenschaft umschlossen und die alte Volksfreiheit erhalten wollten, auch nachdem mit dem Haften am Boden, mit den

Bedürfnissen nach Ordnung und der Verdichtung der Zivilisation die öffentliche Gewalt größere Wirkungskreise erhalten mußte. Die mittelalterlichen Völker wichen der Zentralisierung der Staatsgewalt aus. Allein das Vorwiegen des Kriegerischen in der noch naturwüchsigen Gesellschaft gab doch jenen Faktoren, bei denen sich Waffenmacht häufte, bei denen sie vor allem im Mittelpunkt des Lebens stand, einen Vorrang, den später der friedlich gerichtete Bürgergeist nicht rasch genug überwinden konnte. Als der Reichtum durch den Fleiß des Bürgers und die höhere Form der Bauernarbeit stieg, waren im Schoße der Gesellschaft Kräfte da, die sich, gestützt auf die Waffe, über diesen Reichtum Gewalt zu verschaffen wußten. Die großen Feudalfamilien wandelten, im Besitze der Streitmannschaften, ihre lehensherrliche Gewalt auf Grund der tatsächlichen Macht allmählich in persönliche, vererbbare Befugnisse. In Deutschland höhlten sie das Königtum aus und wurden selbst Monarchen, in Frankreich konnte das Königtum den Prozeß aufhalten, zum Angriff übergehen und schrittweise die Herrschaft über den Boden des Landes an sich ziehen.

Die Gewalt kehrte zum französischen König nicht in der Gestalt zurück, die sie vor der Feudalzeit hatte, als das Volk der Franken in den urwüchsigen germanischen Zuständen lebte. Der König behandelte die öffentlichen Befugnisse, die er den Großen abrang, wie die kleineren deutschen Herren, als privates Recht, das ihm sein Schwert gewährleistete. Die landesherrlichen Gewalten in Deutschland und die königliche Gewalt in Frankreich, die der Entwicklung der absolutistischen Zeit Europas die Richtung gaben, konnten das Bedürfnis der jüngeren Schichten mittelalterlicher Kultur, des Städtebürgertums, nach Befriedung des Landes für sich nutzen. Der französische König hatte im Kampfe gegen die großen Feudalherren die Städte gewöhnlich auf seiner Seite, ihr Reichtum half ihm die Kriege um die Stärkung der königlichen Macht führen. Auch in Deutschland förderten die ordnungsbedürftigen Städte die Bildung des Landesherrentums. Die stärkere Waffe, die ihnen gegen die schwächeren, zersplitterten Waffen Ruhe versprach, fand ihren Beifall. Freilich entbrannte auch Krieg zwischen Städten und Landesherren, als das Bürgertum merkte, daß die aufstrebende Fürsten-

macht ihre Freiheit antasten wolle. So standen auch in Frankreich Städte gegen den König. Allein der Druck, der von der Kriegsmacht der Dynastien ausging, blieb der stärkere. Die Befriedung der mittelalterlichen Gesellschaft blieb ihr Werk und als Lohn trugen sie die Herrschaft über den Reichtum der Städte davon. Ein anderer Ausgang war immerhin denkbar. Ähnliche Zeiten innerer Wirren, in denen neue und alte zivilisatorische Kräfte in einem Volkskörper rangen, endeten nicht mit dem Sieg der militärischen Gewalt. Die Tyrannen in den griechischen Stadtstaaten waren in der Zeit, da die Kämpfe zwischen den feudalen Herren und dem Demos wogten, vorübergehende Erscheinungen. Es kam ein Ausgleich, der die Bürgerfreiheit erweiterte. Ähnlich im alten Rom, als der Vergleich durch die Gesetzgebung der Decemvirn angebahnt wurde. Am Ausgang des Mittelalters der germanisch-romanischen Nationen siegte die Militärmacht. Von den Kräften, die die Gesellschaft hervorgetrieben hatte, ist eine Herrin über die anderen geworden. So viel Freiheit, Genossenschaftsgeist und schöpferische Kultur gewachsen war, ihnen war es nicht gegönnt, der Zukunft den Weg zu weisen. Just dem Geist ungebärdiger Gewalt blieb die Oberhand, er drängte dann auf dem größten Teil des europäischen Bodens alle Keime freundlichen friedlichen Ausreifens der modernen Völkerkultur zurück.

4. Kapitel

Wirtschaft und Kultur im Frühabsolutismus

Die Fürstenmacht stand auf dem Militär. Die Heere des feudalen Aufgebots hatten sich mit Änderung der Kriegswerkzeuge und der Kriegskunst in Söldnerheere umgewandelt. Dies zwang die Dynasten, sich nach flüssigem Geld umzutun. Die Ergiebigkeit der öffentlichen Gefälle war von dem steigenden Wohlstand der Bevölkerung abhängig, diese vom inneren Frieden. Die Fürstenmacht nahm sonach vor allem die Herstellung der Sicherheit

im Lande an sich. Sie konnte es, da sie die Brachialgewalt besaß. Die Sicherheits- und Friedenspolizei aber wurde ihrerseits eine Quelle von Macht. Alle von der fürstlichen Gewalt unabhängigen Gerechtigkeiten sanken allmählich. Die Städte verloren ihre Selbstverwaltung, die grundherrlichen Verwaltungen wurden durch besoldete Beamte des Fürsten ersetzt. Das Geldbedürfnis der Fürsten griff auch in das urwüchsige Wirtschaftsleben unmittelbar hinein. Es erzeugte eine eigenartige finanzielle und ökonomische Praxis und Theorie. Der europäische Absolutismus ist der Schöpfer des Regalismus und Merkantilismus. Diese Erscheinungen sind verschiedene Seiten desselben politisch-wirtschaftlichen Systems. Der Finanzbedarf des Fürsten und seines Regierungsapparates war der Ausgang einmal für die Aufsaugung aller ergiebigen Wirtschaftsquellen durch die staatliche Gewalt, sodann für die Hochzüchtung neuer geldtragender Produktion. Das Regal war von den Finanzbeamten des Absolutismus nicht erfunden, das Mittelalter hatte es von der kaiserlich-römischen Ordnung übernommen. Die Allgemeinheit galt als Herr aller im Boden ruhenden Schätze und der Erträgnisse aus vielerlei mit öffentlicher Erlaubnis betriebenem Erwerb. Der König als Vertreter der Allgemeinheit vergab diese Königsrechte — Regalien — an Städte, Herren und Körperschaften. So kamen sie in den Strom des mittelalterlich-autonomen Körperschaftslebens. Besonders durch die Stadt wurden die Regalien in frei ausgeübte Produktion gewandelt. Der aufstrebende fürstliche Absolutismus zog die Regale an sich und vermehrte sie obendrein in voller Willkür. Der Regalismus war ein Mittel des Fürsten, unabhängig von jedem Willen Geld aus der Volkswirtschaft herauszuziehen. Stütze dieser Finanzpolitik war natürlich wieder die militärische Gewalt. Denn Regal war nichts anderes als künstliches Monopol, und Monopol wird am bequemsten durch das Diktat der Gewalt erzeugt. Der Monopolgedanke lag auch in der mittelalterlichen Wirtschaft. Allein hier diente er nicht einer über den Produzenten sich erhebenden Macht, sondern diesen selbst. Einschränkung von Erzeugung und Verkehr sicherte die Existenz der freien Produzenten. Der Regalismus machte die Bindung der Wirtschaft seinen Zwecken dienstbar. Vor allem das Handelsmonopol wurde von ihm in ungeheuerlicher Weise

übertrieben und ausgenützt. Die fürstlichen Regalisten versuchten jeden inländischen und ausländischen Handel als Regal zu nutzen. Beim überseeischen Handel gelang dies in der Zeit der großen Entdeckungsfahrten und der Besitznahme fremdkontinentaler Striche überall. Die Finanzwirtschaft der spanischen und portugiesischen Krone ruhte auf dem Handelsregal. Die staatliche Monopolisierung des Kolonialhandels gründete sich wieder auf militärische und politische Macht. Die großen Kriege Frankreichs, Englands und der befreiten Niederlande gegen Spanien waren ein Kampf gegen dieses Handelsmonopol. Die Idee der spanischen Weltmonarchie ist eine andere Seite der Idee eines Welthandelsmonopols, dem, als sie sich des spanischen Monopols erwehrt hatten, die anderen Seemächte nachliefen, zumal Frankreich, das eine Zeitlang der Erbe der spanischen Idee der Herrschaft über Meer- und Seehandel wurde. Die englische Navigationsakte war eine Abwehr zugleich und ein Versuch, die Seebeherrschung in weitem Maße zu erobern. So entströmte der Machtpolitik des Absolutismus Krieg und neue Gewalt. Dabei zeugt der Merkantilismus in seiner spanischen Form: der Wahn, Edelmetall sei Reichtum, für die wirtschaftliche Oberflächlichkeit des Machtgeistes. Der spanische Absolutismus war der erste, dem der Atem ausging. Er wurde nicht gestürzt, mußte aber vom großen geschichtlichen Schauplatz abtreten.

In größere Tiefe ging der Merkantilismus Colberts, der die nach dem Rückgang Spaniens emporgekommene französische Krone durch sein wirtschafts-politisches System finanziell unterbauen wollte. Die Begründung einer nach außen möglichst abgeschlossenen Volkswirtschaft, die dem Staate alles Erforderliche aus heimischer Arbeit zuliefern sollte, das Streben, dem Abfließen von Wirtschaftskraft ins Ausland durch Schaffung inländischer Industrien Einhalt zu tun und alle aus den natürlichen und künstlich hochgezüchteten Hilfsmitteln des Landes strömenden Kräfte dem Zugriffe des Fürsten offen zu halten, vermochten zweifellos Volks- und Staatswirtschaft gleichermaßen zu heben. Allein auch das war nicht Volkswirtschaftspflege um ihrer selbst willen. Nicht den Wohlstand der Untertanen erstrebten Colbert und seine Nacheiferer, sondern die Füllung der fürstlichen Kassen, die Herbeischaffung von Geld, um die kostspielige auswärtige

Politik, die Kriege und Heere, nicht zuletzt den Glanz der Höfe, die Verschwendung fürstlicher Laune zu ermöglichen. Wo das Interesse, Geld aus der Volkswirtschaft zu pressen, endete, dort endete auch der ökonomische Vorbedacht der merkantilistischen Techniker. Dies zeigt am besten das Verhalten zu den Zünften in den Städten. Mit dem Verfall der Zunftverfassung infolge der veränderten wirtschaftlichen Voraussetzungen wäre ein Aufbau der städtischen Gewerbekorporationen auf neuen Grundlagen nötig gewesen. Der Fortbestand des freien Körperschaftswesens hätte solche Wege vielleicht gefunden. Allein die fürstlichen Gewalten, die über die Städte emporgestiegen waren, hatten für solche Reformen kein Interesse, keine Ideen und kein Werkzeug. Sie ließen die Zünfte der Erstarrung verfallen, förderten den Verkalkungsprozeß durch behördliche Reglementierung. Erst die obrigkeitlichen Fesselungen haben die wirtschaftliche Vernunft aus dem Zunftwesen ausgetrieben. Seine großen Gedanken, Schutz der Konsumenten durch Ehrlichkeit des Handwerks, Pflege nicht des Erwerbs, sondern der Kunst, gingen in der kleinlichen Gewerbepolitik des Absolutismus zugrunde. Auch dessen Gesellenpolitik war nichts als Unterdrükkung, Beihilfe für die verstockt gewordene Meisterselbstsucht. Die Gesellen waren, als die Sperrung der Zünfte sie ins Proletariat hinabwarf, ein unruhiges Element. Allein ihre zäh verteidigten, aus der guten Zeit überkommenen Einrichtungen und Sitten waren doch ein Stück fördersamen Korporationsgeistes, der zerstört wurde, ehe er seine Keime der aus dem Gewerbe- ins Industrieproletariat hinüberflutenden neueren Lohnarbeiterklasse zubringen hatte können. Am gleichgültigsten war der heraufstürmende Absolutismus gegen den Bauern. Der Bauer ist das Verbrechen der absolutistischen Fürsten. In dem Streben, mit dem Grundadel Friede zu haben, nachdem er ihn seiner Oberhoheit gefügig gemacht hatte, lieferte der Absolutismus den Bauern dem grundherrlichen Belieben aus. Die volle Herabdrückung in die Leibeigenschaft, das Bauernlegen hatte den Schutz der fürstlichen Behörden für sich, die Steuerfreiheit der bevorrechteten Stände, Adel und Klerus, ging auf Kosten des Bauern. Überdies hielt die Finanzpolitik der Merkantilisten die Produkte des bäuerlichen Fleißes im Preise nieder. Die blutigen

Bauernkriege stehen im Beginn der absolutistischen Zeit, die fürstlichen Söldner warfen das Bauernvolk nieder, das sich seiner alten Rechte wehrte. Das reiche dörfliche Rechtsleben, in dem der Bauer als Stand seine unverkümmerbaren Ansprüche besessen hatte, versank. Aus den Ständekammern, in denen sich, wenn auch in der engen Form von Sonderrechten schmaler Volksschichten, ein Teil der politischen Ordnung des Mittelalters zu erhalten suchte, war der Bauer verbannt. Die Verelendung des Grundstockes der Nation hemmte jahrhundertelang das gesunde volklich-politische Wachstum der europäischen Völker. Die Unzulänglichkeit der absolutistischen Finanz- und Wirtschaftspolitik brachte am sinnfälligsten das Schicksal des französischen Königtums an den Tag, der klassischen rücksichtslosesten Erscheinungsform fürstlicher Selbstherrlichkeit im neuen Europa. Ohne innere Anteilnahme am Schicksal des Volkes zog die Königsgewalt aus dem reichsten Lande des Kontinents alles an sich, verschleuderte und vergeudete in Kriegen und in einem tollen Luxus, was die raffinierteste Finanzkunst an Geld aus der Bevölkerung zog, ließ einen großen Teil des Volkes verfaulen und brach schließlich an ihrer Geldnot zusammen.

Es ist eine verbreitete wissenschaftliche Legende, daß der Absolutismus eine notwendige Durchgangsform war, daß zumal die Herstellung starker Zentralgewalten für die Aufrichtung der nationalen Volkswirtschaften unerläßlich gewesen sei. An den Ländern, die dem Absolutismus verfielen, ist der Gegenbeweis schwer zu führen. Die absolute Fürstenmacht kam zur Höhe, als auch die europäischen Völker jugendfrisch aufstrebten. Man sieht überall bevormundete, gegängelte Menschen, sie brachten wirtschaftlich manches zuwege. Wie viel sie geschafft hätten, wenn ihnen die alte Freiheit und Selbstverwaltung geblieben wäre, läßt sich nicht nachkonstruieren. Immerhin gibt es Völker und Länder, die sich vor dem Absolutismus retteten. Sie blühten in denselben Zeiträumen gleichfalls, vielfach reicher als die reglementierten Nationen unter oft günstigeren Bedingungen. England, die Niederlande, die Schweiz, die Republik Venedig werden immer Gegenbeispiele sein, wenn die historische Sendung des Absolutismus, seine Rolle als Erzieher, vorgezeigt wird. Die drei kleineren unter jenen freigebliebenen Staaten sind über-

reich an Kultur, geistiger und künstlerischer. Sie konnten durch längere Zeiträume große europäische Politik machen, wirtschaftlich fruchtbares Leben umschließen. England befreite sich vom königlichen Absolutismus, bevor dieser die Selbstbewegung des nationalen Seins hatte unterdrücken können. Gestreift wurde auch die britische Insel von dem wuchtigen Schlage. Aber die wertvollsten Elemente der freien mittelalterlichen Staatsordnung konnten geborgen werden, und was das englische Volk an gesunden Wurzeln im öffentlichen Leben stets besaß, was diese Nation fähig machte, die Stürme der politischen und sozialen Geschichte Europas glatter zu überwinden als die anderen großen Völker, dankt es dem frühen Sieg des Parlaments über den König. Die großen festländischen Nationen, die den Absolutismus durchkosten mußten, nahmen schweren Schaden am gesellschaftlichen Körper und am Volksgeiste. Bis heute leiden sie daran, daß der lebendige Fluß sozialen und kulturellen Wachsens durch einen staatlichen Aufbau gekreuzt wurde, der eine Organisation der Unfreiheit war.

Der Absolutismus hat in die kultivierte europäische Welt ein Element der Unkultur hineingetragen, das die reich begabte, unverdrossene Völkerfamilie dieses Erdteils in der besten Entwicklungszeit vergiftete. Macht war das Streben der nach Unbeschränktheit langenden Fürsten. Macht, erworben durch nackte Militärgewalt, Macht nicht um irgendeines höheren Zweckes willen, sondern als Selbstzweck. Die römischen Päpste waren in den dumpferen Jahrhunderten, als die Völker geistig erst wurden, mit dem Machtstreben und mit einzelnen Mitteln des Machterwerbs, besonders den Finanzkünsten, den weltlichen Fürsten vorangegangen. Aber die Kirche wollte Macht um eines geistigen Lebensinhalts willen. Das Bürgertum in den freien, nach Wohlhabenheit sich streckenden Städten war nicht gleichgültig gegen Steigerung des Einflusses und Erwerb von Machtstellungen gewesen. Aber die Macht diente der behäbigen Ausbreitung einer Lebensform von kultivierter Eigenart. Die Fürsten erstrebten Macht um der Macht willen. Kein geistiger, kein Kulturzweck stand hinter diesem rastlosen Drang nach Herrschaft über Land und Leute. Wo Zivilisation gefördert wurde, war der Eifer ein Bedienter der Machtausdehnung, jenseits dieses

Zweckes erlosch das Interesse. Die Lehre, daß der Staat Selbstzweck sei, daß sein Wesen Machterringung und Machtbehauptung wäre, und daß — im großen Kriege hörte man den Spruch von gar vielen Kathedern — hinter jener Aufgabe alles andere bürgerliche und menschliche Streben zurückstehen müsse, ist in jenen Tagen des auf- und fortwuchernden Absolutismus ersonnen worden, da die Fürsten sich selbst als den alleinberechtigten Willen in ihrem Herrschaftsgebiete fühlten, die Untertanen zu fügsamen Werkzeugen des Gewalthabers herabdrückten. Erwerb und Vergrößerung von Hausmacht war der Inhalt des werdenden Absolutismus. In dieser Epoche waren die Völker schon von reicher Kultur überblüht, von ritterschaftlicher, städtischer, bäuerlicher. Neben dieser, dem europäischen Boden entquollenen Fülle höherer Gesittung gibt das gleichzeitige Treiben der Dynasten mit dem Hin und Her von Söldnerkriegen um Landfetzen und Städte, mit den Verlobungen, Heiraten, Erbverbrüderungen, dieser Degradierung bis dahin freilebender Menschen zu Familienerbstücken, unleugbar einen barbarischen Anblick. Ein starkes Stück Barbarei ist dem Absolutismus immer geblieben, selbst in dem raffinierten Glanz des französischen Hoflebens, in dem grotesken Werben um die Ehre, dem König aus dem Bette zu helfen, in dem Spiele der Buhlerinnen mit großen Staatsaffairen, nicht minder in der Jagd des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm I. nach langen Kerlen wie in dem Menschenverkauf der kleinen deutschen Dynasten. Dieser Schuß Barbarentums haftete bis zu allerletzt dem Hof- und Militärgeist des Dynastentums, in ernsten und komischen Zügen, matteren und grelleren Klecksen an.

Die Einschiebung eines Anziehungszentrums verdichteter Macht in den Kreislauf des Volkslebens hat das Schicksal der Nationen in der äußeren wie in ihrer inneren Geschichte zum Schlechten beeinflußt. Das Ersterben des spanischen Volkes an der irren Idee einer Universalherrschaft ist Folge des absolutistischen Wesens, wie die Zersetzung der französischen Nation durch den Pariser Hof, die es fertig brachte, die trotzigen Herrenmenschen des fränkischen Adels zu schwächlichen Höflingen zu machen, daneben das Bürgertum, das ihm im Kampfe gegen die adeligen Frondeure beigestanden hatte und den Reich-

tum für seine Kriege und seinen Luxus schuf, zu einer geringfügigen Menschenklasse herabzuwürdigen, den Bauer zu einem erbarmungswürdigen Lasttier niederzudrücken. Das deutsche Volk, das den Absolutismus in allen Gewichtsmassen zu spüren bekam, in großen Gewichten wie Preußen und Österreich und zwischendurch in Apothekergewichtchen, wurde, nachdem es im Ausgang des Mittelalters eine blühende, an den Weltverkehr angeschlossene nationale Wirtschaft aufgebaut hatte und an gediegener Kultur der Städte von keinem Volke übertroffen worden war, durch die Kämpfe der Fürsten und Dynastien um ihre Territorialmacht im 16. Jahrhundert von dem großen Zug der Zeit ausgeschaltet und elend gemacht. Fürstliche Macht- und Geldpolitik hat den Finanzkapitalismus der oberdeutschen Geldmagnaten gezüchtet, die Verquickung von Staatsanleihen mit überseeischen Privilegien die Trustbildungen angeregt, deren Monopolpreispolitik in den städtischen Gemeinwesen die Politik der niedrigen Preise und des Konsumentenschutzes, wie sie das Stadtregiment übte, verdarb, das soziale Gleichgewicht und den gesellschaftlichen Frieden störte. Die tiefste seelische Bewegung im deutschen Volke, die Reformation, wurde durch die Fürstenpolitik in ihrem spirituellen Boden abgelenkt, ihr geistiges Wesen mit nacktem Machtstreben durchmengt.

Die Verschlingung von Reformation und Fürstenpolitik ist nur ein Abteil der bemerkenswerten Beziehungen zwischen den großen Zeitideen und dem Absolutismus. Macht hat kein inneres Verhältnis zum schaffenden Geist. Aber sie weiß ihn für ihre engeren Ziele auszunützen. Der steigende und allmächtige Absolutismus beutete nacheinander alle Ideen aus. Er begann mit einer Verfälschung der Renaissanceidee von der Autorität des Altertums und der lebenspendenden Aufnahme antiken Geistes in die Kultur der Zeit. Die politische Idee der Antike war die Demokratie. Was uns an unnachahmlich wertvollem Schrifttum aus der Welt des Griechen- und Römertums erhalten ist, hat seine Unzerstörbarkeit durch das freie Geistes- und Menschentum erhalten, das in den städtischen Demokratien seinen Nährboden fand. Die antike Demokratie hatte die engste Verwandtschaft mit der mittelalterlichen, in der Selbstverständlichkeit freien Bürgerlebens und in der reichen Fülle genossenschaftlicher

Daseinsformen. Der Absolutismus holte sich aus den Resten der Antike Geist und Einrichtungen des römischen Kaisertums. Die Gesetze und der öffentliche Geist eines in Militärdespotie erstarrten politischen Systems waren die Argumente der fürstlichen Kanzleien und ihrer rechtsgelehrten Organe. Der Absolutismus nahm aber Argumente für die unbeschränkte Fürstengewalt auch von anderer Seite gerne an. Er grub sie nicht nur aus dem heidnischen Rom, sondern auch aus der Bibel. Sein Hauptfundgebiet aber war das eigenste Denken des Zeitalters, die erste vollreife Frucht aus der Vermählung antiker Denkelemente und moderner Denkfreude: der Rationalismus und seine rechtsphilosophische Tochter, das Naturrecht.

5. Kapitel

Rationalismus und Absolutismus. Der aufgeklärte Absolutismus

Der Rationalismus war die Selbstbesinnung der neueren Völker, die in fast tausendjähriger Geschichte sich eine Kultur und ein vertieftes religiöses Empfinden erarbeitet, die neue Teile der Erde sich erschlossen und historische Erfahrungen von großem Wurf gesammelt hatten. Über die Elemente des eigenen Sinnens, über das Wesen der menschlichen Leidenschaften klar zu werden, neue Antworten auf die metaphysischen Fragen zu finden, in denen die Scholastik des Mittelalters schon tief geschürft hatte, über das Leben der Gesellschaft und die Bedingungen menschlichen Zusammenlebens aus der unmittelbaren, ihrer selbst sicheren Anschauung Formeln zu entdecken, — das waren die Probleme der rationalistischen Denker. Grundlage und Werkzeug des Philosophierens war ihnen die Vernunft des Menschen, die ihre Gegenstände von allen Traditionen losgelöst, von allen Vorurteilen gereinigt betrachtet. In allem die Vernunft, das Selbstdenken zur Richtschnur zu machen, war auch der

Ausgang der rationalistischen Gesellschaftslehre, deren Merkmal die Geschichtlosigkeit, die unhistorische Anschauung der sozialen Erscheinungen war. Ihre Anregerin, der sie auch die sittlichen und psychologischen Ober- und Untersätze für ihre Schlüsse entnahm, war die kosmopolitische, dem nationalen Boden fremder gewordene Gedankenwelt der spätantiken, reifen Stoa. Aus der Natur der Dinge selbst denken, war auch die Anleitung des Naturrechts. Man weiß, daß in der Masse des Rechtsstoffes, den das Naturrecht verarbeitet hat, ein erheblicher Teil guten mittelalterlichen Rechts steckt, daß vor allem eine der Tragsäulen der naturrechtlichen Gesellschafts- und Staatslehre, die Theorie vom Vertrag als dem Entstehungsgrunde der staatlichen Organisationen, aus den lockeren Einrichtungen des mittelalterlichen Staates und aus dem freien mittelalterlichen Rechtsempfinden stammt, das nirgend Gebieter und Untertanen, nur Träger von Pflichten und Rechten anerkennt.

Indes der auf sich selbst gestellte menschliche Verstand hat stets die Lust zu Freibeuterzügen. Er entscheidet auch in der Form der Wissenschaft nach dem Bedürfnisse. Das Meinen folgt dem Wünschen und Wollen. So hat das rationalistische Naturrecht nacheinander die verschiedenartigsten Staatslehren begründen helfen. Es diente den Verteidigern der Gewissensfreiheit gegen den von den Fürsten beanspruchten Gewissenszwang. Die Dynasten fanden aber unter den Lehrern des Naturrechts auch Vertreter ihrer Allmachtansprüche. Die Vertragstheorie wurde bei Hobbes zum Fundament des Absolutismus gemacht. Das Naturrecht erfand die Menschengattung, die sich durch Vertrag unter die Gewalt eines Herrn begab und sich freiwillig ein- für allemal aller Selbstbestimmung entäußert. Der Unterwerfungsvertrag, dieses Monstrum willkürlicher Klügelei, war die eine Beute, die die militärisch begründete Fürstengewalt aus dem Reiche der rationalistischen Ideenwelt heimbrachte. Die andere war die moderne Lehre von der Souveränität. Mannigfache Denkelemente wurden herbeigebracht, um den Souveränitätsbegriff aufzubauen. Die Übertragung römisch-kaiserlichen Rechtsdenkens auf eine Welt freier Selbstregierung half mit. Am meisten trug wieder das rationalistische Naturrecht bei. Aus dem Staatsvertrag wurde die Unbegrenzbarkeit der beim

Fürsten gesammelten Staatsgewalt abgeleitet. Ein begriffliches Hirngespinst, mit dem sich jahrhundertelang ernste Köpfe abmühen mußten — da sich das Zusammenleben freier Vernunftwesen in der Welt auf dieser Denkgrundlage nicht konstruieren läßt — ist der Souveränitätsbegriff gleichwohl ein ausgezeichnetes Denkinstrument, wenn er der Ausdruck für jede Art Zwangsgewalt, namentlich die eines militärisch unterbauten Regimes sein soll. Der souveräne Fürst beseitigte kraft dieser seiner Souveränität auf seinem Territorium alles freigewachsene korporative Leben, wie der römische Kaiser das blühende Vereins- und Körperschaftswesen des republikanischen Rom zuerst reglementiert, dann unterdrückt hatte. England hat sich mit Abschüttelung des Absolutismus auch das Staatsrecht der römischen Militärdespotie vom Leibe gehalten. Dort erlosch das Korporations- und Vereinsleben nie völlig und der Nation blieben so wertvolle politisch-geistige Güter erhalten. Die Souveränität diente der Unterdrückung der Glaubensfreiheit und der freien Rechtsprechung. Aus ihr wurde alle auf dem Staatsterritorium begangene Willkürlichkeit begründet. Die naturrechtliche Souveränität löschte zugunsten des angemaßten Fürstenrechtes das geschichtlich gewordene Recht der Völker aus.

Der fürstliche Absolutismus wurde der Schöpfer des modernen „Staates". Der Rationalismus lieh ihm von seinem Geiste. In der Tat! Wenn anders Rationalismus die jezuweilen in der Geschichte des Menschengeschlechtes auftauchende Geistesströmung ist, dem aus der Tiefe der Zeiten Gewordenen das durch Menschenwitz Ersonnene entgegenzustellen, ist der „Staat" der Neuzeit ein echtes Kind des rationalistischen Zeitalters. Das Volkstum ist ein Natürliches, durch Blut, Sitte und Nachbarschaft Zusammengewachsenes. Die mittelalterliche Gesellschaft war eine natürliche Ordnung, der Versuch der europäischen Völker, auf der Grundlage der damaligen Wirtschaft in einem sozialen Zustande zu leben, der ein freier Ausgleich der Berufsstände und der Landstriche war. Die absolute Fürstengewalt schuf ein Kunstprodukt. Künstlich war alles an den entstehenden Staaten. Vor allem ihr Territorium. Gewiß, es gibt Staaten, die ungefähr natürliche Grenzen haben. Aber wie viel rebellierende Eigenart der Landschaften, wie viel natürliches Sonderwesen in Tälern,

Gebirgsstöcken und Küstengebieten mußte vergewaltigt werden, um auch nur die gut arrondierten Staaten zu schaffen. Noch heute, nach Jahrhunderten der Gleichmacherei leben die alten naturgewachsenen Bestandteile. Die französische Nation, dieses Vorbild geschlossenen völkischen Wesens, ist eine Schöpfung des französischen Königtums. Aber der Süden ist noch heute ein anderes Frankreich als der Norden, die Bretagne noch immer eine Welt für sich. Die britische Insel, gewiß ein geographisches Ganze, beherbergt noch heute mehrere Stämme, die eifersüchtig auf ihre Eigenart sind — von Irland abgesehen, das sich bewußt als anderes Volkstum fühlt. So in Spanien und Italien. Deutschlands Stämme hatten immer den freiesten Mut ihres Sonderwesens. Die natürliche Art des Zusammenlebens auch in einem Volke, das sich als kulturelle Einheit fühlt, ist die lockere, provinzielle, landsmännische. Die Zusammenfassung der neueren Nationen durch die straffe Zucht der Fürstengewalt hat große Kraftquellen erschlossen. Vielleicht. Aber wie viele sind zerstört worden! Die Schweiz, die Niederlande sind Muster, wie nationales und staatliches Zusammenleben aus freier Vereinigung hervorgeht. Die alten Griechen werden immer lehren, wie aus einem Gewirr von Städten und Landstrichen eine große nationale Kultur herauswachsen kann, ja wie sich selbst verschiedene Literatursprachen mit einheitlichem nationalen Schrifttum vertragen. Das französische Volk hat eine Kultur von fruchtbarem Eigenwert. Aber das mittelalterliche Frankreich war zweifellos innerlich reicher als das spätere, das alle schöpferische Kraft aus der Provinz in eine Riesenstadt zog. Ist es in Frankreich nicht ohne Zerstörung natürlichen Volksgutes abgegangen, als die Könige das ganze Land ihrer Herrschaft unterwarfen, so sind die Staaten auf deutschem Boden völlig willkürliche Bildungen. Wie künstlich ist Preußen aus Länderfetzen im Osten und Westen zusammengestückelt worden! Was ist Bayern für ein Kunstprodukt! Was war Österreich, diese Schöpfung habsburgischer Länderpolitik, in seinem wechselnden Bestand und in seiner letzten Gestalt geographisch und ethnographisch für ein Gebilde des Ungefährs! Wie das Territorium, so ist die innere Struktur der absolutistischen Staatsschöpfungen künstlich. Ureigentümlich entstandene Verwaltung, reiches politisches Leben wurde nieder-

gerissen, um der fürstlichen Regierungsorganisation Platz zu machen. Die eigenartige Leistung des Absolutismus, das Zusammenregieren von verschiedenartigen, durch mannigfache Rechtstitel erworbenen, oft exzentrisch gelegenen Brocken und Streifen Landes, das Werkzeug, das der Fürst hiefür benützte, der bureaukratische Apparat ist durchaus künstlich. Der „Beamte", dem Verwalten und Regieren Beruf ist, verdrängt die volksmäßige Selbstverwaltung und Selbstregierung. Die Geschichte aller Nationen und Kulturen lehrt aber, daß diese das Naturgemäße, Originale, die Bureaukratie das Aufgepfropfte war, das entweder im Gefolge einer Eroberung durch fremde Herren oder einer Beugung ursprünglicher Freiheiten einherkommt. Vollends eine Kunstschöpfung, der vorangegangenen Wehrfassung unbekannt, aus ihren eigenen, dem Volksempfinden fremden Bedürfnissen aufgebaut, ist das militärische Machtinstrument der Fürsten, das stehende Heer.

In der daseinskräftigen europäischen Volksgesellschaft staken vom Beginn ihres zivilisatorischen Aufstieges an zwei starke Antriebe, die einen nie stockenden Strom lebendiger Energie speisten: die wirtschaftliche Schaffensfreude und die Lust am geistigen Forschen. Die viel verkannte Scholastik, die Schätze von Denkarbeit aufgehäuft hat, und das hochblühende Gewerbe der Städte waren im Mittelalter aus jenen, den Nationen des germanisch-romanischen Kreises eingeborenen Trieben hervorgeschossen. Sie konnten in der Luft mittelalterlicher Freiheit mit volksmäßigen politischen Gestaltungen zugleich wachsen. Bildung, Kunstfertigkeit, Wohlhabenheit, bürgerliche Freiheit standen und blühten mit- und durcheinander. Der Absolutismus setzte diesem schön zusammenstimmenden Kulturbilde ein Ende. Fortan verlangte neben Wirtschaft und Geistesschaffen eine dritte Quelle wirkender Kraft Platz im Leben der Völker, die unbeschränkte Staatsmacht. Sie empfing Einflüsse vom ökonomischen Treiben und vom Geistesringen, aber sie lenkte diese, selbst Einfluß übend, auch nach ihrem Bedürfnisse. Gewerbefleiß, Wohlstand und Bürgerrecht, Bildung und Freiheit waren nicht mehr vereinigt. Der Intellekt bog in die tiefe Wegspur, die die Staatsgewalt in das gesellschaftliche Sein und Denken des Volkes einfurchte. Die Wirtschaft traf auf Hemmnisse und erfuhr Anreize,

die nicht aus ihrem Kreislaufe herrührten. Die selbsttätige Umwandlung von wirtschaftlichem Gedeihen in politische Kraft in der Breite der Bevölkerung hörte auf, ebenso der natürliche Zug des tatkräftigen Inwohners zu den öffentlichen Geschäften. Die Bildung fand nur eine Form der Arbeit am Gemeininteresse, den Dienst des Fürsten und seiner Ämter. Der Bürger, der in Stadt und Korporation die Teilnahme am Regiment als Recht und Pflicht geübt hatte, machte dem Untertan Platz, der kein Recht, nur die Obliegenheit des Gehorsams besaß. Die reichen Gliederungen in der Gesellschaft wichen in Wirklichkeit und im Bewußtsein durchgehender Einfärbigkeit. Die Verwaltung lief, nach Geheißen von oben, durch die Hände von Dienern des Königs. Politische Regsamkeit herrschte nur in den Geheimkabinetten der Fürsten.

In aller bürgerlichen Dumpfheit blieb der Wirtschaftstrieb rege. Ja er wuchs, da der Bürgersmann, dem öffentlichen Wesen entfremdet, seine Kraft ungeschwächt dem Erwerb zuwandte. Die Wirtschaft ergrub sich in Manufaktur und Großhandel, Felder breiten Wachstums. Die Zünfte, erstarrt in der Bevormundung, der Selbstverwaltung beraubt, vermochten die neuen Arten der Erzeugung und des Güterumschlages nicht mehr, ihrem überlieferten Geiste anpassend, zu erweiterten Genossenschaftsformen umzubilden. Was über die zünftlerischen Betriebsweisen hinauswuchs, wurde jedoch nicht freier Erwerb, sondern geriet unter die Bevormundung des Beamten. Einige Zeit liefen Manufaktur, Fabrik, Großhandel, Verkehr auf den Schienen, die ihnen die fürstliche Polizei gelegt hatte. Dann begannen sie die Hemmnisse zu spüren, die Binnenmauten, die Absatzvorschriften, die Einfuhr- und Ausfuhrverbote, die Reglementierungen in der Arbeitszeit, viele allgemeine und lokal beschränkte Hindernisse. Die Einmischung der Behörden wurde eine Schranke für die Steigerung des Wohlstandes. Der Polizeistaat geriet in das Feuer der Kritik. Aus dem Lande des eifrigsten Merkantilismus und vorbildlichen Absolutismus, aus Frankreich, kam der Ruf nach freier Wirtschaft. Die großen Physiokraten erhoben ihre Stimme. Von ihnen lernte der Schotte Adam Smith, der dann der Schöpfer der neuen Lehre der wirtschaftlichen Freiheit wurde. Die Physiokraten waren strenge Absolutisten, ihr Gebiet war, wie das der

Merkantilisten, vornehmlich die Finanzkunst. Sie sahen jedoch für den Reichtum des im Fürsten verkörperten Staates günstigeres Ansteigen, wenn der gefesselten wirtschaftlichen Energie Freiheit gelassen würde, wenn der Bürger als Träger der Wirtschaft seinem Unternehmerwollen ungehemmt nachgeben könnte. Der Absolutismus war nicht doktrinär. Ihm war es nicht um die Formen, sondern um die Macht zu tun. Der lebendige Rationalismus in ihm war geneigt, mit dem wirtschaftlichen Zeitgeist zu gehen. Die Beamten der Fürsten wurden Anhänger der neuen wirtschaftlichen Grundsätze, hier rascher, dort bedächtiger. Es bildeten sich bald die Ansätze zur späteren liberalen Bureaukratie. Je jünger der Absolutismus war, desto gelenkiger folgte er der Strömung, die seiner Macht förderlich war. Die deutschen Fürsten kamen in der Durchführung vieler physiokratischer und wirtschaftlich-liberaler Gedanken dem französischen Mutterlande zuvor, wo der Absolutismus an einem faulen Hofleben dahinsiechte.

Doch nicht die wirtschaftliche Regsamkeit der politisch stillgelegten Völker allein hob an, sich mit starkem Schwimmerarme zur Geltung zu bringen. Auch der flinke, nimmermüde europäische Intellekt war lebendig geblieben. Nach den trüberen Jahrzehnten der konfessionellen Kämpfe hatte sich der, den voraneilenden Köpfen entstammende Rationalismus auf breitere Kreise ausgedehnt und in der Verbreiterung zur Aufklärung gewandelt. Der Rationalismus war mehr eine Denkmethode gewesen, die Aufklärung wurde eine Gesinnung. Stellte jener das Vernunftdenken an den Eingang aller Betrachtung über die Welt, so machte diese das individuelle Vernunftwesen zum Mittelpunkt aller gesellschaftlichen Beziehungen. Nach den erschütternden Leidenschaften des religiösen Streites war ein Bedürfnis nach idyllischem Bürgerdasein da. Es schuf sich zwei Formen der Lebensanschauung, die verständige Nützlichkeitsauffassung und die stillschwärmerische Innigkeit seliger Frommheit. Aufklärung und Pietismus, sie wandeln in wesensähnlichen Abarten durch die Lande nebeneinander her, im Kerne scheinbar tief verschieden und doch verwandt in der individualistischen Grundnote. Der tätigere der beiden Zwillingsbrüder war vorerst die Aufklärung. Das Glück des einzelnen, seine innere Zufriedenheit

in einem wohlwollenden Zusammenleben mit den Mitmenschen, die Bedingungen solcher gesellschaftlichen Harmonie wurden Forderung an das Dasein und Gegenstand des Nachdenkens. Die Gemeinschaft wurde als die Summe der Individuen angeschaut, gesellschaftliches Sein vom individuellen aus gesehen. Die individualistische Grundstimmung der Aufklärung war naiv und hausbacken. Die Tiefe fehlte. Sich und die Gesellschaft beschied der einzelne bei privatem Nützlichkeitszweck. Nach der kollektiven Lebensanschauung, nach der Knorrigkeit und Vollsaftigkeit, die bürgerliches Leben ehemals gekennzeichnet hatten, war das Bürgertum der Aufklärungszeit ein Erzeugnis der Aufsaugung aller öffentlichen Organisation und alles öffentlichen Geistes durch den Absolutismus. Die Allmacht der fürstlichen Gewalt hatte die Angehörigen aller Stände vereinzelt. Die geistig wachen Schichten hatten für ihr Leben und Denken aus der Atomisierung die Folgerung geschöpft. Es gab nur eine Organisation der Gesamtheit, den Staat, zwischen Volk und Staatsspitze waren keine inneren Beziehungen. Das Staatsleben war kriegerisch, der Bürger pazifistisch. Der Staat fand sich in Streit um Macht verwickelt, die Menschen fühlten weltbürgerlich. In einem Volke, das so empfindlich national ist wie das französische, war die Gesellschaft in den aufgeklärten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts gleichgültig gegen die politischen und militärischen Niederlagen des Königtums. Das aufgeklärte Bürgertum und seine Schriftsteller haben den noblen Ideen der allgemeinen Brüderlichkeit unter dem Menschengeschlecht für die neuere Menschheit Form gegeben. Aber in der dünnen, kühlen Luft individualistisch-utilitarischen Lebensgefühls faßten sie nicht tief genug Wurzel, um mehr als literarisches Dasein zu gewinnen.

Anfangs hatte der Absolutismus keine Ursache, sich in der neuen geistigen Umwelt unbehaglich zu fühlen. Sie war allerdings weltenweit von den gierigen Machtinstinkten entfernt, in denen seine Ursprünge wurzelten. Allein, ähnlich wie durch Zeitstrecken die Kirche auch von dem Geiste religiöser Gleichgültigkeit Nutzen zieht, der sie ungestört walten läßt, so hinderte die aufgeklärte Gesellschaft die innere Erstarkung der unbeschränkten Fürstengewalt nicht. Man hatte sich an den polizeilichen Rahmen des bürgerlichen Daseins gewöhnt. Ja der verständige Utili-

tarismus, die Gewohnheit, alles auf das Vernünftig-Zweckmäßige hin anzuschauen, waren der absolutistischen Staatslehre günstig. Man sah die Stände ruhig absterben, weil die Sonderberechtigung, die zudem sich auf unverständlich gewordene Gerechtsame zurückleitete, dem bürgerlichen Gleichheitsgefühl widerstrebte, das einen auf Vernunftgründe gestützten Individualismus notwendig begleitete. Der gleichmachende Geist von oben traf unten auf bereiten Boden. Die vielfältig geschichtete Gesellschaft des Mittelalters, in der die öffentliche Gewalt an viele Stellen verteilt war, in der es Herrschgewalt nicht ohne Teilnahme der Beherrschten gegeben hatte, war der geschichtslosen Vernunft entrückt. Diese fand ihr Ebenbild eher in einem Staatsbau, in dem alle Gewalt in einen Mittelpunkt zusammenlief, wo sie nach Zweckmäßigkeitsgründen gehandhabt wurde. Die Staatslehrer der Aufklärung vertieften die von den ersten Theoretikern des Absolutismus geschaffene Lehre einer notwendigen Einheit der Staatsgewalt. Die einheitliche Staatsgewalt ward die Leitformel für die Erstreckung der Macht über Land und Volk. Die Einheit wurde von der Gewalt auf den Gewaltbereich übertragen, vom Herrscher auf das Objekt der Herrschaft, vom Fürsten auf den Staat. Die gespenstige moderne Staatsidee tauchte auf. Der „Staat" wurde eine abstrakte Einheit, der einzige Träger öffentlicher Gewalt, die einzige Quelle alles Rechtes des einzelnen. Die Beauftragten des Fürsten handhabten gerne die verfeinerte Lehre vom allumfassenden Staat, der immer und überall der eine oberste Gewaltinhaber ist. Damals begann sich die Bureaukratie als verkörperte Staatsmacht zu fühlen. Dem Staatsbegriff wuchs das innere Drahtgeflecht. Es ist frühzeitig bemerkt worden, daß der Absolutismus in der Phase der Aufklärung viel rücksichtsloser zentralisierte, viel straffer die Zügel anzog, viel mehr Gewalt an sich nahm als in den ersten Jahrhunderten, da er noch urwüchsig auf dem Schwerte stand und, um die Macht unangefochten zu genießen, sich Beschränkungen durch die Überreste mittelalterlichen Ständewesens, durch weltliche und geistliche Herren gefallen ließ. Die behäbig patrimoniale Natur des früheren Absolutismus wich einer nüchternen bureaukratischen Art, die ihre Befugnisse nach den Regeln der Vernunft erweiterte.

Die neue Form des Absolutismus wurde vornehmlich die

Staatsart, die im protestantischen Deutschland sich heimisch machte, aber auch in die katholischen deutschen Staaten eindrang. Die Bürgerschaft, entwöhnt der Selbstregierung, eingesponnen in ihr privates Leben, zufrieden, wenn der Wohlstand sich mehrte und das Dasein ruhig hinfloß, gewöhnte sich an den von der aufgeklärten Staatslehre entwickelten Staatsbegriff und an den vom aufgeklärten Beamtentum gehandhabten Staatsmechanismus. Wenn sie ihm auch in jenen Jahrhunderten nur verständig, aber innerlich noch gleichgültig gegenüberstand, der Staat wuchs ins deutsche Leben, der Begriff wurzelte sich in das deutsche Denken ein. Die Bedingung war gegeben, damit er zur gelegenen Zeit auch in das bürgerliche Empfinden übertrat. Die Erinnerung entschwand, daß das öffentliche und private Dasein ehemals nicht geschieden war, daß der Inbegriff der Gemeinschaft nicht von jeher in dem über zerstreute Privatexistenz gebietenden, in eine Spitze zusammenlaufenden „Staat" aufgegangen war.

Das aufgeklärte Bürgertum freundete sich an das Regiertwerden um so unbefangener an, als die Regierungen in jenen Tagen sich bei Führung der inneren Verwaltung dem Zeitalter anpaßten. Es waren die Jahre des aufgeklärten Absolutismus. Die Fürsten, ihre Ratgeber und Helfer wandten ihr Interesse nicht allein einer grobschlächtigen Mehrung von Reichtum im Lande zu, wie die merkantilistische Weisheit gelehrt hatte. Es wurde erkannt, daß die Macht des Staates und der allgemeine Wohlstand auch mit der Beseitigung von Hemmungen zunahmen, wie sie ungerechte soziale Ordnungen erbringen, von Bedrükkungen, die die volle Kraftentfaltung der Staatsangehörigen ersticken. Die Theorien des wirtschaftlichen Individualismus regten soziale Reformen an. Man wandte die Aufmerksamkeit auf den kümmerlichen Zustand, in dem der Bauer dahinlebte. Von der Verbesserung seines Loses erwartete man Hebung der Produktivität und der Volkszahl, der die aufgeklärten Absolutisten ihre besondere Sorge zuwandten, bedeutete sie doch Zuwachs an Arbeitskräften und Soldaten. Der Drang, den Staat zu einem immer gleichförmigeren Verwaltungsgebiet zu machen, führte zur Schaffung von Gesetzgebungswerken aus dem einheitlichen Born des Naturrechtes, technisch ein Fortschritt, aber immerhin

wieder Zerstörung von urwüchsig Gewordenem, Mannigfaltigem durch Abstraktes und Ersonnenes. Die Sympathie der Staatsmänner war den Aufklärungsideen vornehmlich dort geneigt, wo diese Erweiterung der Staatsgewalt ermöglichten. Die freiere religiöse Strömung gestattete in den katholischen Ländern den Zugriff auf Kirchengut, wie ihn die protestantischen Fürsten mit der Reformation verbunden hatten. Der Staat nahm soziale Fürsorge, Erziehung und Schule als Entgelt auf sich. Man liebt es, seine kulturelle Arbeit zu rühmen. Sie war im Mittelalter von Städten, Korporationen und Kirche getan worden. Die Frage darf aufgeworfen werden, ob nicht bei Übergang in den Staatsbetrieb viel fruchtbares Keimwerk, viel geistiges Eigenleben verloren ging. Eine Fortbildung im autonomen Rahmen war möglich. Sie ergab vielleicht den gleichen äußeren Erfolg bei größerem inneren Reichtum. Da der Staat alles an sich riß, blieb keiner der alten Kulturkräfte Raum zur Entfaltung.

Zweifellos drang indes nicht bloß die Vernünftelei jener Generation in die Kanzleien der Fürsten, sondern auch etwas von der vorurteilslosen milderen Gesinnung der Aufklärung. Vielerlei wurde humanisiert. Die Grundsätze der Regierung paßten sich der Rechtlichkeit an, das gewaltsam Eigenwillige und Launische der absolutistischen Frühzeit streifte sich ab. Vielfach, nicht überall. Die Staatsgewalt umkleidete sich in ihrem inneren Gebaren mehr und mehr mit Gesetzlichkeit. Bedeutende Fürsten traten im Kostüm von „ersten Dienern des Staates“ und „Schätzern der Menschheit“ auf. Die subjektive Gutgläubigkeit, der Edelsinn eines Josef II. oder Friedrich des Großen soll nicht übersehen werden. Allein das Wesen der Institution wurde durch individuelle Tugenden einzelner ihrer menschlichen Träger nicht berührt. Auf die Nachfolger vererbte sich der philosophische Intellekt Friedrichs II. so wenig wie die noble Aufwallung Josefs II. Friedrich Wilhelm II. und III., Franz II. sind weder als Menschen noch als Regenten einer Teilnahme wert. Auch der aufgeklärte Absolutismus hat die Züge seiner Art, auch er ist Machtsucht, gestützt auf Militärgewalt, gefördert durch Krieg und kriegerregende Diplomatie, abzielend auf Eroberung von Menschen und Boden. Die milden Züge der Aufklärung wandelten sich in die finsteren Mienen der Tyrannei, wenn es

um Macht ging. Die Kriege des aufgeklärten Absolutismus sind nicht minder zahlreich und gewalttätig als die der ersten absolutistischen Jahrhunderte. Hatten diese ihre Kämpfe um das Welthandelsmonopol und den spanischen Erbfolgekrieg, so jener seinen österreichischen Erbfolgekrieg und den abscheulichen Handel um Polen. Von den vielen Kriegszügen des Absolutismus waren, wenn man die kulturelle Gewissenhaftigkeit der naturrechtlichen Staats- und Völkerrechts-Theorie ernst nahm, „gerechte" Kriege nur die Verteidigungsfeldzüge des Hauses Habsburg gegen den Sultan. Die Gelegenheit zur Machterweiterung, die die Aufklärung dem Absolutismus bot, nutzte er, im übrigen blieb er in Saft und Kern unveränderbar.

6. Kapitel

Aufklärung gegen Absolutismus

Am Ende rebellierte der Geist der Aufklärung gegen den Absolutismus. Dieser war eine Machtorganisation, jene eine Idee. Ideen sind trügerische Stützen, sie lassen sich jezuweilen in den Dienst von Interessen spannen, verlieren sich aber nie und quellen aus ihrem unzerstörbaren Wachstumstrieb über alle Rahmen. Der Absolutismus war rationalistischen Geistes, das Naturrecht hatte ihm Beweisgründe beigegeben, die Aufklärung einen ihm handlichen Staatsbegriff ausgearbeitet. Aber Rationalismus, Naturrecht und Aufklärung haben später die explosiblen Gedanken geschaffen, die den Absolutismus entwurzelten.

Die geschichtliche Größe der Aufklärung kam erst mit ihrem Kampf gegen den Absolutismus. Der aufgeklärte Absolutismus blieb ein von der Hauptstraße abirrender Seitenpfad, der ins Leere endete. Der breite Weg der Aufklärungsideen, der die europäische Gesellschaft weiterführte, lief in anderer Erdrichtung. Die Aufklärer eröffneten die mächtige Gegenbewegung gegen den absolutistischen Gedankenkreis. Sie dachten und verbreiteten die Ideen, die den neueren Nationen aus der politischen

Deklassierung emporhalfen, welche die Staatsordnungen der unbeschränkten Fürstenmacht an ihnen verübt hatte. Der aufgeklärte Bürgergeist lehnte sich allmählich gegen eine Herrschgewalt auf, die ihn nicht als Subjekt öffentlicher Gerechtsame gelten ließ. Er fühlte sich geistig vollfrei, überlegen den Verhältnissen, die ihn umgaben, durch seinen kritischen Scharfblick. An der Vernunft und ihrer Souveränität gemessen, war das Ganze der sozialen Welt im ancien régime fehlerhaft. Der Widerspruch entwickelte sich am ärgsten in Frankreich, wo der Absolutismus mit den ihm eingeborenen Willkürlichkeiten am stärksten gegen das Selbstbewußtsein eines reichen, aber rechtlosen Bürgertums, gegen die Reizbarkeit einer geistvollen, aber in die Fesseln einer unfreien Staatsordnung geschlagenen Intelligenz rebellierte, wo niederdrückendes Elend in den bäuerlichen Gegenden am schroffsten von der tollen Üppigkeit eines verderbten Hofes abstach. Die französische Aufklärungsliteratur wurde eine der tiefpflügenden Bewegungen in der europäischen Geistesgeschichte. Sie hat nicht alle Ideen, die sie in den Fluß der Entwicklung warf, allein gefunden, aber sie gab ihnen die federnde Kraft, auf Bau und Gesamtgeist der Gesellschaft Wirkung zu üben. Die Ideen haben nicht überall durchgeschlagen und auch, wo sie die alten Mächte austilgten, nicht durchwegs befriedigende Bildungen an die Stelle setzen können. Geist und Einrichtungen, die sie in ungestümem Frontangriff vertrieben, vermochten manchenorts und mancherart auf Umwegen sich wieder einzuschleichen. Freiheit und Selbstregierung hatten, den Verhältnissen der Jahrhunderte angepaßt, in der mittelalterlichen Gesellschaft geblüht. Die Ideen der Aufklärung vermochten ein modernes Gegenstück zur ersten, urwüchsigen und doch schon feingegliederten Staatskultur des nachantiken Europa nicht hervorzubringen. Allein dies mindert das Gewicht der Gedanken und die Bedeutung ihrer Schöpfer nicht. Die Aufklärung hat Europa vor politischer Verknöcherung bewahrt, und die Bewegung zur Aufrichtung einer Welt wahrer Freiheit und Selbstregierung der Nationen ist trotz zeitweiligen Stillstandes, trotz manches wunderlichen Zickzacks nicht aus ihrer Bahn gekommen.

Die französischen Aufklärer wollen den Menschen und Bürger

frei machen, sie nehmen ihn in dem sozialen Zustande und in der Denkweise, in die ihn einige Jahrhunderte unumschränkter Herrschaft gebracht haben, als einzelnen, der sich als eine nach allen Seiten freie Persönlichkeit fühlt. Das Schrifttum der Aufklärung will diesen einzelnen vom Fluche erlösen, ein Sandkörnchen im Haufen zu sein, über den die staatlichen Gewalthaber gebieten. Das bürgerliche Individuum soll der Staatsmacht mit Eigenrecht gegenüberstehen. Die Masse loser Einzelexistenzen, in die der Absolutismus die mittelalterliche Gemeinschaft zermürbt hatte, wollen sich vom öffentlichen Zwange sondern. Sie erhoben Anspruch auf ein Gebiet, das ihnen, unbekümmert um den staatlichen Apparat und seine Bedürfnisse, als freies Eigen zugehöre. Der Absolutismus hatte den Bürger zum Privatmenschen herabgedrückt. Der Privatmensch scheidet sich nun vom Staate. Die naturrechtlichen Absolutisten ließen den Staat durch Vertrag zustande kommen, sie lehrten, daß der Fürst seine Macht kraft Übertragung durch die Staatsangehörigen übe. Nun griffen die naturrechtlichen Aufklärer hinter den Vertrag zurück in den Zustand der natürlichen Ungebundenheit. Das Individuum bringt unveräußerliche Freiheiten und Rechte mit zur Welt, die es nicht von der Staatsmacht empfängt, sondern vor ihr, unabhängig von ihr und, wenn es sein muß, gegen sie besitzt.

Die natürliche Freiheit des Menschen war ein religiöser Gedanke. Die Inbrunst persönlicher Frömmigkeit hat ihn erzeugt. Nur der Glaube an ein Überirdisches konnte die Kraft haben, das einzelne schwache Individuum stark zu machen gegen die Staatsmacht, die ihm den Glauben nehmen wollte. Das Urchristentum setzte die Glaubensfreiheit gegen die Gewalt des römischen Imperiums. Und als in den Zeiten der europäischen Glaubenskämpfe im Namen der unumschränkten Herrschermacht, des „Staates", in den Bereich persönlichen Bekenntnisses eingegriffen wurde, gebar der Glaubenseifer der Reformierten in den absolutistischen Reichen die trotzige Lehre, daß der Mensch natürliche, von Gott gesetzte Freiheit besitze, die über das Recht des Staates hinausgehe, das nur menschliche Satzung sei. Frankreich, Holland, Schottland arbeiteten an dieser Lehre, sie erprobte sich in den englischen Glaubens- und Verfassungskämpfen, wanderte mit ihnen aus der religiösen Sphäre in die

bürgerlich-weltliche. Die angeborene Freiheit des menschlichen Individuums als Schutzwall gegen die Staatsgewalt wurde ein der neuen europäisch-amerikanischen Gesittung eigener Gedanke. Die antike Kultur in ihrer Freiheit hatte ihn nicht, der Vollbürger war Teilhaber der Staatsgewalt, diese aber ungemessen. Die subjektiven Freiheitsrechte des Bürgers zielten gegen den Absolutismus; eine Lehre, die Schranken der Staatsgewalt aufstellte, mußte die unbeschränkte Fürstengewalt verneinen. Die Tafel der Freiheitsrechte stand später an der Spitze aller gegen den Absolutismus aufgerichteten Verfassungen. Ihren vollen Sieg dankt die Idee der unveräußerlichen, angeborenen Freiheitsrechte der einleuchtenden, durchschlagenden Gewalt, die ihr innewohnt. Wie sollte das Individuum, das sich als Quelle schöpferischer Kraft fühlt, das der höchsten Menschengabe, der Vernunft, teilhaft ist, stummes Werkzeug einer anderen Gewalt sein, und würde diese auch im Namen irgendeiner Allgemeinheit gehandhabt, die weit oben über den Individuen thront! Die Kraft, Persönlichkeit zu befreien, die von der rationalistischen Aufklärung ausging, ist ein unverlierbarer historischer Besitz der abendländischen Menschheit geworden.

Würde diese lockende Idee zur allseitigen Befreiung führen? Die Geschichte mußte die Probe darauf geben.

Wie der Rationalismus in seiner auf die Vernünftigkeit gestellten Freiheitsidee im allgemeinen menschlichen Bereich eine unvollkommene Schöpfung hervorbrachte, so waren auch seine subjektiven Freiheitsrechte als Schranke der Staatsgewalt, die in den besonderen politischen Bereich gehören, nicht vollfrüchtig. Sie trugen nicht den Zwang in sich, einen materiell freien Vollbürger zu schaffen, noch zu einem solchen zu erziehen. Sie grenzen dem Bürger einen Bezirk persönlicher Freiheit ein. Allein sie lassen die Fülle der Macht doch dem Staate. Es ist ein Exempel von Statik und Dynamik. Die persönlichen Freiheitsrechte sind eingehegt. Sie können nicht wachsen, wohl aber die Gewalt des Staates. Denn dieser kann im Namen des allgemeinen gegen den engen Privatnutzen sprechen, und seine Gewalt folgt wirklich den Bedürfnissen. Sie hat nicht bloß außerhalb des Gebietes der Freiheitsrechte offenen Spielraum, sie kann auch, da die Mittel für den Schutz der staatsfreien

Bürgerbefugnisse doch nur staatlicher Natur sein können, in das umhegte Feld einbrechen. Volle Wahrheit würden die Bürgerfreiheiten nur, wenn die vom Absolutismus begründete Staatsgewalt gänzlich verschwindet. Würde dieser Zustand geschichtliche Gestaltung werden? Wo nicht, dann blieb es von der Kraft des Bürgers abhängig, wie weit er sich der Staatsmaschine erwehren kann. Und dieses Maß von Kraft wieder ist relativ, es steht in Beziehung zur Macht des Staates. Wo dieser sich stark zu erhalten weiß, verkümmern die Freiheitsrechte. Preß-, Lehr- und Lernfreiheit sind gebrechlicher Art. Die Kraft der Bürger, ihrer Rechte sich zu wehren, ist ein Ausfluß ihres Willens, sich der organisierten Staatsgewalt zum Kampf zu stellen. Die Scheidung eines privaten von einem öffentlichen Kreise bürgerlichen Daseins kann aber gerade den Zauber nicht in sich haben, Bürgertugend zu züchten. Der Privatmensch im Bürger gewöhnt sich gerne, unter seinen Freiheitsrechten Unterschiede zu machen: Solche, die ihm zur Bequemlichkeit des Fortkommens nützlich und nötig sind — die wird er hüten. Andere, die ferner liegen, nicht gerade in den Tag hineinreichen, werden ihm gleichgültiger sein. Die Staatsgewalt braucht sich dieser bürgerlichen Denkweise nur anzupassen und mag trotz der Tafel der Freiheitsrechte ziemlich tief in den grundsätzlichen Staatsdespotismus zurückgaloppieren. Die alten Gewalten können sich über einen ins Private verstrickten Bürger immer wieder erheben. Oder es kann trotz breitester Demokratisierung des in dünne Spitzen auslaufenden Staates zu oligarchischen Zuständen kommen, die Demokratie zu einer nur „formalen“ herabsinken.

Das Problem ist eben nicht vom privaten Leben aus zu lösen, sondern nur vom öffentlichen. Der Bürger ist frei, wenn es über ihm keine Staatsgewalt und keinen Staatsapparat gibt, d. i. keine Macht und keinen Apparat, die ohne Mitwirkung des Bürgers tätig werden können. Die subjektiven Freiheitsrechte machen den Bürger zum freien Menschen, wenn er selbst ihr Hüter ist. Sie setzen einen Bürger voraus, der sich nicht mit dem lebendigsten Teil seiner Kraft in das private Sein vergräbt und an das gemeine Wesen sich nur erinnert, wenn der „Staat“, der neben und über ihm lebt, ihm die Kehle einzuschnüren droht. Die Staatsgewalt muß sich in Bürgergewalt verwandeln. Wo

immer Gemeininteresse zu verwirklichen ist, muß ein lebensrüstiger Bürger stehen, nicht der „Staat", im konkreten Falle ein Organ, ein Beamter einer Gewalt, die sich als abstrakte Staatsmacht ausgibt. Die subjektiven staatsfreien Rechte von den Bedürfnissen der Allgemeinheit richtig abzugrenzen — das vermag im allgemeinen und einzelnen nur der selbstregierende und selbstverwaltende Bürger.

Die Aufklärung war nicht blind gegen die Zusammenhänge von bürgerlicher Freiheit und Staatsmacht. Sie griff die absolutistische Gewalt nicht bloß mittelbar von den Bürgerfreiheiten her an, sondern unmittelbar durch Verneinung ihrer Souveränität über Land und Leute. Zwei Lösungen wurden gegeben, die gemäßigte Montesquieus und die radikale Rousseaus. Montesquieus Lehre von der Gewaltenteilung ist schöpferische Kritik am Absolutismus, der alle Fülle der öffentlichen Gewalt in sich geschlungen hatte. Theoretisch unvollkommen, daher praktisch kaum irgendwo restlos verwirklichbar, konnte die Lehre von der Gewaltenteilung gleichwohl stärkste geschichtliche Wirkung üben, konnte, indem sie Baugedanken für die Umkonstruktion von Regierung und Verwaltung bereit hielt, dazu beitragen, daß die dem Wesen und Wert der europäischen Nationen feindliche Barbarei einer unumschränkten Herrschergewalt beseitigt werde. Allein wie die Lehre von den subjektiven Freiheitsrechten klebte auch die Idee der Gewaltenteilung am Gegebenen. Jene nahm den Menschen zu einseitig in seiner sozialen Vereinzelung. Diese machte sich das Willkürliche an der vom Absolutismus geschaffenen Staatsgewalt nicht genügend klar. Vor der Exekutive des Staatsoberhauptes machte sie zaghaft halt. Und doch ist gerade diese der Kern der Staatsgewalt. Bei genauerer Kenntnis der britischen Staatseinrichtungen hätte Montesquieu aus England ein Verfassungsschema mitbringen können, das den unter der Herrschaft des Absolutismus entstandenen Inbegriff der Staatsgewalt gründlicher zerstört hätte. Gesunde politische Zustände konnten nach dem Sturz der absolutistischen Regierungen das Erbe der Festlandstaaten werden, wenn jene nicht durch einen Konstitutionalismus oder Parlamentarismus, sondern durch eine Ordnung ersetzt werden konnten, die auf die Wurzeln des englischen Staatsgeistes zurückgingen. Nicht Teilung der Gewalt

zwischen König und Parlament, vielmehr Sammlung der Macht bei den Vertretern der Nation, nicht Exekutive durch eine vom Herrscher bestellte Beamtenhierarchie, sondern Verwaltung durch die städtischen und ländlichen Ortsverbände, durch Körperschaften, nach Gesetzen und Weisungen, die eine Vertretung dieser Körperschaften, das Parlament, beschließt oder durch einen von ihm bestellten Ausschuß, das Kabinett, ergehen läßt — so war auch im 18. Jahrhundert die Verfassung Englands. Sie ist aus der mittelalterlichen Ordnung herausgewachsen und hat sich, im Wesen unverändert, bis in unsere Tage erhalten. In diesem Bauwerk war eine Entwicklung von der Adelsoligarchie zur breitesten Demokratie möglich, und unter allen den herrschenden Staatsformen war die englische bis in die Tage der europäischen Staatenkatastrophe die vergleichsweise vollkommenste. Die englische Staatsidee, so wenig wie die Freiheit des Mittelalters, kennt die Gewaltenteilung. Mit Aufnahme der britischen Ordnung wäre das kontinentale Europa in Geist und Organisation des öffentlichen Lebens hinter den Absolutismus zurückgegangen. Die nach dem Schema der Gewaltenteilung entworfenen Verfassungen konnten um den Felsblock, den der Absolutismus mit seiner Regierungsgewalt in den freien Fluß des gesellschaftlichen Lebens gestellt hatte, nicht herumkommen. Der bureaukratische Zentralismus blieb ihnen erhalten. Konnte das Staatshaupt beiseite geschoben werden und bildete sich eine Parlamentsherrschaft aus, was gar nicht im Geiste der Gewaltenteilung lag, so mußten Parlament, Parteien und Parlamentarier auf Schleichwegen in die Verwaltung eindringen und diese zersetzen, ohne daß das Wesen freistaatlicher Ordnung, die Verwaltung des Landes durch den Bürger selbst, ehrlich und wahrhaftig zum Durchbruch kam. In Ländern, die am Schema der Gewaltenteilung klebten, aber die volle Auswirkung der parlamentarischen Macht nicht sahen, blieben Regierung und Verwaltung, wie im Absolutismus unverhüllt eine fremde gebietende Macht über dem Bürger. Die Lehre von der Gewaltenteilung überschätzt die „gesetzgebende" Gewalt. Gewiß! Der Bürger soll durch allgemeine Anordnungen, die nicht von einer Vertretung des Volkes ausgehen, nicht verpflichtet werden können. Aber die „ausübende" Gewalt bleibt darum doch das Kernstück der

Staatsmacht. Sie wird bei der Zerlegungsmethode nicht berührt. Bleibt aber, in welcher politischen Umgebung immer, die Zusammenfassung von Regierung und Verwaltung in einem Mittelpunkt an der Spitze des Staates, behält diese alle Fäden in der Hand, leitet sie alle öffentlichen Dinge, reicht ihr Arm durch eine Kette von beamteten Menschen, die ihre Weisungen erfüllen, in alle Winkel des Landes — dann hat der Bürger immer wieder eine Macht über sich. Er mag einzelne politische Rechte ausüben, im Wesen wird er Gegenstand der Exekutive sein, nicht ihr Meister. Die Sonderung von beherrschten Bürgern und beherrschender Staatsgewalt wird durch die Gewaltenteilung nicht beseitigt, zumal wenn eine unter solcher Verfassung lebende Bürgerschaft stärkeren Nachdruck auf die subjektiven staatsfreien Menschenrechte legt und sich, im privaten Treiben unbeirrt, der Verantwortung für das Gemeinwohl gerne entschlägt.

Kommt die Idee der Gewaltenteilung nur dem Scheine nach um die Ecke der Souveränität hinweg, so hat die radikale Gedankenwelle, die von Rousseaus contrat social ausging, die Lösung kurzweg vereinfacht. Durch Rousseau ist die Generation hindurchgegangen, die sich von Rationalismus und Aufklärung abwendete, in seiner tiefgründigen Persönlichkeit und seinen aufwühlenden Schriften ist eine der Wurzeln des reichen romantischen Lebensgefühls nachzugraben. Aber mit seiner Staats- und Gesellschaftslehre steht Rousseau noch völlig in der Aufklärung und deren Vernünftigkeit. Sie ist reinstes Naturrecht, der contrat social geht bis an die äußerste Kante rationalistischen Staatsdenkens, zugleich ist er die schärfste Feindseligkeit gegen die absolutistische Auffassung. Rousseau nimmt die Vertragstheorie, wie sie in der freiheitlichen Luft des Hochmittelalters formuliert wurde, als striktesten Beweis gegen jede angemaßte Gewalt. Schneidet man den „Unterwerfungsvertrag", den die Absolutisten künstlich in die Vertragsidee hineinvernünftelten, weg, so bleibt wirklich nichts übrig als die Lehre Rousseaus, daß das Zusammenleben im Staate nur auf der Gleichheit aller, unter gegenseitiger Achtung der Gleichheit, gegründet sein könne. Dazu geht auch die Staatsidee Rousseaus von dem obersten Satz aufklärerischer Lebensanschauung aus, von der Freiheit des Individuums. Der Mensch begibt sich, wenn er den Gesellschafts-

vertrag schließt, nicht seiner Freiheit, er wandelt sie nur aus einer natürlichen, die seine physische Stärke schützt, in die bürgerliche, die die Gemeinschaft und ihr Gesetz ihm sichert. Der Staat ist nach Rousseau eine Gesellschaft von Freien und Gleichen. Hat Hobbes aus dem naturrechtlichen Staatsvertrag die radikalste Folge für den Absolutismus abgeleitet, so Rousseau für die Demokratie. Dem rationalistischen Absolutismus wird am Ausgange aufklärerischen Denkens als dessen Schlußwort die rationalistische Demokratie entgegengestellt. Nichts Revolutionäreres gibt es über den contrat social hinaus. Die politisch-radikale Literatur des Abendlandes hat wirklich nichts mehr hervorgebracht, was Rousseau gedanklich überboten hätte. Alle Ideen des politischen Radikalismus gehen auf Rousseau zurück. Aus seinem Buche konnte jede radikale Bewegung ihre letzten Argumente holen. Wer sich zu Rousseau bekennt, kann nicht ruhen, ehe die politische und soziale Gleichheit aller durchgeführt ist; er verlangt in der Verfassung die weitgehendsten Wahlrechte, die Volksabstimmung, die Beseitigung jeder Art von Vorrecht, sei es des Besitzes, sei es der Bildung in der Ausübung der öffentlichen Befugnisse, er heischt eine Gesellschaft, die keine Ungleichheit des Vermögens duldet. Er wird diese Forderung aus Rousseau ableiten können, obwohl dieser selbst das Eigentum unberührt ließ. Die Beschränkung, die sich der Lehrer auferlegte, bindet aber den Schüler nicht, da die Grundsätze des Meisters jede sozialistische und kommunistische Schlußfolgerung zulassen. Die Lehren Rousseaus mußten, als die Volksmasse Herrin ihres Schicksals wurde, alle zahmeren Programme der Aufklärung schlagen. Sie dulden keine Gewalt über den Bürger, die nicht ihren Auftrag vom Volk, dem einzigen Staatsoberhaupte, erhält. Die Beschränkung der königlichen Gewalt genügt ihnen nicht, da sie jener Eigenmacht überhaupt nicht zuerkennen können.

Aber auch der Revolutionär Rousseau, der keinen volksfremden Willen über dem freien Bürger wollte, lebte im Schatten der eingewurzelten Staatsidee des Absolutismus. Die Souveränität des Fürsten bestand vor ihm nicht. Er setzte ihr eine andere Souveränität gegenüber, den allgemeinen Willen; Volkssouveränität, wie man nach Rousseau kurzweg sagt. Aber doch

Souveränität, d. h. eine Gewalt, die dem vergesellschafteten Menschen das Schicksal spricht. Die Souveränität, die Gewalt des Staates über den einzelnen, die keinen Widerspruch duldet, wenn sie im Namen der Allgemeinheit ihr Urteil fällt, war die Kette, die der Absolutismus der Bürgerschaft überwarf. Der Fürst, der Land und Leute als Eigen und Erbteil hielt, strebte nach Unumschränktheit des Willens, diesen setzte er mittels der Macht der Waffe durch. Das Recht zu solcher Überhebung leitete er vernunftgemäß ab. Es müsse doch im Staate eine Machtquelle geben, von der alle andern abgeleitet sind, eine höchste Gewalt, in der die Einheit des Staatskörpers ihre Seele hat. Im Mittelalter war das Bedürfnis nach solch straffer Einheit nicht vorhanden. Der mittelalterliche Staat war ein Nebeneinander von Rechten und Verwaltungszentren. Die mittelalterliche „Freiheit", in diesen Jahrhunderten ein wohlverstandenes und eifersüchtig gehütetes Gut, ruhte geradezu auf dem Mangel an einer Souveränität, diese mußte sich just durch Vernichtung der Freiheit emporkämpfen. Wo Souveränität, da steht die Freiheit zurück. Wirklich ist Rousseaus Volkssouveränität mit dem Schatze, den sich die Aufklärung erfocht; mit der Idee der subjektiven staatsfreien Bürgerrechte nicht durchweg im Einklang. Der contrat social hat zur Folge, daß der Wille der Allgemeinheit die persönliche Freiheit genau so in sich schlingt wie der fürstliche Absolutismus. Wohl ist die Gemeinschaft eine Gründung der einzelnen; aber sie kommt zustande, indem das Individuum sich seiner Freiheit zugunsten des allgemeinen Wohles entschlägt. Der Genosse muß sich mit all seinem Rechte dem allgemeinen Willen verschreiben, es kann sein, daß ihm von seinen angeborenen Rechten gar nichts übrigbleibt. Rousseau untersucht wohl die Grenzen der Souveränität des allgemeinen Willens, er meint, dieser könne die Bürger nicht mit einer dem Gemeinwesen unnützen Fessel belasten. Aber Richter über den Umfang seiner Befugnisse ist der Souverän. Er darf nur nicht Ungleichheiten in der Belastung der Untertanen verfügen.

Die Menschen der Aufklärung konnten die volle Konsequenz aus dem Souveränitätsbegriff Rousseaus nicht wollen. So mußten zwiespältige Verfassungen entstehen. Die Souveränität des allgemeinen Willens mußte mit den eingeborenen Menschenrechten

eine Vernunftehe eingehen, die nicht immer harmonisch verlaufen konnte. Auch hier lauerte die Gefahr der formalen Demokratie. Denn das Mittel, den allgemeinen Willen ausfindig zu machen, ist die Abstimmung. Nicht mehr rationalistisch, sondern spitzfindig leitet Rousseau ab, daß die Mehrheit alle Kennzeichen des allgemeinen Willens an sich habe, dieser aber könne nur auf das allgemeine Wohl abzielen. Die Abstimmung entsendet nun in größeren Demokratien Vertreter des allgemeinen Willens. Rousseau verwirft wohl die Auffassung, daß die Parlamente das Volk vertreten können. Doch die Repräsentativverfassungen, die nicht seines Geschmackes sind, haben sich in allen modernen Demokratien als praktisches Auskunftsmittel durchgesetzt, und es wird angenommen, daß auch aus dem Raten und Taten der Abgeordneten, wenn sie verfassungsmäßig richtig gewählt sind, der heilige Geist des Rousseauschen allgemeinen Willens reden müsse. Der Bürger überläßt die öffentlichen Geschäfte dieser Versammlung der Volksrepräsentanten und geht, wenn seine subjektiven Freiheitsrechte weit genug gezogen sind, seinen Privatgeschäften nach. In der Kammer und ihren Führern können sich mittlerweile die durch Gesamtwahlen doch verdrängten Sonderinteressen, als allgemeiner Wille verkleidet, voll ausleben. Freilich nach Rousseau würde dies die Reinheit und somit die Souveränität des allgemeinen Willens ausschließen. Doch wer entscheidet? Mehr noch! Die Volkssouveränität, mit ihrer ganzen Macht einmal durch die Stimmabgabe übertragen, lauert in jedem Parlament und in allen von diesem entsandten Leitern der Regierung. Sie kann jezuweilen angerufen werden, und dann müssen sich der obersten Gewalt, auch wenn die formal verfassungsgerechte Regierung und Kammermehrheit nicht das allgemeine Beste wollen, alle Bürgerfreiheiten beugen. Hingabe des Staatsbürgers bis zum äußersten, die ja die Souveränität des Volkes fordert, kann für höchst undemokratische Sonderziele verlangt werden. Ein Gedanke weiter. Rousseau billigt, daß die volle Gewalt des souveränen Volkes in Zeiten dringlicher Gefahr einem Diktator übertragen werde. Die Souveränität kann nun in Tagen der Erschlaffung leicht in die Hand eines Mannes geraten, der das Volk die Entstehung von Absolutismus in abgekürztem Lehrgange durchmachen läßt. Dann steigt aus dem

Grunde der Volkssouveränität eine Militärdespotie auf, oder ein Demagoge größeren Stils vermag die gesammelte Macht des Volkes an sich zu bringen. Die Gefahr drohte jeder geschichtlichen Demokratie, die nicht die Weisheit der Aristokratie nachahmt und die Fülle der Regierungsgeschäfte an mehrere Amtsträger verteilt. Sie wird um so drohender in den modernen Demokratien, die von den absolutistischen Jahrhunderten die Zusammenballung von Regierung und Verwaltung, die verdichtete Staatsgewalt und das Vorurteil für sie geerbt haben. Die Volkssouveränität kann sich — in Zeiten einer Gesellschafts- oder Staatskrise — schließlich auch in die Hand einer Partei oder Parteisekte verirren, die sich für auserwählt hält und, den von ihr vermuteten gegenwärtigen oder gar künftigen allgemeinen Willen gleichsam vorwegnehmend, ihren Willen der Gesellschaft aufzwingt, die „Diktatur" ausübt und wie alle Diktatoren mit Hilfe bewaffneter Prätorianer im Namen der Volkssouveränität Schrecken über das Volk bringt. Rousseaus Buch schließt solche Unglücksfälle nicht aus, obwohl sie seinem auf schrankenlose Freiheit gerichteten Wesen völlig zuwider sind. Der allgemeine Wille ist nach ihm immer der richtige. Wer sich darauf beruft, daß er und seine Partei ihn verstehe und verwirklichen wolle, rechtfertigt vor sich und seinen Anhängern bald die Diktatur und ihre Übergriffe. Die Souveränität war ein Produkt der Gewalt und künstlichen politischen Denkens. Ihr Gegensatz ist die Selbstregierung und Selbstverwaltung der vielfältigen Volksgesellschaft, die Verteilung der öffentlichen Aufgaben nach Lokal-, Wirtschafts- und Berufsbedürfnissen. Rousseaus Benommenheit durch den rationalistischen Souveränitätsbegriff wird nicht am letzten daran wahrgenommen, daß er keinen Sinn für Selbstverwaltung hat. Er nimmt die Atomisierung der Bürgerschaft, ein geschichtliches Ergebnis absolutistischen Regierens, für eine Voraussetzung unverfälschten Hervortretens des allgemeinen Willens. Jeder Staatsbürger solle von allen anderen vollkommen unabhängig und dem Gemeinwesen gegenüber vollkommen abhängig sein. Das schließt nicht nur Herrschaftsbeziehungen von Bürger über Bürger, sondern auch Korporationen mit öffentlichen Befugnissen und Macht über ihre Glieder innerhalb des Staates aus. Dem souveränen Volke will

Rousseau nur die gesetzgebende Gewalt zuteilen, nicht auch die vollziehende. Diese gehöre der Regierung, einer zwischen Untertan und Staatsoberhaupt eingeschobenen, vermittelnden Einrichtung. Rousseau folgt hier der Theorie von der Gewaltenteilung, die er im Grunde für unvereinbar mit seiner Souveränitätslehre hält. Obwohl er zur Demokratie bemerkt, daß der Gesetzgeber am besten wisse, wie das Gesetz ausgelegt werden soll, lehnt er die Vollziehung der Gesetze durch den Volkskörper ab, der sie zu geben hat. Er quält sich mit der Frage, wie eine echte Demokratie möglich sei, und verneint sie, weil ihm die Anschauung dafür fehlt, daß die wahre Demokratie in nichts anderem besteht als darin, daß die Bürgerschaft die Gesetze, die sie gibt, auch selbst durchführt. Gesetzgebung und Vollziehung in einer Hand, das ist Selbstregierung. Verwunderlich genug für den begeisterten Bürger der Stadtrepublik Genf und für einen Schweizer, der Rousseau war, geht er an dem Beispiel sich selbst verwaltender Gemeinschaften, die sein Vaterland bot, vorüber und haftet mit seinem Räsonnement am rationalistischen Staatsdenken, das in seiner absolutistischen Zeit autonomem demokratischen Wesen feindlich, in seiner antiabsolutistischen Ära vollebendige Demokratie nicht zu erzeugen vermocht hat. So blieb der Souveränitätsbegriff an ihm kleben, während eine Staatsgesellschaft, die wirklich auf der Selbstbestimmung des Volkes ruhen und die wirklich vor der Drohung bewahrt sein will, daß aus ihrer Mitte sich über sie eine Zwangsherrschaft erhebe, in Denken und Einrichtungen jede Art ausschließender oberster Gewalt meidet. In der freien mittelalterlichen Staatenwelt sucht man den Souverän vergebens.

7. Kapitel

Rationalistischer Geist der französischen Demokratie

Für die Staatsideen der französischen Aufklärer kam ihre geschichtliche Stunde in einem der großen Menschheitsstürme. Die

Revolution von 1789 war nicht eine unmittelbare Wirkung der neuen Kettenideen über Bürgerfreiheit, aber eine Gelegenheit für sie alle. Das Schicksal der anderen kontinentalen Monarchien zeigt, daß Ideen allein eine Staatsmacht, wenn sie noch fest gefügt ist, nicht umwerfen. Gewalten und Systeme fallen nur durch sich selbst, indem sie sich aufbrauchen. Das französische Königtum, die stolzeste absolutistische Schöpfung, stürzte nieder, weil seine Träger und Diener seine Wurzeln abgefressen hatten. Kriegsmacht und Finanzgewalt waren die Lebenskraft des Absolutismus. Eine Fürstengewalt, die unglückliche Kriege führt, durch Mißerfolge in der äußeren Politik ihre Gottähnlichkeit gefährdet, die überdies durch unglückliche Ausgabenpolitik die finanzielle Unabhängigkeit einbüßt, wird reif für den Untergang. Die große Revolution traf in dem Regime Ludwigs XVI. einen verfaulten Stamm, der auf den ersten Anhieb zusammenbrach. Die absolutistische Staatsidee hatte sich widerlegt. Sie mußte vor dem Gedankenschwarm der Aufklärer weichen. Daß in der entfesselten Welt dann die besonnenen vor den radikalen Ideen nicht standhielten, verriet allerdings die gewaltige Spann- und Sprengungskraft, derer Ideen mächtig sind. Frankreich hat nach dem Fall seines ancien régime fast ein Jahrhundert stärkster innerer Schwankungen erlebt. Aber die Entwicklung der alten Staatsgewalt war für dieses Land beendet. Die wechselnden Regierungsformen wuchsen unmittelbar aus dem Saatfelde, das die Revolution und ihre Ideen bestellt haben. Die Franzosen wickelten alles heraus, was in den Gedanken ihrer Aufklärer stak: Verfassungen, gemengt aus den Lehren der Gewaltenteilung und Rousseaus, die aus Rousseau abgeleitete Umbiegung der Demokratie in die Diktatur einer Parteigruppe — Terreur und Diktatur der Jakobiner sind rotglühend gewordene Kapitel aus dem „Gesellschaftsvertrag“ — dann die Diktatur eines Militärs, Absolutismus auf dem Parkett der Volkssouveränität, mit ihrer späteren Nachäffung durch einen nichtmilitärischen Ausnützer des allgemeinen Willens, endlich die kommunistischen Folgerungen aus Rousseau, eine Reihe von Putschen, die alle das jakobinische Muster nachahmten bis zum letzten, der Kommune von 1871.

In all dieser geschichtlichen Bewegtheit hat sich der neufranzösische Staat und das neufranzösische Staatsdenken zu einem

scharf umrissenen Typus herausgebildet. Beherrschendes Merkzeichen ist grundsätzlicher Individualismus in der Auffassung des staatsbürgerlichen Lebens. Der Franzose will sich in seinem wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Dasein als freier und unabhängiger Privatmensch fühlen. Er hat den Anspruch seines ancien régime abgeschüttelt, daß der „Staat" in allem und jedem den Untertan, dessen Lebenslust und Lebenswärme überwölbe. Was nach Staatsallmacht, nach étatisme aussieht, wird vom Empfinden der Bürger, vom Geist der Gesetzgebung und Rechtsprechung wie von der Theorie der Staatslehre abgelehnt. Das ist der dauernde Gewinn der politischen Umwälzung. Die Freiheit des einzelnen vom Mönchsgelübde zur Staatsoberherrschaft ist Gemeinbewußtsein der Gesellschaft im neueren Frankreich. Aber der „Staat", den seine Könige aufgerichtet haben, ist nicht verschwunden. Über der bürgerlichen Gesellschaft, die der staatlichen Allgemeinheit nur ein Mindestmaß von Rechten auf das tägliche Leben ihrer Angehörigen einräumt, erhebt sich eine stark zentralistische Verwaltungsmaschine, ein Bureaukratismus, der dem geistvollen Volke eine Zielscheibe belustigten Ärgers ist, den es aber durch alle politischen Gewitter geduldig weiterträgt. Das französische Departement-, Präfekten- und Ministerialsystem ist in den gärenden Jahren der Revolution und der Cäsarenherrschaft Bonapartes erdacht und aufgestellt worden, wie der alte Absolutismus ein Erzeugnis des rationalistischen Staatsdenkens, für das die willkürliche, vom Verstand ersonnene, der trockenen Zweckmäßigkeit angepaßte Regierungs- und Verwaltungsart geschichtlich kennzeichnend ist. Diese äußere Einrichtung des neufranzösischen Staates und der Geist, der den Apparat von oben nach unten durchdringt, ist gleichermaßen aus der Rousseauschen Anschauung über Regierung und Verwaltung, wie aus dem, das alte absolutistische Vorbild scharf nacharbeitenden Herrschbedürfnisse der Napoleonischen Militärmonarchie hervorgegangen. Beide geistigen Sprößlinge des Vaters Rationalismus haben kein Verständnis für die den „Staat" als Machtapparat beseitigende demokratische Selbstverwaltung. Wirklich geht diese der französischen Gesellschaft bis in die heutigen Tage fast vollkommen ab. Der „Staat" und die Bürger führen nun in dem freien Frankreich das Leben von

Eheleuten, die vor der Welt gemeinsam haushalten, aber Tisch, Bett und Gemüt getrennt haben. Der Staatsapparat wird von dem auf seine Freiheit eifersüchtigen Volke ertragen, weil dieses für den „Staat" nichts übrig hat. Seine brennende Leidenschaft ist die Nation und der Boden Frankreichs, für diese, für ihren Ruhm und Glanz, schlägt sich der Franzose, für sie stirbt er. Die Nation in Frankreich umschließt einen ganz anderen Gefühlsinhalt als der „Staat" in Deutschland. Dieser ist als feierliches Götterbild aufgestellt, dem mit Ehrfurcht zu nahen ist. Nation und Land sind etwas Lebendiges, das unmittelbar aus den Seelen der Millionen einzelner zu einem Gemeinidol zusammenwächst. Die dazwischen eingeschobene äußerliche Organisation der Volksgesamtheit zu einem staatlichen Körper ist dem Gefühl und Denken fern. Ob der starr bureaukratische Staat dem neueren französischen Volksgeiste angemessen, ob er nur Zufallsprodukt der Geschichte ist, bleibt für das Urteil gleichgültig. Nicht die Staatsmaske ist das Gesicht Frankreichs, sondern der Anblick eines freien individuellen Lebens in der Gesellschaft und der Drang einer stolzen Volksgesamtheit, in der Welt den Vorzug zu genießen, den Ehre gibt, und für diesen heißen Antrieb alle Opfer zu bringen. Auf diesem seelischen Untergrunde gedeiht das ungebundene staatliche Treiben der parlamentarischen Demokratie. Bürger und Bauer, genügsam in ihre behagliche Privatfreiheit eingesponnen, fleißig und sparsam, der Aufrichtung eines bescheidenen Wohlstandes hingegeben, der ihnen die ersehnte persönliche Unabhängigkeit bietet, lassen dem Ehrgeiz der Politiker und ihres Gefolges wie den hinter den Parteien wirkenden finanziellen Interessen breiten Spielraum. Begabte Individuen können sich politisch ausleben und stehen, wenn es ums Leben des Ganzen geht, immer zur Verfügung. Die Masse der Bürgerschaft hat wenig Einfluß auf die Regierung, fast gar keinen auf die lokale Verwaltung. Der französische Bürger regiert sich im Grunde nicht selbst, er hat in ruhigen Zeiten auch kein Bedürfnis, sich um die öffentlichen Dinge zu bemühen. Seinem demokratischen Bewußtsein genügt es, daß er in allerletzter Instanz Mitträger der Souveränität des allgemeinen Stimmrechts ist. Dem französischen Boden entsteigt Sein und Empfinden der formalen Demokratie.

In die von der Aufklärung ererbte französische Bürgerfreiheit hat sich jedoch nicht bloß die Hülse des alten „Staates", die zentralisierte Regierungsmaschine, hinübergerettet, sondern auch der Geist militärisch-politischen Machttriebes des ancien régime. Der militärische Geist ist dem neufranzösischen Denken so tief verwurzelt wie dem absolutistischen Königtum. Wieder mag die Frage beiseite stehen, ob die Wanderung der Seele des absolutistischen Staates in den Körper des neuen Frankreich aus dem Volkscharakter kommt oder Ergebnis des Geschichtsverlaufes ist. Die revolutionäre Nation hatte sich nach Sturz der absolutistischen Königsgewalt gegen militärisch-diplomatische Kreuzzüge der anderen alten Monarchien zu wehren. Aus der Verteidigung erwuchs ein Generalangriff der siegreichen revolutionären Heere über die östlichen und südöstlichen Grenzen in den Herrschaftsbereich der monarchischen Gegner, später eine Erneuerung der Politik der Weltherrschaft und Welthandelsherrschaft aus den Frühtagen des Absolutismus. Die gloire der Revolutionsheere und der großen Armee Bonapartes wurde ein Stück des Volksempfindens der Nation. Die Franzosen wurden militärisch und nationalistisch, als sie in die Freiheit kamen. Da die Wegbereiter der Nation, die Aufklärer noch schrieben, war die bürgerliche Gesellschaft Frankreichs kosmopolitisch und dem Waffenruhm der königlichen Heere gegenüber skeptisch gewesen. Ist das Zusammenleben des französischen Bürgers mit dem Apparat des „Staates" eine kühle Scheinehe, so ist sein Verhältnis zum militärischen Machtwillen, dem inneren Wesen des „Staates", wie ihn die unumschränkten Dynasten in Europa geschaffen haben, eine stürmische Liebesleidenschaft, und wenn die Trompete das Signal gibt, läßt sich das französische Volk willig in die Zwangsjacke des militärischen Drills, an die Herrschaft von General und Korporal binden. Die politischen Ideen der Aufklärung haben dem „Staate" ein breites Stück Herrschaft wegnehmen können. Dieser hat den Bürger freigelassen, aber seinen Kern, die militärische Gewaltart, zu zerstören, war der rationalistische Geist nicht imstande. Hier enthüllte sich seine Begrenzung.

8. Kapitel

Restauration und Legitimität

Das französische Königtum überlebte die Hochflut der Aufklärungsideen nicht. Die gespensterhafte Restaurationsmonarchie und das schwächliche Julikönigtum blieben Episoden. Sie hafteten nicht im Volksboden, aber auch nicht im Staatsdenken. Die leidenschaftlichen Bekämpfer der Revolution, die Bonald und De Maistre, griffen über den „Staat" der vorrevolutionären Monarchie zurück auf die vorabsolutistischen Zeiten. Sie wollen die Herrschaft der Kirche über den Staat. Ihr Traum war das alte Frankreich, in dem der Adel dem König die Wage hielt. Praktisch versucht wurde diese Politik in der Kammer des Restaurationskönigtums, die die Stände wieder über den Thron erheben wollten. Die Bearbeiter der konstitutionellen Staatslehre sind einer königlichen Gewalt als der lebendigen Triebkraft des öffentlichen Willens nicht mehr zugetan. Der König Benjamin Constants, eine neutrale Macht über den drei Gewalten, der die Minister mäßigen soll, aber nicht selbst regiert, ist, dem englischen König nachgebildet, eine gesellschaftliche, aber keine politische Spitze. Das Julikönigtum war denn auch Ausdruck der Sorge der Begüterten vor öffentlichen Unruhen, aber keine wurzelhafte Regierungsform. Frankreich ist dann über die Erinnerungen an das alleinherrschende Königtum hinweggeschritten.

Die deutsche Monarchie war zäher. Sie hat sich über Aufklärung und Revolutionsstürme hinweg retten können und erlebte noch ein Jahrhundert steigender Macht. Ihr geschichtliches Glück war, daß die Revolutionsideen über das deutsche Gebiet in der Form einer nationalen Fremdherrschaft kamen und daß sie in dem Kampf gegen den ihrem Leben gefährlichen Cäsarismus des Korsen Rußland und England an ihrer Seite, die Nation hinter sich hatte. Sie ist ein Jahrhundert später in einem Kriege gegen das britische und russische Weltreich untergegangen und hat in diesem Kampfe das große Kapital an Staatsfühlen und -denken aufgebraucht, das ihr die geistesgeschichtlichen Überwinder der Aufklärung zugebracht haben. Die nationale Idee, die um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert in Deutschland

geboren wurde und das weltbürgerliche Fühlen der Aufklärung verdrängte, war eine Tochter der Romantik. Mutter und Kind aber, diese volkstümlich bis ins Mark und voll Freude über die Urwüchsigkeit der völkischen Schöpferkraft, jene voll Stolz über die Freiheit der bewußten Persönlichkeit und über ihren unmittelbaren Zusammenhang mit dem geistigen Weltprinzip, verfingen sich in die Netze der Staatsmacht. Politische Ideen, die bestimmt waren, den rationalistisch-aufklärerischen Freiheitsgedanken zu vertiefen, wurden zu Dienern der alten Staatsgewalt. Dem deutschen Königtum glückte es nacheinander, am Rationalismus und an der Romantik sich emporzuranken. Die französische Monarchie fiel, als die Aufklärung, die zuerst dem Absolutismus geistiges Rüstzeug geliefert hatte, in die politische Opposition ging. Die deutschen Dynasten wurden der oppositionellen Aufklärung Herr, weil ihr deren Feinde, die Romantiker, mit einem Schatz an neuen Ideen zu Hilfe kamen.

Romantik und Restauration fließen in der geschichtlichen Erinnerung ineinander. Man sieht die Friedrich Schlegel und Adam Müller im Gefolge des kaiserlichen Wiener Hofes, man weiß das Hegelsche Ideengebäude, die zyklopische Kraftleistung romantischen Denkens als königlich preußische Staatsphilosophie. Doch weder die Inbrunst, mit der jene ihre Feder der heiligen Allianz hingaben, noch die Gelassenheit, mit der die ewigkreisende Dialektik Hegels in den Biedermeiertagen Mittagsstation nimmt, wie die Post, die an einem geruhsamen Örtchen die Pferde wechselt, sind in der Romantik vorgezeichnet. Man kann die Lebensanschauung der Romantik, die Rebellion gegen die abstrakte, selbstherrliche und selbstgefällige, gleichmachende Vernünftelei, tief in die Glanzjahre der Aufklärung zurückverfolgen. Die volkswirtschaftlichen und staatspolitischen Gedanken der Romantik sind angedeutet oder ausgesprochen bei dem eigenartigen Justus Möser, der auch Herder den Weg ins Volkstümliche gewiesen hat. Möser ist ein scharfer Gegner des aufklärerischen Polizeistaates, er weist auch auf die Schwäche der Lehre von den allgemeinen Menschenrechten: sie löse den Landesbewohner aus seiner Zugehörigkeit zu einer Vereinigung, die ihm Rechte und Würde gäbe, und erhöhe nur den Herrscher. Verallgemeinerung und Zentralisierung, wie sie gegen die, Reich-

tum und Mannigfaltigkeit ausbreitende Natur sei, mache immer nur Schritt für die despotische Gewalt. Mösers Blick ist rückwärts in die lebendige Buntheit und Freiheit der mittelalterlichen Einrichtungen gewandt. Er will die Ansprüche und Ehre der Stände, schützt den Bauer, will den Bürger frei und selbsttätig. Die Regsamkeit der Stände, die Wiedererweckung der mittelalterlichen Herrlichkeit ist auch die fromme Sehnsucht Adam Müllers. Keinen Namen verehren die politisch angeregten Romantiker gleich dem Burkes, dessen Buch über die französische Revolution ihnen wuchtige Gedankenketten gegen die rationalistische Staats- und Gesellschaftsanschauung liefert. In Burke wird man vergebens Begeisterung für die Restauration der absoluten Monarchengewalt suchen, er wahrt den ursprünglichen Wert der geschichtlich erwachsenen öffentlichen Gewalten, aber in den Schranken der Verfassung, die sich in Ständen und Korporationen mit wohlabgesteckten Rechten gliedert. Er steht auf der Freiheit des Bürgers und der bürgerlichen Einrichtungen, die Selbstverwaltung der Nation ist ihm gleichwertig mit der Würde des Königs. Seine Opposition gegen die Hofregierung Georgs III., sein Widerstand gegen die, englischem Rechte zuwiderlaufende Besteuerung der Kolonien ohne deren Befragung sehen sich anders an als die Allmacht über Vermögen, Wirtschaft und Geldmarkt, die Adam Müller, neben der Liebe für Provinzialverfassungen, den Regierungen geben möchte. Der mit Ekstase gefeierte Lehrer der politischen Romantiker, Ludwig von Haller, ist der gründlichste Bekämpfer des aufgeklärten Absolutismus. Die preußischen Konservativen der ersten Generation belehren sich bei ihm über die Begründung ihrer Vorrechte. Aber für den „Staat", für die Vergötterung der Staatsgewalt kann man aus Haller nichts Tröstliches nachlesen. Er reißt alle Hüllen vom Absolutismus, zeigt, wie die fürstliche Macht aus Gewalt entstanden ist, wie sie nichts ist als Herrschaft des Starken über den Schwachen, wie sie keinen Anspruch hat, sich hinter allgemeinen Zwecken zu verbergen, da sie nur zu eigenem Zwecke als Privatrecht besessen wird. Aber wie die Rechte des Fürsten ererbt und vererbbar, so sind es auch die Rechte der Beherrschten, der Stände und Körperschaften im Lande. Auch ihr Recht ruht auf Herkommen, auf Vertrag, ist Privatsache.

Über dem Privatrecht des Fürsten und der Untertanen erkennt Haller keinen Staatszweck an. Die unbeschränkte Monarchengewalt, die sich vom Anfang an als Staatsgewalt gab und als solche in der Dauer der Jahrhunderte sich durchsetzte, wird durch Hallers, gegen die Lehren seines Schweizer Landsmannes Rousseau gerichtete Restauration der Staatswissenschaften nicht gefördert. Hallers fruchtbare Bedeutung liegt gerade darin, daß er vom Staatsgötzentum befreit. Er zerstört die Lehre, daß alles Recht in der menschlichen Gemeinschaft nur vom Staate komme, daß es innerhalb des Staates kein Eigenrecht von Körperschaften und Verbänden geben könne, an der geschichtlichen Wurzel. Denn diese Wurzel ist doch keine andere als die angemaßte Allgewalt der früheren absoluten Fürsten.

Die Restaurationspolitiker kennen einander an dem heilig gesprochenen Begriff der Legitimität. Er war der längste und kräftigste Nagel, der die hölzerne Schutzwehr gegen die Ideen der französischen Revolution zusammenhielt. In ihm schien die Geschichte selbst Zeugin gegen den Frevel an den alten Thronen. Die Legitimität borgte am fleißigsten von dem romantischen Kostüm. Allein sie ist eine Neubildung der Restauration. Das Mittelalter kennt sie nicht, so wenig wie der fürstliche Absolutismus, der die mittelalterliche Staatsordnung zerrissen hat. Die Lieblingsform des Mittelalters waren Wahlfürstentum, Wahlkapitulationen, Vorbehalte bei der Huldigung. Ihnen folgte wie der Schatten das Widerstandsrecht der Stände, der Anspruch, dem Fürsten die Krone abzuerkennen. In diesen Einrichtungen lebt die innere Freiheit des mittelalterlichen Menschen gegenüber einer Gewalt, die die Neigung hat, sich über alles emporzuheben, was auf dem Staatsboden siedelt. Die aufkommende Fürstenmacht schlug sich schließlich über die Reste aller demokratischen Berechtigungen Bahn. Sie schuf zuständliche Gewohnheiten: Erbrecht der Dynastie, Unbedingtheit des Untertanengehorsams. Diese Tatsächlichkeiten heiligte das Legitimitätsprinzip. Es brach in Deutschland um die Zeit ein, da beim Zerfall des alten Reiches zahlreiche eingesessene Dynasten von der Tafel geschoben wurden und blitzblank neue Königtümer aufstanden. Man ließ die Legitimität aus den religiösen Trieben der Menschennatur hervorgehen. Aber die Religion ist ein so

schlechter Zeuge wie die Geschichte. Religiöse Jahrhunderte haben gegen ihre Obrigkeiten rebelliert. Der Legitimitätsbegriff nimmt alle romantischen Requisiten heran, aber er zeigt vielleicht am schärfsten, daß Restauration und Romantik innerlich nicht zusammengehören. Die Legitimität war schon einmal in der Geschichte als Abwehr der Revolution aufgeflammt. Die Restaurationsjahre nach Wiederkehr der Stuarts in England sind erfüllt von ähnlichem Überschwang für den angestammten Thron. Die Partei des Nichtwiderstandes gab sich der Legitimität mit einer Art religiösen Wahnes hin. In dieser historischen Erscheinung zeigt sich der Legitimismus klar als Frucht restaurativer Politik. Eine geistige Bewegung von der Tiefe und geschichtlich bestimmten Eigenart der Romantik gab es damals nicht. Vielmehr glänzte in jenen Jahrzehnten der Rationalismus in Jugendfrische. Restauration gedeiht, wenn die Stimmung für sie ist, sie brauchte in dem Deutschland, das neben und nach der großen Revolution lebte, nicht notwendig gerade die eben blühenden romantischen Ideen ins Geschirr zu nehmen.

9. Kapitel

Romantik und „Staat". Hegel

War vielleicht die Romantik aus dem innersten Drange ihrer Ideen genötigt, in der Restauration aufzugehen? Gemeinsam war beiden der Gegensatz gegen die aufklärerische Weltbetrachtung. Aber der Widerspruch kam nicht aus den gleichen Lebensquellen. Die alten Monarchien und ihre Nutznießer haßten in der Aufklärung, mit der sie eine Generation früher sich noch gut verstanden haben, deren Frucht, die große Revolution. Es war eine politische Todfeindschaft. Der Romantiker war von der Aufklärung, die in seine Zeit hineinragte, abgestoßen, weil er mittlerweile eine neue, vertieftere und beglückendere Anschauung vom Menschen, seinen Aufgaben und seiner Freiheit gewonnen hatte. Unterschiedene Seelenrichtungen führen da

ineinander. So manche Romantiker hatten eine Jugendbegeisterung für die französische Bewegung. Friedrich Schlegel und Fichte, die Sämänner grundlegender romantischer Ideen, begegneten sich darin. Sie umfingen die lodernde Pariser Revolution mit jenem romantischen Glühen, in dem viel später Heinrich Heine das verklungene Völkergewitter mit dichterischer Kraft wiederschaute. Freiheit, der Feldruf des Volkes von Paris, war auch dem jungen romantischen Geiste das stolzeste Gut der Persönlichkeit. Aber die geistesgeschichtliche Sendung der Romantik war es eben, der menschlichen Seele einen Lebensdrang zu erarbeiten, der schwerere Ähren verhieß als die Freiheit des Vernunftgebrauches, die der Rationalismus dem europäischen Besitztum zugebracht hatte. Die Romantiker erlebten und kündeten, daß die Freiheit nur die eine Seite in dem Problem der gesitteten Seele sei, die andere Seite ihre Gebundenheit an den Mutterschoß von Natur, Gesellschaft und Geschichte wäre. Die individuelle Freiheit selbstbewußt tätig werden zu lassen im Dienste einer über den einzelnen hinausragenden Gestaltung, die sich verkörpert in der Gesamtheit der gegenwärtigen und der zukünftigen Geschlechter, in deren Lebensatem der Mensch mitschwingt, mit der er emporgezogen wird, deren Schicksal ihn bindet — solches war die neue Aufgabe, die die Romantik dem Menschen ihres Kulturkreises stellte. Sie floß aus einem neuen Fernblick ins Leben, der nicht mehr wie der rationalistische Gedanke das Individuum im Mittelpunkte und als Eigenzweck, sondern das einzelne Geschöpf in der reicheren Allschöpfung sich regen sah. Die Bindungen des Daseins, die Gebundenheit der ins Dasein gesetzten Persönlichkeit sind durch die Romantik inneres Gefühl, Forschungsinhalt und Instinkt der Lebensformung geworden. Die Denkgebäude der großen romantischen Philosophen stellen die Welt als Nebeneinander und vor allem als zeitliche Folge von Gebundenheiten dar. Gebundenheit ist auch der Grundgedanke ihrer Lehren vom Zusammenleben der Menschen in den gesellschaftlichen Formen, wie Ausgang und Ziel der rationalistischen Aufklärung die Freiheit des einzelnen gewesen ist. Im Erschauen dieser neuen Fülle prangender Ideen, im Beschreiben der in diesen Farben gesehenen Welt, im Gestalten der Ziele, die den einzelnen und Gemeinschaften nach

diesen Erkenntnissen gesetzt werden, hat der deutsche Geist mit Freigebigkeit heimgezahlt, was er von den anderen großen Nationen als Lebensgut überkommen hatte. Darin hat er Unverlierbares, Eigenartigstes, nahezu Unausschöpfbares hergegeben.

Allein dem hochgespannten Ideenzug haftete auch ein zeitlich Teil an. Gedanklich war eine soziale Lebensform geschaffen, die über dem Individuum sich wölbt. Als die romantischen Denker in der Wirklichkeit nach einem Gleichnis für diese Idee suchten, glaubten sie es im Staate zu finden. Das Modell des Staates war ihnen schlechtweg die Ordnung, in die sie und ihre Vorderen hineingeboren waren. Auf den Staat übertrugen sie die Merkmale ihrer Vision von der Gebundenheit des Menschen an ein Überindividuelles, von der Erhöhung der engen persönlichen Zwecke zu allgemeinen Zielen der Menschheit. Im Staate glaubten sie jene vorbestimmte Gesamtheit zu erkennen, der die Geschichte des Menschengeschlechtes und im besonderen der Lebensgang ihres Volkes zusteuerte. Vergottung des im romantischen Empfinden geschauten Staates und seine in der Suggestion, vielleicht ein wenig in der Autosuggestion vollzogene Vermengung mit dem lebendigen „Staate" der Zeit geht am weitesten bei Hegel, dem systematischesten Architekten der romantischen Gedankenformen. Aus dieser konzentrierten Lösung ging sie als Bestandteil gedanklicher Mischungen in die deutschen Staatslehren der nachfolgenden Jahrzehnte über, so weit und nachdem diese aus der Übertragung der Aufklärungs- und Revolutionsideen französischer Prägung hinausgediehen waren. Aus der Romantik entblühten die neue deutsche Geschichtschreibung, die geschichtliche Rechtsschule, die deutsche Volkswirtschaftslehre historischer Färbung. Sie alle trugen aus der romantischen Geschichtsphilosophie die Auffassung heraus, daß der deutsche monarchische Staat, der doch die Nation nicht zur natürlichen Gruppierung ihrer Stämme in Einheit und Mannigfaltigkeit hatte kommen lassen, der die Entwicklung der politischen Anlagen im deutschen Menschen verkrüppelt hat, daß eben dieser Staat von den romantischen Schöpfern als jene hohe soziale Lebensform angeschaut worden sei, der der Gott der Geschichte zugestrebt habe. Der Staat aber, die preußische, österreichische, bayrische Monarchie — die kleinen anderen lebten von den Brosamen — strich sich

die gewaltige Triebkraft, die in den romantischen Ideen wirkte, gerne zu. Er fügte sie in die Stützen seiner Gewalt ein, überwand die Gefahren aus der kecken Auflehnung in der revolutionären Staatsauffassung, nahm zu an Macht über die Leiber und Köpfe. Die reichen Möglichkeiten sozialer Formen, die dem romantischen Ideal einer Steigerung der Einzelpersönlichkeit in der Gebundenheit entspringen konnten, kamen nicht zur Knospung.

„Der Staat ist die Wirklichkeit der sittlichen Idee, der sittliche Geist als der offenbare, sich selbst deutliche Wille. Der Staat ist als Wirklichkeit des substantiellen Willens das an und für sich Vernünftige. Der Staat ist das sittliche Ganze, die Verwirklichung der Freiheit, und es ist absoluter Zweck der Vernunft, daß die Freiheit wirklich sei. Der Staat ist der Geist, der in der Welt steht und sich in dieser mit Bewußtsein realisiert. Staat ist die Einigung der freien Selbständigkeit des besonderen Willens und der allgemeinen und objektiven Freiheit zur höchsten Vollkommenheit." — Alle diese Wendungen aus der Geisteswerkstätte Hegels wollen in ihrer logischen Begriffsstarrheit nichts anderes sagen, als es blutvoller die anderen romantischen Denker aussprachen, die aus Gefühl, Anschauung und sittlichem Pathos spekulieren: Die Erkenntnis, die zugleich eine Aufgabe ist, daß der individuelle Mensch und sein Wollen an eine höhere Gemeinschaft gebunden ist. Ihr Lebenssinn überragt seine engeren um das Ich kreisenden Zwecke; an ihr hat er mit dem besten Teil seines Wesens mitzuarbeiten, und in dieser Hingabe an ein über ihm Stehendes wächst er über sich hinaus. Hegel stellt der Idee dieser Gemeinschaft den äußeren Staat, den Natur- oder Verstandesstaat, gegenüber, der das Zusammenleben der Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft darstellt. In ihr ist der einzelne sich selbst Zweck, die anderen Mittel, aber jeder verwirklicht seinen Sonderzweck, indem er sich die Form der Allgemeinheit gibt, d. h. indem er das Wohl der anderen mitbefriedigt. In diesem Staat sind die Bürger Privatpersonen, die ihr eigenes Interesse zu ihrem Zwecke haben. Diesen Zweck aber erreichen sie nur, indem sie ihr Wissen, Wollen und Tun auf allgemeine Weise bestimmen, sich zum Glied in der Kette des Zusammenhanges machen. Diese Sätze Hegels, die die

bürgerliche Gesellschaft analysieren, geben ungefähr die Staatsidee des aufklärerischen Utilitarismus wieder, die Stellung des einzelnen zum allgemeinen Wesen, wie sie dem Empfinden der Franzosen, Engländer und Amerikaner zusagt. Diese bürgerliche Gesellschaft und der einzelne in ihr leben das gemeine Dasein, das nach Fichte nur Mittel ist zur sittlichen Freiheit. Hegel verlegt das erhöhte Leben in den Staat. In ihm ist nichts Zweck des einzelnen, er sei der absolute, unbewegte Selbstzweck, in welchem die Freiheit zu ihrem höchsten Rechte kommen soll. Darum habe er das höchste Recht gegen den einzelnen, dessen höchste Pflicht es hinwider sei, Mitglied des Staates zu sein. Diesen Staat will Hegel vor Verwechslung mit der bürgerlichen Gesellschaft bewahren. Ihm dürfe nicht das Interesse der einzelnen als letzter Zweck beigelegt werden. Er ist objektiver Geist, sein Dasein ist also über dem Belieben der einzelnen Bürger. Das Individuum habe vielmehr nur Objektivität, Wahrheit und Sittlichkeit, also einen geläuterten Daseinszweck, soweit es Glied des Staates sei. Darum sei, so erklärt der Philosoph, Vereinigung als solche der wahrhafte Zweck, und die Bestimmung des Individuums sei es, ein allgemeines Leben zu führen. Es sind immer die gleichen Hallen heiligen Glanzes, die die Romantik über das individuelle Leben spannt.

Hegel liegt es fern, die ins Geistige ragende Gemeinschaft, die er als Staat beschreibt, mit den bestehenden Staaten gleichzustellen. Jene Idee des Staates gehe der historische Ursprung des Staates nichts an. Man dürfe bei der Idee des Staates nicht den besonderen Staat, besondere Institutionen vor Augen haben. Die Gründe für die Autorität des wirklichen Staates seien aus den Formen des in ihm gültigen Rechts genommen. Sie entstammen also den positiven Vorschriften und dem Zwangsapparat, der hinter diesen steht. Der Grund des Staates in der Idee sei die Gewalt der sich als Wille verwirklichenden Vernunft, sonach ein allgemeines, geistiges Prinzip. Der wirkliche Staat habe Mängel, er sei kein Kunstwerk, er stehe in der Sphäre der Willkür, des Zufalls und Irrtums. Aber das Affirmative des Lebens bestehe trotz der Mängel. Über diesen dürfe der notwendige Organismus des Staates nicht vergessen werden.

Hier scheidet sich aber nun das Ewige, Geistige in der

Lehre des Philosophen vom Zeitlichen, am Lehmboden Haftenden. Plato hat seinen Staat als Ideal, als Modell für eine neu zu schaffende Polis dargestellt. Bei Fichte ist es ähnlich. Für Hegel sind jedoch die romantischen Staatsideen nicht Ideale, die der Erarbeitung harren. Der Staat, der die Wirklichkeit der sittlichen Idee darstellt, ist nicht Ziel einer noch im Flusse stehenden Entwicklung. Hegel weist von der Wissenschaft die Zumutung ab, Postulate zu formulieren, sie habe die Wirklichkeit darzustellen, das Wirkliche als das Vernünftige, das Vernünftige als das Wirkliche zu erweisen. Der Staat der Wirklichkeit ist nicht die Idee des Staates, wie Hegel sie bildet. Aber die Idee ist in dem wirklichen Staate vorhanden, als „Affirmatives", hinter den Mängeln, hinter dem Zufall und der Willkür gegeben. Es ist der Gang Gottes in der Welt, daß der Staat ist, sagt feierlich der Philosoph, und es komme darauf an, in dem Schema des Zeitlichen und Vorübergehenden die Substanz, die immanent, und das Ewige, das gegenwärtig ist, zu erkennen. Aber indem Hegel der Selbstentwicklung des Weltgeistes, seiner Realisierung im Staate nachgeht, bringt es der Gang Gottes mit sich, daß ein Staat „zum Bilde und zur Wirklichkeit der Vernunft" wird, der das Konterfei der wirklichen Staaten im Zeitalter Hegels ist, des zufälligen „Staates", der als Willkür des fürstlichen Machtstrebens in Europa entstanden ist und in Deutschland die Epoche der großen Revolution überlebte.

Hegel wandelt in dem „politischen" Staat, wie er ihn nennt, das Verhältnis von Privat- und allgemeinem Interesse, das die bürgerliche Gesellschaft darstellt, auf anderer Stufenleiter ab. Die Vereinigung von Pflicht und Recht entfalte die innere Stärke der Staaten. Dies werde dadurch erzielt, daß die Individuen in den staatlichen Institutionen, als dem Allgemeinen ihrer besonderen Interessen, ihr wesentliches Selbstbewußtsein haben. Diese Institutionen machen die Verfassung aus, die feste Grundlage des Staates und zugleich des Zutrauens der einzelnen in den Staat. Die politische Verfassung ist ein Organismus, die verschiedenen Gewalten im Staate bringen das Allgemeine auf notwendige Weise hervor und erhalten es. So weit, so gut. Richtig leitet Hegel auch ab, daß die Lehre von der Teilung der Gewalten einseitig ist, sofern sie deren Verhältnis als gegen-

seitige Beschränkung fasse. Die Gewalten im Staate müssen wohl unterschieden sein, aber jede muß die Momente der anderen in sich enthalten. Allein hier springt der Philosoph aus der Höhe der Ideen, die die innersten Beziehungen von Individuum und Gemeinwesen treu widerspiegeln, in die Niederungen des deutschen Fürstenstaates der Restauration hinab. Der politische Staat stelle sich in drei Gewalten dar, in der gesetzgebenden, der Regierungs- und der fürstlichen Gewalt. Die Gesetzgebung habe das Allgemeine festzusetzen, die Regierung die besonderen Sphären unter dieses Allgemeine zu subsumieren. Logik und Realität fänden in diesem Schema ihren Frieden. Wozu die dritte, die fürstliche Gewalt? Diese repräsentiere die Subjektivität der letzten Willensentscheidung, in ihr seien die unterschiedenen Gewalten zur Einheit zusammengefaßt, sie sei die Spitze der konstitutionellen Monarchie. Hegel erhebt diese fürstliche Gewalt zur Sache des Weltgeistes; denn die Ausbildung des Staates zur konstitutionellen Monarchie sei die Geschichte der wahrhaften Gestaltung des sittlichen Lebens. Hegel liefert aus seiner Dialektik den Beweis, den die Entstehung des fürstlichen Absolutismus und der ihn wissenschaftlich begründenden rationalistischen Theorien geschichtlich erbringt, daß nämlich der Souveränitätsbegriff eng mit den besonderen Machtbedürfnissen der Fürstengewalt verschwistert ist. Hegel leitet seine Anschauung von der fürstlichen Gewalt aus der Souveränität des Staates ab. Wesen der Souveränität ist ihm, daß die besonderen Geschäfte des Staates in seiner Einheit ihre letzte Wurzel haben. Diese Souveränität existiere nur als die ihrer selbst gewisse Subjektivität. Subjektivität in ihrer Wahrheit aber nur als Subjekt, Persönlichkeit nur als Person. Das entscheidende Moment des Ganzen sei daher nicht die Individualität, sondern ein Individuum, der Monarch. Die Persönlichkeit des Staates sei nur als Person, Monarch wirklich. Die logische Willkür dieser Gedankenflucht geht schon aus Hegel selbst hervor. Er führt die Souveränität nicht bloß als selbstgewisse Subjektivität, sondern auch als abstrakte Selbstbestimmung des Willens vor. Abstraktheit würde gerade das Zusammenrinnen mit einer physischen Person ausschließen. Hegel läuft aber weiter. Die Antike, die in den Stadtbürgerschaften Muster harmonischer Vereini-

gungen von Pflicht und Recht des Bürgers in Hegels Sinn hervorgebracht hat, ist ihm eine unentwickelte Stufe, weil sie noch nicht zur „Abstraktion der Subjektivität" gekommen sei. Die Abstraktion bestehe darin, daß über das zu Entscheidende ein „Ich will" des Menschen selbst ausgesprochen werde. Dieses Ich sei der große Unterschied zwischen der antiken und modernen Welt und so müsse es in der Architektonik des Staates seine eigentümliche Existenz haben. Daß die Subjektivität einen der tiefsten Unterschiede des klassischen und modernen Lebensgefühls darstellt, ist gewiß. Aber darum muß ein „Ich" an der Spitze des Staates stehen? Das noch dazu, wie Hegel weiter ableitet, durch Geburt zu seiner Würde bestimmt sei; denn eben die Idee des von der Willkür Unbewegten mache die Majestät der Monarchie aus. Dem Fürsten gibt Hegel als Ergebnis dialektischen Denkens die unbeschränkte Willkür, die Personen, die die Regierungsgewalt ausüben, zu ernennen und zu entheben. Die Regierungsgewalt legt der dialektische Prozeß in die Hand von Beamten, wie sie just die absolute Fürstengewalt als Vollstrecker ihres Willens hervorgebracht hat. Die gesetzgebende Gewalt teilt er zwischen dem Fürsten und den Ständen; diesen wird aber nicht die Bedeutung gegeben, daß sie besondere Einsicht in die Bedürfnisse des Volkes mitbringen. Das hätten die höheren Beamten in tieferer und umfassenderer Weise. Die Stände brächten nur Zusätze an Einsicht und die Zensur der Öffentlichkeit an der Regierungsgewalt. Auch die Sicherung des öffentlichen Wohles und der vernünftigen Freiheit sei den Ständen nicht zuzuschreiben, das leiste jede andere Einrichtung, z. B. die Souveränität des Monarchen und die Thronerblichkeit auch. Die eigentliche Begriffsbestimmung der Stände sei darin zu finden, daß in ihnen das subjektive Moment der Allgemeinheit, Freiheit, Einsicht und Wille der bürgerlichen Gesellschaft in Beziehung auf den Staat zur Existenz kommt. In dieser Verkleinerung der Volksvertreter durch Hegel springt tatsächlich überraschend klar hervor, was der „Staat" als Schöpfung der unbeschränkten Fürstengewalt ist. Er ist nicht das Volk, die „bürgerliche Gesellschaft", die aus sich heraus, nach den Bedürfnissen der Nation, die Formen für die Besorgung der allgemeinen Geschäfte im Wechselspiel und Ausgleich der allgemeinen und

besonderen Interessen schaffen soll, sondern eine, aus der Fürsten- und Beamtengewalt bestehende eiserne Rüstung, die dem Volk übergeworfen ist.

Aus welchen Ursachen die Hinwendung der freigeborenen Romantik zum staatlichen Herrschaftsapparat herzuleiten ist? Es war ein verwickelter seelischer und intellektueller Vorgang. Ein Teil der Romantiker, darunter gerade schöpferische Köpfe wie Friedrich Schlegel, waren geistig von stärkstem Tätigkeitstrieb, aber passive Naturen der Wirklichkeit gegenüber. Sie hatten Blick und Neigung für die öffentlichen Geschäfte, aber nicht die Zähigkeit der Konsequenz. Sie fühlten sich als Gegner der rationalistischen Aufklärung, besonders der deutschen Färbung, die in ihre Zeit ragte. In dem Kampfe gegen den politischen Rationalismus, der in der französischen Republik zum Sturmangriff vorgegangen war, begegneten sie sich mit dem deutschen Fürstenstaat, dem die Revolution ans Leben griff. Statt zu prüfen, ob die Restauration ihre Ideen vom Gemeinschaftsleben wirklich decke, verschrieben sie sich ihr obenhin. Es war einfacher, im Gefolge der Macht zu gehen, als nach zwei Seiten zu fechten. So wurden die Romantiker Legitimisten. Ihr großes Lebensgefühl führte von der individualistischen Atomisierung des Menschen weg zu gebundenen Lebensformen. Sie beruhigten sich dabei, daß ihr Ideal in den monarchischen Polizei- und Beamtenstaaten erfüllt sei, die Krieg gegen das rationalistisch-revolutionäre Frankreich führten. Sie blickten ins Mittelalter, aber auf dem weiten Wege nach rückwärts machte ihr Blick bei dem Fürstenstaat halt, der einzelne mittelalterliche Züge, in ihrer verzerrten Linie, aufbewahrt hatte, aber im geistigen Kerne jener mittelalterlichen Gesellschaft todfeind war, die die Romantiker in der Idee wieder suchten. Sie dachten historisch, die ersten, die es nach Jahrhunderten ungeschichtlicher Geistigkeit wieder taten; aber als die ersten in der Handhabung des Werkzeuges noch unerfahren, verfielen sie dem Betrug, der ihnen dort die große bewegte Vergangenheit vorgaukelte, wo erstarrte kleinliche Gegenwart war. Die romantischen Denker wagten die kühne Neuerung, Erkenntnis nicht bloß wie die Philosophie vor ihnen allein aus der Natur der menschlichen Einzelseele zu schöpfen, sondern in das Geheimnis

der Welt die Geschichte des Menschengeschlechtes zu verschlingen. Es war Genialität, aber die der Frühreife. Die Ergebnisse saßen nicht auf festem Grunde umfassenden geschichtlichen Wissens, sie waren Beute aus einem frischfröhlichen Sturmritt in die Historie. Die vier Zeitalter, die sich Hegel konstruierte, die orientalische, griechische, römische und germanische Epoche des Weltgeistes, waren bruchstückartiges Wissen, ihre Merkmale in die Geschichte hineingetragen, nach den Bedürfnissen eines Kopfes, der die eigene Zeit geschichtsphilosophisch erfassen und als Höhepunkt in der Geschichte begreifen wollte. Die wahre Historie enthüllt dem geduldig eindringenden Historiker ein Auf und Nieder wechselnder Strebungen. Hegel trug ein Vorbild einer menschlichen Ordnung in sich, die — Ziel der sinnvollen Entwicklung der Menschheit — sich als Gleichgewicht von Sonder- und Gesamtgeist darstellen sollte. Er rückte nun an den öffentlichen Einrichtungen, die ihn umgaben, an der Wirklichkeit gewaltsam herum, bis sie seinem Ideal der Vernunft ähnlich sah. Der Philosoph trug ein gewaltiges Schema in sich. Indem er es in die Begebenheiten der Erde hineinpreßte, und die Geschichte philosophisch ausdeuten wollte, tat er wissenschaftlich einen Fehltritt, wurde er aus einem historischen Seher ein Apologet einer unvollkommenen Gegenwart. Eine ewige Idee wurde einer vorübergehenden Erscheinung untertan.

Das typisch-durchschnittliche deutsche Staatsdenken und Staatsempfinden des nationalen deutschen Bürgers bis in die linksgerichteten Parteien hinein lebte in dem Glauben an eine besondere im Volke verwurzelte deutsch-monarchische Idee und an einen deutschen Staatsgedanken, der die westlichen Demokratien an Solidität überrage. Sauberkeit des politischen Lebens wurde als sein Merkmal bezeichnet, als Ursache galt, daß die mit dem parlamentarischen System verquickte Parteiherrschaft ihre schädlichen Einflüsse auf die Verwaltung nicht üben könne. Diese Selbstzufriedenheit mit einem Regierungsapparat, der die besten Kräfte der Nation von der unmittelbaren Führung der nationalen Geschäfte abschnitt, hat in dem Sündenfall der Hegelschen Rechtsphilosophie ihr Vorbild und ihren Ursprung. In der Staatsauffassung Hegels finden sich alle Elemente des deut-

schen Monarchismus, der vor dem Krieg eine kaum bestrittene Herrschaft über den deutschen Intellekt ausübte. Eine der großen geschichtlichen Ideen wurde so um die segensreiche Auswirkung betrogen: die Idee, daß die Freiheit des Individuums, die der Aufklärer verkündet hatte, nicht in der Vorherrschaft des privaten über das kollektive Dasein verwirklicht sei, sondern in dem Zusammenwirken der einzelnen zu einer gebundenen Lebensordnung und in der selbsttätigen Verwaltung dieser Ordnung durch ihre Glieder. Die romanische und bis zu einem gewissen Grade die angelsächsische Gesellschaft schiebt im ruhigen Gange der Ereignisse die utilitarisch-rationalistische Auffassung vor. Daß sie in Stunden der Bedrohung der Nation sich in die überindividuelle Idee finde, zeigt ihre Geschichte. Die Romantiker überwanden die Vereinzelung des Individuums, die eine Verkümmerung und, wie der Absolutismus bewies, letztlich eine Gefahr für die Freiheit ist; aber sie sahen die höhere Lebensform in dem Staate, der sich über seine Bürger stellt. Die Aufnahme jener romantischen Idee hätte den Staat verpflichtet, seinen über die Bürger gesetzten Regierungsapparat aufzulösen und ihn in ein zweckmäßiges Neben- und Übereinander von Selbstregierungen umzuwandeln. Dieser romantischen Aufgabe entzog sich der „Staat". Der deutsche Bürger wurde nur gebunden, er lernte sich in die Bande fügen und wurde, wovor Ludwig von Haller mit seiner Ablehnung einer Absorption der Untertanenrechte durch einen allherrschenden Staatsgedanken gewarnt hatte, ein vom „Staate" in Fesseln gehaltener Leibeigener. Welcher Unterschied doch zwischen der kerzengeraden inneren Freiheit eines Deutschen der geistigen Heroenzeit der Nation und der seelischen Verkrümmtheit des Deutschen vor dem europäischen Krieg! Der Staat, der Fürst und sein Herrschaftswerkzeug, wuchsen dank der Romantik hemmungslos empor. Sie verdauten alles, was der regsamen Nation an Kräften entquoll, und wurden feist davon.

10. Kapitel

Die deutschmonarchische Staatsromantik. F. I. Stahl

Die absolute Fürstengewalt in den deutschen Monarchien erfing sich nach den militärischen Niederlagen, die ihr die Heere der französischen Republik, später Napoleon zugefügt hatten, an der aufflammenden nationalen Widerstandskraft des Volkes. Die nationale Idee wurde später durch lange Jahrzehnte vom Liberalismus getragen, ihr Ursprung ist romantisch. Nach 1814 warfen die Höfe die Krücke weg, die ihnen im nationalen Gedanken geworden war. Die romantische Burschenschaft, die romantischen Verkünder der deutsch-völkischen Sehnsucht wurden verfolgt. Der Nationalismus war revolutionär, war er doch gegen Bestand und Souveränität der willkürlichen Monarchien gerichtet. 1848 unterdrückten die Monarchen den Versuch der Nation, den „Staat" auf deutschem Boden zu überwinden und an die Stelle der militärisch-absoluten Gewalten, die die Nation unter sich aufgeteilt hatten, ein das ganze Volk umfassendes Gemeinwesen zu setzen. Doch es kam ein geschichtlicher Augenblick, da der nationale Gedanke sich den beiden um die Macht über Deutschland ringenden Herrschaftsstaaten Preußen und Österreich wieder als brauchbare Stütze im eigensüchtigen Duell empfahl. Preußen siegte, und die nationalen Parteien unterordneten sich diesem Staate, der im 1866er Bruderkriege die Nation zerrissen hat. Die großdeutsche romantische Idee blieb auf dem Platze. Nach dem Kriege von 1870, in dem wieder die ursprüngliche Kraft des romantischen Triebes sich auswirkte, erlosch die nationale Idee, sowie sie der Geist beseelt hatte. Der Herrschaftsstaat schmolz sie ein und goß sie in ein Mittel seiner Macht um. Der Machtstaatsgedanke schuf den neudeutschen Staatsnationalismus. Die große Bewegung, die aus dem beseeltesten Bezirke der deutschen Menschen gekommen war, entartete, die Überlieferung der Vergangenheit erstarb im Fortgange der Geschlechter. Als der letzte Krieg des Machtstaates gekämpft wurde, war das nationale Vermächtnis der Schlegel, Fichte, Grimm, der romantischen Dichter vom militaristischen Alldeutschtum erdrückt.

Der absolutistische Fürstenstaat hatte in der Zeit der Not die Romantik zu Hilfe gerufen. Aber ihre großen reformerischen Gedanken waren ihm fremd. Nur eine kurze Spanne Zeit, und auf allerbeschränktestem Gebiete vermochte ein romantischer Staatsmann, Reichsfreiherr von Stein, romantische Idee in Wirklichkeit umzusetzen. Die preußische Städteordnung von 1808 ragte als die einzige Schöpfung echt romantischer Staatskunst in die spätere Restauration hinein, die die Romantik verfälschte. Verwaltung des Gemeinwesens unmittelbar durch die Bürger, Fernhaltung staatlicher Eingriffe in die Stadtfreiheit — nach Jahrhunderten wieder genoß der Bürger im Weichbilde der Stadt ein Stück Unabhängigkeit vom Staate, besaß er einen Boden, dem freier Gemeinsinn entblühen konnte. Mit dem Namen Stein brach der gut mittelalterliche Korporationsgeist unter der versteinerten Lavadecke des absolutistischen Polizeistaates hervor. Die weitergreifenden Reformpläne, die im gleichen Geiste eine Teilnahme der Bürger an den Geschäften der staatlichen Allgemeinheit bringen wollten, wurden nicht zur Ausführung zugelassen. Die Feindseligkeit des Staatsapparates gegen die Idee korporativer Selbstverwaltung zerstörte in den Jahren der Restauration auch ein Stück der Steinschen Städteordnung. Der „Staat" wollte den freitätigen Stadtbürger nicht, er verschärfte die Aufsicht seiner Bureaukraten über die gemeindliche Verwaltung. In den Monaten der deutschen Revolution ist Stein oft angerufen worden. Drängt sich doch die Blutsverwandtschaft seiner Städteordnung mit den neuen Organisationsordnungen, die zur wirtschaftlichen Demokratie hinführen, auch dem stumpferen Auge auf.

Von dem leuchtenden Werke Steins abgesehen, ließ sich das romantische Denken über öffentliche Dinge in der eisigen Region des Herrschaftsstaates festhalten. Die fruchtbaren Gedanken der geschichtlichen Rechtsschule, der Romanisten wie der Germanisten, die das Recht als freiwachsendes Erzeugnis von Volksgeist und Sitte erfaßte, den Staat als die Erscheinungsform des Volkes, die mit dessen Schicksalen sich wandelt, blieben politisch unfruchtbar. Die Rechtsschule bekämpft das rationalistische Naturrecht, jedoch der Beamtenstaat, der nichts Fließend-Volkstümliches an sich hatte, sondern das Beispiel starrer rationalistischer Künstlichkeit war, wurde nicht Gegenstand ihrer Kritik. In der

Stille der Restauration wurde sie konservativ, obwohl die Idee der Geschichtlichkeit die Approbation des Bestehenden, wie es nun einmal ist, nicht in sich schließt. Den gleichen Weg legte die geschichtliche Schule der Nationalökonomie zurück, die zu einem Teil Anregungen der geschichtlichen Rechtsschule folgte. Sie fühlte sich als Widerspruch gegen die rationalistische klassische Volkswirtschaft und setzte der Wirtschaftsbetrachtung vom Individuum her das öffentlichrechtliche Wesen des Wirtschaftslebens, die Verflochtenheit des einzelnen in das Gesamtinteresse entgegen. Sie glaubte sich in der Höhe der wissenschaftlichen Objektivität zu halten, obwohl sie den gesellschaftlichen und staatlichen Vorgängen starken Raum in ihren Urteilsbildungen einräumte. In Wirklichkeit färbte auch auf ihren Wissenschaftsbetrieb, ohne daß sie es merkte, der Geist des Staates ab, an dem sie die wirtschaftlichen Erscheinungen studierte.

Der Brennpunkt, in den alles, dem Bannkreis des deutschen Herrschaftsstaates verfallene historisch-romantische Meinen einstrahlte, und von dem aus das gesammelte obrigkeitsstaatliche Denken in das deutsche Durchschnittsbewußtsein überging, war F. I. Stahl. Dieser starke Kopf hat aus Hegel die volle Folgerung gezogen, obwohl er nach seiner positiven Gläubigkeit den Philosophen als Pantheisten bekämpft. Seine Lehre, daß Ordnung und Autorität vor der Freiheit und über ihr bestehe, daß das Königtum dem Volke von Gott als Obrigkeit gesetzt ist, der es untertan zu sein hat, ist das Credo der staatsautoritären Parteien geworden. Stahls Ausführungen über das monarchische Prinzip im Gegensatz zu Volkssouveränität und parlamentarischer Verfassung sind das Rückgrat der, im besonderen deutsch genannten Staatsauffassung. Er selbst hat jenes monarchische Prinzip als Fundament deutscher Staatsweisheit bezeichnet. Die künstliche Herkunft des deutschen „Staates" ist ihm bewußt, gerade um ihretwillen konstruiert er das deutsche Fürstenrecht. Bei der ganz zufälligen Konglomeration der Territorialstaaten, die gar keine Stammesgemeinschaft und keine historische Gemeinschaft haben, müsse der Schwerpunkt der Verfassung und der Geist der Regierung im Fürsten seinen Sitz haben, soll Einheit und Zusammenhang sowie Energie nach außen bewahrt werden. Weil die deutschen Menschen von den Fürsten wie

mit einem Besen in Hausmachtgebieten zusammengefegt worden waren, sollen sich die zufällig entstandenen staatlichen Gebilde mit um so geheimnisvolleren magischen Kräften begabt dünken. Die Staatsromantik, deren gründlichster Ausdeuter Stahl gewesen ist, war zuerst Bekenntnis der preußischen ritterschaftlichen Partei, die sich als Teilhaber der so erhöhten Staatsmacht wußte. Die Theorie ist aber geistiges Eigentum der deutschen Staatslehre geworden. Sie nagelte das Staatsdenken der Nation auch nach Durchbruch der verfassungsmäßigen Formen und nach Einführung eines breiten allgemeinen Wahlrechts zum Reichstag auf der Stufe des versteckten Absolutismus fest. Sätze wie die von der „Selbstbeschränkung" der monarchischen Gewalt hielten die Idee lebendig, daß die Fülle der Gewalt eben doch beim Monarchen, am Ende beim Kaiser zusammengeballt sei; sie machte die Gehirne für die Gloriole des Gottesgnadentums empfänglich, die von Wilhelm II., in dem sich alles Pseudoromantische, sozusagen der romantische Kitsch noch einmal verkörperte, bewußt umgetan wurde. Eine so echt romantische Idee wie die organische Staatsauffassung wurde vom monarchischen Prinzip verzerrt. Freilich wurde auch der Fürst als Staatsorgan bezeichnet, allein das blieb begrifflicher Zierat, denn der Monarch behielt die wirkliche Macht, und kraft der aus dem rationalistischen Absolutismus überkommenen Lehre, daß in ihm die Einheitlichkeit der Staatsgewalt Körper gewonnen habe, konnte er sich praktisch den Konsequenzen der Organlehre entziehen. Versicherte doch Stahl, der Gedanke der Republik, daß der Staat etwas Institutionelles, der Persönlichkeit der Obrigkeiten Überlegenes sei, wäre in die europäischen Monarchien, auch in die absoluten übergegangen. Andere Folgen hat die Auffassung, daß die Volksvertretung Organ der vom Monarchen einheitlich getragenen Staatsgewalt sei, oder daß der Staatsbürger, indem er sein Wahlrecht ausübt, als Organ der Staatsgewalt handle. Unmittelbare Rechte des Parlaments und Staatsbürgers, die politisch ebenso wohl das Merkmal der Selbständigkeit haben wie die Rechte des Königs, werden so denaturiert. Wenn alles Organ der Staatsgewalt ist, die im Monarchen gipfelt, so ist nur er hoheitlich, das übrige Rädchenwerk in seinem Dienst. Das Organgleichnis der Romantik wollte die Gebundenheit an die Gemein-

schaft zeichnen, das monarchische Prinzip bindet Individuen und Körperschaften an die einheitlich von oben gehandhabte Staatsgewalt. Hier hat der Geist Stahls weiter gewirkt, der das Bindende in nichts anderem sah, als in der von Gott über den Volkswillen gesetzten Ordnung.

Die Benommenheit der deutschen Seelen und Gehirne vor dem Herrschaftsstaat hat auch die beste Schöpfung späteren romantisch-historischen Rechtsdenkens beschädigt: die Lehre vom genossenschaftlichen Geist im Gesellschafts- und Rechtsleben der neueren Völker germanischen Blutes. Gierke, an dessen Name die Genossenschaftstheorie geknüpft ist, hat seit den großen romantischen Philosophen die physischen und sittlichen Grundlagen einer rechtlichen Ordnung sozialen Zusammenlebens am tiefsten erfaßt. Das Gedankengebäude vom Genossenschaftsrecht ist eine unverlierbare Bereicherung der Erkenntnis vom öffentlichen Recht. Aber wie ein edler Apfel hat die genossenschaftliche Theorie unter dem Drucke der deutschen Staatsfrömmigkeit Flecken bekommen. Sie war erschaut, subjektiv aus dem ursprünglich demokratischen Fühlen des germanischen Menschen, objektiv aus den demokratischen Ordnungen, die sich dieser europäische Menschentypus mit stolzer Eifersucht auf den Eigenwert jedes Genossen innerhalb der Nation und ihrer Gliederungen gegeben hat. Ihre Grundgedanken von dem Zusammenspielen freier und gebundener Existenz leiten durchaus auf bewegliche Organisationen von Selbstverwaltung und Selbstregierung. Sie sind dem monarchischen Prinzip entgegen, das im Innersten doch nichts als verkleideter Absolutismus, also die Ungenossenschaft selbst ist. Gleichwohl wurde Genossenschaft und Herrschaft in gewaltsame Beziehung gesetzt, es wurde versucht, den deutschen Monarchen absolutistischen Geblütes und den Apparat des Herrschaftsstaates in das System des genossenschaftlichen Staatsgedankens als brüderliches Element einzugliedern. Aus der Genossenschaftsidee sollte sogar dem monarchischen Gedanken Kräftigung zufließen, wie sie nur je ein Reingeistiges einer rauh äußerlichen Einrichtung eingießen mag. Der deutsche Monarch, Genosse unter Genossen, Fleischwerdung des genossenschaftlichen Bewußtseins im Volke — dieser Irrtum konnte nur das Werk einer intellektuellen Selbstinduktion sein.

Die naive Blüte des Genossenschaftswesens in der mittelalterlichen Zeit kennt keinen Staat als höchstes Willenszentrum. Die Volksgenossen standen in freier Luft, gebunden war der Genosse nur durch die Ansprüche, die der Genossenschaft an alle ihre Glieder zustehen. Den König umfloß etwas von der Scheu, die religiöse Symbole aufzwingen. Allein die Ehrfurcht galt dem Amte, der Krone, wie die wohlgepflegte ungarische Überlieferung klar betont. Im Grunde unterscheidet sich dieses Gefühl von dem Empfinden, das jeder Amerikaner für seinen Präsidenten hegt, nicht anders als die dunkle Psyche des mittelalterlichen von der hellen Verständigkeit des modernen Menschen. Seiner öffentlichen Stellung nach hatte der mittelalterliche Monarch, der zur Ausübung seiner Hoheiten durch Wahl oder den durchaus staatlichen Krönungsakt gelangte, dem Widerstand geleistet und der abgesetzt werden konnte, große Verwandtschaft mit dem demokratischen Volksführer, dem das Vertrauen der Nation die Macht in die Hand gibt, um sie im Gesamtinteresse zu verwalten, größere Verwandtschaft jedenfalls als mit dem nachmaligen absolutistischen Zwingherrn der Stände- und Korporationsfreiheit und mit den Trägern der konstitutionellen deutschen Monarchie, die sich kraft Familienerbes als Obrigkeit über die Bürgerschaft setzten.

11. Kapitel

Die Parteien unter der deutschen Monarchie

Als im 19. Jahrhundert in den deutschen Staaten politische Parteien entstanden, schöpften zwei starke Richtungen aus dem Ideenquell der politischen Romantik, die preußischen Konservativen, denen sich später die Bauern zugesellten, und die Katholiken, das nachmalige Zentrum. Die erste Generation der Konservativen gruppierte sich um die Gedanken Hallers, den Späteren wurde F. I. Stahl Wortführer. Die aufgeklärte Bureaukratie des absoluten Staates galt ihnen als deutsche Frucht

der französischen Aufklärung, sie grollten wegen der Eingriffe in die gutsherrlichen Rechte. Reihe in Reihe mit dem Absolutismus bekämpften sie jedoch den Übergang zum Verfassungsleben, waren die Stützen des Thrones im Revolutionsjahre 1848 und im Widerstande gegen die Frankfurter Lösung der deutschen Frage. Nach dem preußischen Verfassungsoktroi waren sie die Träger des monarchischen Prinzips. Die Neigung zu ständischer Einrichtung des Staates, Sympathie für korporative Bildungen in der Verwaltung haben sie immer beseelt, die romantischen Anklagen gegen die liberalen Wirtschaftslehren und den kapitalistischen Wirtschaftsgeist waren viele Jahrzehnte in dieser Partei heimisch, der die aus Handwerk und Kleinhandel hervorgegangenen vielartigen Fraktionen neuen Zufluß brachten. Allein die Bildungsfähigkeit, die dem englischen Torytum seine Verwurzelung mit dem Parlamentarismus gab, fehlte den deutschen Konservativen, die vom autoritären Königtum nicht wegkamen. Sie blieben die bezeichnende Partei der irregegangenen romantischen Staatslehre.

Anders lief der Weg der Katholiken. Ihre geistige Heimat war die Kirche. Schon diese Herkunft schützte sie vor dem Schicksal, der Staatsallmacht zu erliegen. Obwohl mit konservativen Elementen durchsetzt, war die katholische Partei ihrer Hauptmasse nach Vertreterin volkstümlicher Politik. Das Freiheitsbedürfnis der Rheinländer, die sich im Bereiche des preußischen Autoritärstaates nie behaglich fühlten, strahlte durch das Medium des Zentrums nachhaltiger als durch den rheinischen Liberalismus, der sich rascher dem preußischen Regierungsapparat anbequemte. Der Streit, den die preußische Bureaukratie mit der Kirche ausfocht und der Widerspruch gegen die kleindeutsche Lösung des nationalen Problems hielten die oppositionelle Stimmung in der katholischen Wählerschaft lange aufrecht. Viele Jahrzehnte waren die Katholiken die Schüler der echten romantisch-politischen Gedanken. Sie verkörperten die romantische Demokratie, schufen ihr eine Tradition. Breite und Tiefe der katholisch-politischen Bewegung bezeugen die Lebenskraft dieser Überlieferung, die in Joseph Görres eine eindrucksvolle geschichtliche Figur erhielt. Der deutsche Katholizismus erfüllte sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Lehren der Romantiker.

Ketteler und Moufang, das Heer der Organisatoren der katholischen Arbeiterbewegung vervollständigen das Bild einer geschlossenen romantisch-volkstümlichen Politik. Das Zentrum ließ sich wohl in den Jahrzehnten vor dem europäischen Kriege in die Gedankenkreise des deutschen Militärstaates tiefer hineinziehen als seinem Ideengerüste entsprach. Es war die letzte Eroberung, die der Herrschaftsstaat im Gebiete der Romantik machte. Allein diese Provinz blieb immer ein unsicherer Besitz. Das Zentrum verlor nie die Fühlung mit den Ideen demokratischer Selbstregierung. Es vertrat sie stärker als die Parteien des liberalen Groß- und Mittelbürgertums im nördlichen Deutschland. Die Partei erhielt sich reif, nach dem Sturz des Herrschaftsstaates mit großem geistigen und persönlichen Kapital die Linie der romantischen Politik weiterzuführen und an der Aufrichtung der neuen Gesellschaft im Zeichen sozial-volkstümlicher Ideen mitzuwirken.

Früher als die katholische Partei hatte die deutsche Monarchie den Liberalismus in sein Gefolge gezogen. Der deutsche Liberalismus war in seiner Werdezeit eine Bewegung von starkem geistigen Schwung. Ihn trugen nicht bloß die Ideen der Aufklärung in ihrer utilitarisch-rationalistischen Enge und die Lehren der englischen freiwirtschaftlichen Schule. Aus dem deutschen Boden war ihm vielmehr die naturrechtliche Doktrin von Recht und Staat in ihrer Läuterung und Erhöhung durch Kant überkommen und ihre Freihandelswünsche flossen zusammen mit den triebkräftigsten Gedanken der nationalen Einigung. So wäre diese politische Welle ihrem Ideengehalte nach großer Taten fähig gewesen. Sie kam jedoch nie zu einem Erfolg aus der Fülle ihrer Eigenkraft. An der überlegenen Stärke der herrschaftsstaatlichen Maschinerie scheiterte sie. Als sich der Liberalismus nach dem Siege der alten Dynastien über Napoleon Verfassung und nationale Einheit erkämpfen wollte, konnte der Staat ihm die überlegene romantische Idee entgegenstellen, daß die Gesamtheit und ihre Ziele über das Einzelinteresse hinausragen. Die gebildeten bürgerlichen Kreise waren im Banne dieser, der deutschen Geistesentwicklung entstammenden Gedanken, die das Individuum an ein Höheres über ihm banden. Der deutsche Liberalismus fühlte sich daher in der agitatorischen

Arbeit für die Befreiung des Bürgers vom Staate gehemmt, so lebhaft er sie in der Idee erfaßt hatte. Der Kampf um die Verringerung der Staatsgewalt, um die Eroberung eines großen Bezirkes individueller Unabhängigkeit wurde vom deutschen Liberalismus nie mit dem französischen Elan gefochten. Ein anderer Grund seiner politischen Lahmheit war die intellektuelle Verwandtschaft zwischen seinen Vertretern und der Bureaukratie in den deutschen Monarchien des 19. Jahrhunderts. Die Dynastien lebten in der unheiligen Mystik der heiligen Allianz, sie ließen für ihre Machtzwecke die Bundesgenossenschaft der Kirchen wirken. Der Beamtenapparat, der für sie tätig war, der in der täglichen Verwaltung der bürgerlichen Angelegenheiten die Staatsgewalt handhabte, war aufklärerisch und wirtschaftlich im Fahrwasser der klassischen Freihandelslehren. Die Führer des bürgerlichen Liberalismus weisen die gleiche geistige Physiognomie auf wie die preußischen Geheimräte und österreichischen Hofräte der Restaurationszeit. Die deutsche Monarchie hatte sich eben aus der Aufklärungsära des 18. Jahrhunderts, in der sie sich der Geistigkeit und den ökonomischen Bedürfnissen der aufstrebenden bürgerlichen Schichten anzupassen begonnen hatte, über den revolutionären Zusammenbruch des ancien régime im Westen unversehrt hinübergebracht. Sie konnte die primitivsten Teile des liberalen Programms, das waren die Entfesselung der wirtschaftlichen Kräfte und die Befreiung von Schule und Bildungswesen, durchführen, ohne ihre politische Machtstellung preiszugeben. Der Reichtum, den die freie wirtschaftliche Initiative und der durch sie wachsende Industrialismus und Kapitalismus schufen, wurde vielmehr eine Quelle der Stärke für die Staatsmacht. Die politischen Schlachten, die der deutsche Liberalismus gegen die Monarchie schlug, hat er verloren, 1848 den Feldzug um die nationale Einigung von unten her gegen die Hausmachtstaaten, in der Konfliktszeit den Kampf um die Eigenherrlichkeit der Volksvertretung. Als im Jahrzehnt zwischen 1870 und 1879 Bismarck die Liberalen zur Mitregierung heranzog, war dies ein Geschenk von oben, ähnlich wie die kurze liberale Ära in Österreich. Das Geschenk wurde zurückgenommen, ohne daß jene sich kräftig zur Wehr setzten. Der Liberalismus kam auf deutschem Boden nur als Staats-

liberalismus zur Geltung. Der Nationalliberalismus, die Standardpartei des bürgerlichen Gedankens, aber auch der stärkere Teil der weiter links stehenden Gruppen dachte nicht über den Konstitutionalismus deutscher Art hinaus. Auch im Liberalismus war in den Jahren der Blüte des neuen Reiches die Legende zu Hause, daß der deutsche „Staat" dem deutschen Volksverlangen angemessen sei, das monarchisch fühle und die Parlamentsherrschaft nach französisch-englischem Muster nicht möge. Ein eigentümlich zwiespältiger Geist durchzog das deutsche Bürgertum. In der individualistischen Hinneigung zur eigensüchtigen Begrenzung des Lebens auf den Privatkreis, auf Erwerb, Beruf und Behagen, war der Deutsche dem romanischen Bürger ähnlich. Während dieser aber, dem utilitarischen Gedanken folgend, sich dem Staate gegenüber frostig verhielt, fühlte sich der Deutsche innerlich dem Staatsapparat untergeordnet, er gab sich ohne Besinnen der Täuschung hin, die der Staat verbreitete, daß das starre Obrigkeitsregiment der Dynasten und ihrer Bureaukratie eben jene überindividuelle Gesamtheit darstelle, die im Sinne der Romantik dem einzelnen, der ihr diente, ein wertvolleres Selbst gab. Der Deutsche wähnte sich frei und lebte doch noch immer in seinem Fürstenstaate. Dieser ließ es freilich an Lockungen nicht fehlen. Am deutschen Bürgertum erprobte sich abermals die absolutistisch-monarchische Staatskunst, die Ludwig XIV. dem Adel gegenüber gelungen war. Die Söhne der Klasse, die noch um 1860 herum ein trotziges bürgerliches Bewußtsein hatte, duckten sich unter dem Pomp, in den das auf hohem Gipfel stehende monarchische Wesen sich kleidete. Der Bürger nahm und suchte Orden, er drängte sich in die regierende Kaste und ihre Standeseinrichtungen, die Korps und Regimenter, und strebte in den Adel empor, der auch in der konstitutionellen Monarchie dem Throne und dem Staate am nächsten geblieben war.

12. Kapitel

Der Militarismus im neudeutschen Reiche

Nacheinander hat im 19. Jahrhundert in den deutschen Ländern die alte Monarchie die zwei auf Befreiung des Bürgers und auf volksmäßigen Aufbau der öffentlichen Ordnungen hinzielenden Ideen überwunden: die aufklärerisch-liberale und die romanische. Diese, die gefährlichere, weil sie die kräftigen Keime zur Aufpflanzung eines herrschaftslosen, demokratischen Selbstverwaltungssystems in sich trug, hatte, von der katholischen Partei abgesehen, den Kampf gar nicht aufgenommen, sondern sich freiwillig mißbrauchen lassen. Jene, die liberale, die von den westlichen Ursprungsländern her fest umrissene Regeln einer erprobten Abwehrstrategie bekommen hat, zermürbte sich. Sie war nach Kämpfen von der ureigensten Waffe der absoluten Fürstengewalt auf die Knie genötigt worden: vom Militarismus. Militärische Macht war das Werkzeug, das die deutsche Monarchie erhalten hat. Kriege waren ihre Etappen. Die Dynasten entwickelten die Schwertgewalt, die vor Jahrhunderten der Ursprung ihrer Herrschaft war, zu riesenhaftem Wachstum. Was war das Militär der spanischen und französischen Könige gegenüber dem klirrenden Monstrum der Hohenzollern und Habsburger? Es war der große Triumph der fürstlichen Häuser, daß sie das allgemeine Volksaufgebot, diesen uralten Bestandteil demokratischen Gemeinschaftslebens, zu einem Instrument ihrer Herrschaft hatten machen können. Die Streitkräfte der Fürsten waren kleine stehende Heere gewesen, die außerhalb des Volkes blieben. Das Kriegshandwerk war ein Beruf für sich. Der Bürger achte unsoldatisch. Die französische Revolution hat zum ersten Male zur Verteidigung eine Armee aus dem Volke aufgestellt. Ihrem Beispiel folgte Preußen in den Befreiungskämpfen gegen Napoleon. Die alten absolutistischen Militärs sahen mißtrauisch auf die Landwehr, deren revolutionärer Ursprung am Tage lag. Ihre Schöpfer, Scharnhorst und Stein, erachteten sie auch wirklich als eine der Einrichtungen, die Preußen in einen freien Verfassungsstaat umwandeln sollten. Die Reform des Staates im Geiste des Volksrechtes hätte die Gabe des Königtums für

die Opfer des Volkes sein sollen. Das preußische Königtum nahm die Ausdehnung seiner Wehrmacht entgegen, die Gegenleistung blieb es schuldig. Die Erweiterung der Wehrpflicht wurde vielmehr ein neues Machtmittel des Absolutismus. Die Rechte der Nation blieben kümmerlich, die Dienstpflicht wurde allmählich aufs Letzte ausgenützt. Volksheer und stehendes Heer waren ehemals die Gegensätze von Demokratie und Fürstengewalt. In der deutschen Monarchie erhielt das Volksheer die Rolle des stehenden Fürstenheeres. Der Monarch nahm den Bürgersoldaten in die Hand, wie ehemals den Mietling oder den Mann, dem der Soldatenrock Berufstracht war.

Die Riesenarmeen, die die neueren deutschen Dynasten im 19. Jahrhundert geschaffen haben, sind wie ein ungeschlachtes Symbol für den Trieb, der im Grunde der fürstlichen Staatenschöpfungen vom Ursprung her lebendig war, der Trieb nach Macht und Machtmitteln. Die absoluten Herren hatten die Herrschaft über Land und Menschen, ihr Hinüberwachsen über die alten Freiheiten der Stände und Bürger einstmals auf ihre Heere gegründet. Der so in die Welt gebrachte Typus wirkte sich im neuen Deutschen Reiche ins Große aus. Erst jetzt entfaltete sich seine militärische Anlage ohne Hemmung. Der „Staat" wurde vollends zum Militärstaat. Er wandelte die Bürger in Werkzeuge des Machtzweckes. Am wuchtigsten trat hier der Vorgang in Erscheinung, daß der Herrschaftsstaat alle seelischen Quellen für sich usurpierte, die den einzelnen von der Eigensucht der Privatexistenz weg zur inneren Gebundenheit an ein Gemeinleben drängen. Im Jahrhundert der nationalen Geistesgröße freute sich der Mensch seiner individuellen Ungebundenheit im Denken und Schaffen. Er gab diese Freiheit gerne der Volksgesamtheit. Unbeachtet von ihm stellte sich an den Platz der Nation, eines seelischen Ganzen, der Staat, eine Machtorganisation unvölkischer Herkunft und Zielstrebigkeit. An diese band sich der deutsche Bürger, erlernte die Sprache jenes Gewaltorganismus. Die Armee wurde seiner Ideologie zum Sinnbild der deutschen Gemeinschaft. Der Körper, dessen Blutstrom stummer Gehorsam vor dem Befehl war, wurde zum Gefäß des Zusammenwirkens Gleicher umgedeutet. Das alte deutsche Aufgebot war ein freier Dienst des Volkes für das Volk, die Ritter-

heere waren Einigungen von Männern gleichen Standesgefühls und Standesrechts. Das „Volk in Waffen“ der Monarchie in ihrer letzten militärischen Epoche war nur die äußerste Spitze in der Entwicklung der fürstlichen Gewalt. Im Monarchen stand der oberste Kriegsherr obenan, in den Staatsbürgern der Soldat des Kaisers. Staat und Kriegsmacht flossen ineinander. Hegel, der doch die Obmacht des Staates mit den stärksten Wendungen seines philosophischen Wortschatzes verkündete, hat des Militärs nicht weiter gedacht. Den späteren Geschlechtern deutscher Staatsdenker und Lehrer wurde das Kriegsinstrument mehr und mehr Kern des Staates. Die Romantiker hatten gegenüber dem rationalistischen Individualismus die Gemeinschaft gelehrt, die nicht für den Bürger da ist, sondern ihren Grund in sich trägt. In dem Militärstaat ward daraus die Lehre, daß der oberste Zweck des Staates seine Selbsterhaltung als Machtorganisation sei. Machtzweck und Staatszweck verflossen in eins. Den europäischen Absolutismus kennzeichnet, daß er nicht bloß physische, sondern auch stärkste geistige Vergewaltigung der Nationen war. Nochmals in der Spätblüte legte sich diese unheimliche Kraft auf die Bürger des neudeutschen Kaisertums, das nach Instinkt und Befugnissen im Grunde nichts war als ein durch kleine Formalitäten gedämpfter Absolutismus. Seltsam die seelische Erscheinung, daß breite Massen des deutschen Bildungsstandes, aus dem Wurfe dynastisch-absolutistischen Denkens heraus, den Machttrieb als die natürliche höchste Aufgabe der Staatsgemeinschaft glaubten. Die verwegensten Hypothesen wurden erdacht, um dieses Dogma dem Verstande zu empfehlen, so die Fiktion, daß das Volk in seiner Masse nicht nach Selbst- oder Mitentscheidung strebe, sondern regiert sein wolle. Der Staat müsse daher regieren und seine Macht festhalten. Der Machttrieb wurde dem Staat geradezu als sittliche Pflicht auferlegt. Alle Staatszwecke, die vordem Denker aufgestellt hatten, galten als zweitrangig, nur dann fundiert, wenn sie den obersten Staatszweck, die Machtbehauptung fördern. Vergessen wurde, daß hier an die heikelste Frage des Gemeinschaftslebens gerührt ist. Wenn die Gesamtheit als Macht, als Energiezentrum tätig wird, wenn sie den Bürger zu den Waffen ruft, die Bürger anderer Gemeinschaften zu Feinden erklärt, sollte niemand sein,

der über sie entscheidet. Wer darf die Macht üben? Wie soll sie geübt werden? Im deutschen Autoritätsstaat war diese Frage vornab entschieden. Der Staatsapparat war so beschaffen, daß der Marschbefehl ausgeführt wurde, ehe die Gesamtheit, die sich in Kolonnen in Bewegung setzte, prüfen und ihren Willen kundgeben konnte. Die Machttheorie rechtfertigte diese Ordnung. Im Volke lebe ein urwüchsiges Pflichtgefühl, eine Bereitschaft, Opfer zu bringen. Der Staat habe die Vollmacht, diese Opferbereitschaft in Anspruch zu nehmen. Das Pflichtgefühl der Masse gäbe ihm das Recht, vom einzelnen auch das Opfer des Lebens zu fordern, die gegenwärtige Generation für die Zwecke der künftigen Geschlechter zu verbrauchen. Der Schluß wurde nicht gezogen, daß der Wille, im Notfalle mit seinem Dasein für die allgemeine Sache einzustehen, in einer Gemeinschaft von Kulturwesen allen opferfreudigen Bürgern vorerst das Recht gäbe, über Anlaß und Zweck der Kriegführung mitzuentscheiden. Die Existenzfrage des Staates soll nur das sich selbst regierende Volk beantworten. Die deutsche Monarchie sah jedoch ihr Ich und ihr Leben darin, daß sie in der Macht über das Militär, in der Gewalt über Krieg und Frieden den Grundsatz des vorbildlichen Absolutisten „l'état c'est moi" mit schneidender Folgerichtigkeit festhielt. Die Vertreter der Staatsmachtlehre dachten dem Volke die innersten Gedanken der Herrscher vor, und durch zahlreiche Kanäle strömte jene Geistesrichtung ins Volk. Die deutsche Kriegsliteratur hat nur zum Fanatismus gesteigert dargeboten, was in den Jahrzehnten vorher ausgereift war. Als die Millionenheere marschierten, war die deutsche Monarchie auf der Höhe ihrer Stärke. Sie verfügte nicht nur über ein massiges Instrument, sondern auch über eine, mit dem Geist militärischen Machtrausches durchsäuerte Generation deutscher Menschen. Das Instrument der Macht zerbrach. Als die Heere zurückfluteten, hatten die Monarchen keinen Halt mehr. Denn der bürgerliche Geist, der in Zeiten der Not die überkommene Ordnung stützt, war völlig von den militärischen Zwangsvorstellungen zerstört worden. Der „Staat" war restlos Militär geworden. Als das Militär aufgebraucht war, stand der Staat vor dem Ende.

IV. ABSCHNITT

Marxismus und Kapitalismus

1. Kapitel

Koalitionsrecht und Staatsgewalt

In den Tagen, da die industriewirtschaftliche Umgestaltung der Gesellschaft den vierten Stand in die Welt stellte, trat diesem der Staat als Feind entgegen. Er wiederholte am besitzlosen Arbeiter den Fehler, den er in seinen Anfängen am Bauern begangen hat. Einseitig wandte sich der Staatsapparat gegen einen Teil des Volkes, der aus widriger wirtschaftlich-sozialer Entwicklung den Weg ans Licht suchte. Der Bauer am Ausgang des Mittelalters war in Stumpfheit versunken, nachdem er vergeblich einige blutige Vorstöße gegen seine Entrechtung gemacht hatte. Die Arbeiterklasse war zäher, freilich auch in günstigerer geschichtlicher Lage. Sie wurde von dem politischen Auftrieb des Bürgertums, dem sie bald Krieg ankündigen sollte, mitgenommen; die staatlichen und persönlichen Rechte, die der dritte Stand erfocht, galten auch für das Proletariat, die großen Ideen, die für die bürgerliche Klasse gegen das ancien régime Sturm rannten, befeuerten auch die Köpfe der lohnarbeitenden Schichten in dem Kampfe um wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg. Überall erschienen als Mitkämpfer der bürgerlichen Revolution Arbeitermassen; die Siege der neueren politischen Gedanken waren auch ihre Siege. Mit dem politischen Triumphe des Bürgertums dehnte sich in gleicher Zeit die industriell-kapitalistische Wirtschaft in die Breite, das Proletariat nahm an Zahl zu. Es fühlte sich nach Ziffer und nach der Weite geschichtlichen Atems als emporstrebende Klasse. Das trieb seine Energie; in Einzelschlachten zurückgeworfen, sammelte sich seine Kraft immer wieder. Die soziale Frage war, anders als die geschicht-

liche Episode der Bauernfrage, ein Stück der historischen Hochflut. Vor ähnlichen breiten Bewegungen vergangener Zeiten hob sie die Besonderheit heraus, daß sie ein geistiges Drängen in der Gesellschaft war. Das Kennzeichen des Geistes trug sie von ihren Ursprüngen her, die in die stärksten geistigen Zeitläufte der europäischen Menschengemeinschaft zurückführten.

Aufklärung und Naturrecht hatten auch für die besitzlos gewordenen Löhner des Volkes gedacht; in den breiten Flötz bürgerlich-liberaler Gedanken eingesprengt, zieht durch die rationalistischen Ideen schon von früher sozialistisches Geäder. Die Morelly und Mably, die Linguet und Brissot de Warwille, die Meslier und Boissel, in Deutschland Hugo blieben mit ihrer, der kapitalistischen Zeit voraneilenden naturrechtlichen Eigentums- und Gesellschaftskritik Literatur. Immerhin sickerten ihre Ideen durch das tiefe Sammelbecken der grundsätzlichen, dem alten Herrschaftsapparat entgegentretenden Ideen volkstümlicher Politik, durch Rousseau, hindurch in die revolutionär umgeackerten Jahrzehnte der politischen und sozialen Kämpfe. Das Proletariat und seine Führer zogen im 19. Jahrhundert aus Naturrecht und Gesellschaftsvertrag die gleichen Schlüsse, die die aufklärerischen Publizisten schon im 18. Jahrhundert vorweggenommen hatten, als die industrielle Umgestaltung sich in der sozialen Schichtung des Volkes noch kaum spiegelte. So waren die ersten Generationen der kämpfenden Arbeiterklassen durch ihre geistige Verwurzelung gegen den Machtstaat und seinen Mechanismus feindlich gestimmt.

Wirksamer trug jedoch zur Gegnerschaft, die sich allmählich zum Klassendogma verdichtete, der herrische Zug bei, den der Staat mit seiner eingearteten Schroffheit die neue Klasse seiner Untertanen fühlen ließ. Man hat in Deutschland, als der Beruf der Hohenzollern zum sozialen Königtum entdeckt wurde, viel von einem der deutschen Monarchie eigenen Empfinden für Gerechtigkeit gegen die Enterbten der Gesellschaft geredet. Hier wurde eine späte, übrigens nie sonderlich tief genommene, unter Wilhelm II. bald wie eine Laune weggeschobene Methode, die Fürstenmacht zu festigen, in frühere Entwicklungsabschnitte der dynastischen Politik zurückverlegt. Der deutsche Fürstenstaat hat, wie der Absolutismus in allen Hauptländern, dem industriellen

Löhnervolke durch lange Zeiträume wenig Verständnis, noch weniger Liebe gezollt. Ihm war das Herrschen, das obrigkeitliche Anordnen, die Herabdrückung des Einwohners zum gehorsamen Untertan Natur, war die bürgerliche Rückseite seines militärischen Gewaltgeistes. So verfolgte der Absolutismus die Reste der Gesellenschaften, die sich aus der Blüte des mittelalterlichen Korporationslebens erhalten hatten. Ihre Neigung, sich selbst zu helfen, ging ihm wider die Ordnung, sein Argwohn gegen alle Ansätze zu gemeinschaftlichem Tun neben oder außerhalb des Staates war unbesiegbar. Aus diesem im Blut sitzenden Herrschaftswillen, der nur eine Herde vereinzelter Untertanen dulden wollte, ist der hartnäckige Widerstand des „Staates" gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter zu verstehen.

Der Drang der Löhner, aus ihrer bürgerlichen Atomisierung, die sie in Ohnmacht hielt, zum Zusammenschluß mit ihresgleichen zu kommen, um in — gelegentlicher oder dauernder — Organisation und Zucht für Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Stellung zu wirken, machte das Wesen der neuen Klasse aus. Das Koalitionsrecht war die Kernforderung des Arbeitervolkes, wie die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der Hauptanspruch des Bürgertums gewesen war. Der bürgerlichen Forderung war der Polizeistaat gewichen, als er sich überzeugte, daß ein stetig wachsender Reichtum seiner Kaufleute und Fabrikanten seinen Finanzen eine Unterlage gab, wie sie eine solche nie zuvor gehabt hatte. Die Koalitionsfreiheit unterdrückte der Staat. Sie ging gegen das Grundthema seiner Politik, keine Macht aufkommen zu lassen, die der Souveränität, der Allgewalt der Herrschaftsmaschine über die Menschen gefährlich werden könnte. In der Koalition lagen die Keime zu körperschaftlicher Bildung, zur Sammlung und Einexerzierung von Massen für ihre eigene Sache. Der Machtapparat folgte daher gerne dem Verlangen der Arbeitgeber, die das Koalitionsrecht als Beeinträchtigung ihrer Herrschaft über den Arbeitsmarkt bekämpften. Wäre das Recht der Arbeiter, sich zu koalieren und zu organisieren, anerkannt und geschützt worden, wie die anderen großen Rechte des Staatsbürgers, wie das freie Siedelungs- und Gewerberecht, so hätte der soziale Aufstieg der Löhnerklasse viel früher begonnen, der Riß, der durch die

Nationen ging, wäre nicht so tief geworden, der Ausgleich zwischen Unternehmern und Arbeitern wäre ohne die Aufwühlung von Herrentrotz auf der einen, ohnmächtiger Erbitterung auf der anderen Seite schmerz- und reibungsloser vor sich gegangen. Der „Staat" hat jedoch Partei genommen. Er stellte dem einen Teil, den Arbeitgebern, seine Macht zur Verfügung, er fühlte sich den Besitzenden zugehörig, die Besitzlosen waren ihm unheimlich, als ob die ungehemmte Verbesserung ihres wirtschaftlichen Daseins sie nicht zu ebenso zuverlässigen Mitgliedern der Gesamtheit gemacht hätte, wie es der dritte Stand und die zu freien Besitzern gemachten Bauern geworden waren. Der deutsche Staat war in dieser Ungerechtigkeit gegen den Löhner nicht anders, als der französische und der englische gewesen war. Das Lehrlingsgesetz der Königin Elisabeth aus der Hochblüte des britischen Absolutismus behandelte in aller Unschuld den Arbeiter schlechter als den Meister; es verbot Ausfolgung oder Annahme höherer Löhne als der festgesetzten. Als die Macht über den Staatsapparat, über Gesetzgebung und Verwaltung vom König auf das Parlament, also auf die ständischen Vertreter des alten Besitzes überging, wandelte sich die polizeistaatliche Parteilichkeit nicht unmittelbar. Sie wechselte nur den Träger. Die Staatsbehörden verweigerten die Durchführung des Lehrlingsgesetzes, als die Arbeiter dieses gegen die lohndrückenden und die Lehrlingszahl steigernden Tuchfabrikanten anriefen. Die Koalitionsverbote in der Zeit der aufschießenden Fabriksindustrie und ihre einseitige Anwendung gegen die Arbeitnehmer zeigten das englische ancien régime als grausam-parteiischen Schützer der Unternehmer. Ähnlich wendete sich der französische Staatsapparat, der in der Zeit des Absolutismus mit gewaltsamer Härte gegen die Gesellenvereinigungen vorgegangen war, auch als die Freiheitsrechte zum Sieg gekommen waren, gegen die Koalitionsfreiheit. Der Beamtenmechanismus des neuen Frankreich, zentralistisch-bureaukratisch wie der alte, war voreingenommen in der Durchführung der Koalitionsgesetze.

Der deutsche Staat hat seine strenge obrigkeitliche Gewalt über alle Klassen behauptet, auch über das im Westen zur Selbstregierung gekommene Bürgertum. Gab es in der ersten Phase des entfesselten Industrialismus in Frankreich und England

unmittelbare Klassenherrschaft, weil dortselbst die Unternehmer als mächtige Gruppe in der besitzenden Klasse die Verantwortung auf sich nahmen und nicht davor zurückscheuten, den Klassenkampf unter eigener Flagge zu führen, so stellte sich in Deutschland der Staat und sein Herrschaftsapparat vor die Arbeitgeber. Er führte den Klassenkampf für diese. In der Aufklärungszeit und unter dem Eindrucke der französischen Revolution war er dem Bauern gegenüber von dem humanen Sinn der Epoche erfüllt. In den Jahrzehnten der ersten industriellen Entfaltung kehrte er sein hartes Wesen ungemildert der Arbeiterschaft zu. Die Koalitionsverbote wurden scharf gehandhabt. Auch als in den 60er Jahren die Freiheit der Koalition gesetzlich zugestanden wurde, blieb die Verwaltung bei der Einzwängung der Arbeitervereinigungen, wirkten Polizei, Verwaltungsrechtsprechung und Gerichte in der Handhabung der Ordnung der Ausnützung des Koalitionsrechtes entgegen. Der Erpressungsparagraph wurde über das Maß herangezogen, die Richter verhehlten ihre unternehmergünstige Stimmung nicht. Unverhüllte Feindschaft des Staates gegen einen erheblichen Teil seiner Staatsbürger verrieten das Sozialistengesetz und der Puttkamersche Streikerlaß, ein neuer nervöser Vorstoß war der Gesetzentwurf von 1899. Der im Militarismus verhärtete preußisch-deutsche Staat fiel in den Erbfehler des Absolutismus zurück, geistige Bewegungen mit der Faust niederschlagen zu wollen. Der Krieg gegen die Sozialdemokraten löste den wesensgleichen Kulturkampf ab, spiegelte die Demagogenverfolgungen des Deutschen Bundes, die Dragonaden des französischen Königtums, die Protestantenaustreibungen der Habsburger wider. Bis in die Zeit vor dem Kriegsausbruch zeugt das Verhalten von Behörden und Regierung von mangelhaftem Verständnis für die Psychologie der Lohnkämpfe. Die Koalitionsverbote aus der polizeistaatlichen Zeit waren wohl beseitigt, aber der koalitionsfeindliche Geist war dem deutschen Staate geblieben. Der konservative Romantiker Jarcke hatte noch in den 50er Jahren dem deutschen Staate die Aufgabe zugeschoben, daß im Aufbau der Ständeinteressen die Vertretung des vierten Standes nicht diesem, sondern der Regierung zufalle. In der geschichtlichen Wirklichkeit strebten der Herrengeist der Unternehmer und der Herrschaftsgeist der Staatsgewalt sich

einander anzugleichen; der Staat auf deutschem Boden wurde Sekundant der Arbeitgeber. Gerade er, in der Vereinigung von undemokratischer politischer Starre und sozialer Voreingenommenheit gegen das Proletariat wurde so in den Augen der sich emporkämpfenden Arbeiter das Beispiel des „Klassenstaates". Indem er mit seinen Machtmitteln die eine Partei stützte, wurde er ein Hemmnis für den sozialen Ausgleich. Der Weg des Arbeitgebers zur Staatsgewalt war für jenen der kürzere, bequemere als der zum Arbeiter. Unternehmer und Lohnempfänger standen nicht auf ebenem Boden. Ein ehrliches Kompromiß von Pflicht und Recht fordert aber gleiche Verteilung von Licht und Schatten. Die Staatsgewalt hat den Klassenwiderstreit nicht geschaffen; aber indem sie sich zwischen die gesellschaftlichen Parteien schob, erweiterte sie den Riß, entfernte die Klassen voneinander. Ihre Eingriffe haben die Politisierung der sozialen Bewegung vertieft, die Arbeiter vom gemeinen Staatsbürgergefühl weg zum einseitigen Klassenempfinden hingedrängt. Kein Zufall, daß auf deutschem Boden, im Bereiche des autoritärsten Herrschaftsstaates, eine Arbeiterpartei aufwuchs, die zwischen sich und dem Denken und Fühlen des Gesamtvolkes schärfere Linien zog, als die Arbeiterparteien anderer Völker. Weil in der deutschen Heimat der Staat als Verkehrshindernis im freien Strom kulturlicher, aber auch sozialwirtschaftlicher Wechselseitigkeit innerhalb der Nation finster aufragte, ebendaher schob die deutsche Arbeiterbewegung mit schrofferer Rücksichtslosigkeit als ihre Genossen in den romanischen und angelsächsischen Ländern den Klassenkampf in den Mittelpunkt ihrer Theorie und Politik.

2. Kapitel

Der Revolutionär Karl Marx

Die Seele des Marxismus ist der Klassenkampf. Karl Marx hat in seinem Kämpfer- und Denkerdasein ein System aufgetürmt, das in seinem zyklopischen Gefüge und seiner Durcheinander-

mengung von Bestandteilen mannigfachster Herkunft in der Geistesgeschichte an Eigenart kaum seinesgleichen hat. Vielleicht nur das Lebenswerk Platos weist einige entfernte Ähnlichkeit mit dem marxistischen Gebäude auf. Der große griechische Philosoph wollte nicht weltabgewandter Grübler sein, sondern Lenker seiner Nation, er wollte Staatsweisheit geben, und seine Sehnsucht war, diese selbst als Führer im lebendigen Staate zu verwirklichen. Der Beruf des praktischen Staatsmannes blieb dem leidenschaftlichen hellenischen Forscher und Lehrer versagt. Karl Marx entschied selbst über sein Leben. Er stürzte sich aus philosophischen Studien mit aller ihm zugemessenen herrischen Tatkraft in die Politik des Tages. Von da ab unterstellte er eine bedeutende spekulative Kraft und eine bemerkenswerte Gelehrtenzähigkeit dem politischen Dränger in ihm. Voran reitet, mit befehlender Geste die Richtung weisend, der politische Kämpfer, der Geschichtsphilosoph, der Historiker und Volkswirt schaffen, bald in atemloser Eile, bald in mühevoller Emsigkeit das Material herbei, um dem Leiter der Massen Argumente zu bieten, die die Zuversicht der Anhänger stärken, ihren Mut befeuern, neue Scharen anlocken. Der Marxismus als Gesamtleistung ist ein Beispiel aus dem Leben für die Lehre der modernen Psychologie, daß die altüberlieferte Teilung der seelischen Funktionen, das Schema Denken, Fühlen, Wollen nicht in die Tiefe hinabreicht, daß sich alles seelische Vorgehen um den Willen gruppiert. Das Feuer in Marx brennt für den politischen und wirtschaftlichen Kampf des Proletariats. Klassenkampf ist der Ruf des politischen Marxismus, Klassenkampf ist das Um und Auf des wissenschaftlichen Marxismus. Die Überzeugungen des Gelehrten formen sich nach dem Wollen des Parteiführers. Im Marxismus begegnen sich Denkelemente verschiedener Herkunft, nicht der Faden strenger Logik heftet sie zu einem Stück, sondern die Faust eines willensstarken Mannes hat sie zu einem Ballen zusammengepreßt. Sie sind vereinigt, weil sie Karl Marx als Beitrag zu seiner Theorie und Praxis des Klassenkampfes geeignet befand.

Die Leitungsbahnen für sozialistisches Denken fand Marx gegraben, die Hauptformen der proletarischen Politik fand er vorgezeichnet. Wie die anderen deutschen Sozialisten seiner

Generation lernte er an der Literatur und den sozialen Zuständen Frankreichs und Englands, der Länder, in denen sich eine Arbeiterpolitik zeitiger als in der Mitte oder im Osten Europas herausbilden mußte, weil zu ihnen Kapitalismus und Industrialismus am frühesten kamen. An den Vorbildern und der Praxis der Arbeiterbewegung in England und Frankreich ist die später auftretende deutsche Bewegung gewachsen. Das französische und englische Proletariat sind nun Kinder der Aufklärung, ihres individualistischen Rationalismus und ethischen Utilitarismus. Der tiefste sozialistische Denker Frankreichs, Saint-Simon ist freilich Romantiker, aber weder er noch der stark im Romantischen verwurzelte Fourier haben die lebendige Politik der französischen Arbeiter geführt. Parteipolitisch wuchs der Sozialismus in Frankreich aus der großen Revolution von 1789 heraus. Die französischen Proletarier waren Revolutionäre, für ihren revolutionären Drang fanden sie bei Saint-Simon und Fourier keine Nahrung, denn deren Gedankengänge sind nicht revolutionär. Rebellion, Auflehnung war dagegen die Gedankenwelt von 1789 und ihr geistiges Fundament, die kritische Aufklärung. Die ging vom Individuum aus, für das sie Freiheit und Gleichheit sowie das Recht auf die Güter und Genüsse der Erde fordert. Das Bürgertum hatte sie sich im Kampfe gegen die alten Gewalten erstritten. Die Proletarier setzten den Kampf für die restlose Erfüllung der Urrechte des Individuums fort, und nicht bloß im Geiste, sondern auch mit den Methoden der Revolution, mit bewaffneten Putschen und Straßenkämpfen. Die englische Arbeiterbewegung war in ihrer ersten bedeutenden Erscheinung, im Chartismus, gleichfalls politisch-revolutionär. Der Grundgedanke des Chartismus ist Eroberung der politischen Gewalt für das Proletariat, um auf dem Umwege über die Staatsmacht Wirtschaft und Gesellschaft nach den Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu formen. In seiner politischen Methode eine Abzweigung der liberal-politischen Doktrinen ins Proletarische, steht der Chartismus und alle kämpfende Arbeiterschaft in England auf dem Boden der insularen Aufklärungsidee, die den Großteil der ethischen Literatur Englands und Schottlands im 18. Jahrhundert durchzieht und der Bentham die letzte Ausprägung gab: größtmögliche individuelle Wohlfahrt der größtmöglichen Zahl.

Als ein deutscher Sozialismus als Massenerscheinung möglich war, in den Zeiten des rasch vordringenden Industrialismus, war im Bürgertum, der vorgeschrittensten, dem Proletariat politisch am nächsten stehenden Volksklasse, die geistige Welt des Rationalismus wieder durchgebrochen. Die süddeutsche Demokratie und die preußische Fortschrittspartei dachten in den politischen Formen des französischen und des damals noch romanisch interpretierten englischen Parlamentarismus. Geistig herrschte im Bürgervolk teils der utilitarische, teils der materialistische Zweig des Aufklärungsjahrhunderts, es war die Epoche der Vogt und Büchner. Die Arbeiterschaft war derselben geistigen Art, nur war ihr politischer Drang revolutionärer als der des Bürgertums, dessen matt aufrührerische Periode mit 1848 geendet hatte. Die deutsche Arbeiterbewegung wäre ihrer Ideenfärbung nach ein Abklatsch der französisch-englischen geworden, wenn nicht ihr geistiges Haupt Karl Marx, dessen Lehre sich der deutsche Arbeiter unterwarf, die westlichen Elemente mit Bestandteilen aus der großen deutschen Ideenzeit vermengt hätte, die durch Kant hindurch den aufklärerischen Rationalismus überwunden hat. Marx war Hegelianer, romantischer Denker, ehe er radikaler und sozialistischer Publizist und Agitator geworden ist. Politisch, wie alle deutschen Rebellen seines Alters im Bann der französischen Revolution und ihrer rationalistischen Grundlage, war Marx als Geschichtsphilosoph und sozialistischer Theoretiker im Zwange Hegelscher Romantik. Aus beiden weit unterschiedenen Ideenwelten hat er Bauquadern für sein System gewonnen. Beide schweißte er zu seiner Lehre von der zwangsläufigen Klassenkampfbewegung des Proletariats zusammen.

Karl Marx war in seinen Entwicklungsjahren Revolutionär. Im Europa der 30er und 40er Jahre des 19. Jahrhunderts tummelte sich in der Schweiz und in Frankreich eine ganze Generation junger Männer, heißblütiger, umwälzender Ideen voll, der Feder und des Wortes mächtig, begierig ihre Nation — ob dies die zerrissene deutsche oder italienische, die geknechtete polnische oder die unter einem despotischen Willen gefesselte russische waren — zu befreien. Das blendende Vorbild war allen die große französische Revolution und das, brodelnder revolutionärer Kräfte volle Paris, das seither eine zweite politische Umwälzung

vollbracht hatte und einer dritten entgegenzureifen schien. Manche dieser Revolutionäre blieben bei der nationalen Erhebung stehen. Marx, obwohl der nationaldeutschen Idee zugetan, wie sie als Einigung des Volkes gegen die dynastischen Staaten im damaligen demokratischen Geschlecht lebte, umfaßte die Revolution doch als Erhebung des vierten Standes. Der revolutionäre Instinkt in ihm fühlte, daß das Bürgertum in Deutschland eine elementare revolutionäre Tat, wie sie der historische Verlauf dem französischen dritten Stande zugeschoben hatte, nicht benötigen würde, weil der Staat seine wirtschaftlichen Bedürfnisse zu erfüllen im Begriffe war, daß die deutsche Bourgeoisie darum den echten Rebellenelan nicht aufbringen würde. 1848 hat ja die geschichtliche Probe gemacht. Frühzeitig lugt Marx daher nach dem revolutionären Element in Deutschland aus und nimmt hiefür das Proletariat in Anspruch, obwohl dieses 1844 als er seine Theorie niederschrieb, als industrielles Massenvolk erst im langsamen Werden war. Der vierte Stand hat in Deutschland allerdings nach dem jungen Marx nicht bloß die Berufung, sich selbst zu befreien, sondern vermöge seiner besonderen Stellung in der Gesellschaft mit seiner Befreiung diese selbst von aller Art Unterdrückung und Ausbeutung frei zumachen. Die Revolution des Proletariats werde die soziale Revolution sein. Frühzeitig freilich erkannte Marx, daß die soziale Umwälzung, im Gegensatz zur bürgerlichen Revolution, einen langwierigen Verlauf nehmen müsse. In der klassischen Formulierung des historischen Materialismus, im Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie, spricht er von der „Epoche" der sozialen Revolution. Diese theoretische Erkenntnis hätte in einem echt historisch gerichteten Kopfe zu dem Schlusse geleitet, den der Revisionismus Jahrzehnte später fand. Marx empfand aber nicht historisch, sondern revolutionär; seine politische Phantasie schweifte mit erlöster Befriedigung in der Vorstellungswelt der großen Revolution. So zeigte sich ihm auch die soziale Revolution in der Form von politischen Umwälzungen, eines Kampfes um die Staatsgewalt. Der profunde Kenner der Wirtschaftsgeschichte tauchte nicht in die verschlungenen Wege zähe hinfließender ökonomisch-sozialer Entwicklung ein. Vor diese schob sich ihm das grelle Zeitereignis von 1789 mit seinen

weltumspannenden Folgen, das noch die Einbildungskraft zweier Geschlechter beschäftigt hat. In der Vorrede zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich" legt Engels offen dar, wie die Revolutionstheorie seines großen Freundes unter dem Einfluß der französischen Ereignisse gebannt blieb. „Als die Februarrevolution ausbrach," schreibt Engels, „standen wir alle, was unsere Vorstellungen von den Bedingungen und dem Verlauf revolutionärer Bewegungen betraf, unter dem Bann der bisherigen geschichtlichen Erfahrung, namentlich Frankreichs. So war es unvermeidlich, daß unsere Vorstellungen von der Natur und dem Gang der in Paris 1848 proklamierten sozialen Revolution, der Revolution des Proletariats, stark gefärbt waren durch die Erinnerungen des Vorbildes von 1789 bis 1830." Was Marx über Revolution schrieb und empfand, war aus der französischen Zeitgeschichte genommen, die ihm ein offenes Bilderbuch für die Gesetze der sozialen Entwicklung war. In Frankreich waren die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, nach denen das Bürgertum verlangte, um seine Wirtschaftskraft zu entfalten und seine gesellschaftliche Rolle zu spielen, durch eine Staatskatastrophe, durch Umstürze voll scharfer dramatischer Steigerung hergestellt worden. Es war ein in furchtbaren Klassenkämpfen erfochtener Sieg einer Klasse, die vorher mit der Entfaltung der sozialökonomischen Bedingungen gewachsen war, es war wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwickelung, auslaufend in eine politische Erhebung, der einige Nachbeben folgten. Dieses Schema prägte sich dem ungestümen revolutionären Marx ein, erweiterte sich ihm zur wissenschaftlichen Überzeugung, daß der Verlauf der Geschichte eine Folge von solchen Klassenkämpfen sei — schon die französischen Publizisten seiner Zeit hatten Geschichte in diesem Bilde zu sehen begonnen — und daß der politische Kampf im militaristischen Sinne des Wortes, mit Barrikaden, Straßengefechten, Bürgerkrieg vor sich gehe. Die „Doktoren der Revolution", wie Heine sie nannte, sahen nur Frankreich. Marx vernachlässigte andere geschichtliche Erfahrungen. So, daß die Bourgeoisie in dem ungleich tiefer vom Industrialismus durchpflügten England ohne blutige Revolution im Wege einer Parlamentsreform das Ziel der französischen Bürgerschaft gewonnen hat. Die Geschichte hat hier an hand-

greiflichen großen Beispielen demonstriert, daß gleichartige ökonomisch-soziale Entwicklungen politisch in verschiedenartige Formen schlüpfen können. Für einen Politiker und Geschichtsdenker eine Lehre. Karl Marx war aber Revolutionär und Kämpfer. Die in Erdstößen verlaufende französische Geschichte entsprach seiner innersten Willensart. So legte er die eisernen Träger zu seinem Gedankenbau nach dem Schema Frankreich. Damit blieb er im Bereiche der Ideen, die die französischen Geschehnisse gelenkt hatten. Klassenkampf ist ihm auch die Fortsetzung der modernen Geschichte in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, ein Kampf, in dem die wirtschaftliche Entwicklung mit der kämpfenden Armee, dem Proletariat, marschiert, der aber trotzdem in Formen gewaltsamer politischer Revolutionen einhergehe. Die Arbeiterschaft trage mit ihrer Geburt und ihrem Wachstum die Revolution in sich. Die Methode der Revolution liest Marx aus der französischen Zeitgeschichte ab, wie die aktiven französischen Sozialisten. Die Abkürzung der Todesschmerzen der alten Gesellschaft könne nur der revolutionäre Terror herbeiführen, meint er. Die Arbeiter haben die Aufgabe, die Revolution permanent zu machen und zu diesem Zwecke die Leitung von Exzessen selbst in die Hand zu nehmen, lehrt er. Das Kommunistische Manifest predigt Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Die Revolutionslehre des Marxismus ist im späteren Ausbau des Systems zurückgetreten, sie ist aber Bestandteil des Massendenkens geblieben. Sie bildet die Brücke von der Praxis der französischen Revolution, dem rationalistischen Jakobinismus, zu den jüngsten Erscheinungsformen des revolutionären Sozialismus, zum Bolschewismus und Spartakismus. Der revolutionäre Unterton im Marxismus hat jeweils in stürmischen Zeiten die temperamentvollen Schichten in den sozialistischen Massen immer wieder ergriffen. Die Ungeduld, die historische Entwicklungsstufen durch revolutionäre Taten abzukürzen sucht, hat ihr intellektuelles Spiegelbild im rationalistischen Denken, wie es, ins Politische gewendet, vor der Revolution von 1789 in der Aufklärungsliteratur und im Zuge der großen Bewegung nach 1789 im Forttreiben der Revolution sich ausgelebt hat. Es herrscht in der Jugendphase des Marxismus und ist von dem Schöpfer des Systems trotz gele-

gentlicher späterer Äußerungen aus dem Kern des Gedankengebäudes nie entfernt worden. Wie im Islam die einfachen Grundgedanken, die Mohammed seiner politisch-religiösen Lehre zugrunde legte, und die die ersten Jahrhunderte der Geschichte des Islams leiteten, später in den orthodoxen Sekten immer wieder nach Verwirklichung strebten, so bricht der rationalistisch-revolutionäre Zug bei den Anhängern des marxistischen Sozialismus in Wort und Tat immer wieder durch. Die Revolutionäre berufen sich denn auch jezuweilen darauf, daß sie, nicht die Besonnenen, die wahren Marxisten seien — nicht ohne geschichtliches Recht.

Rationalistisches Erbteil im marxistischen Lehrgebäude war auch die Auffassung der Geschichte als eines naturgesetzlich ablaufenden Prozesses. Der historische Materialismus will das Gravitationsprinzip sein, übertragen auf das gesellig-menschliche Leben — das Gravitationsprinzip notabene, als die von der Physik verwendeten Begriffe, Raum und Zeit, noch unerschüttert waren. Die Jahre, in denen der Marxismus erdacht und zur Reife gebracht wurde, waren die Hochblüte des Glaubens an das unerbittliche Kausalgesetz der Naturwissenschaften. Marx hat sich über den platten Materialismus seiner Zeit, der eine Wiederkehr des aufklärerischen Materialismus aus dem 18. Jahrhundert war, erhaben gefühlt. Aber in der Grundanschauung, daß auch die politische, soziale und kulturelle Geschichte der Völker und der Menschheit auf ein materielles, entgeistetes Element zurückführbar sei, war er den materialistischen Aufklärern verwandt. Er entdeckte diesen materiellen Faktor in der Produktionsweise, am letzten Ende in der Technik der Gütererzeugung. Bewußt war ihm natürlich, daß auch die Produktion und Reproduktion der Güter ein Vorgang im Innern der Menschen sei, ein verwickeltes Spiel von Intellekt und Willen. Aber er glaubte, in dem, dem physiologischen Prozesse scheinbar am nächsten gerückten wirtschaftlichen Triebleben, dem Kampfe um die Lebensnotdurft und um die Erraffung der primitiven Lebensgüter, den allgemeinsten, nicht ausschaltbaren, daher notwendig überall verursachenden Antrieb im gesellschaftlichen Zusammenleben gefunden zu haben. Daß in der Betrachtung der Menschengeschichte den wirtschaftlichen Verhältnissen mit eine treibende Rolle zukomme, war eine große Bereicherung

der historischen Methode. Sie war nebenher gehend schon früher, häufiger dann in der Geschichtsbetrachtung der Aufklärung verwendet worden. Das 19. Jahrhundert hat in dem Schwunge, den die historischen Wissenschaften aus der Romantik her empfingen, dieses Erkenntnisprinzip großzügiger handhaben gelernt. Von Marx unabhängig ist es in die deutsche Geschichtschreibung übergegangen. Sein außerordentlicher Wert für die Auffindung von Zusammenhängen ist der Wissenschaft immerhin erst durch Marx gesichert worden, der die Frage so scharf stellte, daß fürderhin niemand um sie herumkam. Allein der historische Materialismus will noch anderes. Er will nicht nur Geschichte schreiben und verstehen, er will Geschichte in Naturgeschehen auflösen, beherrscht von der kausalen Notwendigkeit. Den Darwinismus haben Marx und Engels stets als eine Bruderlehre empfunden. Nun liegt seit dem großartigen spekulativen Versuche Hegels, die Menschheitsgeschichte als geschlossenen Prozeß zu erfassen, auch der Wissenschaft die Verlockung nahe, das geschichtliche Leben der Menschen auf der Erde, die bunte Vielheit der Historie als einen, nach unabänderlichen Bewegungsgesetzen abrollenden Vorgang zu verstehen und zu gestalten. Soziologen, Historiker und Kulturhistoriker haben Anläufe gemacht. Vielleicht warten hier noch originelle Leistungen. Aber einleuchtende Ergebnisse kann bei allen Versuchen, gesetzliche Strenge im Geschichtsablauf zu finden, nur eine psychologische Methode zutage fördern. Das soziale Leben der Menschen, auch in seinen primitiven Erscheinungen, ist ein Wirken von Seele auf Seele, von Willen auf Willen. Es verläuft vielleicht nach psychologischen Gesetzen, wenn solche dem Forscher erreichbar sind. Dann muß der Ausgang von der Psyche genommen werden. Karl Marx hat aber den seelischen Komplex im Wirtschaften der Menschen, in der Anstrebung und Schaffung der Güter, in dem Kampf der Technik mit der Natur zu einem einfachen, den naturwissenschaftlichen Hilfsvorstellungen nachgeahmten, mechanischen Antrieben unterworfenen, mechanisch wirkenden Prozeß vereinfacht, mit dem der Historiker operieren könne, wie etwa der Physiker und Chemiker mit den Begriffen Energie und Affinität. Diese Einstellung auf die sozialen und geschichtlichen Ereignisse war rationalistisch, und zwar Ratio-

nalismus in seiner aufklärerischen Erscheinungsphase. Wie der vulgäre Materialismus des 19. Jahrhunderts den der Aufklärung, so wiederholte der Marxismus auf seinem, dem ökonomisch-sozialen Felde die rationalistische Auflösung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in einen strengen mechanischen Gesetzen unterliegenden Tatsachenablauf. Die Schöpfer der klassischen Volkswirtschaftslehre waren ihm darin vorangegangen.

Rationalistisch an diesen Kritikern des ancien régime, an den Vorkämpfern des wirtschaftlichen Liberalismus war vor allem ihre Unbekümmertheit um die Gestaltungen, die ihren Theorien und Forderungen etwa entschlüpfen mochten. Sie hatten ihre Naturgesetze der Wirtschaft und Gesellschaft, sie faßten die Menschen und ihr Zusammenleben unter dem Bilde der Ordnungen der Natur. Die Wirksamkeit dieser Gesetze, die Herstellung dieser Ordnungen war gestört durch die Hemmnisse der staatlichen Eingriffe. Fallen diese weg, so werden die Gesetze zu spielen beginnen, die natürliche Ordnung sich von selbst einstellen. Der Gedankengang des Marxismus ist ein ähnlicher. Marx und Engels rühmen sich, den Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft entwickelt, die Konstrukteure von zukunftsstaatlichen Verfassungen und Einrichtungen ein für allemal aus dem Sozialismus weggescheucht zu haben. Dafür hätten sie den Arbeitern die wissenschaftliche Beweisführung an die Hand gegeben, daß die Geschichte aus der Methode des historischen Materialismus zu erklären und vorauszubestimmen sei. Darnach trage kausalgesetzlich die bestehende kapitalistisch-bürgerliche Gesellschaft die künftige sozialistische in sich. Jene zerstöre nach den in ihr wirkenden — oder schärfer marxistisch — rasenden Kräften sich selbst. Gleichzeitig aber erzeuge sie ihren Totschläger und Erben, das Proletariat. Wenn der kapitalistische Geschichtsprozeß zur Reife gekommen sei, sprengt dieses die Hülle (Marx wendet auch das Bild von der Gebärerin und dem Geburtsakte an) und beginnt sein sozialistisches Leben. Auf seine geschichtliche Mission habe sich das Proletariat durch Einsicht in den vor seinen Augen abrollenden Umwälzungsprozeß und durch bewußte Aufnahme seiner Rolle vorzubereiten. Diese Aufgabe erfüllt es durch den Klassenkampf, hiezu habe es sich stark zu machen. In ihren Anfängen sahen Marx und Engels

den Klassenkampf der Arbeiterschaft völlig als Revolte gegen ein unerträgliches Dasein. Die Theorie von der unausweichlichen und steigenden Verelendung des Proletariats in der kapitalistischen Ordnung beherrschte sie, wie damals — in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts — den gesamten Sozialismus. Sie dachten gering von der englischen Zehnstundenbill, deren große Bedeutung für die Arbeiterklasse Marx später darzustellen wußte. Der befreiende Klassenkampf konnte nach den Vorstellungen jener Zeit, die wirklich das tiefste Unglück der arbeitenden Klassen sah, nur die Revolution sein, der Vernichtungskampf um die Eroberung der Staatsmacht. Das klassische Beispiel eines solchen politisch-revolutionären Ausbruches war der Chartismus, dessen radikaler Mitkämpfer O' Connor den revolutionären Elan als so wesentlich für den Erfolg des Kampfes erachtete, daß er die Bestrebungen bekämpfte, das Los der Arbeiter im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung zu bessern. Diese primitivste Stufe der Verelendungstheorie hatte im Marxismus nie Heimstätte. Aber ihren Kern hat er nie fallen gelassen, nicht Marx im „Kapital", nicht seine Schüler. Noch im Erfurter Programm hat sie ihren Platz gefunden. Sie ist in der Tat der Unterbau der Lehre vom Klassenkampf; ohne sie ist die revolutionäre Grundstimmung, die das marxistische System durchzieht, nicht festzuhalten. Kampf gegen die kapitalistische Ordnung, Mithilfe bei deren Selbstzerstörung, am Ende des Weges die umwälzende Tat: Expropriation der Expropriateure — eine andere Aufgabe hat die Arbeiterklasse nicht. Sie hat sich nicht den Kopf warm zu machen, wie sie ihre sozialistische Ordnung einrichten werde. Diese wird naturgesetzlich durch die Entwicklung der Produktionskräfte im Kapitalismus vorgezeichnet. Also keine Utopie! Das Proletariat hat aber auch keine Versuche zu machen, die Verwirklichung des Sozialismus schon auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft anzubahnen, wie dies den französischen Verfechtern der „Organisation der Arbeit", den Vertretern der Arbeiterproduktivgenossenschaften vorschwebte. Keine Abweichung von der Taktik des unversöhnlichen Klassenkampfes! Die gewaltige Lebensarbeit von Karl Marx hat es wirklich vermocht, alle anderen möglichen Erscheinungsformen des Sozialismus zu verdrängen. Die

sozialistischen Massen marschierten auf der einen Straße des Marxismus, in der geraden Fortsetzung des Weges, der vom politischen Rationalismus der Aufklärungsliteratur durch die Revolution von 1789 hindurchführte.

3. Kapitel

Hegel und Marx

Der Weg setzte historisch über die romantische Geistesbewegung hinüber, die beiden Strömungen mußten sich jedoch kreuzen. Der Treffpunkt war — Karl Marx. Der scharf wollende Schöpfer des historischen Materialismus und seiner politischen Seele, der Klassenkampftheorie, ist durch Hegel hindurchgegangen, er denkt nicht bloß mit der Logik des großen Philosophen, sondern auch in dessen romantischen Anschauungsformen. Schon seine Konzeption des Proletariats als des Trägers der Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus, das in seinem Klassenkampf den letzten aller Klassenkämpfe führe, schöpft aus dem in Hegels Weltgeist verdichteten romantischen Weltempfinden, dem die Geschlechter der Menschen Werkzeuge höherer Vorgänge im Fluß der Entwicklung sind. Marx hat in seiner Werdezeit die grundlegende geistige Wendung vom individualistischen Rationalismus zur romantisch-universalistischen Lebensansicht, wie sie alle Romantiker beherrschte, wie sie Marx aber als Hegelianer vornehmlich bei diesem seinem Meister vorfand, scharfsinnig erfaßt. In seinen Früharbeiten, die die Entstehung seiner politischen und Denker-Persönlichkeit treu widerspiegeln, hebt er wiederholt den Unterschied beider Auffassungen vom Menschen heraus: der Staat als Organismus, wie ihn Hegel betrachtet, die Vernunft nicht als die Vernunft des Individuums im Geiste der französischen Aufklärung, sondern als Vernunft der Gesellschaft, der Mensch nicht als Einzelindividuum, sondern das Ensemble der sozialen Verhältnisse als vergesellschaftete Menschheit zum Ausgangspunkt der wissenschaftlichen Betrachtung genommen. Marx

trennt sich damit von dem soziologischen Gedankenzug der Aufklärung. In dem Vorwort zur „Kritik der politischen Ökonomie" sagt der reife Marx dann: „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt." Die Scheidung zwischen politischem Staat und bürgerlicher Gesellschaft, ein Fundament der romantischen Erkenntnis Hegels, kehrt auch in den Beweisführungen des jungen Marx wieder als Scheidung von Begriffen, die zugleich wurzelhafte Verschiedenheiten in den Grundanschauungen von der menschlichen Gesellschaft in sich fassen. Der vollendete politische Staat wird als das Gattungsleben der Menschen den materiellen Lebensbeziehungen gegenübergestellt, die Hegel bürgerliche Gesellschaft nennt. Der politische Staat als die kollektiv-romantische Lebensform über der bürgerlichen Gesellschaft als der individualistisch-rationalistischen, jener als die höhere Entwicklungsstufe dieser, ist ja der Grundriß des Hegelschen Staatsdenkens. Auch für Marx ist die bürgerliche Gesellschaft im Sinne Hegels der Ausgangspunkt der historisch-politischen Konstruktion. Er sieht die atomisierenden Kräfte in ihr, die Menschen von Menschen entfernen und Ausbeutungsverhältnisse unter ihnen schaffen. Als Aufgabe der praktischen Politik gilt ihm, die Staatsphilosophie Hegels radikal zu verwirklichen, indem alle Verhältnisse umgeworfen werden, in denen der Mensch ein erniedrigtes Wesen sei. Die Menschenrechte der französischen Revolution, die höchste geschichtliche Blüte der bürgerlichen Gesellschaft, bezeichnet er schroff als die Rechte des egoistischen Menschen der bürgerlichen Gesellschaft, der vom Gemeinwesen getrennt ist. Das über die bürgerliche Gesellschaft hinausweisende Ziel sei nach Marx, daß „der Mensch seine forces propres als gesellschaftliche Kräfte erkennt und organisiert", so daß „die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von ihm getrennt" sei. In dieser geistreichen Zuspitzung zeichnet Marx auf seinem Standpunkt ergänzend das Gegenbild der Hegelschen Staatsphilosophie. Denn diese, wie die gesamte romantische Staatsauffassung sah den Staat — Hegel nennt ihn den politischen Staat — als jene Form gesellschaftlichen Miteinanderlebens, deren Verfassung Freiheit des Individuums und seine Gebundenheit an das Ganze ver-

einigt zeigt. Marx stand hier knapp vor dem wertvollsten, in der Romantik angelegten Gedanken. Er brauchte nur die Idee von der Vereinigung der gesellschaftlichen und politischen Kräfte durchzudenken. Dann hätte er den Sprung von der rationalistischen Auffassung des Menschen, der atomisierten Gesellschaft und der Vereinzelung des Individuums und Bürgers zur Konstruktion des genossenschaftlichen Menschen getan, der Gesellschaft und Staat in demokratischer Selbstverwaltung, politischer und wirtschaftlicher, zusammenfaßt. Auf dem Wege über Hegel wären dann dem Sozialisten die romantischen Grundsätze für einen politisch-sozialen Neubau zugeflossen, der die bürgerliche Gesellschaft abzulösen hätte. Die Romantik wäre fruchtbar geworden für die Lehre und Praxis der politischen und sozialen Demokratie. Sie wäre aus der Sackgasse herausgekommen, in die sie geraten war, weil die schöpferischen Romantiker ihre trächtigen politischen Ideen in den bestehenden Machtstaaten verwirklicht wähnten. Die Idee des Sozialismus will eine Gesellschaft nicht von Individuen, sondern von Genossen. Dieses Ziel ist auch das romantische. Auch den Weg zu diesem Endziel zeichnet die Romantik vor: Vom einzelnen her, den sie zu einer, persönliche Freiheit mit Bindung ans Ganze vereinigenden Gesinnung erziehen will; vom Ganzen her, das sie nach dem Vorbild des mittelalterlichen Korporationswesens als Summe von einander ergänzenden, alles individuelle Streben sich unterordnenden Gemeinschaften gründen will. Marx hatte den Sozialismus, wenn er die romantischen Ideen aufgriff. Er ließ sie liegen. Die geschichtliche Gelegenheit, daß ein zum sozialistischen Wegweiser berufener Mann philosophisch von der Romantik herkam, blieb unbenützt.

Marx bildete den romantischen Gedanken nicht weiter, weil der revolutionäre Dränger in ihm den Denker beherrschte. In der politisch-revolutionären Luft der Zeit atmend, sieht er Änderung und Entwicklung nur im Bilde des Kampfes, des politischen Kampfes gegen den gewordenen Staat, des Kampfes der Klassen um die Gewalt im Staate. Die Vergötterung des fürstlichen Machtstaates durch Hegel mußte seinen Blick von dem Kern der romantischen Staatsidee dieses Denkers abziehen. Die Klassenkampfidee mußte sich dem Kopfe, der darnach brennt,

die Revolution von 1789 fortzuführen, mit Übermacht aufdrängen. Ziel und Weg fielen auseinander. Marx predigte das sozialistisch-romantische Ziel; aber er suchte es auf den rationalistischen Bahnen. Denn er faßte nur einen Weg ins Auge, denselben, den die aus dem Rationalismus geborene Revolution gegangen war. Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie, Kampf gegen die alte Staatsgewalt, um sie zu erobern und, in ihrem Besitz, den Sozialismus zu verwirklichen — um mit dem jungen Marx zu sprechen, die Vereinigung von gesellschaftlicher und politischer Kraft zu vollziehen — diesen Weg hat Marx die Sozialdemokratie geführt. Sie ist ihn gegangen, ohne nach rechts und links zu schauen. Was der Meister nicht gesehen hatte, fiel auch den Schülern nicht bei, daß Kampf und Eroberung der alten Staatsgewalt durch Kampf wohl ein taugliches Mittel sein konnte, von dem gebundenen Polizeistaat, der die Kräfte des Bürgertums lähmte, zur Freiheit der bürgerlichen Gesellschaft zu gelangen, daß aber die Umwandlung der Gesellschaft rücksichtslos freier Konkurrenz in eine durch Ethos gebundene, auf genossenschaftlichem Zusammenarbeiten aller beruhende nicht durch Entfachung von Kampf und Haß unter den Klassen vollzogen werden kann, sondern nur durch Aufbau.

Marx fiel aus der Hegelschen Romantik in den Rationalismus zurück. Darin war er nicht anders als das gesamte Junghegelianertum, das innerhalb des deutschen Bürgertums dem neuerlichen Vorbrechen des politischen Rationalismus zur Seite ging. Daß Marx sich der Aufklärung geistig verwandt fühlte, weist sein Bekenntnis zum „realen Humanismus" Feuerbachs, der nichts anderes lehrte als den rationalistischen Utilitarismus und Materialismus der Aufklärung. Humanismus und Materialismus in ihrer Vereinigung bedeuteten dem jungen Marx, als er sich von Hegels Metaphysik abwandte, die Verquickung von Feuerbachs theoretischen Lehren und der Praxis des französischen und englischen Sozialismus. Man sieht hier den Weg, den Marx aus der Hegelschen Romantik in den Rationalismus genommen hat.

Der Witz der geschichtlichen Ereignisse will es nun, daß er diesen Rückweg nicht als Fußmarsch vermittels der trockenen Verständigkeit aufklärerischer Denkweise, sondern auf den Stelzen der Hegelschen Dialektik zurückgelegt hat. Engels und Marx

hielten die dialektische Methode für ein starkes Werkzeug positiver historischer Forschung. An Hegel rühmt Engels, daß ihn vor allen Denkern sein eminent historischer Sinn auszeichne. Hegels Gedankenrichtung ginge immer parallel mit der Entwicklung der Weltgeschichte; deren abstrakte und idealistische Formen seien nur mit realem Inhalt zu füllen gewesen. Dieser Aufgabe vermeinten die Schöpfer des historischen Materialismus zu genügen. Hegel zeigt sicherlich den geschichtlichen Blick, den die Romantik vor dem unhistorisch gerichteten Rationalismus voraus hat, in der großartigsten Entfaltung. Er brachte in die Geisteswissenschaft den Zug zur geschichtlichen Durchdringung hinein, der die fruchtbarsten Erkenntnisse getragen hat. Aber er selbst ist an die Tatsachen der Menschheitsgeschichte nicht unbefangen herangetreten. Er hatte geniale Anschauungen, rückte weitgespannte Entwicklungen in unerwartet aufschlußreiche Beleuchtung. Aber historische Methode war von ihm nicht zu lernen. Marx und Engels haben sie auch nicht gelernt.

Marx als Geschichtschreiber der Revolution lernt man aus den „Klassenkämpfen in Frankreich" kennen. Er erzählt die innere Geschichte Frankreichs von 1848 bis 1850. Die Februarrevolution war ihm der Beginn der Erhebung des Proletariats, der Anfang der Epoche der sozialen Revolution. An diesem Gedanken hält er fest. Die Junistraßenschlacht von 1848, die die soziale Revolution beendete, mußte ihm Episode sein. Ja, er hält die Aussichten der proletarischen Revolution sogar für gebessert, weil sich später das Bauern- und Kleinbürgertum dem Proletariat angeschlossen habe. In dieser Koalition schien ihm das Proletariat der führende Teil, während es im Februar 1848 noch im Gefolge des Kleinbürgertums gekämpft hatte. Marx beschreibt die Koalition, in der sich bürgerliche, kleinbürgerliche, bäuerliche und proletarische Elemente gegen die Großbourgeoisie zusammengefunden hatten, er stellt dar, wie jede Gruppe den Sozialismus verstehe, und sagt vom Proletariat, es sammle sich unterdessen um den revolutionären Sozialismus, den Kommunismus. Dieser sei die Permanenzerklärung der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats ihr notwendiger Durchgangspunkt. In der Pariser Wahl vom 10. März 1850, der den Koalierten einen Stimmzettelsieg brachte, sieht er schon die neue Revolution.

„Hinter den Wahlzetteln liegen die Pflastersteine." Die Revolution kam nicht. Einige Monate später muß Marx dies feststellen. Geschichtliche Ursache für das Mißraten seiner Prophezeiung ist ihm die seit Ende 1848 wiedereinsetzende wirtschaftliche Prosperität. Eine neue Revolution sei nur möglich im Gefolge einer neuen Handelskrise. „Sie ist aber auch ebenso sicher wie diese." Die Revolution ist jedoch abermals ausgeblieben. Engels muß 1895 zugeben, daß Marx geirrt hat. Marx sah und schrieb eben Geschichte nicht nach strenger Methode, sondern getrieben von seinen Wünschen und in dem Denkschema, das er unter dem Impuls seines revolutionären Willens sich geformt hatte. Hegels dialektisches Hantieren ist ihm besonders gefährlich geworden, er ließ sich verleiten, die logischen Begriffe Hegels durch ökonomische und politische zu ersetzen, wie etwa Ware, Wert, Klasse. Engels hat in naiven Worten die wissenschaftliche Unzulänglichkeit dieser Methode ausgeplaudert. Er sagt über Marx in Besprechung der Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie", daß zur historischen Kritik der politischen Ökonomie damals die Vorarbeiten gefehlt hätten. Marx habe daher die logische Methode gewählt, die in der Tat nichts sei als die historische, entkleidet der historischen Form und störender Zufälligkeiten. Die logische Behandlungsweise sei das „Spiegelbild des historischen Verlaufes in abstrakter und theoretisch konsequenter Form". Marx' Geschichtsbild ist wirklich das materialistische Pendant zu dem Hegels geworden, wie dieses nicht empirisch gewonnen, sondern erspekuliert, von vorgefaßten Gesichtspunkten ausgehend, genial in manchen Einfällen und Streiflichtern, aber um so ungenauer, je genauer die wirklichen Tatsachen erforscht werden und — in die Welt treten. Denn wie sein Meister hat Marx im Gegensatze zu wahrer historischer Auffassung das Bild seiner Gegenwart zum Ausgang der geschichtlichen Spekulation gemacht. Beide haben mit den zufälligen historischen Tatsachen und Strebungen ihrer Zeit wie mit Repräsentanten allzeit gültiger Entwicklungsergebnisse und Entwicklungstendenzen geschaltet. Bei Hegel erreicht die Entfaltung des Weltgeistes in der Wirklichkeit der Gegenwart ihre Höhe, zu ihren Zuständen hin baut sich die Terrasse der Geschichte auf. Marx gründet seine Theorien über die kapitalisti-

sche Epoche und ihre naturnotwendige Entwicklung zum Sozialismus auf das Tatsachenmaterial der vierziger Jahre. Nun war in dieser Zeit der Kapitalismus in seiner ersten flegelhaften Phase, Gesellschaft und Politik unter dem Antriebe der Aufklärungsideen: der wirtschaftlich-liberalen bei den Herrschenden, der demokratisch-revolutionären bei den aufwärts drängenden Schichten. Marx selbst schwamm in der revolutionären Strömung und aus dieser heraus konstruierte er. Beide, Hegel und Marx, schließen von dem zufälligen Standpunkte, auf den sie ihr persönliches Leben hingeschwemmt hat, sie schließen beide subjektiv. Daher verfehlen beide die Folgerung aus den romantisch-historischen Voraussetzungen. Hegel kommt von seinen idealistischen Prämissen zum preußisch-deutschen Staat seiner Zeit, Marx sieht in den Klassenkämpfen und der besonderen Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft seines Zeitalters die Keimzelle, aus der er die immanenten Entwicklungstatsachen ableitet. Beide, Hegel und Marx, gehen an den Konsequenzen der romantischen Grundidee vorbei. Indem der eine sich im „Staat" festrennt, der andere von der Revolution gegen den „Staat" ausfährt, spiegeln diese entscheidend gewordenen geistesgeschichtlichen Augenblicke in sinnfälliger Verdichtung das Schicksal der romantischen und der sozialistischen Bewegung, die auseinander kamen, weil der „Staat" zwischen sie trat.

Ein bestimmter Augenblick im weithingedehnten, sich mannigfach gabelnden Strom menschheitlicher Geschichte diente Marx als Schlüssel für die Ableitung von Entwicklungsgesetzen künftigen Geschehens. Indem er, wie Hegel, logisch operiert, glaubt er wirklichen historischen Verlauf darstellen zu können, entkleidet „störender Zufälligkeiten" wie etwa solcher, daß die Konzentration des Kapitals nicht den Weg nahm, den er ihr vorzeichnete, daß die Handelskrisen nicht die fundamental treibende Bedeutung in einem Selbstzerstörungsgange des Kapitals behielten, daß die Verelendung und Empörung des Proletariats nicht mit steigender explosiver Spannung auf die Wände der kapitalistischen Gesellschaft drückten, vielmehr in England bald, nachdem Marx seine Klassenkampflehre ausgebildet hatte, die Arbeiterbewegung in das reformistische und quietistische gewerkschaftliche Fahrwasser kam, Klassenausgleich den Klassenhaß

milderte und das britische Proletariat sich der bürgerlichen Gesellschaft anähnelte. Diese Entwicklung bahnte sich an, als Marx in London an seinem „Kapital" arbeitete. Er hat in diesem Lebenswerk manche Schroffheiten seiner Werdejahre abgefeilt, vieles anders sehen gelernt, am Wesen seiner in den vierziger Jahren aus den damaligen Zuständen abstrahierten Lehren hat er nichts geändert. Und doch hätte ihn stutzig machen sollen, daß die englischen Arbeiter sich seiner sozialistischen Theorie am standhaftesten verschlossen. Sie wurzelten in dem politisch-sozialen Boden ihres Landes, das in stetig fortschreitender Selbstregierung und in der Anlage zum besonnenen Klassenausgleich einen vorgeschrittenen Typus darstellte, gegenüber dem, den Marx zum Ausgang seiner wirtschaftlichen und politischen Spekulation gemacht hat. Er kam aus dem harten deutschen Absolutismus her und sah die Mittel, zur Freiheit und weiterhin zu einem gerechten Zustande der Gesellschaft zu kommen, in den von der französischen Zeitgeschichte gezeugten Ideen revolutionären Klassenkampfes. Dieser Grundüberzeugung war die dialektische Denkmethode Hegels kongenial, mit ihren gegeneinander aufstehenden Begriffen, die einander den Platz nicht gönnen, ihre Feindschaft bis zur Vernichtung zuspitzen, um aus sich neue gegensätzliche Begriffe hervorgehen zu lassen, die das Spiel fortsetzen. Da war der Kampf, der Lebenstrieb des Streiters Marx. Der rationalistische Revolutionär gab sich in Hegelscher Übertragung heraus. Dialektisch ließ sich die Unversöhnlichkeit zwischen Kapitalismus und Sozialismus trefflich darstellen, das Nebeneinander der beiden feindlichen geschichtlichen Kräfte, von denen die eine als Gegensatz zur anderen, aber in deren Schoße wächst. Dialektisch ließ sich der Klassenkampf als ein geschichtlicher Prozeß beschreiben, als das immanente Verhältnis zweier Gesellschaftsklassen, von denen die eine die andere immer elender machen muß, aber auch immer revolutionärer, bis der Widerstreit mit der historischen Vernichtung der einen Klasse endet.

Die reale Entwicklung ist anders verlaufen, als Marx dialektisch erschloß. Die Krisenjahre des Kapitalismus erwiesen sich als eine Anfangsphase. Der Kapitalismus hat andere Bahnen eingeschlagen, das Proletariat hat einen anderen Weg gemacht.

Die Dialektik ist in immer klaffenderen Widerspruch zur Wirklichkeit getreten. Was sie erschloß, war nicht aus der Gestaltung der tatsächlichen Entwicklungstendenzen gewonnen. Es war der vorstürmende Versuch eines Wollenden, von seiner Zeit aus der Zukunft das Gebot vorzuschreiben. Ein Darstellungsmittel romantischer Metaphysiker war in die Hände eines Rationalisten geraten, der hart auf dem Boden der Materie stand, der eine von Rationalisten gemachte Geschichtsepoche im politischen und ethischen Geiste dieses zeitgefärbten Rationalismus weitertragen wollte. In Marx konnte der Sozialismus die Wendung von der rationalistischen Gedankenwelt zur Romantik, von Revolution zur Evolution, von Kampf zum Aufbau, von der durch individualistische Antriebe zersetzten Gesellschaft in eine zu genossenschaftlichem Zusammenarbeiten körperschaftlich organisierte vollziehen. Engels hat der deutschen Arbeiterbewegung nachgerühmt, daß sie das Erbe der deutschen Philosophie fortsetze. Das war eine falsche Geschichtsbetrachtung. Die Tat der deutschen Philosophie war die durch Kant vermittelte Überleitung des individualistischen Rationalismus zur Romantik, die die Menschheit in der Tiefe der Geschichte und in der Breite der Gesellschaft nicht als eine Summe gegeneinander kämpfender Einzelner und Klassen, sondern als höhere durch Bindung des Individuums an die Gesamtheit geformte Einheit faßte. Die deutsche Arbeiterbewegung ist jedoch in den rationalistischen Ideen der Aufklärung und im Utilitarismus geblieben. Marx konnte sie nicht in die Romantik führen, weil er im Rösselsprung aus der romantischen zur rationalistischen Linie hinüberwechselte. Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie war dann nur die immer deutlichere Herausarbeitung einer Bewegung und einer Anschauung, die in ihrer Art wie der Liberalismus des Bürgertums die rationalistischen Ideen der Aufklärungs- und Revolutionsjahrzehnte weiterführt.

4. Kapitel

Geistige Verholzung der deutschen Sozialdemokratie

Als der erste Strich kommunistischer Werber durch Deutschland kam, um die Zeit, da Karl Marx sein System zusammenhämmerte, gab es noch wenig deutsches Industrieproletariat. Marx baute seine revolutionären Hoffnungen für Deutschland auf den Eintritt dieses Landes in den Vollkapitalismus. Dieses Datum fiel in die fünfziger Jahre. Nach dem Zusammenbruch der nationalen Erhebung von 1848 begann ein neuer Hochzug kapitalistischer Entwicklung, der diesmal auch Deutschland erfaßte. Der steile Aufstieg industrieller Wirtschaft nährte die deutsche Sozialdemokratie. Sie wuchs um die Wette mit dem neudeutschen Geiste, mit der Bildung des Reichtums, der Verdrängung des deutschen Idealismus aus dem intellektuellen und ethischen Gesamtwesen der Nation, mit der Erstarkung des Militärstaates durch die Erfolge der kriegerischen Politik Preußens. Der neudeutsche Staatsapparat entfaltete alsbald die eingeborenen Herrschaftsinstinkte, um Macht zu gewinnen über jenen Zuwachs an Kraft, der der Nation aus dem werdenden Industrialismus zufloß. Bismarck hatte sich in seiner Diplomatie gegen Österreich des demokratischen Wahlrechts bedient. Die Massenparteien, die mit diesem in die Politik eindrangen, wollte er jedoch nicht neben den Höfen zu Energiezentren werden lassen. So warf er sich zuerst im Kulturkampf gegen die katholischen Massen, dann gegen die Arbeitermassen. Die erste Generation der deutschen Sozialdemokratie ging durch den Zwang des Sozialistengesetzes. In diesen harten Jahren war der Marxismus ihre geistige Stütze. Man hat oft zum Vergleiche an die Stimmung erinnert, die die ersten christlichen Gemeinden im römischen Imperium erfüllte. Es war etwas wie die Zuversicht des Glaubens in dem Zutrauen der Arbeiter und ihrer Führer zu der Botschaft des Marxismus, daß diese kapitalistische Ordnung und der Staat, der sie schirmte, rettungslos dem Fluche des Unterganges verfallen seien, daß das gehetzte Proletariat dem gewissen Triumphe entgegenwandere, sich nur im Klassenkampfe bestärken, für diesen stählen und organisieren müsse. Das politisch-revolu-

tionäre Grundelement der Marxschen Lehren durchsäuerte die unter dem Staatsdruck anschwellende proletarische Bewegung im Deutschen Reiche. Vielleicht hat die erbitterte Stimmung, in der das Jahrzehnt der Verfolgungen die damalige Generation der deutschen Arbeiterschaft festhielt, noch entscheidender als die starke Persönlichkeit von Karl Marx dazu beigetragen, daß die deutsche Sozialdemokratie die revolutionären Leitideen: Eroberung der Staatsmacht als Mittel der wirtschaftlich-sozialen Umwälzung und, im Übergang zu dieser, einen Zustand der Diktatur des Proletariats leidenschaftlich festhielt. Sie folgte darin dem Beispiel von Marx und Engels. Beide, besonders der länger lebende Engels, sahen noch einen Teil der kapitalistischen Weiterentwicklung. Sie wurden schon inne, daß die Ökonomie einen anderen Verlauf zu nehmen sich anschickte, als ihrer Theorie von der naturgesetzlichen Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft gemäß war. Die Theorie von den Handelskrisen wurde erschüttert. Engels sah dies in der Mitte der achtziger Jahre. Anfangs der neunziger mußte er sich mit dem Trustproblem auseinandersetzen. Er fand sich damit ab, daß dieses die Bourgeoisie überflüssig mache, übersah aber, daß der Kapitalismus in der neuen Erscheinungsform eine starke Festigung erfuhr. Auch die Lehre vom gewaltsamen Übergang aus der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft wurde von Marx und Engels in gelegentlichen Äußerungen modifiziert; ein friedliches Hineinwachsen wäre in Demokratien wie England und Amerika nicht ausgeschlossen — dies, obwohl gerade Amerika ein Land höchst erbitterter Klassenkämpfe geworden ist. Diese Abweichungen von der Hauptform der Lehre verliehen dem System als Ganzem etwas Schillerndes. Die gelehrten Sozialdemokraten konnten aus Marx und Engels am Ende vielerlei beweisen. Aber die sozialistischen Massen erfaßten den Marxismus in seinem Gesamtbild und in der Gesamtstimmung, in der sein Schöpfer ihn gedacht hat, und die waren allerdings Unversöhnlichkeit der kapitalistischen und der sozialistischen Ordnung. Bezeichnend war, daß in den Jahren des Ausnahmezustandes ein jüngeres Geschlecht von Intellektuellen herangewachsen war, die in radikal revolutionärem Empfinden auf den jungen Marx zurückgriffen. Die Partei entledigte

sich ihrer auf dem Erfurter Kongreß. Aber das Programm, das gleichzeitig dieser Parteitag beschloß, war orthodox, ein straffer Überblick über die Grundlehren des Marxismus, unbeeinflußt von den Zweifeln, die die seitherige Geschichte des Kapitalismus hätte rege machen können.

Freilich trafen in diese Wendezeit, knapp nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes, auf die radikal-stürmische und auf die orthodox-theoretische Strömung schon die ersten Anzeichen einer Geistesrichtung, die vom Revolutionären ins Reformistische ablenkte. Vollmar legte den Nachdruck auf das praktisch Erreichbare. Damit kam mit den Jahren immer ausgeprägter auch in die Partei das Rissige, das der ursprünglichen Geschlossenheit des Marxismus noch vor dem Tode von Friedrich Engels angeflogen war. Die Eigenheit der Entwicklung war nun, daß grundsätzlich an den revolutionären Hauptlehren starr festgehalten wurde, in Taktik und Praxis aber sich langsam ein Opportunismus herausbildete. Die geistige Entwicklung des Sozialismus erstickte an dieser Zwiespältigkeit. Denn das orthodoxe Grundbekenntnis wurde den sozialistischen Massen immer wieder eingeprägt, weil seine Fähigkeit Anhänger zu fesseln erprobt war. Von den Massen aus wirkte es dann als Zwang auf die geistige Gesamtrichtung der Partei zurück und hemmte eine Entwicklung über Marx hinaus. Die Lehren des Meisters wirkten nicht als Anregung zu neuer Forschung und Orientierung, sondern als Kanon. Die sozialistische Wissenschaft wurde Sektenlehre und Kommentar zum Text. Die opportunistische Taktik führte auf der anderen Seite die Partei, mit den Wahlerfolgen immer mehr, in die Alltagspolitik. Die Parteiliteratur unterwarf sich diesem Bedürfnis. Sie ging in agitatorische Popularisierung und politisches Gelegenheitsschrifttum über. Der tiefe Zug zur wissenschaftlichen Forschung, der Karl Marx selbst zeitlebens erfüllt hat, hielt nicht vor. Die Klassenkampfparole, in ihrer politischen Anwendung, trennte die Arbeiter von den anderen Teilen der Nation. Der wissenschaftliche Sozialismus gab vor, den Arbeitern eine Quelle besonderer, höherwertiger Einsicht in die geistigen Zusammenhänge der Menschheitsentwicklung geliefert zu haben, etwa wie das Christentum seine Gemeinde wirklich über die antik-heidnische Welt emporgehoben hatte.

In Wahrheit war der Parteirahmen gar nicht geeignet, ein Leben tiefgegründeter geistiger Erneuerung zu umspannen. Der originelle Gedankenbau von Karl Marx verfiel, als der Zeitablauf zwischen seine Ursprünge und die Gegenwart einen immer breiteren Graben legte.

Die Durchwachsung mit Hegelschen Ideen wurde dem modernen Geschlechte der Marxisten, die, in den Jahrzehnten der naturwissenschaftlich-materialistischen Tyrannis groß geworden, keinen Tastsinn für spekulatives Ergreifen der Welt mitbrachten, ein immer äußerlicherer Bestandteil des Systems. Kaum einen lockte es, was doch nahe genug lag, der Philosophie in den Büchern des Meisters bis zu ihren Ursprüngen nachzugehen, hegelisch zu sehen und über Hegel zurück die allgemeinen romantisch-spekulativen Grundbegriffe aufzusuchen, die in das Marxsche System Eingang gefunden hatten. Vielleicht hätte die Funkenlinie der Ideen in ihren Gehirnen gezündet. Der Marxismus hätte sich vielleicht lebensvoll weiter entwickeln können zu einer ethisch-politischen Gedankenwelt, dem Ziele einer Klasse angemessen, die einer solidarischen Gesellschaft zustrebt. Allein was vom Hegeltum in die Aufsätze und Bücher der Marxisten überging, waren einige schlagwortartige Begriffe aus der Erkenntnislehre, wie „Umschlag von Quantität in Qualität", die als feststehende Entwicklungsgesetze vorgetragen wurden und die mangelnde Induktion ersetzen sollten. Die rationalistischen Bestandteile aus Marxens politischem Denken aber waren entwicklungsunfähig, zumal der Glanz der Ursprungsideen in dem Flusse der Jahrzehnte mehr und mehr in Leitartikel, in Parlaments- und Versammlungsrede abgeblaßt war. Als Marx seine revolutionären Theorien schuf, waren die Ideen der Aufklärung und der großen Revolution noch jugendwarm, er erlebte sie mit seiner Generation im Kampfe gegen die politische Starre der Restauration noch unmittelbar. Ein Dichter wie Heine vermochte die Geschehnisse, Männer und Triebkräfte in der rationalistisch-revolutionären Bewegung mit dem farbigen Reize der damals blühenden romantischen Poesie zu umhüllen. Aber je mehr aus der Aufklärung liberale Politik, je mehr aus Rousseau demokratische Wahlstrategie wurde, desto rascher erschlaffte die Zeugungskraft der rationalistischen Ideen. Die

deutsche Arbeiterbewegung, die mit ihrem politisch-demokratischen Programm in der Nachhut der Demokratie des dritten Standes marschierte, erhielt die aufklärerischen Gedanken nur mehr in der Verdünnung des Nachgusses. 1850 im demokratischen Bürgertum — schon damals war der Spiritus zum Teufel — gar ein Menschenalter später, 1880, im sozialdemokratischen Proletariat — der Rationalismus, der Utilitarismus hatten nichts Neues zu gestalten. Auch sie hatten sich von ihren Ursprüngen zu weit entfernt, in der Phase der Formelhaftigkeit, in die sie getreten waren, bildeten sie die ungeeigneteste Gedankenwelt für eine aufstrebende Klasse. Allein eine andere stand der Sozialdemokratie nicht zur Hand. Gleiches Recht jedes einzelnen auf die Früchte der gesellschaftlichen Produktion, auf die Güter und das Glück der Erde — dieser rationalistische Anspruch war die Leitmelodie der Parteiorganisation und der Parteipolitik, die sozialistische Organisation nur ein Werkzeug für jene individualistische Stellung zum Leben. Die politische Demokratie, die das Bürgertum in Deutschland nicht hatte aufrichten können, wurde Aufgabe der Sozialdemokratie. In dieser Aufgabe ging sie mehr und mehr auf, je breiter ihre Anhängerschaft wurde. Damit nahm sie geistig ganz und gar die Farbe des bürgerlichen Vulgärliberalismus und der bürgerlichen Vulgärdemokratie an. Die Sozialdemokratie blieb geistig in der Epigonenepoche deutschen Lebens heimisch, in der sie sich als Partei heraufgekämpft hatte.

Deutlich wurde die Entwicklungsstarre, in der die Sozialdemokratie stecken geblieben war, an den theoretischen Kämpfen in ihrer Mitte. Ihre geistigen Führer gingen durch zwei Krisen hindurch. Größeren Lärm machte die revisionistische, tiefer an die Wurzeln ging die neukantische. Der Revisionismus, den Eduard Bernstein entfachte, war Selbstbesinnung des Marxismus über die Grundbestandteile seiner Lehre, ein Versuch, den Sozialismus an der Wirklichkeit nachzuprüfen, die Theorien der vierziger Jahre mit den Tatsachen von 1900 zu messen. Es war ein Kraftbeweis ehrlichen deutschen Wahrheitsmutes, daß schon wenige Jahre nach dem Aufhören des Sozialistengesetzes und noch unter dem frischen Eindrucke der Versuche des Staatsapparates, die Arbeiterbewegung neuerlich unter Ausnahme-

zustände zu stellen (1894 gab es die Umsturzvorlage, 1898 die Zuchthausvorlage, 1896 bis 1899 erschienen die Artikel Bernsteins „Probleme des Sozialismus", 1899 seine „Voraussetzungen des Sozialismus"), ein sozialdemokratischer Führer an der mächtigen geistigen Belagerungsmaschine rüttelte, mit der Karl Marx den Staat und die von diesem gestützte Ordnung zerbrechen wollte. Der Revisionismus war nüchterne Kritik an den genialen, aber einseitigen Waghalsigkeiten des Marxschen Systems. Die Einwendungen Bernsteins und seiner Mitstreiter, vor allem Conrad Schmidts waren unwiderleglich. Sie waren einfach die Wirklichkeit gegenüber den nicht in Erfüllung gegangenen Voraussagen. Unanwendbarkeit der Konzentrationstheorie auf die Landwirtschaft, ihr Versagen angesichts der zähen Lebensfähigkeit des Kleinbetriebes in breiten Gürteln der Volkswirtschaft, sowie andere Einzelnachweise des Revisionismus waren eindrucksvoll. Aber zu historischer Bedeutung in der Entwicklung der Arbeiterbewegung stieg er erst dadurch auf, daß er die zentrale Lehre von Marx und Engels als Täuschung erwies. Er leugnete den naturgesetzlich sich vollziehenden, hegelisch als dialektische Entwicklung dargestellten Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung. Das war das Prunkstück des Systems, das die Phantasie befeuerte, die Herzen erhob. Das Kapital stirbt an sich selbst, an seinem inneren Widersinn, weil es die von ihm entfesselten Produktivkräfte nicht zu meistern vermag. Der Kapitalismus hatte aber jene Phase, die Marx seinem Wesen zugehörig vermeinte, hinter sich gelassen, er leistete die Arbeit der Organisierung, die Marx dem Proletariat und der von diesem heraufzuführenden Ordnung vorbehalten hatte, in ausgezeichnetem Maße selbst. Versagte die Zusammenbruchslehre vor den Tatsachen, so verlor sich auch ihre seelische Wirkung auf die Arbeiterklasse. Der unversöhnliche Klassenkampf, die grundsätzliche Haßeinstellung des Proletariats, wurde irreal, wenn ihr Objekt nicht eine dem Untergang geweihte Gesellschaft war. Der Revisionismus zog die Folgerung. Bernstein erblickt um sich auf dem kapitalistischen Boden schon viel Sozialismus, er sah noch mehr voraus, einen stückweise sich vollziehenden Sozialismus. Dieser nüchternen Anschauung der Wirklichkeit entsprach sein Wort: „Das Endziel ist mir nichts, die Bewegung

alles". An die Stelle des Klassenkampfes nach revolutionärem Absehen trat den Revisionisten Reformarbeit an der bürgerlichen Gesellschaft, Beharren auf allen politischen und sozialen Einrichtungen, die die Arbeiterklasse kräftigen und heben, vor allem der Demokratie, der sozialpolitischen Gesetzgebung, der Steigerung der Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz. Die „Diktatur des Proletariats" wurde achtungsvoll beiseite geschoben, ebenso die Abschaffung der „Klassenherrschaft". Die Aufgaben, die mit diesen revolutionären Begriffen umschrieben waren, erschienen ihnen ausreichend und grundsätzlich in der Demokratie realisiert.

Die Revisionisten wurden in der Partei hart bekämpft. Mehrere Parteitage widerhallten von den Auseinandersetzungen über die neue ökonomisch-politische Auffassung. Die Partei beharrte offiziell auf dem überlieferten Marxismus. Die Gegensätze verschliffen sich dann, zumal die Meinungen der Revisionisten, die in Bausch und Bogen abgelehnt worden waren, im einzelnen bei fallweisen taktischen Entscheidungen durchdrangen — das Verhalten gegenüber dem Budget in den Bundesstaaten — vor allem, weil die Partei in den Jahren, die dem großen Streite folgten, unwillkürlich der kapitalistischen Ordnung sich immer opportunistischer gegenüberstellte. Diese Versumpfung war parteipolitisch ein Vorteil, die Sozialdemokratie gedieh dabei und gewann breite Gefolgschaft. Geistig stiftete sie erheblichen Schaden. Sie stumpfte die Empfindlichkeit gegen die grundsätzlichen Fehlerhaftigkeiten der Parteidoktrin ab. Sie unterband das Entstehen einer neuen, zugleich realistischen und echter sozialistischen Lehre. Wie der revisionistische Streit auslief, blieb er im Grunde ein unfruchtbares Stück sozialistischer Geschichte. Politische Psychologie versteht es, daß die Partei die Angriffe gegen die Lehre nicht Wort haben wollte. Denn sie nahmen dem Marxismus das Ungemeine, das Pathetische, das die Massen anzog. Die Revisionisten sägten das Stück Hegeltum heraus, das Marx in sein System verarbeitet hatte. Bernstein gab offen zu, daß Marx' Raisonnement nicht auf eine erst zu findende Erkenntnis zielte, sondern von einer fertig mitgebrachten These ausging. Damit war an die wissenschaftliche Wunde des Marxismus gerührt. Dieser war ein Versuch nachträglicher Beweis-

führung zu einem vorher spekulativ erdachten Ergebnis. Marx war hier in der Methode Hegels. Durch Übernahme der Hegelschen Dialektik hat er auch den windschiefen wissenschaftlichen Aufriß seines Systems verhüllt. Allein der Revisionismus hat nicht bloß das Stück romantischer Philosophie, das mit Hegel in den Marxismus kam, beiseite geschoben. Auch die rationalistischen Grundelemente der Lehre hat er umgeformt. Marx hat den Schwung der aufklärerisch-revolutionären Ideen von der Aufruhrepoche des Bürgertums in die Aufstiegszeit des Proletariats hinübergeführt, er hat der Arbeiterklasse jene politischen Gedanken in dem Jugendfeuer übermittelt, das er in ihnen noch angetroffen hat. Die Arbeiter hörten das Rauschen der Marseillaise, spürten den wilden Elan des Jahres 1793, das die Diktatur des Berges gesehen hat. Sie fühlten sich im Sturmtempo der Massenkämpfe und Handstreiche der französischen Umwälzung marschieren. Diese Leidenschaft des Kampfes, dieses Wehen revolutionärer Luft aus der aufklärerischen Sturmperiode blies der Revisionismus aus der sozialistischen Lehre heraus. Er wollte ihr dafür den aufklärerischen Rationalismus in der verdickten, zu Jahren gekommenen Stimmung einflößen, der die bedächtig-reformerische, in tief gefurchten Formelbahnen hinschreitende Demokratie kennzeichnet. Dieser Rationalismus mündete nirgends mehr in starkbewegtes geistiges Fluten. Die Arbeiterschaft hätte sich damit der trockenen, nüchternen Kleinbürgerlichkeit ergeben, die Merkmal des braven, etwas ängstlichen Fortschrittlergeistes war. Begreiflich, daß davor die Sozialdemokratie triebartig zurückschreckte. Mit so sparsamem Zusatz an Begeisterung ließen sich nicht einmal normalläufige Wahlbewegungen in Wärme bringen. Die alten Kämpfer wehrten sich daher gegen die Anerkennung des Revisionismus. Der Gesinnung, die sich — Zeugnis dafür Bebel und Liebknecht bei anderen Anlässen — eifervoll gegen jede „Verwässerung" der Partei, gegen „Verflachung" des Klassenkampfes stellte, mußte die alte Parteidoktrin trotz ihrer Mängel lieber sein. Aus diesem Stein ließen sich doch noch immer Funken schlagen. Vielleicht wäre der Revisionismus fruchtbarer geworden, wenn er tiefer geschürft hätte. Ansätze gab es wohl zur Erfassung eines Sozialismus, der dem Arbeiter andere Aufgaben stellte als die

Stimmzetteldemokratie, die Gewerkschaft und Konsumgenossenschaft, das vom englischen Proletariat vorbildlich ausgestaltete Dreiblatt rationalistischer Arbeiterpolitik. Die Ansätze blieben aber verkümmert. So die Erkenntnis Bernsteins, daß der Sozialismus eine genossenschaftliche Wirtschaftsordnung anstrebe. Bei gründlicherer Durchbildung dieses Gedankens wäre die Linie zu überschreiten gewesen, die den gemäßigten, durch Gewerkschaft und Konsumverein erleichterten Klassenkampf, wie ihn der Revisionismus im Sinne hat, von der Abweisung der Klassenidee überhaupt scheidet, von einer Gedankenkette, die sich die gesellschaftliche Entwicklung anders vorstellte als im Wege fortschreitender Ausdehnung der Staats- und Kommunalwirtschaft und auf den Krücken einer Gruppe freier Genossenschaften, die sich nach der Vorstellung Bernsteins zwischen die öffentlichen Zwangsgewalten und das Individuum einschiebt und allmählich verbreitert. Umstellung der Gesellschaft in ein System autonomer wirtschaftlicher Körperschaften, die den staatlichen Zwangsapparat in sich saugen und durch freiwilliges Zusammenarbeiten aller am Wirtschafts- und Gesellschaftsprozesse teilhabenden Elemente ersetzen — das lag nicht im Bereiche des Revisionismus. Nur aus der Schar um die „Sozialistischen Monatshefte" wurden Anklänge an diese wahrhaftigste Erfüllung der genossenschaftlichen Idee vernommen. In der Forderung dieser Männer, der Arbeiter möge lernen, sich als Produzenten zu sehen, stak ein triebkräftiger, über den Revisionismus hinausführender Keim. Er kam vor dem Zusammenbruch nicht zum Knospen.

Die bedeutenderen Revisionisten griffen auch in die neukantische Aussprache ein. Diese schloß sich zeitlich an die revisionistische Bewegung an. Sie drang darauf, den Sozialismus ethisch umfassender zu begründen, als dies vermittels der rationalistischen Deutungen, Lustlehre und Utilitarismus, möglich sei. Bernstein und Conrad Schmidt verrieten in dieser Debatte eine völlig aufklärerische Denkart. Jener sieht, utilitarisch-hedonistisch, die ethische Aufgabe in der Schaffung der größtmöglichen Summe materieller und geistiger Wohlfahrt, diesem fließen die Grundsätze eines sozialistischen Gemeinwesens genügendermaßen aus dem Naturrecht und den Gleichheitsideen der Auf-

klärung, die ihn, folgerichtig durchdacht, nicht zum liberalen Rechtsstaat des freien Wettbewerbs hinleiteten. Die Kernthese der neukantischen Ethiker, daß der Sozialismus nicht kausal naturgesetzlich, sondern teleologisch zu begründen sei, daß er nicht eine, vom Menschen losgelöste historisch-ökonomische Notwendigkeit, sondern ein Ziel des sittlichen Sollens der Menschen darstelle, fand an der Parteidoktrin Widerstand. An der marxistischen Grundlegung des Sozialismus wollten auch jene nicht rütteln lassen, die in Kant gleichsam eine Ergänzung der sozialistischen Gedanken von der Ethik her begrüßten, die etwa im Satze Kants, die Menschenwürde verbiete es, daß ein menschliches Individuum ein anderes als Mittel und nicht als Zweck behandle, das Wesen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung formuliert sehen wollten. Kautsky weist der Ethik in der Praxis der Partei die Rolle zu, im Proletarier Hingabe und Begeisterung für den Klassenkampf zu wecken, sittliche Empörung ist ihm die grundlegende und dauernd wirksame Triebfeder des Klassenkampfes. Kautskys Denkart hat wenig Empfänglichkeit für die ethische Lebensauffassung der deutschen Philosophie, die sich nicht in die sozialen Zerklüftungen, in die gesellschaftlichen Kämpfe einfangen läßt. Der scharfsinnige Theoretiker des Marxismus steht erst am Anfange ethischen Erkennens, wenn er meint, das sittliche Ideal erschöpfe sich in der Negation der herrschenden Sittlichkeit; seien die Gegensätze vom arm und reich, Ausbeuter und Ausgebeutetem beseitigt, so sei die Welt des sittlichen Ideals da. Von hier ist noch ein weiter Weg zu Kant. Auch jüngere Theoretiker, die intimer in die Ideen der deutschen Philosophie eindringen, lehnen es ab, den Sozialismus als geschichtliche Bewegung aus der Ethik abzuleiten. Die neukantische Welle ist recht oberflächlich über den Sozialismus hingestreift. Sie war ein Versuch, die Partei aus ihrer Versponnenheit in den einseitigen Klassenkampf herauszuführen. Die Grundidee der Ethik Kants schließt den Klassenkampf aus. Der Philosoph will eine sittliche Norm von allgemein menschlicher Gültigkeit. Wer den kategorischen Imperativ erfaßt, kann eine sittliche Erneuerung der Gesellschaft — und das will der Sozialismus — nicht über den Kampf der Klassen weg anstreben. In Kant hat die deutsche Philosophie den Übergang vom ratio-

nalistischen Individualismus zur Romantik betreten, die nicht vom einzelnen, sondern von der Gesamtheit her denkt. Kant mit seiner Pflichtlehre und mit der Ablehnung einer hedonistisch-utilitarischen Lösung bedeutet schon die Überwindung der individualistischen Lösungen, die den rationalistischen Anschauungen vom Sittlichen zugrunde liegen. Aber gerade auf diesem geistigen Boden fühlte sich die Sozialdemokratie heimisch. Sie machte nicht einmal den Schritt zu Kant, geschweige über diesen zu den großen romantischen Denkern, die ihren politisch-sozialen Zielen die granitene Unterwölbung durch eine hochgespannte Auffassung von Welt und Menschheit geben konnten.

Die deutsche Sozialdemokratie merkte bis zum Ausbruch des Krieges nicht, daß sie geistig in eine Sackgasse geraten war. Sie sollte nach dem Glauben der Anhänger und nach ihren Bekenntnisschriften Größeres sein als eine Partei, wie andere mehr. Der Sozialismus, als dessen Wegbereiter sie wirkte, will die Kultur erneuern, das Verhältnis von Mensch zu Mensch anders gestalten als die Jahrtausende vorher. Marx und Engels glauben, alle Geschichte vor dem Siege des Sozialismus sei erst Vorgeschichte der menschlichen Gattung. Eine Bewegung, die so gewaltigen historischen Ausblicken zustrebte, mußte von bohrendem Grübelsinn erfüllt, von fanatischer Frageleidenschaft geschüttelt sein. Der Sozialismus war jedoch in der Sozialdemokratie auf Parteienge zusammengeschrumpft, und diese Partei war Ausklang einer Phase europäischen Gedankenlebens, die sichere Ergebnisse. Der geistige Kreis, in dem sie sich drehte, war quietistisch. Sie hielt sich beschlußgemäß an vermeintlich längst durch tiefere Einsichten überholt war und nunmehr als eine dem gemeinen Verstande nahegebrachte Popularphilosophie weiterlebte. Solange Sozialismus nichts zu sein brauchte als Wahlrauferei und Teilnahme an dem kraftlosen deutschen Parlamentarismus, war schöpferischer Geist nicht gefragt. Als der Zusammenbruch jedoch die Partei zur Führung rief, als die Nation das gewaltige Armerecken eines Großschaffenden erwartete, wurde die Partei inne, wie arm sie geworden war. Aus der Mitte der Sozialdemokratie tönten die bittersten Klagen. Nun hieß es, der wissenschaftliche Sozialismus habe eine durchaus einseitige Entwicklung genommen. Seine rein ökonomisch-poli-

tische Auffassung, die die seelischen Wurzeln verdorren ließ, habe zu Unfruchtbarkeit geführt. Wo ist die soziologische und staatsrechtliche Literatur der Sozialdemokratie? fragt Heinrich Cunow und hält der Sterilität des sozialistischen Schrifttums die epochale Literatur entgegen, die der französischen Revolution und auch der deutschen Bewegung von 1848 vorangegangen ist. Am Tage, da die Partei an die Verwirklichung ihrer Ziele herantrat, habe man gewahrt, daß sie eine „mangelhafte Verkörperung des sozialistischen Gedankens" sei, es habe sich gerächt, daß die Partei die Überwindung des Kapitalismus Sache einer Klasse habe sein lassen (Lensch). Die Unfähigkeit, sich der radikalen Strömungen zu entledigen, wurde als Folge des jahrzehntelangen geistigen Niedergangs erkannt. Minister Haenisch mußte das Urteil aussprechen, daß die Bildungsarbeit der Partei mechanisiert und entgeistigt worden sei. „Wir vergaßen nur zu oft, es den Massen in Hirn und Herz zu hämmern, daß der Sozialismus nicht nur eine Sache der größeren Rechte, sondern mindestens ebensosehr eine Sache der gesteigerten Pflichten sei." Auf dem Grunde des individualistischen Rationalismus, auf dem die Partei stehen geblieben war, hatte die große Erziehung der Arbeiter zu einer gesellschaftlichen Ordnung der Solidarität nicht aufgenommen werden können.

5. Kapitel

Der deutsche Kapitalismus

Eine unvoraussehbare geschichtliche Katastrophe hat die deutsche Sozialdemokratie aus der behäbigen Ruhe eines auf agitatorische Opposition eingerichteten Seins herausgeworfen. Sie stand unvorbereitet vor der Aufgabe, die sie doch als ihre historische Sendung empfunden hatte. Am Tage nach der Revolution war sie ohne Ideen, sie, die die Partei der Revolution bleiben wollte. Aber vielleicht war sie als Partei der Evolution, die sie in Wirklichkeit geworden war, auf dem richtigen Wege gewesen?

Vielleicht hatten die Revisionisten recht, die ein allmähliches Hineinwachsen der kapitalistischen in die sozialistische Ordnung sich vollziehen sahen? Entwicklungen, die nicht geschichtlich ausreifen konnten, dürfen nur vorsichtig beurteilt werden. Indes, das kann gesagt werden, soweit aus dem wirtschaftlich-sozialen Geschehen vor 1914 gemutmaßt werden kann, ging die Entwicklung nicht einer Schwächung, eher einer Festigung der bestehenden Ordnung zu. Der Kapitalismus erstarkte. Der „Staat" erlebte eine Zufuhr an Kraft aus der Bureaukratisierung der Sozialpolitik und der Ausbreitung seiner wirtschaftlichen Befugnisse. Die Sozialdemokratie war mitten auf dem Wege, sich in diese Ordnung einzuleben und durch ihre Verbürgerlichung dem Staat, den sie bekämpfte, eine breitere Einwurzelung in den Massen zu ermöglichen.

Als der preußisch-deutsche Staatsapparat sich im Kaiserglanze auf dem Grunde einer verjüngten, vom Kriegsruhm getragenen und breitester Ausdehnung fähigen Militärgewalt einrichtete, traf er in der nationalen Wirtschaft den Kapitalismus in stürmischem Aufstiege, in seinem Gefolge die Umwandlung eines beträchtlichen Volksteiles in Lohnarbeiter. Ideale Kräfte, die seiner Herrschaft über die Leiber und Köpfe der Bürger widerstrebten, gab es wohl von früher her noch. Gefährlich waren sie ihm nicht. Der politische Liberalismus war zum Teil zu ihm übergegangen, der Rest in die fruchtlose Opposition getrieben. Die romantischen Strömungen hatte er zum großen Teil in seine Staatsidee geleitet. Nur mit einer ihrer Parteien, mit dem katholischen Zentrum, focht er einen schärferen Streit aus. Auch dieser Kampf endete mit einem Vergleich. Die Katholiken paßten sich dem Staatsgefüge an und gewannen später in ihm eine unerschütterliche Stellung. Blieb nur ein offenes Problem für den Staat, die Auseinandersetzung mit den Kräften, die die alte deutsche Gesellschaft umzuformen im Begriffe waren. Die eine, der Kapitalismus, war keine geistige Macht, aber eine mechanisch-motorische Kraft von stärkster Spannung, die die soziale Schichtung rastlos umpflügte und früh Ansätze zur Zusammenballung von materieller Gewalt in einer willensstarken Schichte, dem Unternehmertum zeigte. Die andere, das Proletariat, war nicht bloß durch seine steigende Zahl und Anhäufung in den großen

Städten eine wirksame soziale Macht, sie war auch in ihren aktivsten Elementen von einer Idee, dem Sozialismus durchglüht. Der Staat war aller geistigen Bewegungen Herr geworden, des Rationalismus und der Romantik. Aber der Fechtboden, auf dem früher die lebendigen Ideen mit der Machtidee der Herrschaftsmaschine sich begegnet hatten, war leicht übersehbar gewesen: das enge Dasein der Kleinwirtschaft in den schmalbrüstigen Mittelstädten und in den geruhigen Landgemeinden. Nun waren Mächte da, die atemlos wuchsen, über die Staatsgrenzen ins Internationale griffen. Es war immerhin eine Aufgabe für den alten Staat, trotz seiner Militärgewalt und trotz seiner Herrschaft über die Gemüter seine Macht neben und gegen Kapitalismus und Proletariat zu behaupten.

Der Kapitalismus war in Deutschland aufgeblüht, als er seine Jugendschwächen hinter sich hatte. Die industrielle Ordnung, die sich in den Weststaaten, England und Frankreich, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Herrin der nationalen Wirtschaft gemacht hatte, erlebte um das Ende der vierziger Jahre eine Zeit der Krise. In England der Chartisten-Vorstoß, in Frankreich das Grollen des Februarsturmes hatten das Schreckbild einer sozialen Revolution nahegerückt, heftige Handels- und Absatzkrisen verrieten innere Gebrechen der Produktion. Damals glaubten manche an schwere Erschütterungen, vielleicht an einen Umsturz der überkommenen Gesellschaftsordnung. Ernste Köpfe hielten ein Niedergleiten für möglich. Der Kapitalismus hat die schwere Krankheitsperiode überwunden, das Unternehmertum fand Abhilfe vor allem in Nachgiebigkeit gegenüber dem bis dahin mißachteten Proletariat. Der Aufstieg der englischen Gewerkschaften rettete in dem vorbildlichen Industrielande das kapitalistische System. Der Beginn einer Arbeiterschutzgesetzgebung unterstützte diese Konsolidierung. In Frankreich wurde der Kampf politisch ausgefochten, doch trug außer der offenen Niederlage des Proletariats auch das Kaisertum, das einen versöhnlichen sozialen Geist brachte, zur Anbahnung ruhiger Jahrzehnte bei. Der Kapitalismus im Deutschen Reiche hat dann keinen Augenblick der Gefahr mehr erlebt. Das Industriesystem breitete sich, von seinem inneren Drang getrieben, ohne Hemmung aus. Kapitalismus und Staat, die zwei starken Kräfte,

trafen sich in gemeinsamem Interesse. Von seiner ungehemmt absolutistischen Werdezeit her hatte der Macht- und Militärstaat Affinität zum Kapital. Seine Kriegswirtschaft war eine der Quellen, aus denen die Geldmacht, zuerst die internationale, später in den konsolidierten Fürstenstaaten, die nationale, sich genährt hat. Staatsschuld und Finanzkapitalismus sind Kinder aus dem gleichen Haus. Als der Industrialismus neue Methoden großzügigster Produktion von Kriegsmitteln eröffnete, wandte sich ihm die Aufmerksamkeit der Staatsgewalt von selbst zu. Die Heere und Flotten eines modernen Großstaates sind ohne breiten industriellen Unterbau undenkbar. Die mächtige Entfaltung einer heimischen Großindustrie wurde Staatserfordernis, das heftige Getriebe von Fabrik, Bank, Außen- und Binnenhandel verflocht sich mit dem Staat. Das Kapital wurde unerläßliches Werkzeug für den Herrschaftsbetrieb. Es lebte sich in diese Stellung rasch ein. Immer schon war es der Staatsgewalt befreundet gewesen. Denn, wie auch die Mittel seiner Ausbreitung sind, sein Ziel ist stets das Monopol, Alleinherrschaft über den Markt. Bevorrechtung war die erste Periode des europäischen Kapitalismus. Das Privileg konnte nur die Staatsgewalt verschaffen. Das Kapital hatte im Verlaufe seiner Entwicklung dann wohl eine längere Periode der Vorliebe für ungehemmten Wettbewerb. Das war die Zeit, da die Befugnisse, die der Polizeistaat gab, der Raschheit seines Erweiterungsdranges nicht genügten. Damals war das Kapital auch gleichgültig gegenüber dem Staat. Doch diese Periode — in der Geistesgeschichte traf sie mit den großen Aufklärungsideen von der Freiheit des Individuums zusammen, die als Liberalismus in das politische und wirtschaftliche Leben hinüberfluteten — war in der Geschichte des Kapitalismus eine Phase. Am längsten dauerte sie in England, dessen besondere Verhältnisse dem Freihandel lange günstig waren. In den anderen Industrie- und Kapitalstaaten fühlten sich die Produzenten früher oder später innerhalb eines Geheges hoher Schutzzölle wohler als im scharfen Luftzuge ungehemmter Auslandskonkurrenz. Die Zölle, im Deutschen Reiche rasch zu einem System des Schutzes der nationalen Arbeit ausgebildet, waren die Voraussetzung für die Alleinherrschaft über den Inlandsmarkt, für die Kartell- und

Trustbildung. Das eingeborene Streben des Kapitals nach dem Monopol lebte sich in ungewöhnlich großzügigen Organisationsformen aus. Die Auftürmung der Riesenkonzerne, der aus Bank- und Industrieunternehmungen hoch aufgerichteten Wirtschaftsgebilde, die sich ganze Provinzen der nationalen Produktion untertan machten, die Abhängigkeit von den Verwaltern jener ökonomischen Gesamtheiten, in die Hunderttausende, mittelbar oder unmittelbar, als Arbeiter, Angestellte und Konsumenten gerieten, der politische Einfluß, den jene an sich zu ziehen wußten, und der seinerseits wieder in den Dienst ihrer Wirtschaftskörper gestellt werden konnte, schienen eine sonderbare Entwicklung des Hochkapitalismus vorzubereiten. Die moderne Gesellschaft, die bis dahin ein System durcheinanderlaufender, da sich lösender, dort wieder schließender Wechselbeziehungen kleiner und kleinster Wirtschaftseinheiten war, verriet die Neigung, sich in dauernde, den großen Herrschaften der Feudalzeit ähnliche wirtschaftliche Machtbereiche zu zerteilen. Industrie- und Bankgruppen, mit starken Volksteilen als einer Art Gefolge, schienen die Ära einer kapitalistischen Feudalität heraufzuführen. Das Bild war vor dem Kriege in allen Industriestaaten ein ähnliches. Der Bürger, politisch nur dem Gemeinwesen untergeordnet, wurde als wirtschaftliches Wesen in irgendeine der größeren Interessengemeinschaften hineingeschoben. Für diese zählte er als Machtelement der oder jener Industrie. Der Kapitalkonzern vertrat viele Zehntausende Bürgerexistenzen. Noch wirkte die Freizügigkeit so stark, daß der einzelne sich dem Schicksale, dauernd Hintersasse einer Gruppe zu werden, entziehen konnte. Aber mit der inneren Kräftigung und dem rastlosen Umsichgreifen solcher kapitalistischen Bereiche wuchsen besonders in dem rapid industrialisierten, freien Siedelungslandes fast ganz entbehrenden Deutschland die Möglichkeiten der neuen gesellschaftlichen Organisationsformen. Von hier drohte eine Lockerung des „Staates", der durch Jahrhunderte an konzentrierter Macht und straffer Geschlossenheit nur zugenommen hatte. Ein Zukunftsproblem zeigte sich von ferne. Wer wird die Oberhand behalten, der merkwürdige Industriefeudalismus oder der altgefügte Staatsapparat? Würde dieser sich als souveräne Gewalt behaupten oder von jener in Besitz

genommen werden? In dem geschichtlichen Augenblicke, da die deutsche Staatsgewalt zerbrach, stand diese noch in voller Herrschaft über Nation und Gebiet, über die Verwaltung und die großen gemeinwirtschaftlichen Anstalten, die eine der Voraussetzungen aller sonderwirtschaftlichen Unternehmungen darstellen, der größten wie der kleinsten. Wenn Vermutungen über nicht ausgereifte Entwicklungen sich nicht ins Nebelhafte verlören, so möchte das Urteil gewagt werden, daß der Staat auch eine solche Krise überstanden hätte, weil er, wenn auch in noch so zerkrümmter Form, in der Zurüstung einer Gewaltmaschinerie, doch eine Idee in sich zu fassen schien, die Verbundenheit freier Menschen zu Gemeinzwecken. Jene Wirtschaftsfeudalitäten wären, da sie der Idee des historischen Feudalismus, des Treuverhältnisses zwischen den höheren und niederen Gliedern der feudalen Ordnung entbehrten, nackte Machtgebilde gewesen, lediglich zusammengehalten durch die ökonomische Gewalt. Wollte ein solcher kapitalistisch-feudaler Körper die für einen Dauerbestand unerläßlichen ideellen Grundlagen gewinnen, so mußten die Kapitäne ihren Gewaltbereich mit der Gesamtheit der Vasallen irgendwie teilen, mußten sich aus Herrschaft in Genossenschaft umwandeln. Dann wäre die Entwicklung angebahnt worden, für die die Gesellschaft durch den Zusammenbruch des alten Staatsapparates frei wurde. Solange dieser aufrecht stand, lehnten sich Kapital- und Industriegewalt an die Staatsmacht an, nützten deren materielle Herrschaftsmittel auch für ihre Zwecke. Vor allem bot ihnen der Staat die ihnen werte Sicherheit eben gegen eine Beschränkung ihrer Verfügungsgewalt über die materiellen und personellen Betriebsmittel. Der Staat war hier zuverlässig. Denn das politische System hatte, indem es, allerdings in seinem Geiste, ein Stück Sozialismus in den Staat hineingebaut hat, dann indem es sich des leiblichen Wohles der Arbeitermassen durch Schutz- und Fürsorgemaßnahmen annahm, den revolutionären Unmut des Proletariats abzuleiten versucht. Ein Versuch, der trotz der launenhaften Schwankungen in seiner Durchführung nicht ohne Aussicht auf guten Erfolg war. Der Staatssozialismus, die eigenartigste Schöpfung des preußisch-deutschen Reiches, zeigte steigende Kraft, auch die Sozialdemokratie dem alten Herrschaftsstaat einzugliedern.

6. Kapitel

Staatssozialismus

Bismarck setzte zwei Angriffswaffen gegen die Sozialdemokratie in Bewegung: Sozialistengesetz und Sozialreform. Die eine war unverhüllte Hervorkehrung der Gewaltnatur des Staates. Sie versagte. Die Gewalt weckte den Entschluß, ihr zu trotzen, und da keine Herrschaft auf die Dauer wachsende Massen heimischer Bürger als Subjekte minderen Rechtes behandeln kann, mußte der Ausnahmezustand fallen. Der Staat hat in diesem Ringen an Ansehen zugesetzt, an Macht nichts gewonnen. Wirksam aber war der andere Gedanke, den Staat dadurch zu stärken, daß dieser einen Teil der Forderungen des aufstrebenden vierten Standes zu seiner Aufgabe machte. Der Reichskanzler, der im ersten Jahrzehnt des neuen Reiches die Volkswirtschaft im wesentlichen der liberalen Doktrin überlassen hatte, wandte sich gegen den Schluß der 70er Jahre anderen Gedankengängen zu. Die Schutzzollära, die er einleitete, machte den Staat zum Regulator der Produktionsbedingungen, machte sonach die Wirtschaft der Bürger im breitesten Umfange von sich abhängig. Es war Machtzuwachs für den Staat. Unter der Fahne des Schutzes der nationalen Arbeit spannte die Staatsgewalt Industrie und Landwirtschaft zusammen. Die Kartellpolitik söhnte die etwa noch grollenden alten Konservativen mit der Regierung aus. Sie machte starke Teile des kapitalistischen Unternehmertums zu Anhängern und Stützen des autoritär-staatlichen Gedankens. Der Gegensatz zwischen Industriekapital und Agrariertum, der in den Jahren des werdenden Kapitalismus so scharf gewesen war, wurde überbrückt. Das neue preußisch-deutsche Reich schuf sich seine, der wirtschaftlichen Umwälzung angepaßten Neukonservativen, wie sie das alte Preußen in den landsässigen Grundherren gehabt hatte.

Brachte der Schutzzoll der Staatsgewalt wieder einen Teil des Einflusses auf das Wirtschaftsleben zurück, das ihr in der kurzen Epoche des Liberalismus entglitten war, so fiel ihr ein anderes erhebliches Stück Macht durch die Maßregeln zu, die in ihrer Gesamtheit als Staatssozialismus bezeichnet wurden: Arbeiter-

schutz, Arbeiterversicherung, soziale Steuerpolitik und Verstaatlichung — Adolf Wagner hat die verschiedenartigen staatlichen Maßregeln im Reich und in den Staaten, die im grundsätzlichen Widerspruch zur Doktrin vom freien Kräftespiel durchgeführt wurden, systematisch unter gleichem Gesichtswinkel betrachtet. Ihm ist Staatssozialismus Normierung der ganzen, auch der privatwirtschaftlichen Rechtsordnung durch den Staat und im sozialen Interesse. Nun wurde Sozialreform in allen Industriestaaten ein Teil des öffentlichen Rechtes und der öffentlichen Verwaltung. Sie ergab sich aus der sozialen Struktur. England ist mit Arbeiterschutzgesetzen vorangegangen. Allein nirgends wurde die staatliche Obsorge für die Arbeitermassen, so wie im Deutschen Reiche, grundsätzlich und bewußt ein Regierungsmittel, ein Werkzeug, um die Herrschaft des Staatsapparates zu verbreitern und tiefer zu verankern. Die Sozialreformer im Auslande merkten wohl, wie sehr die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft der Neigung der deutschen Staatsgewalt angepaßt waren, ihre Macht zu vergrößern. Man trennte draußen soziale Reform vom deutschen Staatssozialismus. Die Lehren des deutschen Staatsgedankens im Reiche wieder verstanden denn auch richtig die Sozialreform als Mittel, jene Staatsidee auf das ihm entfremdet gebliebene Industrievolk zu überpflanzen. Der Proletarier, der die bureaukratischen Fabrikinspektoren an der Arbeit sah — und sie arbeiteten mit aller ehrlichen Gewissenhaftigkeit des preußisch-deutschen Beamtengeistes — der mit seiner Unfall-, Alters- und Invalidenrente an den Staat geknüpft war, in dessen Urteil und Empfinden konnte bei aller gläubiger Hingabe an das marxistische Bekenntnis die hohe Scheidewand zwischen Arbeiterklasse und Klassenstaat nicht bestehen bleiben. So hat der von Bismarck eingeleitete, nach seinem Scheiden fortgesetzte staatssozialistische Zug seine Wirkung getan. Er nahm den vierten Stand langsam auf den Boden der herrschaftsstaatlichen Ordnung hinüber. Die seelische Umwandlung wäre rascher und gründlicher vor sich gegangen, wären nicht auch nach Aufhebung des Sozialistengesetzes Rückfälle in die schroffe Ordnungsmache störend dazwischen gefahren, und wäre nicht in den Jahren, da unter der glatten Oberfläche freundlicher Prosperität die europäische Kriegskatastrophe sich vorbereitete,

die Befriedigung an breiter Sozialreform in allen Stockwerken der Staatsfabrik deutlich durch das imperialistisch-militaristische Interesse verdrängt worden. Das Deutsche Reich blieb in den letzten Friedensjahren sozialpolitisch hinter England zurück. Das sozialreformerische Erlahmen — man erinnere sich eines kaiserlichen Ausspruches von der vollen Kompottschüssel — ließ doch erkennen, daß dem Militärstaate die Sorge um die Emporhebung der Arbeiterklasse nicht Herzensangelegenheit war, sondern Herrschaftsmittel, um den Machtapparat im Innern zu festigen. Dem ersten Kanzler war sie ja auch ein Hebel im Regierungsmechanismus. Sie sollte dem Staate und der Wirtschaft die Wohlfahrt der Ordnung sichern helfen.

Rudolf Meyer, der beweglichste Kopf in der interessanten Gruppe jener konservativen Politiker, die in den Werdejahren des Industrialismus und des preußisch-deutschen Reiches die Überlieferung romantischer Staats- und Wirtschaftspolitik verwirklichen wollten, erzählt, wie Bismarck mit seiner Politik des Sozialistengesetzes und der Sozialreform auf die Entfaltung einer romantischen Wirtschafts- und Sozialpolitik gedrückt hat. „Ich und meine Freunde wollten der Gesellschaft durch neuständische Organisation Selbständigkeit geben und bekämpften das Entstehen der furchtbaren Kanzlermacht. Heute ist Bismarck, wie Napoleon III., der Ordnungsmann, der die gesellschaftliche Ruhe — nicht den sozialen Frieden garantiert." Der christlich-soziale Todt und seine Mitarbeiter ließen ihr Blatt im März 1882 eingehen, „weil jetzt Fürst Bismarck die soziale Reform in die Hand genommen habe". Der Kanzler wurde als wirtschaftlicher Reformator begrüßt. Der „Verein für Sozialpolitik", ein Sprößling der romantischen Wirtschaftslehre, ließ, als das Sozialistengesetz verhängt worden war, die Agitation für die sozialpolitischen Ideen fallen und zog sich auf die wissenschaftlich-akademische Forschung zurück. Der Verein hätte bei aller Verdienstlichkeit seiner gelehrten Tätigkeit vielleicht unmittelbarer und fruchtbarer wirken können, wenn er nicht ängstlich der Regierung und der Bureaukratie das Feld überlassen hätte. Der Staat drängte hier zugunsten seiner Macht freiwillige gesellschaftliche Bildungen zurück. Der dauernde starke Einfluß der Fabier in England zeigt den Vorzug des britischen öffentlichen Lebens

vor dem durchstaatlichten öffentlichen Geist in Deutschland. Die evangelischen Sozialreformer, die sich in den ersten Jahrzehnten des neuen Reiches kräftig gerührt hatten, entwickelten sich unter dem übermächtigen Druck des Staates nicht, wie es folgerichtig war, den Massen entgegen, sondern bogen sich der Staatsspitze zu. Das Christliche, dem sozialistischen Grundgefühle der Arbeiter Verwandte, wurde nicht verfolgt, man lehnte sich an den Staat an, unterwarf sich seinem rationalistisch-absolutistischen Wesen. Wie ein Stück neudeutscher Zeitgeschichte ist gar die Entwicklung Naumanns, der vom christlichen Sozialismus zum Nationalsozialismus gelangte, also zu einer Art cäsaristischen Programms, kaiserliche Machtpolitik gemengt mit Nationalisierung der Arbeiter durch Sozialreform. Der Eintritt Deutschlands in den Vollkapitalismus hatte die romantische Politik in allen ihren Spielarten lebendig gemacht. Nebenher lief in den Massen die starke sozialistische Strömung. Aber wieder hatte sich der Staat zwischen beide gestellt. Die Gelegenheit, durch Ineinanderfließen der romantischen Staats- und Wirtschaftsauffassung mit ihrem demokratischen Grundcharakter und der aus den Massen auftreibenden Wünsche nach organischem Aufbau der Gesellschaft einen geistigen Boden für die Versöhnung der sozialen Kräfte zu bereiten — die letzte Gelegenheit im alten Staate — wurde zunichte.

Bevor der preußische Machtstaat daranging, sich im Kriege selbst zu zerstören, waren die sozialen Geschehnisse in Fluß; aber deutlich genug hatte sich ausgeprägt, daß der alte Staat wieder im Begriffe war, eine dem Leben der Nation entwachsene Idee seinen Zwecken einzuverleiben. Er hatte sich über Rationalismus, Romantik und Liberalismus hinweg behauptet. Nun arbeitete er in seinen stählernen Körper den Sozialismus hinein. Die sozialdemokratische Theorie hatte kein Programm eines verwirklichten Sozialismus ersonnen. Sie genügte sich an der Voraussage, daß der Kapitalismus den Sozialismus aus sich erzeuge. Der Staat entwickelte in der Tat in der kapitalistischen Gesellschaft ein System des Sozialismus. Aber es war nicht Sozialismus als demokratisch-genossenschaftliche Ordnung. Diese duldet Unterstellung der körperschaftlich organisierten Gesellschaft unter einen herrschenden Staatsapparat nicht. Der „Staat“ konnte

aber natürlich nur seinen Sozialismus gebrauchen und schaffen, den deutschen Staatssozialismus. Dieser war im Wesen eine Verpflanzung des Polizei- und Wohlfahrtsstaates auf den Boden der hochkapitalistischen Gesellschaft. Wie die Herrschaft, die sich der Staat einstmals über das Wirtschaftsleben beigelegt hatte, so diente auch der Staatssozialismus der Kräftigung der autoritären Staatsidee. Der Staat dehnte wieder, nach einer kurzen Periode der Selbstbeschränkung, seine Funktionen, seine Rechte und seinen bureaukratischen Apparat aufs weiteste über das bürgerschaftliche Leben hin. Als Staatssozialismus mußte der Sozialismus jedoch nicht allein der alten Staatsordnung Stütze sein. Die Einengung in den Staatsrahmen zeigte ihn dem gesellschaftlichen Bewußtsein in einer Erscheinungsform, die nicht aus seiner eigenen Art stammt. Sozialismus präsentierte sich als Zentralisierung, als Regelung der mannigfach bewegten Wirtschaft von einem Mittelpunkte her, als Bureaukratisierung seiner schöpferischen Werte. So sah ihn vor allem das bürgerliche Auge. Der bürgerliche Sinn schrak vor der Freiheitsbeschränkung und nivellierenden Neigung dieses Sozialismus zurück, er dachte sich, daß Sozialismus stets solche Wirkungen haben müsse. Dem Sozialismus schrieb er zu, was freilich dem Staate im Marke liegt: Druck auf das freie Schaffen auszuüben, den Bürgergeist zur Öde einzuebnen. Aber auch die Sozialdemokratie selbst sah ihr sozialistisches Endziel durch die fälschende Brille des Staatssozialismus. Wenn Sozialdemokraten sich ihren Zukunftsstaat bildlich machen wollten, schauten sie Regelung der Produktion und Verteilung von einem Mittelpunkt aus, sahen sie den Arbeiter als pensionsfrohen Staatsdiener, stellten sie sich eine Hierarchie von Ämtern vor. Marx und Engels, die Staatsfeinde, hatten geflissentlich von „Vergesellschaftung" gesprochen. Auch die sozialdemokratische Literatur hielt an dem Ausdrucke fest. Aber dieser blieb ein Wort. Praktisch wurde „Vergesellschaftung" als Verstaatlichung, höchstens als Kommunalisierung verstanden. In dem Übergang von Betriebszweigen an die öffentlichen Zwangskörperschaften erblickten die revisionistisch gerichteten Sozialdemokraten Beweise für das Heranwachsen des Sozialismus innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Es war ein Zeugnis für die Zähigkeit des alten

Herrschaftsstaates, daß er es vermocht hat, seine bureaukratisch-zentralisierenden Daseinsformen selbst der sozialistischen Gedankenwelt einzuimpfen.

7. Kapitel

Verstaatlichung der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie hatte nicht genug geistigen Urquell, um die Massen, die sie sammelte, der Verstaatlichung zu entziehen. Der deutsche Sozialismus hatte ein großgespanntes theoretisches System hervorgebracht, eine mächtige Parteiorganisation aufgebaut. Aber seine politisch-praktische Schöpferkraft war nicht sonderlich groß. Die deutsche Arbeiterbewegung folgte durchwegs den Anregungen und Vorbildern aus England und Frankreich. Gewerkschaft, Konsumgenossenschaft, parlamentarische Politik waren auch ihre Waffen, einen neuen Weg hat sie nicht betreten. Ihre Leitidee blieb der Klassenkampf, politisch verharrte sie in Opposition gegen den Staat. Als Oppositionspartei wuchs sie, weil sie alle Unzufriedenheit in dem materialisierten Volke an sich zog, nicht wegen ihres geistigen Gehaltes, sondern weil sie den materialistisch-wirtschaftlichen Individualismus aller derer befriedigte, die nicht aus Erbgang, persönlichem Erwerbsglück und -geschick zu Privatvermögen oder großen bürgerlichen Einkommen gelangten. Lohnsteigerung, Kräftigung der Kaufkraft des Geldlohnes, günstige Arbeitsdauer, erträgliche Arbeitsbedingungen, Zuwachs an öffentlichen Einrichtungen, die der Gesundheit und dem Behagen der Massen dienten, waren der Nutzen, den die im Lohne stehenden Teile der Nation durch Anschluß an die Sozialdemokratie erhofften, zum großen Teile erzielten. Volks- und menschenfreundliche Politik, die die Massen hob, aber durchaus Politik nicht einer umwälzenden, ins Ferne und Neue strebenden Geistesströmung, sondern Politik eines braven Utilitarismus, der mit breiten Beinen auf dem Grunde der bestehenden Ordnung stand, einer Ordnung, die den ein-

zelnen auf private Erwerbstätigkeit weist. Eine demokratische Reformpartei, das war dem unbefangenen Blicke Außenstehender, aber auch nach dem von innerer Zustimmung begleiteten Eindrucke vieler Parteiangehöriger der Weg der deutschen Sozialdemokratie. Was Karl Marx nach dem Erlahmen des Chartistensturmes an dem Gewerkvereinler bemerkte, das politische Abstumpfen der britischen Arbeiterschaft, was Engels anfangs der neunziger Jahre feststellte, als die Trade Unions auf der Höhe der Erfolge standen, die verbürgerlichte Psyche der englischen Arbeiteraristokratie, was Revisionisten für den deutschen Arbeiter wollten, eine solide bürgerliche Fundamentierung seines Daseins, das trat ein. Aber mit ihren Folgen für die Sinnesänderung von revolutionärer Stimmung, die jeden Augenblick bereit ist, für das Ziel in den Kampf auf Tod und Leben zu gehen, zur Anerkennung der Welt, in die man sich hineinlebt. „Wenn die Kapitalisten zunehmen, und nicht die Besitzlosen," hatte Kautsky im Streit um den Revisionismus gegen Bernstein erklärt, „dann festigt sich der Kapitalismus, nicht der Sozialismus." In der Partei wurde in den nachfolgenden Jahren dieser Gang der Geschehnisse ohne sonderliche tragische Ergriffenheit hingenommen. Man gab ruhigen Herzens eine Hauptlehre auf, daß die bürgerliche Gesellschaft sich ihren Zusammenbruch selbst bereite, sah vielmehr zufrieden, wie die kapitalistische Wirtschaft sich kräftigte, weil der im starken und steten Strom ansteigende allgemeine Wohlstand die trefflichsten Voraussetzungen für die Hebung der Arbeiterklasse darbot. Auf diesem Boden blühte die Arbeit der deutschen Gewerkschaften, die zu achtunggebietender, aber durchaus unsozialistischer Wirksamkeit gediehen.

Gerade in der Gewerkschaftspolitik trat die deutsche Sozialdemokratie völlig in die englischen Fußstapfen. Anfangs waren doktrinär-revolutionäre Eierschalen abzustoßen. Die Marxisten gaben ihren Widerstand in der Annahme auf, daß die Gewerkvereinspolitik durch ihre Vergeblichkeit die Arbeiterschaft für den politischen Kampf schulen würde. Dann kämpften die Gewerkschaften um ihre Selbständigkeit neben den politischen Zielen. Die Tarifverträge mußten sich gegen die marxistische Einwendung durchsetzen, daß sie den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Arbeitern und Arbeitgebern schwächen. Die

Arbeitslosenfürsorge stieß auf den parteipolitischen Einwurf, sie wäre eine kapitalistische, dem Klassencharakter zuwiderlaufende Einrichtung. Die Gewerkvereinler setzten schließlich die Anerkennung ihrer besonderen Politik durch. Diese nahm den von den Engländern vorher durchmessenen Gang vom „rauhen Klassenkampf zur industriellen Diplomatie". Grundsätzlich trat die Gewerkvereinsbewegung noch schärfer als die politische, die aus Agitationsgründen das Halbdunkel wahrte, auf den Boden der bestehenden kapitalistischen und staatlichen Ordnung. Die Gewerkvereine streben Besserung der proletarischen Lage innerhalb des Lohnsystems an. Mittels Zusammenfassung der Berufsangehörigen wollen sie dem einzelnen Arbeiterindividuum ein möglichst günstiges Los in der Gesellschaft sichern. Sie nehmen als Grundlage ihrer Tätigkeit das geltende individualistische Konkurrenzsystem. Als stärkste Errungenschaft gilt ihnen der Tarifvertrag, der dem Verkäufer der Ware Arbeit auf dem Markte, die im Rahmen des Lohnsystems bestmöglichen Aussichten eröffnet.

Im Widerstreit zwischen politischer Partei und Gewerkschaft glaubte jene die grundsätzlichere sozialistische Politik zu machen. Nach dem theoretischen Programm vielleicht, nicht nach dem Mittel. Die Partei wollte die staatlich-kapitalistische Ordnung einseitig mit politischen Waffen stürzen, sie setzte die individualistisch-politischen Ideen der bürgerlichen Gesellschaft in Dienst. Da steht die Gewerkschaft der Idee nach dem Sozialismus näher. Denn sie stellt immerhin eine Organisation der Arbeiter für die Wirtschaft dar, eine Durchbrechung des atomisierenden Wirtschaftsliberalismus durch genossenschaftliche Bildungen. Die Gewerkschaften waren auch eine wirtschaftliche Schulung für die Arbeiter. Sie konnten Ansätze zu einer körperschaftlichen Durchorganisierung der Gesellschaft treiben, zu einer Vereinigung aller in den Beruf Eingeordneten — Unternehmer, geistige und manuelle Werktätige. Freilich nur die christlichen Arbeitervereinigungen waren von diesem Geiste wirtschaftlicher und sozialer Romantik belebt. Sie hatten zum Leitgedanken das gemeinsame Produktionsinteresse von Arbeitern und Unternehmern, lehnen den Klassenkampf und die schroffe Scheidung der Lohnarbeiter von den übrigen Klassen der Nation ab. Aller-

dings fordern sie, daß dem Arbeiterstande größerer Einfluß auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Ordnung eingeräumt werde, ihrem Programm entspricht ein konstitutionelles Betriebssystem. Die Ausbreitung dieser Gruppe in der Arbeiterschaft wurde nicht zuletzt durch die Unternehmer gehemmt, die auf ihrem individualistischen Herrengeiste stehen bleibend, die christlichen Gewerkschaften ebenso mürrisch ablehnten wie die freien Gewerkvereine. In den Reihen dieser, der Sozialdemokratie entsprungenen Arbeiterorganisationen war von höherem über die bestehende kapitalistische Ordnung hinauslangenden Streben durch die Jahrzehnte des alten Regimes kaum eine Spur. Im April 1919, also schon mitten im Umwälzungsjahre, gaben die Gewerkschaftsführer in den Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften gleichsam Rechenschaft über deren Bedeutung für die deutschen Arbeiter. In dem Schriftstück wird rühmend gesagt, die Gewerkschaften hätten die Arbeiter zum Klassenkampfe erzogen. Die Führer sahen es also als Leistung für den Sozialismus an, die Arbeiter lediglich privatwirtschaftlich orientiert zu haben; als Erfolg der Kämpfe wird bezeichnet, daß die Stellung der Arbeiter der Willkür der Arbeitgeber entzogen worden sei, demnach eine im Wesen negative Leistung auf dem Boden der sonst unerschütterten kapitalistischen Ordnung, den die Gewerkschaften geistig nicht verließen. Die Richtlinien heben als Verdienst der Organisationen wohl auch die Erziehung der Arbeiter zum Verständnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge hervor. Aber auch diese Aufklärungsarbeit blieb negativ-kritisch. Sie lehrte die Arbeiter innerhalb des Lohnsystems ihren Vorteil wahren. Sozialismus war in dieser Himmelsgegend nicht zu erfragen. Praktisch von unverkennbar wohltätigem Einfluß auf die Steigerung des Wohlbefindens im Arbeitervolke, nützlich für die Ausschaltung von Störungen des nationalen Wirtschaftslebens durch Streiks, wurden die Gewerkschaften ein wertvoller Bestandteil der kapitalistisch-individualistischen Gesellschaft. Ihr geistiger Konservatismus nahm ihnen die größere Mission, Fakelträger in einer Welt genossenschaftlichen Aufbaues der Nation zu sein.

In der anderen Organisationsform, die die deutsche Arbeiterbewegung aus England übernahm und zu hoher Blüte brachte,

im Konsumvereinswesen war der genossenschaftliche Gedanke schärfer ausgeprägt als die Klassenkampfidee. Vielfach begegnet man in der konsumgenossenschaftlichen Literatur ausgreifenderen Ideen, etwa daß aus den Vereinen Zellkerne einer genossenschaftlichen Durchorganisierung werden könnten, daß die großen Konsumvereinsverbände, wie sie sich bildeten, Produktionsmittelpunkte werden möchten, und daß man von dieser Seite her zu einer Sozialisierung gelangen würde. Allein dem Geiste nach bleiben auch die Konsumvereine Klassenorganisation. Sie sollten helfen, den Arbeiter als Konsumenten vom Druck der kapitalistischen Ordnung zu befreien. Die umfassende romantische Idee, alle Gruppen aller Produktionszweige als Genossen im Berufe und durch diesen in der Nationalwirtschaft zusammenzufassen, fiel doch außerhalb des konsumgenossenschaftlichen Gesichtskreises.

Die große Revolution des französischen Bürgertums war aus stürmischer, überfruchtbarer geistiger Bewegung hervorgebrochen. Nichts von solcher Schöpfergabe war um 1914 in Deutschland zu sehen. Im neudeutschen Kaiserreiche gab es Bienenfleiß der gelehrten Stände — in den allerletzten Jahrzehnten war auch da ein merkliches Verdunsten wahrzunehmen — großes Wachstum an naturwissenschaftlich-technischem Wissen und Können, aber sichtbares Erlahmen wahrer geistiger Produktivität. Man braucht die Jahre 1870 bis 1914 nur in Parallele zu den Jahren 1770 bis 1820 zu stellen, und alle neudeutsche Leistung, darunter hochachtbare Einzelforschung, versinkt im Schatten. Die Starre war am deutlichsten in allem staatspolitischen Denken wahrzunehmen, eine unmittelbare Wirkung der gedankenlosen Behäbigkeit, in die der stille, aber nachhaltige Druck des militärbureaukratischen Staates die intellektuellen Führer der Nation hineingedrängt hat. Die sterilisierende Kraft dieses von ihr in Wort und Schrift so befehdeten „Staates" erprobte sich auch an der Sozialdemokratie. Sie hat an der erlöschenden geistigen Schöpfergabe Neudeutschlands ihren vollen Anteil. Kein Unterschied darin zwischen ihr und der Bourgeoisie. In dieser geistigen Unbeweglichkeit verlor die Sozialdemokratie mehr und mehr die Tauglichkeit, den Mächten, von denen sie die Nation befreien wollte, Kapitalismus und Staat, ernsthaft

Abbruch zu tun. Sie stand in den letzten Jahren vollständig auf dem gleichen geistigen Untergrunde wie diese zwei Gewalten. Beide waren emporgestiegen als Zerstörer des mittelalterlich-freien Korporationslebens, waren von ihren Ursprüngen her rationalistisches Geistesgut. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ging in ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Betätigung nirgends über die rationalistische Einstellung von Individuum und Gesellschaft hinaus. Von solchem Standplatze her konnte sie den Gesellschaftsbau nicht erschüttern, umgekehrt, sie selbst geriet geistig tief und tiefer in den Bann der geltenden Ordnung. Ihre stramm zentralistische Organisation, der Geist des Parteilebens war nach dem Ebenbilde des „Staates". Die alte historische war stärker als die junge gesellschaftliche Macht. Mit stetig abnehmendem Widerstande sog die Arbeiterbewegung den materialistischen neudeutschen Geist in sich ein. Als auf die Jahre schwankenden Geschäftsganges der ungewöhnliche Aufschwung der deutschen Wirtschaft folgte, vollzog sich trotz des heilig gehaltenen revolutionären Programms in der politischen Taktik der Partei der Übergang zu einer weit links stehenden demokratischen Reformbewegung. Von ihrem romantischen Erbteil her, dem Marxismus, war nach dem Verbrausen der revolutionären Jugend der verhängnisvolle romantische Quietismus gegenüber dem Staat auch an ihr haften geblieben. Die marxistische Partei begnügte sich mehr und mehr, das Ergebnis der von ihrer Theorie behaupteten Bewegungsgesetze der Gesellschaft abzuwarten. In dieser Wartezeit wurde der Staat immer stärker. Alles verlor sich in Sozialpolitik. Diese aber, dafür sind Jahrzehnte englischer und deutscher Entwicklung Zeugnis, kräftigt die kapitalistische Welt und den Staat. Der alte Racker, der die vorangegangenen großen geistigen Strömungen, die rationalistisch-kritische Aufklärung, den Liberalismus, die Romantik, überstanden hatte, war im Begriff, auch über den marxistischen Sozialismus hinwegzugleiten. Vielleicht wäre die deutsche Sozialdemokratie, wenn die friedliche Entwicklung weiter gediehen wäre, bis zum Millerandismus gekommen, der ja im Grunde auch eine Art Überwindung des Sozialismus von oben her darstellt. 1914 war es noch nicht so weit; damals konnte der „Staat" noch in seiner alten preußisch-autoritären Strenge auf-

treten. Die Sozialdemokratie besaß nicht Stärke genug, den Staat zu zerstören. Moor konnte nur durch Moor bezwungen werden. Aus seinem Innern drohte dem Staat keine ernste Gefahr. Er mußte selbst Hand an sich legen, In der Entfesselung eines grausen Völkerschlachtens, in der Unbegreiflichkeit, vier Jahre Krieg zu führen, die männliche Bevölkerung bis auf die Neige auszuschöpfen, Frauen und Kinder der Auszehrung preiszugeben, hat der dynastische Militärstaat das Werk der Selbstzerstörung vollbracht.

V. ABSCHNITT

Romantischer Sozialismus

1. Kapitel

Segen und Tragik der deutschen Revolution

Der Einsturz der großen Militärmonarchien, Preußen-Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland, der Fall der Dynastien Hohenzollern, Habsburg und Romanow zählt unter die geschichtlichen Stürme, die neue Zeitalter menschlichen Lebens heraufführen. Eine Form organisierter Geselligkeit, ein Typus politischer Machtansammlung wurde endgültig zersprengt, der Jahrhunderte hindurch das Schicksal der neueren europäischen Nationen gewesen war. In diesen Völkern lebte eine schöpferische Kraft, fruchtbar gleich der wundervollen hellenischen Seele; sie hatten eine Großkultur von scharfer Eigenart und Fülle unter Blumenfülle hervorgebracht. In den schönen Jahreszeiten der Kultur waren die tragenden Nationen nicht frei. Ein öffentliches Wesen überdeckte sie, das Herrschsucht zu seiner Triebfeder, Verkrüppelung des Bürgers zu seinem Ziele hatte. Der eiserne Reifen umspannte nicht alle Völker gleich lange. Die glücklichen Engländer brachen ihn, ehe er ins Fleisch geschnitten hatte. Als die Franzosen sich ihm entwanden, hatte er lange genug gedrückt, um tiefe Spuren in den Gewohnheiten ihres gesamtnationalen Daseins und dessen äußeren Formen zu hinterlassen. Immerhin, sie retteten für sich und ihre romanischen Vettern den individuellen Menschen. Politisch blieben aber auch die befreiten westlichen Völker unter dem Zwange der Politik, die von den Militärstaaten der Mitte und des Ostens ausging. In diesem Teile Europas, wo die deutschen und slawischen Stämme hausten, begabt mit der ursprünglichen Kraft quellenden Sonderlebens, hatte der neueuropäische Staat mit seiner auf

dem Volke lastenden zivilen und soldatischen Bureaukratie und den regierenden Dynastien, die anders in die Welt sahen als die Bevölkerungen, die sie um sich gesammelt haben, über die Zeit hinaus geherrscht, die alle Wirkkräfte des europäischen Menschen hatte springen machen. Diese Riesenspinnennetze autoritärer politischer Anschauung konnten für den Gewaltzweck des Staates alles einfangen, was an Ideen, an wirtschaftlichen Gütern und technischen Wundern die ihnen untertanen Seelen gebaren. Sie konnten mit ihren Lebensäußerungen auch das Innerste der Menschen umspinnen und fesseln. Der Deutsche und der Russe waren im Gemüte anders als der aufrechte Mann des Westens. Die beiden Nationen, mit dem fülligsten Innenleben hatten einen Teil ihres Wesens in Knechtschaft an eine fremde Gewalt vergeben. Von beiden hat, trotz der barbarischen Form seiner Staatsautorität, der Russe mehr an seelischer Eigenart gerettet als der Deutsche. Ihm floß der religiöse Glaube, der Urborn innerer Freiheit — denn er zieht den Menschen vom Irdischen ab — noch reicher als dem Deutschen. Dieser kroch, schwer getroffen, aus den Trümmern hervor, als die Machtstaaten auf seinem Väterboden zusammengebrochen waren. Alle seine Schichten hatten Schaden an ihrer Seele genommen, weil sie zu lange vom „Staat" gegessen hatten. Am meisten die alten tüchtigen Landgeschlechter des Ostens, die völlig mit seinem herrschsüchtigen Wesen sich erfüllt hatten. Dann der Bürgersmann, der wirtschaftende und der intellektuelle, weil er, letzterer betrüblicherweise in seinen Kernelementen noch leidenschaftlicher als der erstere, sich dem Ordnungsstaate verschrieben hatte. Doch auch die Arbeiter, trotz ihrer schroffen Widerstandspartei, der Sozialdemokratie, waren in den Bann des Staates geraten. Ihre geistigen Kräfte hatten nicht gereicht, um dem ihrem Aufstiege hinderlichen Staatsapparate und seiner, alle fruchtbaren Befreiungsideen seltsam fälschenden Gedankenart eine bessere Idee und eine bessere Organisation entgegenzustellen, die Kopf und schaffende Hand im Volke versöhnte und verband. Der Fall einer Macht, wie der Militärmonarchien, muß einen tiefen Schnitt in die Völkerepopöe machen.

Das allgemeine Bewußtsein mag es noch nicht ganz erfassen, daß eine Wende eingetreten ist, daß der politische Unterbau, der

das soziale und individuelle Leben der Nation trägt, so völlig anders werden soll wie seit einigen Jahrhunderten nicht. Die geschichtliche Katastrophe kam zu plötzlich. Wie eine Improvisation mutet sie noch an, nicht durch verhängnisträchtige Vorzeichen angekündigt. Wie felsenfest schien die Macht des Staates vor dem Kriegsausbruch im deutschen Volke gegründet, wie gebietend seine Stellung in der Welt, trotz der fürchterlichen Mißgriffe seiner Diplomatie. Das Werden des Untergangs ursächlich zu erfassen, wird erst möglich sein, wenn die historischen Zeugnisse in aller Breite und in allen Verzweigungen dem forschenden Auge offen liegen. Einstweilen sieht es so aus, als ob der ungeheure Machtapparat sich mutwillig selbst in den Abgrund gestürzt habe. Wirklich gewinnt der unbefangene Leser aus den Dokumenten und Bekenntnissen über den Ursprung und Verlauf der Kriegsereignisse den peinlichen Eindruck, daß, seit es Kabinette und Monarchen gab, noch nie so toll unüberlegt der Friede preisgegeben wurde wie in Wien, Petersburg und Berlin von den Herrschern und von ihren diplomatischen und militärischen Beratern. Wie stümperhaft dies alles, gegenüber der Finesse, mit der die berüchtigten Kabinettskriege eingefädelt und mitten im Kampfe Friede und künftige Konstellationen vorbereitet wurden. Die vollgestopfte Galerie von Unzulänglichkeit, Leichtfertigkeit und Hilflosigkeit, in die die Enthüllungsliteratur schauen läßt, gibt freilich wohl schon einen ersten Fingerzeig, wo nach den Wurzeln des Unterganges von Gewalten zu graben ist, die scheinbar im vollen Saft gestanden waren. Nicht die Statistik der Gegenstände und Bevölkerungsmassen, sondern das warme Leuchten im lebendigen Bewußtsein jedes einzelnen ist und macht das Völkerschicksal. Es wird kein Zufall sein, daß die letzten Vertreter aller Dynastengeschlechter von der obersten Fähigkeit der Monarchen: regieren zu können so wenig besaßen, daß unter ihren Beratern kaum ein vollwertiger Staatsmann, unter ihren Generalen kaum einer war, der das Wagnis des Krieges voll übersah. Friedrich Wilhelm III., wie reich an Köpfen war seine Umgebung; der kleinbrüstige Habsburger Franz II., wie viel Tüchtigkeit stand um seinen Thron, von den Erbauern des Deutschen Reiches nicht zu reden. Damals lebte der deutsche Schöpfergeist oder wenigstens noch

seine erzieherische Kraft. Es kann wohl nicht anders denn als Anzeichen inneren Verdorrens gedeutet werden, wenn ein Regime keine Menschen mehr zu zeugen und um sich zu sammeln vermag, wenn in langen Jahrzehnten eine Auslese der Farblosigkeiten stattfindet und in den entscheidenden Augenblicken Köpfe fehlen, wie sie die Zeit verlangt. Als der Krieg sich vorbereitete, als er über Nacht einbrach, spiegelte der Stab leitender und mitratender Männer die geistige Vertorfung und die Leichtherzigkeit gegenüber der Wahrheit wider, in die der bureaukratisch-militärische Staat, selbstzufrieden mit seinen technischen Findigkeiten, bar verständnisvoller Liebe für das Naiv-Freudige im Drange des Volkes nach Selbstbetätigung mehrere stetig verarmende Geschlechter einer Nation hineinregiert hatte — und Mangel an geistiger Zeugergabe war die Schwäche des deutschen Volkes nie gewesen.

Die deutsche Revolution ist die historisch gesegneteste, aber auch die tragischeste unter den Erhebungen der neueren Völker wider den dynastischen Militärstaat, wie er die eigenartige Regierungsorganisation war, die sich in Europa auf dem Scherbenberge mittelalterlich freien und bunten Volkslebens erhoben hatte. Die gesegneteste, denn sie kam am Ende und durfte die letzten gewaltigen Mauern des Trutzturmes wegräumen. Die tragischeste, denn sie kam zu einer Abendstunde der deutschen Volkstage, da kein ideenfieberndes, von dem brodelnden Innern zu schaffender Tat getriebenes Geschlecht da war, das Erbe der niedergegangenen Gewalten anzutreten. Die englische Revolution war noch im Feuer des religiösen Ringens, der Absolutismus hatte noch wenig von der ursprünglichen politischen Verfassung zerstört; ein übermächtiger seelischer Antrieb hatte da eine verhältnismäßig leichte Arbeit zu bewältigen. Aristokratie und städtisches Patriziat, die damals die selbstverwaltende Nation verkörperten, lebten noch in der Überlieferung und wußten, wo und wie Vergangenheit mit Zukunft zu verknüpfen. Die französische Umwälzung war von einer hochgestimmten Ideenströmung getragen, die alle Schichten der Nation, auch die altprivilegierten bezauberte. Die gesellschaftlichen Reformideen, wie sie sich aus der Kritik der Aufklärungsliteratur am absolutistisch-merkantilistischen Polizeistaat geformt hatten, wuchsen

in Anlehnung an englische Einrichtungen aus dem geistigen Boden des Bürgertums heraus. Dieses selbst, der starke Träger der Bewegung, war durch seine ökonomische Stellung in der nationalen Wirtschaft vorbereitet, die Führung in der neuen Ordnung zu übernehmen. Individualistisch in seinem Denken, ging sein Bedürfnis nach einem öffentlichen Wesen, das den Bürger möglichst wenig in Geschäft, Heim und Geselligkeit genierte. Hiezu genügte ein nach technischer Zweckmäßigkeit gestalteter, lediglich politisch-administrativ tätiger Apparat. Die französischen Staatsdenker hatten alle Spielarten politischen Lebens in einer vom Absolutismus befreiten bürgerlichen Gesellschaft vorgedacht, vom Bourgeoisparlamentarismus, der aus der Nation nur die Besitzenden als Vollbürger behandelte, bis zur Demokratie, die dem allgemeinen Stimmrecht die letzten Entscheidungen anheimgab. Ein Geist, der individualistisch-rationalistische, durchzog alle, die geistigen Führer und die bürgerliche Gefolgschaft. Es war eine ungebrochene Welt, die sich mit naivem Selbstvertrauen an die Stelle der gestürzten setzen durfte. Einig war die Politik der Aufklärungsliteratur und die Revolution auch mit der Wirtschaft ihrer Zeit. Der Frühkapitalismus wollte von obrigkeitlicher Hilfe und Kontrolle nichts spüren. Sein Träger war dieselbe Bürgerschaft, deren Mitglieder sich auch als Individuen vom Staate freimachen wollten. Sie waren mit einer nach technisch-rationalistischen Zwecken aufgebauten Volkswirtschaft zufrieden, deren Ziel höchster Ertrag sein sollte. Diesem sachlichen, seelenlosen Wirtschaften brachte der Unternehmer sein menschliches Teil zum Opfer, er wollte darum auch, daß der Arbeiter sich ihm füge. Ein kraftvolles wirtschaftlich-politisches Ideengefälle, in sich gerundet und in dieser Einheit eindrucksvoll wie seit der kirchlich-papalen Lehre keine — nur daß diese von der Autorität, jene von der individuellen Freiheit ausging — flutete die Lehre von den Menschen- und Bürgerrechten, der liberale, später politisch-demokratische Gedanke durch das folgende Jahrhundert. Er war noch immer das einzig handliche geistige Gepäck, das die deutsche Revolution zur Verfügung hatte, als sie das militärische Kaisertum der Hohenzollern ablöste.

Aber wie fremd blickten die Ideen von 1789 auf die historische Aufgabe von 1918. In den deutschen „Staat" waren jene

mehr als hundert Jahre wirtschaftlichen und sozialen Lebens hineingewachsen, denen die Revolution der Aufklärung Bahn gemacht hatte. Was der Steigerung materiellen Wohlseins und dem primitiven Behagen des Individuums aus der Herrschaft jenes politischen und wirtschaftlichen Rationalismus an Früchten reifen konnte, war auch auf deutschem Boden aufgegangen. Die ökonomische und zivilisatorische Wirkung, die der Sturz des alten Staatsapparates in Frankreich erzielen sollte, war vorweggenommen, als das geistesverwandte alte Regime in Deutschland hinfiel. Die Aufrichtung der politischen Demokratie konnte keine Umgestaltung einleiten, die auch nur kleinermaßen in Verhältnis zu dem großen zeitgenössischen Geschehnis stand, daß ein Gebirgsstock an Macht, der mit seinem Werden und Gebieten fast ein halbes Jahrtausend der nationalen Geschichte besessen hatte, zerpulvert war. Die Klasse, die die Empörung gegen die Militärmonarchie getragen hatte und nun zur entscheidenden Tat aufgerufen war, die industriellen Lohnarbeiter, hatte an einen Sieg ihrer Idee, des Sozialismus, auch andere Erwartungen geknüpft, als daß Deutschland nach seiner Umwälzung eben eine Deutsch sprechende französische Demokratie sein würde. Eine breite Schicht des Volkes, die sich als die revolutionärste in der Geschichte der Nation fühlte, die es ihrem Endziel nach auch war, als Triumphatorin hier — dort der „Staat", der alle geschichtlichen Machtquellen, Militär, herrschaftliche Verwaltungsordnung, Finanzhoheit über ein reiches Volk, der große Zweige aus dem unbegrenzten wirtschaftlichen Reiche einer technisch vollendeten kapitalistischen Welt in seiner Hand hielt, der überdies das Vertrauen und die tätige Hilfe der großen und kleinen Unternehmer, der Herren über die industrielle Maschinerie genoß, zu Boden geschmettert, als hätte Jupiter sein ganzes Blitzbündel gegen ihn geschleudert! Aus solcher geschichtlichen Vorbedingung sollte nichts hervorgehen als eine neue Ausgabe der vielfach schon aufgelegten bürgerlich-demokratischen Verfassung? Diese Demokratie war in einem Tage verwirklicht. Sollte damit der historischen Notwendigkeit Genüge geschehen sein? Diese Frage flog der sozialdemokratischen Partei von ihren langjährigen Anhängern entgegen, aber auch von Hunderttausenden deutscher Seelen, die tief erschüttert aus den finsteren

Hallen des vierjährigen Krieges herausgekommen waren. Die Sozialdemokratie hatte zunächst keine Antwort. Sie stand mit brennendem Willen vor einer Aufgabe, deren Größe sie fühlte, vor der jedoch ihr Ideenvorrat versagte. Denn sie war mit ihrer Ausrüstung noch immer in der Aufklärung, also auf einer Linie des nationalen Geisteslebens, die seit anderthalb Jahrhunderten von einem Geschwader tieferer, kühnerer Ideen überflogen war.

Auch der wirtschaftlich-soziale Zustand der deutschen Gesellschaft forderte anderes als eine Kopie der politischen Demokratie. Nicht mehr der Frühkapitalismus, dem noch ein möglichst schwacher Staat recht war, herrschte vor, sondern der Kapitalismus auf der Höhe seiner Ausbildung, der von der Staatsfeindschaft zur Anlehnung an eine starke Staatsgewalt übergegangen war. Längst war ein wirtschaftlich-politisches System durchgebrochen, das man treffend Neomerkantilismus nannte, weil es, wie in der absolutistisch-merkantilistischen Periode, die Staatsmacht als Stütze des industriell-kapitalistischen Monopoldranges verlangte. Der Gewaltcharakter des expansiven Kapitalismus hatte so durchgeschlagen, daß dieser, in der Aufklärungszeit Freund der Freiheit und des Friedens, Prediger der ruhigen rein ökonomischen Entwicklung von Tausch und Markt, wieder der Knebelung des Wettbewerbes durch militärische Überwindung zuneigte. Die politische Demokratie, die das 18. Jahrhundert erdacht hat, beruhte auf der naiven Anschauung des wirtschaftlichen Laissez faire und der Harmonie der Interessen, wofern diese nur ungezwungen walten. Seither hatte die Demokratie als politische Form ihre Anpassungsfähigkeit an einen unduldsamen monopolistischen Kapitalismus bewiesen. Die dritte französische Republik, das Land des engherzigsten Hochschutzzolles und der Absperrung der Märkte, die Vereinigten Staaten, die Heimat der härtesten Unternehmerschichte, bieten Beispiele, daß auch die breitest gegründete politische Demokratie den wirtschaftlich mächtigen Volksgruppen kaum begrenzten Spielraum zur Durchsetzung ihrer Wünsche bietet. Alle neueren Demokratien sind individualistisch-rationalistischen Wesens. Sie ziehen ihren Daseinsgrund und die Anhänglichkeit der Bürger aus ihrer Fähigkeit, diesen das Verdienen, das Berechnen des geschäftlichen Erfolges und das Genießen des Erworbenen zu sichern. Das Interesse

an geordneten allgemeinen Zuständen führt in Demokratien, genau wie im Obrigkeitsstaat, die Bürgerschaft den Beherrschern der politischen Maschine zu. Die Mehrheit der Nation folgt hier den oberen Klassen, weil auch ihr bescheideneres Los, und gründe dieses sich auch nur auf bezahlte Arbeit, von öffentlicher Ordnung abhängt. Daß in der autoritären Monarchie die Ruhe durch einen über die Nation gesetzten Apparat aufrechterhalten wird, in einer Demokratie dieser Apparat unter dem Einflusse schmaler plutokratischer Kreise steht, die die Parteimaschinerie treiben, macht hier keinen Unterschied. Die Verbindung zwischen den politisch Herrschenden und den wirtschaftlich Leitenden knüpft sich immer wieder sehr bald. Dauernd kann die Entstehung des Bündnisses nur hintangehalten werden, wenn das Gemeinwesen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben der Nation den rationalistischen Individualismus nicht mehr anerkennt, wenn jene äußere Ordnung nicht mehr die politische Form dieses geistigen Zuges ist. In Deutschland hat der alte „Staat" die Funktion erfüllt, Heimstätte des Bundes von politischer und wirtschaftlicher Macht zu sein, weil er, selbst rationalistischen Ursprungs, im vereinzelten Bürger den Trieb des wirtschaftlichen Individualismus groß werden ließ, um von diesem in der Befriedigung des eigenen Herrschaftsdranges nicht behindert zu sein.

Kapitalismus, die grundsätzlichste Ausprägung des wirtschaftlichen Individualismus, und Absolutismus, der auch in der konstitutionellen Vermummung noch lebendige Kern des deutschen Gegenwartstaates, waren Jugendkameraden. Der spätere Marxismus, den die deutschen Arbeiterparteien bis zum Kriege bekannten, wollte beide zerstören. Er zielte auf Beseitigung der Kapitals- und Staatsherrschaft. War die Zeit erfüllt, so würde das Proletariat durch Eroberung der Staatsgewalt Oberhand über das Kapital gewinnen. Die Stunde sollte kommen, wenn die Arbeiterschaft für beide Aufgaben geschult und mächtig genug geworden sei. Befangen von seiner Geschichtstheorie, dem historischen Materialismus, nahm der Marxismus für die Zeit des proletarischen Sieges einen innerlich abbaureifen Kapitalismus an. Nicht bedacht war der geschichtliche Fall, daß der Staatsapparat in sich zusammenbrach, der Kapitalismus aber unerschüttert aufrecht stand. Unvoreingenommene politische Betrach-

tung der Geschichte, die das Kommen und Gehen von Herrschaften auf gleicher wirtschaftlicher Erde oft genug sieht, und offener Blick für die Wirklichkeit der Gegenwart, die eine steigende Kräftigung des Kapitalismus zeigte, hätten es nahe genug gelegt, einen solchen Fall vorzubedenken. Engels, der für den Militarismus ein schärferes Auge hatte, schilderte Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts mit ahnungsvoller Folgerichtigkeit, wie die Verheerungen eines Weltkrieges den Untergang der organisierten Staatsgewalten nach sich ziehen müßten. Wenn solch geschichtlicher Vorgang in der Ära kapitalistischen Hochstandes eintrat? Im November 1918 war das Ereignis da. Die gewaltige deutsche Staatsmacht war ein Trümmerhaufen. Die Stärke eines Kindes reichte hin, sich über sie zu erheben, geschweige die zusammengefaßte Energie einer in Millionen-Massen ruhenden Partei. Das Proletariat ergriff die Staatsgewalt. Niemand war ihm im Wege. Nun war die Probe auf die Hypothesen des wissenschaftlichen Sozialismus zu machen. Denn der Kapitalismus mußte mit dem Staate fallen, wenn Deutschland nicht aus einer kapitalistischen Militärmonarchie eine kapitalistische Demokratie werden, die geschichtliche Gelegenheit also ungenutzt vorübergehen sollte. Die Köpfe und Massen, die die formale, rein politische Demokratie verachteten, waren auf der richtigen sozialistischen Fährte.

Wie aber dem Kapitalismus zu Leibe gehen? Der Obrigkeitstaat war mit den Ideen des politischen Rationalismus zu schlagen, die Demokratie ist die vorgeschrittenere rationalistische Form. Der Kapitalismus wurde durch eine rationalistische Arbeiterbewegung nicht zurückgedrängt. Er war mit der Sozialdemokratie im gleichen Schritt aufgestiegen. Gewerkschaftspolitik, Konsumvereinspolitik, Sozialpolitik, eine politische Arbeiterpartei, die in den Staat hineinwuchs, waren Äußerungen individualistisch-rationalistischer Gesinnung im Lohnarbeiterstand. Sie taten dem Kapitalismus keinen Abbruch, verbreiterten vielmehr seine Grundlage und stützten ihn, indem sie eine zunehmende Zahl von Proletarierschichten mit der herrschenden Ordnung aussöhnten, verbürgerlichten. Als die Revolution kam, liefen diese Massen scharf in ihrem individualistischen Trab weiter. Das Lohnstreikfieber, die Erscheinungen von Syndikalismus waren nicht Sozia-

lismus, nicht ökonomisches Genossenschaftsfühlen, sondern brutaler Wirtschaftsegoismus. Auf Parteitagen anfangs des Jahrhunderts — 1904 gab es eine solche Debatte — war, angeregt durch Warnungen von Skeptikern, lebhaft gestritten worden, ob das Proletariat schon reif sei zur Übernahme der Leitung von Staat und Wirtschaft. Vertrauensselig rief ein Genosse von der Wasserkante, ob man zweifle, daß die Sozialdemokratie, wenn sie die Hamburg-Amerika-Linie in die Hand bekäme, nicht Leute genug fände, dieses Unternehmen zu führen. Selbst klügere Redner meinten, es handle sich hier einfach um eine Geldfrage. Viele Jahre später, als die Streikexzesse von 1919 tobten, war das Proletariat noch immer nicht „reif", die Produktion zu beherrschen. Die Massen waren für diese Aufgabe nicht erzogen worden. Reif wären Arbeiter und Gesellschaft für die Überwindung des Kapitalismus gewesen, wenn in die individualistische Wirtschaft Organisationen wären eingebaut worden, die das ökonomische Leben der Nation auf den Geist genossenschaftlichen Produzierens eingestellt, den Wettbewerb durch überlegenen Kraftausgleich in den Betriebszweigen ersetzt, das Verhältnis von Unternehmer und Arbeiter von der Geldbasis losgetrennt und zu gemeinsamem Wirken im Berufe erhoben hätten. Die Organisationen mußten vorhanden sein und die erzieherische Wirkung auf die Arbeitenden aller Grade. Dann hätten auch die geistigen Schichten mitgetan. Ein solcher Aufbau lag der rationalistischen Geistesart fern, die die Sozialdemokratie mit dem Kapitalismus teilte. Er war in ihrer geistigen Struktur nicht angelegt. In der Parteiliteratur war ehemals viel mit dem Aperçu gearbeitet worden, die Fabrik führe die Arbeiterschaft dem kollektiven Fühlen zu. Schon Bernstein setzte dem entgegen, daß das Beisammensein der Körper im kollektivistischen Arbeitsprozesse die Seelen keineswegs dem genossenschaftlichen Betrieb näherbringe. Erziehung zur genossenschaftlichen Auffassung des Berufes und des Lebens hatte die Sozialdemokratie nicht leisten können. Sie dressierte ihre Angehörigen für das Zusammenwirken in Organisationen, aber diese drängten letztlich auf Verbesserung des individuellen Arbeiterdaseins hin, nicht auf eine körperschaftliche Neuordnung der Produktion, sie waren Kampf-, nicht Aufbauvereinigungen.

2. Kapitel

Orientierung nach unten

Die Revolution hat die Sozialdemokratie vor die Krise ihres zentralen Glaubensartikels, der Lehre vom Klassenkampf gestellt. Diese scheidet den rationalistischen Individualismus in der sozialistischen Lebensanschauung von wahrhaft genossenschaftlichem Begreifen und Ergreifen der nationalwirtschaftlichen Aufgabe des vierten Standes nach dem Falle des „Staates". Die deutsche Arbeiterschaft hatte sich jahrzehntelang das stolze Ziel gesetzt, die Nation von sich aus zu erneuern. Als die Revolution sie vor die Bewährung ihrer Kraft stellte, durfte sie von ihrer selbstgewählten Sendung nicht lassen. Denn die Empfindung der industriellen Massen, daß ihre Zeit da sei, war geschichtlich begründet. Nach dem Sturz des alten Staates ist die Zukunft des Volkes nicht anders als von unten her aufzubauen. Die englische Revolution gegen den Absolutismus, die keine Umwälzung, sondern eine geglückte Abwehr der vom unbeschränkten Königtum beabsichtigten Umstülpung war, hatte in den Ständen, in den beiden Häusern und in der lokalen Verwaltung, alle Elemente eines ruhigen Weiterwachsens auf gejätetem Boden. Die höheren Klassen, die in den kommenden Jahrhunderten die Nation sicher führten, blieben der Magnet, dem sich alle Schichten des Volkes zu orientierten. Aristokratie und Gentry gingen, als die nationale Wirtschaft das Bürgertum zum Aufstieg brachte, mit den industriellen und finanziellen Kreisen politische und Blutbündnisse ein. In den Machtbetrieb, der die Welt umspannte, wurde später allmählich die Arbeiterschaft in ihren konservativen gewerkschaftlichen Bestandteilen hineingezogen. Die Orientierung des sozialen und politischen Lebens ging dauernd nach oben. Auch die französische Nation hat die Orientierung nach oben beibehalten, ihre Revolution hat allerdings die damals herrschenden Gewalten des alten Regimes abgestoßen, die königliche Familie und jene aristokratischen Geschlechter, die am Hofe, in den Magistraturen und in der Armee die Fülle politischen Einflusses als Beauftragte der absoluten Macht geteilt haben. Aber die Schichte, die nun nach den Wechselfällen der Revolu-

tion und dem Zusammenbruch einer kleinbürgerlichen Diktatur die Herrschaft in die Hand bekam, war das Großbürgertum mit seinen Intellektuellen, die Klasse, die wirtschaftlich und geistig das Rückgrat der Nation bildete. Das Gemeinwesen, das diese Volksgruppe leitete, ging überdies durch eine Militärdespotie hindurch, die eine straffe zentralistische Bureaukratie und die Kaders einer starken militärischen Organisation geschaffen hat. Das breite Fundament des neuen Frankreich war und blieb der Bauer, der, ein Fanatiker des Privatbesitzes, in der individualistisch-kapitalistischen Welt eine Sicherung seiner Lebensordnung sah und dieser mit seiner physischen Kraft stets zur Verfügung stand. Er blickte nach oben, ebenso wie der mittlere Bürger, dessen Ziel eine Altersrente aus erspartem Besitz und ein behagliches Privatdasein ist. So wenig Achtung der Franzose für die politische Maschinerie seines Gemeinwesens hat, ihre Autorität, ihr hierarchischer nach oben zugespitzter Bau blieb unerschüttert. Auch in der französischen Volksgemeinschaft ist der Magnet, der alle nationalen Kräfte an sich zieht, oben befestigt.

In der deutschen Militärmonarchie war die Orientierung nach oben historisch gegeben, nie gestört, im Gegenteil mit dem Wachsen der autoritären Staatsmacht immer gefestigter geworden. Hof, Militär, Bureaukratie, ein Kreis von Familien, die nach altem Brauch dem Monarchen die staatsleitenden Köpfe stellten, waren Mittelpunkt der Macht. An diesen lehnte und um diesen gruppierte sich die Überzahl der physischen und geistigen Kräfte des Volkes. Das Bürgertum hatte auch in der Zeit der Pseudokonstitution und in der Ära seiner wirtschaftlichen Hochstellung von sich aus keine machtbildende Kraft. Es hatte sich nach 1848 rasch zersetzt. Die Großbourgeoisie wurde von den alten Mächten gesellschaftlich rezipiert und politisch deren Helferin. Auch die bürgerliche Intelligenz, in Deutschland eine sehr selbständige Klasse, gab sich, soweit sie nicht überhaupt aus den seit je im Fürstendienst stehenden Beamten-, Offiziers- und Pastorengeschlechtern hervorging, den Staatsgewalten hin. Die mittleren und unteren Schichten des Bürgertums hatten keine Eignung, Zentrum politischer Orientierung zu werden. Sie waren einige Zeit nach dem Abfall des Großbürgertums machtlose politische Opposition. Dann splitterten sie auseinander. Ein Teil schloß

sich gewissen mit etwas oberflächlicher Schablonisierung „reaktionär" genannten, also nach oben orientierten Organisationen an. Diese „Mittelstandsbewegung" fuhr im Kielwasser der alten konservativen Mächte. An diese waren auch die Bauern angeschlossen; wie in Frankreich hielten sie zur Ordnung. Die zwei noch übrigen Klassen, Angestellte und Arbeiter, waren erst ein Produkt der neuen deutschen Wirtschaft. Von diesen hingen auch die Angestellten, die mittleren und kleineren Beamten von Staat, Gemeinden und öffentlichen Korporationen und das starke Heer der in Handel und Industrie Bediensteten den regierenden Schichten an. Alle diese mannigfach noch in sich zerteilten Gruppen des deutschen Volkskörpers waren nach oben orientiert. Grundsätzliche Opposition war nur die Lohnarbeiterschaft. Sie bildete eine Partei, die die bestehende Ordnung angriff. Die Sozialdemokratie schied ihre Anhänger nicht bloß politisch und sozial von den nach oben blickenden Volksschichten, sie glaubte sich auch im Besitz einer geschlossenen, von der bürgerlichen unterschiedenen Gesamtanschauung über das gesellschaftliche und einzelmenschliche Dasein.

Wäre der Sozialismus der deutschen Sozialdemokratie wirklich eine politisch, sozial, wirtschaftlich und ethisch eigenartig durchgebildete Lehre gewesen, so hätte die Partei noch im alten Staate größere Anziehungskraft üben müssen. Sie hätte etwas von der Unwiderstehlichkeit der Reformationsstimmung wecken können, hätte sie nur dem grobschlächtigen Materialismus und der Unwertigkeit des neudeutschen Lebens in der wilhelminischen Generation anderes entgegenstellen können als ihre rein aufs Agitatorisch-Taktische eingeschulte Politik, ihr Absehen auf eine lediglich materielle Besserstellung des Löhners und ihren platten aufklärerischen Materialismus, einen Ableger aus der Tiefzeit der deutschen Geisteskultur. So war sie machtlos gegen Staat und Kapitalismus gewesen, so fehlte ihr das erlösende Wort, als die Last eines deutschen Neuaufbaues auf ihre Schultern gelegt war.

Denn nach dem politischen Umsturze war die Arbeiterschaft die geschichtlich gegebene Anknüpfung für eine neue Orientierung der Nation. Die Orientierung nach der Spitze hatte das Volk ins Unglück gestürzt. In der großen Katastrophe war

jedoch auch in den oberen Rängen des gesellschaftlichen Baues kein Volksteil geblieben, der von sich aus das Werk der Zukunft hätte unternehmen können. Die frühere Machtstruktur war zerbrochen. Die starke Waffe des alten Regimes, die Armee war aufgerieben. Der militärische Aberglaube, dem die Nation in den jüngsten Generationen ergeben war, mußte weichen. Mit Dynastie und Armee verlor auch die alte Bureaukratie ihren Halt, das Großbürgertum und alle dem Staatsapparat vertrauenden breiteren Gruppen ihre Stütze. Der Staatssinn, die vom Nationalempfinden so grundverschiedene deutsche Eigenart, hatte einen tödlichen Stoß erhalten. Hunderttausende, die an die Herrschaft von oben geglaubt, sich ihr mindestens anbequemt hatten, waren frei für neue seelische Einstellungen. Wie bei den Revolutionen der Westvölker war die Klasse, die die Umwälzung vollstreckt hatte, der Kristallisationskern der neuen Gesellschaft. Die deutsche Revolution wies den Weg für eine Orientierung nach unten. Die Arbeiterklasse war bestimmt, der Magnet zu werden, um den sich alle sozialen Kräfte lagerten. Im ersten Anlauf zog die Arbeiterpartei wirklich zahllose Scharen an sich. Bei den ersten Wahlen liefen ihr vor allem die Angestellten, früher die Aftermieter der Staatsparteien, zu. Die Verstärkung durch diesen Teil des Volkes, dessen Bedeutung für Produktion und sozialen Aufbau noch immer im Wachsen ist, war wertvoll, noch wertvoller der Zustrom aus der Intelligenz. Der Ausgang der Wahlen von 1919 hatte die Sozialdemokratie zum Kern der Regierungsstruktur gemacht. Nun hing es von ihrem geistigen Fond, von ihrer Fähigkeit zu regieren ab, ob die angebahnte Orientierung nach unten stetig, ohne Rückschläge und im sicheren Tempo vorwärts gehen würde. Der Wille, sich in die mit der Macht verbundene Verantwortung zu setzen, war da. Ein gutes Vorzeichen. Die alte sozialdemokratische Partei, die überwiegende Zahl ihrer Köpfe erwiesen auch guten Blick für die Bedingungen dauernden Einflusses auf die innere Geschichte der Nation. Sie verband sich mit Zentrum und bürgerlichen Demokraten. Sie wußte um die ausschlaggebende Bedeutung des Kompromisses, der Anpassung an die politischen Wirklichkeiten. Die nunmehr lange genug ausgebildete Übung der Parlamente hat dem öffentlichen Bewußtsein den Erfahrungssatz eingeprägt, daß das Kom-

promiß das Lebenselement verfassungs- und parteimäßiger Politik sei. Schärfer gesehen, muß die Wahrheit jedoch anders lauten. Wohl greifen auch die oppositionellen, zur Macht strebenden Parteien häufig zum Ausgleich. Aber im gewöhnlichen Laufe ist ihre Taktik nicht das Kompromiß, sondern der rücksichtslose Vorstoß. Kompromisse werden ihnen jeweils von den Besitzern der Macht angeboten oder wenigstens nahegelegt. Für die Machthaber jedoch ist der Ausgleich, die kluge Versöhnlichkeit, das unerläßliche, das einzige Mittel, die Oberhand zu behalten. Wenn ein System sank, so war immer Mangel an Geschicklichkeit zum Kompromiß die Ursache. Die Sozialdemokraten besaßen praktisch die Anschmiegsamkeit, das Auge für den Ausgleich als Instrument in der Hand dessen, der politisch bauen will. Hinderlich ist ihrer Tatbereitheit jedoch die fehlerhafte Grundanlage ihrer Parteidoktrin. Sie wuchsen auf mit der Lehre vom Klassenkampf, mit der Theorie, daß der Aufstieg des Arbeitertums ein nie aussetzender erbitterter Krieg gegen den Kapitalismus, dessen Träger und Gefolge sei. Eine Partei, eine Volksgruppe aber, die der Nation eine neue Ordnung bringen will, muß nach allen Seiten hin anziehen. Sie kann nicht bei einem Dogma verharren, das nach allen Seiten abstößt. Die Revolution brachte die Krise der Klassenkampfideologie, die Krise des Marxismus, dessen Seele die Lehre vom Krieg zwischen Kapital und Arbeit ist.

3. Kapitel

Die Unzulänglichkeit der Klassenkampfidee

Die Krise trat mit dem ersten Revolutionstage ein. Der ideelle Inhalt der deutschen Revolution ist im tiefsten nichts als die Selbstwiderlegung des Marxismus und seiner Klassenkampflehre. Der geistige Verfall, die Verbrackung der Arbeiterbewegung im Deutschen Reich der Vorkriegszeit folgte der Ohnmacht des Marxismus, Herrschaftsstaat und Kapitalismus zu erschüttern.

Beide Gewalten wurden bei der einseitigen Klassenkampfstrategie der Sozialdemokratie robuster. Der politische Umsturz entblätterte nun auch die andere Hälfte des Marxismus. Der Klassenkampf hatte die Arbeiterschaft nicht zum Siege bringen können. Die Entwicklung verlief anders. Jetzt zeigte er sich auch unfähig, eine auf unmarxistischem Wege zur Höhe gelangte Arbeiterschaft in die sozialistische Ordnung hineinzuführen. In den Friedensjahrzehnten hatte die Klassenkampfpsychologie nicht verhindert, daß der sozialistische Gedanke in der behäbig gewordenen Sozialdemokratie seinen Purpur verlor. In den wilden revolutionären Monaten entfernte er die Arbeiter abermals von ihrem Endziele. Wäre der Klassenkampf die allein wirksame Triebkraft gewesen, so wären die deutschen Massen ein Jahr nach der Revolution dort gestanden, wo die ungarischen Sozialdemokraten in der gleichen Zeit hingeraten waren, in die Ohnmacht einer Partei, der das Rückgrat zerschlagen wurde. Jener Teil der deutschen Revolution, der nichts als Klassenkampf, der nichts als das Bestreben war, aus dem Lohnverhältnis heraus durch Streiks, Sabotage, passive Resistenz, Gewalttätigkeit gegen die Ordnung der Betriebe, durch Hervorrufung von allgemeinen Notständen den Kapitalismus zu überrennen, endete mit Streikmüdigkeit, Enttäuschung und Ermattung des Massengeistes, Rückkehr zur harten Arbeitsdisziplin des Akkordsystems und technischer Nothilfe. Die erfolgreiche Aufstellung einer „Streikbrecherorganisation", eines der kühnsten massenpsychologischen Experimente Noskes, war wie ein Symbol des inneren Niederbruches der Klassenkampfidee. Auf ihre Exzesse folgte rasch der Katzenjammer. Wären nicht die schwellkräftigen Keime neuer wirtschaftlich-sozialer Bindungen, die aus dem Instinkt der Selbsterhaltung der tief aufgeackerte Boden des revolutionierten Deutschland hervorgetrieben hat, wären nicht die seelischen und organisatorischen Ansätze, die von der Klassenkampfidee abbiegen, die aus der neuen Volksgesellschaft nicht ein tumulterfülltes Feld für Massen- und Dauerschlachten werden lassen wollen, hätte sich der antisoziale Individualismus des Klassenkampfes ohne Gegenwirkung austoben können — dann wäre vielleicht schon nach wenigen Monaten die deutsche Revolution eine Episode gewesen, eine vergrößerte photographische Repro-

duktion der Kommune von 1871, ein verzweifeltes Auflodern wilder Kräfte, die sich nach fesselloser Selbstzerstörung gebändigt der harten Faust eines deutschen Gallifet unterworfen hätten, der nur als das Vollstreckungsorgan des nackten Lebenswillens der Volksmillionen gehandelt hätte. Kräfte, die auf den restaurativen Gegenstoß lauerten, waren da, das zeigte der unselige Putsch der Herren von Kapp und General Lüttwitz.

Militarismus und Klassenkampf, beide Baalsdienst, Abfall von der sublimen Geistigkeit der deutschen Blütetage, beide eine Verengerung und Vergröberung der deutschen Seele, jener der oberen, dieser der unteren Massen, haben die Nation rund zwei Generationen beherrscht. Sie sind dem Deutschtum nicht eingeboren, wenn auch die studierten Verfechter des militärmonarchischen Geistes oben, die Marxisten unten ihre Ideen für naturwüchsig und der Gesellschaft organisch einwohnend erachteten. Aber sie haben lange genug gewirkt, um Geistesgewohnheit im Volke zu werden, sie haben auch zu so ausschließlicher Gewalt über die von ihnen Besessenen kommen können, daß sich, als ihre Gelegenheit aufschien, alle Schleusen ihrer unsozialen zerstörenden Natur öffneten. Der Krieg hat Barbarei gezüchtet, die deutschen Menschen, die durch ihn hindurchgingen, haben unheilbaren Schaden genommen. Die Verwilderung setzte sich fort, als die Revolution Hunderttausenden Macht in die Hand gab, deren Auswirkungen sie überschätzten, da sie nur aus einer Konjunktur herkam, die aber dauernde Veränderungen lediglich so weit hinterlassen konnte, als sie die Gesamtwirtschaft und die Gesamtnation vorwärts brachte. Die radikalen Streiter aber dachten, getreu ihrer Erziehung zum Kampf gegen die Unternehmungen, jeder einzelne nur an sich, an ihre Person, nicht einmal an die Klassengenossen in anderen Betriebszweigen. Die Ausstände der Kohlenarbeiter, die andere Proletarier um die Arbeit brachten, waren eine besonders krasse Ausschreitung des weitverbreiteten asozialen Verhaltens. In dieser vom Machtrausch der Massen durchsetzten Luft flammten eingeschlafene revolutionäre Theoreme zu Feuerbränden auf. Der Marxismus, in der Hand der Parteiexegeten mehr und mehr zu einem Handbuch sozialwirtschaftlicher Evolution geworden, erlebte mit eins eine Wandlung in seine Ursprünge zurück. Das Revolutionäre

aus seiner gärenden Jugendzeit, das bei Marx — trotz der Anpassung an das besonnenere Tempo einer ihren eigenwilligen Gang nehmenden Entwicklung, die er durch ein langes Stück Leben mitgehen konnte, und trotz der kühleren Temperatur, die naturgemäß seiner späteren gelehrten Forschung den Ton gibt — immer unter der Asche verborgen geblieben war, brach nun elementar hervor. Das Wunder von Ontogenie und Phylogenie wiederholte sich. Man sah den Marxismus in die Phasen seines Werdens zerfallen. Nebeneinander traten alle Spielarten der Lehre auf, die die Geschichte als ein Nacheinander gebracht hatte. Die Einheit der Sozialdemokratie, vor dem Kriege strenge gewahrt, hielt der Verschiedenheit der Temperamente, der intellektuellen Strukturen und der wirtschaftlich-politischen Schulung nicht stand. Der Klassenkampf, früher auf einem Soloinstrument geblasen, erscholl jetzt aus einem reichbesetzten, wilderregten Orchester, verschiedenartig moduliert.

Mit dem Heraushängen des roten Lappens erobere man keine politische Macht, hatte auf einem der bewegten Parteitage Frohme gerufen. Nach der Revolution, als die politische Macht in ehemals ungeahntem Umfange der Sozialdemokratie zugefallen war, wogten die roten Lappen plötzlich durch die Gassen. Die Kommunisten trugen sie voran, die Unabhängigen schwangen sie mit Eifer. Der Gewaltgedanke, die Idee, mit der Waffe in der Hand die Gesellschaft umzugestalten, in den Jahrzehnten, da der Staatsapparat stark war, allmählich eingeschlafen, war mit eins in Tausenden von Köpfen lebendig, als der Staat zertrümmert war, als es nicht galt zu erobern, sondern zu gestalten. Da es hiefür keine gedankliche Vorarbeit gab, der gemäßigte Marxismus dem nach Ungemeinem verlangenden Eifer kein Genüge tun konnte, der Haß gegen das Bestandene, das die Millionen in einem mehrjährigen Elendskriege rücksichtslos verbraucht hatte, nach Vergeltung schrie, wurde der Marxismus in seiner revolutionären Urform die führende Idee. Rußland hatte hiebei die Rolle des Zwischengastes übernommen, der dem auf heimischem Boden abgestorbenen Keim neue Virulenz gab. Deutschland hatte einst nach Rußland den bureaukratischen Absolutismus geliefert. Dort wurde er zugespitzt und wirkte dann vom Zarenhofe her als festeste Stütze des deutschen Militärstaates. So

rging es nun mit dem Marxismus. Lenin hatte den Extrakt us dem Marxschen Revolutionarismus abgezogen, diesen als ie wahre Gestalt des Marxismus theoretisch gelehrt und praksch in dem bolschewistischen Experiment erprobt. Das Manifest er Kommunistischen Internationale und die Richtlinien, die der loskauer Kongreß im März 1919 beschloß, sind bis auf die tilfärbung Kopien des Kommunistischen Manifestes. Sie schilern gleichsam fortsetzungsweise die Entwicklung des Kapiismus seit der Epoche, in der das Marxsche Dokument gechrieben wurde. Richtig wird festgestellt, daß der Kapitalismus ine Anarchie durch Organisation überwunden habe. Dann wird eilich der Weltkrieg etwas lapidar obenhin doch als eine hase der kapitalistischen Selbstzerstörung bezeichnet. Als Erebnis des Krieges täuscht Lenin seinen Anhängern folgendes Bild or: „Die alte kapitalistische Ordnung existiert nicht mehr, sie nn nicht mehr bestehen. Das Endresultat der kapitalistischen roduktionsweise ist das Chaos." „Chaos" ist aber nur in Rußnd entstanden, als der gradlinige Verlauf der Revolution durch en Putsch der Bolschewiken gestört wurde. Dieses „Chaos" ammt aus dem Garderobekasten des Frühmarxismus, ebenso ie das Rezept zu seiner Heilung, das die III. Internationale s geschichtliche Notwendigkeit bereit hat: die Diktatur des roletariats. Echt revolutionärer Marx der Jugendära ist dann ich das Diktum der III. Internationale: Der proletarische Staat t, wie jeder Staat, ein Unterdrückungsapparat. Als Weg zum ege in der „revolutionären" Epoche — der Terminus ist wieder uter junger Marx — wird dem Proletariat empfohlen: die ethode der Massenaktionen mit ihrem logischen Ende, dem rekten Zusammenstoß mit der bürgerlichen Staatsmaschine im ffenen Kampf, also die Requisite aus den politischen Revolutonen Frankreichs, aus denen der junge Marx seinen Revolunarismus abgeleitet hat. Der Ideenkreis, den die Moskauer ternationale mit der scharfen Dogmatik des russischen Inllekts entwickelt, ist auch Theorie der deutschen Kommunisten. etätigt wurde dieser Gedankengehalt in den blutigen Putschrsuchen, in den gefährlichen politischen Streiks, in hartnäckig wiederholten Versuchen, die Tarifverträge zu zerreißen, große Betriebszweige stillzulegen, um die Gärung und die revolutionäre

Stimmung zu erhalten, mit dem Endziele, das „Chaos“ über Deutschland zu bringen und so die Aufrichtung der Minderheitsdiktatur vorzubereiten. Und wie der radikale am radikaleren Revolutionär seinen Meister findet, erhob sich hinter dem Kommunismus alsbald eine schärfere Spielart, die „Kommunistische Arbeiterpartei“. Ihr Kopf, Heinrich Lauffenberg, schwelgt im militärischen Revolutionarismus, wollte neuen Krieg anstatt des Versailler Friedens. Ein nachgeborener Marx dichtet er in Revolutionen und erspiegelt Bedingungen mutmaßlicher weltgeschichtlicher Läufe. Seine gespenstischen Phantasien wanderten in den hellichten Tag, als die moralische Zersetzung in einem Teil des Offizierkorps eine Kondottierestimmung wachrief. Da fanden sich im „Nationalbolschewismus“ wildrabiate Kommunisten, deren Augen nur an der Roten Sowjetarmee hingen, mit Soldatenfiguren, die aus dem 17. Jahrhundert hereinragend, das Waffenhandwerk auch nach dem langen Kriege weitertreiben wollten. Der russische Bolschewismus zieht seine Kraft nicht aus der Arbeiterschaft, die mit der fortschreitenden Zerstörung der Industrie immer mehr zusammenschmolz. Er erhält sich, weil er die Bauernschaft hinter sich gebracht hat, die er zu Eigentümern des Großgrundbesitzerbodens machte. Wenn seine Uhr abgelaufen sein wird, dürfte er Rußland als einen gewaltigen Bauernstaat hinterlassen, demnach als ein Gemeinwesen mit stärkster Verankerung des Privateigentums und mit grundsätzlich konservativer Staatsseele, ein Frankreich in den Ausmaßen eines Kontinents. In Deutschland hat der Putschismus mitten im vorstürmenden Drange des Revolutionsjahres die Folgen gezeitigt, die jede sinnwidrige Störung einer ins Gleis strebenden Entwicklung immer nach sich gezogen hat: Die Ordnungsinstinkte bäumten sich auf. Der Pendel schlug stark nach rechts aus. Der Anlauf der Arbeiterschaft zur Höhe eines politisch und wirtschaftlich bestimmenden Teiles der Nation wurde gehemmt, Rückschlägen der Weg geöffnet. Gäbe es außer den Kommunisten keine andere sozialistische Schattierung, so wäre das Ergebnis der deutschen Revolution sehr bald wirtschaftlich-sozial eine Kräftigung des Kapitalismus, politisch eine konservative Staatsordnung unter Erhaltung breiter Bestandstücke der Militärmonarchie; dem gegenüber die Arbeiterschaft in zunächst

hoffnungsloser Opposition, eine Analogie zum Schicksal des französischen Proletariats nach 1848. Der Klassenkampf als Kreisel in eifriger Selbstumdrehung.

Einen ähnlichen Ablauf würde die deutsche Revolution nehmen, wenn die Unabhängigen die entscheidende Gewalt in die Hände bekämen — vorausgesetzt, daß sie, irgendwie in den Besitz der Herrschaft oder zur Teilhabe an der Macht und Verantwortung gelangt, sich nicht mausern würden. Ihr rechter Flügel verrät innere Bereitschaft für solche Läuterung, die eine Notwendigkeit der nationalen und der Arbeiterpolitik zugleich ist. Die U. S. P. D. lebt ja seit dem Novemberumsturz in ständiger innerer Unruhe. Sie hat in kurzer Zeit jähe Wandlungen durchgemacht. Ihre Anhängerschaft hat sich in den Wirren des ersten Revolutionsjahres vermehrt. Die mangelnde seelische Vorbereitung der sozialdemokratischen Führer und Massen für die geschichtliche Aufgabe, an der Stelle der vom Militarismus zerstörten Ordnung eine neue aufzurichten, hat große Scharen der Arbeiterschaft für radikale Überspannung des Klassenegoismus empfänglich gemacht, die tatsächliche Not, Arbeitslosigkeit und Teuerung taten das Ihre. Von vorne ab standen die neu zum Sozialismus gestoßenen Volksteile dem Radikalismus offen, sie waren ja durch ihre erbitterte, alles Alte hassende Stimmung der Sozialdemokratie zugeführt worden. Die radikale Woge kam den Unabhängigen zustatten, als die Mehrheitssozialisten die Macht ausübten. Die Anziehung, die die U. S. P. D. auf den radikalisierten Teil des Proletariats übte, hat die Partei selbst nach links geschoben. Ihre theoretische Ausgangsstellung war nach ihrer Meinung der reine strenge Marxismus. Die Haltung der Mehrheitssozialisten gilt den Unabhängigen als Abfall von den Grundlehren des Meisters. Reformsozialismus nannte sie jene. Da vor dem Kriege innerhalb der Partei erhebliche Verschiedenheiten der Auffassung nicht bestanden, der alte Revisionismusstreit praktisch keine Bedeutung hatte, die gesamte Sozialdemokratie geschlossen Politik machte, so konnte die nach der Revolution eingetretene Scheidung nicht eine Fortsetzung irgendwelcher Meinungskämpfe aus der Zeit vor dem 1. August 1914 sein. Der während des Krieges entstandene Konflikt über die Genehmigung der Kredite und die großen

Kriegs- und Friedensfragen war mit dem Zusammenbruche Vergangenheit geworden. Die Unabhängigen vereinigten sich denn auch, wie es der Augenblick forderte, mit den Mehrheitssozialisten zu gemeinsamer Arbeit an der Überleitung der Revolution in die künftige Ordnung. Die neue Scheidung entstammte erst der Beurteilung der Revolution. Soll die Gestaltung der Zukunft der konstituierenden Nationalversammlung, also dem streng legalen Apparat, anheimgestellt werden? Diese Auslegung schien den Mehrheitssozialisten die marxistische zu sein. Oder soll das Proletariat im Stande der Revolution bleiben, seine politische Macht über die Verwaltung im Dienste seines Klassenkampfes gegen den Kapitalismus benützen und durch revolutionäre Schöpfungen diese Macht zur dauernden gestalten? Nach der Meinung der Unabhängigen war dies die Folgerung aus der marxistischen Lehre. Es waren, wie ersichtlich, zwei Arten Marxismus, geschichtlich betrachtet, zwei Phasen der Lehre. Die Unabhängigen griffen auf einen ursprünglicheren Stand zurück, die Mehrheitssozialisten bauten auf der Evolution gewordenen Erscheinungsform des epigonischen Marxismus der Vorkriegsjahre weiter. Kein Zweifel, daß die Unabhängigen sich mit größerem Recht auf Karl Marx beriefen. Marx hat die Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht als pure Evolution gesehen. Vor seiner geschichtlichen Phantasie standen revolutionäre Erschütterungen am Eingange der sozialistischen Ära der Gesellschaft. Dem Meister hätte das revolutionäre Herz stürmisch geschlagen, hätte er die deutsche Revolution mitgemacht. Er kannte die Räte als Instrument von Massenaktionen, fortgesetztem revolutionären Klassenkampf noch nicht. Aber Massenkämpfe, politische Streiks großen Stiles, Weitertreiben der Revolution, so hatte die Eroberung der Macht, die Aufrichtung der Herrschaft des Proletariats auch in seiner Seele gelebt. Einmal im Stande der Revolution, hätte der Revolutionär Marx nicht bei der Einberufung der Konstituante haltgemacht. In seinem Geiste ist es gewiß gedacht, daß die mächtig angewachsene Arbeiterbewegung, wenn ihr keine überstarke Staatsgewalt mehr gegenübersteht, zur Geburtshilfe mit der Zange schreitet. Das Zwiespältige in der Politik der U. S. P. D. ist unmittelbarer Ausdruck ihres Marxismus: in Revolutionszeiten revolutionär.

Die Schwäche der Unabhängigen wieder fließt unmittelbar aus der Unzulänglichkeit der marxistischen Klassenkampflehre, die den Arbeitern nichts darüber sagte, wie sich politische Macht des Proletariats in einem Stadium der Entwicklung auszuwirken habe, das die Überführung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft noch nicht gestattet. Die Klärung der Geister in der U. S. P. D. ist noch nicht am Ende. Der Gärungsprozeß wird in gleicher Linie mit der Entwicklung der marxistischen Krise laufen. Je heller in den — erhofften — Jahren des deutschen Wiederaufstieges dem Arbeitervolke seine Aufgabe in einem der Genossenschaftlichkeit zustrebenden Gemeinwesen wird, desto besonnener werden sich die Unabhängigen der Pflicht nähern müssen, die jeder Partei des deutschen Aufbaues gestellt ist. Der rechte Flügel der Partei harrt noch seiner Zukunft.

Klassischer noch als in Deutschland, wo die Unabhängigen in die Opposition übergingen, sprach sich das Schillern des Marxismus in Österreich aus. Die geistigen Führer der österreichischen Sozialdemokratie rechnen sich zu den Marxisten guten Stils, sie haben ihre Grundsätze in der Regierung der kleinen Republik betätigt. Die Bourgeoisie war dort durch den Zusammenbruch der alten Monarchie politisch geworfen. Der Unternehmer ging mit der Teilung des alten Österreich zum überwiegenden Teil in die Tschechoslowakei. Zurückblieb eine verhältnismäßig dünne Schichte von Fabrikanten, die machtlose und gar nicht machteifrige Wiener Kaufmannschaft — der Handel stellt nirgends die Eisenträger des bourgeoisen Baues — endlich die wenigen Großbanken. Politisch war das Großbürgertum nullifiziert. Arbeiter und Bauern Herren über den Bürger, so lautete die politische Losung der regierenden Sozialdemokraten. Die Arbeiter beherrschten das Parlament, sie hatten in der Volkswehr die bewaffnete Macht. Ohne Widerstand legten sie durch die Gesetzgebung der Bourgeoisie die Lasten der Arbeitslosenfürsorge auf, führten Sozialreformen im weitesten Umfange ein, schufen Sozialisierungsgesetze weit über den in Deutschland durchsetzbaren Rahmen. Die österreichische Bourgeoisie hatte keinen Widerstand. Sie existierte als Klasse nicht. Wo war da noch Raum für Klassenkampf? Gleichwohl blieb dieser das sorgfältig heißgehaltene Eisen, mit dem die österreichischen

Sozialdemokraten agitierten und fochten. Wie die kommunistische Literatur in Rußland und Deutschland die Züge des Kommunistischen Manifests, so trägt die sozialdemokratische Literatur in Österreich die des reiferen Marxismus. Wenn jene ursprünglich klingt, diese gekünstelt, so darum, weil die radikalen Revolutionäre von 1919 so echtbürtig revolutionär sind, wie der Marx von 1847 es war, während die durch das Marxsche Dogmenlabyrinth der späteren Zeit Gewanderten die zwei Gesichtshälften des Marxismus in gleichzeitigem Muskelspiel vorwiesen. Sie waren demokratische Gesetzgeber und Verwalter und in einem auch Wortführer der von der Demokratie wegstrebenden Arbeiterräte.

In eine runde Theorie hat Max Adler, ein Wortführer der österreichischen Marxisten in seiner Flugschrift „Demokratie und Rätesystem" den nachrevolutionären Marxismus gebracht. Der geistreiche, aber durchaus dogmatische Kopf geht in die Tiefe des Problems. Er scheidet zwei Arten Demokratie, die bürgerliche und die soziale. Zu dieser zweiten führe nur der Weg des revolutionären sozialistischen Klassenkampfes. Das Proletariat leugnet, daß die Idee der Selbstbestimmung des Volkes durch die überlieferten Formen der Demokratie im Klassenstaat erfüllbar sei. Wenn sich das Proletariat der staatlichen Gewalt — auch vielleicht durch außerparlamentarische Mittel — bemächtige und diese diktatorisch gegen die Bourgeoisie ausübe, so liege kein Widerspruch gegen die Demokratie vor. Denn die Klassenherrschaft des Proletariats werde nur aufgerichtet, um eine neue gesellschaftliche Organisation zu schaffen, in der es erst wirkliche Solidarität der Lebensinteressen aller gäbe. Diese Gedankengänge Max Adlers leiteten die russischen Bolschewiken, als sie die Konstituante auseinanderjagten. Sie wollten die bürgerliche durch eine „höhere Form" der Demokratie ersetzen. Max Adler stellt die Gleichheit der Ideengänge zwischen den Bolschewiken und der marxistischen Linken fest. Aber er lehnt den Terrorismus Lenins ab. Dieser fühlt sich als Vollstrecker des Kommunistischen Manifests. Der österreichische Marxist weiß für das gleiche Ziel: Demokratie, die Gleichberechtigung aller, mit Klassenherrschaft zu vereinigen, eine andere Form. Sie ist echt marxistischer Wuchs, ruhend auf der

Lehre, daß das Proletariat im Schoße des Kapitalismus als dessen Totengräber lebe. Sinn der Proletarierdiktatur, sagt Adler, sei Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschine und Aufrichtung der Klassenherrschaft. Dazu dienen die von der Revolution gezeugten Arbeiterräte. Sie sind die neue Form des sozialistischen Klassenkampfes. Die Räte genügten dieser Forderung aber nur, wenn sie zugleich Ausdruck der künftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung seien, wenn sie das Entwicklungsmoment repräsentieren. Dies würde am besten gesichert durch Beschränkung des Wahlrechtes zu den Räten. Die aktive Stimmberechtigung setze das Bekenntnis zum Sozialismus voraus, und zwar „im Sinne einer radikalen Überwindung der Klassenspaltung (natürlich durch Klassenkampf), nicht in dem einer reformistischen Umgestaltung und Ausgleichung derselben." Die Räte wären so die Sammelkaders für die Arbeitssoldaten der neuen Gesellschaft. Die Diktatur des in den Räten organisierten, sozialistischen werktätigen Volkes liege dann darin, daß an seinen Beschlüssen keiner teilhat, der nicht auf sozialistischem Boden steht. Für diese anderen Volksteile soll in der Übergangszeit die demokratische Nationalversammlung bestehen bleiben. Der Schwerpunkt aber — und das ist die Adlersche Form der Diktatur — sei in den Zentralrat der Arbeiterräte zu legen als den Repräsentanten des einheitlichen Umwandlungswillens der Gesellschaft. Adler erklärt allerdings, daß neben seiner Idee die Verwirklichung der Proletarierdiktatur auch auf dem weniger komplizierten Weg einer sozialistischen Majorität im Parlament erfolgen könne. Aber auf alle Fälle würde eine solche Nebenordnung zweier grundsätzlich verschieden gearteter Vertretungskörper die Voraussetzung für die Diktatur des Proletariats schaffen, nämlich den revolutionären und reifen Willen zur Diktatur. Die von dem Jünger Marx' ersonnene Rätegestaltung wäre das, was der Meister grundsätzlich im Auge hatte, als er es für die unerläßliche Aufgabe der sozialistischen Parteien erklärte, die „Revolution permanent zu erhalten".

Es ist aufklärend, diesen Marxisten, der aus dem nie fallen gelassenen politisch-revolutionären Wesen des Systems heraus denkt, mit anderen Marxisten zu konfrontieren, welche in der

Demokratie den Weg zur Erfüllung des Sozialismus erblicken. Karl Kautsky zählt zu diesen. Seine Polemiken gegen den russischen Bolschewismus verfechten durchaus die Auffassung, daß der Sozialismus dort, wo Demokratie herrsche, auf demokratischem Wege verwirklicht werden könne und solle. Gegen den „höheren" Typus der Demokratie sagt Kautsky, unter Demokratie habe man bisher die Gleichheit der politischen Rechte aller Staatsbürger verstanden. Eine Scheidung der Bürger in solche besseren und minderen Rechts, je nach ihrem Bekenntnis zum Sozialismus, verwirft der Sozialdemokrat ebenso wie die völlige Rechtloserklärung eines Teiles der Nation, die in der russischen Sowjetrepublik rechtens ist. Völlig lehnt Kautsky die Diktatur als dauernde Regierungsform ab. Dasselbe muß wohl für die Kryptodiktatur eines nach Max Adler aufgebauten Rätesystems gelten. Kautsky stellt schließlich fest, daß am Grundsatz der allgemeinen Demokratie das gesamte deutsche und internationale Proletariat hänge. Dieses werde jeden Gedanken daran entrüstet zurückweisen, seine Herrschaft mit der Bildung einer neuen privilegierten Klasse und einer neuen entrechteten Klasse zu beginnen. Hier trägt Kautsky die evolutionistische Seite der Marxschen Lehre vor. Soweit es die praktische Politik des Proletariats anlangt, steckt in Karl Marx jedoch der Revolutionarismus ebenso tief wie der geschichtlich-theoretische Evolutionismus.

Die Österreicher, die trotz Besitzes der politischen Macht den revolutionären Klassenkampf nicht ruhen lassen, und die Unabhängigen, die ihn in der Opposition weiterführen, nennen sich jedenfalls mit vollem Fug Marxisten. In Wien hat die Zwiespältigkeit der führenden Marxisten die Sozialdemokratie schon nach wenigen Monaten trotz Fortdauer der Regierungskoalition mit den Christlichsozialen in den Stand der Verteidigung gedrängt. Die Unabhängigen haben sich mit ihrem linken Flügel in der gleichen Frist zwangsgemäß den Kommunisten angenähert. Diese Häutung war schon in den ersten Revolutionswochen vorbereitet, als sie ihre Führer aus der sozialistischen Regierung abberiefen. Sie mußten dann Schritt für Schritt weiter, weil sie den Übergang von der revolutionären Klassenkampfidee marxistischen Schlages zu einer neuen Gangart nicht finden konnten.

Crispien und Däumig auf dem Leipziger Parteitag im Dezember 1919 sprachen für ein Programm, das aus den Grundsätzen der III. Internationale herausgeschnitten ist. Crispien verkündete, die Partei stünde nach wie vor auf dem Boden des wissenschaftlichen marxistischen Sozialismus. Es war aber nicht mehr der Marxismus des „Kapital" und des alten Engels, sondern der jüngere Marxismus des Kommunistischen Manifests. Die Preisreden zu Ehren der revolutionären Massenaktion, die über die Organisation gestellt wird, sind der ganze Marxsche Revolutionarismus. Die gewaltsamen Streikunternehmungen, wie der mißglückte Metallarbeiterausstand, die Feindseligkeit gegen die Arbeitsgemeinschaften der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, die — wie in der Frühzeit der Sozialdemokratie die Tarifverträge — als Schädlinge am revolutionären Elan verdammt werden, zeigen in der U. S. P. D. die Denkweise lebendig, die die deutsche Gesamtpartei in ihren Anfängen durchdrang, als sie sich gegen den Militärstaat durchzusetzen hatte, sonach den Marxismus noch in alter Frische als revolutionäre Klassenkampflehre empfand. Nur, daß die geschichtliche Aufgabe einer sozialistischen Partei heute nicht mehr Predigt des Klassenkampfes sein kann wie in der Hochblüte des Militärstaates. Jetzt ist die Umgestaltung der kapitalistischen Ordnung unter entscheidender Mitwirkung der Arbeiterschaft zu vollziehen. Da sind die Methoden und Organisationen des Klassenkampfes, der sich mit dem Kapitalismus in der gleichen individualistisch-rationalistischen Geistesart trifft, aus der Zeit gefallen. Die radikalen Unabhängigen nehmen im Strome der sozialistischen Bewegung eine ähnliche Stellung ein wie im 4. Jahrhundert die Donatisten innerhalb des Altchristentums. Sie sind die Schismatiker, die den fanatischen Eifer gegen Staat und Welt zu einer Zeit fortsetzten, da die katholische Kirche sich schon auf die Stellung der Staatskirche und auf ihr Hineinwachsen in den römischen Kaiserstaat, diesen Greuel der kämpfenden und leidenden Christengenerationen einrichtet. Im Donatismus grübelte noch etwas vom urchristlichen Welthasse, der römische Bischof streckte bereits die Hand nach der Leitung der civitas dei aus, der Herrschaft der Kirche über die Erde, die der heilige Augustinus schaute. Die Revolution als fortgesetzter Klassenkampf konnte

in Deutschland nicht einmal zu dem vorübergehenden Triumphe des Diktaturgedankens kommen wie im russischen Bauernland. Die U. S. P. D. trifft, das verrieten die Juniwahlen zum Reichstag, den Ton eines großen Teils im Arbeitervolk. Das stärkte zuförderst die radikale Gruppe. Sie konnte die Absage an den Reichskanzler Müller erwirken, der die Partei aufrief, in der Regierung die zeitgerechte, soziale und äußere Politik der Arbeiterklasse zu stärken. Dränge jedoch die Linke der U. S. P. D. aus irgendwelchem historischen Zufalle durch, könnte sie ohne Hemmungen als Mehrheit in einer rein sozialistischen Regierung schalten, so würde rascher Zusammenbruch die Antwort sein, die sozialistische Arbeiterschaft fände sich den Berg hinuntergeworfen.

Alle die in Berlin, Leipzig, Hamburg, München, Wien, Budapest mit dem Tage der Revolution den Tag der marxistischen Erfüllung aufdämmern sahen, trugen die Brillen Mirakels. Sie sahen Gesten und Farben des Lebens, wo Abgestorbenheit war. Der Sozialismus ist nach dem Sturze der letzten großen Militärmonarchien aufgerufen, in der Bauhütte der Zukunft nach seinen Visionen von einem genossenschaftlich gebundenen Gemeinwesen zu schaffen. Aber am Eingangstore in diese Zukunft wird der Marxismus, die Idee des notwendigen und in dieser Notwendigkeit zum Siege führenden Klassenkampfes zurückbleiben. Er ist verurteilt, abzusterben. Mit dem Anbruch der deutschen Revolution, mit dem Abschluß der politischen Auflehnungen gegen den militärischen Autoritätsstaat des neuen Europa biegt die Geschichte in die Ära der sozialen Umgestaltung und des Abbaues der großen kapitalistischen Wirtschaftsform ein. An der Wegecke bleibt der Marxismus liegen. Denn er ist nur das Spiegelbild, das der Kapitalismus geworfen hat. War dieser die zugespitzteste Form des rationalistisch-individualistischen Wirtschaftsdenkens auf der Unternehmerseite, so war die Marxsche Klassenkampflehre die feinstgeschliffene Form des rationalistisch-individualistischen Ressentiments auf der Arbeiterseite — um in der Sprache des Marxismus zu reden, ein Raufen um den Mehrwert. Genossenschaftliches Denken aber geht nicht vom Arbeitsprodukt aus, sondern vom Arbeitsprozeß selbst. Den Mehrwert vermag eine klassenkämpferische Arbeiterschaft

in gewalttätigen Lohnbewegungen bald wegzuputzen. Das Eigentumsproblem ist bald gelöst. Aber nicht das Problem, wie das unendlich feinnervige Ineinander von geistiger und manueller Arbeit, von freier Schaffensregung und dienender Organisation auf sozialer, statt auf imperialistischer Stufenleiter aufzubauen ist, auf daß es für die Mitarbeitenden und für die Gesellschaft Früchte trage. Einen solchen, aus menschlichen Willens- und Geisteskräften gefügten lebendigen Organismus kann nicht die Leidenschaft zum Kampf der Klassen, nur die Neigung zur gerechten Verteilung von Anspruch und Pflicht im Gang halten.

Die Geschichte wird es rühmen, daß die Mehrheitssozialisten diese historische Aufgabe auf sich genommen haben. Sie tasteten freilich unsicher genug nach vorwärts. Denn ihr bisheriges marxistisches Bekenntnis hatte ihre Köpfe mit anderen Formeln und Gedankenverbindungen erfüllt. Die Klassenkampfidee der vorrevolutionären Tage streitet in ihnen noch wider das genossenschaftliche Bekenntnis der Zukunft. Wenn sie aus dem Lager der Unabhängigen die altvertrauten Signale blasen hören, fallen sie unwillkürlich, wie das Kavallerieroß, in das kämpferische Tempo. Solche festverknüpfte Assoziationsfasern sind erklärlicherweise nicht rasch durchzuschneiden. Manche gesetzgeberische und politische Unklarheit in der Führung der Mehrheitssozialisten ist noch Begleiterscheinung der gärenden Umwandlung, in die die Sozialdemokratie im November 1918 gerissen wurde. Die Steuergesetzgebung der Drei-Parteien-Koalition in der Nationalversammlung, auf die die Wünsche der Mehrheitssozialisten stark eingewirkt haben, verrät vielfach noch Abhängigkeiten von der Ideologie der Vorkriegszeit. Die sozialdemokratische Partei steht dem Kapital noch nicht mit der überlegenen Vorurteilslosigkeit einer maßgebenden politischen Macht gegenüber. Noch drängen sich Erinnerungen an die Ära, da dem Kapital aus der Verbindung mit der autoritären Staatsgewalt auch politische Überwertigkeit zufloß. Im Betriebsrätegesetz hat der Klassenkampfgedanke sogar die zukunftweisende Bedeutung der neuen industriellen Organisationsidee mit überflüssigem Bodensatz vermengt. Die Unternehmer haben vielleicht darum mehr als nötig oppositionellen Lärm gemacht und damit unwillkürlich klassenkämpferischen Widerstand hervor-

gerufen, weil der politische Kern der Neuschöpfung zu wenig, die Anknüpfung an den alten wirtschaftlichen Gegensatz zwischen Unternehmer und Löhner zu grell hervortrat. Die Arbeitgeber sahen die Gefahren einer Syndikalisierung der Betriebe schwärzer, die Arbeiter schätzten die Stärkung im Lohnkampfe höher ein, als es der Stellung des Gesetzes im Neuaufbau der wirtschaftlich-sozialen Ordnung angemessen ist. Denn der Wert der Betriebsräte sticht nur im Zusammenhange mit den oberen Stufen der Wirtschaftsorganisation, vor allem dem Reichswirtschaftsrate scharf ins Auge. Der Räteaufbau ist nicht wirtschaftliche, sondern politische Reform, er ist ein Teil, der Hauptteil der politischen Neuorientierung der deutschen Gesellschaft. Er bringt den vermehrten Einfluß der Arbeiterschaft auf die Gestaltung der nationalen Wirtschaft zum Ausdruck. In den höheren, dem Einzelbetriebe und dem Einzelbetriebszweige übergelagerten Räten, am sichtbarsten im Reichswirtschaftsrat wird sich der nationalwirtschaftlich denkende Unternehmervertreter mit dem nationalwirtschaftlich fühlenden Arbeitervertreter besser verstehen als im Betriebe der Unternehmer mit seinen Arbeitern, wird sich darum auch die etwa vorhandene überlegene Facheinsicht des Industriellen eher zur Wirkung bringen als in der Fabrik, wo die Verständigung an dem natürlichen Hang des Leiters, sich als Arbeitgeber autoritär Geltung zu verschaffen, Hindernisse findet. Das Miteinander der in der nationalwirtschaftlichen Arbeitsteilung vertretenen Schichten von Arbeitsgenossen ist aber ein tragender Bestandteil im neuen demokratischen Staatskörper. Die Betriebsräte allein sind nicht die berufenen Pioniere des neuen deutschen Gemeinschaftslebens. Daß sie nicht immer dem vom sozialistischen Wollen bekämpften privatwirtschaftlichen Denken steuern, lehrt ein Fall wie der bei Daimler, wo man sich der Arbeiterausschüsse zu bedienen verstand, um in der Frage, ob Lieferungsverpflichtungen zu alten Bedingungen einzuhalten sind, die Position der Erwerbsgesellschaft durch die eigene Arbeiterschaft zu stärken. Die öffentlichrechtlichen Räte höherer Stufe entfernen sich von solcher Verunreinigung einer gemeinwirtschaftlich gedachten Organisation zu privaten Zwecken. Das Gewicht jener Räte würde aber auch die enge Klassenorientierung innerhalb einzelner Arbeitergruppen

überwinden helfen, wie sie z. B. in den der deutschen Gesamtwirtschaft in einem düsteren Augenblick lebensgefährlichen Streiks der Eisenbahner oder der Kohlenarbeiter sich gewalttätig durchsetzte. Die Nötigung, sich im Wirtschaftsrate den Erwägungen der nationalen Gemeinwirtschaft zu stellen, würde dem individualistischen Berufs- und Klassenegoismus wehren. Der tiefere Sinn der Räteorganisation ist es, alle wirtschaftlichen Angelegenheiten zu politischen zu machen, will sagen, sie aus der Sphäre der Eigensucht in die des Gesamtwohls zu heben. Die Verordnung, die den vorläufigen Reichswirtschaftsrat schuf, kleidet diesen Zukunftsgedanken in die Formel: „Die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates sind Vertreter der wirtschaftlichen Interessen des ganzen Volkes." Diesen großen Gedanken hat es getrübt, daß in die Beratung über das Betriebsrätegesetz klassenkämpferische Rückständigkeiten hineingetragen wurden. Von dem Endziel des Räteaufbaues gesehen, war es — darin hat die Kritik der Konservativen recht — schon ein Fehler, mit den noch im Einzelunternehmen und seinem unklaren Für und Wider von Autorität und Genossenschaftlichkeit haftenden Betriebsräten den Anfang zu machen, anstatt von oben nach unten zu organisieren und so die wirtschaftlich-sozialen Neubildungen deutlich als Teile der politischen Erneuerung zu empfehlen. Reichskanzler Bauer hatte sicherlich den Blick auf die politische Fernsicht gerichtet, wenn er den Gedanken des Betriebsrätegesetzes als Verneinung der Idee des Kapitalismus kennzeichnete. Aber der klassenkämpferische Unterstrom, der aus dieser Bemerkung herausgehört werden konnte, verdunkelte die Beurteilung der Reform in der Unternehmer- und in der Arbeiterschaft. Der ruhigen Ausreifung der Betriebsräteform hat die unrichtige Chronologie der Gesetzgebung und die klassenbetonte Einschätzung der neuen Organisation Abbruch getan. Die radikalen Unabhängigen sahen in ihr, die sich doch dem Gemeinschaftsgedanken einfügen soll, eine willkommene Gelegenheit, den revolutionären Zentralarbeiterrat aus den ersten Wochen des Umsturzes wiederzubeleben. Sie strebten, von Berlin und Mitteldeutschland her, eine Betriebsrätezentrale an, als Kader für die Diktatur des Proletariats. Dagegen arbeiteten wohl die Gewerkschaften. Diese sahen wieder, getreu ihren Nürnberger Beschlüssen, in den

Betriebsräten Ausführungsorgane der Gewerkschaftspolitik. Als Arbeitnehmer-Interessenvertreter blieben aber die Betriebsräte gleichwohl rein klassenkämpferisch, wenn auch im Gewerkschaftssinne. Die scharfen Kämpfe, in denen auch die Gewerkschaftsmänner der U. S. P. D. gegen ihre radikalen Parteigenossen wirkten, wären — zum Vorteil für die neue Organisationsform — vermieden worden, hätte man — Max Schippel rühmt dies von der gleichzeitigen englischen Industrieorganisation — die Räteeinrichtungen oben, bei der Zusammenfassung der Betriebszweige und der nationalen Wirtschaft begonnen. Die Mehrheitssozialisten haben ihre Aufgabe in der neuen Zeit nicht erfaßt, als sie vorzeitig das Betriebsrätegesetz erzwangen. Die S. P. D., die mit dem sicheren Instinkt einer politisch durchgebildeten Partei und mit großem moralischen Mut sich auf die Lokomotive gestellt hat, als die Fahrt der Nation in den neuen Abschnitt seiner Geschichte begann, hat eben zu ihrer schweren Aufgabe, die werdende Welt zu meistern, eine ebenso schwierige Pflicht zu übernehmen, sich innerlich zur Klarheit durchzuringen. Sie hat die Klassenkampfidee nicht überwinden können, als der alte Staat bestand. Vielleicht ging diese Wandlung, die dem einzelnen, kühl in den politischen Alltag blickenden Kopf glücken mochte, über die Kräfte einer großen Massenpartei, die im Kampfe gegen eine starre, ihrem Empfinden fremde Gewalt steht. Aber nach dem Niederbruche der Vergangenheit, da die Arbeiterschaft zum politischen Neuschaffen berufen ist, wird es Gewinn sein, wenn die Sozialdemokratie sich bald von den alten Begriffen loslöst, die der marxistische Klassenkampfgedanke geprägt hat.

Der „Staat" hat die von der mittelalterlichen Zivilisation ausgesäten Triebe genossenschaftlichen Lebens zertreten und, wo sie sich wieder regten, verfälscht. Nun ist eine große geschichtliche Gelegenheit für das deutsche Volk da, sich zu seinem guten deutschen Wesen zurückzufinden. Das Schicksal hat diese Nation blutig geschlagen. Aber es bot ihm gleichzeitig seine Gunst. Der „Staat" fiel in einer Zeit zusammen, da er alle Möglichkeiten ungebrochenen Weiterherrschens aufgebraucht hatte, die rationalistisch-individualistische Lebensauffassung zumal, die ihn geschaffen und die den Bürger, indem sie ihn vom Gemeinleben trennte, zum Privat- und Erwerbsmenschen erzog.

In Deutschland löst den fürstlichen Militärapparat nicht, wie 1789 in Frankreich ein Bürgertum ab, das den Rationalismus im Gemein- und Privatdasein rein zum Ausdruck bringen will, sondern eine breite Volksschicht, die einem Sozialismus, also einem genossenschaftlichen Zusammenleben zustrebt. Der Staat, der auf den Trümmern des urwüchsigen Genossenschaftsdaseins emporstieg, wird vom Blitz der Geschichte gefällt, und schon wartet die Idee und mit ihr ein die Idee tragender großer Volksteil, welcher die Nation in allem, in Wirtschaft und Politik, im geselligen Leben und in der Verwaltung als genossenschaftliche Gesamtheit aufbauen will. Mehrere Jahrhunderte lassen sich nicht mühelos aus dem Antlitz eines Volkes auslöschen, Jahrzehnte störrischer Autoritätssucht, wie die letzten, sind nicht leichthin aus den Seelen der Lebenden wegzutilgen, die von der Herrschaft Nutzen zogen, oder sie, dieses Produkt aus der Spätzeit einer fremden, der antiken Gesellschaft, durchaus als eigenartigstes Deutschtum empfinden wollen. Um so notwendiger, wenn die historische Gnade würdig genützt werden soll, ist es, daß die Partei des Sozialismus ihres Berufes völlig inne wird. Sie soll den Genossenschaftsgeist in der ganzen Nation anfachen. Die unsozialen Elemente ihres Denkens, die ganze um den Klassenkampf sich rankende Ideologie sind Gedankengut aus der Ära des rationalistischen „Staates". Wer vermag für eine Ordnung zu werben, die alle Teile der Nation statt in Über- und Unterordnung als Genossen in der Arbeit zu einander fügt, wer vermag sie als die Wahrheit der Zukunft zu verkünden, der selbst noch die Nation als Gegeneinander von Klassen sieht? Das Volk ringt nicht mehr nach Befreiung, es ist befreit, es ist zum geschichtlichen Gestalten aufgerufen. Die Aufgabe ist an die arbeitstüchtigen, breitgelagerten, vom kleinlichen Erwerbstriebe zum vollbürgerlichen Leben aufstrebenden Schichten gekommen. Sie blieben hinter dem historischen Augenblick zurück, würden sie nicht zum reinen Gefäß des neuen genossenschaftlichen Fühlens. Klassenkampflehre und Klassenkampfpraxis, das marxistische Erbe, sind in einer Gesellschaft, die in das Genossenschaftsleben hineingeht, unzeitgemäße Hemmung. Sozialismus zieht aus rationalistischem Gedankengut keine Säfte.

Das Werden genossenschaftlichen Geistes

Von vielen Seiten her wuchsen die Ideen, Einrichtungen und Vorschläge zu, die schon neuen genossenschaftlichen Geist entsenden. Sie kamen mit der neuen Luft. Die Arbeitsgemeinschaften zwischen den Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, die ungleich der aus Rußland eingewanderten Räteidee dem deutschen Boden unmittelbar entsprungen sind, bleiben das eigenartigste Merkmal der werdenden Zeit. Sie verraten eine, von den Einsichtigen unter den großen Unternehmern frühzeitig bewußt ausgesprochene Bereitwilligkeit zum Gesinnungsumschwung, zur Umwandlung der autoritären in eine genossenschaftliche Auffassung des Berufes. Die deutsche Unternehmerschaft hat im alten Staate wenig Neigung zur Abkehr von der Herren- und Arbeitgeberhaltung bekundet. Sie fühlte sich wohl im Schutze des herrschaftlichen Staates, zu dessen Stützen sie neben den historischen Offiziers- und Beamtenfamilien aufgerückt war. Der Staat, der Genossenschaftlichkeit, der Selbstregierung des Volkes durch Bürgerkörperschaften – und beides gehört zusammen — nicht vertragen hat, war das geschichtliche Hemmnis einer Erziehung seiner Angehörigen von Eigensucht und Kampf zum Zusammenwirken. Als dieser mächtige Damm eingerissen war, stellte sich, beinahe natürlich, das Zueinanderstreben ein. Da es keine Machtquelle gibt, deren Gewaltmittel letzten Endes für die eine Seite entscheiden, ist es notwendig, den Ausgleich der Ansprüche und Obliegenheiten gleich mit gleich, als Genossen an einem gemeinsamen Werk anzustreben. Im Herrschaftsstaat konnte sich genossenschaftliches Leben nicht entfalten. Wo die Bureaukratie selbstverwaltende Regsamkeit spürte, wo sie sah, daß Bürger im Verband mit Bürgern aus eigener Kraft sich zum Schaffen zusammentaten, griff sie dazwischen. Die Aufrichtung der preußischen Zentralgenossenschaftskasse entsprang der Beunruhigung der staatlichen Bureaukratie über die Entstehung einer vom Staat etwa unabhängigen Kapitalsansammlung in selbstverwaltenden Bürgervereinen. Mit der Entfernung der autoritären Staatsgewalt ist frisches Verständnis für die urwüchsige Organi-

sation des Volkes in autonomen genossenschaftlichen Körperschaften erwacht. Selbst die Widerstände gegen die gebundene Planwirtschaft Wissell-Möllendorff waren kaum irgendwo grundsätzlich manchesterliche. Bemängelt wurde nur der Zwangscharakter. Man wollte keine kapitalistischen Zünfte unter staatlich-bureaukratischer Leitung. Die reglementierten Zünfte waren ja wirklich schon Verfallsprodukte gewesen, Untergang der freien Selbstregierung des arbeitenden Städtevolkes. Das Wesen der Wissell-Möllendorffschen Ideen, der ersten systematisch schöpferischen in der neuen Zeit, ringt sich denn auch trotz der Ablehnung des Gesamtplanes allmählich durch. Wo immer die Not der Zeit die ihr angemessene Form der Abhilfe verlangt, tauchen selbstverwaltende Berufskörperschaften auf. Als es galt, den lebensgefährlichen Ausverkauf der deutschen Wirtschaft abzuschnüren, wurde das Auskunftsmittel der von Handel und Industrie gebildeten Ausfuhrstellen gefunden. So langsam die neue deutsche Gesellschaft nach dem inneren Zusammenbruch des Bürgergeistes aufgewacht ist, die Zeichen deuten darauf hin, daß es in allem, was öffentliche Wirtschaft umfaßt, von der bureaukratischen Vergangenheit zur Autonomie, zum körperschaftlichen Wirken der Berufsgenossen hinstrebt.

Deutschland geht in solche Wege nicht allein hinein. Der Krieg hat ähnliche Stimmungen in den großen Wirtschaftsstaaten des Westens hinterlassen. In England bereitet sich neben einem scharfen Ansteigen der Lohnkämpfe, die einen neuen Ausgleich zwischen Arbeitseinkommen und Geldwertverminderung erzielen sollen, eine Neuordnung der politisch-wirtschaftlichen Stellung der Arbeiter in der nationalen Produktion vor. Gemeinsame Konferenzen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden zur Beratung über die Unrast in der Industrie, ihre Gründe und die Mittel zu ihrer Behebung bezeichnen das Eindringen genossenschaftlichen Geistes in die Beziehungen von Arbeiter und Unternehmer. Eines der Ergebnisse jener Beratungen war die Schaffung nationaler Industrieräte in einzelnen Industriezweigen. Ihr Aufgabenkreis ist dem der deutschen Arbeitsgemeinschaften ähnlich. Sie sind Organe zur körperschaftlichen Regelung von Berufsfragen. Die Verfeinerung in der Auffassung des industriellen Lebens trat auch in den umfassenden Verhandlungen über

die von den Bergarbeitern verlangte Verstaatlichung, richtiger Entprivatisierung der Kohlengruben hervor. Die Unternehmer bekämpften wohl den Bericht des Vorsitzenden Sankey, der entschieden eine großzügige Kohlengemeinwirtschaft fordert, aber sie näherten sich doch gemeinwirtschaftlichen Ideen im Kleinkohlenhandel. Weiter gehen die Unternehmer in der Annäherung an eine neue Arbeitsverfassung, den Kern der Industriefrage. Sie stimmen der Aufstellung von Arbeitsgemeinschaften zu, innerhalb derer in Betriebs- und sozialpolitischen Fragen die Arbeiter gleiches Recht mit den Unternehmern haben sollen. Arbeitsvertrag und Arbeitsverfassung sollen der Gemeinwirtschaft zugehören. Sankey fordert Gemeinwirtschaft für das Gesamtgebiet der Kohlengewinnung. Eigentum, Produktion und Verteilung sollen veröffentlicht, nicht verstaatlicht, will sagen bureaukratisiert werden. Sie sollen von unten nach oben durch Körperschaften verwaltet werden, die aus Unternehmern, Arbeitern, Verbrauchern und Fachleuten bestehen, also Gegenbilder zu den Organisationen der deutschen Kohlenwirtschaft wären. Die Formung der englischen Elektrizitätswirtschaft wurde in ähnlichen Organisationsgedanken gesucht. Das gleichzeitige Auftauchen verwandter Ideen in England und Deutschland verstärkt den Eindruck, daß sich hier Bildungen regen, wie sie der neuen „staats"befreiten Zukunft der deutschen Nation gehören würden. England ist alter Boden der Selbstregierung. Wenn die Zeiten reif waren, erweiterte sich dort, fast selbsttätig, ohne Umstürze der Kreis der Volksgruppen, die zur Versehung der großen nationalen Geschäfte berufen wurden. Früher waren diese Angelegenheiten auf Politik, Gesetzgebung und Lokalverwaltung beschränkt. Im Krieg hat in der Heimat des wirtschaftlichen Liberalismus die Überzeugung um sich gegriffen, daß auch die Wirtschaft in den Bereich der nationalen Geschäfte hineingewachsen ist. Der englische Instinkt für Selbstregierung und genossenschaftliche Durchdringung des nationalen Lebens beginnt demgemäß, ohne viel zu theoretisieren, die Wirtschaft zu einem Felde des Zusammenwirkens aller Volkselemente werden zu lassen, wie dies schon früher äußere Politik, Steuern, Wohlfahrtsverwaltung geworden sind. Die wirtschaftspolitischen Vorgänge jenseits des Kanals klären das deutsche Volk auf. Der Deutsche mag lernen, welcher Art die Ideen sind, die nun

seinen vom Staate befreiten Grund mit neuem Leben füllen. Es sind die Ideen körperschaftlicher Versehung der nationalen Aufgaben und genossenschaftlichen Zusammenwirkens der Volksangehörigen, jene Ideen, die England sich aus der freien mittelalterlichen Gesellschaft rettete, als es sich rechtzeitig vom Absolutismus befreite, die in Deutschland aber von dem militärbureaukratischen Apparat der absolutistischen, später pseudoverfassungsmäßigen fürstlichen Herrschaften unterdrückt worden sind. In England haben sich in den historischen Klassen die Kaders der genossenschaftlichen Selbstregierung durch die Jahrhunderte erhalten. Der Rahmen nahm ungezwungen demokratisches Leben auf. In Deutschland ist beides, Demokratie und genossenschaftliche Umgestaltung der Nation, gleichzeitig zu schaffen. Die neue deutsche Gesellschaft kann nicht von oben nach unten wachsen. Sie muß sich von unten auf umbilden. Je einiger der Geist ist, der die sich umschichtenden Volksteile durchzieht, desto vollkommener und rascher wird sich die deutsche Nation neu aufbauen. Die Deutschen sollen ein Volk von Genossen werden, von Arbeitsgenossen zumal, und wenn nationale Arbeit letztlich Kulturarbeit ist, von Kulturgenossen. Alle aus der Staatszeit übriggebliebenen Ideen stören das Werden der Genossenschaftsidee, seien es die Ideen von autoritärer Ordnung, von geschichtlich gewollten Abhängigkeiten oder die von Unversöhnlichkeit der Klasseninteressen in einem naturgegebenen Klassenkampf.

5. Kapitel

Eine Partei des deutschgenossenschaftlichen Aufbaues

Aufknospen des wirtschaftlich-sozialen Gemeinschaftsgedankens, Ausreifen der Idee vom deutschen Volk als Genossenschaft ist der Wesensinhalt des neuen Abschnittes im nationalen Gesamtleben. Es ist die tiefere geistige Strömung, die gleich vorangegangenen umfassenden Ideen die völkische Gesellschaft umformen, die

Berufsschichten neu zu einander gruppieren, die Wirtschaft beeinflussen will. Der Prozeß, gleichzeitig einer des Denkens und des Wollens, widerspiegelt sich im sozialen Massendasein in zwei Bewegungen, einmal in der Auseinandersetzung über Sinn und Ziel des Klassenkampfes im Proletariat, auf der anderen Seite im Bürgertum, wo die Auffassungen über Wert und Ausmaß individualistischen und sozialisierten Wirtschaftens im neuen Deutschland sich zu klären haben. Die wechselvollen Gestaltungen dieses doppelten geistigen Ringens, die Phasen im Vordringen oder Stocken der jungen, im raschen oder langsamen Zurückweichen der alten Geistigkeiten, werden deutsche Kultur- und Sozialgeschichte bilden. Eine der Erscheinungsarten des geschichtlichen Werdens, bedeutungsvoll, oft entscheidend als Gießer und Former nationalen Gesittungslebens, sind die politischen Machtelemente im Volke. Sie verwirklichen die Schlagkraft der Ideen nach außen, sie hämmern das Gemeinwesen, das Haus, in dem die Nation wie die Schnecke in ihrer Schale wächst, sie gestalten die Verwaltung, die den täglichen Markt der Volksschichten in Ordnung hält. Der „Staat" der Vergangenheit stand mitten im Ideenfluß, Anregungen empfangend und aufdrückend. Im deutschen Militärstaat war die Führung der Nation, die Reglementierung ihres Daseins einer obrigkeitlichen Macht anheimgestellt. Nach dem Einsturz dieses eisengerüsteten Apparats ist das Volk selbst die Macht. Die Kraft, nationale Geschichte diesseits und jenseits der Grenzen zu machen, ist auf die Sammelgefäße lebendiger politischer Energie übergegangen, auf die politischen Parteien. Sie stellen die wirkenden Männer, sie drillen die Scharen der privaten Bürger zu politischen Soldaten, ihre Arbeit füllt den Rahmen der Verfassung. Nach dem Wegfall des Herrschaftsstaates werden die Parteien erst ihre Fruchtbarkeit entfalten; sie werden die unmittelbar schöpferischen Kräfte im öffentlichen Leben der Nation sein. Wie alle Strebungen im Volkskörper, wenn sie zu politischen Kräften anwachsen wollen, wird auch die Idee der Genossenschaftlichkeit auf ihrem Entfaltungsgange aus dem Mutterboden der Geisteskultur in die Wirklichkeit des nationalen Zusammenlebens durch die politischen Parteien hindurch müssen.

Politisch ist nun der Heischgedanke schöpferischen Zusammen-

wirkens nach den Wahlen zur Nationalversammlung in der Koalition von Sozialdemokraten, Zentrum und bürgerlichen Demokraten verwirklicht worden. Dieses Parteienbündnis wird immer als eine unwillkürliche Äußerung des neuen Deutschland denkwürdig bleiben, mag auch die Zukunft, wie das Schicksal der Nation es zu wollen scheint, nicht in einer glatten Geraden erreicht werden. Anfangs war nur an eine Arbeitsgemeinschaft der beiden Demokratien gedacht, es wäre ein Bündnis auf Grundlage der politischen Aufklärung gewesen, ein Bekenntnis, daß das neue Deutschland eine Demokratie nach dem Muster der romanischen Gemeinwesen werden soll. Der Sozialdemokratie mochte dies nach ihrer, vor dem Krieg gepflegten Geistesart naheliegen. Die bürgerliche Demokratie hatte sich mit diesem Programme gebildet. Der Widerstand der Arbeiter, die vor der Nachahmung der französischen Demokratie zum Kultus der Räteidee flüchteten, hätte eine Begrenzung des Regimes auf die politische Demokratie nicht gut ermöglicht. Die Sozialdemokratie hätte mit der bürgerlichen Demokratie über die wirtschaftlich-soziale Grundfärbung des Regierens in Streit kommen müssen. Diese unwillkommene Gestaltung wurde durch den Beitritt des Zentrums zur Koalition hintangehalten. Obwohl erst nachträglich in den Bund aufgenommen, erwies das Zentrum bald, daß es der Kitt des Regimes war. Die katholische Partei verstand sich über die Notwendigkeiten der Stunde mit der Sozialdemokratie besser als die bürgerlichen Demokraten. Die sozialistischen Neuerungen, voran die Räteorganisation, trafen im Zentrum bei den Politikern und Publizisten auf reifes Verständnis. Die Verwurzelung der Partei im katholischen Sozialismus, ihre Gebundenheit an die Forderungen einer körperschaftlichen Durchorganisation der atomisierten modernen Gesellschaft erwies sich eben doch, trotz des mehrjährigen Hospitierens im Lager der autoritären Regierungen alten Stils, als eines der Grundelemente ihres politischen Wesens. Das Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Zentrum hielt stärker als das mit der bürgerlichen Demokratie, die die Krise des Versailler Friedenstraktates zum Anlaß, freilich nur vorübergehenden Scheidens aus der Koalition nahm. Die Rückkehr der Demokratie in den politischen Bund hatte dann wieder ihre tieferen Gründe. Die drei Parteien waren

zusammengekommen und spürten, daß sie bei einander bleiben müssen — über die heiklen kirchen- und schulpolitischen Auseinandersetzungen hinüber — weil sie einander ergänzend, jene Volksteile in sich fassen, die den Kern der neuen deutschen Volksgesellschaft darstellen. Die Arbeiterklasse, soweit sie nicht, am alten Marxismus festhaltend, in die radikalen kommunistischen und unabhängigen Organisationen hinüberwechselte, war in der Koalition ziemlich vollständig vertreten. Das Zentrum hat seine alten Bestände an Arbeitern mitgebracht, die Demokratie war ein Sammelpunkt der Angestellten und geistigen Arbeiter, die nicht unmittelbar sozialdemokratisch geworden sind. Die bürgerliche Demokratie enthielt dazu breite Gruppen der industriellen und kommerziellen Arbeitgeber. Die Demokratie, namentlich aber das Zentrum steuerten überdies einen Teil der Bauernschaft bei. Die Koalition der Nationalversammlung spiegelte sonach den größten Teil des werkmächtigen deutschen Volkes, die Schichten, die arbeiten und als Gleiche neben Gleichen leben wollen, nicht aber in sich den Beruf fühlen, über Volksgenossen mit wirtschaftlichen oder staatlichen Machtmitteln zu herrschen. Im Bette der Nationalversammlung flossen die Ideen des neuen nationalen Daseins und die ersten Anfänge ihrer Verwirklichung in gleichem Zeitmaße der Entwicklung nebeneinander.

Die gerade Linie brach sich jedoch. Gemeinschafts- und Klassenkampfgedanke, wirtschaftlicher Rationalismus und wirtschaftliche Romantik hatten nach dem Umsturz auf dem weiten Fechtboden der Demokratie aufeinander geschlagen. Aber die Demokratie blieb nicht unbestritten. Nutznießer der alten Machtgestaltung, dazu naive Seelen, die mit irregeleiteter Sucht sich in eine Vergangenheit zurücksehnten, die für groß gehalten wurde, weil sie bequemer war als die turbulente Gegenwart, sammelten sich um die Merkworte der gewesenen Welt. Schwarz-Weiß und Hakenkreuz, Symbole des Aufbegehrens gegen die Revolution, zogen erhebliche Volksteile an sich. Nach dem November 1918 waren unter Verzweiflungsflüchen auf den Militarismus, der die Nation durch den vierjährigen Krieg, durch Not und Enttäuschungen geschleppt hatte, große Massen vom Idol des preußisch-deutschen Zuchtstaates abgefallen. Nicht weil sie die Notwendigkeit von Demokratie und Selbstregierung schon mit der Wärme

geläuterter Überzeugung umfangen hatten, sondern weil der Groll über den tückischen Fetisch sie peitschte, dem sie aus Gewohnheit, gesellschaftlichem Vorurteil und verzerrter geschichtlicher Schulbildung geglaubt hatten. Ihr Vertrauen in die Vergangenheit war erschüttert, Vertrauen in das Neue, Werdende mußte sich erst bilden. Die folgenden Revolutionsmonate, die erst die wirtschaftliche Elendsrechnung für den Krieg vorlegten, die obendrein das deutsche Volk der fortwirkenden gedankenarmen Kriegsgläubigkeit und dem leichtfertigen Hochmut der Ententediplomaten preisgegeben zeigten, waren nicht gerade geeignet, Schwankenden Freude am neugerodeten politischen Fruchtfelde und Nachsicht mit den schweißfordernden Mühen der Durchackerung und Bestellung einzuflößen. Zehntausende der zerrütteten, aus dem bürgerlich-sittlichen Gleichgewicht geworfenen Gemüter, die nach dem Niederbruch triebmäßig dem Werben der Demokratie zugelaufen waren, kehrten, nur noch verbitterter, brüsk um und ließen sich wieder in die verlassenen Lager zurücktreiben. Die Predigten für die alten autoritären Staats- und Verwaltungsformen trafen auf immer bereitere Ohren. Hatte es nach den ersten Monaten der neuen Zeit den Anschein gehabt, als ob die politische Oberfläche in Deutschland nur von dem Ideenstreite innerhalb der Arbeiterschaft her stärkere Bewegung erhalten würde, so haben sich ungefähr vom Abschlusse des Versailler Friedens ab immer heftiger die Wogen eines anderen Kampfes emporgehoben. Die stürmische Auseinandersetzung im Proletariat wurde durch einen nicht minder heftigen Geisterkampf innerhalb des Bürgertums gekreuzt, wo sich den Anhängern der Demokratie entschlossen die Preiser der monarchischen Wiedergeburt entgegenstellten. Leidenschaftlich wurden die geschlagenen Heerführer gefeiert, den Emblemen des früheren Heeres inbrünstiges Fühlen zugewendet. Die Idee des Macht- und Militärstaates ergriff wieder die Wünsche. Der Untergang der nationalen Geltung wurde der Demokratie zugerechnet. Im Mittelbürgertum breitete sich jene scharf gefärbte Restaurationsstimmung aus, die mit ähnlichen früheren Erscheinungen die bewußt-trotzige Verkennung tiefgegründeten geschichtlichen Schicksals gemein hat. Rasch setzte sich die Verschlossenheit vor dem Gottesgericht im Untergang des neu-

deutschen Reiches in Parteipolitik um. Die rechts gebliebenen Gruppen, in der Nationalversammlung schwache Minderheiten, nahmen an Anhängern zu, und mit dem Vertrauen in die Wiederkehr ihres Einflusses wuchs ihre Angriffsbereitschaft. Die ehemaligen Konservativen und Nationalliberalen stießen aus der Verteidigungsstellung heraus. Die brodelnde Zeit des Überganges in neue deutsche Lebensformen erhielt ihre Farbe nun nicht allein von den Vertretern der heraufkommenden, breit volkstümlichen staatlich-sozialen Gestaltung und von deren Streite über das Tempo und die Methoden der Bewegung zum Ziel. Die Anhänger des Alten erwiesen sich kraftvoll genug, um die Demokratie zu harten Daseinskämpfen zu nötigen. Klassenkampf und Gemeinschaftswille sollten nicht die einzigen, Politik schaffenden Ideen bleiben. Neben sie trat, schärfer als dies unmittelbar nach dem Zusammenbruch zu sehen war, der Widerstreit zwischen monarchischem und demokratischem Ideal. Die politische Bühne wurde figurenreicher, der Geistertanz mischte sich stürmischer.

Das Vorbrechen einer starken konterrevolutionären Strömung war dem tiefsten Gedanken des erneuten Deutschland, der Idee der Volksgenossenschaft nicht günstig. Der Sitz des monarchistischen Sehnens war das Bürgertum. Die Führung hatten die Schichten, die im alten Staate Teilnehmer an der Gewalt gewesen waren. Im Arbeitervolk gibt es nur versprengte Überreste von Monarchisten. Der wieder entfachte Kampf um die Staatsform spiegelte sich der Masse der Arbeiter sonach als Kampf der Bürgerklassen gegen das Proletariat. Das Empfinden traf sich mit einer gleichgerichteten Stimmung in einem erheblichen Teile des Bürgertums. Zweifellos wollen sich gewichtige bürgerliche Kreise, wirtschaftlich wie intellektuell beflügelte, auf dem Umweg über die monarchische Idee als politischer Faktor gegenüber der Sozialdemokratie schärfer zur Geltung bringen. Angriff der Monarchisten, Abwehr der Republikaner sind so ein Stück vom Kampfe der Klassen um die Macht geworden. Diese Wendung mußte die Doktrinäre des Klassenkampfes im sozialistischen Lager und ihren Einfluß auf die Massen stärken. Die Entfaltungen in der Wirtschaft, nach der Theorie der Nährboden des Klassenkampfes, waren wider sie. Das Wirtschaftsleben trieb vielmehr die kräf-

tigen Schößlinge genossenschaftlichen Geistes und genossenschaftlicher Organisationsformen herauf. Aber die Politik, der Streit um Erhaltung oder Ausmerzung des militärstaatlichen Geistes und des militaristisch-herrschaftlichen Staatsapparats, befruchtete die Klassenkampfidee wieder. Die Arbeiter bebten, je lauter die bürgerlichen Monarchisten im öffentlichen Leben, auf der Straße und im Parlament wurden, um so grimmiger für ihre Demokratie, für jene Gestalt der deutschen Volksgemeinschaft, in der ihnen die Macht des Mitregierens gesichert und der Vormarsch zu sozialwirtschaftlicher Gleichstellung aller Volksglieder offen gehalten war. Die Gemüter, die sich nach den blutigen ersten Monaten mit der langsamen Wiederherstellung des Arbeitsgeistes zu beruhigen begannen, erhitzten sich, als sie die Rührigkeit von militärischen und bureaukratischen Kräften alten Stiles wahrnahmen. Im Kapp-Putsch explodierte die auf allen Seiten angehäufte Spannung. Das unbedachte Unternehmen und sein Zusammenbruch ist eine jener Episoden in unfertigen Zeiten, von denen weitreichende Wirkungen ausstrahlen, weil sie, wenn auch scheinbar Zwischenfall, in Wahrheit hartliniger, unter grellstem Licht stehender Abriß von Tendenzen sind, die sich über die ganze Fläche hinbreiten.

Der Kapp-Putsch hat die Wahlen zum ersten Reichstag beschleunigt. Eine seiner unwillkommensten Wirkungen. Die Prediger der Diktatur hatten sich von der blinden Gewalttaktik der ersten Revolutionswochen abgewandt, teils weil sie klareren Auges Doktrin und Wirklichkeit aneinander zu messen anfingen, teils weil sie des Eindruckes ihres dröhnenden Radikalismus auf die sich ernüchternden Massen nicht mehr gewiß waren. Das nationale Wohl hätte ein Hinausschieben der Wahlen gefordert. Der Fortgang der sozialwirtschaftlichen Sänftigung hätte nicht durch die Aufregung von Wahlkämpfen unterbrochen, den neuen Einrichtungen, freiwilliger und gesetzlicher Herkunft, die der Gemeinschaftsidee dienten, hätte ruhige Zeit gewährt werden sollen. Spätere Wahlen wären Konsolidierungswahlen gewesen. Unter dem Eindruck der Kapp-Episode wurden überhastet Neuwahlen angeordnet. Das Gift der aufgepeitschten Erbitterungen sollte durch ein sofortiges Kräftemessen rasch aus dem Volkskörper entfernt werden. Psychologisch richtig, die

Spannung zu mildern, indem man die Bilanz aus den Volksströmungen zog. Aber strategisch unzeitig; denn die Rechnung wurde in einem Augenblick gemacht, da sie ein verzerrtes Bild geben mußte. Der konterrevolutionäre Wirbelsturm hatte eben die Glut des Klassenkampfes heftig angeblasen. Der Bürgerkrieg im Ruhrgebiet zeitigte neue Erschütterungen wie im Jänner und März 1919. Wahlen sollen jedoch keine Momentphotographien sein, keine Entladung überreizter Nerven. Sie sollen eine möglichst tragfähige Grundlage für die Regierung der Nation herstellen. Die Stimmabgabe zum Reichstag hätte schon ein reineres Bild von den Wirkungen der neuangebahnten Lebensformen bieten sollen. Die Gemeinschaftsidee sollte im Angriff sein. Im Zeitpunkte der Wahlen jedoch stand den Massen der Zwiespalt: monarchische Restauration gegen Demokratie näher. Das mußte Verwirrung säen. Die Arbeiter verteidigten ihre Republik, verschärft kehrte die alte Überlieferung aus der Kaiserzeit wieder, da das Proletariat in Feindschaft gegen den Klassenstaat war. Im Bürgertum trennten sich die Geister mehr in Verächter und Verfechter der Demokratie als in Befürworter und Bezweifler der neuen Formen für das Zusammenwirken der Berufe in Wirtschaft und Gemeinwesen. Die Wahlen ergaben ein wirres Bild, die Richtung weisenden Linien wurden verwischt.

Gleichwohl war es voreilig, unter dem ersten Eindrucke und beirrt durch die nachfolgenden Schwierigkeiten der Kabinettsbildung den neugewählten Reichstag als chaotisches Gemengsel anzusehen. Unbillig war es vor allem, das Volk zu schelten, daß es den Fragern eine unbrauchbare Antwort gegeben hätte. Zweifellos sind Hunderttausende kleinlichem Demagogenkniff erlegen, haben mit dem Stimmzettel gegen das Steuerzahlen, gegen die unebenmäßige Verteilung des Einkommens zwischen Kopf- und Handarbeit remonstriert. Solche Ausbrüche enger Mißlaune, die jede Wahl begleiten, mögen diesmal, da die Gemüter verdüsterter und verwilderter sind als je, verhältnismäßig häufig die Wahlstimme gefärbt haben. Die Tönung erhielt das Wahlergebnis jedoch im Großen von den grundsätzlichen Entscheidungen der Millionen. Diese vereinigen sich zu einer Gesamterscheinung, die keineswegs verschwommen ist. Gleich die Frage: Machtverteilung zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft. Auf

diese hatten die Rechtsparteien, die Opposition gegen das Koalitionssystem, den Kampf zugespitzt. Das Ergebnis sagte, daß die drei sozialistischen Parteien, Mehrheitssozialisten, Unabhängige und Kommunisten, gemessen an den Wahlen vom Jänner 1919, im Verhältnis kaum mehr Stimmen eingebüßt haben, als der natürliche Rückstrom jener bürgerlichen Zuläufer hatte voraussehen lassen, die bei den ersten Wahlen ihre Enttäuschung über den Kriegsausgang durch Wahl der sozialdemokratischen Listen abreagiert hatten. Jänner 1919 und Juni 1920 weisen nicht allzuviel Unterschied in der Stimmverteilung zwischen den offenen Bekennern des Sozialismus und den bürgerlich genannten Parteien auf. Was der Sozialismus an vorübergehenden Mitspringern eingebüßt hat, dürfte er an zuverlässigen Anhängern gewonnen haben. Er hat zweifellos einen Teil der mit dem Umsturz zugewachsenen Elemente, vornehmlich aus den Schichten der Kopfarbeiter, dauernd an sich gekettet. Wer den Wahlen die Bedeutung hätte beilegen wollen, daß das Kräftemessen ein starkes Zurückweichen der Sozialisten zeigen würde, hätte sich verrechnet. Das Wahlergebnis schiebt diese Anfrage als unerheblich beiseite. Sollte aber erprobt werden, ob an die Stelle eines Zusammenwirkens von Bürgerlichen und Arbeitern in der Regierung ein anderes System, sei es ein rein bürgerliches oder ein rein sozialistisches, treten sollte, so hat die Wählerschaft auch diese Anfrage abgeschüttelt. Eine sozialistische Regierung, also ein Regime des doktrinären Klassenkampfes, hätte den Willen der Volksmehrheit gegen sich. Ein bürgerliches Kampfregime war auch in der Nationalversammlung ziffernmäßig möglich, praktisch im Reichstage ebenso sicher ausgeschlossen wie vor den Wahlen, weil die Wähler der Mitte den bürgerlichen Mehrheitsblock ablehnen. Ohne weiteres war im Reichstag die Fortsetzung der Koalition möglich. Im lückenlosen Anschluß an die Nationalversammlung konnte eine Regierung aufgerichtet werden, der die Idee des Volkes als Gemeinschaft Leitstern der Politik blieb. Eine der gewinnenden Parteien, die Deutsche Volkspartei, gab in der Wahlbewegung das Verlangen kund, an einer Gemeinschaft zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft teilzuhaben. Vor und nach den Wahlen nannte sie als ihr Programm Ausgleich zwischen Arbeitern und Unternehmern, Vereinigung beider in einem Berufs-

parlament zur gleichwertigen Teilnahme an der Gesetzgebung. Ja, die Deutsche Volkspartei will der „Kammer der Arbeit" sogar Vetorecht gegen Beschlüsse des Reichstages, also maßgebendsten Einfluß auf die Ordnung der nationalen Wirtschaft übergeben. Sie tritt sonach lebendiger Ausgestaltung der deutschen Erscheinungsform des Rätesystems bei. Auf der anderen Seite ist die Unabhängigkeitspartei von dem Programm gewaltsamer Aufrichtung der Räteherrschaft spartakistischer Prägung, trotz wortreichen Bekenntnisses ihrer Radikalen zur Diktatur praktisch abgewichen. Sie könnte sich, wenigstens mit ihrem realpolitischen Flügel, einer aufrichtigen, mit den jeweiligen Lebensbedingungen vereinbarlichen zielbewußten Vergenossenschaftung der Nation ebenso gut zu Diensten stellen wie die Mehrheitssozialisten trotz des Erfurter Programms. Die Koalition konnte sonach entweder von rechts her die Volkspartei oder von links her die U. S. P. oder auch beide zugleich an sich ziehen. Bürgertum und Proletariat waren im Wahlkampfe nicht die gegeneinander flatternden Fahnen gewesen.

Das Unterscheidende von Jänner- und Juniwahlen waren die Verschiebungen innerhalb der beiden Lager. Im Bürgertum glitt das Schwergewicht von den Demokraten zur Deutschen Volkspartei hinüber. Diese beiden Fähnlein hatten am erbittertsten gegeneinander gefochten. Im Sozialismus war mit nicht minderer Schärfe der Streit zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen gegangen. Das Wahlergebnis zeigte, daß die U. S. P. einen großen Teil der Arbeiterschaft angezogen hatte. Von diesen Kämpfen und Machtverschiebungen unter den Brüdern kamen die Schwierigkeiten her, die nach den Wahlen die Bildung einer starken Mehrheitsregierung aus dem Reichstag verhindert haben. Aber die Verbitterung floß nicht daraus, daß die Gesamtheit der Wähler von dem Ringen um die neuen Gemeinschaftsideen schärfer durchfurcht war als einige Monate zuvor. Die Leidenschaft des Wahlkampfes kam von dem, im Kapp-Putsch aufgedeckten monarchistisch-militaristischen Rückstoß in einem Teile des Bürgertums. Auf dem Wahlkongreß der Mehrheitssozialisten war mit Noske abgerechnet worden, dessen falsches Urteil über die Spannungen im Offizierslager die Partei vor den Massen in eine ungünstige Stellung gebracht hatte. Die Arbeiter

fühlten die Demokratie bedroht, ihr massenhaftes Abschwenken zu den Unabhängigen setzte gegen den monarchistischen Restaurationsdrang scharfen republikanischen Willen. Die Radikalisierung der Massen war die Gegenwirkung zum auflebenden Monarchismus im Bürgertum, der wieder dort einen radikalen Abfall von den Demokraten zu jenen Parteien zeitigte, die politisch ihre Hinneigung zur Restauration offen bekannt haben.

Hitzig genug hat der Zwiespalt zwischen Konterrevolution und Revolution in Stadt und Land die Gemüter durcheinander gerüttelt. Immerhin bleibt er mehr an der Oberfläche. Er vermag sich im politischen Werden als ablenkende Erscheinung fühlbar zu machen. Den Zug der Entwicklung wird jedoch der Drang beherrschen, aus der individualistisch-rationalistischen Wirtschafts- und Staatsordnung in das romantische Gemeinschaftsdasein hinüberzukommen. Diese Idee ist die überlegene, schöpferische, weil sie in der Tiefe werdender Lebensstimmung und der gewandelten persönlichen Bedingungen nationalen Wirtschaftens verwurzelt ist. Das muß sie auf die Dauer sieghaft machen. Ihre zeitliche Schwäche ist freilich, daß sie sich aus der Tiefe noch nicht frei emporgehoben hat, daß sie im Tageslicht noch nicht politische Gestalt geworden ist. Der neue Reichstag hat trotz der Zunahme der Deutschen und der Deutschnationalen Volkspartei, der Herbergen des laueren und schärferen Monarchismus, eine große republikanische Mehrheit. Sie trat sichtbar vom ersten Tag an in Erscheinung. Der Reichstag hat auch eine Mehrheit für den genossenschaftlichen Ausbau der nationalen Lebensformen. Diese Majorität muß jedoch erst erschlossen werden. Sie kristallisiert, sie bekennt sich nicht. Die Parteirahmen hindern ihr Zusammenwachsen. Eben die Parteien tragen Schuld, daß die bisherigen Wahlen unbefriedigende Antworten gaben. Die Wähler wurden ungeschickt gefragt. Man forderte sie nicht auf, großlinige Bekenntnisse ihrer Auffassung von der Zukunft der Nation abzulegen. Man fragte sie nach der Parteizugehörigkeit. Die Antwort war für aufbauende Politik schwer zu gebrauchen. Die Parteien in ihren überkommenen Formen genügen den Bedürfnissen der vorwärts rollenden Zeit nicht. In der Nationalversammlung und im Reichstag sind Fraktionen Fürsprecher des deutschen Volkes, die ihren Ursprung noch im

alten Deutschland haben. Die parteibildenden Momente gehören noch der Geschichte des früheren Staates an. Sie sind Produkte der liberal-bürgerlichen Zeit, die einen Repräsentanten des bürgerlichen Gedankens, die anderen Opposition, junkerliche und soziale, oder Produkte der Zersetzung des bürgerlichen Geistes wie die Mittelständler. Die neue Gesellschaft hat ihren Geist noch nicht völlig herausgearbeitet. Er tastet sich erst in den mannigfachen Organisationen wirtschaftlich-sozialen Zusammenwirkens im Berufe an die Oberfläche. Dem neuen Drängen widersteht die Trägheit der alten Parteien. Sie wirkt sich aus als Angst um die Existenz, als Sucht, sich zu erhalten. Am Ende wird solches Streben doch dem starken Zug der neuen Ideen weichen müssen.

Anzeichen, daß der erneute wirtschaftlich-soziale Geist die erstarrten parteipolitischen Hülsen durchstoßen will, sind nicht zu verkennen. So will man Politik in Wirtschaft umwandeln, deutlicher, man fordert Wirtschafts-, nicht Parteipolitik. Aus Worten spricht hier Gefühl. Die alten politischen Gußformen hemmen die Ausdehnsamkeit des neuartigen Gemeingeistes, der aus der schaffenden Wirtschaft geradewegs Leistung für die Nation machen, die Verwaltung der Volksangelegenheiten unmittelbar in den Verantwortungsbereich der Träger der Produktion schieben will. Aus ähnlicher innerer Umstellung die Erscheinungen von innerer Zersetzung, die keiner Partei erspart sind. Überall fühlen aus den alten Gedankengehäusen beweglichere Gruppen heraus, die, hier als linker, dort als rechter Flügel, einer neuen Mischung geneigt sind. Die Lockerung des Gefüges tritt auffallender bei den Parteien hervor, die verschiedenartige Klassen- und Berufskreise in sich fassen. Die Deutsche Volkspartei, schon in der Nationalversammlung mannigfach abgeschattet, hat vor den Wahlen Zureise aus der demokratischen und konservativen Partei erhalten, von der Demokratie starrer doktrinäre, von den Konservativen modern aufgeschlossene Köpfe. Im Reichstag ist sie eine stattliche Schar geworden. Großbürger und Intellektuelle geben ihr das Gepräge. Ein Gemenge von Männern ungleicher Geistesart. Die einen hängen am alten individualistischen Kapitalismus und an der Zuversicht in die Trefflichkeit des preußisch-deutschen Staatswesens. Vorgeschrit-

tene besitzen unbestechlich klare Einblicke in die Notwendigkeiten der neuen Gesellschaft. Das Zentrum, ehedem die unerschütterlichste Parteifeste, hat die Absplitterung von föderalistischen Gruppen in Bayern und am Rhein erfahren müssen, die bayerische, altpartikularistische, den überkommenen Wittelsbacher Staat als Felsen heiliger Unantastbarkeit umfangend, die rheinische von Abneigung gegen das Kunstgebilde des preußischen Hohenzollernstaates getrieben, ein sonderbares Brüderpaar. Doch auch der übriggebliebene Kern des Zentrums zeigt feine Risse. Die christlichen Gewerkschaften, die linke Gruppe in der Partei, fühlen ihre Verwandtschaft mit dem übrigen Arbeitervolke und streben einer Sonderorganisation zu. Die Zerklüftungen in den beiden sozialdemokratischen Parteien sind das Hauptzentrum ideellen Bebens im neuen Deutschland. Die Unabhängigen bieten ein Wirrsal von Meinungen. Besonnene und Radikale lagern dort durcheinander. Die Partei ist im Wesen die Vereinigung der jüngeren Arbeiterelemente, jünger an Jahren und jünger in der Schulung sozialistischen Denkens. Da Entwicklung von der stürmischen Jugend zur Reife naturgemäß und unausweichlich ist, so kann hier ein Mauserungsprozeß erwartet werden. Das rapide Anschwellen der Partei in den Juniwahlen zum Reichstag wird ihn beschleunigen. Angleichung des Marxismus früherer Farbe an den realpolitisch gewandelten Marxismus, weiterhin Abbröckelung des doktrinären Klassenkampfgedankens überhaupt, Wandelung zu einer gesamtvölkischen Auffassung, Hinüberwechseln der Arbeiterbewegung in eine breitgedehnte, wirtschaftlich-soziale Demokratie, die die Berufe mit allen ihren manuell und geistig tätigen Angehörigen als Genossenschaften aufbaut — in dieser schicksalshaften Entwicklung des ganzen Proletariats können die Mehrheitssozialisten, die Partei der älteren Arbeiterschichten, als die Vorhut und große Teile der Unabhängigen, der Partei der lernfähigen jüngeren Gruppen, als Nachwachsende eine geradlinige Fortbildung durchmachen. Die Parteifahnen werden nicht dauernd so hoch flattern, wie sie im Dampfe der ersten erbitterten Kämpfe um den geistigen Inhalt der Revolution von Führern und Anhängern emporgehoben wurden.

Daß trotz des Bruderkampfes der Strich zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen nicht dauern kann, daß ein gemein-

sames ideenpolitisches Werden die beiden Spielarten einer Lehre zu gleicher Zeit ergreifen, die Trennungslinie im Proletariat späterhin an andere Stellen wandern muß, zeigt die Gärung, die in die Gewerkschaften gekommen ist. Ein altüberliefertes Grundgesetz hielt die Gewerkvereine im rein wirtschaftlichen Wirken fest. Die Politik wurde den Parteien gelassen. Die Beschränkung war gerechtfertigt, wenn die Fachverbände als Werkzeuge des Klassenkampfes um Lohn- und Arbeitsbedingungen ihre Obliegenheiten innerhalb der Gesamtstrategie des Proletariats erfüllen sollten. Im alten Staate leisteten die Gewerkschaften je mehr, je enger sie sich in ihren Kreis einspannen. Die geänderten Lebensbedingungen der Berufstände nach dem Sturz der herrschaftlichen Gewalten mußten alle Organisationen politisieren, d. h. in Träger eines Anteils am volkstümlichen Regiment umwandeln. Die wirtschaftliche Demokratie, das gleichberechtigte Zusammenarbeiten aller Berufstätigen in der nationalen Wirtschaft, macht auch die fachliche Arbeit zu einem Stück öffentlichen Wirkens. In die Gewerkschaften mußte von selbst politische Spannung eindringen. Zuerst trug sie ihnen der Parteizwist zu. Die Unabhängigen warfen Parteipolitik in die Gewerkschaften. Aber die engere Berührung, die die Fachverbände mit dem Adergeflecht des gesamtnationalen Wirtschaftslebens haben, mußte in ihren Organisationen selbständigen politischen Willen wachrufen. Sie mußten, unmittelbarer als die Parteien, im wirtschaftlichen Schaffen das Politische, d. i. die gemeinvölkischen Wirkungen erschauen und zum Schlusse kommen, daß Organisieren und Kräftemessen im Wirtschaftlichen ein Großteil der nationalen Politik selbst enthalte. Vielleicht unbewußt den wirkenden Männern — obwohl viele Gewerkschaftssekretäre in der parlamentarischen Politik stecken — bildete sich die Anlage zu einem besonderen politisch-gewerkschaftlichen Geist. Ihrer selbst inne und zugleich zum erstenmal schlagkräftig wurde diese Stimmung in den gefährlichen Kapp-Tagen, damals fiel den Gewerkschaften die Leitung des Generalstreiks zu. Ihre Anweisungen schufen politische Tatsachen. Gewerkschaftsgeist und Empörung gegen die Konterrevolution fielen ineinander. Kapp hat die politischen Energien in den Fachvereinen zutage gefördert. Die acht Forderungen der Gewerkschaften umfaßten Kampf

gegen die Militärs als Schutz der Demokratie und Fortführung des Sozialismus zugleich. Sie wurden von den wachen Augen der Öffentlichkeit sofort als eine in die Zeilenreihen der geschriebenen Verfassung eingeschobene Neuerung empfunden, als eine jener Wandelungen in der politischen Kraftverteilung, die sich erst später im gesetzten oder im Gewohnheitsrecht ausprägen. Die Gewerkschaftspresse sprach von der „ersten Probe einer großangelegten politischen Aktion". Auch die, anderen Parteien nahestehenden Fachvereine, die demokratischen und die christlichen, sahen die politische Aktion der von Legien geführten sozialdemokratischen Gewerkschaften mit Zustimmung. Das ungewöhnliche Ereignis wirkte in den Gemütern nach. Die Idee einer Arbeiterregierung aus allen, in den Parteien, von der U. S. P. D. bis zum Zentrum verstreuten Gewerkverbänden verriet, wie rasch der junge politische Ehrgeiz der Fachvereine anwachsen konnte. Die Sympathien hinwieder, die der Vorschlag in den Massen auslöste, war bemerkenswert für die veränderte Auffassung vom Zusammenhang zwischen Parlament und Regierung, die in breiten Volksschichten vorherrscht. Die parlamentarische Korrektheit, daß die Regierung aus der gegebenen politischen Kammer, gleichsam als Ausschuß der Mehrheitsparteien zu nehmen sei, trifft nicht mehr die Meinung der Massen. Diese will über das Parteiwesen hinüber, sie ahnt den wirtschaftlich schaffenden Bürger unmittelbar zur Leitung der nationalen Geschäfte berufen. Ein Merkzeichen solchen Denkens war auch die Idee der „Gewerkschaftspartei". Diese müßte die bestehenden politischen Arbeiterorganisationen durchbrechen. Sie wurde ernsthaft erörtert. Selbst ein scharfer Unabhängiger wie Rusch warnte die Hitzköpfe seiner Partei, die die Fachverbände parteipolitisch vergewaltigen wollen, daß als Reaktion gegen das politische Parteiwesen die Gewerkschaftspartei aufschießen könne. Die Gärungen im gewerkschaftlichen Geiste sprechen sich deutlich als Teil der allgemeinen Parteizersetzung aus. Der Zerbröckelungsprozeß in den alten Parteigebilden ist ein Drängen nach Anpassung der politischen Stoßverbände an die neuen wirtschaftlich-sozialen Organisationsideen, die sich der Nation entringen. Die Politisierung der Gewerkschaften, Teilerscheinung im Gesamtverlauf, spiegelt den Prozeß wider. Denn die Entschlossenheit

der Fachverbände, ins politische Land hinauszugehen, bedeutet am Ende doch, daß diese sich nicht mehr allein als Verkörperer des Lohnkampfes, als Werkzeuge des Gegensatzes zum Unternehmer im Berufszweige, sondern schon als Bestandteil der ganzen wirtschaftlich schaffenden Nation, als Organ des nationalwirtschaftlichen Gesamtlebens fühlen. Das Arbeitsvolk langt auch mittels der Gewerkschaften nach seinem Anteil an Mitregierung.

In der Demokratie kann eben politische Opposition einer tragenden Volksklasse nicht dauern. Diese Engbrüstigkeit gehörte dem alten Herrschaftsstaate an. Der Westen hat die Sozialisten schon vor dem Kriege häufig in der Regierung gesehen. In England, dessen wirtschaftlich-soziales Werden dem der deutschen Nation verwandter ist, ihr daher noch vorbildlicher sein kann als die französischen Gestaltungen, ist die Klasse der Arbeiter und ihre Partei längst ein Stück des allnationalen politischen Wachsens, heute gouvernemental - verantwortlich, morgen kritisch-oppositionell, genau wie die historischen Parteien der alten englischen Gesellschaft. Die U. S. P. D. hat sich, noch befangen in der politischen Luft des Kaiserreiches, vorläufig auch im Reichstag die Opposition erkoren, die die Sozialdemokratie ehemals übte, als der herrschende Apparat sie von sich aus grundsätzlich dem Mitregieren fernhielt. Solche Trennungen kennt die Demokratie nicht. Unwiderstehlich zieht sie alle politisch mächtigen Gruppen zur Mitarbeit heran. Vollends die deutsche Demokratie, die sich erst aus dem Zusammenwirken aller volksverwurzelten Kräfte zu einer durchorganisierten Gemeinschaft aufbauen will.

Als es nach dem Lärm der Wahlen an die Aufstellung einer Regierung ging, war der Koalitionsgedanke wieder vorhanden. Gerade die bürgerlichen Parteien beharrten auf der Mitwirkung der Sozialisten. Auf allen Seiten hieß es, daß die Einigung von Bürger und Arbeiter in der Nationalversammlung nicht ein Ungefähr war, sondern Ausdruck der deutschen Gemeinschaftsidee. Diese hat sich im nationalen Boden eingesenkt und will, über alle tagespolitischen Fährnisse hinweg, zu tiefst Wurzel fassen. Die Koalition war ihr unvollkommenes Werkzeug. Vielleicht war — die Vermutung hörte man auch aus sozialistischem

Munde — gerade die Unzulänglichkeit der Koalition der Nationalversammlung, die allzu zaghaft am alten Parlamentarismus haftete, die Ursache ihrer Unvolkstümlichkeit. Daß die Parteien des parlamentarischen Doktrinarismus, Demokraten und Mehrheitssozialisten, scharfe Einbußen erfuhren, die Deutsche Volkspartei, die Gewinnerin unter den Mittelparteien, Versöhnung zwischen Arbeitern und Unternehmern in den Formen wirtschaftlich und politisch schöpferischen Zusammenwirkens (Arbeitsgemeinschaft, Räteaufbau, Kammer der Arbeit) bekennt, mag einigermaßen die Deutung des Wahlergebnisses erleichtern. Die Wähler wären vielleicht gerne gefolgt, wenn ihnen die Gemeinschaftsidee, die nach den Wahlen wieder als Leitschnur der inneren Politik galt, in den Wahlen als herzwärmendes Ziel für die Häuslichkeit der Nation gezeigt worden wäre. Die Mehrheit der Gewählten und der Wähler war gerade darin eins. Gehemmt wird eine Verschmelzung der Gleichgesinnten durch die Restaurationsträumerei in einem Teil des Bürgertums, denen folgerichtig politischer Radikalismus in einem Teil der Massen antwortet. Die Minderheitsparteien links und rechts, Deutschnationale und kommunistisch glitzernde Unabhängige, die schreiendsten Gegensätze ziehen ihre Kraft aus den Neigungen für und den Widerstand gegen eine Wiederkehr des Herrschaftsstaates. Klärung und gesunder Fortgang der Revolution wird eintreten können, wenn das störende Zwischenspiel des konterrevolutionären Gedankens je rascher ausgeschieden wird. Die Gemeinschaftsidee hat ja die tieferen und stärkeren Antriebe für sich. Die deutsche Nation wird sich an ihrer Stelle in Europa als Kulturvolk von Eigenkraft nur behaupten, wenn die verfeinerte Arbeit von Hand und Kopf dem kargen Boden zu Hilfe kommt. Wie will die Fähigkeit zu solcher Arbeit wirksam gemacht werden, wenn Unternehmer und Arbeiter sie nicht gleichermaßen als nationales Werk sehen, dem alle, Gleiche unter Gleichen, dienen? Die deutsche Entwicklung muß im Zeichen der nationalen Genossenschaftlichkeit vor sich gehen. Der Klassenkampf, der aus dem Herrschaftsstaate kam, wird abebben, wenn die Drohung der Restauration nicht mehr wirkt. Viel kommt darauf an, daß die Deutsche Volkspartei, die einen starken Teil des Bürgertums an sich gezogen hat, ihre monarchistische Haut abstreife. Der Neubau der Koalition

im Reichstag ist an den konterrevolutionären Schlacken gescheitert, die diese Partei mit sich führt. Da sie eine stattliche Schar aus dem Bürgertum gesammelt hat, wird ihre Entwicklung ein erhebliches Stück der nächsten innerpolitischen Geschichte sein. Wölbt sich ihr vorwärts weisendes politisch-wirtschaftliches Programm aus, reiht sie sich neben Zentrum und Demokratie den bürgerlichen Bekennern eines freigenossenschaftlich deutschen Werdens ein, so müssen auf der Arbeiterseite Mehrheitler und Unabhängige sich anders schichten. Dann mag das Gerüst einer Parteienverbindung zutage treten, die der Koalition der Nationalversammlung an Festigkeit um so überlegener sein kann, je breiter ihre Grundlage im Volke ist.

Immer aber wird die Koalition ein unvollkommener Behelf bleiben. Die Parteien reichen in geschichtliche Vergangenheit zurück, sie schleppen alten Ballast an Ideen mit, der das Bedürfnis der Zeit an fröhlichem Wachsen hindern muß. Eine treuangepaßte Helferin des deutschen Werdens in wirtschaftlicher und sozialer Kultur wäre erst ein politisches Werkzeug, das seine Säfte voll aus dem neuen Boden zöge. Das neue Deutschland treibt zu einer Partei des deutschgenossenschaftlichen Aufbaues. Diese Anforderung der Zukunft kann für sich keine der alten Parteien erfüllen. Die Sozialdemokratie, die vielleicht am nächsten war, der neuen Zeit ein fertiges politisch-wirtschaftliches System zu bringen, wie der aufklärerische Liberalismus es der bürgerlichen Ära zutrug, war mit leeren Händen gekommen, weil sie geistig ein Ableger der individualistischen Denkepoche geblieben war. Das Zentrum, das in seinen politischen und wirtschaftlich-sozialen Leitsätzen die Überlieferung der antirationalistischen und antiindividualistischen Romantik fortsetzt, war bisher einer über das ganze Volk sich dehnenden Erweiterung nicht fähig. Im alten Staat, der über die Kirche Hoheitsrechte beanspruchte, dem die Kirche ein Herrschaftsgebiet wie andere war, konnte die konfessionelle Sonderart der katholischen Partei sich nicht verwischen. Anders im neuen Gemeinwesen, das mit der verwickelten liberal-rechtstaatlichen Kirchenpolitik nicht gedeihen kann, vielmehr nicht bloß in den Grundgesetzen, sondern auch in der Praxis die Kirche als eine in der Wurzel freie unstaatliche Gemeinschaft behandeln wird. Da mag der

konfessionelle Schnitt durch die Nation, eines der unheilvollsten Erbstücke aus der Werdezeit der absoluten Staatsgewalten, auch aus dem öffentlichen Leben verschwinden, und die Ideen, die aus dem gemeinsamen volklichen Brunnen geschöpft sind, Verwirklichung durch das Mittel von Organisationen suchen, die quer durch die Gesamtnation ziehen. Am schwierigsten schienen Demokraten und Deutsche Volkspartei für ein anderes als das überkommene bürgerlich-aufklärerische System politischen Meinens zu gewinnen. Allein ihre Anhängerschaft umfaßt vielfach breite Gruppen von Berufsangehörigen, die ihre wirtschaftliche und bürgerliche Existenz nicht im Laissez faire, in der ungehemmten Initiative der überholten frühkapitalistischen Zeit, beschlossen sehen können. So findet auch hier Verständnis für die Bedürfnisse des neuen deutschen Gemeinwesens weiten Markt. Die bürgerliche Demokratie bekennt als einen ihrer Grundsätze den „genossenschaftlichen Staat". Damit ist, was Deutschland werden will, klar umrissen. Das genossenschaftliche Gemeinwesen — Staat enthält allzuviel von der herrschaftlichen Art der früheren deutschen Monarchie — ist das Ziel des Sozialismus, muß der Grundkern der politisch-sozialen Lehren des katholischen Zentrums genannt werden. Die Deutsche Volkspartei bekennt in ihren vorausschauenden Köpfen Gemeinschaft aller Arbeitenden im Beruf und im Wirken der Berufe für die Nation. Genossenschaftlichkeit in Regierung und Verwaltung, in Wirtschaft und Beruf, die Nation nicht wie unter dem Einfluß des preußisch-deutschen Kaisertums ein Fechtplatz des lärmendsten, man möchte sagen, jedes guten politischen Lebensstils entbehrenden Klassenkampfes, nicht horizontal in obere und untere Klassen geschieden, sondern vertikal in neben- und miteinander wirkende Berufskreise, das Ganze zusammengehalten, nicht durch einen über das Volk geworfenen Machtapparat, sondern durch den ständigen freiwilligen Ausgleich der sich selbst verwaltenden Berufs- und Gebietskörperschaften — das wäre das Programm einer dem neuen Deutschland angemessenen Grundpartei. Sie würde wie die Grundpartei der bürgerlichen Zeit, der Nationalliberalismus, Männer und Frauen aller Stände vereinigen, wie jene in einer aus dem geistigen Werden des Volkes entsprungenen Idee. Die Gefolgschaften einer solchen Partei, des politischen

Ausdrucks des genossenschaftlichen Deutschlands, und das Reservoir für seine regierenden Männer bieten die schaffenden Berufe der Nation, die heute auf die geschichtlichen Parteien verteilt sind. Erringt sich die Nation Stetigkeit, glückt ihr eine durch Gewaltsamkeiten nicht gehemmte Gestaltung, so sollte die Gemeinsamkeit der Grundanschauungen sich vertiefen und allmählich die überalterten Parteirahmen überfluten. Gewiß wäre in einer grundsätzlich genossenschaftlichen Partei auch Raum für jenen Teil der Wählerschaften der U. S. P. D., die sich, wenn die Leidenschaften abebben, mit den Arbeitsgenossen der alten sozialdemokratischen Organisationen auf einem Boden wiederfinden möchten. Links und rechts von dieser Gruppe, die der Lebensausdruck des neuen Deutschland wäre, blieben die Anhänger des Alten, des Herrschaftsstaates und seiner Restauration auf der einen, des revolutionären Marxismus auf der anderen Seite, beide gedanklich Vertreter des Rationalismus in der Politik, des rationalistischen Machtstaates und des rationalistischen Revolutionarismus. Sie hätten ihre Aufgabe, als Anpeitscher den genossenschaftlich-demokratischen Zug der nationalen Entwicklung rein zu halten von Verdunkelung durch partikularen Eigennutz und von Verknöcherung durch mangelnde Energie im Herausarbeiten lebendiger Formen der Volksgemeinschaft.

6. Kapitel

Mittelalterliche Stadtfreiheit, Romantik, deutschgenossenschaftliche Zukunft

Die Idee der genossenschaftlich lebenden deutschen Nation greift in ihrer geschichtlichen Verwurzelung über die Jahrhunderte des Rationalismus zurück auf die freie mittelalterliche Gesellschaft mit ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Selbstregierung durch Körperschaften eigenen Rechts. Das unmittelbare Vorbild für die werdende Gesellschaft wäre die mittelalter-

liche deutsche Stadt, wo der freie Bürger selbsttätig durch die Berufsverbände das Regiment führte. Das moderne Deutschland mit seinen größeren Ausmaßen braucht sich nicht zu scheuen, in dieser ersten Verwirklichung freien deutschen Lebens ein Muster zu suchen. Der fürstliche Absolutismus hat die Technik seiner Verwaltung nirgends anders gelernt als in den Vorarbeiten, die ihm die Bürgerstadt bot. Nur entkleidete er die Verwaltungsgedanken, die finanziellen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen ihres freien Wesens. Die Nation kehrt zu naturwüchsigen verheißungsvollen Ursprüngen ihres Seins zurück, wenn sie in den ersten politischen Formen, die aus dem Volksgeist geschöpft waren, die Anregungen zum Aufbau eines neuen und freien Deutschland sucht. Die geistige Vermittlung zwischen der deutschen Vergangenheit und der deutschen Zukunft, die durch die breite Barre der, römisch-imperialistischen Gedanken nachgebildeten Militärmonarchie getrennt waren, ist die Romantik, die eigenartigste, feinste Blüte deutschen Sinnens und Fühlens. Romantik und Sozialismus, in den Ursprüngen und in der Weltauffassung nahe verwandt, sollen sich endlich finden, um verschwistert aus dem deutschen Volksboden ihre eigengeratenen staatlichen und gesellschaftlichen Lebensformen hervorwachsen zu lassen.

Die Größe des deutschen Schöpfergeistes wird in den Männern und Werken verehrt, die ungefähr in den sechs Jahrzehnten von 1770 bis 1830 blüten, dichteten und dachten. Damals prägte sich die seelische Art der deutschen Nation zu lebendiger Form, die Fülle der von diesen gesegneten Geschlechtern emporgeworfenen Ideen ist für das Leben der Nation als Gesamtkörper und des einzelnen in ihr noch nicht völlig erschlossen. Jene Gedankenwelt blieb Bildung, eine kleine Zahl in jeder neugeborenen Generation nahm sie in ihr höchstpersönliches Bewußtsein auf. Vom Volksleben geschieden, konnte dieser denkbar feinste Bildungsinhalt nicht einmal allen Gebildeten zum sittlichen Lebensodem werden, er blieb vielfach Ästhetik, Geschmackskultur, das raffinierteste, aber untiefste Erzeugnis der Veredelung. Das robuste Leben des Volkes, seine politischen, wirtschaftlichen und sozialen Formen wurden nach Ideen gebildet, die der deutsche Geist in seiner reichen Schaffenszeit hinter sich ge-

lassen hat. Das öffentliche Recht entwickelte sich im Fürstenstaat in der Gangart des französischen Rationalismus, die Wirtschaft folgte dem Individualismus. Das soziale Bewußtsein war in den oberen und unteren Klassen auf Recht und Wohlfahrt des isolierten Individuums gestellt. Der Rationalismus, innerlich im deutschen Wesen bereits überwunden, mußte sich in den äußeren Grundlagen deutschen Zusammenseins erst auswirken, ehe die Reife da war, nun die auf deutschem Geistesboden erzeugten Auffassungen von den Beziehungen zwischen Einzelnem und Ganzem für die Gestaltung der völkischen Politik und Wirtschaft nutzbar zu machen. Die Aufgabe ist in dem geschichtlichen Augenblicke gestellt, da der Fall der deutschen Monarchie die Volkskräfte zur Freiheit entläßt, die jahrhundertelang verkümmert und was tiefer griff, im Denken und Empfinden der öffentlichen Dinge irregeleitet waren.

Die Voreingenommenheit des inneren Blicks war die Grundursache, warum die neuen Ideen der Romantik über die einzelmenschliche Persönlichkeit und ihre innere Ausweitung durch das Leben in und mit der Nation von ihren Urhebern zum Teile mißverständlich in die Wirklichkeit übertragen wurden, warum eine Richtung der Romantiker Restaurationspolitik machte, warum andere, vor dem alle Macht heischenden Staatsapparat stehend, in der Ständeorganisation, die sich dem Absolutismus in seiner Entstehungszeit entgegenstellte, von ihm überwunden, aber hie und da in unschädlichen Gestaltungen konserviert wurde, die Ideen der politischen und wirtschaftlichen Romantik vorgebildet glaubten. Das Ständewesen war jedoch bereits eine Entartung, eine Erstarrung früheren freien Lebens. Die Stände übten öffentliche Gerechtsame neben dem Fürsten, aber nicht aus dem Gesamtleben der Nation heraus und zu deren Nutzen, sondern als Privatrecht. Die romantische Idee war aber Eingebettetsein der Persönlichkeit im Volksganzen, Bereicherung des einzelnen durch seine Verwurzelung mit der Gesamtheit. Der Ort deutscher Geschichte, in der diese Idee quellendes Leben gewesen war, ist nicht die Ständezeit, sondern die vor ihr liegende Epoche, in der die deutsche Stadt die Trägerin der nationalen Kultur gewesen war. Im 13. bis 16. Jahrhundert war im deutschen Städtebürger verwirklicht, was die Romantik

an der Wende des 18. und 19. Jahrhunderts neu erdacht hat. Die beiden Zeiten deutschen Kulturlebens sind aber nicht darum allein innerlich verwandt. Sie müssen auch zusammen genannt werden, weil sie die zwei großen Abschnitte waren, in denen der deutsche Volksgenius seine besten originalen Schöpfungen vollbrachte. Waren die Jahrzehnte der Dichtung und Philosophie die Höhepunkte deutschen Ideenlebens, so waren die Jahrhunderte der Städteblüte der Gipfel harmonisch-freien politischen Daseins auf deutschem Boden. Beide Großepochen sind urtümlich nationaler Quell für eine Erneuerung des deutschen Daseins nach der Katastrophe, die die Militärmonarchie über das Volk gebracht hat.

Die deutschen Menschen suchen zurzeit den Übergang aus einer von oben her schematisierten, nach oben zulaufenden sozialen Ordnung zu einer von unten her orientierten, auf der breiten Arbeitskraft des Volkes ruhenden Gesellschaft. Die deutschen Städtebürger hatten diese Leistung vollzogen. Sie befreiten sich von der Feudalordnung der ersten mittelalterlichen Jahrhunderte. Es war lange geschichtliches Schlagwort, daß mit dem Zusammenbruch der Hohenstaufen, mit dem Kraftloswerden der alten deutschen Königs- und Kaisermacht ein politischer Niedergang des deutschen Volkskörpers beginnt. Einsichtigere Geschichtsbetrachter, die den Glanz des nationalen Lebens nicht nach den Italienzügen der ersten Königsgeschlechter messen, sondern nach dem inneren Wachstum des Gesamtvolkes, müssen die Zeit vom großen 13. Jahrhundert bis über die Reformation hinaus als die Blüte mittelalterlichen deutschen Lebens erkennen. Die Könige aus dem Karolingerhaus, die Ottonen, Salier und Hohenstaufen waren geistig von dem römisch-imperialistischen Gedanken umsponnen, Heloten fremder politischer Ideen, geniale Barbarennaturen, als Individuen machtvoll, als politische Schöpfer steril. Ihr Herrschtrieb ging darnach, schon damals die Freiheiten, die die werdende Nation aus den germanischen Wäldern mitgebracht hatte, einem königlichen Gebieterwillen zu unterwerfen. Der selbstbewußte Hang im Volke war jedoch noch wild urwüchsig, noch zu stark. Das Feudalsystem schien das Unterfangen allerdings zu begünstigen. Mit seiner hierarchischen Lehensordnung, die keine Rechte kennen wollte als das vom

königlichen Oberherrn geliehene, mit der Aufsaugung der Freisassen und der freien Edelleute, mit der Einschachtelung aller Stände in den Dienst und Schutz eines Herrn lockerte diese Ordnung das Gefühl für Freiheit und Selbstbestimmung. Der Trotz wußte sich jedoch auch in der Vasallität durchzusetzen. Die Waffe gab Ehre, deren Rechte auch der Lehensherr achten mußte. Allein die Hintersassen, die Bauern und das arbeitende Volk auf den Höfen verfielen, wenn auch der germanische Rechtsgedanke ihr Standesrecht schirmte, der unfreien Luft. Über diese erhob sich nun der Städtebürger. Aus den Besonderheiten seines Berufslebens baute er in die feudale Welt ein System politischer und wirtschaftlicher Demokratie hinein und sprengte jene.

Die deutsche Stadt war eine originäre politische Lebensform, ideenvoll durchgebildet, das Muster aufrechten Bürgerdaseins in einem wohlgeordneten Gemeinwesen, dessen Seele der gemeine Nutzen war. Das Springende an den deutschen Städtedemokratien, das sie von den modernen aus den Ideen der individualistischen Aufklärung hervorgegangenen Demokratien scheidet, ist, daß der Bürger nicht in zwei Lebenssphären steht, in einer privaten und in einer öffentlichen — wobei in der formalen Demokratie der Privatmensch sich durchaus indifferent gegen das öffentliche Wesen verhält. Der Bürger der deutschen Stadt hat keinerlei privates Leben, das nicht zugleich öffentliches Gesamtleben wäre. Die Ursprünge des Städtegeistes fallen in das üppige Gildenwesen. Die Gilde, die Vereinigung gleicher Genossen, sog den ganzen Menschen in sich. Sie faßte das religiöse, das politische und berufliche Dasein ihrer Angehörigen in eins. Es gab keinen dem Volke fremden Staatsapparat, der die Ordnung schirmte. Die Volksgenossen schlossen sich zum Schutze von Leib und Gesundheit, zur Warnehmung ihrer Berufsinteressen und ihrer persönlichen Rechte zusammen. Aus solchen Gilden wuchsen die deutschen Stadtgemeinden. Der Gildengeist: der Geist freier Genossenschaftlichkeit und die Gildenverfassung: Selbstbestimmung im Kreise von Gleichen durch Vertrauensmänner, die durchaus Vollmacht von der Gesamtheit tragen, geht auf die städtischen Gemeinwesen über.

Politisiertes und sozialisiertes Dasein in der deutschen Stadtgenossenschaft

In den Städten stand, aus dem Feudalbande erlöst, die alte deutsche Gemeinfreiheit wieder auf. Die Luft der Stadt machte frei. Jeder Bürger war Genosse. In den Städtebürgerschaften bildete sich unter Deutschen zum erstenmal ein Zustand öffentlichen Rechts, nachdem der Feudalismus öffentliche Angelegenheiten als privatrechtliches Gut behandelt hat. Der Städtegeist ruhte nicht, bis er das volle Recht der Selbstregierung in allen Lebensgebieten hatte. Die Stadtbehörden waren echte Selbstverwaltungsbehörden, ihr Amt war Pflicht gegen die Gesamtheit. Die Wahl, die sie berief, brachte zum Ausdruck, daß jeder Bürger Anspruch auf die Übung des Gesamtrechtes hatte. Er hatte auch die Pflicht hiezu, denn ein übertragenes Amt mußte angenommen und ausgefüllt werden. In diesem Gemeinwesen war der Bürger nicht vereinzeltes Individuum, Körnchen in einem zerpulverten Menschenhaufen. Er stand in seiner Gilde und in seiner Zunft. Von der Zugehörigkeit zu einer Genossenschaft, die am Stadtregiment teilhatte, nicht von seiner Einzelpersönlichkeit her floß ihm politischer Anwert, soziales Ansehen. Die Genossenschaft bildete auch seine ökonomische Existenz. Die Wirtschaft der Stadt war nicht ein zufälliges Aggregat von Einzelwirtschaften, sondern ein Organismus von Berufsgenossenschaften, die sich in die Güterversorgung für die Gesamtbevölkerung teilten, den Markt beschickten, von auswärts her Waren zogen und durch Handel in die Fremde ihren und der Stadt Wohlstand mehrten. Erzeugung und Tausch waren nicht Übung privaten Rechts, privater Initiative, das ließ das genossenschaftliche Wesen der Stadt nicht zu, in der es nur Betätigung im Dienste des Gemeinwohls gab. Die Handwerkerzunft betrieb ihr Gewerbe als Gesamtpflicht gegen die Stadt. Aus der Übernahme dieser Pflicht wuchsen ihr als Gesamtrecht Ansprüche polizeilicher, aber auch monopolistischer Natur. Die Zunft hat ein Amt, sie war ein Teil des öffentlichen Lebens. Das Amt ließ

sie dann durch ihre Angehörigen versehen. Der Meister trieb sein Handwerk im Auftrage der Zunft. Diese war im Grunde nicht ein Verein von Erzeugern, sondern eine Erzeugungsgenossenschaft, die durch ihre Mitglieder arbeiten ließ. Alle Regeln der guten Zunftzeit atmen den Sinn, daß der Handwerksmeister für seine Kunst vor der Allgemeinheit die Verantwortung zu tragen hat. Er darf nicht arbeiten, wie es ihm beliebt, sondern wie es die Zunft im engeren Interesse der Genossenschaft und im weiteren Interesse der Stadtgesamtheit für notwendig erachtet. Vor allem gibt es keine Betriebsamkeit zur Mehrung des eigenen Reichtums. Menge und Qualität des Rohstoffes wird zugemessen und kontrolliert, die Arbeitszeit, die Zahl der Gesellen und Lehrlinge bestimmt, die Aufnahme der Hilfskräfte ist öffentliche Angelegenheit. Solange blühende Zünfte in blühenden Städten standen, ehe die Verknöcherung unter obrigkeitlichem Einflusse eintrat, war der Geselle nicht künftiger Mitbewerber ums Brot und darum niedergehalten, sondern späteres Mitglied der Meistergilde, dem Sorge und Erziehung zuzuwenden Pflicht war. Konnte der Meister nicht um des Mehrgewinnes willen überproduzieren, so mußte er auf der anderen Seite leisten, was den Kräften seiner Werkstatt entsprach. Das Handwerk ruhte auf strenger Arbeitspflicht. Im Rahmen der Zunft nahm der Meister an der Selbstverwaltung der wirtschaftlichen Aufgaben der Genossenschaft teil, auch die Gesellen übten in ihren Verbänden ihre Pflichten für die Ehre des Handwerksamtes. Außer den Gewerbeangelegenheiten berieten die Zünfte alles, was in das Stadtregiment fiel. Dieses war also Gesamtergebnis der Auffassungen und des Willens der den Stadtorganismus bildenden Genossenschaften. Die Zünfte wurden am spätesten als Teilhaber an der Regierung der Gemeinde anerkannt. Harte Kämpfe gingen vielfach der Aufnahme der Handwerkergilden in die genossenschaftliche Stadtverwaltung voran. Fast überall setzten sich jene durch. Von der Zeit an, da die Zünfte in der Stadt zu vollem Recht gelangten, war diese das Heim politischer und wirtschaftlicher Demokratie. Ihr Schmuck war: Selbstverwaltung der Berufe; deren Zusammenwirken in der Selbstregierung der Stadt; innerhalb der Berufsgenossenschaften der einzelne an seinem Platz Verwalter der Berufspflichten, Mitarbeiter am Berufsgesamtzwecke; nicht Bereicherung

des einzelnen, sondern gleichmäßiger Wohlstand aller Zweck des Wirtschaftens; nicht die Herrschaft über Gütermengen, sondern Aufrichtung eines Bürgerdaseins, in dem das Individuum innerhalb der Gesamtheit Befriedigung seines Lebens fand, Ziel des genossenschaftlichen Wirkens. Heim und Habe, die dem Tage dienten, waren geschützt. Aber Grundlage und höherer Sinn des Lebens waren Gemeinbesitz. Die mittelalterliche deutsche Stadt in ihrer Hochblüte war ein sozialistischer Organismus. Freilich war es nicht Sozialismus aus dem Geiste des Rationalismus, der letztlich im Individualrecht wurzelt und in der Gesamtheit Mittel für die Zwecke des einzelnen sieht, der darum die Kampfgereiztheiten und Engheiten des sich durchsetzenden Eigenwillens nie los wird, vielmehr ein Sozialismus, aus dem ursprünglich genossenschaftlichen Empfinden geboren.

Die Städte, die Heime jenes wohlgebildeten genossenschaftlichen Lebens schufen aus ihrem Geiste hohe Kultur, ihre Straßen und Plätze, ihre Kirchen und Museen erzählen noch heute von der überquellenden schöpferischen Kraft, deren ihr genossenschaftliches Zusammenwirken einstmals fähig war. Sie hatten auch den großen Gedanken, aus der deutschen Nation eine politische Einheit nach ihrem Ebenbilde zu schaffen, Deutschland als Gefüge von Genossenschaften gleichen politischen Rechtes aufzubauen. Der genossenschaftliche Gedanke verwirklichte sich in den Städtebünden, in den Bünden von Kommunen und freier Ritterschaft. Die bündische Idee der Städte wollte schon vor Jahrhunderten den deutschen Boden zum Heim freier genossenschaftlicher Existenz machen. Zweimal nahm der bürgerliche Geist in ausgreifender Kühnheit den Versuch auf, im Rheinischen Städtebund in der kaiserlosen Zeit — damals scheiterte er an der Eigensucht der geistlichen Kurfürsten — ein zweites Mal gegen Ende des 14. Jahrhunderts im Schwäbischen Städtebund — hier unterlagen die Städte der Militärgewalt der Fürsten. Nur die Schweizer Mitglieder des Bündnisses wußten ihr freiheitliches bündisches Prinzip zu retten, es trennte sie mit der Zeit völlig vom großen Deutschland, in dem die Territorialherren, im Grunde erbliche Söldnerführer, ihr obrigkeitliches, zuerst durch die Stände begrenztes, später absolutistisches Regiment begründeten. Die politische Epoche hob an, die mit dem Weltkrieg ihr Ende gewann.

Politische und wirtschaftliche Demokratie ist der Ruf der neuen Gesellschaft. Der Jahrhunderte verschüttete Geist deutscher Gemeinfreiheit und Genossenschaftlichkeit will wieder Leben werden. Er hat ehedem die Zeitenfolge des Feudalismus überwunden und in der mittelalterlichen Stadt hohe Kultur in Politik, Wirtschaft und Leben erblühen lassen. Dann verschütteten ihn die Jahrhunderte der Militärmonarchie, die, rückgreifend auf das Organisationsprinzip des Feudalismus, die Nation durchwegs nach oben richtete. Jetzt will die deutsche Gesellschaft wieder auf das breite Fundament der schaffenden Arbeit gestellt werden, sie will statt obrigkeitlich gelenkter, vereinzelter Untertanen sich selbst regierende, genossenschaftlich gruppierte Bürger. Der Anlauf zu einer volkstümlichen bündischen Verfassung, den die hochmittelalterliche Städtepolitik machte, brach ab, weil dem Bürger die Masse der Bauernschaft nicht zugesellt war. Der Bauer war durch den Grundherrn von der Befreiung zum genossenschaftlich freien Dasein abgesperrt. Der Städtebürger stand dem Schicksal der Menschen auf den Dörfern und Höfen gleichgültig gegenüber. Als in den Krisenjahren, da der Kampf zwischen Herrschafts- und Freiheitsleben in den deutschen Territorien ausgefochten wurde, der Bauer sich erhob, um sich vor der Herabdrückung zum hörigen Mann zu wahren, wurde er blutig niedergeworfen. Der Sieg der Herren über den Bauern wurde auch die Niederlage der politischen Städtekultur. Die neue Wende in unseren Tagen geht auf festerem Grunde vor sich. Diesmal zieht die industrielle Arbeiterschaft, ziehen die Massen der Nation zur Demokratie und Genossenschaftlichkeit. Wenn sie ernsthaft dem Ziel: Aufrichtung eines volkstümlichen Regiments in der Nation entgegenmarschieren, werden sie die Ideen, die ihre Kampfjahre erfüllten, hinter sich lassen und ihr Modell in dem Geiste und in der Verfassung der mittelalterlichen Stadt ins Auge nehmen. In dieser ist die politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie schon einmal in nationalen Formen lebendig gewesen. Freilich Zug für Zug kann sich Vergangenheit nicht wiederholen. Die handwerkliche Organisation in den malerischen Gassen der engen Städte hatte andere technische Voraussetzungen als der Fabriksbetrieb in den modernen Industriezentren. Die Technik hat jedoch die Wirtschaft nur in größere

Maßstäbe auseinandergezerrt. Sie hat wohl auch die Arbeitenden anders gruppiert. Aber die zutiefst sitzenden Gedanken des deutschen Städtelebens, die Sammlung aller Berufstätigen als Genossen in der Arbeit, die Versehung der Arbeit als öffentlicher Dienst, die Voranstellung des Gesamtwohles vor jede Art Sonderneigung, die Selbstverwaltung des den Berufsgenossen zugemessenen Anteiles am Gemeininteresse, das Zusammenwirken der Berufsgenossenschaften im gemeinsamen Regiment der Nation — diese Bausteine zu volkstümlicher Verfassung und Wirtschaft sind in den Einrichtungen jener freien Stadtgemeinden handlich aufgeschichtet. Zu einem lebensvollen Ganzen muß sie der Sinn für echte Genossenschaftlichkeit fügen. Mit ihm muß sich nicht bloß der Unternehmer erfüllen, der bisher die Wirtschaft nach eigenem Willen und zu eigenem Zwecke leitete, sondern auch die Arbeiterschaft, die in den geistigen Führern des Berufes nicht die Gegner, sondern die an ihrem Platze dem Ganzen dienenden Kräfte erschauen soll. Genossen sind nicht allein die Mitschaffer im Werksaale, sondern auch die Vordenker im Kontor, im Zeichen- und Experimentierraume.

8. Kapitel

Genossenschaftliche Keime in der Augustverfassung

Die politisch-wirtschaftliche Demokratie der mittelalterlichen deutschen Stadt war eine gewachsene Lebensform. Der Absolutismus war eine andere Lebensform, wurzelhaft anders im Erfassen der Beziehungen zwischen dem Einzelnen und dem Ganzen. Mit dem Fall der Militärmonarchie kann die deutsche Nation zu der dem ursprünglichen Geiste deutscher Mannesfreiheit anliegenden Lebensform zurückkehren, wie sie einmal bereits in ihren städtischen Verfassungen geblüht hat. Die Stadtdemokratien sind nicht von heute auf morgen entstanden. Ihr Werden war ein langer Prozeß der Kräftigung, der Verfeinerung der Genossenschaftsidee.

Die neue deutsche Gesellschaft, die mit dem Novemberumsturz aus dem Schoße der Geschichte entlassen wurde, wird gleichfalls nicht das Werk weniger gesetzgeberischer Akte sein können. Auch sie wird werden müssen, ihr Gang wird ein stilles fruchtbares Wachsen der Genossenschaftsformen sein. Ihr Schicksal ist, einer Ordnung nachzufolgen, die durch den Druck eines autoritären Staatsprinzips ihr Gesicht erhalten hatte. Die Seele dieses Staatsapparates, der monarchisch-militärische Antrieb, ist erloschen. Aber das Gehäuse steht noch, die Maschine läuft noch auf alten Rädern. Das starre Gemäuer ist von innen zu sprengen, das alte bureaukratische ist durch ein neues demokratisches Federwerk zu ersetzen. Ein Entwicklungsweg, ein Weiterschwellen bestehender Ansätze, ein Aufbrechen neuer und gleichartiger Triebe hat angehoben. Die rationalistische Vorstellung, daß die neue Gesellschaft mit einigen Handgriffen aufgestellt werden kann, wie der absolute Fürst oder Minister und ihm nachfolgend so mancher sozialistische Eiferer gerne denkt, steht dem Neuen, das wieder in organisch-gebundenes Gesellschaftsdasein führen wird, fremd gegenüber. Die Formen der Zukunft werden durch Ausreifung, Verbreiterung und Vertiefung der Ideen entstehen, die den Keim des Wachstums hergeben, der Ideen genossenschaftlichen Daseins. Am Eingang der neueren deutschen Geschichte steht ein Werk der Rechtssatzung, die Reichsverfassung. Das Tüchtige an ihr ist Formulierung der Probleme, die der Zukunft gestellt sind. Nicht wo sie abgeschlossenes Recht gibt, Entscheidungen vorangegangener politischer Kämpfe, glänzt ihr Werk, sondern wo sie tastend in die Zukunft weist, wo sie neue Entwicklungen offen läßt. Artikel 18, der für eine neue Gliederung der alten Bundesstaaten, jetzt Länder genannt, den Weg freimacht, und Artikel 165, der im Grundsatz die Räte als neue Körperschaften politischen Rechts in den Reichsorganismus einbaut, sind die lebendigen Keimzellen in dem geschriebenen Werk. Von ihnen aus bahnt sich das Kommende, Erwünschte: Verschwinden des „Staates", gebietliche und berufliche Selbstverwaltung durch genossenschaftliches Zusammenwirken der Stammes- und Berufsbrüder, Wiedergeburt der Nation als Gesamtverband frei sich regender, das Gemeinwohl im steten Ausgleiche erzielender Siedelungs- und Arbeitsverbände.

Das Reich der Augustverfassung ist der Sieger über den früheren deutschen Staat. Was 1848 mißlungen war, die Aufrichtung eines Deutschen Reiches aus dem politischen Willen der Nation über die Bereiche der dynastischen Hausmacht ist 1919 verwirklicht worden. Ein Erbe der mittelalterlichen Städtedemokratie und der Romantik fiel endlich heim. Die Nation baute sich aus eigener Kraft ein staatliches Haus, die territorialen Schöpfungen des Absolutismus, die die Nation zersplittert hatten, waren gefallen. Die Bundesstaaten wurden freilich nicht beseitigt, wie im ersten Anlauf angestrebt war. Ein preußischer Konservativer, Herr von Batocki, hatte Preußen in den ersten Revolutionswochen das Sterbelied gesungen. Sozialisten waren dann sonderbarerweise als Hüter des Preußenstaates und seiner finanziellen Gerechtsame aufgetreten, wie im Süden der radikale Marxist Kurt Eisner im Gewande eines bayrischen Partikularisten herumspaziert war. Die Überwindung der Bundesstaaten war nicht aufs erste geglückt, weil die Befürworter des Einheitsstaates gleich seinen partikularistischen Gegnern nicht sofort in der Idee der neuen Zeit hatten denken können. Ein Einheitsstaat aus dem rationalistischen gleichmachenden Geiste, aus dem die fürstlichen Staaten hervorgegangen waren, ein zentralisiertes Reich ist nicht deutsch. Die deutsche Bussole zeigt nicht in die Richtung eines departementalen Deutschland. Das Reich als Bund, allerdings nicht als Bund von Fürsten, die das von ihnen beherrschte Land im großen nationalen Körper mediatisieren, sondern als Bund der Landschaften und Stämme, die sich selbst frei regieren und sich als selbstverwaltende Gebiete zum nationalen Gesamtgebiete fügen, das ist Überlieferung deutscher Demokratie. Das Reich als Volksgenossenschaft wird erst vollendet sein, wenn die „Staaten" sich vorher in Genossenschaften umgewandelt haben. Die sozialdemokratische preußische Regierung, in zentralistischen Ideen verfangen und von der Bureaukratie in den Zentralämtern noch beeinflußt, hat sich in ihrem ersten Autonomieentwurf zum herzhaften Durchstoß auf die selbstverwaltenden Stammesgebiete hin, also zur Zerfällung Preußens nicht vorarbeiten können. Es war noch reichlich rationalistisches Staatsdenken da. Einige Monate später bekannte sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion mit den beiden

anderen Koalitionsparteien in einer Reihe schon zur Zerschlagung Preußens. Entschiedener war dann der Parteitag des Zentrums, dessen alte föderalistische Überlieferungen in die Romantik zurückgreifen. Erzberger hat den Weg gezeichnet, als er sagte, Rheinland, Westfalen, Hannover, Schlesien sollen gleichberechtigt sein mit den anderen Ländern, deren Aufgabe es dann sein werde, die Eigenart der einzelnen Stämme ausleben zu lassen. Hiebei schob der Minister die wirtschaftliche Dezentralisation und Selbstverwaltung in den Vordergrund. Ähnlich Trimborn: „Wir fordern Autonomie der preußischen Volksstämme im Rahmen des Reiches, wie Bayern und Württemberg sie besitzen." Freilich wäre noch zu sagen, daß die Ausmerzung des Staates alten Stils bei den künstlichen Schöpfungen der süddeutschen Dynasten, die Landschaften und Stämme nicht minder willkürlich behandelten wie die Hohenzollern, nicht stehen bleiben kann. Der Gedanke, daß das Reich aus seinen natürlichen, gebietlichen und stammlichen Besonderungen zusammenwachsen soll, gärt. Das neue Deutschland hat hier eines seiner politischen Gesetze gefunden.

Das Reich soll kein „Staat" im alten Geiste werden. Der deutsche Staatsgeist ist bestimmt unterzugehen. Jede Gesellschaft bildet ihre Verfassung. Die staatliche Gestaltung des Volkslebens ist fließendstes geschichtliches Element. Die neue deutsche Gesellschaft kann den Staatsbegriff, der auf anderem Boden wuchs, nicht weiterschleppen. Die Demokratie kommenden Stils, die ebensosehr politische wie wirtschaftliche Selbstregierung sein wird, muß die ihr geistig angeglichene Staatsverfassung erzeugen. Selbst wenn die neue deutsche Demokratie vorläufig in die Hülse des alten Staates schlüpft, wird sie diese, ihre Seele einschnürende Umhüllung sprengen. Schon die Grundgedanken des alten Staates rebellieren gegen die neue Idee. Die Theorie des deutschen Staates sah den Kern der staatlichen Existenz in der Machterhaltung und Machtentfaltung. Der Machtzweck sollte das Primäre sein, organisch, wie Adolf Wagner meinte. Kultur- und Wohlfahrtszweck fügen sich dem Machtzweck ein. So hat es der Absolutismus und seine pseudokonstitutionelle Verkleidung immer betätigt. Die Finanzpolitik, die Verkehrs- und Wirtschaftspolitik standen im Dienste der Macht.

Die gesamte Staatszwecklehre, die in enger gedanklicher Wechselbeziehung zu den Theorien über die Grenzen der Staatstätigkeit war, ist alten Stils. Ist der Staat nicht Machtapparat über dem Volke, so bleibt die Idee verbannt, daß eine Schiedsgewalt über die im wirtschaftlich-sozialen Streit verfangenen Klassen da sein müsse, dann fällt die Vorstellung, daß es ohne Herrschaft keinen Staat gebe, das heißt, daß zwischen Gemeinwesen und Volk immer das Verhältnis von Über- und Unterordnung vorwalte. Der alte Staat hat seine Herkunft aus dem Kriegsgeiste nicht verleugnet. Alle Staatstheorie ist auf das militärische Wesen zugeschnitten. Die Demokratie will nicht Militärhoheit sein. Darum braucht sie keinen Staatsapparat alter Art. Die Nation, die sich selbst regiert, kann ihr Gemeinleben in anderen Formen aufbauen. Sie wählt den loseren Verband, sie gruppiert sich nicht nach einem Zentrum, sondern in Gemeinschaften, die nebeneinander wirken, durch die Stimme des Blutes mehr als durch die Eisenreifen einer straffen Befehlsgewalt zusammengeschlossen sind. Das Staatsproblem wird so der Mystik entkleidet, in die es die frühere Theorie einwickelte Der Herrschaftsgedanke braucht überstiegene Argumente, die fürstlichen Absolutisten so gut wie die marxistischen Verfechter der Klassendiktatur des Arbeiters. Der Demokratie, die das Volk in allen seinen tätigen Schichten genossenschaftlich umfängt, ist die Verfassung des Gemeinwesens ein technisches Problem, eine Frage nach der Methode, die Räder der gebietlichen und wirtschaftlichen Selbstverwaltung reibungslos ineinander laufen zu lassen. Des Gemeingeistes ist die Demokratie sicher.

Rudolf Meyer, einer der ideenreichsten unter den romantischen Politikern Deutschlands, hat das Ziel eines gesellschaftlich-staatlichen Umbaues so umschrieben: Es gelte eine neue Organisation zu schaffen, neue Genossenschaften, die ihren Mittelpunkt nicht mehr in einer Stadt, sondern im Staat haben. Als inneres Ziel schwebte ihm vor, den staatlichen Zentralismus, der zum Cäsarismus in irgendeiner Form führe, durch Organisationen zu beseitigen, die allein eine Dezentralisation, ein Selfgovernment möglich machen. Was Rudolf Meyer vor Jahrzehnten als Aufgabe formulierte, ist heute Entwicklung geworden: die Umbildung des zentralisierten Staates absolutistischer Herkunft im

Geiste der mittelalterlichen Stadtdemokratie. Am Eingange des neuen Wachstums steht die bemerkenswerte seelische Erscheinung, daß mit der Erringung der Demokratie die vom 19. Jahrhundert bevorzugte Form der parlamentarischen Demokratie abgelehnt wird. Der gerade Sinn, der sich völlig aus den Banden des alten Staatsfühlens loslösen will, empfindet instinktiv, daß „formale" Demokratie, namentlich in ihrer französischen Erscheinungsart, nicht die neue Lebensform ist, der die Nation zustrebt. Rühren sich doch selbst in Frankreich, der klassischen Stätte der rationalistischen Formen in der Politik, verwandte Stimmungen. Sie verkörpern sich in dem großen Volksredner Marc Sangnier, der mit den romantischen Überlieferungen der christlich-sozialen Demokratie zusammenhängt. Sangnier will neben die formal-demokratische Kammer ein Berufsparlament stellen, in der die Arbeiter durch Vertreter unmittelbar mitregieren. Die deutschen Verteidiger der parlamentarischen Demokratie, die auch fürderhin den Schwerpunkt des Gemeinlebens in der politischen Kammer suchen, die Verfechter der von Sangnier so benannten „absolutistischen Politik" führen an, daß nur in dieser die allgemeinen Gesichtspunkte zur Geltung kommen. Berufsorganisation und Räte drängen zur Allgemeinheit nicht vor. Ein Trugschluß aus der Befangenheit in der altartigen Staatsidee, die in der Zeit geboren wurde, da der absolute Fürst und seine Ratgeber allein die Allgemeinheit repräsentieren und lenken zu können vorgaben. Der konstitutionelle Staat schuf im Parlament wohl einen Ersatz für die volkstümliche Selbstausgleichung der Sonderneigungen und für ihre Reinigung zum Gemeininteresse. Indes war in der deutschen Monarchie die Volksvertretung durchaus unter dem Druck des Staatsapparates der Bureaukraten, die trotz der Verfassung sich den Anspruch erhalten haben, sie allein seien die berufene Vertretung der Allgemeinheit. Wer den Berufs- und Lokalverbänden nicht zutrauen will, daß sie in freier Bewegung das Gemeinwohl fänden, wird noch immer von dem Gespenst der Staatsallmacht hypnotisiert. In seinem Kopf nistet noch die verfälschende Vorstellung, daß es außerhalb des Volkes über ihm eine Institution geben müsse, die den Gemeinsinn verwirklicht. Im Herrschaftsstaat allerdings war die Fiktion verständlich, daß der bewußt

ins Privatleben zurückgestoßene Bürger nicht im Gemeinsinn atme, daß dieser Privilegium der Staatsmacht sei. In einer gesunden volkstümlichen Ordnung jedoch weiß es der Bürger nicht anders, als daß Gemeinsinn die angeborene Empfindung ist, die nicht erst durch Gehorsam gegen eine übergeordnete Macht anerzogen werden muß. Nun meinen allerdings jene, denen die parlamentarische Demokratie schon die befriedigende Endform politischer Neuorientierung ist, daß die Demokratie, aus ihrer Natur heraus, die Engherzigkeiten des Herrschaftsstaates gutmache. Aber diese liberal-rationalistische Auffassung sieht vor ihrer Theorie die Wirklichkeit nicht. Ihr ist der Bürger, den der Absolutismus durch gewaltsamen Druck vereinzelte, in seiner Isolierung das Baumaterial auch für eine Gemeinschaft, die das Turmdach des Staates abgeworfen hat. Allein der Bürger war nur der alten Staatslehre ein vereinzeltes Geschöpf. In der Wirklichkeit kommt er nie abstrakt, in Reinkultur vor, sondern nur als Berufs- oder Siedelungsgenosse. Warum sollte er in dieser seiner reellen Erscheinungsform nicht fähig sein, das Allgemeinwohl zu finden? Hat er doch in England, dem Musterlande des Parlamentarismus, diese Aufgabe erfüllt. Das englische Unterhaus war geschichtlich Vertreter der lokalen Verbände und Interessen. Gleichwohl war es immer von hohem Gemeinsinn erfüllt. Umgekehrt ist in allen Parlamenten, in denen nach dem Schema der rationalistischen Staatslehre der Abgeordnete fiktiv als Vertreter des Gesamtvolkes gilt, der Regionalismus stark geblieben; die berufliche und klassenmäßige Zerklüftung der Parlamente ist ein Teil ihrer Geschichte geworden. Bleibt also auch im Parlament das Problem, wie Sonder- und Gemeinnutzen auszugleichen sei, so vermag die parlamentarische Demokratie, wenn sie schroff, doktrinär verwirklicht wird, die größere Aufgabe einer demokratischen Ordnung nicht zu lösen, nämlich den einzelnen zum Vollbürger, zum tatsächlichen Mitregierer zu machen. Der Bürger bleibt leicht unfrei, denn politische Freiheit heißt Anteil haben am Regiment. Diese ist nicht gewährleistet, wenn die einzige politische Betätigung des Bürgers einmalige Abgabe des Stimmzettels innerhalb eines längeren Zeitraums ist. In solcher Ordnung ist der einzelne Rad, das getrieben wird, Objekt der politischen Tätigkeit anderer, beinahe wie im Obrig-

keitsstaat. In Wirklichkeit haben sich alle rein parlamentarischen Demokratien, selbst England mit seinen starken Überlieferungen lokaler Selbstverwaltung, zu Oligarchien entwickelt, deren Sorge und Geschicklichkeit es einzig zu sein braucht, Mehrheiten zu erhalten. Je mehr Millionen die Wählerschaften zählen, desto gröber wird hiebei verfahren. Die Größe der Nation tritt so in umgekehrtes Verhältnis zu ihrer politischen Stärke. Wo die Nation ihr Schicksal täglich selbst soll kontrollieren können, ist aller Zentralismus abzutun, der Zentralismus des unumschränkten oder nur scheinbar beschränkten Herrn ebenso wie der Zentralismus einer Kammer und ihres Exekutivorgans, des Kabinetts.

Ist Demokratie Selbstverwaltung, so kann in einer wahrhaften Demokratie davon nicht genug sein. Selbstverwaltung heißt Mitarbeit, das zeigen sinnfällig die kleinen und kleinsten Gemeinwesen, so das Dorf, wo der Nachbar den Nachbarn kennt und die Gemeindeangelegenheiten nicht erledigt, vielmehr gelebt werden. In der großen Stadt ist Selbstverwaltung nicht in der Gemeindestube, sondern im Bezirk lebendig. Die Berufsgenossenschaft verwirklicht sie, weil hier das gemeinsame Fach nachbarschaftliche Wirkung erzielt. Mitarbeit wird leere Form, wo sie sich zur Stimmabgabe für andere verflüchtigt, denen man die Arbeit aufhalst. Selbstverwaltung ist der Blutkreislauf der Demokratie, stockt er, so erstarrt das volkstümliche Regiment, wird Bureaukratie, d. i. Herrschaft über den Bürger. Bureaukratie windet dem Vollbürger die Versehung der öffentlichen Geschäfte aus der Hand, sie nährt den Irrtum, daß der Bürger nicht geeignet ist, allgemeine Interessen zu wahren. Die alte Staatslehre hatte für die Existenz und Übermacht der Bureaukratie eine verführerische Theorie. Sie wandte den Begriff der Arbeitsteilung auf das Verwaltungsgeschäft an. Man ließ den unachtsamen Bürger so schließen: Du gibst einen Teil der Vorkehrungen für Leben und Ruhe der Gesellschaft, also die Vorsorge nach innen und außen, an sachverständige Beamte ab, die in tüchtigem Studium vorbereitet, in langjähriger Erfahrung geschult, die Sachen besser verstehen lernen als du Laie, der du an deinen Privatsorgen über und über genug hast. Hiebei wird vorausgenommen, daß, wie im Produktionsprozeß die Arbeitsteilung an sich das öffentliche Geschäft schon fördert; gerade das aber wäre erst

nachzuweisen. Man kennt die Klage Bismarcks über den Ressortpatriotismus der Geheimräte. Man kennt die Sucht des Beamten, die Wichtigkeit seines Schreibtisches dadurch in Erinnerung zu erhalten, daß er Schwierigkeiten macht. Es ist also schon fraglich, ob der Fachtüchtigkeit nicht Beschränkung als schwarzer Begleiter folgt. In der Politik — und jedes kleinste Verwaltungsgeschäft ist Politik — ist aber alles schädlich, was den Blick begrenzt. Denn Politik heißt, in jedem Augenblick das ganze Leben der Gemeinschaft, den Gesamtkreis ihrer Bedürfnisse übersehen. Gar wenn es sich um die allergrößten politischen Geschäfte der Nation handelt. Vor und im Krieg hat sich, wie heute wohl jeder Deutsche weiß, die Unterlegenheit seiner alten Bureaukratie sinnfällig gezeigt. Sie war das Unglück einer großen Nation, die der Theorie von der ertüchtigenden Arbeitsteilung in öffentlichen Dingen geglaubt hat. Die Lehre ist aber Schlimmeres als ein Fehlgedanke. Sie ist ein dem Bürger angetaner Schimpf. Denn sie will ihn zu einem gelderwerbenden, steuernden Banausen erniedrigen. Sie nimmt ihm die Persönlichkeit. Darin, aber nur darin hat sie allerdings die gleiche Wirkung, wie die Arbeitsteilung im Fabriks- und Kontorbetrieb, wo der entpersönlichte Arbeiter ein Rädchen wird, das von höherer Warte gelenkt werden muß. Darum ist ja Bureaukratie das typische Werkzeug aller absoluten Staatsgewalt, und es war ein Beweis für das unfreie Wesen des deutschen Staates, daß trotz Parlament, trotz der Steinschen Schöpfungen die autonomen Einrichtungen staatlich gedrückt blieben. Wie peinlich ist die Geschichte des Kampfes der Weltstadt Berlin gegen die Bureaukratie! Selbstverwaltung erst macht den Bürger wieder zur politischen Persönlichkeit, sie befreit und erweitert sein Ich. Selbstverwaltung war die klassische Lebensform im staatsschwachen Mittelalter, sie war die Blüte des Daseins in der demokratischen Stadt.

Die deutsche Demokratie hat vom alten Staat das Erbe einer reichbevölkerten Bureaukratie übernommen. Mit dem Beamtenproblem wird sie sich auseinanderzusetzen haben. Bureaukratie ist der wahren Demokratie fremd. Diese kann sich fachtüchtiger Helfer der Bürgerregierung und Bürgerverwaltung bedienen. Aber den Beamtenstand, der über Bürgerangelegenheiten ent-

scheidet, muß sie ausstoßen. Vielfach herrscht die Meinung, daß die Demokratie auch die Kraft hat, den Beamten zu demokratisieren, daß besoldete Berufsbeamte mit verantwortlichem Wirkungskreis sich in den Rahmen einer demokratischen Selbstregierung eingliedern lassen. Diese Lösung sei nicht undemokratisch. Die Auffassung, daß das Selbstverwaltungsamt unbesoldetes Ehrenamt ist, sei bürgerlich veraltet. Die Demokratie besolde auch die Ehrenstelle. Der Unterschied zwischen beamteter und ehrenamtlicher Stellung verwische sich sonach. Hier klingen noch die Gewohnheiten aus dem alten Staate nach. Vor dem Kriege sprach es einer dem anderen nach, daß der Deutsche von seiner tüchtigen unparteiischen Beamtenschaft besonders gut verwaltet werde. Das war eine der Konventionen, mit denen der öffentliche Geist umsponnen war. Die staatliche Bureaukratie war korrekt und fleißig. Aber man vergleiche die Staatsverwaltung nur mit der Verwaltung der Städte, um zu ermessen, wie sich schöpferische Versehung der öffentlichen Geschäfte von einer am Akte klebenden, unverdrossenen Durchführung der Gesetze unterscheidet. Die moderne deutsche Stadt hatte kaum ihresgleichen in der Welt. Dabei ist obendrein zu bedenken, daß die kommunale Selbstverwaltung über alle Gebühr staatlich eingezwängt war. Die großen Betriebe industriellen und finanziellen Unternehmungsgeistes hatten Armeen von Beamten. Wären diese die Herren der Geschäfte gewesen, so wäre das deutsche Wirtschaftsleben nicht innerhalb weniger Jahrzehnte steil emporgeschossen. Mit der Bureaukratie hat sich der alte Staat am tiefsten in den deutschen Volkskörper eingebohrt. Der Abbau einer in die Jahrhunderte zurückgehenden Geschäftsform ist nicht einfach. Die Monarchen waren leichter zu entfernen als die Geheimräte. Allein die neue Gesellschaft wird hier in ihrem demokratischen Werden die ihr gemäße Verwendung des beamteten Fachgehilfen der Selbstverwaltung ausbilden, die den Bureaukraten des Obrigkeitsstaates zum Absterben bringt. Daß er zum Absterben bestimmt ist, über diesen Grundsatz sollte in einem demokratischen Deutschland kein Zweifel sein.

Das Beamtenproblem wird seine Schwierigkeit verlieren, je rascher und je umfassender die Bürgergenossenschaften von

den öffentlichen Geschäften Besitz ergreifen. Die Demokratie trifft hier auf einen reich gesegneten Acker, dessen Früchte sie nur einheimsen muß. Nach der Umwälzung sprang die Idee der Selbstverwaltung wie auch Einrichtungen, die ihr zulaufen, urwüchsig aus der Gesellschaft heraus. Ersichtlich ist der Drang, sich vom alten Staatswesen zu befreien. Räte und die freien Arbeitsgemeinschaften, die Organisationen der Kohlen-, Kali- und Elektrizitätsgemeinschaft zielen darauf ab, dem Schaffenden wieder zu seiner Persönlichkeit zu verhelfen, ihn aus dem engeren Privaterwerbskreis herauszuheben, die Arbeitsteilung vom Unsegen der Entpersönlichung zu lösen. Allein nicht erst die Revolution hat Ansätze gebracht zur Ausreifung einer genossenschaftlichen Selbstverwaltung über die ganze Nation hin. Tief in den alten Staat und in die Wirtschaftsform des freien Wettbewerbes zurück reichen wirtschaftliche und soziale Bildungen, die sich dem nachrevolutionären Auge als Vorbereitung auf eine, Kapitalismus und Autoritätsstaat beerbende Ordnung deutschen Lebens enthüllen. Die genossenschaftliche Lebensform wollte schon auf dem ihr feindseligen alten Boden werden. Sie enthüllt sich so wahrhaft als organische Fortentwicklung der modernen deutschen Gesellschaft. Die Romantiker warfen der aufklärerischen Revolution vor, daß sie geschichtlich Neues „machen" wolle, die Stetigkeit historischen Wachsens nicht achte. Die genossenschaftliche Ordnung wird nicht „gemacht", sie entsteht. Hier bahnte sich ein Hineinwachsen der früheren Wirtschaftsweise in eine genossenschaftliche an, deren Zeichen der in andere Richtung ausblickende Marxismus nicht deutete.

Der wirtschaftliche Liberalismus hat den erwerbenden Menschen auf sich selbst gestellt. Wettbewerb aller gegen alle war seine Idee. Verbindungen zu Gemeinschaftszwecken, die nicht Erwerbsgesellschaften waren, sind wider sein Wollen. In der ungezügelten Freiheit des Gelderwerbs wurde der Frühkapitalismus eine Schicksalsmacht für die Gesellschaft. Vielleicht war es nötig, daß die neuen Nationen durch diese Form des Wirtschaftens hindurchgingen, da nur auf diesem Wege die Fülle materieller Möglichkeiten und personeller Urkräfte des modernen Volkskörpers zu höchster Ergiebigkeit gesteigert werden konnten. Das Individuum wurde schrankenlos. Allein nach wenigen Jahr-

zehnten kehrte der Urtrieb der Menschen nach Gebundenheit auch in die freie Wirtschaft zurück. Den Anfang machten die Genossenschaften zur Besserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Angehörigen. Daß sie nötig wurden, war allein ein bündiger Beweis von der Unhaltbarkeit der individualistischen Wirtschaftsverfassung. Diese ruhte auf der Annahme von der Harmonie aller Interessen, auf dem Glauben, daß die Betätigung des wirtschaftlichen Eigennutzes aller von selbst durch Ausgleich allgemeine Wohlfahrt herstelle. Genossenschaftliche Verbände traten Schritt für Schritt als Reaktion gegen die Unzulänglichkeiten des Kapitalismus auf. Es waren nicht immer Kampfgebilde gegen den Unternehmer, wie die Gewerkschaften, gegen den Handel, wie die Konsumvereine, gegen das große Kapital, wie die Handwerksverbände oder die genossenschaftlichen Kassen. Zu einem Teil waren solche Genossenschaftsformen Entwicklungen im Unternehmersinne, so Aktie, Kartell, Trust. Allmählich durchsetzte sich der liberal-kapitalistische Wirtschaftskörper mit den ihm fremdartigen genossenschaftlichen Formen, diese bestimmt, jenen aufzulösen. Von allen Seiten wucherte der Genossenschaftsgeist auf. Lebenswichtige Aufgaben, wie das Versicherungswesen aller Art, fielen ihm zu, die private wie vor allem die soziale Versicherung, deren Ziel: Sicherung — allein schon gebundenem Leben, nicht einer Gesellschaft freier Konkurrenz entspricht. Die Unternehmerverbände begannen mehr und mehr, den ungezügelten Wettbewerb, die ideelle Rechtfertigung der freien Wirtschaftsweise zurückzudrängen. Ein anderer ideeller Beweggrund rückte an die verwaiste Stelle, der Berufsgedanke, der dem individualistischen Erwerbstrieb die Zuflüsse abzugraben strebt. So schränkten die Unternehmerkartelle die Verfügungsfreiheit des Einzelunternehmers ein. Kundenschutz, Streikklausel, Prüfung der Schuld des Unternehmers an einem Streik vor Zubilligung der Entschädigung durch den Verband zeigen die Arbeitgeberschaft auf dem Wege zur Korporation, zur genossenschaftlichen Erfassung des Berufslebens. Auf der anderen Seite offenbart die entwickelte Gewerkschaft die Kraft, den wirtschaftlichen Klassenkampf zu mildern. Der Trieb nach vorwärts, die rücksichtslose Entfaltung der persönlichen Tatkraft, der ungenossenschaftliche Egoismus war im Weichen, die Grenzen,

die dem ungehemmten Individualismus blieben, engten sich ein. Der genossenschaftliche Sinn blieb nicht bei der Wirtschaft stehen. Deutlich wurde, daß er aus dem Erwerb in die Politik hinübergriff. Die vielbelächelte deutsche Neigung zum Vereinswesen konnte sich auch im Obrigkeitsstaat entfalten; blieb sie doch zunächst in der privaten Sphäre. Indes streben erstarkende Verbände mächtig ins Öffentliche. Typisch ist die Gestaltung des landwirtschaftlichen Vereinswesens. Kredit-, Ein- und Verkaufsgenossenschaften schlingen um die Landwirte mählich ein festes Band, organisieren den großen Berufsstand. Bald strebt er nach politischem Einfluß. Der Bund der Landwirte zeigt den rudimentären Hang der entwickelten Berufsgenossenschaft, in die politische Selbstverwaltung hinüberzukommen. Im alten Staat geschah dies in der Form der Interessenvertretung. Die Landwirtschaft war hier vorbildlich für Industrie und Handel. Die mannigfachen Formen, in die Interessenwahrnehmung schlüpfte, verraten gleichfalls, wie dem atomisierenden wirtschaftlichen Liberalismus und der atomisierenden Staatsgewalt ununterdrückbarer Genossenschaftsgeist entgegenwirkte. Auch der charakteristische Zug aller Interessenverbände, auf die Wahlen in die gesetzgebenden Körper Einfluß zu gewinnen, enthüllt den unwiderstehlichen Drang der Berufsgenossenschaften nach einem Stück politischer Selbstverwaltung. Die Verbände fühlen, daß ihre feineren Bedürfnisse in der allgemeinen Kammer kein Verständnis finden, ihre politische Aktion deutet auf das Bedürfnis nach beruflicher Eigenmacht.

Interesse ist jedoch noch entfernt vom tiefsten Sinn der Genossenschaftlichkeit innerhalb des Nationalganzen. Interessenvertretung setzt ein Machtgebilde voraus, dem Berücksichtigung von Sonderwünschen abgerungen werden kann. Immer noch erhob sich da der Staat als Vertreter der Allgemeinheit. Wahres genossenschaftliches Sein wird, wenn das Sonderinteresse sich mit anderen Sonderneigungen auf gleichem Boden mißt und diese, im Gedanken und im Gewöhnen an das Gemeinwohl, aus sich zum Ausgleich kommen. Diese Entwicklung ist eine seelische. Sie bedingt aber die Abwesenheit einer obersten Gewalt über dem Bürger und seinen Vereinigungen. Darum kann, solange der „Staat“ als obrigkeitlicher Schiedsrichter da ist, auch

Vergenossenschaftlichung innerhalb der Gruppen noch nicht zu höherer genossenschaftlicher Ordnung der Nation führen. Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände, Konsumenten- und Produzentenvereine stehen sich als kämpfende Klassen gegenüber, sie zerklüften das Volk. Die mittelalterlichen Gesellenverbände wurden erst Klassenorganisationen, als der absolutistische Polizeistaat die Zünfte reglementierte und deren Fähigkeit, Interessen aus dem Gesichtspunkte des städtischen Gemeinwohls auszugleichen, zum Verdorren kam. Umgekehrt vermag der Aufmarsch aller Verbände auf dem gemeinsamen demokratischen Exerzierfelde die Klassengegensätze in der höheren Einheit, hier der Berufsgenossen, dort der Volksgenossen, aufzulösen. Wie mögen sich in der Demokratie Arbeiter und Unternehmer in Arbeitsgemeinschaften nähern, wie nahe liegt den Konsumgenossenschaften auf der einen, den agrarischen Produktivverbänden auf der anderen Seite das Zusammenwirken, dort in der Selbstverwaltung des Berufes, hier in der Selbstverwaltung des Ernährungsdienstes! Über alle Genossenschaften spannt sich die Solidarität der werktätigen Schichten der Nation, also diese selbst in ihrer überwiegenden stetig an Zahl zunehmenden Masse.

Eine aufwärts weisende Linie genossenschaftlichen Wesens führt von der alten Gesellschaft in die neue. Dieser ist die Erfüllung von Ahnungen vorbehalten, die drüben halb unbewußt nach Gestaltung rangen. Die Selbstverwaltung der Siedelungsgenossenschaften, der Landschaften, Kreise, Gemeinden hat auch der alte Staat nicht völlig beseitigt, er hielt sie nur in Zucht, sein Abgang erweckt zurückgehaltenes Leben. Ungewöhnlicher erscheint dem am Alten Haftenden die Einfügung der Berufsgenossenschaften in die Regierung und Verwaltung der Nation. Die historische Rückschau ergab, daß auch hier nichts Künstliches gewollt ist. Wie die Gilden und Zünfte, so keimten auch die Genossenschaften der modernen Wirtschaft langsam auf, um jetzt im öffentlichen Leben der Nation den Platz zu fordern, der ihnen als einem Grundbestandteil des Volkes zufällt. Das Individuum weiß sich in seinem Berufszweig, in und mit diesem strebt es nach voller Persönlichkeit. Die Nation aber will sich in die Genossenschaften gliedern, die ihr einen innerlich bereicherten, der schmalen Privatsphäre entwachsenen Bürger stellen. Die

wirtschaftliche Demokratie, die ausgedehnte Selbstverwaltung der Berufs- und Wirtschaftsbünde auf allen Stufen, ihr Emporwachsen zu einer selbsttätigen Organisation der nationalen Gesamtwirtschaft, wird wohl ein Stück besten deutschen Volkslebens werden. Der Artikel 165 der Verfassung, ein weites Feld, das des Anbaues harrt, ist der zukunftsträchtigste Bestandteil des neuen öffentlichen Rechts. Selbstverwaltung, Anteil an der Ordnung der nationalen Wirtschaft ist ein Politikum. Wer die Räte individual-wirtschaftlich auffaßt, versteht ihren Sinn nicht. Die Räteverfassung will nicht dem Arbeiter Rechte geben, weil sie den geistigen Leiter des Unternehmens verkürzen will, sie will beider Kräfte, beider nationalen Willen entfesseln, sie will dem Volke von innen her die Stärke zuführen, die nur aus der freien Mitarbeit aller zu heben ist. Die Räte sind kein neuer Tummelplatz für den überholten Klassenkampf, in der Räteordnung geht die Klasse im Berufe auf, die Berufe in der Nation. Die politische Bedeutung der Räte tritt, je weiter die Organisation nach oben schreitet, um so deutlicher hervor. Von den Räten höherer Ordnung aus wird auch der Weg zur genossenschaftlichen Lebensordnung gelegt werden. Es wird kein Galoppritt sein, wie Ungeduld und Leidenschaft vermeint. Doch sieht auch die Zweifelsucht zu enge, die an dem jungen Wirken der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper lediglich die Befangenheit der Mitglieder in ihren privaten Erwerbs- und Berufsinteressen wahrnehmen will und ihnen das Schicksal voraussagt, daß sie am Ende doch von der Bureaukratie wieder erobert würden, die gegenüber den Interessenten immerhin die Allgemeinheit vertrete. Auf dem Umwege über die äußerlichen Formen wirtschaftlicher Autonomie soll darnach die Entwicklung des deutschen Gemeinwesens wieder in den Bureaukratenstaat münden. Die so urteilen wollen, übersehen, daß die neuen Organisationen im Interessenten den Bürger wecken und erziehen sollen. Eine privatwirtschaftliche Entwicklung von Jahrhunderten ist eben nicht mit einem Schlag auszuroden. Allmählich soll darum das Wachsen sein. So kräftig das genossenschaftliche Empfinden vordrängt, noch sind starke Impulse des alten individualistischen Wirtschaftsgeistes übrig. Sie werden sich erst nach und nach in die veränderten Bedingungen deutschen Wirtschaftens schicken. Ja es ist die Frage, ob eine

so fundamentale Form europäischen Gesamtdaseins, wie die Tätigkeit des freischaffenden wirtschaftlichen Individuums je wieder vollständig aus dem Erdreich gehoben werden kann. Sie hat ihre technischen Bedingungen und Wirkungen. Das Problem wird sein, sie dem Nutzen der Gesamtheit dienstbar zu machen. In den Wirtschaftsräten wird sie ihren Platz finden. Dort kann sie sich mit den ihr entgegenwirkenden Strebungen messen, sie wird sich hier modifizieren, dort dem anderen etwas von ihrem Wesen aufprägen. Ein Detail solcher Erziehungsarbeit konnte wahrnehmen, wer auf das Verhalten von Hugo Stinnes in den Verhandlungen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates über das Spaer Kohenabkommen achtete. Stinnes, in Spa noch privatwirtschaftlich denkender Interessenvertreter und scharfer Verfechter der Ablehnung der französischen Forderungen, entwickelte im Reichswirtschaftsrat aus der Fülle seiner Fachfähigkeit treffliche Anträge, wie das harte Abkommen dennoch zur Rettung Deutschlands verwirklicht werden könne. Im Reichswirtschaftsrate war der Bürger in ihm hervorgebrochen, der seinen Teil an der Verantwortung für das Ganze fühlt. Die Episode war ein Bildstück für die Ausgleichung von Interesse und Allgemeinsinn, vom Hineinwachsen des regsamen Schaffensdranges eines wirtschaftlichen Individualismus in gemeinwirtschaftliche Bedürfnisse. Daher ist auch der erregte Streit um die gebundene Planwirtschaft noch ein Stück früheren rationalistischen Wirtschaftsdenkens gewesen. Die Wirtschaftsräte werden ihn im Zuge der Entwicklung entscheiden. Die schöpferische Selbstverwaltung des werktätigen Volkes wird so viel Planwirtschaft verwirklichen als im jeweiligen Stadium des nationalen Lebens dienlich und möglich ist. Genossenschaftliche Ordnung des gesamten nationalen Lebens, das Wachsen politischer und wirtschaftlicher Demokratie ist die umfassende Idee. Wie der Rahmen sich füllen wird, ist geschichtliches Werden.

Der deutschgenossenschaftliche Rechtsgeist

Genossenschaftlichkeit will den Menschen durchaus im Gemeinleben. Sie weist jedem seinen Anteil an der Selbstregierung der Nation zu, sein Recht und seine Pflicht innerhalb der durchgebildeten Selbstverwaltung. Indem sie die Scheidung von Regierung und Regierten, von Trägern und Objekten der staatlichen Hoheitsgewalten aufhebt, macht sie aus jedem Bürger einen Menschen öffentlichen Rechts. Die Beziehungen von Nachbarn zu Nachbarn, Berufsangehörigen zu Berufsangehörigen erhalten ihre Farbe von ihrer beider Verhältnis zum Gemeinwohl, seinem Schutze und seiner Förderung. In den reinen Demokratien ist der Grundton des Daseins publici iuris. Die griechischen Freistaaten, die mittelalterlichen Städterepubliken haben keinen Raum für Mitbürger, die sich der Obrigkeit anheimbefehlen und ihr Leben in die Nestchen privaten Interesses einspinnen. Die Trennung des privaten vom öffentlichen Menschen ist ein Erzeugnis autoritärer Staatsformen. In einer genossenschaftlichen Ordnung wahrt der Bürger den persönlichen Lebenskreis, das Anrecht auf Entfaltung seiner Kräfte, indem er bei Inganghaltung des Gemeinwesens, das alle umhegt, voll seinen Mann stellt. Der Autokrat, der über Menschen herrschen will, drängt sie aus dem Markte in ihre Stuben zurück. Wenn er barbarisch-naiv ist, hält er sie durch Schrecken in ihren vier Wänden, wenn er seine Herrschaft über gesittete Völker aufrichtet, um ihre Kulturarbeit seiner Macht und seinem Glanze dienstbar zu machen, schirmt er ihr Privatleben, reglementiert ihre privaten Beziehungen, bestärkt sie im Behagen des Heims.

Der herrschaftlichen Ordnung eigen ist, ein besonderes System privater Rechtsordnung auszubilden, Beziehungen von Mensch zu Mensch zu ordnen, die jedes öffentlich-rechtlichen Einschlages entbehren. Die Hochblüte des Privatrechts in der antiken Welt hob an, als die Demokratien niedersanken. Das römische Privatrecht senkte sich in den deutschen Boden, als die Territorialherren sich des kaiserlich-römischen Staatsrechts zur Auslöschung der nationalen Gemeinfreiheiten zu bedienen

begannen. Verfeinerung des privaten Rechts und Abstumpfung des Bürgerempfindens laufen nebeneinander. Das öffentliche Recht, das immer auf den Gemeinnutzen blickt, ist Rücksichtnahme, Angleichung, Achtung des anderen als Glied des gemeinen Wesens. Solche Bedingungen züchten nicht das messerscharfe Durchdenken des schroffen Rechtssatzes. Der Eintritt der deutschen Nation in eine genossenschaftliche Lebensordnung muß eine Umwandlung des Rechtsbodens anregen. Begriffe und Formungen, die in der Epoche des Herrschaftsstaates entstanden, müssen in der genossenschaftlichen Demokratie allmählich abdorren. Die Germanisten haben die Eigenart des deutschen Rechts liebevoll bearbeitet und ihm in der romanistisch durchsetzten Rechtsordung zum Durchbruch zu verhelfen gesucht. Allein die Strömung, ein Teil der romantischen Geisteswelle, mußte mehr in die Breite als in die Tiefe gehen, weil das öffentliche Leben der Nation nicht genossenschaftlich-demokratisch, sondern autoritär-staatlich geartet war. Das deutsche Recht aber war die Schöpfung von deutschen Generationen, die in volkstümlicher Freiheit, in genossenschaftlichem Geiste ihr Dasein hingebracht hatten. Der innerste Kern deutschen Rechtes ist, daß es den Lebenskreis des Menschen nicht in einen privaten und in einen öffentlichen zerlegt. Die Teilhaber am nationalen Recht sind Nationsgenossen, ihre gegenseitigen Beziehungen verlieren nie den Zusammenhang mit der Gemeinschaft, in der beide stehen. Die geschraubte Konstruktion romanistischen Rechtsdenkens, daß subjektives Recht nur Einräumung der objektiven Rechtsordnung ist, war gegen den deutschen Rechtsgedanken. Jene Fiktion stellt den Staat über das Recht, kennt Recht nur als Staatssatzung, will sagen als Gnadengeschenk der Gewaltenträger. Der freie deutsche Mann trug sein Recht mit sich. Er stand Rede nur seinen Genossen, in denen der Rechtsgedanke lebte. Alle Beziehungen innerhalb dieser Rechtsgenossenschaften aber waren vorwiegend Gemeinrecht, nur wenig Privatrecht.

Recht in der herrschaftlichen und Recht in der genossenschaftlichen Organisation sind grundverschieden wie die Haltung des Bürgers in beiden Ordnungen. Der Herrschaftsstaat grenzt dem Bürger ein Privatleben ab. In diesem gibt er ihm Ansprüche. Eine solche Rechtsordnung ist ein System der Abgrenzung von

Befugnissen. Die Genossenschaft verleiht Anteil am gemeinsamen Werk, ihre Rechtsordnung ist nicht Grenzsetzung, sondern Ausbreitung der Persönlichkeit über alles, was auf sein Leben wirkt. Nur daß die Kehrseite seiner Gerechtsame in den Lebensverbänden die Pflicht ist, diesen mit seiner vollen Persönlichkeit zu dienen. Die künftige Rechtsordnung der deutschen Nation wird nicht einfach jene fortsetzen können, in die das Volksleben unter der deutschen Monarchie eingeschachtelt war. Ein mächtiges Neuwachsen wird anheben, das alle Gesetzbücher nacheinander ergreifen wird. Der große Gedanke ist schon ausgesprochen, ein einheitliches Arbeiterrecht zu schaffen. Allein von diesem Werke, wenn es in seiner Tiefe erfaßt wird, muß eine Umformung des Gesamtrechts der deutschen Nation ausgehen. Die genossenschaftliche Demokratie kann die Beziehungen von Bürger zu Bürger nicht ohne vollen Blick auf ihre Bedeutung für das Gemeinwohl, auf ihr Zusammenwirken zum gemeinen Nutzen ordnen. Auch der alte Staat hat das Arbeiterrecht zu einem Teil — Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung — öffentlich gemacht. Allein er nahm den Arbeiter noch als Objekt der Fürsorge. Die Demokratie nimmt ihn als Subjekt ihrer Selbstverwaltungsordnung. Als solcher steht er den Rechtspersönlichkeiten gleich, mit denen ihn das Arbeitsverhältnis in Beziehung bringt. Die Allgemeinheit sieht sie alle als Mitschaffende am Arbeitswerk der Nation an. Der Rechtskreis des Arbeiters fällt in das öffentliche Recht, das die Bürger, Arbeits- und Berufsgenossen, miteinander verwalten. Die Rechtsideen zum Aufbau einer Ordnung dieses Inhalts und Zweckes können aus den Begriffen des herrschaftsstaatlichen Systems nicht genommen werden. Sie liegen aber bereit in der Rechtsordnung, die die Nation umhegte, ehe sie der Unterordnung unter unumschränkte Gewalten verfiel. Die mittelalterlichen Städtedemokratien waren Genossenschaften, sie bauten sich auf dem Zusammenwirken von Berufs- und Arbeitsgemeinschaften auf. Das Recht der deutschen Nation, die nun wieder als Genossenschaft, als Arbeitsgenossenschaft aufgebaut werden soll, wird wieder das ureigene deutsche Genossenschaftsrecht seiner Vergangenheit werden.

Auflösung des Eigentumsbegriffes im genossenschaftlichen Gemeinwesen

Der marxistische Sozialismus bringt für die tief eindringende Arbeit der rechtlichen Neuformung deutschen Lebens kein Ideenrüstzeug mit. Er hat in seinem Programm einige wenige, die Oberfläche streifende Rechtsgedanken bürgerlich-demokratischer Herkunft, so Rechtsprechung durch Volksrichter. Er hat das allgemeine Ziel der Rechtsentwicklung, die Entstehung einer genossenschaftlichen Lebensordnung. Aber die rechtliche Durchackerung einer sozialistischen Gesamtauffassung hat er nicht unternommen. Seine juristische Begriffswelt ist die rationalistische geblieben, die in der staatlichen Zeit ausgebildet worden war. Am Eingang zur sozialistischen Gesellschaft steht dem Marxismus die Enteignung, Überführung der Produktionsmittel ins Eigentum der Gesamtheit, im vergröberten sozialdemokratischen Denken Verstaatlichung, bei Marx Vergesellschaftung genannt, von den Bolschewiken verwirklicht als Zusammenfassung aller Erzeugungsgüter in der Faust einer zentralen Behörde, Leitung der nationalen Produktion von einem Mittelpunkt aus durch einen bureaukratischen Apparat. Die Enteignung der Ausbeuter spielt nicht bloß in der Phantasie der Hunderttausende ihre Rolle, die Jahrzehnte durch die marxistische Agitation bearbeitet wurden. Auch der Schöpfer der Lehre war von der großzügigen Gewaltsamkeit gefangen, die in dem Enteignungsakt liegt. Ihm schwebte die große Enteignung in der Nacht des 4. August 1789 vor. Die Expropriation gehört in die Marxsche Revolutionstheorie. Die Aufhebung aller feudalen Gerechtigkeiten, von der französischen Nationalversammlung in einem Elan ausgesprochen, war eigentumbegründend. Sie hat im Grundsatz den freien Bauern als Privateigner des Bodens geschaffen, sie hat die erwerbenden Bürger von den hemmenden Regeln des allerdings verknöcherten, seines Sinnes entleerten Korporationswesens befreit, und ihnen unbeschränkte Befugnis über ihre Produktionsmittel gewährt. Was der 4. August beseitigte, waren

Reste einer auf Gemeineigentum ruhenden Ordnung, die freilich im Bewußtsein des vom Absolutismus zum Privatmenschen erzogenen Zeitgenossen nicht mehr lebte. Den zu Höflingen gewordenen Grundherren war meist die Vorstellung entschwunden, daß sie mit den Bauern ursprünglich eine Lebens- und Betriebsgemeinschaft verbunden hatte. Der Hintersasse war für sie Arbeitstier geworden. Karl Marx sah die Befreiung der Bauern, er sah die Beseitigung einer Form der unberechtigten Ausnützung menschlichen Lebens zu engem Privatzweck. Aber es war völlig rationalistisch gedacht, daß die Zertrümmerung des entarteten Feudalismus, die in die Form einer Expropriation gekleidet war, das Vorbild liefere für die Zertrümmerung des Kapitalismus. Die Beziehungen, die in der Nacht des 4. August zerschnitten wurden, waren Beziehungen von Mensch zu Mensch. Nun entstand eine Ordnung, in der wenigstens nach der reinen liberal-wirtschaftlichen Doktrin, die Beziehungen von Mensch zu Mensch ersetzt wurden durch die Beziehungen von Mensch und Sache. In der Ordnung des Sozialismus soll jedoch wieder das seelenlose Verhältnis von Mensch und Sache beseitigt, es sollen wieder die Beziehungen unter den Menschen geltend werden. Marx will das Privateigentum ausmerzen, aber er bleibt am Eigentumsbegriff kleben, an der Vorstellung, daß die Besitzer der Produktionsmittel zu diesen eine Beziehung haben, die zerstört wird, wenn man die Sachen in Beziehung zu anderen Menschen bringt, also wieder Besitz schafft. Die Massen seiner Anhänger, so lebhaft ihnen die wahre Lehre ihres Meisters von der Vergesellschaftung eingedrillt wurde, haben das revolutionäre, klassenkämpferische Empfinden, das der Expropriationsidee zugrunde liegt, unmittelbar erfaßt. Ihnen ist Enteignung Wegnahme, Rache am Bourgeois, aber dann auch Besitzergreifung durch die Arbeiter selbst. So hielten es in Rußland die bolschewikischen Proletarier, so suchten es in Deutschland zahlreiche Arbeiter nachzuahmen, so lebte im Unterbewußtsein der Massen die Marxsche Verheißung fort, auch wenn sie nicht offene Syndikalisten sind, sondern den gellenden Schlachtruf der Kommunisten „Sozialisierung“ nachsagen. Wurde doch Sozialisierung die eigensinnige Forderung Tausender von Arbeitern verstaatlichter und kommunalisierter Betriebe, also klassischer

Gebilde der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Diese Arbeiter hafteten eben auch mit ihrer Vorstellung von Eigentum an den rationalistischen Ideen der bürgerlichen Gesellschaft. Sie wollten sich als Eigentümer, als Herren fühlen. Die marxistische Geistesatmosphäre war nicht darnach, solche Lesarten zu verbannen.

Erst als die Probe gemacht werden mußte, wurde klar, daß der sozialistische Grundvorgang, die Enteignung des Kapitalismus, gedanklich auf unsicheren Moorboden gestellt war. Man versank bei jedem Schritt. Expropriation wurde wohl allgemein auf Sozialisierung umgetauscht. Aber hinter dem besseren Wort stak nach der Vorstellung der orthodoxen Marxisten, Führer und Massen, doch die alte Sache: Das dingliche Eigentum an Fabrik und Maschine sollte dem Unternehmer, wenn man will, der Unternehmerklasse entzogen werden. Als es an die Durchführung ging, zeigte sich, daß es mit der forschen Expropriation aus dem Revolutionskatechismus nicht gehe. In Rußland, wo eine unentfaltete industrielle Wirtschaft dem faktischen Dogmatismus Lenins nicht die Hindernisse bot, die ein höchstverwickelter ökonomischer Organismus gleich dem deutschen oder englischen dem revolutionären Zugriff entgegenstellt, wurde die stoßartige Expropriation versucht. Einige Dekrete, und alles war getan. Mit dem Industriellen war aber auch die Industrie abgefertigt. Um ihre Reste zu retten, mußte Lenin den kapitalistischen Besitzer zur Hintertür wieder hereinlassen. Die Bolschewiken haben für Rußland die geschichtliche Aufgabe übernommen, den Boden ins Eigentum der Bauern zu bringen. Sie werden, wenn sie abgehen, auch in der industriellen Produktion keinen Sozialismus verwirklicht haben. Der Sozialismus kann eben mit den Rechtsvorstellungen der kapitalistisch-staatlichen Welt nicht hantieren. In dieser kann Eigentum übertragen werden, auch in der Form der Verstaatlichung. Der staatliche Herrschaftsapparat wird der Eigentümer, wie der Unternehmer es ist. Eine sozialistische Gesellschaft kann mit dem Eigentumsbegriff, soweit es sich nicht um Gebrauchsgut handelt, gar nichts anfangen. Hätten die marxistischen Theoretiker die Rechtsvorstellungen des Kapitalismus, den sie beseitigen wollen, genauer besehen, so wäre deren Unvereinbarkeit mit einer genossenschaftlichen Ordnung

bald hervorgetreten. Gelegentlich wohl streiften die Marxisten die Wahrheit, wenn sie im Kapitalismus nicht so sehr die Summe an Güterbesitz ins Auge nehmen, als das soziale Herrschaftsgebiet. Das Kommunistische Manifest umschreibt den Armbereich des Kapitalisten als monopolisierbare gesellschaftliche Macht. In der Tat ist kapitalistisches Eigentum an den Produktionsmitteln nur in rohester Form als Eigentum anzusprechen, wenn man unter Eigentum die dingliche Herrschaft über eine Sache versteht.

In die moderne bürgerliche Rechtsordnung ist der Eigentumsbegriff aus der römischen Jurisprudenz gekommen. Aber das selbstherrliche römische Eigentum war bei den Völkern des germanisch-romanischen Kreises, auch als ihre mittelalterliche Besitzordnung sich unter Mitwirkung der römischen Rechtsformeln zersetzte, ein Fremdling. Auf privates Gebrauchsgut ist es anwendbar, aber das hat mit der ökonomisch-sozialen Ordnung nichts zu tun. Das römische Eigentum ist ohne Sklaverei nicht zu denken. Nur der Grundherr, der seinen Boden durch Sklaven bebauen läßt, der römische Großunternehmer, der durch Sklaven Tuche herstellen und färben läßt, ist im Eigentum der Produktionsmittel. Dieses Eigentum ist nur Herrschaft von Menschen über Sachen, auch der Sklave ist ja Sache. Der moderne Unternehmer hat zu den Produktionsmitteln, den unbeweglichen und beweglichen, nur scheinbar dieselbe Beziehung wie der römische Kapitalist. Gewiß, auch er kann nach der römisch-rechtlichen Definition damit nach seinem Gutdünken schalten. Er kann sie benützen oder unbenützt zugrunde gehen lassen. Aber diese letztere „Befugnis" gehört in die Pathologie, nicht in die Physiologie des Eigentums. Dessen gesunde Funktion ist, im Produktionsprozesse gebraucht zu werden. Da schiebt sich aber zwischen Eigentümer und Maschine oder Rohmaterial der Arbeiter ein. Ohne diesen gibt es keinen Eigentumsgebrauch an den Produktionsmitteln. Das zeigt jeder Streik. Die Gewerkschaft wieder, die mit dem Eigentümer Arbeitszeit und Arbeitsform ausdingt, beweist, daß die Beziehung zwischen Unternehmer und Produktionsmittel nicht Gewalt über tote Sachen, sondern Vertragsverhältnis unter Menschen ist. So ist es schon in der kapitalistischen Gesellschaft. Die marxistische Theorie hat den gesell-

schaftlichen Charakter der kapitalistischen Produktionsweise scharfsinnig herausgearbeitet. Aber die rechtliche Durcharbeitung war nicht auf der Höhe der ökonomischen. Wohl blitzte manchmal bessere Erkenntnis auf. Kautsky meint über die Agrarorganisation, es sei gleichgültig, ob der von Bauern bearbeitete Boden privat oder staatlich sei, auf die ökonomische Wirkung, nicht auf die juristische Kategorie komme es an. Aber der agitierende, der kämpfende Marxist — und der erdrückte den forschenden — blieb bei Umdenkung der kapitalistischen in eine sozialistische Ordnung gerne am römischen Eigentumsbegriff hängen. Gleichwohl hätte dieser im Grunde schon in der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung keine Heimstätte mehr haben sollen. Wo keine Sklavenarbeit, da löst sich auch der Sachbesitz in ein Verhältnis von Mensch zu Mensch auf. Gar wo eine genossenschaftliche Lebensordnung aufgerichtet werden soll, ist das rechtliche Problem einzig und allein, die Beziehung der Menschen zu einander so zu regeln, besser so werden zu lassen, daß diese Genossen, Lebens-, Berufs- und Werkgenossen seien. Die toten Produktionsgüter werden in diesen, unter den Menschen spielenden Rechtsvorgang von selbst hineingeschmolzen.

In der wirtschaftlichen Demokratie der mittelalterlichen Stadt war es nebensächlich, daß der Zunftmeister Eigentümer seines Handwerkzeuges war. Zwischen solcher Habe und seinem Hausrat war ein grundsätzlicher Unterschied. Dieser stand seinem beliebigen Gebrauch zu Gebote. An den Produktionsmitteln hatte die Zunft, die ihren Gebrauch reglementierte, hatte die Stadt, für die erzeugt wurde, ihren Mitanteil. Das Eigentum war im öffentlichen Recht aufgelöst. Beziehungen zwischen Mensch und Mensch, die Aufgaben, die die Allgemeinheit dem Erzeuger auferlegt, schieben sich zwischen Eigner und Sache, beide voneinander trennend. Wie weit ist diese Rechtsordnung von der Dogmatik der neuern Rechtsbücher entfernt, die dem Kapital vortäuschten, die Wirkungen des römischen Sacheigentums könnten ohne Eigentum über den Arbeiter erzielt werden. Die aus dem Boden der materiellen und psychischen Tatsachen gezogenen Sozialisierungsformen der Revolution, Organisationen wie die Kohlen- und Kaligemeinschaften, die an die Stelle der marxistischen Expropriation traten, sind danach, Widerbilder der

alten Zunftverfassungen zu werden. Der Sozialismus, der sich bewähren sollte, griff triebartig nach alten deutschen Rechtsformen. Die rohe Übertragung von Sacheigentum weicht einem öffentlich-rechtlichen Aufbau von Leistung und Arbeit. Nicht die rationalistische Eigentumsform, in die sich auch die Expropriationsforderung von Karl Marx verfing, wird die Grundlage des werdenden genossenschaftlichen Lebens im deutschen Volke, sondern die genossenschaftlichen Formen, die die Mitarbeiter im Werk und im Beruf zu Teilhabern am Gebrauch der Produktionsmittel machen.

Theoretisch ist die Eigentumslehre einer sozialen Produktionsordnung durchsichtig entwickelt von Marlo, dem umfassenden Lehrer der wirtschaftlichen Romantik. Verbundenes Eigentum nennt er die Eigentumsart, die einer genossenschaftlich durchgebildeten Gesellschaft angemessen ist. Die Eigentümer bilden da einen „ethischen Verein", sie üben ihr Eigentum nur als Glieder des Vereins aus. So sei das Eigentum des Staates, der Gemeinden, der Zünfte, der sozietären Geschäfte — Werkgenossenschaften — der Familien. Der sozietäre Geschäftsverband nimmt nach der Familie die erste Stelle unter den ethischen Vereinen ein. Menschen, sagt Marlo, die in Gemeinschaft arbeiten, die Glieder eines industriellen Organismus sind, haben der Natur der Sache nach ethische Beziehungen zu einander, deren rechtliche Anerkennung Bedürfnis ist. In diese Art gehöre das „verbundene Eigentum", ohne das in großen Industriebetrieben Gleichstellung nicht zu erreichen ist. Die Eigentumslehre des Föderalismus — dies sein Name für die genossenschaftlich gestaltete Ordnung — verlange, daß alles Eigentum die gemeinnützigste Form annehme. Beim Großbetrieb haben die Werkmittel im Eigentum von Assoziationen — Werkgenossenschaften — zu stehen. Die Konsummittel seien Alleineigentum, doch sei eine Vergeudung von Genußmitteln zu untersagen und das Erbrecht einzuschränken. In rechtlicher Formulierung und sittlicher Fundamentierung ist hier die Arbeitsgenossenschaft vorgezeichnet, zu der das deutsche Leben heranwachsen soll.

Der Bogen der Genossenschaftlichkeit kann nicht weit gespannt genug vorgestellt werden. Er einigt nicht nur die Mitarbeiter eines Betriebes oder Betriebszweiges, sondern darüber

hinaus alle werktätigen Volksgenossen. Der allgemeine Nutzen ist das Bindemittel, das Hand- und Kopfarbeiter in der Einzelfabrik und im Berufszweig zu Genossen macht. Das Eigentum wird nicht vom Kapitalisten auf den Mitarbeiterkörper des Betriebes, nicht von den Einzelbetrieben auf den syndizierten Beruf übertragen, auch diese kleineren und größeren Verbände von Fachgenossen teilen ihre Rechte und Pflichten mit den genossenschaftlichen Organismen eines landschaftlichen Wirtschaftsgebietes und weiter nach oben mit den genossenschaftlichen Zentralvereinigungen des nationalen Wirtschaftslebens. „Die zahlreichen Formen gemeinwirtschaftlicher Organisation", so begleitete in diesem Verstande Reichswirtschaftsminister Schmidt das Wiederaufleben der Sozialisierungskommission ein, „Verstaatlichung, Kommunalisierung, Syndikatgenossenschaft, gemeinwirtschaftliche Trustbildung, haben sich als verschiedene Formen eines Grundgedankens herausgebildet". Um die Nation schlingt sich das Band, das den einzelnen Arbeiter jeder Art, ob er disponiert, ob sein Kopf oder sein Arm der Gütererzeugung dient, an die gemeinsamen Betriebsmittel knüpft. Wer will in dieser zusammenklingenden Organisation, in dieser Gesamtbefugnis, in dieser Hände und Gehirne Kette den Einzelmenschen, die Einzelgruppe fixieren, bei der sich die Beziehungen von Person und Sachgut kristallisieren? Wer möchte in das Werk des Aufbaues einer solchen wohlgegliederten nationalen Arbeitsgenossenschaft, die zugleich eine ethische Gemeinschaft ist, klassenscheidende Begriffe tragen wollen, von Enteignung reden, wo Eigentum nicht zu fassen, wo die Eigentumsfrage gleichgültig ist neben dem rüstigen Ineinanderspiel aller zum allgemeinen Wohl?

Genossenschaftliches Rechtsdenken sieht hier viel feinere und fruchtbarere Juristenarbeit als die Verpflanzung des rationalistisch-römischen Eigentumsbegriffes in ein Kettenwerk von Befugnissen und Pflichten im nationalen Wirtschaftsganzen, von Zerlegung des Gesamtwertes der nationalen Leistung. Eigentum im zivilrechtlichen Verstande will sagen, daß unter den mehreren unmittelbaren Faktoren (Leiter, Kopf- und Handarbeiter), den zahlreicheren mittelbaren (Käufer, Vertreiber), die zusammen den gesellschaftlichen Wert der Arbeitsprodukte schaffen, die Ver-

fügungsgewalt bei einem einzelnen stehen bleiben soll. Einer soll bestimmen, wieviel Anteil an dem gemeinsam zustande gebrachten Wert jeder Mitwirkende erhält, was mit dem Teil des Gesamtwertes geschehen soll, der aus dem Überschuß von Marktpreis über Gestehungskosten erfließt. Der privatrechtlichen Anschauung ist es natürlich, daß der sogenannte Besitzer der Produktionsmittel, der Eigner von Kapital, jene Verfügungsmacht haben soll, obwohl er damit Gewalt über Bestandteile der Wertbildung erhält, die durchaus den allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen des Wirtschaftens entspringen. Solche Faktoren sind manchmal urwüchsig, wie die Marktlage, manchmal Wirkung von Eingriffen der Allgemeinheit, wie Zollschutz und Tariferstellung. Genossenschaftliche Rechtsbetrachtung muß diese Elemente schärfer ins Auge fassen, sie entdeckt an dieser Stelle das Unterscheidende zwischen der privatrechtlichen und sozialrechtlichen Ordnung der Nationalwirtschaft. Jene überläßt achtlos große Stücke allgemeinen Gutes dem einzelnen, sie gestattet Bildung und Mehrung von Sondereigen aus einem Fonds, zu dem alle beitragen. Nur ausnahmsweise hat bisher das öffentliche Recht einige gesellschaftliche Quellen von Privateigennutzung zu verstopfen unternommen, so in der Besteuerung des „unverdienten Wertzuwachses" von Liegenschaften. Folgerichtige zivilrechtliche Durchdenkung des hier vorleuchtenden Gedankens leitet zu einer grundsätzlichen Kritik des Eigentumsbegriffes von der Wurzel her. Eigentum wird dann im Augenblick seiner Geburt nach seinem Recht zum Eintritt in die Gesellschaft gefragt. Warum soll der Preis, den die Käufer bezahlen, im Umschlage Privatkapital bilden dürfen, wenn in diesem Preis die Gunst einer Marktsperre, die Folgen einer Produktions- oder Vertriebsverbilligung zur Erscheinung kommen, deren Ursache gesellschaftliche oder staatliche Einrichtungen beistellen? Das letzte Wort sozialer Einengung des Eigentums war bisher die Steuer, auch darin das letzte Wort, daß sie das Eigentum erst anfaßte, nachdem es sich nach der begründeten Überzeugung der Eigner, weil dem Rechte nach, gesetzlich korrekt und unanfechtbar gebildet hat. Marxisten betrachten, die staatssozialistischen Sätze Adolfs Wagners fortdenkend, die allmähliche Wegsteuerung des Vermögens beim Erbgang als schmerzlose Ver-

wirklichung der Expropriation von Privatgut zugunsten der Allgemeinheit. In einer Rechtsordnung, die die gesamte Wirtschaft als Betätigung genossenschaftlichen Produzierens für den Bedarf der Bürgergemeinschaft sieht, wird jede etwaige Rücklage aus dem Anteil am Gesamtwert, die Kapital, d. i. Besitz von Betriebsmitteln zu werden bestimmt ist, schärfer zu bekennen haben, woher ihres Weges ist, ob — ausschließlich oder vorwiegend — aus höchst persönlicher, leitender oder durchführender Arbeit, oder aus Beisteuer einer Vielheit von Abnehmern oder der Allgemeinheit, sofern diese die Produktionsbedingungen reguliert. Wo sich aus Kalkulationsgewinn neues Kapital zusammenlegt, wird nach genossenschaftlicher Rechtstafel der Anteil, den die Allgemeinheit beigetragen hat, für die Allgemeinheit zurückbehalten werden. Die privatrechtliche Frage nach dem Eigentum geht so in die sozial-rechtliche Frage nach der Ordnung der Kapitalbildung auf. Das Problem der Kapitalbildung bedeutet für jede sozialistische Gesellschaft die Probe auf die Existenzfähigkeit. Dieses Rätsel löst sich einer Gesamtheit, die sich über Betriebs- und Berufsgenossenschaften zur Nationsgenossenschaft aufbaut, aus dem Geist und den Satzungen genossenschaftlichen, von den Genossen in unmittelbarer Selbstverwaltung verwirklichten Rechtes. Genossenschaftliches Recht aber kennt im Bereich der Erzeugung und Erhaltung von gesellschaftlichem Leben überall nur Wechselbeziehungen von Mensch zu Mensch und gibt nirgends den Menschen dem Sachbesitz preis, ob dieser Herrschaft in Privathänden oder in den Fängen eines über dem Volke stehenden Zentralapparates ist.

11. Kapitel

Lohn, wirtschaftliche Initiative, Arbeitspflicht

Das Eigentum an den Produktionsmitteln ist das eine Ende, der Arbeitslohn das andere in der rationalistischen Gestaltung der nationalen Wirtschaft. Genossenschaftliches Wirtschaften

höhlt die Eigentumsform aus, sie wandelt auch das Lohnwesen. Vorläufig ist der Arbeiter noch völlig im Kreislauf der alten Wirtschaftsorganisation. Er sieht im Lohn den Abzug vom Unternehmerprofit. Den Gewerkschaften wird auch für die Zukunft die Aufgabe gewahrt, die Arbeiterschaft im Lohnkampfe zu stärken, auch das Betriebsrätegesetz und die in der Verfassung vorbedachten Arbeiterräte höherer Ordnung gehen von dem Gegensatz zwischen Arbeiterlohn und Arbeitgebergewinn aus. Eine durchgebildete Genossenschaftlichkeit in der Produktion wird zu anderen Auffassungen hinleiten. Je ähnlicher das Unternehmen der Werkgenossenschaft wird, je deutlicher der Berufszweig sich zum Verband der tätigen Berufsgenossen umwandelt, desto schwächer wird das Bewußtsein werden, Lohn zu geben oder zu empfangen. Die Betriebe werden zu Körperschaften, deren Teilhaber nach der Art ihrer Mitarbeit verschiedene Anteile an der gemeinsamen Produktion beziehen. Die Lohnformen, wo Zeit-, wo Akkordlohn, ob Prämie für Mehrleistung und Materialschonung, ob Gewinnanteil, werden wirtschaftstechnische, nicht wirtschaftspolitische Fragen sein. Auf die Höhe der Anteile wird in der durchorganisierten wirtschaftlichen Demokratie nicht die Macht isoliert gegeneinander stehender Interessenten, nicht der Konjunkturkampf ausschlaggebenden Einfluß nehmen, sondern vielerlei nationalwirtschaftliche Bestimmungsgründe, vor allem auch die Meinung der Konsumenten. Die Wirtschaftsräte, die alle Produktionszweige in sich vereinigen, werden vorbauend auf die Ausgleichung der Einkommen in den Betrieben und Berufen wirken können, eine Annäherung an die Durchschnittsziffer wird erfolgen, die heute nur in langwierigem Umlauf von Arbeits- und Konkurrenzkämpfen sich herausbildet. Die Formel: Welcher Minimallohn entspricht dem Maximalerfolg der Arbeit? wird verschwinden. Nicht mehr wie in der Wirtschaft des Wettbewerbs wird der Konjunkturwert des Arbeiters die Höhe des Arbeitsertrages zu entscheiden haben. Die Werkgenossenschaft kann Vorbildung, mittelbare Bedeutung der Leistung für die Ertragsbeständigkeit und Ertragssteigerung der Betriebe berücksichtigen. Hier wird die gerechte Auseinandersetzung zwischen geistigen und manuellen Mitarbeitern gelingen. Der ideelle Wert der technischen Bildung für das gemeinsame Unternehmen wird

vom Arbeiter gewürdigt werden, während heute das eingeimpfte Klassenvorurteil den von Natur aus gewiß gesunden Blick des Arbeiters trübt. Der Geist der Kameradschaft, der heute nach Kategorien abgestuft ist, wird alle Werkgenossen umfassen. Wenn erst die großen Scharen der ausführenden Arbeiter das Gefühl rechtlicher Gleichstellung im Betrieb und Beruf gewonnen haben, wird der dem Menschen eingeborene Respekt vor dem Können, vor dem starken Gehirn, hemmungsfreier sich durchringen. Die politische Demokratie hindert nicht, daß die echte Führernatur sich ihren Wirkungskreis erringt, sie schließt die unbedingte Hochachtung der Menge vor dem Ernst und den Fähigkeiten der verantwortlichen Männer nicht aus. Um so sicherer kann die wirtschaftliche Demokratie dem Leiter, der die Arbeiterbataillone zu großen Leistungen befähigt, unter dessen Händen sichtbarlich der Betrieb blüht, seinen Platz sichern; denn hier urteilt die Masse nicht allein nach dem Gefühl, sondern aus fachlicher Einsicht heraus. Die geistige Arbeit hat in der Werk- und Berufsgenossenschaft freie vom Vertrauen der manuell Mitschaffenden gerne eingeräumte Entfaltung vor sich. Der disponierende Kopf wird die Gefolgschaft, die jetzt dem Lohnherrn oft widerwillig gezollt wird, aus dem Korpsgeist und dem Berufsstolz gewinnen. Die Initiative, der ungebunden schaffende Leiterehrgeiz wird der Nation, die zur großen Arbeitsgenossenschaft geworden ist, nicht fehlen. Was der wirtschaftliche Rationalist nur von der Gesellschaft einander stoßender und verdrängender Einzelsüchteleien erwartet, offene Bahn für den Könner und Anreiz für die außergewöhnliche Tatkraft, wird in der solidarisch empfindenden Gesamtheit die allgemeine Richtung der Gemüter auf den Gemeinnutzen nicht versagen. Dem Manne, der sich plagt, hat eine Gemeinde, der die Mühen zustatten kommen, noch nie den Weg verlegt.

Der genossenschaftliche Aufbau des deutschen Lebens, die Vereinigung politischer und wirtschaftlicher Demokratie bedeutet eine Neuordnung der Arbeit. Das Arbeitsverhältnis wird, mit der Entwicklung in die neue Gesellschaft hinein, immer weniger Privatbeziehung, immer mehr öffentliche Tätigkeit. In der mittelalterlichen Städteverfassung war das Widerspiel der Korporationsrechte die Arbeitspflicht der Zunft gegenüber der Stadt,

des Meisters gegenüber der Zunft. Die Arbeitspflicht wird die natürliche Grundlage der genossenschaftlichen Arbeitsverfassung in der deutschen Zukunft werden. In der Denkschrift Wissell-Möllendorff über die Planwirtschaft hatte sie schon ihren Platz, wie vorher in Kundgebungen politischer und gewerkschaftlicher Führer über die Aufgabe der Arbeiterschaft in der Gesellschaft, die mit dem Umsturz die ihre geworden sei. Arbeitspflicht, im Praktischen Streikeinschränkung, wurde selbst von gemäßigten Sozialdemokraten mit Befremden aufgenommen. Das Urrecht des Arbeiters, das Recht auf Niederlegung der Arbeit zur Erzwingung von Forderungen aus dem Lohnverhältnisse sollte Einbuße erleiden? In der Ära des Triumphes der Arbeiter? Gerade in dieser! wurde erwidert. Die triebartige Abwehr der neuen Idee zeigte noch die Macht des alten Klassenkampfgedankens. Dieser lebt im Streikrecht. Wenn die Arbeiter nicht mehr als Klasse, sondern als Träger ihrer Berufe in der Gesellschaft stehen, braucht es des Streiks nicht. Dieser kommt aus der Auffassung, daß der Arbeiter in einer auf wirtschaftlichem Eigennutz ruhenden Gesellschaft seine Sonderrechte mittels wirtschaftlichen Druckes wahrt. Der Genosse übt gegen den Genossen keine Gewalt, sie haben voneinander nichts zu fordern, beide wissen sich vielmehr einer sie überragenden Gemeinschaft, dem Beruf, der Nation verpflichtet. Der Ertrag ihrer Arbeit, die Bedingungen ihres Schaffens werden unter ihrer Mitwirkung dem allgemeinen Wohl gemäß geregelt. Tarifabmachungen, Schiedsämter, Betriebs- und Wirtschaftsräte, am Ende der Reichswirtschaftsrat, bilden eine ineinandergreifende Organisation, die den einzelnen wie die einzelne Gruppe in der Armee der Werktätigen umschließt. Dieses System der Mitwirkung an der nationalen Wirtschaft gleicht die Interessen aus, schützt die Persönlichkeit jedes Arbeiters an seiner Stelle, seine leibliche Existenz und seine sittliche Persönlichkeit. Als Entgelt wird jedem einzelnen die Pflicht zur Mitarbeit auferlegt sein. Sie wird mit demselben Gefühl der Solidarität getan werden, mit der der Parteigenosse sich innerlich gebunden fühlte, für die Partei zu wirken, zu wählen und Stimmen zu werben. Die Arbeitspflicht wird wie der ideale Anteil aller Berufs- und Volksgenossen an dem materiellen und persönlichen Gerüst der Gütererzeugung, wie die

Umwandlung von Lohn und Gewinn in den nach dem Wert der Leistung zugemessenen Anteil am Arbeitsertrag, wie die Sicherung der Existenz des kraftlos gewordenen Berufsgenossen aus der Privaterwerbssphäre alten Stils herausgehoben sein. Alles wird Teil des öffentlichen Lebens der Nation, geregelt nach genossenschaftlicher Billigkeit, verwaltet von den Genossenschaften, die in ihrer Gesamtheit das Volk in der Arbeit aufbauen.

12. Kapitel

Deutsche Romantik und deutsche Genossenschaftlichkeit

Scharf blasen die Winde durch das deutsche Leben. Nicht gerne weichen die alten Vorurteile. Die ungeistige Gewöhnung der dürren Jahrzehnte, die in einer wüsten Steigerung des Raffens nach Gewinn und des Untertauchens in banalem Genuß das Erbe feinerer Geschlechter vertaten, will nicht allsogleich hochherzigerem Blick auf die Würde der Nation Platz machen. Die Parteigänger der alten Ideen, ob sie auf der Rechten die autoritäre Ordnung, auf der Linken den entfesselten Klassenkampf herbeirufen, schlagen zähe Rückzugschlachten. Unverkennbar wuchs jedoch, im Sturme der ersten Revolutionswochen und in der zeitweiligen Ermüdung der nachfolgenden Monate gleichförmig, eine frische Neigung in der Nation auf, ein Drang, das Leben anders zu formen als es bisher war. Entfremdet der unmittelbaren Vergangenheit, willig, dem öffentlichen Geist zu entrinnen, in den die letzten Geschlechter verstrickt waren, greift das neue Werden auf alte Formen deutschen Gemeinlebens zurück, heben sich aus der Not der Stunde Ideen, die der harte Druck des neudeutschen Herrschaftsstaates und der neudeutschen Erwerbsgier in die Tiefe gebannt hatte. Neue Zeichen dringen auf die Männer und Frauen ein, die inmitten einer feindseligen Umwelt, in dem bitter arm gewordenen Lande die alte Zähigkeit bewähren, durch die der deutsche Boden die Welt schon einige

Male überrascht hat. Die Ideen, die die Luft erfüllen, sich vielerorten in Vorschlägen und Beweisführungen, in Kritik und Gestaltung niederschlagen, haben wohl die Eignung, die Nation auf ihrem steinigen Wege gut zu führen. Denn sie stammen aus der hohen Zeit deutschen Geistesschaffens. Was an schöpferischen Gedanken jetzt für die Umwandlung des Volkes arbeitet, ist feinwertiger deutscher Besitz, geformt von den besten Köpfen des neueren Deutschland, weitergetragen von Geschlechtern, die sich noch den Hauch des großen Zeitalters bewahrt haben. Der Sozialismus, der jetzt durch die deutsche Gesellschaft geht, ist wiedererwachende Romantik.

Die Romantik erwuchs und gewann Macht über die Nation, als der Rationalismus am Ende seiner Fruchtbarkeit angelangt war. Die Aufklärung war seine letzte Blüte gewesen. Innerlich taub geworden, konnte er nichts mehr bieten, weder der Fortbildung des Individuums noch der Formung des Gesellschaftslebens. Beiden hatte er gebracht, was in ihm war. Den einzelnen hatte er auf die Vernunft gestellt, vorurteilslos und innerlich frei gemacht, der Gesellschaft hatte er den nützlichen Zweckgedanken zum Leitsatz gegeben: Das größtmögliche Wohl der möglichst großen Zahl, eine nüchtern-praktische, zugleich humane Lehre. Den Fortgang der Gesamtheit hatte er auf die Entfaltung des Eigennutzes der Individuen basiert, die Ausgleichung der Sonderinteressen zu einer Harmonie im Gesamtwohle schien ihm gewiß. Eben schickte sich die Vernunftaufklärung an, den Weg aus dem Bereich der Idee in die Welt zu nehmen, politisch in der französischen Revolution, wirtschaftlich im Aufstieg des industriellen Zeitalters, als in der Romantik eine Stimmung erstand, die in allem der rationalistischen Welt sich entgegenstellte. Warum die romantischen Ideen gerade in Deutschland die tiefste Kraft gewannen? Dieses große Land hatte durch mehr als ein Jahrhundert fast ausschließlich ein Leben des Geistes und Gefühls gelebt. Die Politik gehörte nicht zum Gedankengebiete der Nation. Von dem großen Weltgetriebe unberührt, eingesponnen in ihre kleinen Städte, hatten die gebildeten Deutschen von dem politisch und wirtschaftlich bewegten Westen nur die geistigen Anregungen überkommen, diese in ihrem idyllenhaften, nur dem inneren Schauen zugewandten Dasein mitgedacht und weiter

entwickelt. Die deutsche Aufklärung war, wenn auch nicht so blendend wie die französische, achtbar in ihren Vertretern. Aber sie brachte dann unmittelbar aus sich geniale Persönlichkeiten hervor, die jene Ideen so vertieften, daß sie neues geistiges Werden auslösten. Jählings schoß ein Lessing, ein Kant empor, aufklärerisch in ihren Ausgängen, in ihrer Eigenheit die Aufklärung überwindend. Dem deutschen Geschlechte, das sich an diesen Großen befruchtete, genügte der Rationalismus nicht. Das aus der Tiefe des Selbst schaffende deutsche Gehirn, ohne unmittelbare Absicht, im äußeren Leben Zwecke zu verwirklichen — politische Betätigung und Reichtumschaffen war noch nicht in seinem Blickfeld — strebte über die enge Trockenheit der Aufklärung hinweg. Das Empfinden verlangte feinere Anregungen, das Denken weitere Ausblicke. Auf allen Seiten wuchs das Geschlecht, das um die siebziger Jahre des 18. Jahrhunderts zu wirken begann, über den Rationalismus hinaus. Das ganze Geistesleben füllte sich mit Ideen, die in eine höhere Lebensform weisen, als sie die Ära der Aufklärung und die ihr entstammenden Strebungen darstellten. Die im engeren literargeschichtlichen Verstande so genannten Romantiker waren nur gleichsam die Sammellinse, durch die alles Überrationalistische hindurchging, um verstärkte Leucht- und Brennkraft zu gewinnen. Der Kreis der Romantiker, die Dichter, Kritiker, Denker, die das romantische Bewußtsein voll ausströmten, waren vollendete Typen des neuen Geistes, aber nicht seine einzigen Repräsentanten. Hinter, neben und nach ihnen quoll das Ideenleben, das auf immer die deutsche Eigenart in der Welt der Völker kennzeichnen wird. Die Romantiker gaben ihm den Namen, weil sie sein Wesen am unbekümmertsten aussprachen.

Die deutsche Romantik macht den Eindruck einer nicht an ihr Ende gekommenen Geistesströmung. Als sie in breiter Entfaltung war, überschwemmte sie der durch sie rückgestaute Rationalismus noch einmal. In seiner Erscheinungsform als Idee war er von reicherem Geistesleben überholt. Aber auf seiner Wanderung in der Welt der Wirklichkeit kam er voll neuer Kraft nach Deutschland hinüber. Als deutsche Denker ein tieferes politisches Sein und lebensvollere wirtschaftlich-soziale Bildungen erschaut hatten, setzte sich der politische und wirt-

schaftliche Liberalismus, die praktische Erscheinungsform der Aufklärung im deutschen Leben fest. Der rationalistische Staat, die Gesellschaft rationalisierter Ökonomie, die Vereinzelung des Bürgers blieben deutsche Daseinsformen auch im 19. Jahrhundert. Zum zweiten Male mußte der Rationalismus sich ausleben, ehe die ihm entgegengesetzten romantischen Ideen wieder Besitz von der Nation ergreifen konnten. Sie hatten die Jahre der Zurücksetzung überwintert, wie ja keine Idee, die einmal in die Menschheit kommt, sich verliert, ehe sie alles gegeben hat, was in ihr keimt. Freilich volle Auswirkung wird einer Idee nur, wenn sie ihr inneres Wesen frei nach außen breitet. Nur dann gewinnt sie unwiderstehliche Macht. Sie muß von sich aus das Leben regulieren; dann schafft sie sich das weite Fundament im Volke, um auszudauern. Die Romantik hatte zunächst nicht diese durchschlagende Kraft. Sie war begnadet mit der Fähigkeit, der Nation ein freies Gemeinschaftsleben zu bringen. Die politische Romantik war reicher als die rationalistische Naturrechtsschule, die dem Absolutismus zur Seite gestanden war. Allein die Romantik lieh sich dem „Staat", weil sie sein Wesen verkannte. Sie verschrieb sich der stärksten Schöpfung rationalistischen Geistes, dem Militärstaate. So blieb sie im Schatten einer überlegenen politischen Gewalt, konnte Eigenherrliches nicht schaffen, das Leben nicht regulieren. Sie blieb Idee, Literatur, indes der Rationalismus in seiner volkstümlich gewordenen Reife als Liberalismus das Leben der Nation ergriff, sich in der vollen Wirklichkeit gestaltend tummelte. Nun kommt wieder die Zeit der Romantik. Nach dem Niederbruch des Herrschaftsstaates, der mit den entliehenen romantischen Denk- und Formelementen nichts Ehrliches anzufangen wußte, weil sie seiner Natur, die Gewalt, nicht Freiheit ist, widersprachen, ist es an dem romantischen Geist, seine Ideen in Reinheit zu verwirklichen. Diese zeigen sich dem neuen Sehnen des Volkes verwandt. Sie schweben nicht mehr über dem Dasein der Nation, sind nicht lediglich Gelehrsamkeit und Witz, in Bücher gebannt, die sich dem Manne versagen, der die Gelehrtensprache nicht erlernt. Lebendig und Lebendiges formend, will die Romantik, die besondere, Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur durchdringende Schöpfung des höchstgestimmten deutschen Geistes Macht über das Leben des

deutschen Menschen gewinnen. Die politischen und wirtschaftlichen Triebe, die sie reichlich angesetzt hatte, werden nicht in die Luft hineinwachsen, Theorie und Forderung bleiben, sondern sich in die Erde senken. So werden sie die Bedingungen schaffen für eine neue Blüte romantischen Kulturgeistes, den schwächliche Neo- und pseudoromantische Literaturmoden vergeblich aus dem verdorrten Boden des neudeutschen Industriestaates hatten hervorlocken wollen. Die romantische wiederholt in ihrem Schicksal das der rationalistischen Idee. Auch diese trat, als sie sich der hierarchisch-starr gewordenen christlichen Geisteswelt entrang, zunächst in die Dienste des Absolutismus, förderte die politischen Gewaltformen des neuzeitlichen Europa. Erst später entfaltete der Rationalismus seine Eigenart, die Kraft, die Menschen nicht bloß innerlich auf sich zu stellen, sondern auch als tätige Glieder des Weltlebens zu befreien. Er wandte sich gegen den Absolutismus, wirkte fürs Volk. In dieser seiner zweiten Phase war er volkstümlich, ergriff Besitz von den Seelen, bezauberte die Massen, so daß diese ihm anhänglich blieben, als er sich ausgegeben hatte und nicht mehr fähig war, Formen des gesellschaftlichen Lebens zu erzeugen, die wahrhafte Selbstregierung sind. Nun löst den politischen und wirtschaftlichen Rationalismus die politische und wirtschaftliche Romantik ab. Sie tritt jetzt in ihre zweite, volkstümliche, eigenschaffende Phase.

Sie ist erwartet. Viele suchen sie, sind von ihrem Geist erfüllt, ohne ihren Namen noch zu nennen. Die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums über die gebundene Planwirtschaft zeigt auf die Notwendigkeit, auch innerhalb der sozialistisch gesinnten Kreise den Grundsätzen des modernen Sozialismus erst einmal eine neue programmatische Gestalt zu verschaffen. Die wirtschaftliche Romantik besitzt die Elemente eines solchen Programms. Und wenn Wally Zepler in den „Sozialistischen Monatsheften“ klagt, die Philosophie des Sozialismus sei noch nicht geboren, so spricht daraus eine jenem aufgeweckten Kreise gemeinsame Sehnsucht, die nur nicht wahrnimmt, daß ihr Ziel in der Denkarbeit der Romantik vorgearbeitet liegt. Dort kann die Philosophie der neuen deutschen Gesellschaft anknüpfen, um große Gedanken groß weiterzuführen. Schon hebt

der Fluß der romantischen Ideen, der gestockt oder sich in tote Arme verronnen hatte, kraftvoll zu strömen an. Denn was an Gedanken das neue Werden des demokratischen Deutschland begleitet, erweist sich als romantischer Sprößling, der seine Familienherkunft auch dann verrät, wenn jene Gedanken noch zaghafte Formulierung, unvollkommener Ausdruck von Ideen sind, die von den Genossen jener hochgeistigen Zeit und ihren Epigonen sicherer gefaßt und tiefer ergriffen wurden.

Politische Romantik ist Ablehnung des autoritären Staates, Feindschaft dem zentralisierten, über den Untertanen herrschenden Staatsapparat. Ihre Welt ist Freiheit durch Selbstverwaltung, Einheit nicht durch Zwang, sondern durch den alle Volksgruppen durchdringenden Gemeinschaftsgeist. Wirtschaftliche Romantik ist Kampf gegen den Erwerbsgeist, der die Gemeinschaft in Privatexistenzen auflöst. Ihr Ziel ist Erzeugung und Verteilung der Güter durch genossenschaftliches Zusammenwirken im Beruf und im nationalen Gemeinleben. Aus der romantischen Ordnung des Gesamtdaseins fließt die romantische Beziehung zwischen Individuum und Gemeinschaft, ersteht die freie Persönlichkeit, diese selbstbewußte, mitschaffende Einzeldarstellung der menschlichen Kulturgesamtheit.

13. Kapitel

Politische Romantik. Demokratische Selbstverwaltung

Keine Zentralisierung, war der aus allen Kreisen dringende Ruf, als es an den Grundplan für den Neuaufbau ging. Man glaubte in bürgerlichen Kreisen, die Sozialdemokraten, die ja stärksten Einfluß auf die Anbahnung des kommenden Gemeinschaftslebens hatten, vor einem Zwang vom Staatszentrum aus, vor dem allstaatlichen Überorganisieren warnen zu müssen. Der Zentralismus lag ja dem marxistisch gefärbten Sozialismus nahe. Indes die Abneigung gegen das Bureaukratenwerk, den Stolz des deutschen Staates, war Allgemeingut. Die Sozialisierungskom-

mission war einig im Urteil über die Schädlichkeit des beamtenmäßigen Betriebes, in der Forderung nach Bruch mit den bureaukratischen Traditionen. Die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums sieht keinen Nutzen, wenn an die Stelle der privaten Kapitalisten der Staat als Kapitalist tritt. Wirklich wäre in solchem Falle nur der Herrschaftsdrang, der von einem zentralisierten Staatsapparat unwiderstehlich ausstrahlt, auf die ganze Wirtschaft losgelassen. Die Romantik hat eine stetige bureaukratiefeindliche Überlieferung. Ihre Abneigung ist nicht von Zweckmäßigkeitsgründen eingegeben, sie bekämpft Bureaukratie und Zentralismus grundsätzlich als unvereinbar mit der Freiheit, die ihr Kern der menschlichen Persönlichkeit, Wesen des menschlichen Gemeinschaftslebens ist. Bureaukratie ist Werkzeug der Herrschaft, die Romantik will Herrschaft nicht. Dem romantischen Denken ist der Herrschaftsstaat eine Sünde an ihrem hohen Staatsideal.

In den 1813er Vorträgen über den Staat, der vollausgebildeten romantischen Staatslehre Fichtes, findet der Philosoph Worte edlen Unmuts gegen einen Herrscher, der sich vom Volk im Kriege retten läßt und nachher der Nation die Selbständigkeit vorenthält — das Verhalten der preußischen Dynastie und Bureaukratie nach den Befreiungskriegen. Unter solcher Herrschaft könne der Vernünftige nicht bleiben. „Ein solcher Staat befindet sich im Zustande der Verstockung. Der Edle rettet sein unsterblich Teil, indem er ihn flieht.“ Vom Staat seiner Zeit, dem militärisch-bureaukratischen Absolutismus, sagte der Denker, den Erleuchteten gehe er nichts an — Fichte hat den Staat im Auge, wie er im Kriege der Gewalthaber untereinander verfangen ist — als wie ferne er ihn als Entwicklungspunkt eines Reiches der Freiheit betrachtet. Die Entstehung jenes im göttlichen Weltplane vorgesehenen Reiches aber schiebt Fichte in die Wachstumsgeschichte des Geistigen. Jeder Mensch soll innerlich frei werden, nur seiner Einsicht folgen, aber auch äußerlich, er soll auf keine Weise durch andere gezwungen werden. Zwang ist gegen das Recht, er raubt die innere Freiheit. Allerdings sei eine Phase zu durchschreiten, in der die Menschen dazu erzogen werden, sich ihrer Freiheit innerhalb des Rechtes, d. i. der Achtung vor der Freiheit der anderen zu bedienen. In

dieser Übergangszeit könne Zwang angewendet werden, um eine äußere Rechtsordnung herzustellen. Die Zwangsgewalt rechtfertige sich aber nur dadurch, daß sie sich nicht begnügt, den Menschen zu zähmen, wie ein wildes Tier, sondern ihn durch Belehrung zur Einsicht bringt, daß Recht sein muß, so daß er dieses aus innerer Freiheit achtet. Fichte wendet nun sittlichen Ernst und Scharfsinn darauf, zu ergründen, wer das Recht haben soll, diesen Zwang auszuüben. Sich selbst ernennen, kann der Zwingherr nicht. Der deutsche Denker findet dieselbe Lösung, die Plato gegeben hat. Dem Lehrerstande allein komme jenes Amt zu. In einer großartigen Geschichtskonstruktion führt Fichte den Entwicklungsgang der Menschheit durch. Das ewig Wertvolle an der Staatslehre des Philosophen ist, die Aufzeigung dessen, was nicht sein soll, nämlich der Zwangsstaat alten Stils, und dessen, was sein soll, nämlich die Gemeinschaft als Reich der Freiheit, das durch Einsicht gelenkt wird. Die Einsicht verkörpert sich ihm in den Lehrern, das mag dem großen Lehrerbewußtsein in ihm zugute gehalten werden. Das Ziel ist aufgegeben, der Weg dahin ist von der befreiten Gesellschaft zu suchen. Er mag im Sinne Fichtes auch im selbsttätigen Zusammenwirken der nach Freiheit und Recht Strebenden gefunden werden.

Die Kritik des Staates im romantischen Geiste ergänzt Schelling. „Da," heißt es in der 10. Vorlesung über die Methode des akademischen Studiums, „in der gänzlichen Zurückziehung des allgemeinen und öffentlichen Geistes von dem einzelnen Leben dieses als die rein endliche Seite des Staates und völlig tot zurückbleibt, ist Gesetzmäßigkeit, die in ihm herrscht, keine Anwendung von Ideen, und höchstens die eines mechanischen Scharfsinns (zur gerichtlichen Entscheidung von Streitigkeiten in einzelnen Fällen) möglich." Der Philosoph will damit den „empirischen", d. i. den Staat kennzeichnen, der um ihn ist. Es ist der Herrschaftsstaat, der den Bürger ins Privatleben bannt, den allgemeinen öffentlichen Geist ausschließt, weil er sich das Monopol des Regierens vorbehält. Dem Grundschaden des rationalistischen Herrschaftsstaates geht auch Baader, der tiefromantische Denker, auf den Grund. Er findet in jener Staatsart ein Übergewicht des Mechanismus über den Organismus.

Die Regierung verkehrt nicht mit den organischen Elementen der Gesellschaft, den Ständen, sondern mit den Individuen. Die Folge sei, daß die Regierungsfunktionen sich vervielfältigen. Mit der Schwächung des ständischen Prinzips gehe aber auch die Ehre unter. Das Individuum könne nur unter dem Schutze der Idee seines Standes von der Regierung respektiert werden. Die innere Zermürbung des vereinzelten Untertans war ja wirklich die unausrottbare böse Wirkung des deutschen Staates. Sie hat im Bürger alles andere groß werden lassen, nur nicht die hochgespannte Empfindlichkeit für die Freiheit, dieses höchsten Gutes in der Welt der deutschen Denker.

Unmittelbare allerschärfste Gegnerschaft traf der Staat in Haller. Dieser Restaurator der Staatswissenschaften war unerbittlich in der Kritik der Hüllen falscher Werte, die der naturrechtliche Rationalismus um das derbe Knochengerüst des militärischen Herrschaftsstaates geworfen hat. Haller leugnet, daß Staatsgewalt und Staatsregierung andere Ansprüche für sich geltend machen können als ihre tatsächliche Macht. Er leugnet die unbedingte Gehorsamspflicht der Untertanen, die das Naturrecht darum behauptet, weil der Regent und sein Apparat das Allgemeininteresse in sich fassen. Die Hallersche Lehre, daß der Staat ein pures Machtverhältnis sei, ist im Kern eine andere als die Machttheorie, die einen Großteil der deutschen Staatsrechtslehrer in Ketten gehalten hat. Haller meint nicht, daß der Staat das Recht und die Pflicht habe, Macht nach außen und innen zu entfalten, ja, daß Machterhaltung sein Wesen sei. Der Romantiker denkt völlig realistisch. Der Staat ist ihm nur faktische Macht, nicht ein Gefäß von Machtmysterium. Ist die faktische Macht verloren, so ist der Staat weg. Der Macht von oben kann der Untertan Widerstand entgegensetzen, wenn jene in sein Recht eingreift. Denn — das ist unverlierbar an Hallers Staatslehre — auch der Untertan hat seine eigenständige Rechtssphäre. Haller stellt beide Rechte, das des Herrschers und das der Beherrschten, als Privatrechte dar, er sieht den frühfürstlichen Ständestaat vor sich, der dann durch den militärisch-naturrechtlichen Absolutismus abgelöst wurde. Die Stände sind jedoch bereits Entartungen des reinen mittelalterlichen Gemeinlebens, ihre Freiheit schon eine Verkrüppelung der Freiheit der

Korporationen und Gilden der deutschen Gesellschaft, die öffentliche Befugnisse als selbstverwaltende Glieder der Gesamtheit übten. Indem Haller die von der absolutistischen Staatslehre her im deutschen Staat mitgeschleppte Allunterworfenheit des Bürgers unter eine unabgrenzbare staatliche Macht verwirft, wird der Boden vorbereitet für eine echt genossenschaftliche Auffassung. Zwar hat auch die liberale Staatslehre der Staatstätigkeit Grenzen zu setzen versucht. Praktisch ohne Erfolg. Marlo, der die Mängel der liberalen Staatstheorie von der sozialökonomischen Seite her aufdeckt, zeigt die Ursache. Die Erwerbsfreiheit des wirtschaftlichen Liberalismus habe faktisch der Plutokratie, der Macht der zusammengeballten Geldkräfte, das Tor freigegeben. Damit kam Entsittlichung in die Gesellschaft, höllische Kämpfe unter ihre Elemente. Die Staatsgewalt sei nicht entbehrlich, vielmehr immer unentbehrlicher geworden. Allein die liberale Staatslehre war schon in der Fundamentierung falsch. Dem Bürger wurde nur eine staatsfreie Sphäre zugestanden, nicht aber ein wirkungsbereites aktives Recht auf die Staatssphäre selbst. In der Hallerschen Auffassung, daß das Recht der Untertanen ein ebenso gutes sei als das des Herrschers, ist dieser Kern demokratischen Staatsdenkens schärfer umrissen. Es braucht nur die privatrechtliche Verkleidung dieses, im Wesen natürlich öffentlichen Rechtsbereiches abgestreift zu werden, und das Gerüst eines demokratischen Gemeinwesens liegt zutage. Bündige Schlüsse für eine demokratische Restauration der Staatslehre sind mancherlei aus dem Gesamtgeiste Hallers zu ziehen, der die Vergänglichkeit des historisch gewordenen Staatsbegriffes lehrt, die zwangsläufige Oberhoheit der sogenannten Staatsidee leugnet. Hallers Kritik des „Staates“ gemahnt auf Schritt und Tritt an die sozialdemokratische Kritik des „Klassenstaates“. Beide enthüllen das Täuscherkunststück, Sonderinteressen der jeweiligen Inhaber und Nutznießer des Staatsapparates hinter dem Schein des Allgemeinwohls zu verstecken. Feinere Arbeit hat Haller geleistet. Seine Kritik bahnt auch einen geraderen Weg zum genossenschaftlichen Gemeinwesen als die über ihr Vorhaben im unklaren gebliebene vorrevolutionäre Staatsauffassung der Sozialdemokratie, die an einem heimlichen bureaukratischen Zentralismus laborierte.

Die Romantik ist nicht bei der Doktrin stehen geblieben. Sie hat den deutschen „Staat" nicht nur als verfehlte, rationalistische Schöpfung theoretisch bekämpft. Kritik und praktische Politik der von romantischen Ideengängen herkommenden Männer und Parteien galt auch den konkreten Staaten auf deutschem Boden, die die Nation nicht zu gesundem Leben in der Mitte Europas kommen ließen. Der erste Verfassungsplan des Ministers Preuß zielte auf Einschmelzung aller Bundesstaaten ab, deren sonderbar verlaufende Grenzen wie die Wundränder an einem Körper hersehen, der von sinnlosen Hieben wiederholt kreuz und quer getroffen wurde. Alle diese Zeugen einer schmerzlichen inneren Geschichte, die fast gar nichts mit der großzügigen Einfachheit der Territorialteilung des alten deutschen Volksreiches zu tun haben, sollten sich im erneuten Volksreiche, der Sehnsucht der Romantik, wieder auflösen und natürlichen, nach Landschaft und Stamm unterschiedenen Gruppierungen der deutschen Nation, des „Volkes von Völkern", Raum lassen. Der Ruf ging nicht allsogleich praktisch in Erfüllung. Aber in den Geistern hatte er eine Bewegung entbunden, die auffallend an verschollen geglaubte Jahrzehnte der deutschen Politik erinnert. Der Geist des Großdeutschtums geht um. Nicht bloß in dem Wunsche, den österreichischen Stamm, einen der blüten- und früchtereichsten deutscher Zunge, wieder im Mutterhause zu haben, auch in den Bestrebungen, Preußen zu zerlegen, diesen deutschen „Staat" in Reinkultur, der ein hartes militärisch-bureaukratisches Netz über eine Zahl in Mund- und Stammesart, in geschichtlichem Bewußtsein und kulturellem Wesen grundverschiedener Landschaften geworfen hat. Die Strömungen am Rhein und in Hannover sind nicht restlos aufzuklären, wenn sie mit vereinzelten offen landesverräterischen Wühlereien vermengt werden. Hier bricht alte echt nationale Politik durch, vor allem der beste großdeutsche Gedanke, im politischen Gleichgewichtssystem dem Kern des alten Reiches deutscher Nation, der Wiege deutschen Kulturwesens, dem Süden und Westen stärkere Achtung zu schaffen, als dies die kleindeutsche Lösung zugelassen hatte. Diese war die rationalistische Gestaltung gewesen. Sie hatte das übrige deutsche Land zur Verlängerung des preußischen, durchaus rationalistischen

staatlichen Wesens gemacht. 1870 schien der Streit entschieden. Allein die Haltbarkeit jener Lösung war eine trügerische gewesen. Die Geschichte läutete ihre Revision ein. Da mußte der Widerpart, die romantische großdeutsche Idee, wieder Leben gewinnen, die Stimmen der Männer wieder klingen, die die Nation vor der Verewigung von gewaltsamen Ergebnissen einer Geschichte bewahren wollten, die militärische, aber nicht nationalkulturelle Geschichte war. Man hört Görres wieder. Noch im Nachhall des Feuers der Befreiungskämpfe, als die deutschen Bundesakte den Keim zum Zwiste der zwei geistig-politischen Richtungen legten, hat der große deutsche Publizist bei aller Anerkennung der echten Leistungen Preußens für die Erhaltung Deutschlands, in dem schönen Aufsatz „Die Reaktion in Preußen" den Urhebern der Polizeimaßregeln gegen den Tugendbund, diese spontane Vereinigung aus romantisch-deutschem Sehnen zugerufen: „Ihr Altpreußentum in seiner ganzen Herbheit und widerwärtigen Schärfe, als Inbegriff aller fiskalischen, kameralistischen, militärisch-despotischen sogenannten Tendenzen der neuen Zeit wollen sie der Welt von neuem aufdringen, die es im Innersten haßt und es überall von sich abgetrieben.". Görres rät Preußen, in allen Verhältnissen sich zu einer deutschen Macht hinaufzuheben und nicht, wie früher alles Bestreben hingegangen sei, Deutschland zu einer preußischen Macht hinabzuziehen. Die Parteigänger des preußisch-deutschen Staates fanden, daß Preußen seine deutsche Aufgabe erfüllt hätte. Aber breit zieht eine Strömung bitterer Kritik durch die Jahrzehnte, die im Geiste von Görres die preußische Gestaltung Deutschlands beklagt und eine Wiederaufnahme des Prozesses fordert. Lagarde und Konstantin Frantz leiten über die neudeutsche Atmosphäre die aufbauenden romantisch-politischen Gedanken an die Gegenwart, die das im Weltkriege als unzulänglich erprobte preußische Deutschland niedergebrochen vorfindet. Der harte Satz Lagardes: „Es hat nie eine Schöpfung gegeben, die so unfroh gewesen wäre wie diese", steht über allen fünf Jahrzehnten des neudeutschen Kaisertums. „Die Grenzen der gegenwärtigen deutschen Staaten sind rein willkürlich und darum mit dem Ethos in keiner Beziehung." Die Zusammensetzung Preußens aus drei unverbundenen Fetzen ist ihm eine Ungeheuerlichkeit. „Dem

gegenüber, was jetzt Staat heißt, ist jede Entschuldigung und philosophische Deduktion unangebracht, der Staat eben status, ein tatsächlicher, einer nationalen Grundlage und ethischer Umgrenzung entbehrender Zustand." Er fordert eine Neugestaltung, die die Nation in die alten und neuen Stämme gliedert, als eine der Grundbedingungen eines dauerhaften Glückes für Deutschland. So auch in romantischem Sinne Frantz. Den rationalistischen Charakter der deutschen Staaten schilt er: „An ihre Landschaft oder an ihre Vaterstadt sollen sich die Leute nicht gebunden fühlen, sondern lediglich an ihren respektiven Staat"....
„Besaß nun offenbar Preußen die bei weitem mächtigsten Handhaben zur Egalisierung und Unifikation, so mußte es schließlich wohl zu dem System von 66 kommen, wonach das Geschäft heute im größten Stil betrieben wird." Frantz ist Gegner des Militarismus, er will Miliz, Bürger- und Kreiswehren zum Schirm der Volksfreiheit. So muß ihm der militaristische Geist des neuen Kaisertums zuwider sein. Er stellt ihm das alte Kaisertum entgegen, das seiner Idee nach den Mittelpunkt aller Rechtsentwicklung bilden sollte. Preußen habe sich nach dem 30jährigen Kriege, der Zeit des tiefsten Verfalles des deutschen Volkslebens formiert, dieser Staat sei nicht auf Beförderung einer volkstümlichen Entwicklung, sowenig wie auf Beförderung der Volksfreiheit angelegt gewesen. 66 habe die Kontinuität deutscher Entwicklung durchbrochen. Das alte westliche Deutschland müsse neben dem neuen östlichen wieder zu der ihm gebührenden Geltung gelangen. Das Preußentum habe die deutsche Frage nicht gelöst, nur in eine grundfalsche Richtung gebracht. Triftige Ideen aus dem Schatze der politischen Romantik sind Wahrheit von heute geworden. Der Reichsbau wird von neuem unternommen werden.

Gefühl für die Gemeinschaft, Freiheit der Bürger, betätigt in gebietlicher und beruflicher Selbstverwaltung, sollen die Pfeiler der neuen Demokratie sein. Romantisches Erbgut, das jetzt fruchtbar wird. Der frühere Reichswirtschaftsminister Wissell und sein Unterstaatssekretär Möllendorff knüpften Neues an Altes, indem sie eine Brücke schlugen von den Taten Steins zur Erneuerungsarbeit, die heute zu leisten ist. „Wir wollen den Gedanken der Selbstverwaltung und der Mitbeteiligung aller

Glieder, die in den regionalen Organisationen der Gemeinde bei der Restauration zwischen den napoleonischen Kriegen den Widerstand des Staates ermöglichten, auf die Organisationen der Wirtschaft, d. h. der einzelnen Betriebe wie der fachlichen Vereinigung von Unternehmungen erstrecken", ließ sich Wissell vor den Kaufleuten vernehmen. Und etwas früher Möllendorff, der mehr die Idee ins Auge faßt: „Suchen wir aus den Trümmern herauszuflüchten in jenen Gedankenkreis von Stein und Hardenberg, der auf unsere Wirtschaft heute angewendet, in seiner Mischung von Bindung und Befreiung, mit einem Wort in seiner Selbstverwaltung die Lösung birgt." Reichskanzler Bauer wieder brachte nach seiner Berufung an die Spitze des Kabinetts die andere Seite des neuen Werdens, die Bedeutung der Gemeinschaft in den Vordergrund. Er sagte, daß in Deutschland jetzt zum erstenmal in der Welt der Gedanke der sozialen Staatsgestaltung in den Mittelpunkt der Politik zu stellen sei.

Freie Mitwirkung der Bürgerschaft aus dem inneren Drang zum Gemeinwohl, das politische Widerspiel des herrschaftsstaatlichen Denkens, lag letzten Endes der organischen Staatsidee zugrunde. Ihr Kern, daß das Volk nicht die gerade lebendige Generation, nicht die Summe der lebendigen Individuen ist, daß die Nation in der Folge der Geschlechter, der geschichtlichen Zusammenhänge lebt, schien in den letzten Jahrzehnten völlig Parteibesitz der Gegner der Demokratie; er wurde auch in der Revolution angewendet, um der Nation das Recht zu bestreiten, von der Militärmonarchie zur Demokratie überzugehen. Die Lehre, daß die Nation ein Organismus sei, wird jedoch mißbraucht, wenn sie in Gegensatz zu freiester Gestaltung des Volkslebens gebracht wird. Sie entsproß unmittelbar aus dem romantisch-politischen Ideenschatz, mußte nur im Schatten des alten Staates kümmerlich verwachsen. Was sich jetzt in den erweckten Köpfen regt, ist aus dem Geiste organischen Staatsdenkens, der dem einzelnen seinen Kreis innerhalb der Vielheit freiläßt, ihn aber nicht absondert, sondern an die Vielheit bindet, in der ihm an der Gemeinschaftsgewalt Teilnahme gegeben ist. Organisch gedacht ist die Auffassung, die Baader so vorbringt: „Jeder Mensch befindet sich, so wie er unter Menschen zur Vernunft erwacht, bereits in einer moralisch-religiösen und poli-

tischen Gesellschaft, und es kann seinem Belieben nie anheimgestellt werden, ob er in eine Gesellschaft eintreten will oder nicht.“ Ohne Autorität gebe es also gewiß keine Assoziation. Aber „alle Sozietät habe ihre Legitimität nur in der wechselseitigen Befreiung der in den Bund Getretenen zu erweisen“. Und weit von der autoritärstaatlichen zur demokratischen Denkweise hinüber lenkt die Bemerkung des Philosophen: „Die eigentlich bürgerliche und religiöse Gesellschaft ist die natürliche, in der die Liebe herrscht, und die zivile und politische Gesellschaft diene nur als Mittel, jene als Zweck zu sichern und zu restaurieren.“ Rückgehen auf die Liebe, d. i. auf den Geist der Genossenschaftlichkeit, ist romantische Anschauung der Politik. Im Gemeingeist gipfelt auch das Staatsdenken Schleiermachers, der mit klarerem Auge als Hegel das Zusammenleben der Menschen im Staate anschaut und die Grundbegriffe der politischen Romantik getreuer als dieser hütet. „Durchdringt das politische Leben die ganze Masse, so wird ihr auch die Vollziehung (der Gesetze) anheimzugeben sein. Solange dies nicht ist, so viel als möglich.“ Schleiermacher arbeitet in seiner Staatslehre das der Demokratie zugrunde liegende Element, den Gemeingeist, als das in der staatlichen Entwicklung Erstrebenswerte heraus. Der Gemeingeist ist ihm überall das gesunde regulative Prinzip. So wenn er über die Frage, ob Lokal- oder Zentralverwaltung, abhandelt. Für kleine staatliche Einheiten erscheint ihm die Demokratie ohne weiteres als die ursprüngliche Grundform. Indes auch für die von ihm so benannten Staaten höchster Ordnung, d. s. die Vollstaaten, die eine ganze Nation in sich fassen, für die ihm die Monarchie die passendste Form ist, hat er seine skeptischen Vorbehalte. Er zweifelt an der Richtigkeit der Erblichkeit und sieht auch in den Monarchien überall die Tendenz zur Demokratie. Höchste Ausbildung der Monarchie scheint ihm jene, in der der Herrscher auf Bildung des Gemeingeistes hinwirkt, darauf, daß die Volksüberzeugung zur Geltung komme. Hoch schätzt er die Rolle der Kommune als Selbstverwaltungsgebilde, weil diese die Gesamttätigkeit der Bürger unvermindert zu erhalten wisse. Man spürt als Grundgefühl bei ihm Beschränkung der Staatsgewalt auf das Mindestmaß — Religion und Erziehung will er vom

Staat grundsätzlich freihalten und staatliche Tätigkeit hier nur zulassen, soweit sie den Gemeingeist fördert, die gleiche Durchbildung aller, was bei ihm Voraussetzung für Demokratie ist. Stärke und Tätigkeit des Gemeinwesens ruht ihm in der Gesinnung und Bildung des Volkes. Den Abschnitt über die Verteidigung des Staates schließt er mit den Worten, daß alles, was von der Leitung geschehen kann, nur einzeln und fragmentarisch ist, daß das Wesentliche nur ausgeht von der Entwicklung der Gesamtheit in Gesinnung und Gesittung.

Die Geister, die das romantische Erbe weitertrugen, gründen das Zusammenwirken in der Nation durchaus auf Selbstregierung. Marlo scheidet zwei weltgeschichtliche Systeme, den Monopolismus, die Idee der ungleichen Berechtigung, und den Panpolismus, die Idee der gleichen Berechtigung aller menschlichen Glieder. Der große Beruf unserer Zeit sei, den Monopolismus zu überwinden. Auch Liberalismus und Kommunismus sind dem Monopolismus entgegengesetzt, sie sind beide mangelhaft. Ein starker Teil der Denkarbeit Marlos ist dem Nachweis dieser Unzulänglichkeit zugewendet. Eine neue, zur wirklichen Freiheit und Gleichheit führende Rechtsidee sei auszubilden, der Föderalismus. Dieser erstrebt die größte persönliche Freiheit und Gleichheit für alle Glieder der Gesellschaft. Denn wirkliche Gleichheit und Freiheit müssen zusammenfallen. Sie bestehen in der Macht aller zur größtmöglichsten Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Föderalismus ist Demokratie, Ausübung höchster politischer Gewalt durch gleiche Beteiligung aller Staatsbürger. Die föderale Ordnung der Gesellschaft, wie sie Marlo will, bilde mit ihren Zünften, Gemeinden, Geschäftsassoziationen und Familien — also mit lokaler und beruflicher Selbstverwaltung — eine große, sich in eine Reihe von kleineren abstufende Genossenschaft, in der das Interesse aller ihrer Glieder mit dem der Gesamtheit übereinstimmt — der Gemeingeist in seiner Betätigung! Föderalismus nennt auch Konstantin Frantz die politische Ordnung, die er dem preußisch-deutschen Staate gegenüberstellt. Die Gedankengänge des politischen Romantikers nähern sich auf Haaresbreite dem, was heute nach dem Niederbruch jener Staatsbildung in der Wirklichkeit wird und in den Köpfen brodelt. Zur Rechtfertigung einer natürlichen territorialen Scheidung, die

jeder Landschaft die Entfaltung ihrer Eigentümlichkeit ermöglicht, bemerkt er: „Ist das die sehr wahre Seite des Sozialismus, daß er eben eine planmäßige wirtschaftliche Organisation fordert, welche für unsere dicht besiedelten Länder allmählich zum unabweisbaren Bedürfnis geworden ist, und ist solchem Bedürfnis ohne eine naturgemäße Abgrenzung der Territorien selbst beim besten Willen nur sehr wenig zu genügen, so wird man auch nicht verhindern können, daß die sozialistischen Tendenzen sich immer weiter verbreiten. Denn daß sie in diesem Punkte auf einen besseren Zustand hinzielen als der gegenwärtige ist, muß jeder unbefangene Denker anerkennen." Mit den zurzeit leidenschaftlich erörterten Ansätzen zu einer Durchorganisierung der deutschen Gesellschaft berührt sich die Schilderung, die Frantz von einer föderalen Ordnung entwirft: „Einerseits die örtlichen Organisationen, nach Gemeinden, Kreisen, Landschaften oder Provinzen, anderseits die ständischen und Berufsgenossenschaften — das allein sind die Grundlagen, von wo eine wahre Volksvertretung ausgehen kann." Und mit den Vorschlägen Cohen-Kaliski deckt sich sein Resumé: „Die berufsartige Volksvertretung ist zurzeit nur möglich als eine neben der allgemeinen Volksvertretung stehende besondere Körperschaft." In die große Perspektive einer neuen internationalen Organisation rückt Frantz — darin die neuesten Ausblicke vorahnend — seine Ordnung des Föderalismus, wenn er sagt, daß die elementarsten sozialen Fragen mit den Weltfragen zusammenhängen. Darin träte nun aber erst die volle Bedeutung des Föderalismus hervor, daß er von vorneherein in einen universalen Zusammenhang der Dinge einführe, wodurch man sagen könne, daß er für die Menschenwelt dasselbe sei, wie für die materielle Welt das Gravitationsgesetz. Der Aufgabe der unmittelbaren deutschen Gegenwart spricht Frantz das Programm in seiner Kennzeichnung des Föderalismus. Dieser anerkenne einerseits alle Faktoren der Entwicklung in ihrer Eigenart, verbinde sie andererseits zum Zusammenwirken. So angefangen von den materiellen Fragen der Ökonomik: Naturkraft, Arbeitskraft, Intelligenz und Kapital, weiter die verschiedenen Wirtschaftszweige und sozialen Berufsarten bis zur Regulierung der persönlichen Verhältnisse der dabei Beteiligten. Eine Art Motivenbericht zur Räteordnung des Artikels 165 der

Reichsverfassung. Führe nun der Föderalismus über den Gegensatz der liberalen und sozialistischen Ökonomie hinaus — derselbe romantische Gedanke wie bei Marlo — so sei er das alleinige Mittel zur Überwindung des so allgemein gefürchteten Sozialismus. Jenes Sozialismus, darf heute hinzugefügt werden, der in eine einseitige rationalistische Richtung geraten ist und in dieser Form, in den verschiedenen Spielarten des Marxismus, die Neuordnung der Gesellschaft nicht unternehmen kann.

14. Kapitel

Romantik und wirtschaftliche Demokratie. Sozialisierung des Privatmenschen

Eigenartig fruchtbar wie im Politischen hat die Romantik im Wirtschaftlich-Sozialen die Ideen und Strebungen des werdenden Deutschland vorgedacht. Dem liberal-rationalistischen Wirtschaftssystem gegenüber fühlte sie sich unbefangener als vor dem rationalistischen Staatsgeist. In ihre gedankliche Arbeit mengte sich hier ein empfindliches Gewissen für die Leiden der unteren Klassen und für die Verzerrung der allgemeinen Sittlichkeit durch die einseitige Erwerbswirtschaft. Radowitz, zeitweilig der Vertraute Friedrich Wilhelms IV., mit dem er Romantik als Wiedererweckung des Ständewesens verstand, mahnt die Industriellen, die Fabrik nicht mit schrankenloser Verfügung über deren Früchte zu besitzen, sie sollen den Genuß des darin repräsentierten Kapitals „nicht wie der vogelfreie Fremdling schmecken, sondern wie der mit den Leiden und Freuden seines Volkes unzertrennlich verbundene Bestbürger.“ Warmes soziales Fühlen offenbart Baader in einer tiefschürfenden Betrachtung über die Schäden des damals im Entstehen begriffenen Industrialismus. Er sucht nach den „tiefliegenden Wurzeln der krankhaften Revolutionierbarkeit“. Sie seien nicht in dem Mißverhältnis der Regierungsformen zu den Regierten, sondern im Mißverhältnis

der Vermögenslosen zu den Vermögenden zu finden. Betreffs der Proletarier handle es sich derzeit weder um Wohltätigkeitsanstalt noch um Polizeianstalt, sondern um Rechtsanstalt. Hörigkeit sei minder grausam gewesen als diese Vogelfreiheit, Schutz- und Hilflosigkeit des größten Teiles unserer zivilisierten Nationen. Dem ökonomischen Übel soll durch eine Reform des Gewerbeverkehrs abgeholfen werden, die den zu tief herabgedrückten Wert des Landes und der Arbeit erhöhe. Baaders Revolutionstheorie spiegelt, im Vorhalt zur Marxschen, den Unterschied zwischen romantischer und rationalistischer Betrachtung des menschlichen Gemeinlebens. Revolution, sagt er, sei: nicht geförderte oder zurückgedrängte Evolution. Es genüge nicht, „den Barabas zu binden, falls man den gebundenen Christus nicht befreie". Ein Schlag gegen Konterrevolution und Restauration. Alle revolutionäre, von der Kontinuität oder Tradition der Geschichte sich selbst losreißende und dieselbe zurückstoßende Bewegung sei eben nur die Folge einer vernachlässigten und versäumten Evolution. Aber die politische Lösung des Revolutionsproblems ist ihm ungenügend. Nicht bei der Regierung, wie die französische Staatsreform — also die Aufklärung — meine, sondern bei der Gesellschaft selber sei anzufangen, weil in ihr die tiefste Quelle der Soziabilität vertrocknet und vergiftet wäre. Noch heute hielten die Liberalen Überspanntes von der Macht der Regierung und ihrer Allmacht im Vergleiche zu der Macht der Gesellschaft. Unverständig nennt er es auch — hier trifft er die marxistische Revolutionslehre — den Revolutionarismus als Mittel zur Beförderung der Evolution anzusehen, da ja jener als durch Hemmung der letzteren entstanden, seiner Natur nach nur antirevolutionär und antireformierend wirken kann. Seine Lösung ist soziale Wechselseitigkeit. „Das Christentum," führt er aus, „habe Lehre und Begriff des Erwerbs, Besitzes und Genusses völlig umgestaltet, indem es den heidnischen Begriff des Eigentums — man erinnert sich an den anderen Romantiker Marlo — völlig zerstörte und jede Verwendung sowie jeden Genuß desselben verwehrte, der nicht sozial, somit antisozial ist. Denn wer nicht für die Gesellschaft lebt, der lebt gegen sie. Alle dürfen mit ihren Personen, Kräften und ihrem Eigentum nicht schalten und walten wie sie in ihrer

Eigenheit und Selbstsucht wollen, sondern wie Gott will. Aber Gott will, daß einer dem anderen ohne Ausnahme dienlich und behilflich sei. Der durch die heidnische Jurisprudenz sanktionierte Egoismus und Separatismus der Vermögenden und Machthaber gegen die Armen und Machtlosen — der römische Eigentumsbegriff — mußte aber gerade durch das Aufhören der Hörigkeit sowie durch die hochgerühmte industrielle Verteilung der Arbeit den Zustand der Proletarier in unseren Zeiten verschlechtern." Die romantische Formel gegen die Schäden der Erwerbswirtschaft und die Zerklüftung der Gesellschaft ist vom Philosophen klar vorgezeichnet: Gemeinschaft, Gegenseitigkeit, Beseitigung der Separation, der privaten Auffassung des Wirtschaftslebens.

Julius Fröbel, der stark vom Geist der Romantik durchsättigt ist, formuliert in seiner „Theorie der Politik" in aller Schärfe, was Baader mehr andeutet. Freiheit, von Fichte her der heilige Begriff der Romantik, ist nach ihm der Nerv des Kulturlebens. In den modernen europäischen Staaten bestehe teilweise Sklaverei, in der Dienstbarkeit der Armen und im eigentlichen Proletariat. Sie können nur dadurch erledigt werden, daß das öffentliche Recht ganz unter die Herrschaft des sittlichen Zweckes gestellt und damit die Freiheit eines jeden zum ersten aller öffentlichen Rechte gemacht wird, wenn der Unterschied zwischen Privat- und Staatsrecht verschwunden ist, indem jeder gleichen unmittelbaren Anteil am Gesamtwohle der Rechtsgemeinschaft errungen hat. Und noch markiger: „Die Zeit wird kommen, wo es kein Privatrecht mehr gibt." Allerdings werde diese Zeit nicht eher kommen, als bis die Beseitigung der Privatrechte wirklich zur höchsten individuellen Freiheit führt. Und wie auf die Photographenplatte gebannt, schaut der Heutige den Zwiespalt zwischen der Idee der Diktatur und der Demokratie, der einen Teil der deutschen Revolution ausmacht, wenn Fröbel bemerkt: „Aufhebung des Privateigentums, bevor der Staat zum Bewußtsein und zur Erfassung des allgemeinen Kulturzweckes und zur Einsicht der diesem selbst ganz entsprechenden Einordnung aller individuellen Zwecke gekommen ist, wäre Unterdrückung der Freiheit, nur in einer Gesellschaft möglich, wo eine falsche Gewalt sich die Herrschaft angemaßt hat. Eine Demokratie kann das nicht tun. In ihr kann der größte

sittliche Fortschritt nicht gemacht werden, solange er noch in den größten sittlichen Rückschritt umschlagen müßte.“ Das Eigentumsproblem löst sich ihm romantisch „durch Umwandlung des Eigentums, des Besitzes, der seine Quelle im Privatrecht hat, in Besitz, der die Quelle seiner Rechtmäßigkeit im Staatsrecht hat. Also nicht Gütergemeinschaft, sondern staatsrechtlicher Erwerb und Assekuranz, also allmähliche reformatorische Umwandlung des privatrechtlichen in staatsrechtlichen Besitz“. Und das Ziel der Gesellschaft: „Erst wenn aus den Privatmenschen wahre politische Menschen geworden sind, können die Individuen wahrhaft frei sein. Nicht in das Ungeheuer der sozialistischen (wir würden heute sagen bolschewistischen) Apokalypse sollen die Individuen eingeschmolzen werden, sondern im Reichtum der Verhältnisse eines freien Verkehrs sollen sie ihre größte Selbständigkeit finden.“

Aus Privatmenschen öffentliche Menschen! so meinen es alle reformatorischen Stimmen des Tages im neuen Deutschland. „Begeistern Sie sich,“ sprach Richard von Möllendorff in der Lessing-Hochschule, „für den vornehmsten Beruf des Wirtschaftsmenschen, in der Solidarität des Volkes und der Menschheit aufzugehen.“ „Unterordnung des Individual- unter das Gesamtinteresse“, „Gemeinschaftsidee weitaus wesentlicher als das Leitmotiv von der Ausschaltung der Bourgeoisie oder Abschaffung des Privateigentums“ (Wally Zepler: Was soll der Sozialismus?). „Die Wirtschaft des neuen Deutschland ist nicht mehr Privatangelegenheit einzelner Erwerbskreise, sondern ist Sache der Gemeinschaft“ (Professor E. Obst-Breslau als Mahnung an den angekündigten demokratischen Parteitag). Die wirtschaftlich-soziale Form, die diesen Gedanken verwirklicht, hat Marlo, vorbildlich denkend, aus der Idee selbst herausgearbeitet. Die Natur habe, indem sie uns zur Zivilisation bestimmte und den Großbetrieb zur Voraussetzung für diese machte, der Freiheit lästige Schranken gesetzt. Wir können aber unsere Freiheit durch Einführung der sozietären Geschäftsform beträchtlich erweitern. Der ethische Zweck des föderalen Werkrechtes sei, daß allen Menschen die Erarbeitung des größten Lebensgenusses ermöglicht, der ökonomische, daß die Bildung von Geldadel und Proletariat vermieden wird. Die föderalen Zünfte seien

nicht städtische, sondern nationale Vereine, die Glieder eines Hauptzunftvereines bilden und eine bezirksweise gegliederte Verwaltung haben. Sie sollen beratende Teilnahme an der Gesetzgebung haben. Es dürfen nur produktive, nicht unproduktive Werkzweige betrieben werden. Die Einwirkung der Verwaltungsämter auf die gesamte werkliche Tätigkeit müsse eine möglichst beschränkte sein. Marlo entwirft hier genau das Bild der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, die jetzt Schritt für Schritt in die deutsche Wirtschaft eingefügt wird. Walter Rathenau ist in allen seinen Schriften, kritisierend bald, bald positive Ratschläge erteilend, dieser wirtschaftlichen Lebensform nachgegangen, er beschreibt sie als autonome Unternehmungen, in denen der Zweiklassenzustand, Unternehmertum — Arbeiterschaft, aufgehoben ist, diese will er, den alten Namen der Städtedemokratie neu gebrauchend, zu Gilden zusammenfassen, deren Leitungen Produktionspolitik machen sollen. Aus dem katholischen Lager ruft Heinrich Pesch S. I. („Neubau der Gesellschaft") zur Verwirklichung der romantischen Genossenschaftsidee, zu einer „organisierten gegliederten Wirtschaftsverfassung, wo die Regelung des Wirtschaftslebens der Hauptsache nach beruflichen Organisationen freier Männer und Frauen anvertraut ist zum Wohle jeder Berufsgruppe, aber auch der Gesamtheit des Volkes, wo der Staat nur ergänzend eintritt und sein Vetorecht ausübt, wenn das Gemeinwohl es erfordert". Einordnung in Arbeitsgenossenschaften, der große Reformgedanke, den Goethe, wie in vielen starken Wesenszügen so auch im sozialen Schauen der Romantik tief verschwistert, am Eingange des industriellen Zeitalters in den „Wanderjahren" gestaltet hat.

15. Kapitel

Die Persönlichkeit in der gebundenen Lebensordnung

Breitstämmig und feinverästelt streckt sich die romantische Gesellschaftsidee ins deutsche Leben. Sie begann vor mehr

als einem Jahrhundert zu wachsen, aus altem nationalen Grundgeiste und dessen Verkörperungen in fruchtbarer Zeit Säfte ziehend. Sprungweise, den großen Bereich nur andeutend, wurde den Ausstrahlungen jenes Gedankens nachgegangen. Die Gegenwart zeigt sich als neuer Schößling einer tief im nationalen Seelenleben versenkten machtvollen Schöpfung. Jetzt erst scheint der Tag gekommen, da die Denkarbeit der Romantik, ihr sicheres Verständnis für einen volkstümlichen Aufbau des politischen Seins, ihr warmes Empfinden für den Ausgleich der im nationalen Wirtschaftsleben wirkenden Kräfte, ihr Drang nach sozialer Versöhnung, nach Verbindung der Berufe, nach Wekkung genossenschaftlichen Geistes erst volle Früchte tragen sollen. Der Zusammenhang der neuen Strebungen mit dem romantischen Geistesstrom wieder macht es dem lebenden Geschlecht gewiß, daß die deutsche Zukunft, die es in Sehnsucht zu bilden begonnen hat, Wiedergeburt unzerstörbarer nationaler Volkskraft sein wird.

Was an wirtschaftlichen und sozialen Bildungen zurzeit in Deutschland emporquillt, was die öffentliche Rechtsordnung durchzieht, was zu Überzeugungen und Forderungen sich verdichtet, weist in eine Zukunft bestimmter Art. Es geht wieder gebundenen Gesellschaftsformen, einem gebundenen Lebensstil zu, einer Epoche etwa, wie sie der Saint-Simonismus als organische bezeichnet, die auf dauernden sozialen Gebilden aufruht und die Seelen mit dem Streben zu allseitiger Gemeinsamkeit erfüllt. Eine gebundene Wirtschafts- und Lebensordnung in feiner Durchbildung war die hochmittelalterliche Zeit, vornehmlich ihre vollste Blüte, die genossenschaftliche Städteverfassung. Von den Lebenswerten der Gebundenheit getragen ist die romantische Idee der Verflochtenheit des einzelnen in das Schicksal der Gesamtheiten, in die Nachbarschaft, Beruf, Volkszugehörigkeit ihn einfügen. In kühner Architektur stellt die Denkschrift Wissell-Möllendorff über die gebundene Planwirtschaft gleichsam das fertige Gebäude in einem Phantasiebilde vor Augen. In Abständen folgen Volkswirte und Publizisten aller Lager, aus der Sozialdemokratie, dem Zentrum, der Demokratie, auch aus den Reihen der den Überlieferungen des Nationalliberalismus anhängenden Volkspartei wie von den Konservativen, die

aus der Zeit, da sie sich noch nicht völlig dem neudeutschen Gold- und Machtgeist verschrieben hatten, Erinnerungen an eine romantische Lebendigkeit haben. Soweit der Lärm der stürmischen Tage zartere Stimmen nicht überschreit, klingen aus Betrachtungen über das künftige Leben in dem von der Höhe geworfenen Lande immer deutlicher Töne schmerzlicher Ironie über die toten Jahre, da die Peitschen des überhitzten Wettfahrens unermüdlich durch Stadt und Land knallten. Leise Sehnsucht nach einem gerundeten Leben regt sich. Keine Not, daß uns ein zweites Biedermeier kommt. Hinter der Behäbigkeit der Biedermeierstimmung ging ein schlimmes Werk wirtschaftlicher Zersetzung vor sich, die kleinbürgerliche deutsche Welt leitete sich in jenen Jahrzehnten in die industriell-kapitalistische über. Der ererbte Wohlstand in den breiten Mittelschichten verfiel, die Quellen der neuen nationalen Wohlfahrt waren noch nicht erschlossen, naiv regte sich die rücksichtslose Erwerbgier. Der furchtbare Weberaufstand fällt mitten ins Biedermeier. Das gegenwärtige Geschlecht strebt gerade aus der Zerrissenheit der deutschen Gesellschaft heraus, die in den wirtschaftlichen Umgestaltungen jener Jahrzehnte hervorzutreten begonnen hat. Die heutige Generation ist männlich, sie will nicht willenlos in den Fluß einer Entwicklung geraten, die sie nicht übersieht und nicht beherrscht. Das innerste Empfinden der ganzen Nation ist, daß an jeden einzelnen Volksgenossen der Ruf gerichtet wurde, mit eigenen Händen Bausteine zur Umgestaltung der Gesamtheit herbeizutragen, an seinem Platze sein Ich ganz einzusetzen. Politische und wirtschaftliche Demokratie, Selbstregierung, Mitwirkung an der Organisation der Wirtschaft setzt zähe Aktivität in allen Gruppen der Gemeinschaft voraus. Die Bürger sind Mann für Mann zur Arbeit für die Gesamtheit aufgefordert. Wirklich gibt es kein Losungswort, das zielsicherer durch die Menge liefe, als die Parole von der Mitverantwortung. Sie ist die Seele der werdenden Sozialisierung des einzelnen, der werdenden Umformung der Nation zu einer aus Genossenschaften sich aufrichtenden Gesamtgenossenschaft. Ein mächtiger Wille entflammt alle. Sie wollen die Verpuppung abstreifen, die sie zu starren, fremdem Antrieb lenksam preisgegebenen Geschöpfen gemacht, die sie in Staat und Verwal-

tung zu Gegenständen des Regierens, in der Wirtschaft zu Bestandteilen einer Maschinerie, zu Einzelposten in der Betriebskostenrechnung herabgedrückt hat. Nach Erweckung der Persönlichkeit wird gestrebt. Der Arbeiter soll sich mitverantwortlich fühlen für das Schicksal des Betriebes und der nationalen Produktion, er soll eine persönliche Beziehung zu seiner Arbeit gewinnen. „Aufbau der Unternehmungs- und Wirtschaftstätigkeit auf den schaffenden Persönlichkeiten", forderte die Mehrheit der Sozialisierungskommission.

Kein häufigeres Bedenken ist aus dem Kulturgefühl heraus dem Sozialismus vorgehalten worden als die Sorge, daß die Ordnung, die er anstrebe, die Gesellschaft zu einem Ameisenstaat machen könnte. Nicht ohne Berechtigung. Denn die Sozialdemokratie hatte vor dem Kriege wohl Verheißungen von einer Befreiung der Individualitäten durch den Sozialismus, aber der Geist, der in ihr herrschte, die scharfe Angleichung ihres Parteiaufbaues an den Staatszentralismus, die Zuspitzung des Zukunftsprogramms auf eine dem Staatssozialismus herrschenden Systems ähnliche zentralisierende Versachlichung und Bureaukratisierung der Wirtschaftszweige, die Nivellierung in ihren eigenen Massen, die sie um der bequemen Parteipolitik willen beförderte, zum mindesten nicht abwehrte, all das mochte mit Fug die Befürchtung erwecken, daß die Verwirklichung sozialistischer Gedanken eine innere Verarmung der Nation, eine Übergewalt des platten Nützlichkeitswesens erzeugen werde. Die Scharen der sozialdemokratischen Arbeiter haben nach dem Umsturz, als es an positives Mitschaffen ging, den Widerspruch wohl gefühlt zwischen Lehre und Praxis der Führer, zwischen feierlich verschwommenen Andeutungen des zukunftsstaatlichen Daseins und der geringen Empfindlichkeit, die jene im Alltag des Parteilebens für den Wert der einzelmenschlichen Erscheinung bekundet hatten. Die neuen Ordnungen, die zum großen Teil unter dem Andrängen der Stimmungen in den Arbeitermassen umrissen oder sofort in die Wirklichkeit umgesetzt wurden, sind von einer wärmeren Luft umweht, als die dünne und kühle Atmosphäre war, in der die vorrevolutionäre Sozialdemokratie sich getummelt hatte. Die Masse wird nicht mehr unterschiedslos, als geistig uniformes Element gesehen, dem nur gleiche Löhne, gleiche

Arbeitsbedingungen zu erkämpfen bleiben. Man achtet auf die Entfaltung des besonderen intellektuellen Wesens im Beruf, sie ist zum Drehpunkt der großen Reform geworden. In der vertieften Auffassung von den Aufgaben eines schaffenden Sozialismus spiegelt sich das Hinüberwechseln vom Rationalismus zur Romantik.

Persönlichkeit als Zentralproblem der Kulturgesellschaft ist romantisches Wollen. Die verborgensten Werkstätten der romantischen Ideenwelt muß aufsuchen, wer das Werden des Persönlichkeitsbegriffes erfühlen will. Dieser ist eine Schöpfung der romantischen Ethik, seine Wurzeln sind im Fichteschen Idealismus, in der Lehre, daß das einzig Wirkliche in der Welt des Scheins und der Sinnlichkeit das handelnde und im Handeln seiner bewußte Ich ist. Die sittliche Tat, die sittliche Bestimmung des Menschen war der Kern der romantischen Persönlichkeit. Schleiermacher facettierte den Begriff, den feinsten vielleicht, den Menschensinn geformt hat, in den „Monologen", in denen er die Eigentümlichkeit jedes Einzelmenschen, das Gesetz, daß die Menschheit in jedem Individuum auf besondere Art zur Erscheinung komme, entdeckt und als Bedingung der sittlichen Weltordnung erkennt. Aus dem freien sittlichen Tun der vielen einzelnen bilde sich als Ergebnis der Zusammenklang der Welt zu einer Harmonie der Freiheit.

Sittliche Tat, Selbstverantwortung, Wert jedes sittlich-freien Einzelnen und seiner Mithilfe im Gesamtbereiche der sittlichen Welt, aus diesen Elementen bauen sich auch die Überzeugungen und Forderungen der politischen und wirtschaftlichen Romantik auf, ihr Trieb zur Befreiung des Staatsbürgers und zur korporativen Selbstverwaltung, ihr Abscheu vor der Erniederung des arbeitenden Menschen zum versachlichten Element im Prozesse industrieller Massenerzeugung, das Verlangen, daß Arbeitsteilung nicht zur Aushöhlung des Menschen führen dürfe. Die Arbeitstheorie Marlos, der die umfassendste Lehre der wirtschaftlichen Romantik geschaffen hat, geht auf die Erhaltung der Persönlichkeit jedes einzelnen im arbeitsteiligen Großbetrieb. Vollkommenste Entfaltung jeder Persönlichkeit soll, so fordert er, in die Macht aller gegeben sein. Die Grundlage des menschlichen Daseins sei die Naturkraft. Eine der Arbeitskraft entsprechende Quote der Naturkraft bilde auch die materielle Grund-

lage der menschlichen Persönlichkeit. Sie sei gleichsam als der zweite Körper zu betrachten. Werde uns ein Teil dieses zweiten Körpers entzogen, so müsse die Persönlichkeit verkümmern. Der Föderalismus verlange daher die Beteiligung des ganzen Geschlechts an der Herrschaft über die Natur. Wir haben das Recht auf die Benützung der Naturkraft und auf den Gebrauch unserer Arbeitsprodukte. Der wirtschaftliche Liberalismus, der Freiheit der Arbeit verkündet habe, räumte jedem die Befugnis zur willkürlichen Erweiterung seines Anteils an der Naturkraft ein. Der Föderalismus verkündet das Recht auf vollkommenste Entfaltung unserer Persönlichkeit. Bedingung hiefür sei, daß keiner um die zugrunde liegende Naturkraft gebracht werde. Die Frage sei nur, ob die Naturkraft einzeln oder in Gesellschaft auszubeuten sei, und daher die wesentliche Bedeutung der sozietären Geschäftsform, also der Werkgenossenschaft für das föderale Recht. Der wirtschaftliche Romantiker hat damit die Vorrede zu dem Kapitel deutscher Wirtschafts- und Kulturgeschichte geschrieben, für das die deutsche Nation eben ihre Lebensform sucht.

Persönlichkeit und Gebundenheit, in der romantischen Idee von der menschlichen Gemeinschaft gehen sie in eins. Widersinnig auf den ersten Blick. Denn dem Anscheine nach sind sie Gegenfüßler. Wer jedoch das Schicksal beider in der Entwicklung des europäischen und, als dessen Abart, des deutschen Menschen überfliegt, sieht, wie ihre Bahnen, die der oberflächlichen Annahme nach voneinander abweichen sollten, einander zuneigen.

Der neuere deutsche Menschenschlag fühlt Persönlichkeit als Sinn und Krönung des Einzeldaseins. Dem Gebildeten, der Dichtung und Philosophie der Nation durchmessen hat, schlägt sie als Mahnung auf jeder Seite entgegen. Sie erscheint ihm als neue, erst von der verfeinerten Bildung geschaffene Phase in der Entwicklungsgeschichte des gesitteten Menschen. Der subjektiven Stimmung nach ist das Empfinden richtig. Persönlichkeit ist Neuland, aber nicht geschaffenes, sondern wieder entdecktes. Der emsige Forscher in der Welt der Seele, der differenzierte Mensch höchster Geisteskultur fand die Pforte, die zur veredeltesten Selbstdarstellung des Menschen zuläßt.

Aber neu war sie allein für ihn, den Entdecker. Sie war im Gang der Geschichte nur verschüttet gewesen.

Ehemals lebte Persönlichkeit als schöpferische Kraft in der Nation. Die Menschen waren sich ihrer vielleicht nicht bewußt, aber um so breiter war die Wirksamkeit des Vollmenschen in der Gesellschaft. Erst den Neueren ist sie eine Aufgabe — so in der Ethik unserer großen Denker — oder eine Sehnsucht — so im Empfinden der vielen, die im Zwange der Daseinsbedingungen im alten Staat ihrer nicht hatten teilhaft werden können. Der europäische Mensch hatte sie als sein eigenstes Wesen aus den nordisch-germanischen Wäldern mitgebracht. Auf dem Boden des Christentums, der Persönlichkeitsreligion, ist sie eigentümlich fortgebildet worden, die mittelalterliche Gesellschaft breitete sie in reicher Fülle über alle Stände und ihre Einrichtungen aus, im Rittertum, im Lehensbande, in der Stadtkultur, im Bauerndorf, als dieses noch nicht unter dem Druck der späteren Leibeigenschaft stand, nicht zuletzt in der Kirche. Der Kern dieses Persönlichkeitsgedankens war, daß der Mensch sich nicht versachlichen läßt. In alle Verhältnisse geht er als eigenberechtigte Person ein. Weder der Wirtschaft noch dem Staate opfert er sein Vollmenschentum. Vor dem Staate schützte ihn das christliche Gottesreich auf Erden. Der mittelalterliche Mensch stak in gebundenen Lebensformen. Er konnte der Gemeinschaft, in die er durch Geburt oder Berufswahl gekommen war, nicht entraten, ihr nicht entfliehen. Aber er war freier, aufrechter, sein Leben war reizvoller an Persönlichkeitswert als dies dem freien Individuum im modernen Staate vergönnt war, das unter bureaukratische Bevormundung und ökonomischen Druck gestellt wurde. Der Absolutismus hat die Fülle des Persönlichkeitsdranges aus dem Leben vertrieben, aus dem öffentlichen wie aus dem wirtschaftlich-sozialen. Die Verquickung von militärisch gestützter, unbeschränkter Staatsgewalt mit der wirtschaftlichen Polizei, wie sie der Merkantilismus brachte, diese Verschwisterung doppelten Zwanges, das Merkmal der europäisch-zivilisierten Form altartigen Despotismus, ertötete im Untertan den ursprünglichen Stolz der freien Persönlichkeit. Die mittelalterlichen Lebensformen hatten ihn gefördert. Im Rahmen des Standes, der Genossenschaft konnte sich der einzelne auf-

recken, keine politische Gewalt lähmte ihn, keine Geldübermacht konnte sich entfalten, die ihn wirtschaftlich fesselte. Vor allem schnitt der Absolutismus die stärkste Sehne straffen Persönlichkeitslebens durch, die Teilnahme an der Verwaltung der Gemeinangelegenheiten. Nur in verblaßter, verfälschter Form blieb die politische Betätigung einige Zeit in den Landständen erhalten. Zu tief saß der Persönlichkeitstrieb jedoch im europäischen Menschen. Er überwinterte in der eisigen Luft der absolutistischen Jahrhunderte. Nur rettete er sich ins Innere, für die Massen in das religiöse Leben — Pietismus und katholische Frömmigkeit sind da seine Erscheinungsarten — für die dünne Schicht der Gebildeten in die Philosophie. Aus beiden geistigen Formen, wirksamer und tiefer aus der religiösen Stimmung wird die Persönlichkeit des neueren Bürgers wieder geboren. Im 18. Jahrhundert brach dann die angesammelte Energie aus dem Innern des Menschen an die Oberfläche. Sie gewann Erscheinung in einem unwiderstehlichen Drange nach persönlicher Freiheit. Die große Zeit der Freiheitspostulate brach an. Es war die Gegenwehr des Untertanen, der sich ermannte, gegen die auf ihm lastende Staatsgewalt, die nach Zerbrechung aller Standes- und Korporationsbildungen, nach Vernichtung der gewerblichen und städtischen Selbstverwaltung nur das vereinsamte, in die Fesseln der staatlichen Autorität geschlagene Individuum zurückgelassen hatte. An die Stelle aller Bindungen, die den mittelalterlichen Menschen umhegt hatten, war nur eine getreten, der Staat. Diesen fühlte der einzelne als einzige Gemeinschaft über sich, im Staate fand er aber — anders als in der mittelalterlichen Genossenschaft Gleicher — nicht sich selbst wieder, sondern empfand nur den fremden Gebieter, der aus seiner Herrenhärte und Herrenüberlegenheit kein Hehl machte. An den Mitmenschen knüpfte ihn kein näheres Band des Gemüts. Diese Zeit gebar die weltweiten Gedanken der Humanität und der Aufklärung. Der Nachgeborene wird die Schöpferkraft jener Geschlechter immer bewundern müssen, die, im Rahmen einer verödeten, auf wüste Machtanhäufung gerichteten Staatsorganisation die Freiheitsidee des Mittelalters in neuer Erscheinungsform wieder zu erzeugen vermochten. So weit wirkte freilich anfangs der Druck des Staates, daß er den vorbrechenden Frei-

heitsdrang in ein Strombett bannen konnte. Er zwang ihm die Richtung auf die innere Befreiung auf. Die Bildung bürgerlicher Freiheit war versagt, so arbeiteten jene Generationen vor allem die intellektuelle Freiheit in scharfkritischer Betätigung heraus, die Souveränität des Individuums als Gegenstück zu der dem einzelnen aufgedrängten äußeren Souveränität der Staatsmacht. Als diese dann ihre politischen Unzulänglichkeiten enthüllte, als in Frankreich der Glanz des Hofes der Ludwige das Volk ins Elend brachte, verfehlte äußere Politik, unglückliche Kriege auch die politische Fehlerhaftigkeit des herrschsüchtigen Regimes aufdeckten, als auch die Schädlichkeiten des Merkantilismus, des polizeistaatlichen Wirtschaftssystems der absoluten Regierungen nicht mehr zu verbergen waren, als die in Staatslivree gekleidete Gemeinschaftsorganisation sich ihrer Aufgabe als Vertreterin der Gemeinschaftsidee nicht mehr gewachsen zeigte, wandte sich der geistig starke Individualismus trotzig gegen den bisher erduldeten Staatszwang. Im großen politischen Beben wurde die alte Staatsgewalt zerbrochen. Das Individuum wollte und forderte seine politische und wirtschaftliche Befreiung.

16. Kapitel

Die Freiheitsidee

Freiheit wurde die tragende Idee der Zeit. Sie beherrschte von da ab vor allem den politischen Geistesschatz der europäischen Menschen derart unumschränkt, als ob das Zusammenleben, der Ausbau der gemeinsamen Kultur von keinem anderen Grundgedanken her betrachtet werden könnte. Alle intellektuelle und sittliche Strebekraft wandte sich der Durcharbeitung und Verfeinerung gerade der Freiheitsidee zu. Sie ergriff alle Gebiete des Lebens, Politik, Wirtschaft, Religion, Geistesschaffen. Sie trat in den Mittelpunkt der Ethik. Freiheit wurde zum Kern des Persönlichkeitslebens. Persönlichkeit wurde an ihrer Freiheit und Selbstherrlichkeit erkannt und gemessen. Kant gab der Idee die

erschöpfende Prägung, als er sie zum Maßstab für die Menschenwürde machte. Kein Mensch dürfe den anderen als Mittel behandeln. Damit war für die moderne Zeit die Rückkehr zum uralten naiven Persönlichkeitsbegriff gewonnen, dessen Wesen Abwehr der Versachlichung des lebendigen Menschen war. Fichte verfeinerte die Idee, er leitete aus der Freiheit und Persönlichkeit des Ich die Pflicht ab, die Sinnenwelt abzutun und zur höchsten sittlichen Selbstverantwortung durchzudringen. Es war großer Stil, priesterliches Schauen der Idee. Tief unter dieser mächtig gespannten Brücke verlief das Schicksal der Freiheits- und Persönlichkeitsidee in der politischen und wirtschaftlichen Wirklichkeit. Eine willensvolle Welt äußeren Glanzes entsprang der entfesselten Tatkraft: eine Wirtschaftsordnung von gewaltigem Ausdehnungsdrang. Sie gebar eine Klasse von Menschen energischester Profilierung, von rasender Schaffens- und unersättlicher Gewinngier, das Unternehmertum. Die Persönlichkeit geriet hier in den schmalen Paß des Geld- und Güterraffens. Ähnlich geartet die politische Ordnung, die mit ihren Parlamenten, mit ihrem Wahl- und Parteitreiben dem Talent weite Aussichten öffnete, Begabungen und Energien in reicher Zahl hinauftrieb. Allein das geile Wachstum lieferte keine kernhafte Frucht. Die unausweichlichen Gegenwirkungen abzuwehren, Freiheit und Persönlichkeit in den bevorzugten Schichten zur allseitigen Auswirkung anzuregen, die Entstehung des einseitigen Fach- und Berufsmenschen zu hemmen, aber auch der sicheren Grundlegung zu dienen, das kostbare Gut in die breiten Massen zu tragen, die Freiheit auf dem granitenen Grunde von Hunderttausenden freien Persönlichkeiten aufzubauen — diese Entwicklung blieben die Jahrzehnte schuldig. Die Staatsgewalt zog ihre alte Macht wieder an sich. Sie behielt in den festländischen Nationen, die die geistigen Träger der Freiheitsidee gewesen waren, die wesentlichsten Attribute der absolutistischen Vergangenheit. Am sichersten und zähesten blieb ihr Griff in den deutschen Ländern. Dazu trat bald die Kehrseite der Wirtschaftsweise. Neue Provinzen wirtschaftlichen Drucks, neue Nivellierung bildete und breitete sich aus, ein Massenleben kam herauf, das binnen weniger Menschenalter die feineren persönlichen Züge ausglättete. Der Wirtschaftsgeist zwang die Menschen, die führenden und

die abhängigen, der Jagd nach dem Gelde alle individuellen Kräfte dienstbar zu machen. Der Mensch wurde ins Privatleben eingekerkert, wie in den Jahrhunderten des Polizeistaates. Das 19. Jahrhundert brachte gegenüber seinem Vorgänger einen schweren geistig-sittlichen Rückschlag, das freiere persönliche Wesen schrumpfte ein. Nationalempfinden, die Freude an der Sonderart des eigenen Volkes wurde zum Nationalismus, der die rohen, in den Millionen Volksgenossen aufgehäuften Kräfte nur wegen ihrer Brauchbarkeit zur Eroberung schätzte. Die Ziffer wurde das Idol der Generationen. Die Entpersönlichung ergriff den Besitzenden, atemloses Geldverdienen und unzureichende Fähigkeit, den Besitz edel zu genießen, hielten Schritt miteinander. Auch die Gegenbewegung, der Aufruhr des Proletariats, die Anstrengungen, in politischen und wirtschaftlichen Kämpfen die Folgen des einseitigen Wirtschaftssystems von den Massen abzuwehren, war nicht darnach, die Persönlichkeit wiederherzustellen. Am Ende ging es um Lohnsteigerung, um Besserung der Arbeitsbedingungen, um die behaglichere private Existenz. Das Parteiwesen weitete den inneren Menschen nicht. Der Arbeiter war Parteisoldat, Wahlstimme, er blieb Massenfutter für den Betrieb. Fabrik, Kaserne, die Schreibstube voll mit Menschen, die Papier beschrieben und Verantwortung scheuten, bezeichnen die Veräußerlichung des Volksdaseins. Die Gehirne wurden in Schraubstöcke gepreßt.

Die schale Wasserflut eines veräußerlichten und verengten Daseins trieb die Mühlräder des Staatsapparates. Der Staat in allen Formen, die er vom ancien régime her hatte, pflanzte sich kräftig in die Existenz der freien modernen Menschen hinein. Er zog alles Überprivate an sich, weil seine Angehörigen im privaten Treiben aufgingen. Die politische Durchsäuerung des Staatsbürgers war gehemmt. Der Erwerbsinstinkt war der einzige, der sich ohne Schranken entwickeln konnte, wie seine Kehrseite die Lust am banalen Vergnügen. Das Fortschreiten der Güterproduktion war der Maßstab der Volkstüchtigkeit. Er stärkte die Kassen des Staates, Militär und Marine schwollen an. Die soziale Zerklüftung des Volkes, die Folge des ungezügelten Wirtschaftsdranges erhöhte den Staat, der sich ein Mittleramt zumaß. Die Lehre, daß Macht und Glanz des Staates (in Frank-

reich der Nation, in England des Reiches) dem sonst beschränkten Einzeldasein erst höheren Sinn gebe, überschattete mehr und mehr die Überlieferungen aus den Jahrzehnten, die die geistige Persönlichkeit zum Ziel des menschlichen Gattungslebens erkoren hatten. Die Spencersche causa, the man versus the state, wurde immer aussichtsvoller für den Staat. Denn für diesen stritt immerhin ein wacher Instinkt in den Menschen, der Gemeinschaftswille. Der Staat lenkte diesen Trieb auf sich. Der rationalistische Freiheitsbegriff hatte ihn vernachlässigt. Aus dem Rückstoß gegen die Fesseln des Absolutismus entstanden, meinte die Aufklärung, die Menschen würden in einen glückhaften Zustand kommen, wenn sie nur Freiheit erhielten. Aber die Freiheit hatte niemanden beglückt, vor allem sie hatte niemanden frei gemacht. Die Menschen waren nur in geräumigeren Gefangenhäusern untergebracht. Die Einzelzellen waren gleichgeblieben. Isoliert, in die Tretmühle gespannt, verärgert gegeneinander, sahen sich die Leute nur in einem höheren Gedanken vereinigt, in der Staatsgemeinschaft. Hier waren Ziele, die den einzelnen über sich hinaushoben, die Sehnsucht befriedigten, einer Gemeinschaft verbunden zu sein, die des Höheren mächtig scheint. Neben der Jagd nach Geld, neben den Sorgen um Lohn, neben der Banalität, die das Massendasein ausströmte, ob es das leere Herumreisen in den großen Gasthöfen der Touristenzentren war, ob das Geplärre des „Reißers" von der Operette oder vom Brettel, der in hunderttausend Gassen zugleich widerklingt, ob Kino, Sport und Tanz, ob Rundspeisen im medisanten Kreise, ob der Lärm der Volksfeste mit amerikanischem Karussell und mit Blechmusik — neben all dem war der Staat mit dem unerschütterlichen Ernst des rastlos schreibenden Beamten, dem Gleichtritt der uniformierten Soldaten und seiner feierlichen Diplomatie etwas wie ein Überding, das seinen Bürgern die Ahnung eines erhöhten Daseinszweckes gab, etwas wie Persönlichkeitsbewußtsein über seine Untertanen ausgoß. Im Staate fand der Mensch, ermüdet von der Erniedrigung des Geschäfts- und Löhnerdaseins, das ihn versachlichte, doch noch Spuren einer Anschauung, die den Menschen als lebendiges, empfindliches, einer Daseinstotalität bedürftiges Wesen wertete. Der Staat warf das Individuum, nachdem dieses sein Bestes, seine geistige und körperliche Kraft

em Gütererzeugungsprozeß, dem Markt und Wettbewerb ge-
pfert hatte, mit den Resten seines Menschentums nicht beiseite,
ie die Bilanz vorschreibt. Er hat, soweit seine Machtzwecke
s erheischten, wenn auch oberflächlich und die Würde nicht
onderlich schonend, den ganzen Menschen beachtet und in
)bhut genommen, er gab Bürgerrechte und spendete soziale
ürsorge. Dankbar für diese spärlichen Ersätze eines politischen
nd gesellschaftlichen Volldaseins, in dem der Mensch Zweck
einer selbst ist, übersahen die Bürger die Gewaltnatur des
taatsapparats, übersahen, daß auch der Staat nicht reiner Quell
enschlicher Beziehungen war. Sie gaben ihre innere Freiheit
in und erlagen den Verlockungen der Machtidee. Man fühlte
ch ein Besseres in der Angehörigkeit zu einem Staate, der so
reit in der Welt stand und sich mit anderem abgab als mit
em verächtlichen Krimskrams des Alltagsdaseins. Darum der
nheimliche Schrei der Befreiung, der durch die besten Kultur-
ölker ging, als sie den Schießprügel in die Hand nehmen
urften, um Menschen totzuschießen und Kulturstätten zu zer-
rampeln. Es war die Täuschung, daß ihr Leben, indem sie es
em Staate hingaben, einen besseren Inhalt gewonnen hätte,
ährend sie in Wahrheit für Machtinhaber und Machtgenießer
ochten. Sie waren Automaten der Spießbürgerei gewesen. In
em Brüllen des Machtkampfes wurden sie Automaten der Bar-
arei.

Von der Literatur der europäischen Geistesbefreiung strahlte
ine starke Suggestion aus. Durch die Tausende Kanäle intellek-
uellen Massenverkehrs erhielt auch der einfachste Mann, der
ie zu den Originalen vordrang, einen abgeblaßten Schimmer,
inen verdünnten Aufguß aus dem Geistesschatze. Alle meinten
reie Individuen zu sein, in freien Daseinsformen zu atmen.
Höchst gebildete Menschen unterlagen dem Irrtum, dehnten
ehaglich die Glieder, wenn sie an die Strenge dachten, mit
er die antike Polis ihre Bürger hielt, wenn sie der Verschnör-
elung sich erinnerten, in die sich das Leben des mittelalterlichen
ürgers hatte einfügen müssen. Das Dasein der Athener und
Nürnberger war gebunden gewesen. Aber die Bürger der mo-
ernen Staaten, vornehmlich der Großreiche, die die Bürde ihrer
Macht trugen, lebten nicht minder ein gebundenes Leben. Nur

war es nicht feingegliedert, sinnvoll und herzerfreuend, wie das gebundene Bürgerdasein ist, sondern roh, ungeschlacht, und war es um so mehr geworden, je leerer die Freiheitlichkeit, die man zu besitzen glaubte, im Banne der Staatszeremonie und im Gedränge des Geldlebens geworden war. Welche Selbsttäuschung, von Freiheit, von persönlichem Umblick zu reden, läßt man die unglückliche Einförmigkeit und Begrenztheit des Staatsdenkens im Gelehrtenstande auf sich wirken, dessen Beruf doch die freie Forschung ist, oder die Klassenvorurteile in demselben Kreise, denkt man an die roh zubehauene Geistesart des Durchschnittsbürgers, dem die Gesellschaft in Sozialdemokraten und brave Leute, und des Durchschnitts der organisierten, parteigeschulten Arbeiter, denen sie in Ausbeuter und fortschrittsbefeuerte Proletarier zerfiel!

Gleichwohl war es ein richtiger Instinkt, daß die wachen Glieder der Gesellschaft an dem Freiheitswähnen festhielten, daß die Sozialdemokratie die in den bürgerlichen Schichten und Parteien erschlaffenden Freiheitslehren den Massen bewahrte. Es war ein heiliger Besitz, ein Vermächtnis der Generationen neuzeitlicher europäischer Menschen, die die Lebens- und Schöpferkraft dieser Völker vor dem tödlichen Druck des Absolutismus gerettet hatten. Freiheit ist eines der kräftigen Kräuter in der köstlichen Mixtur „Persönlichkeit". Der andere Bestandteil aber ist Gemeinschaftsgefühl, die innerliche Bindung an die Gesamtheit der Genossen, die Durchbrechung des privaten Lebensringes, die Erweiterung des Ich durch selbstbewußte, eigenberechtigte Teilnahme am Gesamtwerke. Persönlichkeit ist nie und nirgends enges vereinzeltes Wesen, sie erfordert ein Bürgerdasein, und in diesem gedeiht sie. Die romantische Persönlichkeitsidee vereinigt Freiheit und Bindung. Die Liebe zum Mittelalter war richtige Witterung. Auf dem Boden des alten Staates, der seinen absolutistischen Geist versteckte, aber nicht verleugnete, konnten jene eigenartigen Lebensformen nicht entstehen, die höchst persönliches Dasein, volles Freiheitsgefühl mit natürlicher Einfügung in die Bindungen des Gesamtlebens einigten. Die Gebundenheiten des Staates waren autoritäres Gebot und Zentralisation, die dem Menschen das Beste wegnahmen: die Bürgertat, das verantwortliche Handeln für das

gemeine Wohl. Die Freiheiten dieses Staates waren Verfälschungen wie die Freiheit des wirtschaftlichen Wettkampfes unter den einzelnen und den Klassen, die den Menschen zum Knecht seines Erwerbs, seiner Abneigungen und Vorurteile erniedrigten. Dieser Staat ist zu Tode gegangen, sein Zauber ist fort. Ein neues Blatt ist aufgeschlagen. Persönlichkeit und Freiheit, atmend in Gemeinschaftsdrang und Gebundenheit an die Genossen, diese Lebensformel der fruchtbarsten Kulturzentren, sollen die Bestimmung der kommenden Geschlechter sein, denen das gegenwärtige, im Unglück gereifte voranschreitet.

17. Kapitel

Erwerbstrieb und Daseinssicherung

Die Lebensformen der rationalistischen Gesellschaftslehre arbeiteten einen Grundgedanken heraus, je umfassender sie zum Siege kamen, desto schärfer: Die Menschen stehen als Individuen vereinzelt nebeneinander, ihr Recht ist ungehemmte Auswirkung ihrer Kräfte, ihre Schranken das wohlverstandene Interesse. Dies sei Bedingung für die Höherentwicklung des einzelnen und der Gesellschaft. Zwei Folgen, bedenklich für das Zusammenleben, sind in einer solchen Ordnung nicht zu vermeiden. Die eine: Im Individuum wird der Privatmensch bevorzugt und hochgezüchtet. Privatleben ist aber Vereinzelung, Pflege der Ichsucht, Gleichgültigkeit gegen die Mitmenschen. Die andere: Die Gesellschaft wird durch den entfesselten Wagemut der einzelnen in Unruhe gehalten. Die Sicherheit eines stetigen Daseins fehlt. Zu alledem stehen die Zeiten gebundener Lebensform im Gegensatz. Sie schauen den Menschen nicht als vereinzeltes Individuum, sondern als Genossen. Der einzelne hat kein Recht um seiner selbst willen, sondern nur um sich in der Genossenschaft zu betätigen. Er wächst in und mit dem Wachstum der Genossenschaft. Die Schritte seines Lebens schreibt ihm die Gewissenspflicht und die Rücksicht auf Erhaltung seiner genossenschaft-

lichen Ehre vor. Die Genossenschaft duldet keine Vereinzelung, kein Überwuchern des Einzelinteresses. Sie drängt den Privatmenschen zurück, der Genosse ist mit seinen Kräften der Öffentlichkeit, dem Gemeinwesen verschrieben. Als Gegengabe und als Bedingung für die sorglose Hingabe an das Gemeinwohl bietet sie ihm Sicherheit der Existenz, sie sucht alle Kanäle zu verstopfen, aus denen Unruhe in das Gesamtleben eindringen könnte.

Im Genossenschaftsleben entsteht und gedeiht eine andere Menschenart als in den Gesellschaften, die den Menschen zur Vereinzelung entlassen. Es ist einseitige rationalistische Befangenheit, eine Menschennatur mit unveränderlichen Zügen anzunehmen. Wie viel unvariable Instinkte der Mensch als Einzelexemplar der Species, die eine bestimmte Stelle in der Reihenfolge der Gattungen einnimmt, in die Welt mitbringt, gehört in die Psychophysiologie, in die Psychologie, manches in die Psychopathologie. Für die gesellschaftliche Betrachtung kommen aus dem Reichtum des Seelenlebens nur verhältnismäßig wenige Züge in Betracht, und diese unterliegen der Nachprüfung durch die geschichtliche Erfahrung. Voran steht hier die Bedeutung des Erwerbs- und Bereicherungstriebes für den Aufbau des menschlichen Zusammenlebens. Der Erwerbstrieb wird gerne für einen Urinstinkt ausgegeben, der stärkste Einwand gegen eine Änderung der Privateigentumsordnung wird von daher geholt. Die Menschen müßten ihre Natur verändern und Engel werden, wenn auf den Stachel des Gewinnstrebens verzichtet werden soll. Gewiß ist, daß der Mensch der Zivilisation ein ununterdrückbares Bedürfnis nach einem privaten Tätigkeitskreis hat und darum nach den Bedingungen und Mitteln strebt, sich diesen Kreis zu schaffen und zu erhalten. Aber dies ist nur von ungefähr das gleiche wie der gewaltsame Hang, keinem anderen Antrieb als dem des Eigennutzes sich hinzugeben. Auch diese einseitige Formung des Seelenlebens tritt auf. Sie ist, so viel darf zugegeben werden, in den jüngsten Geschlechtern die vorwaltende gewesen. Aber sie ist es nicht als Urtrieb, sondern als Erzeugnis einer bestimmten Geschichtsepoche, der Zeit des siegreichen Kapitalismus. Dieses Zeitalter hat den Erwerbstrieb zur Erwerbsgier gesteigert, jeden anderen Antrieb zur Verkümmerung gebracht, dies bei allen Teilhabern am Wirtschaftsgetriebe, beim

Kapitalisten wie beim Arbeiter. Profit und Lohn als einziger Anlaß, seine Kräfte zu regen; hoher Profit, hoher Lohn als Peitsche zur Steigerung der Tätigkeit ist ein Züchtungsergebnis. Der Wohlstand der mittelalterlichen Stadt war nicht auf dem ungezügelten Reichtumstrieb gegründet. Die Bürger arbeiteten aus Lust am Handwerke, aus Freude an der Kunst, aus Berufsehre, aus dem Gefühl übernommener Pflicht. Die Zunft- und Städteverfassungen erzogen einen Bürger, der nicht nach Anhäufung von Geld gierte, sie wehrten allzu großen Vermögensungleichheiten unter den Handwerksgenossen. Der Reichtum bot auch nicht Lockungen genug. Solche gibt ein Leben, das dem einzelnen gestattet, der Öffentlichkeit fernzubleiben, sich in Zirkeln abzuschließen, in denen ein bestimmter Lebensfuß Voraussetzung für Zulassung und Vollwertigkeit ist. Das genossenschaftliche Leben in der mittelalterlichen Stadt ließ eine so weitgehende Privatisierung des Bürgers nicht zu. Der Schauplatz des Lebens war die Gilde und die Zunft, im weiteren die Gesamtheit der Zünfte und Gilden. Die Arbeitsgenossenschaft hielt auf schmuckvolles äußeres Auftreten, auf prächtige Gildenhäuser, auf kostbaren Fahnenschmuck bei festlichem Anlaß; an der Ehre der Zunft nahmen dann Meister und Gesellen teil. Auf der anderen Seite forderte das öffentliche Leben der Stadt vom Bürger starke Anteilnahme am Regiment, an der Verwaltung der Gemeinde und der sozialen Anstalten. Das zog vom einseitigen Gelderwerb ab. Der Stolz war, die Stadt, die Kranken- und Bürgerfonds zu stärken. Ganz andere Menschen gingen damals durch die Straßen. Sie hasteten nicht nach Gewinn, sie waren nicht ausgehöhlt durch das atemlose Rennen nach dem Markte, ihr Blick war nicht starr auf die Ziffern der Handelsbücher gerichtet. Ihre Persönlichkeit war breit, die Teilnahme am öffentlichen Leben hatte sie geweitet, sie übersahen die Stadt, ihre Bündnisse, ihre Geschäfte in fernen Gegenden. Ihre Lebensfreude war, im Rate, im Zunftsaale zu wirken. Als Vollbürger waren sie Vollmenschen.

Nach solcher Entfaltung der Persönlichkeit strebt das gegenwärtige deutsche Geschlecht, das aus den Trümmern der alten Autoritäts- und Erwerbsordnung wieder eine genossenschaftliche Welt aufzurichten beginnt. Herrschaftsstaat und Kapitalismus

waren einig in der Aufzucht des privaten Menschen, der die öffentlichen Dinge einer über ihm sitzenden Machtorganisation überläßt und sich mit seiner Energie in die Enge des Erwirtschaftens stürzt. Streben nach Reichtum über die notwendigen Bedürfnisse, über die Möglichkeiten vernünftigen individuellen Verbrauchs, über die Grenzen einer bürgerlichen Vermögensbildung hinaus, das war der Typus des Wirtschaftsgeistes der jüngsten Jahrzehnte. Sein Gegenbild war Erzeugung um der Erzeugung willen, Steigerung der Produktion über die Notwendigkeiten des Gebrauchsgütertausches, unbekümmert um die Rückwirkungen auf die Erhaltung von Freundschaften in der Welt, um die Ehrbarkeit des deutschen Namens. Der Krieg hat ein Erwachen aus dem Reichtumrausch gebracht. Die Besonnenen erkannten, wieviel die Überspannung der Erwerbsgier zur Vereinsamung des Deutschtums beigetragen hat. Sie bereitete das Unheil der Nation vor, den deutschen Menschentypus hat sie verschlechtert. In den 90er Jahren gab es einen heftig geführten Streit, ob Deutschland einseitiger Industriestaat werden oder ob es von seinem überkommenen Charakter als Agrarstaat möglichst wenig preisgeben solle. Damals wurde die Lokomotive eben angeheizt, die dann jäh in die einseitige Industrieentwicklung hineinraste. Die liberale und romantische Wirtschaftsauffassung stießen in jener Erörterung aufeinander. Die Romantiker, die für eine Verlangsamung des Tempos waren, führten ins Treffen, daß das Umsichgreifen der Industrie einen Verlust an unabhängigen Persönlichkeiten herbeiführen würde, die für die Charakterbildung des Volkes unentbehrlich seien. Die Industrialisierung hat das Lohnmenschentum vermehrt, sie hat Zehn- und Hunderttausende daran gewöhnt, ein Lohneinkommen zu beziehen, ohne unmittelbares persönliches Verhältnis zu dem Betrieb, aus dem die Lohnsumme fließt. Ihr Leben, soweit es nicht aufreibende Arbeit war, ging gleichsam an der Quelle ihrer Existenz vorbei. So kam ihnen nicht einmal zu Bewußtsein, daß ihre Berufstätigkeit ein Bestandteil der nationalen Wirtschaft sei. In der Arbeit verschlang sie das Streben nach Lohn, außerhalb der Betriebsstätte das Privatleben mit seinen kleinen Freuden und Leiden. Nicht anders die Verkümmerung bei den Unternehmern. Sie verbrauchten eine oft mächtige Intelligenz

im Streben nach Gewinn, in der Ausdehnung des Betriebes, um noch mehr Gewinn zu ziehen. Die einseitige Ausbildung der Unternehmerqualität galt als Voraussetzung der gedeihlichen Unternehmertätigkeit. Das Beste, was dem großzügigen Industriekapitän nachgesagt wurde, war, daß er nicht ausschließlich vom Profitstreben geleitet werde, daß Lust am Werke der schönere Teil seines Strebens sei. Der Eindruck aber war — Professor Schumacher hat ihn in einer interessanten Arbeit analysiert — daß die Unternehmertätigkeit ihren Träger nicht recht tauglich zur Erfüllung politischer Aufgaben mache. Der Privatmensch hat in diesen, für die Nation so wertvollen Individuen den Bürger unterdrückt.

Gerade dieses schädliche Ergebnis der kapitalistisch-staatlichen Epoche soll die neue deutsche Gesellschaft wieder ausmerzen. Sie wird eine genossenschaftliche Ordnung sein. Die Köpfe, die ihre Zeit miterleben, finden sich in ähnlichen Formeln: „Sozialisierung des einzelnen", „Vergesellschaftung des Menschen", diese Worte geben die Erziehungsaufgabe wieder, die von den Einrichtungen der politischen und wirtschaftlichen Demokratie erwartet werden darf. Die kapitalistische Wirtschaft schob alle Einzelkräfte ausschließlich in den Privatkreis; diesem Druck unterlag der Unternehmer wie der Arbeiter. Der Aufbau der großen Berufskörperschaften und ihre Einverleibung in die Leitung der nationalen Wirtschaft wird nicht nur den Betrieben, sondern auch den in ihnen tätigen Menschen öffentlichen Charakter geben. Die individuellen Arbeitskräfte und Begabungen werden Gemeinschaftszwecken dienstbar sein. Die Arbeiter wollen nicht bloß Löhner sein, sondern in Verantwortung für das Gedeihen des Unternehmens treten. Der Sinn der Umwälzung wäre nur unvollkommen erreicht, wenn der Blick der Arbeiterschaft auf ihren eigenen Betrieb beschränkt bliebe. Mit diesem soll sie als Glied in die nationale Gesamtwirtschaft eingereiht sein. Schon im Betrieb soll sie auch die Verantwortung für das Gemeinwohl mittragen. Diese öffentliche Aufgabe des Einzelbetriebes werden Unternehmer, geistige und manuelle Arbeiter miteinander vollführen. Als Werkgenossen werden sie Mitbürger sein. Ihr Bewußtsein, dem Ganzen eingereiht zu sein, wird in den lokalen und Berufsorganisationen der Wirtschaftszweige, im Reichswirt-

schaftsrate Stufe um Stufe wachsen. Wie in der mittelalterlichen Stadt wird sich die Persönlichkeit des deutschen Bürgers weiten. Er wird lebensvoller, reicher, elastischer werden, wenn er nicht mehr privater Erwerbsmensch ist, sondern ein Stück von der Wohlfahrt und Würde der Nation in sich trägt. Der Gegensatz zwischen sozial- und individualrechtlicher Auffassung, über den im alten Staat viel nachgedacht wurde, verschwindet in einer Gemeinschaft, die den einzelnen erhöht, indem sie das Beste seines Ich, seine schöpferischen Kräfte, vergesellschaftet. Ideelle Sozialisierung ist das feinere menschheitliche Teil der kommenden Sozialgeschichte.

Die Persönlichkeit des Werkbürgers wird sich entfalten auf dem Boden einer gesicherten wirtschaftlichen Existenz. Die genossenschaftliche Welt der Zukunft wird, wie alle gebundenen Epochen, die Sicherung des bürgerlichen Daseins zum obersten Gesetz ihrer Wirtschaftsverfassung machen. Ruhe und Stetigkeit ins Leben der einzelnen und der größeren Gesamtheiten zu bringen, ist ein immer wieder durchschlagender Trieb. Der liberale Wirtschaftsgeist hat schließlich zu neuen Monopolbildungen geleitet und Monopol will vor allem der Sicherheit dienen. Die Menschen in ihrer überwiegenden Mehrheit ziehen der Waghalsigkeit des Wirtschaftens die Sicherheit der Nahrung vor. Eine echte Gemeinschaft, die solidere Grundlagen des Zusammenlebens sucht als die vom Liberalismus erträumte, nie erreichte Harmonie der wohlverstandenen Interessen, wird sich gegen dauernde Erschütterungen der Existenz ihrer Bürger kräftig zur Wehr setzen. Die geistvollsten politischen Bildungen der Geschichte, die Aristokratien, waren sorgsam bedacht, übermäßige Reichtumsbildung hintanzuhalten, die ohne wirtschaftliche Bedrohung von Kastengenossen nicht möglich war. Die demokratische Ordnung gar kann auf Dauer nicht hoffen, wenn nicht die politische Stetigkeit durch wirtschaftliche gestützt ist. Dies lehrt der Aufstieg und Fall der geschichtlichen Demokratien. Es war eine der verhängnisvollsten Verfälschungen der Freiheitsidee, als im 18. Jahrhundert ihre wirtschaftlichen Verfechter die polizeiliche Bevormundung mit dem verführerischen Argument bekämpften, die polizeistaatlichen Methoden strebten die Reichtumsentfaltung mit untauglichen Mitteln an. Eine Ideenbewegung,

die Vertreibung des Polizeistaates aus den breiten Lebensgebieten der Wirtschaft, erhielt von Anfang an den stärksten Zusatz grobmaterieller utilitarischer Antriebe. Ein Nebenergebnis freien Schaffens, die Steigerung des Wohlstandes, trat in den Vordergrund und verdrängte das Ideelle des Freiheitsrufes, die Erlösung der Persönlichkeit. Vermehrung der Produktion wird auch jetzt vielfach als bester Vorzug der wirtschaftlichen Demokratie gerühmt. Sie mag ihre Wirkung sein, ihr Zweck ist sie nicht. Wird mehr erzeugt, so mag die Gemeinschaft zu größerem Behagen kommen, weil jeder einzelne Werkgenosse reichere Früchte seiner Arbeit heimbringt. Aber den Sozialismus anpreisen, weil er Produktionssteigerung bedeute, ist — so gut man es meinen mag — dieselbe Abirrung von der Idee, wie sie die Liberalen begangen haben. Wilbrandt, einer der wärmsten Wegbereiter der neuen Ordnung, erwartet von einer sozialisierenden Wirtschaft nicht eine Erhöhung der Produktivität; ihr bester Erfolg ist ihm die Rückwirkung auf die Stimmung der Arbeiter, die sich in der Arbeit zugleich als Diener der Gesellschaft fühlen werden. Es wäre wenig gewonnen, wenn die ganze Nation ihr Leben im Aufstauen von Gütermassen beschlossen glaubte. Dann wäre Bindung freilich Versklavung. Die mittelalterliche Zunftverfassung begnügte sich mit der Sicherung einer für alle annähernd gleichen Lebenshaltung und mit der Versittlichung des Erwerbs, die wieder die Bedingungen eines versittlichten Gemeinschaftslebens waren. Es ist denn auch der Sinn der neuen Genossenschaftlichkeit, innerhalb der modernen Arbeitstechnik verfeinerte soziale Gesittung zu erreichen, die Gesellschaft von der Klassenzerklüftung zu befreien, die Freude an einem blühenden Gemeinwesen allen in die Seele zu pflanzen, dem einzelnen die Nahrungssorgen abzunehmen und seinen Sinn auf den Gemeindienst zu lenken. So läuft der Weg einer Volksgesamtheit, die sich als Genossenschaft aufbaut. Ein Erziehungswerk ist im Gange, wie es die romantischen Denker träumten, denen Erziehung von Individuum und Nation der Sinn der Geschichte war: Umwandlung der Psyche aller Werktätigen, der Betriebsleiter, die ihre starke Begabung nicht als private Erwerber, sondern immer mehr als Bürger entfalten, der Arbeiter, die in die Mitverantwortung für die nationale Wirtschaft hineinwachsen.

Freiheit in der Gebundenheit

Die Nation und in ihr der einzelne stehen am Anfang des neuen Weges. Auf die Straße zurückblickend, die sie gekommen sind, werden sie merken, daß die Begriffe Freiheit, Persönlichkeit, Gebundenheit in einer genossenschaftlichen Welt mit anderem Gefühl erfaßt werden als in der Welt des Machtstaates und im Ideenkreis der individualistischen Wirtschaft. Das europäische Individuum, das im Absolutismus Kraft genug bewahrt hatte, um für seine Persönlichkeit einen inneren Wirkungskreis zu retten, wandte sich in einem günstigen Augenblick nach außen, um im politischen und wirtschaftlichen Bereich sein Eigenwollen zu verwirklichen. Den Kampf gegen die Fesselung empfand es als Freiheitskampf. Freiheit war in dieser geschichtlichen Lage Beseitigung äußeren Zwanges. Aber mit dem Fallen der Schranken war dem Individuum erst Gelegenheit zur Entfaltung seines Vollmenschentums gegeben. Dieses war das eigentliche Ziel. Die Freiheit sollte den Menschen einen Kreis beglückender Tätigkeit sichern. Freiheit, Losgebundenheit von äußeren Hemmnissen dünkte jedoch damals schon die Erfüllung. Vollpersönlichkeit schien mit Gebundenheit unvereinbar. Diese Stimmung blieb mit der Idee der Freiheit verknüpft, und es war keine glückliche Eingebung, daß die Verfechter des autoritären Staates in Deutschland der Freiheitsidee die Idee des Gehorsams aus Gewissenspflicht entgegenstellten. Damit war anscheinend das Aufreizende an dem schroffen Herrschaftscharakter des Absolutismus beseitigt. Es war ein Mißbrauch der Sittenlehre Kants und der romantischen Ethik. Denn es ist nicht gleichgültig, wem der Freie seine Freiheit zum Opfer bringt, ob einer Gemeinschaft Gleicher oder einer Organisation, die im veränderten Kostüm die Über- und Unterordnung des absolutistischen Staates fortsetzte. Immerhin war so viel richtig, daß Freiheit nicht Ungebundenheit bedeuten könne, wenn ein menschliches Zusammenleben möglich sein soll. Freiheit hat ihr Widerspiel nicht in Ungebundenheit, sondern in Unfreiheit. Diese besteht, wo es Herrschaft gibt, ob diese politische oder wirtschaftliche Formen annimmt. Die Bin-

dung durch Herrschaft macht unfrei und erhält die Empfindung, unfrei zu sein. Aber nicht jede Gebundenheit ist Unfreiheit. Auch der Genosse ist gebunden, das Band ist wechselseitig. Die gegenseitige Bindung erzeugt Brauch und Sitte, der sich der Freie fügt, ohne Knecht zu sein. Die Demokratien mit gebundener Lebensordnung wecken im Genossen nicht die Empfindung, unfrei zu sein, wenn sie ihn auch für die Gesamtheit voll in Anspruch nehmen. Der Bürger der antiken Demokratie war nicht frei in der modernen Stimmung des Wortes. Aber er hätte gelächelt, hätte man ihm die Freiheit des Wilhelminischen Verfassungsstaates angeboten, obwohl zweifellos der Deutsche mancherlei Freiheiten besaß, die dem hellenischen Stadtbürger abgingen. Der mittelalterliche Bürger fühlte sich als Herr seines Geschickes, so vielfältig ihn, wieder nach der modernen Stimmung, Zunftregel, Stadtregiment, Sitte in Gebundenheit hielten. Beide waren Vollmenschen, weit entfaltete Persönlichkeiten. Sie besaßen, was die Aufklärung mit dem Rufe nach Freiheit erstrebte. Der Freiheitsdrang der europäischen Menschen, die durch den Absolutismus hatten wandern müssen, war in Wirklichkeit der Wille, volle Bürgerpersönlichkeiten zu werden, politisch und wirtschaftlich Herr ihrer selbst zu sein. Freiheit war der Umweg, vom verstümmelten zum vollen Menschen zu gelangen. Freiheit, losgelöst vom Lebensinhalt, bedeutet nur ein Negatives, niemandem unterworfen zu sein. Diese Freiheit hat der Liberalismus nicht erreichen können. Dem Staat blieb das Individuum auch in der flüchtigen Zeitspanne untergeben, da die Staatstätigkeit auf ein Mindestmaß eingeschränkt war. Das Vollmenschentum konnte in den Formen des alten Staates und der alten Wirtschaft nicht erreicht werden. Dagegen blüht die Persönlichkeit in einer Gemeinschaft von Werkbürgern auf, die Genossen in der Arbeit und in der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten sind. In der Lebensstimmung einer Bürgergenossenschaft steht die Empfindlichkeit für Sicherheit der Existenz und Vollwertigkeit jedes arbeitenden Mitbürgers voran. Wirtschaftliche Betätigung ist Bürgertätigkeit, Bürgergemeinschaft aber ist Lebensgemeinschaft, Anerkennung des Bürgerdaseins ist Erfüllung des Anspruches auf Vollmenschentum. In solcher einheitlich genossenschaftlichen Ordnung ist

Freiheit ein anderes Problem als in einer dualistischen Gesellschaft, in der oben der Staatsapparat, unten das seinem Erwerbstrieb überlassene Individuum haust. Vielleicht erfordert die Entwicklung der nationalen Wirtschaft zuzeiten Seßhaftmachung des Arbeiterbürgers. Dem heutigen historisch bestimmten Freiheitsgefühl würde die Beschränkung der Freizügigkeit widerstreiten, ob dem Empfinden der Bürgerpersönlichkeit in der genossenschaftlichen Demokratie? Dem wirtschaftliche Existenz gesichert, dem Anteil am Regiment gewahrt, dessen Bürgeransehen Sache der Gesamtheit ist? Auch die Arbeitspflicht, heute noch ein Fremdling in der Rechtsordnung, muß in der Werk- und Bürgergenossenschaft den Beigeschmack der Freiheitsantastung verlieren. Rudolf Meyer nennt die wundeste Stelle in der sozialistischen Theorie das Problem, wie Arbeitspflicht mit der Freiheit des Individuums in Verbindung zu bringen sei. Wenn die Gemeinschaft nicht zentralisierter Zwangsstaat ist, Freiheit nicht Losgebundenheit von Herrschaft, stirbt das Problematische ab. Auch für den mittelalterlichen Handwerksmeister war Arbeitspflicht keine Frage. Aus dem romantischen Gedankenkreis heraus zeichnet Professor Kurt Wolzendorff das Ineinanderklingen von Freiheit und Bindung in der Genossenschaftsidee. Diese bedeute „nicht Vernichtung der Freiheit durch Bindung im Gemeinschaftsinteresse, sondern Errichtung der Freiheit in und auf dieser Bindung". Rechtssetzung ist Ausfluß der Lebensformen und ihrer Stimmung. Im Leben und im Rechte der Genossenschaft wird Freiheit und Bindung nicht gesondert empfunden, beide zusammen fügen sich zum Gefühl der in der Gemeinschaft geborgenen Persönlichkeit.

19. Kapitel

Persönlichkeitstrieb und Gemeinschaft. Kulturschaffen

Aus der geistigen Werkstatt der letztvorangegangenen Generationen taucht noch eine zweifelnde Frage auf. Wie findet der

einzelne in der gebundenen Lebensordnung den Weg zu sich selbst? Die genossenschaftliche Ordnung fordert ihn für den öffentlichen Dienst. Wird sie ihm Gelegenheit lassen, sich als Eigenart zu finden und auszubilden? Wird er nicht Dutzendware werden, gute Dutzendware, aber doch immerhin Fabriksnummer? Solche Gedankenreihe scheint natürlich, trifft bei den Zeitgenossen auf ein bereites Ohr. Allein sollte sie nicht, so unmittelbar sie aus dem Gefühl für Persönlichkeitswert zu entspringen scheint, abgegriffenes Kleingeld sein? Seit so viele Menschen etwas über Nietzsche gelesen haben, ist es Redensart geworden, Individualität und Masse gegeneinander zu stellen. Doch auch ernste Köpfe binden im Gefühl an den Begriff Persönlichkeit die Vorstellung von einem erhöhten Sonderdasein, von einer inneren Vorzugsstellung. Weil an dem großen Menschen individuelle Züge scharf hervorspringen, gilt Eigenart als Besonderheit der starken Begabung. Solche Art zu sehen, ist schon unbewußtes Erbteil individualistischen Denkens, ein fein verborgenes Quiproquo. Empfindliches kollektives Bewußtsein würde auch an dem eigenartigsten Ich die Linien sehen, die vom Individuum in die Masse zurückführen, der es entstammt, würde die schärferen Striche nur als Steigerung von Anlagen erkennen, die der betrachteten Persönlichkeit mit ihrem Stamme, ihrer Generation oder ihrer Berufsgesamtheit gemeinsam sind. Wer Eigenart sehen will, wird sie überall entdecken. Wer nicht individualistisch befangen ist, wird keinem Menschen die Anlage zur Eigenart absprechen. Wirklich dürfte der Trieb zur Individualität tiefer mit der Menschennatur verwurzelt sein als mit den gesellschaftlichen Lebensformen. Die Natur zeigt überall die Neigung, zahlreiche Varianten von Geistes- und Willensbegabung hervorzubringen. Sie kennt in ihrer Konstruktionsstätte keine Schablone. Wenn ihre Winke beachtet werden, setzt sie jeden Menschen in die Lage, eine Eigenart zu werden, Züge zu entwickeln, die ihn in diesem oder jenem Tätigkeitszweige zu einem Werte für die Gesellschaft und für sich werden lassen, sich, wie das individualistische Schlagwort lautet, auszuleben. In hochkultivierten Epochen wird immer wieder die Idee der allseitig sich entfaltenden Persönlichkeit geboren. Dieser Wunschgedanke ist veredelter Naturtrieb. Er wird nur zur Bewußtheit

geweckt, wenn menschliche Einrichtungen vorherrschen, die die Persönlichkeit zu hemmen streben. An sich ist Persönlichkeitstrieb so urmenschlich, daß er aus dem Gemeinschaftsleben nur neue Nahrung zieht. Im Wettbewerb entfaltet er sich, aber auch in freundschaftlicher Vermischung mit den anderen. Gemeinschaften von noch so großartiger Uniformität der Grundstimmung haben das persönliche Werden nie gehemmt. Wie reich quollen die Persönlichkeiten aus den Religionsgenossenschaften, wie drängte sich Individualität an Individualität in der katholischen Kirche trotz ihrer strengen Geisteszucht! Gemeinschaftsleben ist nie ein Feind der Persönlichkeit.

Anders ist es mit den äußerlichen Einrichtungen des Gesellschaftsdaseins. Diese dienen dem Zweck, die Massen zu organisieren, übersichtlich regierbar zu machen. Ihre Tendenz ist Bequemlichkeit, die gut geölte Maschine ist ihr Vorbild, nicht der knorrig wachsende Baumstamm. Sie begünstigen die Nivellierung, den Drill. Darum greifen sie gerne vom Äußern ins Innere der Menschen. Das Militär stellt die Soldaten nicht nur in schnurgerade Reihen, es liebt, ihre Geistesart mit dem Lineal zu richten. Unter den Gesellschaftsformen und -einrichtungen sind jene besonders persönlichkeitsfeind, die Über- und Unterordnungsverhältnisse ausbauen und erhalten sollen. Hier kommt zu der natürlichen Neigung jeder Anstaltlichkeit, gleichzumachen, die Absicht, das Interesse an der Nivellierung der Beherrschten, die Herrschenden ziehen Nutzen aus der Niederhaltung des Persönlichkeitstriebes in den Massen. Eine Minderheit trachtet sich auf Kosten der Mehrheit auszuleben. Diesem Drange fallen die großen Menschenopfer der Geschichte. Der Heerführer erwirbt Ruhm auf Grundlage des Massengehorsams, Tausende von Persönlichkeiten werden vom Persönlichkeitsdrang eines einzelnen verschlungen. Barbarischer ist der Verbrauch von Massen für den Glanz einer Hofhaltung, kraß die Abnützung von zahlreichen fleißigen Händen, damit einige wenige Reichtum aufhäufen, beides grob veräußerlichte Formen des Persönlichkeitstriebes. Feiner, aber nicht minder gefährlich sind die geistigen Formen der Entpersönlichung, um herrschaftlichen Einrichtungen Halt in den Empfindungen der Untertanen zu geben. Von da her rührt häufig eine Uniformierung der Anschauungen, ein Drill der Willens-

richtungen, der ganze Generationen in eintöniges Grau hüllt. Das Vorurteil einseitig individualistischer Psychologie, daß die Masse persönlichkeitsleer sei, ist aus der Erfahrung solcher Zeiten geschöpft. Die Millionen der letzten deutschen Generationen zeigten viel von der Stumpfheit, die drückende Herrschaftsorganisation, wie der neudeutsche Militärstaat eine war, nicht ohne Absicht über ein Volk verbreitet.

Die historischen Kämpfe der Massen gegen solche Herrschaftsapparate sind darum im tiefsten immer und überall Kämpfe um die Entbindung der Persönlichkeit vom Joch des Fremden. Gewiß, besonders stark geratene Begabungen bilden ihre Persönlichkeit auch dann aus, wenn ihr äußeres Menschenlos die Knechtschaft ist. Denn am Ende bleibt Persönlichkeit ein Vorzug des Innersten. Für die Menge aber, die Menschen von durchschnittlicher Kraft der Persönlichkeitsbildung, bestellt die politische Befreiung den Acker für das Wachstum freier Persönlichkeiten. Demokratische Einrichtungen sind wohl nicht anders als andere Formen von Gesamtleben. Auch sie entwickeln Vorliebe für Schablone, auch sie mögen gerne die Nivellierung. Allein sie sind viel lockerer als die Zwangseinrichtungen herrschaftlicher Art. Indem sie den Bürger zur Teilnahme am Regiment heranziehen, lösen sie immer wieder das Eigene in ihm vom Angenommenen und, indem sie diese erziehliche Wirkung auf die breiteste Zahl ausüben, streuen sie den Keim zur Entfaltung von Persönlichkeit in die Weite. Ein großer Staatsmann ist als Persönlichkeit eine bedeutendere Gestalt als ein Gemeindevertreter. In diesem kann aber der Keim zu jenem verborgen sein.

Ideen durchmessen auf ihrem irdischen Wege verschiedene Feinheitsstufen. Sie steigen von Gestaltungen gröberer Konsistenz zu subtileren und subtilsten auf. Persönlichkeit in ihrer Fleischwerdung als politischer Wortführer, als wirtschaftlicher Organisator ist robuster, auch vergänglicher in der Wirkung als die zartgestimmte Persönlichkeit des geistigen Schöpfers, des künstlerischen Formers, des heilig-ernsten Sittenlehrers. Politik und Wirtschaft sind für die Massen. Ihr Werk ist erfüllt, wenn sie Wohlfahrt und Gesundheit sichern und den Rahmen für ein frohbewegtes Dasein geben, in dem niemand darum unglücklich werden muß, weil er für andere verbraucht wird. Politische

und wirtschaftliche Befreiung haben ihre historische Sendung erfüllt, wenn sie dem breiten Menschenstrom die Tore ins Freie öffnen. Ob gewaltige Denker, ob strahlende Künstler, ob eine eigenartige Kulturepoche aus einer Gemeinde hervorgehen, ist Schicksal. Epochen, die einzelnen Schichten der Gesellschaft größere Bewegungsfreiheit einräumen als der Masse, und die darum irrigerweise als durchaus freie gelten, sind hier vor solchen Zeiten nicht bevorzugt, die alle in das strenge Maß gebundenen Lebens einfügen. Die geschichtliche Erfahrung weist, daß Demokratien echt genossenschaftlichen Geistes Höhezeiten in der Kulturentwicklung der Nationen hervorbrachten, auch wenn sie Ordnungen enger Gebundenheit waren. Die deutsche Nation tritt nun nach Jahrhunderten aus Gesellschaftsformen, die einer Minderzahl freies Atmen ließen, in Lebensformen, die das Licht auf alle einströmen lassen. Den deutschen Menschen ist gegönnt, politische und wirtschaftliche Persönlichkeiten zu werden. Ihr Aufstieg zu neuen Gipfeln geistigen Werdens und Webens wird Gnade sein. Wer sein Volk liebt, sieht nach den Jahren harter Läuterung alle lichten Erfüllungen winken.

INHALT

Seite

Vorwort 7

I. Abschnitt: Klassenkampf und Gemeinschaftsidee

1. Kapitel: Politischer oder sozialer Umsturz 19
2. Kapitel: Die Krise der siegenden Sozialdemokratie . 26
3. Kapitel: Gemeinschaftsformen und Gemeinschaftsstimmungen 36
4. Kapitel: Die Räteidee 41
5. Kapitel: Wachstum des Rätegedankens auf deutschem Boden 47
6. Kapitel: Eindringen der Räte ins öffentliche Recht . 59
7. Kapitel: Politischer Grundwert der Räteidee 66
8. Kapitel: Räte und körperschaftliche Selbstverwaltung . 75
9. Kapitel: „Sozialisierung" als wirtschaftliche Selbstverwaltung 78
10. Kapitel: Romantische Herkunft des neuartigen Sozialismus 88

II. Abschnitt: Romantik und älterer Sozialismus

1. Kapitel: Die romantischen Ideen in der Gesellschaftskritik 95
2. Kapitel: Wirtschaft, Recht und Staat in romantischem Licht 105
3. Kapitel: Romantische Vorläufer der Räteidee 114
4. Kapitel: Romantisch-rationalistische Zwiespältigkeit im älteren Sozialismus 118
5. Kapitel: Abweg der Romantik in die Restauration . . 129

III. Abschnitt: Der „Staat"

1. Kapitel: Der „Staat" eine abendländisch-neuzeitliche Form 135
2. Kapitel: Die mittelalterliche Gesellschaft 142

Seite

3. Kapitel: Militärischer Ursprung des fürstlichen Absolutismus 146
4. Kapitel: Wirtschaft und Kultur im Frühabsolutismus . 148
5. Kapitel: Rationalismus und Absolutismus. Der aufgeklärte Absolutismus 156
6. Kapitel: Aufklärung gegen Absolutismus 167
7. Kapitel: Rationalistischer Geist der französischen Demokratie 179
8. Kapitel: Restauration und Legitimität 184
9. Kapitel: Romantik und „Staat". Hegel 188
10. Kapitel: Die deutsch-monarchische Staatsromantik. F. I. Stahl 199
11. Kapitel: Die Parteien unter der deutschen Monarchie 204
12. Kapitel: Der Militarismus im neudeutschen Reiche . 209

IV. Abschnitt: Marxismus und Kapitalismus

1. Kapitel: Koalitionsrecht und Staatsgewalt 215
2. Kapitel: Der Revolutionär Karl Marx 220
3. Kapitel: Hegel und Marx 231
4. Kapitel: Geistige Verholzung der deutschen Sozialdemokratie 240
5. Kapitel: Der deutsche Kapitalismus 251
6. Kapitel: Staatssozialismus 257
7. Kapitel: Verstaatlichung der Sozialdemokratie . . . 262

V. Abschnitt: Romantischer Sozialismus

1. Kapitel: Segen und Tragik der deutschen Revolution 271
2. Kapitel: Orientierung nach unten 281
3. Kapitel: Die Unzulänglichkeit der Klassenkampfidee . 285
4. Kapitel: Das Werden genossenschaftlichen Geistes . . 304
5. Kapitel: Eine Partei des deutschgenossenschaftlichen Aufbaues 307
6. Kapitel: Mittelalterliche Stadtfreiheit, Romantik, deutschgenossenschaftliche Zukunft 326
7. Kapitel: Politisiertes und sozialisiertes Dasein in der deutschen Stadtgenossenschaft 331

Seite

8. Kapitel: Genossenschaftliche Keime in der Augustverfassung 335
9. Kapitel: Der deutschgenossenschaftliche Rechtsgeist . 351
10. Kapitel: Auflösung des Eigentumsbegriffes im genossenschaftlichen Gemeinwesen 354
11. Kapitel: Lohn, wirtschaftliche Initiative, Arbeitspflicht 362
12. Kapitel: Deutsche Romantik und deutsche Genossenschaftlichkeit 366
13. Kapitel: Politische Romantik. Demokratische Selbstverwaltung 371
14. Kapitel: Romantik und wirtschaftliche Demokratie. Sozialisierung des Privatmenschen 383
15. Kapitel: Die Persönlichkeit in der gebundenen Lebensordnung 387
16. Kapitel: Die Freiheitsidee 395
17. Kapitel: Erwerbstrieb und Daseinssicherung 401
18. Kapitel: Freiheit in der Gebundenheit 408
19. Kapitel: Persönlichkeitstrieb und Gemeinschaft. Kulturschaffen 410

Quellenvermerk

Die Schrift ist ein ausgedehnter Essai, keine fachgelehrte Arbeit. Sie erscheint ohne das Rüstzeug von Literaturnachweisen. Die Darstellung der lebendigen Gegenwart fußt zum größeren Teil auf dem Material der Tageszeitungen, ergänzend wurden Tagesflugschriften benützt. Die Belegstellen aus der Vergangenheit sind, soweit es sich um die tragenden Persönlichkeiten und Werke handelt, an den Quellen aufgesucht worden. Nur Zweitrangiges wurde aus der zweiten Hand genommen. Am meisten schöpfte der Verfasser aus den Lehrern des deutschen Genossenschaftsrechts, dann aus den Schriften Rudolf Meyers, eines der Schöpfer des romantischen Neokonservativismus der 60er und 70er Jahre, endlich aus Adam Müller, vornehmlich aus den „Elementen der Staatskunst", und aus Karl Marlos „System der Weltökonomie". Aus dem Studium dieser beiden Denker ist dem Verfasser vor allem das von da nach den entscheidenden Seiten verfolgte Wesen romantischen Sozial- und Wirtschaftsgeistes aufgegangen.

UNIVERSITY OF TORONTO
LIBRARY

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET